

Ludwig Rosenberg

Der Bürger als Gewerkschafter

Inauguraldissertation

zur Erlangung des Grades
eines Doktors der Philosophie
in der Fakultät für Geschichtswissenschaft
der Ruhr-Universität Bochum

vorgelegt
von

Frank Ahland

Witten 2002

*Dann ziehet ein in öden, wüsten Hallen
Des Lebens tiefster Sinn und höchstes Gut.*

Ludwig Rosenberg (1931)

*Das Leben hat den Sinn,
den man ihm gibt.*

Ludwig Rosenberg (1972)

Veröffentlicht mit Genehmigung der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.

Referent
Korreferent

Prof. Dr. Klaus Tenfelde
Prof. Dr. Wilhelm Bleek

Tag der mündlichen Prüfung

17. Juli 2002

Inhalt

1	Der Biedermann und der Weltbürger.....	5
2	Zur Biografie eines Gewerkschafters.....	11
	Auf dem Glatteis der Biografie.....	15
	Bürgerlichkeit als Habitus	18
	Sozialisation und Generation.....	23
	Der Biograf als Archäologe.....	27
3	Eine deutsch-jüdische Familiengeschichte	37
	Posener Juden zwischen Tradition und Moderne.....	38
	Drei jüdische Familien auf dem Weg nach Berlin.....	51
	Neue Heimat am Wilhelmsplatz.....	58
	Am Rande der Berliner Konfektion.....	67
	Der Aufstieg ins Bildungsbürgertum.....	72
	Unklare Herkunft – der väterliche Zweig der Familie.....	83
	Die Entstehung einer neuen jüdischen Identität.....	89
4	Zwischen Kunst und Kommerz, 1903 bis 1928	101
	Ein bürgerliches Elternhaus.....	102
	Schulzeit im Weltkrieg	115
	Jugend im Zeichen des Kriegs.....	123
	Der Verlust des Vaters	140
	Politische Prägung im Kampf um die Republik.....	151
	Das Krisenjahr 1923/1924.....	168
5	Verhinderter Aufstieg, 1928 bis 1940.....	175
	Anfänge der Gewerkschaftsarbeit.....	175
	Flucht aus Deutschland	195
	Fuß fassen im Londoner Exil	207
	Interniert auf der Isle of Man.....	229
6	Im inneren Kreis, 1941 bis 1946	253
	Arbeit gegen den Endsieg	254
	Politik im Heute.....	260
	Propaganda und Research Work.....	277
	Für ein neues Deutschland.....	288
	Entschieden zur Rückkehr.....	302
7	Aufwärts, seit 1946.....	317
	Ein Stellenangebot aus Bielefeld	318
	Der schönste Tag meines Lebens	330
	Im Dienste der Gewerkschaften.....	336
	Aktenstudium in einem Berliner Archiv	355
	Als Emigrant in Deutschland.....	376
	Mit leeren Händen zurückgekehrt?	386
8	Ein verlorener Sohn des Bürgertums?	403

Anhang	423
I Stammbaum Ludwig Rosenbergs	423
II Abbildungsnachweis	424
III Systematik des Nachlasses Ludwig Rosenberg	425
III.1 Teilnachlass im DGB-Archiv im AdsD, Bonn	425
III.2 Teilnachlass im AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.....	425
IV Quellen und Literatur	429
IV.1 Ungedruckte Quellen.....	429
1.1 Archivalische und behördliche Unterlagen.....	429
1.2 Benutzte Rundfunk-, Fernseh- und sonstige Interviews mit und Porträts von Ludwig Rosenberg	430
1.3 Benutzte Vorträge Ludwig Rosenbergs.....	430
IV.2 Gedruckte Quellen.....	431
2.1 Benutzte Schriften Ludwig Rosenbergs	431
2.2 Zeitgenössische Periodika	431
2.3 Zeitgenössisches Schrifttum.....	432
2.4 Biografien, Memoiren, Erinnerungen, Porträts, literarische Verar- beitungen.....	434
2.5 Darstellungen und Abhandlungen	437

1 Der Biedermann und der Weltbürger

Ludwig Rosenberg war „in mancher Hinsicht ein Außenseiter“,¹ der „unorthodoxeste aller bisherigen Gewerkschaftsvorsitzenden“, der „Halbjude“, der sich „seinem Naturell entsprechend [...] an die Klage-mauer [stellte], statt durch eine forcierte Pression wenigstens einen Teil seiner Forderungen durchzusetzen“, der „schlanke, stets korrekt gekleidete Gewerkschaftsführer“, mit dem „Wortgeklingel als Ideologieersatz“, die „liebenswürdige Galionsfigur“, die „den harten Broterwerb des gewerkschaftlichen Systematikers [verabscheute]“.² Diese Zitate sind den wenigen veröffentlichten Lebensbeschreibungen des Mannes entnommen, der als fünfter Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes immerhin sieben Jahre und damit länger als jeder seiner Vorgänger der größten (west-) deutschen Arbeitnehmerorganisation vorstand. In der Tat schien Ludwig Rosenberg nicht prädestiniert, in seinem siebten Lebensjahrzehnt den Gewerkschaftsdachverband zu führen. Allzu vieles sprach dagegen: seine bürgerliche Herkunft, seine Hirsch-Duncker'sche Organisationsvergangenheit, sein Angestelltenberuf, sein Exulantenschicksal, wohl auch sein jüdisches Elternhaus. Ihm fehlte jener in der Arbeiterbewegung so sehr geschätzte Stallgeruch, den allein ein proletarischer Lebenslauf verleiht.

Ludwig Rosenberg, der fünfte Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, scheint inzwischen, ein Vierteljahrhundert nach seinem Tod, in der Öffentlichkeit, ja selbst in den Gewerkschaften, der Vergessenheit anheimgefallen zu sein. So trifft auch vieles von dem, was die Biografin Brigitte Seebacher-Brandt in Bezug auf Erich Ollenhauer, den früheren Vorsitzenden der SPD, feststellen konnte, auf Rosenberg zu: „Nichts an ihm sticht hervor, nichts Außerordentliches und nichts Besonderes.“³ Dazu mögen Rosenbergs stets korrekte und elegante Erscheinung und sein ausgleichendes Wesen beigetragen haben. Neben

¹ *Beier, G. (1983b) 152.*– Kursive Eintragungen in den Anmerkungen verweisen auf das Quellen- und Literaturverzeichnis im Anhang. Alle Zitate sind in der Schreibweise des Originals wiedergegeben.

² *Lutz 85, 87, 89 f.* – Die wiederholt anzutreffende, hier auch von Lutz verwendete Bezeichnung Rosenbergs als „Halbjude“ ist in jeder Hinsicht falsch, da beide Elternteile und alle vier Großeltern jüdischen Glaubens waren. Sie resultiert vermutlich aus einer Fehlannahme aufgrund der Tatsache, dass ein Elternteil, die Mutter, in Auschwitz ermordet wurde, ignoriert jedoch den frühen Tod des gleichfalls jüdischen Vaters 1923. Rosenbergs Austritt aus der jüdischen Gemeinde, noch zur Zeit der Weimarer Republik, wird dabei ebenfalls außer Acht gelassen. Rosenberg galt demzufolge nach den Nürnberger Rassegesetzen als so genannter „Volljude“ und nach Maßgabe des bürgerlichen Rechts bis 1923 als Jude und seither als konfessionslos.

³ *Seebacher-Brandt 11.*

den Kontrahenten in den Gewerkschaften, zwischen denen er zu vermitteln suchte und die sich durch pointiertes Auftreten zu profilieren vermochten, wirkte er farb- und charakterlos.

Außer einigen kurzen biografischen Porträts, die teils in Sammelbänden, teils einzeln erschienen sind,⁴ ist bislang keine umfassende Beschreibung seines Lebens und Wirkens erschienen. Wenn Michael Schäfer, der Biograf des christlichen Gewerkschafters Heinrich Imbusch, eines führenden Gewerkschafters und Politikers der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, feststellt, dass dieser trotz seiner Bedeutung weitgehend in Vergessenheit geraten sei, obschon günstige Voraussetzungen für eine biografische Würdigung vorlägen,⁵ so trifft dies – mit Abstrichen im Detail, vor allem in Bezug auf die heterogene Quellenlage – auch auf Ludwig Rosenberg zu. Den Grund seiner auf den ersten Blick paradoxen Beobachtung vermutet Schäfer darin, „daß seine Person nicht so recht in die von den beiden großen Parteirichtungen der Bundesrepublik beanspruchten historischen Traditionslinien paßt“.⁶ Diese Beobachtung trifft nun ganz und gar auf Rosenberg zu, der gleich in mehrfacher Hinsicht zwischen den Stühlen saß: als Bürgerlicher in einer Arbeiterpartei, als Unternehmersohn in einer Gewerkschaft, als liberaler Gewerkschafter auf dem Chefsessel des Deutschen Gewerkschaftsbundes, als Jude im Nachkriegsdeutschland. Georg Leber, der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden und spätere Bundesminister, meinte über den Mann an der Spitze des DGB, der es nicht „als schändlich [empfand], für einen Kompromißler gehalten zu werden“, er habe die Begabung einer Henne, „die auf rohen Eiern tanzen kann, ohne sie zu zerbrechen“.⁷

Wer war dieser Mann, der sich so auffällig von seinen Amtsvorgängern und -nachfolgern unterschied? Ein Blick auf den Fernsehschirm, auf dem Rosenberg häufig zu sehen war, kann Aufschluss bieten. So strahlte das Zweite Deutsche Fernsehen 1968 ein Porträt Ludwig Rosenbergs aus, auf dem die folgende Schilderung beruht:⁸

Hösel bei Düsseldorf, im Frühjahr 1967. Ein Fernseheteam des Zweiten Deutschen Fernsehens besucht Ludwig Rosenberg in seinem Domizil in der Kleinstadt im Bergischen Land. Ein einzelstehendes Einfamilienhaus

⁴ *Akademie Kontakte der Kontinente* (1967); *Schuster* (1969); *Lutz* (1969), *Beier, G.* (1983b). – Daneben erschienen insbesondere aus Anlass seiner Wahl zum DGB-Vorsitzenden 1962, seines Abschiedes aus diesem Amt 1969 und seines Todes 1977 etliche Kurzporträts in diversen Zeitungen und Zeitschriften.

⁵ *Schäfer* 8.

⁶ Ebd.

⁷ Zitiert nach *Beier, G.* (1983b) 152.

⁸ „Menschen und Mächte. Ludwig Rosenberg“, von Marianne Feuersenger, Kamera Hans Joachim Schulz, Sendedatum 5.1.1968.

in einer kleinen Nebenstraße, vor weniger als fünf Jahren erbaut, ansprechend geräumig, sechs Zimmer, groß, doch nicht luxuriös, eher schlicht. Keine Villa, keine architektonischen Eigentümlichkeiten, die auf eine besondere Gestaltung schließen lassen. Auch die verklinkerte Fassade und die Hollywoodschaukel auf der Terrasse, die zum 1000 Quadratmeter großen Garten führt, lassen eher an den wahrgewordenen Traum eines Kleinbürgers denken.⁹ Und das Innere des Hauses verstärkt diesen Eindruck zunächst noch. Hier dominieren dunkle Möbel auf Orientteppichen und eine schwere Polstergarnitur vor hell gestrichenen Wänden.



Abbildung 1: Ludwig und Margot Rosenberg im heimischen Wohnzimmer 1976

Ein Eindruck äußerer Bescheidenheit drängt sich auf, ja der Biederkeit, doch wird er sogleich durchbrochen. An den Wänden hängen in schweren Rahmen keine Ölbilder, stattdessen großformatige Reproduktionen zeitgenössischer Grafiker. Auf dem Fensterbrett steht ein schwarz-rot-goldener Wimpel. Auf einem niedrigen Bücherregal findet sich neben einem Foto John F. Kennedys mit persönlicher Widmung – „To Ludwig

⁹ Werner Höfer, der Rosenberg 1965 in seinem Domizil – ein „bescheidenes Haus im Kapitalistenrefugium Hösel“ – aufsuchte, schilderte seinen Eindruck in ähnlichen Worten: „Die Art, mit der sich die Rosenbergs in ihrem niederrheinischen Idyll eingerichtet haben, möchte einem arrivierten Unternehmer zu bieder und einem aufstrebenden Lohnempfänger zu unkonventionell erscheinen.“

Rosenberg with best regards, Kennedy“ – und allerlei Nippes auch eine Menora, ein siebenarmiger Leuchter, eines der wichtigsten Bildmotive der jüdischen religiösen Kunst aus dem Jerusalemer Tempel. Und an das große Wohnzimmer schließt sich, von keiner Tür abgetrennt, ein Arbeitszimmer an, das die Arbeit nicht aus dem privaten Heim herauszuhalten versucht. Auf dem Schreibtisch eine mechanische Schreibmaschine. Bücherregale hier wie dort, darin Belletristik von Heine über Tucholsky bis zu Kästners „Fabian“. Zahlreiche aktuelle Bücher zu Themen der Geschichte, vor allem zur Zeitgeschichte: William L. Shirers „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“, Joachim C. Fests „Gesicht des Dritten Reiches“, Eugen Kogons „Der SS-Staat“, Jacques Delarues „Geschichte der Gestapo“, Alan Bullocks Hitler-Biografie, Rudolf Oldens Hindenburg-Biografie. Daneben Werke über Lenin, die Spartakusbriege, Iring Fetschers „Der Marxismus“ und Fritz Sternbergs „Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht“. Auch Themen der Sozialpolitik erschließen sich dem Nutzer dieser privaten Bibliothek, indem er etwa zu Oswald von Nell-Breunings „Wirtschaft und Gesellschaft“ oder zu Emil Muhlers „Soziallehre der Päpste“ greift.



Abbildung 2: Ludwig Rosenberg in seinem Höseler Arbeitszimmer 1976

Die hinter einer eher kleinbürgerlichen Fassade ungeahnte Offenheit der Räume, die dem Besucher im Innern des Hauses begegnet, spiegelt sich auf eigenartige Weise im Charakter des Hausherrn. Seine Gattin, Margot Rosenberg, gleichwohl anwesend, huscht, im schlichten Kleid, mit Dauerwelle, nur kurz durch den Raum, ohne dass sich ihr Wesen dem Besucher zu erschließen vermag. Er tritt bescheiden auf, ob zu Hause, im Beisein des deutschen Bundeskanzlers oder beim Empfang durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Eine durchschnittliche Erscheinung zeichnet den 65-Jährigen aus, dem Betrachter wird er kaum aufgrund seiner physiognomischen Besonderheiten im Gedächtnis haften bleiben. Die Augen verstecken sich hinter einer zeittypischen Hornbrille, umrahmt von buschigen Augenbrauen und großen Tränensäcken. Das Gesicht glatt rasiert, eine schmale Oberlippe, ein leichtes Doppelkinn, die Nase lang und leicht gebuckelt. Das Haar, noch immer dicht, schlicht nach hinten gekämmt, dadurch die großen Ohren offenlegend.



Abbildung 3: Ludwig und Margot Rosenberg im Garten ihres Hauses 1976

Doch Bescheidenheit und Unauffälligkeit des Auftretens werden zugleich konterkariert. Weder versteckt er sich vor den Mächtigen, noch inszeniert er seine Auftritte eigens. Aufrecht und ungebeugt, mit hellwachem Blick, schreitet er den Mächtigen dieser Welt entgegen. Er tritt ebenso weltmännisch wie selbstbewusst und souverän auf. Wenn er spricht, gleich ob vor Publikum oder im privaten Gespräch unter vier Augen, erweckt er sogleich einen wachen, ja einen geistig-brillanten Eindruck. Er spricht mit einer tenoralen Stimme, die, obschon noch immer hell und klar, durch jahrzehntelanges Kettenrauchen und das Alter etwas rau geworden ist. Er redet akzentuiert und überlegt, klar und prägnant, sucht nicht nach Worten und spricht doch fast immer frei. Das

gibt ihm Gelegenheit, beinahe ununterbrochen den Blickkontakt zu seinem Gegenüber zu wahren, ihm ein hohes Maß an Aufmerksamkeit zu schenken, ohne ihn zu vereinnahmen oder ihn misstrauisch zu belauern.

Seine Worte unterstreicht er mit einem gelegentlichen Augenaufschlag. Vor allem, wenn er lacht, offenbart sich ein freundliches, offenes Wesen. Und wenn er seinen Worten besonderen Nachdruck verleihen oder seine Kernaussagen besonders pointieren will, so legt er die Fingerspitzen beider Hände sorgsam aneinander, an der rechten Hand ein Ehering, links ein dunkler Siegelring. Es scheint beinahe, als wolle er beten, doch die Handteller berühren einander nicht. „Ich ruhe in mir selbst“, will diese Geste sagen, dabei Souveränität und zugleich Gelassenheit ausstrahlend.



Abbildung 4: Ludwig Rosenberg (links) auf einem Empfang der jugoslawischen Botschaft 1951

Weltmännisches Auftreten und eine ihm eigene Bescheidenheit, ja Biederkeit – so schildert Marianne Feuersenger den amtierenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ludwig Rosenberg, in ihrem Porträt, das das ZDF am 5. Januar 1968 in der Reihe „Menschen und Mächte“ ausstrahlte.

2 Zur Biografie eines Gewerkschafters

Nur verhältnismäßig wenige wissenschaftliche Biografien beschäftigen sich mit Gewerkschaftsführern, vor allem die Böckler-Biografie Ulrich Borsdorfs sticht heraus.¹⁰ Das mag erstens daran liegen, dass sich die traditionelle Biografik nicht an die relativ isolierte Elite der Gewerkschaftsführungen¹¹ herantastet, sondern vornehmlich Politiker, Unternehmer, Künstler und andere exponiertere Persönlichkeiten zu ihrem Gegenstand wählt. Dementgegen betrachten die Prosopografie und die *oral history* statt dessen häufig Arbeiter und Arbeiterinnen auf lokaler Ebene ohne herausgehobene Funktionen. Ein zweiter Grund liegt sicher auch darin, dass sich gerade Gewerkschaftsfunktionäre stärker als die Angehörigen anderer Eliten als Teil eines Kollektivs begreifen, dem ihr persönliches Wirken untergeordnet sei. Drittens treten soziale Herkunft und Bildung als Hinderungsgründe hinzu: Gewerkschafter hinterlassen relativ selten persönliche Aufzeichnungen wie Autobiografien oder Tagebücher. Viertens wirkt der Nationalsozialismus nach: Verfolgung und Exil rissen Lücken in die Überlieferung, aber auch der späte Ruf in führende Positionen, wie ihn etwa Böckler ereilte, ließ es nicht mehr zu, Memoiren zu verfassen.

Wenn Borsdorf die Vorsitzenden der Gewerkschaften verschiedenen Gruppen zuordnet – auf die Gründer folgten die Gewerkschaftsbeamten, die Funktionäre und schließlich, noch mit einem Fragezeichen versehen, die Manager –, so rechnet er Rosenberg den Funktionären zu, die Entstehung und Untergang der Weimarer Republik ebenso wie die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Erosionen in der Gewerkschaftsbewegung bewusst miterlebt hätten.¹² Diese Zuordnung Rosenbergs, allein aufgrund der generativen Abfolge vorgenommen, kritisch zu hinterfragen, wird eine der Aufgaben dieser Biografie sein. Ebenso vermag eine Biografie Rosenbergs, angewandt wie ein historisches „Senkblei“ (Thomas Mann), indem sie die Mikroebene individuellen Handelns betrachtet, ihrerseits Aufschlüsse zu bieten über die Prozesse der Willensbildung und der Entscheidungsfindung innerhalb der höchsten Gremien des DGB, über die Mechanismen der Rekrutierung

¹⁰ Borsdorf (1982). Daneben seien Beier, G. (1978); Ufermann; Scheugenpflug; Schneider (1978) angeführt. Als weniger gelungenes Beispiel in konzeptioneller wie sprachlicher Hinsicht sei Kalbitz genannt.

¹¹ Vgl. Witjes 371f.

¹² Borsdorf (1977) 33, 36. – In Rosenberg sieht er jedoch von vornherein „in vielerlei Hinsicht [...] eine Ausnahme“ (33). Auch Grewe/Niedenhoff/Wilke 45 gruppieren die deutschen Gewerkschaftsführer in Generationen, wobei sie Rosenberg der „Weimarer“ bzw. der „Rosenberg-Brenner-Generation“ zurechnen.

ihrer Angehörigen, über die Verarbeitung sozialer Veränderungen in einer gesellschaftlichen Teilelite.

Der Schwerpunkt dieses biografischen Porträts liegt jedoch nicht darin, präzise und detailliert nachzuzeichnen, wie Ludwig Rosenberg als Mitglied des Bundesvorstands und später als Vorsitzender des DGB handelte. Stattdessen wird hier der Frage nachgegangen, wie Rosenberg wurde, was er wurde. Als Vorbild eines solchen methodischen Vorgehens dient die Ollenhauer-Biografie Brigitte Seebacher-Brandts, die ebenfalls den Fokus ihrer Betrachtung auf die frühen Jahre Ollenhauers bis zur Rückkehr aus dem Exil legt.¹³

Die wenigen Beschreibungen des Lebensweges Ludwig Rosenbergs neigen – im Sinne des französischen Soziologen Pierre Bourdieu – sämtlich der Tendenz zu, „das Postulat der Sinnhaftigkeit der berichteten Existenz [...] zu akzeptieren“, deutlicher noch, „im Dienst einer allgemeinen Intention gewisse signifikante Ereignisse [auszuwählen] und zwischen ihnen eigene Beziehungen [zu stiften], um ihnen Kohärenz zu geben“.¹⁴In der Tat hat Rosenberg – im Verein mit seinen Biografen – seiner „Lebensgeschichte“ (Bourdieu) eine Form gegeben, die vielfach den gesellschaftlichen Verhältnissen der 1950er und 1960er Jahre entsprach. Er nahm Rücksicht auf massive Vorbehalte – auch unter den Mitgliedern des DGB¹⁵ – gegen Juden, Exulanten, liberale Gewerkschafter. Dies sei an vier Beispielen skizzenhaft veranschaulicht.

Erstens bleibt sein Verhältnis zum Judentum, vor allem aber zu seinem eigenen jüdischen Familienhintergrund, unklar. Er selbst berichtete zunächst nicht von seinem jüdischen Elternhaus und dem Mord an seiner Mutter und seinem Onkel in Auschwitz. Erst seit Mitte der 1960er Jahre, als im Zuge einer Diffamierungskampagne der soeben erst gegründeten rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands gegen ihn seine jüdische Herkunft Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen geworden war, machte er zaghafte Andeutungen. Seine verhältnismäßig frühe Flucht ins britische Exil wird in der Regel nur mit seiner Gewerkschaftsfunktion und seiner SPD-Mitgliedschaft, nicht aber mit der ihm zugewiesenen Rassenzugehörigkeit begründet. Und obgleich er mehrere dienstliche wie private Reisen nach Israel unternahm und sich sehr für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen

¹³ *Seebacher-Brandt* selbst liefert für ihr Vorgehen keine Begründung, weder in ihrer Einleitung, noch in ihrem Fazit.

¹⁴ *Bourdieu (1990) 76.*

¹⁵ *Lutz 89 f.*, selbst Gewerkschafter, charakterisiert Rosenbergs Rolle im DGB mit Begrifflichkeiten, die eine erstaunliche Nähe zum Antisemitismus aufweisen, so etwa wenn er ihn „seinem Naturell entsprechend“ „an die Klagemauer“ gestellt sieht oder ihn „den harten Broterwerb des gewerkschaftlichen Systematikers“ verabscheuen lässt.

mit Israel einsetzte, lehnte er es noch 1967 – wie er brieflich einem Vorstandsmitglied mitteilte – „aus den Dir bekannten Gründen“ ab, die „Woche der Brüderlichkeit“ zu eröffnen.¹⁶

Auch hinsichtlich seiner achtjährigen Mitgliedschaft in einer Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaft hatte sich Rosenberg – zweitens – offenbar eine Lesart zurechtgelegt, die auf die Verhältnisse innerhalb des frühen DGB und auf innerorganisatorische Auseinandersetzungen zwischen den in ihm aufgegangenen Richtungsgewerkschaften abzielte. Rosenberg erklärte später diesen – in der Sichtweise der Gewerkschaftsführer mit freigewerkschaftlicher Vergangenheit – Makel in seiner Karriere mit der Möglichkeit, bei den Liberalen eine Stelle finden zu können; ideologische Gründe hingegen wären nicht in Frage gekommen. Tatsächlich trat Rosenberg dem liberalen Gewerkschaftsbund der Angestellten 1925 bei, hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär aber wurde er erst 1928. Offensichtlich dominierten also andere als lediglich rein pragmatische Motive.

Drittens Rosenbergs rascher Aufstieg an die DGB-Spitze: Wieso wurde der Bezirksstellenleiter einer kleinen, eher zu vernachlässigenden Gewerkschaft nach dem Zweiten Weltkrieg zum Sekretär der Einheitsgewerkschaft? Der Ruf Böcklers, der ihn nicht kannte, war es entgegen anderslautender Behauptungen sicherlich nicht. Vermutlich war es seine relativ herausgehobene Rolle in der Londoner Landesgruppe und das hauptsächlich freigewerkschaftliche und sozialdemokratische Beziehungsgeflecht, in das er mittlerweile fest integriert war. Wie Hans Gottfurcht in London konnte Rosenberg von Bielefeld aus aufgrund seiner Sprachkenntnisse und seiner Verbindungen den DGB gegenüber den Alliierten vertreten.

Im Gespräch mit Dieter Schuster, dem Archivar des DGB, hielt Rosenberg es – viertens – für wichtig, darauf hinzuweisen, dass er als ehemaliger Exulant im Nachkriegsdeutschland „die gleichen Lebensmittelrationen wie alle anderen“ erhalten hatte.¹⁷ Rosenberg reagierte damit offensichtlich auf die noch immer heftigen Anfeindungen gegen ehemalige Exulanten in herausgehobenen öffentlichen Positionen. Erinnert sei nur beispielhaft an die Anfeindungen gegen Willy Brandt.

Diese vier hier aufgeführten Aspekte machen bereits deutlich, dass sich anhand der Biografie Rosenbergs Aufschlüsse gewinnen lassen über

¹⁶ Rosenberg an Hermann Beermann, 25.10.1966, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 8. – Rosenberg ließ sich schließlich unter anderem von Walter Fabian überzeugen, die Veranstaltungsreihe der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Dortmund doch zu eröffnen.

¹⁷ Schuster 40.

die gesellschaftliche Stellung eines Exulanten jüdischer Herkunft mit liberaler Organisationvergangenheit und über Mechanismen der sozialen Schließung und Öffnung, sowohl innerhalb der Gewerkschaften als auch in der Gesamtgesellschaft, in die Rosenberg spätestens als DGB-Vorsitzender hineinwirkte. Die Exilforschung, so musste Werner Röder noch 1998 feststellen, befasst sich nur selten mit jenen Flüchtlingen, die nicht bereits in den Jahren der Weimarer Republik den politischen Eliten angehört hatten. Ihre Sozialgeschichte sei ungeschrieben, ebenso „wie die Frage nach Selbstbehauptung oder Aufstieg von politischen Führern unter den Aufnahmebedingungen des Exils ein noch weitgehend offenes Forschungsfeld“ darstelle.¹⁸ Insofern mag eine Biografie Rosenbergs – bis 1933 ein noch unbedeutender Funktionär einer randständigen Gewerkschaft, nach seiner Rückkehr nach Deutschland einer der führenden Gewerkschafter in Westdeutschland – einen Beitrag zur Behebung dieses Desiderats liefern. In gleicher Weise gilt es auch, der noch jungen Remigrationsforschung zuzuarbeiten, denn noch immer ist der Einfluss der zurückgekehrten Flüchtlinge auf Politik und Verwaltung im Nachkriegsdeutschland, ihr Anteil an dem politischen, demokratischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen, geistigen und religiösen Wiederaufbau der Westzonen nicht systematisch erforscht.¹⁹

Marita Krauss hat vier Forschungsfelder und Untersuchungsansätze der Remigrationsforschung benannt:²⁰ Zunächst führt sie die geschlechtsspezifischen Bedingungen der Remigration an. Zweitens wendet sie sich den unterlassenen oder wahrgenommenen Möglichkeiten eines Rückrufs der Flüchtlinge von deutscher Seite zu, doch könne ein abschließendes Urteil erst nach minutiöser Detailrekonstruktion persönlicher Freundschaften, kollegialer Verbindungen und beruflicher Kontakte gefällt werden. Drittens stellt sie die Frage nach dem Wissenstransfer aus den Exilländern, den Bedingungen und den Phasen seiner Rezeption. Und viertens schließlich fragt auch sie nach dem Einfluss der Flüchtlinge auf die Entwicklung der Nachkriegsgesellschaften in Deutschland, nach ihrer Bedeutung für die Modernisierungsprozesse, die späte Überformung der unter dem Nationalsozialismus geprägten „Volksgemeinschaft“ durch die Ideen des Exils. Nicht allen Strängen kann gleichermaßen nachgegangen werden, liegen doch zu den Motiven seiner Frau zu Flucht und Rückkehr kaum Erkenntnisse vor, sodass

¹⁸ Röder (1998) 20.

¹⁹ Lehmann (1997) 58 f.; Jochmann 21. – Erste Ergebnisse liegen für die Gewerkschaften vor, die Dissertation von Julia Angster unter dem Titel „Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie“ wird im Laufe des Jahres 2002 bei Oldenbourg erscheinen.

²⁰ Krauss (1997) 158 ff. – Die jüngste Publikation von Krauss: Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München 2001, konnte in der vorliegenden Arbeit nicht mehr berücksichtigt werden.

die Rückkehr fast ausschließlich an seinem Beispiel beschrieben wird. Insbesondere soll jedoch das im Exil entstandene Beziehungsgeflecht Gegenstand dieser Untersuchung sein. Und auch die Bedingungen ehemaliger Exulanten im Nachkriegsdeutschland, ihr Zusammenleben mit den „Daheimgebliebenen“, soll einer genaueren Betrachtung unterliegen.

Auf dem Glatteis der Biografik

Ende der 1960er Jahre konstatierte der Historiker Hans-Ulrich Wehler eine „Krise der politischen Biographie“.²¹ Wenn Hagen Schulze wenige Jahre später die Biografie als „Brachland“ beschrieb und sich dabei auf Wehler berief, so irrte er allerdings: Wehler hatte eben nicht einen Mangel an dieser Gattung festgestellt, vielmehr erschienen zahllose Biografien trotz der zahlreichen Defizite der traditionellen Biografieforschung und eines „deutlichen Mißbehagens“ vieler Historiker ihr gegenüber.²² Gestritten wurde jedoch über den möglichen Erkenntnisgewinn einer geschichtswissenschaftlichen Biografie. Der Historismus, dessen Vorbild die meisten Biografen folgen, beförderte – und er tut es noch immer – ein „Individualitäts- und Genieideal“,²³ das der Historiker Heinrich von Treitschke in einem Satz auf den Punkt brachte: „Männer machen die Geschichte.“²⁴ Die Kehrseite solcher Verklärung und Vergöttlichung „großer“ Menschen oder Genies sieht der Soziologe Norbert Elias zu Recht in der Geringschätzung gewöhnlicher Menschen.²⁵ Das ohnehin schwache theoretische Gerüst des Historismus wurde schließlich unter dem Eindruck eines struktur- oder sozialgeschichtlichen Ansatzes nachhaltig erschüttert. Tatsächlich hat die traditionsreiche Gattung der Biografik in der Geschichtswissenschaft ihren herausgehobenen Platz verloren. Biografien werden – soweit jedenfalls ein vorläufiger Eindruck – seitdem seltener von Historikern, häufiger dagegen von Politikwissenschaftlern, verfasst.²⁶

Der Historismus betrachtet den einzelnen Menschen als „homo clausus“, als eine Welt für sich, die es durch Intuition und Empathie, das einfühlende Verstehen im Gegensatz zum Erklären, zu begreifen gelte.

21 Wehler (1971) 10.

22 Ebd.; Schulze (1978) 509.

23 Ebd. 508.

24 Zu den Differenzierungen innerhalb des Historismus siehe *Oelkers* 297 f.

25 *Elias* (1993) 70 f.

26 Zu den immer noch relativ seltenen sozialgeschichtlichen Biografien zählen die Best-Biografie von Ulrich *Herbert* und die zweibändige Hitler-Biografie von Ian *Kershaw*. – Bei den politikwissenschaftlichen Biografien fällt, selbst wenn es sich um Dissertationen handelt, in vielen Fällen das Fehlen jeglicher Überlegungen zu Methodik und Sinn einer Biografie auf.

Doch neuere Erkenntnisse beispielsweise der Psychoanalyse und der Ethnologie unterminierten diese Grundannahme des Historismus, so dass die aus den Auseinandersetzungen der 1970er Jahre herrührende Frontstellung zwischen „Individuum“ und „Gesellschaft“ bzw. „Persönlichkeit“ und „Struktur“ obsolet geworden scheint, wenn sie in dieser Eindeutigkeit denn jemals bestanden hat.²⁷ In den 1980er Jahren wurde die Biografik in den Sozialwissenschaften unter veränderte Vorzeichen gestellt: Der Mensch in seinen Bezügen zur Umwelt steht seitdem im Vordergrund. Von hier aus, so fordert Andreas Gestrich, „muß man die Grundlagen historischer Biographieforschung und die Möglichkeiten ihrer Integration in eine historische Sozialwissenschaft neu überdenken“.²⁸ In gleicher Absicht fordert Elias in seiner Mozart-Biografie, dass das individuelle Schicksal in ein Modell der gesellschaftlichen Figurationen seiner Zeit eingebettet werden müsse, da man erst dann erkennen könne, was der Einzelne zu tun und was er nicht zu tun vermochte, „welche unentrinnbaren Zwänge auf einen Menschen einwirkten und wie er sich angesichts dieser Zwänge verhielt, ob er sich ihrem Druck fügte [...] oder ob er versuchte, ihnen zu entkommen, vielleicht gar sich ihnen zu widersetzen“.²⁹

Warum sich also auf das „Glatteis biographischer Untersuchungen“³⁰ wagen? – Der Bismarck-Biograf Ernst Engelberg und Hans Schleier halten der Individualbiografie zugute, sie leiste „Erhebliches, wenn sie sich nicht in das Innere, das Seelenleben einer Persönlichkeit verschließt“³¹. Doch bewegt man sich hier – um im Bild zu bleiben – auf längst geschmolzenem Eis. Denn die Beschreibung des „homo clausus“ steht ebenso wenig zur Debatte wie die alleinige Betonung psychoanalytischer Kategorien.³² Vielmehr ist zumindest in der offenkundig noch immer recht schwachen Theorie der Biografieforschung die Integration

27 *Alexander*, T. 30 f.; *Gestrich* (1988) 6; vgl. auch *Bosch* 8.

28 Ebd. 7.

29 *Elias* (1993) 23 f.

30 *Alexander*, T. 27.

31 *Engelberg/Schleier* 216. – Womöglich beschreiben Engelberg/Schleier auch nur indirekt das Theoriedefizit der DDR-Geschichtswissenschaft, wie es *Alexander*, T. 31f. konstatiert.

32 Zum Stellenwert der Psychoanalyse in der Biografieforschung *Wehler* (1971); *Blasius*; *Röckelein*. Allgemein lässt sich feststellen, dass zwecks Gewinnung psychoanalytischer Erkenntnisse nicht nur das Quellenmaterial hinreichen, sondern der Historiker auch über fundierte Kenntnisse der Psychoanalyse verfügen muss. Der Historiker als „Hobby-Freud“ (Wolf Maahn) und der die Biografie monokausal aus der psychischen Persönlichkeitsstruktur ableitende Psychoanalytiker sind gleichermaßen keine Vorbilder, obschon, wie *Wehler* (1971) 16 sicher zu Recht fordert, die „Theorien und Ergebnisse der wissenschaftlichen Psychologie und Psychoanalyse zum «Handwerkszeug des Historikers» gehören“ sollten.

verschiedenster Ansätze unstrittig.³³

Eine weit größere Gefahr der Biografik, auf blankem Eis zu fallen, besteht in der Deutung eines Lebenslaufes und seiner Ereignisse auf ein Ziel hin oder der Beschreibung von seinem Ende her. Für Bourdieu konstruiert eine „Lebensgeschichte“ oder „Lebensbeschreibung“ ein Ganzes, „einen kohärenten und orientierten Zusammenhang, der als ein einheitlicher Ausdruck einer subjektiven und objektiven «Intention», eines Projekts aufgefaßt werden muß“.³⁴ Sein Gegenentwurf zu einer solchen „Lebensgeschichte“ wird in dem Begriff der „Laufbahn“ oder des „sozialen Alterns“ verkörpert, womit er die biografischen Ereignisse als „Plazierungen und Deplazierungen im sozialen Raum“ begreift.³⁵ In diesem Sinne lässt sich ein Leben nicht von seinem Ende her beschreiben, sondern anhand von Handlungen, Erfahrungen und Strukturen in einem sich ständig verändernden Feld,³⁶ mit seinen Brüchen, Inkonsistenzen und Diskontinuitäten.³⁷

Damit wiederum kommt man der interaktionistischen Subjekt- und Identitätstheorie nahe, wonach der Biografieforschung „die Darstellung und Erklärung des äußeren Lebenslaufs und der Selbstinterpretation von Individuen oder Gruppen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang und im Kontext der Motive und Wirkungen ihrer Handlungen“ zufällt.³⁸ Dementsprechend muss die historische Biografik der „Produktion von Identität im Rahmen von jeweils durch die Struktur von Familie und Gesellschaft geprägten Handlungs- bzw. Kommunikationszusammenhängen“ nachspüren.³⁹ Bourdieus Begriff vom „Habitus“, der insbesondere durch die Internalisierung der familiären Sozialisation als „zweiter Natur“ geprägt wird, kann als Brücke zwischen gesellschaftlicher Eingebundenheit des Einzelnen und seinem konkreten Handeln und Erfahren dienen.⁴⁰

33 Vgl. *Gestrich (1988)*.

34 *Bourdieu (1990)* 75.

35 Ebd. 80.

36 Vgl. *Fischer/Kohli* 30.

37 Vgl. etwa die doppelte Überhöhung Bismarcks bei *Wehler (1987ff.)*, der Bismarck als einzige Persönlichkeit in seiner dreibändigen „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ singulär hervorhebt und die Brüche in dessen Leben unter dem theoretischen Dirigat der Weber'schen Theorie der charismatischen Herrschaft negiert oder für gewollt erklärt, während *Otto Pflanze* in seiner Bismarck-Biografie den ersten deutschen Reichskanzler in all seinen Brüchen und seinem später zu Erfolg verklärten Scheitern darstellt.

38 *Gestrich (1988)* 14.

39 Ebd. 17.

40 *Treibel* 211. – „In den Dispositionen des Habitus ist somit die gesamte Struktur des Systems der Existenzbedingungen angelegt, so wie diese sich in der Erfahrung einer besonderen sozialen Lage mit einer bestimmten Position innerhalb dieser Struktur niederschlägt.“ *Bourdieu (1998)* 279.

Die Biografie eines Gewerkschafters beschreibt notwendig nicht allein die Herausbildung seiner Identität und seines Habitus. Sie ist – auch – eine politische, sie ist aber zugleich eine sozialgeschichtliche Biografie, insofern sie im Wesentlichen von sozialgeschichtlichen Prämissen geprägt ist. Sie betrachtet ihren Gegenstand von drei Seiten aus, nämlich von der Primärgruppe und ihren Sozialisationsformen, der Gesamtgesellschaft mit ihren materiellen, institutionellen und ideologischen Rahmenbedingungen sowie den Verarbeitungsformen gesellschaftlicher Erfahrungen im Rahmen von Kommunikation und Interaktion.⁴¹ Die Handlungsmöglichkeiten des Individuums, hier eines Gewerkschaftsfunktionärs, sind maßgeblich mitbestimmt durch seine sozialen Einbindungen mit ihrer Vielzahl der sich daraus ergebenden Rückkopplungen. Der Anspruch auf Rekonstruktion einer „biographischen Totalität“ jedoch, wie er von Engelberg und Schleier vertreten wird,⁴² bricht allein schon wegen des Quellenproblems, das sich bei Gewerkschaftern zu meist besonders deutlich stellt, in sich zusammen.

Bürgerlichkeit als Habitus

Bevor sich die Person Ludwig Rosenbergs näher in den Blick nehmen lässt, gilt es zunächst, sich der Geschichte seiner Vorfahren zu nähern, sofern dies angesichts des eklatanten Quellenproblems möglich ist. Warum aber ist es überhaupt sinnvoll, sich in Anbetracht dieser Schwierigkeiten mit der Familiengeschichte Rosenbergs zu beschäftigen? Warum legt man den Beginn nicht auf seine Geburt, streift kurz die wenigen Informationen, die zu seiner Kindheit und Jugend vorliegen, und widmet sich dann dem Rosenberg der Nachkriegszeit, dem Gewerkschaftsfunktionär Ludwig Rosenberg, dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes?

Die Frage nach dem Stellenwert einer Familiengeschichte innerhalb einer Biografie lässt sich am ehesten mit dem Habitus-Konzept beantworten, das Bourdieu entwickelte.⁴³ Ihn interessierte dabei das Handeln des Individuums als Akteur im sozialen Raum, denn der Einzelne lasse sich nach seinem Verständnis keineswegs allein von freien Entscheidungen leiten, die er auf der Grundlage rationaler Erwägungen treffe. Zwar schließt Bourdieu eine solche rationalistische Handlungstheorie nicht aus, doch bedürfe es dazu geradezu der Außerkraftsetzung des Habitus. Umgekehrt lehnt Bourdieu auch das andere Extrem ab, das den

⁴¹ Gestrich (1988) 21.

⁴² Engelberg/Schleier 207.

⁴³ Nach Reichardt 82 ist bislang (1997) in der Geschichtswissenschaft „jedoch mehr über Bourdieus Theorie gesprochen als mit ihr gearbeitet worden“.

Menschen allein „in einer Mechanik struktureller Zwänge“ betrachtet. Bourdieu versucht damit, die traditionelle Dichotomie eines subjektivistischen Handlungsvoluntarismus auf der einen und eines mechanistischen Struktur determinismus auf der anderen Seite zu überwinden.⁴⁴ Der Mensch lasse sich vielmehr als habituell geprägter Akteur verstehen.⁴⁵

Unter dem Habitus versteht Bourdieu ein „System verinnerlichter Muster, die es erlauben, alle typischen Gedanken, Wahrnehmungen und Handlungen einer Kultur zu erzeugen“.⁴⁶ Der Habitus ist damit gesellschaftlich bedingt und nicht etwa angeboren, er beruht auf Erfahrungen, „er gewährleistet die aktive Präsenz früherer Erfahrungen, die sich in jedem Organismus in Gestalt von Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata niederschlagen“.⁴⁷ Der verinnerlichte Habitus lenkt das Handeln, Denken und Wahrnehmen des Einzelnen in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaß, zumeist ohne dass sich das Individuum dessen bewusst wird – in Anlehnung an Leibniz vermutet Bourdieu, wir Menschen seien „in Dreiviertel unserer Handlungen Automaten“.⁴⁸ Dennoch bestimmt der Habitus die Handlungen des Menschen nicht vollständig, „sondern [legt] lediglich die Art und Weise ihrer Ausführung und die Grenzen möglicher Praktiken [fest]“.⁴⁹

Auf Grundlage dieser Schemata bildet der Einzelne einen sozialen Sinn heraus, der es ihm erlaubt, sich in der sozialen Welt auf spezifischen Praxisfeldern zu orientieren. Der soziale Sinn organisiert die Praxis des Einzelnen und ermöglicht es ihm, „mit der automatischen Sicherheit eines Instinkts“ zu handeln.⁵⁰ Geprägt wird der Habitus vor allem in der frühesten Kindheit, insbesondere die Sozialisationsinstanz der Familie wirkt auf ihn ein. Dabei bleiben die „objektiv vorgegebenen materiellen und kulturellen Existenzbedingungen eines Akteurs, mithin die Lebensbedingungen seiner Familie und sozialen Klasse“ nicht außen vor. Sie formen den Habitus. Mithin aber wird deutlich, welchen großen Einfluss die sozialstrukturelle Position des Einzelnen auf seinen Habitus ausübt, insofern klassenspezifische Faktoren die Ausprägung des Habitus bedingen. Denken und Handeln des Einzelnen sind abhängig von dem verfügbaren Kapital, sei es nun ökonomisches, kulturelles oder soziales Kapital.⁵¹ Während soziales Kapital „das dauerhafte Netz von Bezie-

44 *Schwingel* 53 ff., 69.

45 *Reichardt* 86.

46 *Bourdieu (1970)* 143.

47 *Ders. (1987)* 101.

48 *Ders. (1998)* 740.

49 *Reichardt* 75.

50 *Schwingel* 57 f.; Zitat *Bourdieu (1987)* 191.

51 *Schwingel* 59 ff.

hungen bezeichnet, innerhalb dessen sich Individuen befinden“, mithin als Ressource der Zugehörigkeit zu einer Gruppe dient, lässt sich das kulturelle Kapital auch als Bildungskapital fassen. Beide Kapitalarten aber sind angewiesen auf das ökonomische Kapital, da es die Voraussetzung zu deren Erlangung bildet. Es öffnet daher „den Zugang zu erfolgreichen Berufskarrieren“. Zum Erwerb aller drei Kapitalarten wird Zeit benötigt, muss Arbeit geleistet werden.⁵²



Abbildung 5: Margot Rosenberg (Mitte) auf einem Empfang der jugoslawischen Botschaft 1951

So wie der Habitus durch die Position im sozialen Raum geprägt wird, so dient er zugleich der Markierung der sozialen Position. Diesem Zweck dient ein distinktiver, auf Abgrenzung und Unterscheidbarkeit bedachter Lebensstil, der bloßen Besitz in Status, bloßes Vermögen in Ansehen und bloßes Haben in bewertetes Sein verwandelt. Erst durch den distinktiven Lebensstil wird aus ungleicher Verteilung von Kapitalien eine Beziehungsungleichheit.⁵³ Wie eine zweite Haut ermöglichen es die

⁵² Reichardt 75 ff.

⁵³ Ebd. 78.

durch den Habitus hervorgebrachten Praxisformen, immer aufs Neue die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe zu zeigen und sich gleichermaßen von anderen Gruppen abzugrenzen.⁵⁴ Der auf diese Weise konstituierte Lebensstil ist, zumal Aneignung und Ausübung zumeist unbewusst geschehen, nicht etwa kurzfristig wandelbar und individuell, sondern dauerhaft und übertragbar,⁵⁵ wenngleich er sich in Anbetracht neuer Erfahrungen in einem steten Wandel befindet. Wenn der Habitus von den sozialen Strukturen geprägt wird, wie er seinerseits die Strukturen immer aufs Neue hervorbringt, so wird deutlich, dass der Einzelne in der Regel keinen Anlass sieht, seine „bewährten alltäglichen Wahrnehmungs- und Denkstrukturen in Frage zu stellen“. Allein in Krisensituationen jedoch ist das Scheitern des Habitus denkbar, sodass der Betreffende ihn zumindest kurzfristig durch Heranziehung anderer Handlungssysteme, die etwa vorrangig auf rationalen Erwägungen fußen, außer Kraft zu setzen versteht.⁵⁶

Der Habitus stellt mithin „sowohl das Produkt kollektiver Geschichte als auch individuell-lebensgeschichtlicher Erfahrungen“ dar.⁵⁷ Insofern unterscheidet sich das Habituskonzept – trotz einer großen Nähe – auch von der Mentalitätsgeschichte, die auf die Art und Weise und den Inhalt des Denkens und des Empfindens abhebt, indem es stärker als diese „die Macht der Sozialisationsinstanzen und die Sozialisations-effekte, die von der Herkunft, Laufbahnen und sozialen «Feldern» ausgehen“, betont.⁵⁸

Die Verwandtschaft des Habitus mit dem Konzept einer kulturell verstandenen Bürgerlichkeit ist in der Bürgertumsforschung verschiedentlich hervorgehoben worden, danach lässt sich Bürgerlichkeit als eine spezifische Ausprägung des Habitus begreifen, „als Wahrnehmungsschema, System von sozialen Einstellungen und Grundlage der Erzeugung von Praktiken“.⁵⁹ Unter Bürgerlichkeit lässt sich mit Wolfgang Kaschuba „ein in sich zwar vielfach abgestuftes und variiertes, in seinen Grundzügen jedoch verbindliches Kulturmodell [verstehen], das entscheidende Momente sozialer Identität in sich birgt. Es vermittelt bürgerliches Selbstverständnis und Selbstbewußtsein, definiert durch den Gebrauch materieller Güter, durch den Bezug auf ideelle Werte, durch die Benutzung kultureller Verhaltensmuster, die zusammengenommen ein lebensweltliches Ensemble bilden. Es ist gleichsam die «zweite Natur» der Bürgerlichkeit, die sich darin verkörpert, die sich in eigenen

54 *Bourdieu (1998) 277 f.*

55 *Ders. (1987) 98.*

56 *Schwingel 74.*

57 *Reichardt 75.*

58 *Reitmayer 69.*

59 *Ebd. 67; Kaschuba (1988) 15.*

Formen und Normen habitualisiert und damit der «Kultur» eine doppelte Funktion zuschreibt, als Identitätsmodell wie als Distinktionsmittel.“⁶⁰

Hier nun wird der Stellenwert der Familiengeschichte im Rahmen einer Biografie Ludwig Rosenbergs deutlich. Sie kann Aufschluss über seinen Habitus und dessen Genese liefern, indem sie zum einen die kollektive Geschichte insbesondere seiner Vorfahren in den Blick nimmt. Wenn also die Familiengeschichte Rosenbergs aufgezeigt wird, so bedeutet dies keineswegs, dass hier Lebensgeschichten aneinander gereiht werden sollen. Schon das Quellenproblem würde dies verhindern, stünde dem nicht ohnehin ein anderer Ansatz entgegen. Anhand der Familiengeschichte kann vielmehr, zumindest in Ansätzen, gezeigt werden, wie Werte und Normen, aber auch Verhaltensweisen und politische Orientierungen hervorgebracht und tradiert werden, wie sie im Laufe der generationellen Abfolge Bestand haben und wie sie unter veränderten Umständen modifiziert werden.⁶¹

Elisabeth Kraus, die Biografin der Familie des deutsch-jüdischen Verlegers Rudolf Mosse, hat die Anforderungen an die jüdische Familienforschung, die sich nicht prinzipiell von der allgemeinen Biografik unterscheiden, wie folgt formuliert: Sie solle erstens das familiäre Umfeld genau ausleuchten und sich dabei beispielsweise Fragen nach der Rolle der Frau oder der Söhne als den potenziellen Erben des väterlichen Geschäfts, nach der Geschlechterdifferenz in der Kindererziehung und nach der Entstehung einer spezifischen Familienmentalität stellen. Zweitens solle sie die Berufswahl jugendlicher Juden insbesondere unter dem Aspekt untersuchen, welchen Anteil der Antisemitismus dabei ausübte. Drittens solle sie dem Engagement der Familienmitglieder nachspüren, sei es religiös, sozial oder politisch. Und viertens solle sie dem Aspekt nachgehen, wie sich über die Generationen hinweg eine jüdische Identität herausgeformt hat und welche Prägekraft ihr innewohnt.⁶²

Neben der Beschreibung der Familienbiografie gilt es zum anderen, auch Rosenbergs von dieser nicht minder stark geprägte Sozialisation zu untersuchen. Auf der Grundlage des Habituskonzepts soll gezeigt

⁶⁰ Ebd. 18.

⁶¹ *Kraus* 9. – In ihrer Studie zur Familie Mosse formuliert Kraus einen gleichlautenden Anspruch, obschon die Quellenlage trotz aller von ihr geschilderten Schwierigkeiten deutlich besser ist als bei Rosenberg. Ein „jüdisch-bürgerliches Sozialmilieu in seinen außenorientierten Darstellungsformen und Verhaltensweisen wie auch im Hinblick auf seine eher binnenstrukturierende Kohäsionskraft“ jedenfalls lässt sich anhand der Rosenberg’schen Familienbiografie nicht beschreiben. Ebd. 10.

⁶² Ebd. 10 ff.

werden, inwiefern Rosenberg bereits als Kind und Jugendlicher eine spezifische Variante des bürgerlichen Lebensstils, eine deutsch-jüdische Bürgerlichkeit, verinnerlichte, die seine Position innerhalb seiner späteren Handlungsfelder, vor allem innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, maßgeblich beeinflusste. Es kann hier jedoch nicht darum gehen, Rosenbergs Habitus umfassend zu beschreiben. Das wäre in der Tat ein hier nicht zu verwirklichendes Desiderat.

Sozialisation und Generation

Somit liegt die Bedeutung der Sozialisationsinstanzen und der Sozialisierungseffekte für die konkrete Ausformung des Habitus auf der Hand. Sozialisation lässt sich – bildhaft gesprochen – als ein Prozess beschreiben, in dem sich der werdende Mensch mit seiner zweiten Haut, dem Habitus, einkleidet und er gleichermaßen eingekleidet wird. Die Unterscheidung der primären oder familiären von der sekundären Sozialisation im Jugendalter und der tertiären im Erwachsenenalter mag sich „als viel zu grob“ erwiesen haben,⁶³ doch trägt sie zum besseren Verständnis der Rolle der Sozialisation im Habituskonzept bei, insofern in erster Linie die primäre, frühkindliche Sozialisation den Habitus beeinflusst.

Unter der Sozialisation lässt sich mit Klaus-Jürgen Tillmann grob die „Gesamtheit der gesellschaftlichen Einflüsse auf die Persönlichkeitsentwicklung eines Menschen“ begreifen.⁶⁴ Weiter gefasst, lässt sich Sozialisation verstehen „als der Prozeß der Entstehung und Entwicklung der Persönlichkeit in wechselseitiger Abhängigkeit von der gesellschaftlich vermittelten sozialen und materiellen Umwelt. Vorrangig thematisch ist dabei, [...] wie sich der Mensch zu einem gesellschaftlich handlungsfähigen Subjekt bildet.“⁶⁵ Im Zuge der Sozialisation erwirbt das Individuum Merkmale und Eigenschaften, Handlungskompetenzen und Einstellungen. „Es geht somit nicht nur um von außen beobachtbare Verhaltensweisen, sondern auch um innerpsychische Prozesse und Zustände; Gefühle und Motivationen gehören ebenso dazu wie Wissen, Sprache und Werthaltungen.“ Die Sozialisation wird dabei keineswegs als einseitige Prägung eines Menschen verstanden, in deren Verlauf er die gesellschaftlichen Erwartungen in seine psychischen Strukturen übernehmen muss, sondern er wirkt an seiner Sozialisation

⁶³ Tillmann 19.

⁶⁴ Ebd. 9.

⁶⁵ So die weitgehend akzeptierte Definition des Handbuchs der Sozialisationsforschung (1980), zitiert nach ebd. 10.

gestaltend mit, indem er sich die Umweltbedingungen aktiv aneignet. Dem solcherart sozialisierten Menschen steht es entsprechend offen, sich „zu seiner Umwelt aktiv, individuell und situativ verschieden zu verhalten“. Damit bewegt sich der Mensch immer auch in einem „Spannungsverhältnis zu den gesellschaftlichen Anforderungen, die auf Anpassung und Normierung ausgerichtet sind.“⁶⁶ Als die wichtigsten Sozialisationsinstanzen gelten gemeinhin die Familie, die Schule und die Altersgruppe. Alle drei lassen sich aufgrund der Quellenlage weniger in ihren konkreten Ausprägungen als vielmehr in ihren Effekten auf die Sozialisation Rosenbergs untersuchen.

Neben der den Habitus beeinflussenden Sozialisation in der Kindheit und Jugend interessiert im Rahmen der Biografie des Gewerkschafters Rosenberg insbesondere die Phase seiner politischen Sozialisation, in deren Verlauf politisch relevante Grundüberlegungen und Haltungen gegenüber dem politischen System, den politischen Rollen und ihren Inhabern erlernt werden. Zwar registrieren schon zehnjährige Kinder beispielsweise die Parteibindungen ihrer Eltern oder können einzelne Politiker namentlich benennen, doch die „erhöhte Empfänglichkeit für komplexe politische Lernerfahrungen“ setzt erst mit dem Erwerb der Fähigkeit formalen Denkens ein als wesentlicher Voraussetzung, das politische Geschehen bewusst wahrzunehmen und dazu eine eigenständige Position einzunehmen, im Allgemeinen nicht vor dem 16. Lebensjahr. Den Abschluss dieser sensiblen Phase bildet zumeist der Übergang zu Beruf und fester Partnerbindung, zumeist der Ehe, der in der Regel mit dem 25. Lebensjahr terminiert wird. Für den Zeitraum zwischen dem 18. und dem 21. Lebensjahr wird gar ein „Zeitraum außerordentlicher politischer Beeinflussbarkeit“ angenommen.⁶⁷ In diesem Lebensabschnitt einmal getroffene Parteibindungen bleiben in der Regel ein Leben lang bestehen, das gilt noch stärker für Einstellungen und Werte, für Überzeugungen, Verhaltensdispositionen und Handlungsformen. Im Sinne dieser Persistenz birgt das im Anschluss vorzustellende Generationen-Konzept auch ein großes Prognosepotenzial.⁶⁸

Fallen in diesen Zeitraum historisch-politische Ereignisse wie Krisen oder Innovationen⁶⁹, so können sie politische Generationen konstituieren, sofern die Ereignisse die Individuen überraschen und ihnen eine

⁶⁶ Ebd. 11 f.

⁶⁷ *Fogt* 55 ff.

⁶⁸ Ebd. 73, 107.

⁶⁹ Unter Innovationen versteht Fogt Vorgänge, die politisch, technologisch oder kulturell-intellektuell auf den Menschen einwirken, jedoch im Gegensatz zu einer Krise nicht mit einer „direkten, massiven Bedrohung“ einhergehen. Als Beispiel für eine politische Innovation nennt er den Prozess der Notstandsgesetzgebung der 1960er Jahre. Ebd. 75 f.

kurzfristige Reaktion abnötigen, in der Öffentlichkeit aufmerksam wahrgenommen werden, sich auf größere Gruppen von Menschen – seien es regionale oder soziale Einheiten – beziehen und deren Interessen und Werte berühren oder gar bedrohen. Sind alle Merkmale gegeben, so können die Ereignisse einen grundlegenden Wandel der Einstellungen bewirken.⁷⁰ Auf diese Weise kann sich aus einer bloßen Alterskohorte, die sich aus allen in einem gewissen Zeitraum geborenen Personen zusammensetzt, eine Generation oder soziale Kohorte bilden, die sich „durch das Vorhandensein gemeinsamer verhaltensprägender Einflüsse und Erfahrungen“ in einem sensiblen Lebensalter von anderen Generationen abgrenzen lässt.⁷¹



Abbildung 6: Ludwig Rosenberg (links) auf einem Empfang der jugoslawischen Botschaft 1951

Unter einer politischen Generation versteht Helmut Fogt „diejenigen Mitglieder einer Altersgruppe oder Kohorte, die – mit bestimmten Schlüsselereignissen konfrontiert – zu einer gleichgesinnten bewußten Auseinandersetzung mit den Leitideen und Werten der politischen Ordnung gelangten, in der sie aufwuchsen“.⁷² Das Generationen-Konzept kann im Unterschied zur Analyse der Alterskohorten erklären, wie ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Generation ent-

70 Ebd. 76.

71 Herrmann (1987) 366.

72 Fogt 21.

steht und wie sich dieses „auf das Erleben und Verhalten, das Deuten und Handeln in der sozialen Wirklichkeit“ auswirkt.⁷³ Oder in den Worten Johann Wolfgang von Goethes: „[...] ein jeder, nur zehn Jahre früher oder später geboren, dürfte, was seine eigene Bildung und die Wirkung nach außen betrifft, ein ganz anderer geworden sein.“⁷⁴

Im Anschluss an den deutsch-jüdischen Soziologen Karl Mannheim hat Helmut Fogt dessen bereits in den 1920er Jahren entstandenes Konzept der Generation zu einem „brauchbaren Instrument historisch-soziologischer bzw. sozialisationshistorischer Analyse“ weiterentwickelt.⁷⁵ Zunächst fasst er Generationszusammenhänge als „Erlebnismgemeinschaften, Aggregate von Altersgenossen, die durch gemeinsame historische Erfahrungen geprägt wurden. Sozial, bezogen auf die Gesamtheit der Altersgenossen, und historisch, bezogen auf den zeitlichen Ablauf, wird der Generationszusammenhang durch die Reichweite dieser Erfahrungen begrenzt. [...] Dem Generationszusammenhang eignet ein kollektives Generationsbewußtsein, ein zumindest ansatzweise flexibles Informationsverarbeitungs- und Orientierungssystem. Für die Mitglieder eines Generationszusammenhangs wird man dabei als entsprechende Minimalbedingung verlangen müssen, dass sie verschiedene Generationszusammenhänge in einer Gesellschaft intuitiv wahrnehmen und sich selbst und andere darin zu plazieren vermögen.“⁷⁶ Wesentlich scheint darüber hinaus ein die subjektive Empfindung und Identität konstituierender Gegensatz zur Generation der Väter zu sein.⁷⁷

Im Unterschied zu der noch recht allgemeinen Kategorie des Generationszusammenhangs sind Generationseinheiten als Mikroeinheiten oder Subkollektive enger gefasst. „Sie sind wesentlich stärker strukturiert als die Generationszusammenhänge, weisen (wie alle zielorientierten Massen) zumindest rudimentäre Interaktionsformen, informelle Kommunikation und manifestes kollektives Verhalten auf. Ihre Mitglieder entwickeln ein konkretes Mitgliedschaftsverhalten und Zugehörigkeitsgefühl zu ihrer Generation, identifizieren sich mit ihr, besitzen gemeinsame Gefühle, Erwartungen und Symbole.“⁷⁸ In Reaktion auf krisenhafte Ereignisse oder Entwicklungen lösen sich aus Generationszusammenhängen einzelne Generationseinheiten heraus, die sich je nach Wirksamkeit der Krise regional oder schichtspezifisch ausdehnen. Den Kern solcher Generationseinheiten bilden altershomogene politische oder soziale Bewegungen oder aber Gruppen, in denen erst die Grup-

⁷³ Herrmann (1987) 366.

⁷⁴ Einleitende Bemerkungen zu „Dichtung und Wahrheit“, zitiert nach ebd. 375.

⁷⁵ Ebd. 372. – Zur Diskussion der Begriffe Kohorte und Generation siehe ebd. 365 f.

⁷⁶ Fogt 19.

⁷⁷ Mommsen 52.

⁷⁸ Ebd. 20.

penzugehörigkeit in ein gemeinsames Handeln umschlägt, ein „Einverständnishandeln“ (Max Weber), „bei dem sich die einzelnen verhalten, als ob eine vereinbarte, für alle verbindliche Ordnung bestünde“.⁷⁹

Ähnlich wie die Untersuchung des Habitus nicht den Zweck verfolgen kann, einzelne Lebensläufe detailreich zu rekonstruieren, die „dann kontrastierend verglichen und als Typologien präsentiert werden“,⁸⁰ übersteigt es auch die Möglichkeiten einer Biografie Rosenbergs deutlich, im Sinne der Historischen Sozialisationsforschung, das Selbstverständnis, die Selbstthematizierung und die Verhaltensformen von Sozialkohorten oder Generationseinheiten zu beschreiben. Wohl aber geht es darum, einen individuellen Lebenslauf „im Hinblick auf die Genese von individuellen Persönlichkeitsstrukturen, -profilen und -gestalten“ zu rekonstruieren.⁸¹ Es gilt also nicht zuletzt, die Generationseinheit, der Rosenberg zuzurechnen ist, zu identifizieren und zu beschreiben. Es wird zu fragen sein, ob sich im Falle der nachwachsenden Generation der jüdischen Minderheit von einer eigenen Generationseinheit sprechen lässt, die aufgrund der gemeinsamen Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit zustande kam und spezifisch auf sie betreffende Ereignisse reagierte.

Denkbar ist außerdem die Entstehung von Generationseinheiten in Reaktion auf existenzbedrohende Krisen, die sich erst später, im Anschluss an die Prägephase, ereignen. Exulanten beispielsweise, sofern sie einer Generation angehörten, bildeten auf dem Hintergrund ihrer „primären“ politischen Prägung im Jugendalter infolge der Exilerfahrungen ein hohes Maß an Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeitsgefühl heraus. Erst unter den Erfahrungen von Flucht und Exil formte sich aus Mitgliedern eines Generationszusammenhangs eine Generationseinheit. In Bezug auf die Biografie Ludwig Rosenbergs soll gezeigt werden, inwiefern Rosenberg als deutscher Jude auf die Ereignisse der Kriegs- und vor allem der Nachkriegszeit keineswegs nur individuell, sondern generationstypisch reagierte. Darüber hinaus heißt es zu untersuchen, inwieweit die Gruppe der Flüchtlinge ein weit über das Exil hinaus fortbestehendes Gemeinschaftsgefühl herausbildete.

Der Biograf als Archäologe

Borsdorfs Feststellung, dass es „zu den Konstanten im «Typ des Ge-

⁷⁹ Ebd. 21.

⁸⁰ *Sieder* 464.

⁸¹ *Herrmann (1998)* 238.

werkschaftsführers» [gehöre], daß er nicht viel von dem produziert, was im herkömmlichen Sinne für eine Biographie verwendbar ist“,⁸² trifft auch auf Rosenberg grundsätzlich zu. Zwar wird vielfach betont, gerade Rosenberg hätte aufgrund von Herkunft und Bildung eine Autobiografie verfassen können, doch deutet nichts darauf hin, das er es getan hätte. Auch Tagebuchaufzeichnungen finden sich nicht. Grob vereinfacht lässt sich die heterogene Quellenlage wie folgt beschreiben: Während für die Jahre nach seiner Rückkehr nach Deutschland vor allem seine gewerkschaftliche und publizistische Tätigkeit zuweilen überreichlich dokumentiert ist, lassen sich für die Jahre bis 1946 nur vereinzelte Quellen aufzun.

Der im Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn erhalten gebliebene Nachlass Rosenbergs gliedert sich in zwei Teilnachlässe: Im DGB-Archiv, das seit 1995 in Bonn liegt, finden sich die 1969 vom DGB und von Rosenberg selbst an das Gewerkschaftsarchiv übergebenen Akten, die größtenteils im „Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung“ verzeichnet sind.⁸³ Der DGB-Bestand umfasst in zwölf Kästen Material aus den Jahren 1951 bis 1969, in erster Linie Vortrags- und Redemanuskripte sowie Zeitungsartikel. Daneben befindet sich im selben Archiv ein zweiter Teilnachlass der Friedrich-Ebert-Stiftung selbst. Hierbei handelt es sich um ein – trotz einer Zusicherung der Stiftung Rosenberg gegenüber – bis heute nicht verzeichnetes, auf Rosenbergs persönliche Veranlassung, teils zu Lebzeiten, teils nach seinem Tod – im Rahmen seines Testaments⁸⁴ –, aus dem Düsseldorfer Büro in den Räumen der Bank für Gemeinwirtschaft nach Bonn verbrachtes Konvolut, das zu einem großen Teil aus Akten der Jahre 1969 bis 1977 besteht, daneben aber auch etliche Vortrags- und Redemanuskripte aus den Jahren 1947 bis 1969 enthält. In der Hauptsache handelt es sich bei beiden Teilnachlässen um allgemeine Handakten

⁸² Borsdorf (1977) 41.

⁸³ Paul 548–551.

⁸⁴ Erbvertrag der Eheleute Rosenberg, 16.12.1971, Amtsgericht Ratingen, Nachlassakten Rosenberg; laut dem Testament seiner Witwe vom 20.4.1979, ebd., sei der Passus des Erbvertrages, wonach alle Manuskripte und politischen, sozialpolitischen und wissenschaftlichen Bücher der Friedrich-Ebert-Stiftung zufallen sollen, bereits erfüllt. Eine erste Lieferung von insgesamt 30 Akten, die vorrangig sämtliche Reden und Artikel aus den Jahren 1947 bis 1969 umfassten, schickte Rosenberg am 13.10.1975 an Günther Grunwald, den damaligen Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit dem er freundschaftlich verkehrte. Grunwald sicherte ihm ausdrücklich zu, sich persönlich um den Verbleib der Unterlagen zu kümmern. Zwei Jahre später, am 7.10.1977, keine drei Wochen vor seinem Tod, ließ Rosenberg dem Archiv weitere zwei Kartons mit Büchern und Broschüren zukommen. AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 84. – Nach Aussage von Hans-Holger Paul vom Archiv der sozialen Demokratie ist an eine Verzeichnung des Bestands auch nicht gedacht, wohl aber könne er neu geordnet werden. Die hier verwendete Systematik der Nachlass-Akten ist daher vorläufig (siehe Anhang).

aus seinen Büros. Auch die allgemeinen Akten des DGB finden sich im DGB-Bestand des Archivs der sozialen Demokratie.

Um jedoch der Ausprägung des Habitus im Rahmen der Sozialisation Rosenbergs nachgehen zu können, bedarf es der Auswertung spezifischer Quellen. Reichardt hat die wichtigsten vier Quellengattungen genannt, aus denen Rückschlüsse auf die habituellen Schemata gezogen werden können: erstens solche Quellen, aus denen die Selbstdeutung der Akteure und ihre alltäglichen Praktiken deutlich werden können, dazu gehören Autobiografien, Tagebücher und Briefe; zweitens Fotografien, auf denen die Kleidung, die Wohnungseinrichtung oder die Körperhaltung deutlich werden; drittens Oral-History-Befragungen; viertens der Sprachstil in Zeitungen oder Zeitschriften.⁸⁵ Nicht jede dieser Quellengattungen ist in so überbordender Fülle vorhanden wie seine Reden und Artikel. Da er – wie Winston Churchill – sie, bis auf wenige Ausnahmen, selbst schrieb, keinen „Ghostwriter“ für sich arbeiten ließ,⁸⁶ lassen sie sich als Quelle persönlicher Haltungen begreifen. Zwar finden sich im FES-Bestand auch einzelne Gedichte, Fotografien und ähnliches aus den Jahren bis 1940; sie deuten darauf hin, dass Rosenberg mindestens einen Teil seiner Unterlagen mit ins Exil und aus dem Exil mit nach Deutschland genommen hat. Sein darüber hinaus gehender persönlicher Nachlass fand sich jedoch trotz intensiver Recherchen nicht. Über die Familienbiografie geben diese Quellen überdies nur wenig her. Zufallsfunde, zu seiner Person aus den Jahren bis zu seiner Rückkehr aus dem Exil, vor allem zur Geschichte seiner Vorfahren, und ein geringes Maß an behördlicher Überlieferung bestimmen das Bild. Der Rekonstruktion der Familiengeschichte Ludwig Rosenbergs sind daher in mehrfacher Hinsicht enge Grenzen gesetzt.⁸⁷

Erstens sind zahlreiche Quellen behördlicher Provenienz im Zuge zweier Weltkriege und der damit verbundenen Gebietsveränderungen vernichtet worden oder verloren gegangen. Das betrifft vor allem die kommunalen Archivalien in den ehemals zu Preußen, dann zu Deutschland und schließlich zu Polen gehörigen Kleinstädten in Westpreußen und Posen, in die einige Zweige des Familienstammbaums Rosenbergs hineinreichen. Dass darüber hinaus manche vorhandene Quellen nicht eingesehen werden konnten, ist dem zunehmend restriktiv-

⁸⁵ Reichardt 89.

⁸⁶ Schuster 67; Lutz 87.

⁸⁷ Inzwischen fanden sich – im April 2002 – im Besitz von Alfred Beyer, einem persönlichen Freund der Rosenbergs und deren Testamentsvollstrecker, eine bis dato unbekannte Anzahl privater Briefe und Fotografien, die von den 1920er Jahren bis in die 1970er Jahre hineinreichen. Der Bestand konnte für die vorliegende Arbeit nicht mehr eingesehen und entsprechend berücksichtigt werden.

tiven Umgang der Standesämter mit personenbezogenen Daten zu verdanken, die dem Interesse der wissenschaftlichen Biografik einen falsch verstandenen Datenschutz entgegenstellen. So war es nicht möglich, über das Standesamt in Berlin-Charlottenburg die Lebensdaten der Eltern Rosenbergs und anderer Vorfahren zu erhalten. Stattdessen musste ein langwieriger Umweg über die Unterlagen des jüdischen Friedhofs in Berlin-Weißensee gewählt werden, der, da hierüber Verwandtschaftsbeziehungen nur indirekt erschlossen werden können, potenziell fehler- und lückenhaft ist. Die Vorfahren von Rosenbergs Vater, die augenscheinlich nicht nach Berlin gezogen waren, ließen sich auf diese Weise nicht identifizieren.

Zweitens reicht die Überlieferung in den meisten Familien nur bis zu den eigenen Großeltern zurück. Zu einem Abbruch der mündlich überlieferten Erinnerungen trug daher auch sicher die Tatsache bei, dass Rosenbergs Großeltern mütterlicherseits verstarben, als der Junge erst zwölf bis dreizehn Jahre alt war. Den väterlichen Zweig der Familie kann er hingegen gar nicht namentlich festmachen. In einer 1967 von der anthroposophisch orientierten Akademie „Kontakte der Kontinente“ in Sankt Augustin bei Bonn aufwändig produzierten Broschüre, zu Ehren Rosenbergs zu dessen 65. Geburtstag im kommenden Jahr herausgegeben und offensichtlich auf persönlichen Gesprächen des Generalsekretärs Helmut Reuther mit dem Jubilar fußend,⁸⁸ bleibt die Erinnerung an den Vater seltsam blass, nicht einmal sein Vorname findet sich, während Mutter und Onkel in warmen Tönen geschildert werden. Die künstlerische Neigung der Mutter und ihre Ausbildung zur Sängerin werden ebenso erwähnt wie die langen Gespräche mit seinem Onkel über Philosophie, Politik und Literatur. Womöglich waren die Eltern und Verwandten des Vaters nicht mit nach Berlin gezogen, oder sie waren früh verstorben, oder aber sein Vater war einer jener für das Bürgertum typischen abwesenden Väter, die den Tag im Geschäft verbrachten und abends heimkehrten, wenn die Kinder bereits schliefen. Auf diese Weise mag die mündlich tradierte Überlieferung abgebrochen sein. Private schriftliche Quellen, wie Familienfotos oder Naturalisationspatente, Totenscheine oder Rechnungen, werden von den Nachfahren oftmals nur dann aufbewahrt, wenn sie ihnen des Aufhebens wert erscheinen. Anderes fällt natürlichen Begebenheiten zum Opfer, einem Wohnungsbrand, einer Überschwemmung, einem Umzug. All das reduziert die private Hinterlassenschaft.

Drittens verfassen nur wenige Menschen autobiografische Quellen wie Tagebücher oder Erinnerungen. Oftmals fehlt ihnen die Zeit, vielfach

⁸⁸ *Akademie Kontakte der Kontinente* 5 f.

auch die Bildung oder auch nur ein Motiv, sich der eigenen Vergangenheit zu erinnern. Zwar war der Aufstieg der Juden ins Bürgertum von vornherein mit einer Vergewisserung der eigenen Geschichte verbunden, um mit Hilfe einer jüdischen Geschichtswissenschaft Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen,⁸⁹ doch lässt sich diese ebenso als ein Beleg für den Traditionsbruch der Juden beim Aufbruch in die Moderne sehen. Die Vergangenheit der eigenen Familie in den Unterschichten von Shtetl und Ghetto wird erst dann erinnert, wenn die eigene Position davon so weit entfernt und die Rückkehr an den Rand der Gesellschaft so unwahrscheinlich erscheint, dass die Erinnerung nurmehr der nostalgischen Selbstvergewisserung des eigenen Aufstiegs und Erfolgs dient. Kaufleute und Handwerker, zu denen die namentlich festzumachenden Vorfahren Rosenbergs sämtlich zählten, verfassen aus den genannten Gründen selten autobiografische Quellen. Aber auch Rosenberg selbst, durchaus den Umgang mit der Geschichte gewohnt, lehnte es, eher aus grundsätzlichen Erwägungen, ab, seine Memoiren zu schreiben.

So erklärte er 1969 im Vorwort seines ersten, nach der Pensionierung verfassten Buchs „Entscheidungen für morgen. Gewerkschaftspolitik heute“ deutlich: „Was läge näher, als nach solchen vierzig Jahren [Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung] seine Memoiren zu schreiben – zu berichten über die Menschen, mit denen man gemeinsam gekämpft, gesiegt und verloren hat; zu erzählen von den Menschen, mit denen man die Klinge kreuzte; Einzelheiten und Anekdoten zu erwähnen, die einem wichtig oder typisch scheinen[,] und zu den Ereignissen der Vergangenheit rückwärtsschauend Stellung zu nehmen. – Ich werde niemals Memoren schreiben. Denn Memoiren – wie viele habe ich gelesen – sind immer subjektiv; sie geben in Wirklichkeit, sagen wir es vorsichtig, «sehr selten» ein einigermaßen objektives Bild der Vergangenheit. Wer ist schon ehrlich genug, seine Fehler und Mängel offen und rücksichtslos aufzuzeigen, wie er das mit den Fehlern und Mängeln seiner Widersacher oft hemmungslos tut? Deshalb also keine Memoiren. Kein «Sehen Sie, ich hatte doch recht». Mir geht es um die Sache und nicht um die Person, wenn ich auch gar nicht leugnen will, daß ich wie alle anderen nicht frei bin von menschlichen Schwächen, denen wir alle unterliegen.“⁹⁰

Auch später äußerte er sich in gleicher Weise: „Ich werde nie Memoiren schreiben. Die enthalten entweder Klatsch über andere oder Rechtferti-

⁸⁹ Hier ist insbesondere die „Geschichte der Juden von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart“ des jüdischen Historikers Heinrich Graetz zu erwähnen, deren elf Bände zwischen 1853 und 1876 erschienen.

⁹⁰ *Rosenberg (1969)* 9.

gungen des Verfassers. Mein Interesse ist nicht auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft gerichtet“, diktierte er noch 1976, ein Jahr vor seinem Tod, einem Reporter der Zeitschrift „Capital“ ins Notizbuch.⁹¹ Ob darüber hinaus sein Onkel, der – nachweislich – als erster in der Familie erfolgreich vom Besitzbürgertum in das Bildungsbürgertum aufsteigen konnte, als promovierter Jurist seine Erinnerungen aufzeichnete, ist nicht überliefert. Denn als er zusammen mit seiner Schwester, der Mutter Ludwig Rosenbergs, im Januar 1943 nach Auschwitz verschleppt wurde, plünderten ihn die Finanzbehörden des „Dritten Reiches“ aus, führten seine Habe einer neuen Verwendung zu und überließen die Reste, soweit sie ihnen nicht auch noch verwertbar erschienen, der Müllbeseitigung.⁹²

Damit ist die vierte und weitreichendste Ursache des fragmentarischen Charakters der Überlieferung bereits angeschnitten. Die nationalsozialistischen Behörden vernichteten zahlreiche amtliche Unterlagen jüdischer Bürger, nachdem sie sie zuvor vertrieben, enteignet und ermordet hatten. Und die Flüchtlinge ließen meist all ihr Eigentum und ihre Unterlagen zurück, schon aus Gründen des Selbstschutzes, wollten sie nicht Gefahr laufen, beim Grenzübertritt mit belastendem Material angetroffen zu werden. Bei seiner Flucht aus Berlin im Juni 1933 musste daher auch Rosenberg viele persönliche Erinnerungen zurücklassen. So antwortete er auf die Bitte Gerhard Kroebels, in den 1970er Jahren Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, auf dessen Bitte, ihm für seine kranke Frau alte Postkarten „vorzugsweise vor 1914, aber auch bis 1945“ zu schicken, lapidar: „Ich habe gar keine alten Sachen aus diesen Zeiten.“⁹³ Das wenige, was sich dennoch in seinem Nachlass findet, vor allem Fotos und Gedichte aus den 1920er Jahren, wird ihm seine Mutter bei einem ihrer Besuche in London mitgebracht haben. Selbst die Jahre des Exils sind kaum dokumentiert. Vermutlich kehrte er 1946 nur mit jenen Dingen nach Deutschland zurück, die ihm des Aufhebens wert erschienen.

⁹¹ *Was machen sie heute?* – Ein besonders deutliches Beispiel der hier angesprochenen Rechtfertigungsrhetorik findet sich in den Memoiren des ehemaligen Bundeskanzlers Kiesinger, der allen Ernstes seinen Eintritt in die NSDAP damit begründete, er, der junge Jurist im staatlichen Vorbereitungsdienst, habe die Partei von innen heraus verändern wollen. „Wenn äußerer Druck bisher nicht in der Lage gewesen war, Hitler und seine Partei zu ändern, vielleicht könnte es jetzt gelingen, von innen heraus die mir und vielen anderen bedenklich erscheinenden Tendenzen dieser Partei zu beeinflussen.“ *Kiesinger* 164 f. Rosenberg freilich war niemals Mitglied der NS-Staatspartei oder einer ihrer Gliederungen. Beide „Schöngelster“ sollen in den 1960er Jahren des öfteren zu ausgedehnten Spaziergängen zusammengetroffen sein.

⁹² Siehe Kapitel 7.

⁹³ Rosenberg an Kroebel, 13.7.1976, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 47. – Kroebel war 1. Vorsitzender der 1952 gegründeten „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Akademie für Gemeinwirtschaft e.V.“, der späteren Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.

Womöglich aber nahm er diese Dokumente mit zurück und lagerte sie bei sich zu Hause, so dass sie mit dem übrigen privaten Nachlass der Rosenbergs seit dem Tod seiner Witwe 1980 und dem Verkauf des Wohnhauses in Ratingen-Hösel wenig später verschollen sind.

Die wenigen biografischen Porträts zu Ludwig Rosenberg geben nur sehr spärliche Auskünfte über seine Eltern, seine Herkunft und seine familiären Prägungen wieder. In der bereits erwähnten Broschüre, die die Akademie „Kontakte der Kontinente“ herausgab, finden sich vereinzelte Informationen über seine Vorfahren und sein Elternhaus.⁹⁴ Mithilfe der Gedenkbücher zur Erinnerung an die ermordeten Juden ließen sich weitere Angaben zu Mutter und Onkel finden.⁹⁵ Die ausführlichsten Informationen liefern die Unterlagen der Berliner jüdischen Friedhöfe an der Schönhauser Allee und in Weißensee,⁹⁶ die neben den Geburts- und Sterbedaten auch die Geburtsorte und die letzten Adressen in oder bei Berlin nennen. In einigen Fällen führen sie auch die Namen der Eltern oder der Kinder der Verstorbenen auf. Sie nennen die Todesursache und das Friedhofsfeld, auf dem sie beigesetzt wurden. Auf diese Weise ließ sich wenigstens der mütterliche Zweig der Familie Rosenbergs aufzeigen, während die Vorfahren seines Vaters offenbar nicht in Berlin verstorben sind. Informationen, die diese dürftigen Angaben ergänzen, konnten den Adressbüchern Berlins und Charlottenburgs entnommen werden.

Angesichts der heterogenen, zu einem nicht unerheblichen Teil schlechten Quellenlage wird hier eine Biografie Rosenbergs vorgelegt, die in mancherlei Hinsicht ein Wagnis bedeutet. Die erheblichen Lücken in der Überlieferung lassen sich nicht schließen. Dem Biografen bleibt jedoch die Möglichkeit, ihnen allgemeine Erkenntnisse etwa in Bezug auf die Geschichte der Juden in Deutschland korrespondierend zur Seite zu stellen, er muss dabei jedoch der Tatsache gewärtig sein, dass Menschen individuell davon abweichend handeln können. Die Heranziehung aller auffindbaren Quellen, selbst wenn sie zuweilen belanglos erscheinen mögen, ist unerlässlich, um aus ihnen Erkenntnisse zu gewinnen: Meldeunterlagen und Schulakten, Grabsteine und Friedhofsakten, Fotos und Gedichte. Scheinbar Nebensächliches bietet oftmals unerwarteten Aufschluss und verschafft neue Einblicke; die Gestaltung des Grabsteins⁹⁷ gibt über das Verhältnis zum Judentum ebenso Auskunft

⁹⁴ *Akademie Kontakte der Kontinente* 5 f.

⁹⁵ *Gedenkbuch Berlin* 775, 1051; *Gedenkbuch Koblenz* I 882, II 1221.

⁹⁶ Schriftliche Auskünfte des Archivs der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ vom 10. und 15.11.1999 sowie vom 6. und 8.2.2001 und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Friedhof Berlin-Weißensee, vom 16.12.1999 und vom 16.2.2001.

⁹⁷ Vgl. *Melcher; Etzold*.

wie die Namensgebung der Kinder. Die so gewonnenen Erkenntnisse lassen sich an der umfangreichen Memoirenliteratur, vor allem deutsch-jüdischer und bürgerlicher Provenienz, spiegeln, um auf diese Weise den Handlungsrahmen, die möglichen Alternativen abzustecken.⁹⁸ Von der Heranziehung anderer Quellen musste hingegen aus pragmatischen Gründen Abstand genommen werden, so ließen sich vor allem die britischen Archive nicht in einem vertretbaren zeitlichen und finanziellen Rahmen aufsuchen.⁹⁹

Die geschilderten besonderen Probleme der Biografie eines Gewerkschafters und Exulanten aus einem jüdischen Elternhaus fordern somit den Historiker als Biografen auf eine besondere Weise heraus: Um die habituellen Prägungen trotz des Fehlens eines geschlossenen Quellenkonvoluts beschreiben zu können, ist es erforderlich, dem Elternhaus und den spezifischen Sozialisationsbedingungen nachzuspüren. Ein solcher Rekonstruktionsversuch wiederum verlangt dem Biografen ein detektivisches Gespür beim Auffinden verstreuter Quellen ab, darüber hinaus auch ein gewisses Maß an Unbeirrtheit angesichts mancher behördlicherseits auferlegten Schwierigkeiten. Auf diese Weise lässt sich in einem langwierigen Prozess mühsam ein Bild der zu beschreibenden Person zusammensetzen. Hier gleicht der Biograf einem Archäologen, dem kaum Informationen über Anzahl, Lage und Beschaffenheit der fehlenden Teile vorliegen. Die Gewissheit, mit vertretbarem Aufwand niemals alle Stücke zusammentragen zu können, macht zugleich jeden Versuch zunichte, eine biografische Totalität darstellen zu wollen.

Was bedeutet nun dieser Befund für den Biografen? Lässt er die wenigen Fragmente unverbunden nebeneinander stehen? Oder konstruiert er gar das die Teile verbindende Zwischenglied, indem er es schon als gegeben annimmt, weil es zu den vorhandenen Teilen passt? So abwegig solche Erwägungen auf den ersten Blick auch erscheinen mögen, entbehren sie doch – eingedenk der Warnungen Bourdieus – nicht eines

⁹⁸ Die Auswertung der Memoirenliteratur ist mittlerweile zu einem festen Bestandteil der Historischen Sozialisationsforschung, aber auch der Bürgertumsforschung geworden. Als Beispiele seien genannt: *Budde*, die die Sozialisation deutscher und englischer Bürgerkinder bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs vergleicht, und *Richarz (1979a)*, die deutsch-jüdische Selbstzeugnisse auswertet. Als weniger gelungenes Beispiel sei *Klika* angeführt, die sich der bürgerlichen Erziehung und Sozialisation im deutschen Kaiserreich widmet; gleiches gilt für *Cloer/Klika/Seyfarth-Stubenrauch*.

⁹⁹ Nur wenige der zahlreichen angeschriebenen britischen Archive sahen sich in der Lage, dezidiert Mitteilung über ihre Rosenberg betreffenden Bestände zu geben und im Rahmen einer finanziell vertretbaren Kostenbelastung Dokumente zuzusenden. Andere Anfragen blieben unbeantwortet. Da ein Besuch in Großbritannien nicht in Frage kam, blieben somit insbesondere die Bestände des Public Record Office, Kew, des Labour History Archive and Study Centre, Manchester, des Modern Records Centre, Coventry, und der Workers' Educational Association, London, unberücksichtigt.

wahren Kerns. Die Grundannahme vieler Biografen, vor allem aber der klassischen Biografik seit dem Historismus, das Leben als ein in sich kohärentes Ganzes aufzufassen, ihm vom Ende her einen Sinn zu verleihen, verleitet sie nicht selten zu zahlreichen Fehlschlüssen und einer ausgeprägten Rechtfertigungsrhetorik. Doch bereits die eigene Erfahrung lehrt, dass das Leben vielfach gebrochen ist, dass abgebrochene Stränge es ebenso bestimmen wie Kontinuitäten von Kindheit an. Lücken und Leerstellen in der Überlieferung müssen daher offen gelegt und kenntlich gemacht werden.

Ein Wort zur Sprache: „Auch komplizierte Vorgänge und Erkenntnisse müssen so dargestellt werden, daß sie ohne Fachchinesisch einer sich ständig selbst bestätigenden Wissenschaft dem Durchschnittsmenschen verständlich werden.“ Es ist Rosenberg selbst, der diese Forderung aufgestellt hat.¹⁰⁰ Dieses biografische Porträt eines der führenden Gewerkschafter der frühen Bundesrepublik ist daher um eine verständliche Sprache bemüht, wendet es sich doch nicht in erster Linie an ein wissenschaftliches Publikum, sondern an den historisch interessierten Laien. Auf „Fachchinesisch“ hingegen kann naturgemäß nicht immer verzichtet werden. Der Versuch, verständlich zu schreiben, führt daher auch keineswegs zwangsläufig dazu, auf Fremdworte zu verzichten, wo sie sinnvoll und notwendig sind, jedoch dort, wo sie lediglich der Distinktion dienen.¹⁰¹ In der Absicht, verstanden werden zu können, diene der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz als Vorbild, der freimütig bekannte: „[...] und ob ich mir zwar nicht schmeichle, als hätte ich etwas Neues entdeckt, so hoffe ich dennoch, dergleichen Sachen vorgetragen und erklärt zu haben, die bisher nur verwirrt bekannt gewesen.“¹⁰²

¹⁰⁰ Rosenberg (1972) 55. – Obschon der Satz die gattungstypische Kürze und Prägnanz vermissen lässt, stattdessen etwas schwerfällig daherkommt, findet er sich in der 1972 erschienenen Aphorismensammlung „Genieße die Zeitgenossen“.

¹⁰¹ Rosenberg fasste die weitverbreitete Abgrenzung durch Sprache in einen weiteren Aphorismus: „Er ist sehr gebildet! Er kann sich ganz unverständlich ausdrücken.“ Ebd. 53. Ironisch gewendet, lautet der gleiche Tatbestand wiederum in den Worten Rosenbergs: „Was keiner versteht – leuchtet allen ein.“ (72) – Zu der in Deutschland noch immer ideologisch und von jeher unter dem Banner der Xenophobie geführten Auseinandersetzung um das Fremdwort stellte Theodor W. Adorno bereits vor mehr als 50 Jahren ebenso treffend wie irritierend fest: „Fremdwörter sind die Juden der Sprache.“ (200)

¹⁰² Zitiert nach Schornstheimer 340.

3 Eine deutsch-jüdische Familiengeschichte

Ludwig Rosenberg wurde am 29. Juni 1903 in Charlottenburg bei Berlin als einziges Kind einer jüdischen Kaufmannsfamilie geboren. Die Geschichte dieser Familie ist eng mit der Geschichte der Juden in Preußen und insbesondere in Posen und in Berlin verbunden. Sie streift gleichermaßen die Kapitel ihrer Herkunft und Zuwanderung, ihrer rechtlichen Emanzipation, ihres wirtschaftlichen Aufstiegs, ihrer Integration und Akkulturation, ihrer Ausgrenzung und Verfolgung und schließlich ihrer Vertreibung und Vernichtung.¹⁰³

Der Historiker Thomas Nipperdey hat die Lage des Judentums in Deutschland um 1800 treffend beschrieben: „In der alten Welt lebten die Juden als eigene Gruppe, als besondere Glaubens-, Rechts-, Kultur- und Volksgemeinschaft, als «Nation» außerhalb und neben der ständischen Ordnung, geduldet, unter Fremdenrecht, ganz stark eingeschränkt in ihrer Berufswahl wie im Aufenthaltsrecht, abgeschlossen in ihrer Sonderart, mittelalterlich, fast ghettomäßig.“¹⁰⁴ In den rund 100 Jahren zwischen der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert – soweit lassen sich einige der Zweige im Stammbaum Rosenbergs zurückverfolgen – bis zur Geburt Rosenbergs 1903 unterlagen die Juden in Deutschland einem tiefgreifenden Prozess, in deren Folge sie sich von einer randständigen Pariaexistenz¹⁰⁵ in einen Teil des Bürgertums in der Mitte der Gesellschaft wandelten. Die Stationen auf diesem Weg lassen sich mit einem umfassenden Mobilitätsbegriff beschreiben, der neben räumlichen Aspekten die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Veränderungsfähigkeit umfasst.

Nur ein kleiner Teil der Berliner Juden lebte bereits seit Geburt in der Stadt. Die Namen derjenigen, die zwischen 1791 und 1851 das Stadtbürgerrecht erlangten, sind in den eigens für die jüdischen Bewohner angelegten, so genannten Judenbürgerbüchern der Stadt Berlin festgehalten. Von jenen 2700 Juden, deren Herkunft sich ermitteln ließ, war ein knappes Fünftel in Berlin geboren. Ebenso viele kamen aus Posen, darunter deutlich mehr aus dem näher bei Berlin gelegenen Regierungsbezirk Posen als aus dem östlicheren Bezirk Bromberg. Ein Achtel stammte aus Westpreußen, nur jeder Zwölfte war nicht in Preußen geboren.¹⁰⁶ Und noch 1910 war nur jeder dritte Berliner Jude in der Stadt

103 Ein Stammbaum Ludwig Rosenbergs mit seinen rekonstruierbaren Vorfahren findet sich im Anhang.

104 *Nipperdey* 248.

105 *Weber* 371.

106 *Judenbürgerbücher; Scheiger* 297.

gebürtig, ein Sechstel kam aus dem Ausland, vor allem die später so genannten Ostjuden, fast die Hälfte aber aus dem übrigen Preußen, vor allem aus den Ostprovinzen.¹⁰⁷

Die Wanderungsbewegungen der Juden in Deutschland wurden seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert bestimmt von rechtlichen Bestimmungen, aber auch von den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen und der demografischen Entwicklung. Das preußische „Edikt, betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in dem Preußischen Staate“ vom 11. März 1812 gewährte den Juden im Rahmen der Reformgesetzgebung Preußens die bürgerliche Gleichstellung als Staatsbürger, sicherte ihnen innerhalb Preußens die Niederlassungs- und Gewerbefreiheit zu, verwehrte ihnen jedoch zugleich den Zugang zu Staatsämtern, da ihnen die Loyalität gegenüber dem Staat weiterhin abgesprochen wurde. Infolge dieses Emanzipationsedikts verließen zahlreiche Juden ihre Herkunftsregionen und zogen in die Städte, in denen sie sich zuvor nicht oder nur unter massiven Beschränkungen niederlassen durften. In weniger als 40 Jahren stieg auch die Zahl der Juden in der preußischen Metropole Berlin. Lebten 1811, vor Erlass des Edikts, knapp 3300 Juden in der Stadt, waren es 1849 fast dreimal so viele. Doch der eigentliche Zustrom begann erst jetzt, bis zur Reichsgründung hatte sich ihre Zahl mit über 36000 vervierfacht und bis zur Jahrhundertwende noch einmal auf über 90000 erhöht. Zusammen mit den 1920 eingemeindeten Vororten wohnten 1910 in Berlin 144000 Juden, etwa jeder vierte deutsche Jude lebte nun in der Hauptstadt.¹⁰⁸ Der rasante Zuzug von Juden nach Berlin seit der Jahrhundertmitte hing eng zusammen mit der Entwicklung in der Provinz Posen, wo noch 1848 jeder fünfte deutsche und gar jeder dritte preußische Jude lebte.¹⁰⁹

Posener Juden zwischen Tradition und Moderne

Auch einige Zweige des Stammbaums Ludwig Rosenbergs reichen in die Posener Kleinstädte Inowrazlaw und Labischin im Nordosten der Provinz hinein, im Regierungsbezirk Bromberg gelegen. Was aber gab den Ausschlag für seine Vorfahren, der angestammten Heimat den Rücken zuzukehren und sich auf den Weg nach Berlin zu machen, um sich dort niederzulassen und einen neuen Anfang zu suchen?

Die Zahl der Juden in Posen nahm im Verlauf des 19. Jahrhunderts

¹⁰⁷ Alexander, G. 302.

¹⁰⁸ Scheiger 292 f., 361, 377.

¹⁰⁹ Jersch-Wenzel (1996a) 59.

deutlich ab.¹¹⁰ Lebten hier 1816/1817, kurz nachdem infolge des Wiener Kongresses das Großherzogtum Posen gebildet worden war, rund 50000 Juden, so stieg ihre Zahl bis 1848 um die Hälfte. Zum Zeitpunkt der Reichsgründung 1871 waren es bereits 15000 weniger, und 1910 verblieben in der einstmals judenreichsten Provinz nurmehr rund 25000 Juden. Zwei Drittel der Posener Juden hatten inzwischen die Provinz verlassen, keine andere der preußischen Ostprovinzen erlebte einen derart drastischen Rückgang ihrer jüdischen Bevölkerung.¹¹¹

Diese langanhaltende Abwanderungswelle hatte viele jüdische Gemeinden, die ehemals zu den größten in Preußen gezählt hatten, in die Bedeutungslosigkeit sinken lassen. Sie setzte bereits in den 1830er Jahren ein, schlug sich jedoch dank eines starken Geburtenüberschusses noch nicht in der Gesamtzahl der Posener Juden nieder. Die Auswanderung nach Übersee, die so genannte Amerikafahrt, erreichte schließlich ihren Höhepunkt in den 1860er Jahren, die Abwanderung nach Berlin zog sich bis in die 1870er Jahre hin.¹¹² Etwa die Hälfte der aus Posen auswandernden Juden zog ins Ausland, meist in die Vereinigten Staaten, die andere Hälfte zog in die größeren Städte des Reiches, überwiegend nach Berlin. Währenddessen stieg die jüdische Bevölkerung der Hauptstadt allein zwischen 1871 und 1910 auf das Vierfache. Lebten 1871 in Posen noch fast doppelt so viele Juden wie in Großberlin, so hatte sich das Verhältnis nach nur 40 Jahren deutlich verschoben: In Großberlin lebten nun fünfmal mehr Juden als in der Provinz Posen.

Als 1812 das preußische Emanzipationsedikt erlassen wurde, gehörte Posen nicht dem preußischen Staat an, zwischen 1807 und 1815 war es Teil des von Napoleon geschaffenen Großherzogtums Warschau. Nach dem Wiener Kongress hatte die preußische Bürokratie ihre Reformfreudigkeit eingebüßt, das Posener Provinzialpräsidium weigerte sich trotz zahlreicher Petitionen Posener Synagogengemeinden, das Edikt auf die nun wieder preußischen Gebiete im Osten des Landes anzuwenden. Die liberalere französische Gesetzgebung indes wurde außer Kraft gesetzt, es galt erneut die preußische Judengesetzgebung der vornapoleonischen Ära. Die Posener Juden genossen daher nicht die gleichen Rechte wie ihre Glaubensgenossen in anderen Teilen des Landes. Lediglich innerhalb der Provinzgrenzen sowie in jenen Teilen Westpreußens, die Napoleon ebenfalls dem preußischen Staatsgebilde entzogen hatte, genossen die Posener Juden Freizügigkeit. Sie galten

¹¹⁰ Die Zahlen schwanken in den verschiedenen Veröffentlichungen, jedoch bilden sie alle dieselbe Entwicklungstendenz der Posener Judenschaft ab. Ebd. 59; *Brenner (1996b)* 307; *Richarz (1997b)* 31; *Kemlein* 58; *Bergmann* 44.

¹¹¹ *Jersch-Wenzel (1989)* 77.

¹¹² *Östreich* 73 ff.; *Brenner (1996b)* 307.

nicht als Staatsbürger, von der Teilnahme am politischen Geschehen blieben sie daher weiterhin ausgeschlossen, das Wahlrecht genossen sie nicht.

Erst 1833 lockerte die preußische Regierung die gängelnden Bestimmungen. In ihrer „Vorläufigen Verordnung wegen des Judenwesens im Großherzogthum Posen“ vom 1. Juni knüpfte es die Naturalisation, die Erteilung des Staatsbürgerrechts, an die Erfüllung zahlreicher Auflagen. Neben einem unbescholtenen Lebenswandel, der Verpflichtung, die deutsche Sprache in öffentlichen Angelegenheiten zu benutzen, und der Annahme eines festen Familiennamens mussten naturalisationswillige Juden nachweisen, dass sie seit 1815 ständig in Posen gewohnt hatten. Darüber hinaus mussten sie Vermögen oder Einkommen in einer Höhe dokumentieren, an die ein Großteil der Posener Juden nicht heranreichte. Weniger als ein Fünftel von ihnen erwarb daher in den folgenden zehn Jahren die Staatsbürgerschaft. Die übrigen blieben im Status eines geduldeten Juden verhaftet, sie durften beispielsweise erst im Alter von 25 Jahren heiraten. Doch selbst den naturalisierten Juden standen nicht die gleichen Rechte zu wie nach dem Edikt von 1812. Vor allem bedurfte es der Genehmigung des Innenministers, wollten sie in die alten preußischen Provinzen übersiedeln. Eine großzügige Gewährung dieser Erlaubnis war nicht zu erwarten.

Die Verordnung von 1833 – ein „Erziehungsgesetz par excellence“¹¹³, weil es die Erlangung der in Aussicht gestellten staatsbürgerlichen Gleichstellung vor allem von ihrem Wohlverhalten gegenüber dem preußischen Staat abhängig machte – glich nicht etwa die Rechtsverhältnisse der Juden innerhalb Preußens an, sondern stufte sie in drei Gruppen ein, von denen keine das volle Bürgerrecht genoss. Doch war sich die preußische Bürokratie keineswegs einig, wie sie mit den jüdischen Minderheiten in den Provinzen verfahren sollte. Neben der Ermunterung zur Abwanderung stand auch stets die Sorge um die Entwicklung der Provinz, so äußerte sich der Posener Regierungspräsident im Januar 1844, die „Juden seien im Durchschnitt an Intelligenz und Betriebsamkeit den Christen entschieden überlegen“, ja „da es in der Provinz Posen an einem kräftigen Bürgerstande noch sehr mangle, gewänne der preußische Staat sehr, wenn er die Juden zu einem solchen heranzöge und damit die politischen Zustände der Provinz grundlegend umgestaltete“.¹¹⁴

Erst 1845 erhielten die Posener Juden die unbeschränkte Auswanderungsfreiheit, im gleichen Jahr glich die Allgemeine Gewerbeordnung

¹¹³ *Kemlein* 106.

¹¹⁴ *Jersch-Wenzel* (1989) 80 f.

die wirtschaftlichen Verhältnisse der naturalisierten und der geduldeten Juden in Posen an. Doch selbst das „Gesetz über die Verhältnisse der Juden“ vom 23. Juli 1847, gestaltet in der Absicht, ein gemeinsames Recht für alle preußischen Juden zu schaffen, enthielt Sonderbestimmungen für die Posener Juden. Während die naturalisierten Juden nun weitgehend den preußischen Glaubensgenossen gleichgestellt waren, wurden den geduldeten Juden Freizügigkeit, städtisches Bürgerrecht und das Recht auf freie Eheschließung weiterhin vorenthalten.¹¹⁵ Erst das für den Norddeutschen Bund erlassene „Gesetz betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung“ vom Juli 1869 knüpfte die Erteilung der Rechte, ob bürgerlich oder staatsbürgerlich, nicht länger an das religiöse Bekenntnis. Mit der Reichseinheit 1871 war die Judenemanzipation, verstanden als rechtliche Gleichstellung, für alle Juden in Deutschland abgeschlossen.¹¹⁶

Durften sich die geduldeten Juden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht auf dem Land niederlassen, so stand es ihnen jedoch in den Städten, in denen ohnehin der überwiegende Teil der Posener Juden seit jeher lebte, frei, wo sie ihren Wohnsitz wählten. Die alten Judenviertel wurden aufgehoben. Auch der Handel mit den anderen preußischen Provinzen wurde ihnen erleichtert. Zwar benötigten sie einen Pass, doch wurde ihnen dieser recht freizügig, wenn auch befristet, gewährt. Auf diese Weise war es nunmehr allen Posener Juden möglich, weit über die Grenzen ihrer Provinz hinaus Handel zu treiben.¹¹⁷

Das war auch bitter nötig, denn infolge der polnischen Teilungen hatten vor allem die jüdischen Händler im Osten der Provinz, die an das dem russischen Reich angegliederte Kongresspolen grenzte, ihren traditionellen Absatzmarkt eingebüßt und eine langanhaltende Krise durchleiden müssen.¹¹⁸ Die jüdischen Händler versuchten, die Krise zu überwinden, indem sie ihren Wirkungsradius deutlich ausdehnten. Eine Entfernung von 70 bis 80 Kilometern wurde üblich, einzelne wanderten jedoch auch zwei- bis dreimal soweit. So ist beispielsweise über jüdische Händler aus Inowrazlaw, nur rund 20 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt, bekannt, dass sie schon Ende des 18. Jahrhunderts bis

¹¹⁵ Dies. (1996b) 51 f., 55 f.; *Kemlein* 105 f., 141, 195 ff.

¹¹⁶ *Brenner (1996b)* 302.

¹¹⁷ *Kemlein* 180 f.

¹¹⁸ Anders das Selbstzeugnis des schlesischen Kaufmanns Salomon Kauffmann, wiedergegeben in *Jüdisches Leben* I 310, wonach um die Mitte des 19. Jahrhunderts an den Messen in Frankfurt an der Oder auch russische und polnische Kaufleute teilgenommen hätten, „mit denen der Verkehr über Inowrazlaw, Memel und Tilsit vermittelt wurde“.

in die westpreußischen Städte Danzig und Elbing zogen,¹¹⁹ etwa 170 Kilometer weit entfernt. Der Not gehorchend, arbeiteten sie oftmals bis an die Grenze ihrer Kräfte und verringerten ihren privaten Konsum soweit, dass ihr ohnehin schon bescheidender Lebensstandard noch weiter absank. Denn zumindest für die ersten Jahre solcher Geschäftsausweitungen war nicht mit einem wirtschaftlichen Erfolg zu rechnen.

Der Handel vermochte es also kaum, den Posener Juden ein erträgliches Auskommen zu sichern. Zu groß war die Konkurrenz, die sie sich gegenseitig bereiteten, zu oft bedeutete die Tätigkeit im Handel nichts anderes als eine Hausierer- oder Trödlerexistenz. So beschrieb der Landrat des Kreises Inowrazlaw noch 1870 die Lage der Posener Juden unverblümt. Die Situation der kleinen jüdischen Händler sei noch trauriger als die der kleinen Handwerker, sie verarmten mehr und mehr, „je weniger ihr Geschäft, der Hausirhandel [sic!], blüht“, könnten sich „aber nicht zu einem andern Lebensberuf entschliessen“. Oftmals lebten mehrere Familien in einem kleinen Zimmer, in überfüllten Seitengassen herrsche Mangel und Elend, auch Krankheit. Seine Eindrücke fasste er in „Bilder der höchsten menschlichen Verkommenheit“. Den einzigen Ausweg konnte er darin erkennen, den Juden zu raten, ihren Erwerbszweig zu wechseln. Doch noch lebte knapp die Hälfte der männlichen Juden von Handel und Verkehr.¹²⁰

Aber welche Alternativen boten sich ihnen – realistisch betrachtet – an? Land hatten sie auch unter der polnischen Herrschaft nicht erwerben dürfen, die Mittel, nun welches zu kaufen, um sich der Landwirtschaft zu widmen, fehlten. Ebenso blieb ihnen der Aufstieg in das Bildungsbürgertum verwehrt, da ihnen die Ressourcen fehlten, das Schulgeld für den Besuch einer höheren Schule aufzubringen und ihren Kindern damit die notwendigen Voraussetzungen für den Aufstieg zu bieten. Letztlich blieb nur das Handwerk, das den Posener Juden im Unterschied zu den übrigen Juden in Deutschland seit ihrer Ansiedlung in Polen offen gestanden hatte. 1797 vermeldete die Posener Kammer 50 jüdische und 22 christliche Posamentierer, 51 jüdische und 24 christliche Mützenmacher, 52 jüdische und sechs christliche Knopfmacher, 923 jüdische und 676 christliche Schneider, 251 jüdische und 480 christliche Kürschner. Auch die Bäcker und Schlächter, die Goldschmiede und Buchbinder waren mehrheitlich jüdisch. Allein neben den 1048 christlichen Branntweinbrennern und Schankwirten machten 81 Juden nur eine kleine Minderheit aus.¹²¹ Doch bot das Handwerk den Posener Juden noch weniger Erwerbsmöglichkeiten als der Handel, nur wenige

119 *Östreich* 318; *Lewin* 61.

120 *Bergmann* 41.

121 *Ebd.* 27.

Meister konnten einen Gesellen beschäftigen, der „Allein-Meister“ bestimmte das Bild, ohne Prestige, ohne Anziehungskraft und ohne Aussicht auf eine bessere Zukunft. Ein Großteil der jüdischen Handwerker Posens war bereits proletarisiert, den anderen erging es nur wenig besser. Der Nachwuchs suchte konsequent sein Heil außer Landes.¹²²

Die Trostlosigkeit der Juden in Posen schlug sich unmittelbar in der angesprochenen Massenabwanderung nieder. Dabei ist eine Dreiteilung der Juden zu beobachten: Insbesondere verarmte oder vom Abstieg bedrohte Handwerker suchten ihr Glück in den Vereinigten Staaten, darauf hoffend, mit ihrem erlernten Beruf dort alsbald eine neue Existenz aufbauen zu können. Doch da die Überfahrt teuer war, reisten zunächst überwiegend ledige junge Männer allein, um sich als Pioniere niederzulassen und später weitere Mitglieder der Familie nachzuholen. Für besser verdienende Handwerker, die sich in ihrem Streben nach Ausweitung ihres Geschäftes in Posen gehemmt sahen, lohnte es sich hingegen eher, sich an einem anderen Ort innerhalb Preußens niederzulassen. Die Binnenwanderung präferierten auch die Händler, die über ihre geschäftlichen Kontakte ohnehin bereits Brücken gebaut hatten. Zurück blieben die Alten und die Armen, denen die Mittel für die Abwanderung fehlten oder die das Risiko eines Neuanfangs in der Fremde scheuten.¹²³

Wie ärmlich die Posener Juden auch gelebt haben mögen, so unterschieden sie sich doch in mancherlei Hinsicht von ihren christlichen Nachbarn. Der Staatswissenschaftler und Nationalökonom Eugen von Bergmann hat bereits 1883 umfangreiche Berechnungen über die Säuglings- und Kindersterblichkeit in Posen aufgestellt, die er nach Konfessionen aufspaltete. So lagen bei den Juden die Raten der Totgeburten und der Säuglingssterblichkeit zwischen 1819 und 1870 deutlich unter den Raten der Katholiken und der Protestanten. Während bei den Juden 2,20 Prozent der geborenen Kinder tot zur Welt kamen, so waren es bei den überwiegend polnischen Katholiken 2,55 Prozent und bei den Protestanten gar 3,73 Prozent. Und von 100 geborenen Kindern – ungeachtet ob lebend oder tot – verstarben bei den Juden 16,53 Prozent vor Ablauf des ersten Lebensjahres, bei den Katholiken 22,87 Prozent und bei den Protestanten 24,13 Prozent.¹²⁴

122 *Östreich* 318 f.

123 Ebd. 322 f.

124 In den östlichen Provinzen Preußens insgesamt lag die Säuglingssterblichkeit einschließlich der Totgeburten bei den Juden mit 15,06 Prozent niedriger als in der Provinz Posen, gleiches gilt für die Protestanten (22,61 Prozent), dagegen lag die Rate bei den Katholiken mit 23,99 Prozent höher als in Posen. In Westfalen starben im gleichen Zeitraum 17,77 Prozent der evangelischen, 16,65 Prozent der katholischen und 10,84 Prozent der jüdischen Kinder. *Bergmann* 194 ff., 209.

Wenn man sich den Zeitraum von 1819 bis 1870 genauer anschaut, so stößt man auf weitere aufschlussreiche Details, denn während bei allen Konfessionen die Zahl der Totgeburten und die Säuglingssterblichkeit für die Jahre 1834 bis 1848 deutlich über jenen für die Jahre 1819 bis 1833 lagen, stiegen sie in den kommenden Jahrzehnten bei den Katholiken und den Protestanten weiterhin an. Bei den Juden hingegen sank die Zahl der Totgeburten sehr deutlich, auch die Säuglingssterblichkeit sank zunächst leicht, stieg aber dann wieder über den Ausgangswert hinaus an. Für alle Konfessionen galt gleichermaßen, dass die Sterblichkeit bei unehelich geborenen Kindern deutlich über der von ehelich geborenen lag. Doch während die Sterblichkeit ehelich geborener jüdischer Säuglinge in den östlichen Provinzen Preußens mit 12,66 Prozent erheblich unter der Rate christlicher Kinder mit 18,39 lag, so starben unehelich geborene jüdische (30,20 Prozent) gar häufiger als christliche Kinder (29,28 Prozent).¹²⁵ Dies mag seine Ursache in den festeren Strukturen jüdischer Familien, vor allem aber wohl in der im Vergleich zu den Christen stärkeren Ausgrenzung unverheirateter jüdischer Mütter haben. Der Anteil unehelich geborener Kinder jedenfalls lag bei den Juden in Posen mit 2,68 Prozent deutlich niedriger als bei Katholiken mit 5,80 Prozent und Protestanten mit 5,97 Prozent.¹²⁶

Naheliegender ist jedoch auch ein Zusammenhang zwischen der Sterblichkeit unehelich geborener Kinder und dem Rechtsstatus der Eltern, denn das Verbot zu heiraten dürfte geduldete Juden unter 25 Jahren nicht von der Zeugung des Nachwuchses abgehalten haben,¹²⁷ geduldete Juden waren jedoch in der Regel ärmer als ihre naturalisierten Glaubensgenossen, vermutlich auch in religiöser Hinsicht orthodoxer. Paradoxerweise stieg die Zahl der unehelichen Geburten seit 1849, als die Heiratsbeschränkungen weggefallen waren, erheblich an, im Regierungsbezirk Bromberg von 1,92 Prozent im Zeitraum von 1834 bis 1848 auf 2,57 Prozent in den folgenden fünfzehn Jahren.¹²⁸ All das spricht für eine Häufung unehelicher Geburten bei den ehemals geduldeten Juden, denn in der Regel waren es die naturalisierten, meistens besser gestellten Juden, die die Provinz verließen, sodass der Grad der Verbürgerlichung unter den in der Provinz verbliebenen Juden sank.

Zwar lag die Geburtenrate der jüdischen Bevölkerung der Provinz Posen zwischen 1824 und 1873 mit 353 Geburten auf 10000 Köpfe deutlich

¹²⁵ Ebd. 193, 211 f., 229.

¹²⁶ Ebd. 121.

¹²⁷ Dieser Zusammenhang ist auch für Städte wie Berlin, Hamburg und Frankfurt am Main dokumentiert. In Berlin sank die Zahl unehelicher Geburten, nachdem mit dem Emanzipationsedikt von 1812 die unbeschränkte Heiratserteilung erteilt worden war. *Judenbürgerbücher* 13.

¹²⁸ *Bergmann* 128 f.

unter der Gebürtigkeit der Protestanten (419 Geburten) und vor allem der Katholiken (460 Geburten), doch lag zugleich die Sterblichkeit der Posener Juden mit 222 Gestorbenen auf 10000 Köpfe deutlich unter der Sterberate der evangelischen (314 Todesfälle) und der katholischen Bevölkerung (363 Todesfälle). Daraus errechnet sich eine jährliche natürliche Bevölkerungszunahme von 97 auf zehntausend Köpfe bei den Katholiken, 105 bei den Protestanten, aber 131 bei den Juden.¹²⁹ Innerhalb Posens weisen die beiden Regierungsbezirke Posen und Bromberg, zu welchem Inowrazlaw zählte, erhebliche Unterschiede auf. Im Regierungsbezirk Posen lag die Säuglingssterblichkeit der Juden bei 17,62 Prozent, in Bromberg hingegen bei nur 14,22 Prozent. Und während das natürliche Bevölkerungswachstum der Juden in ersterem nur 123 auf 10000 Köpfe betrug, lag es in Bromberg gar bei 148.¹³⁰

Die Gründe für die deutlich geringere Kindersterblichkeit der Juden vermutet Bergmann vor allem bei den Müttern. Jüdische Frauen würden in der Regel später heiraten als christliche, sie würden in der Familie stärker geschont, könnten ihren Kindern größere Aufmerksamkeit widmen und ihnen mehr Pflege zukommen lassen, sodass die Kinder besser und gesünder ernährt seien. Darüber hinaus tranken die männlichen Familienangehörigen weniger und seien seltener gewalttätig. Feste Familienbande und die Tatsache, dass jüdische Familien durchschnittlich wohlhabender seien als christliche, ergänzen die Einschätzung Bergmanns.¹³¹ Nach einer allerdings umstrittenen Theorie soll das Stillen der Säuglinge die bei Juden allgemein niedrigere Säuglingssterblichkeit bewirkt haben, tatsächlich ließ die Hitze der Sommermonate Kuhmilch und andere Lebensmittel leicht verderben, so dass die Säuglingssterblichkeit in die Höhe schnellte, während die Muttermilch davon verschont blieb. Darüber hinaus trug die Beachtung religiöser Reinlichkeitsgebote zu einer besseren Hygiene bei, sodass das „Pflegeverhalten der Juden besonders ausgeprägt“ war.¹³²

Waren die Lebensverhältnisse der Posener Juden nun ärmlich und verkommen, wie es der Inowrazlawer Landrat beschrieb, oder deutlich besser als in christlichen Familien, wie es die Statistiken nahelegen? Tatsache ist jedenfalls, dass zahlreiche Juden es vorzogen, die Provinz für immer zu verlassen. Denn in Berlin und anderenorts konnten vor allem „die wohlhabenden, die kulturell innovativen, nicht-traditionellen Ju-

¹²⁹ Ebd. 136. – Die im Vergleich zur christlichen Bevölkerung trotz niedrigerer Gebürtigkeit höhere natürliche Zuwachsrates findet sich für diesen Zeitraum in allen preußischen Provinzen. Ebd. 141 f., 144.

¹³⁰ Ebd. 137, 207.

¹³¹ Ebd. 224.

¹³² Maurer (1992) 64.

den“¹³³ deutlich bessere Lebens- und Erwerbschancen für sich erkennen als in Posen. Und je mehr Nachbarn oder Familienangehörige bereits den Absprung gewagt hatten, desto leichter fiel es auch den Daheimgebliebenen, ihrer Heimat ebenfalls den Rücken zuzukehren.

Auch die jüdische Gemeinde in Inowrazlaw musste einen deutlichen Niedergang verkraften. Bereits im 15. Jahrhundert hatten sich hier Juden niedergelassen,¹³⁴ die, aus Deutschland vertrieben, in Polen Rechtsschutz und Handelsfreiheit genossen. Waren sie auf dem Lande ursprünglich nicht geduldet, so ließen sie sich in den Städten nieder und nahmen hier oftmals eine bedeutende Stellung ein. In Inowrazlaw, das mehrheitlich von Polen bewohnt wurde, stellten sie etwa ein Drittel der Bevölkerung.¹³⁵ Als dritte Gruppe stellten Deutsche christlicher Konfession im Landkreis Inowrazlaw ein Drittel der Bevölkerung,¹³⁶ in der Stadt selbst machten sie jedoch offenbar nur eine kleine Minderheit aus. Lebten in der Stadt um 1800 erst 1100 Juden bei 2900 Einwohnern, so sollen es 1817 bereits 1784 Juden neben 2020 Nichtjuden gewesen sein. Und in den 1840er Jahren zählte Inowrazlaw neben der Hauptstadt Posen zu jenen fünf Städten der Provinz, die mehr als 2000 Juden aufwiesen. Insbesondere seit 1847, als den Juden Posens die Freizügigkeit zugesichert worden war, wanderten jedoch zahlreiche Juden aus Inowrazlaw ab. 1871 lebten hier noch 1600 Juden, bis 1883 hielt sich die Zahl, doch 1906 waren es nurmehr 1389 Juden.¹³⁷

Die Kreisstadt Inowrazlaw (polnisch Inowroclaw), Hauptort Kujawiens (Kujawy), einer landwirtschaftlich fruchtbaren Region an der oberen Netze (Notec), wurde im Hochmittelalter von deutschen Siedlern gegründet. Anfang des 15. Jahrhunderts fiel es an Polen und wurde infolge der ersten polnischen Teilung 1772 Preußen zugeschlagen, wo es dem so genannten Netze-Distrikt zugeteilt wurde. Der Name Inowrazlaw leitet sich aus der polonisierten Form von „Jung-Breslau“ ab, 1904 erhielt die Stadt den deutschen Namen Hohensalza, seit 1919 hieß sie – wieder zu Polen gehörig – Inowroclaw. Die Wirtschaft der Stadt ruhte auf mehreren Säulen, neben der Förderung und Verarbeitung von Steinsalz und Gips, auf denen die Stadt erbaut worden war, und der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte aus der Region bestanden eine Eisengießerei und eine Maschinenfabrik. Daneben wurde lebhaft gehandelt,¹³⁸ vermutlich überwiegend mit den Erzeugnissen von Stadt

¹³³ Ebd. 66 unter Rückgriff auf Jacob Toury.

¹³⁴ *Kemlein* 25.

¹³⁵ Ebd. 273.

¹³⁶ *Bergmann* 36.

¹³⁷ *Jersch-Wenzel (1996a)* 62, 64; dies. (1989) 76, Tab. II; *Brenner (1996b)* 307; *Kemlein* 230; *Neumann* 523.

¹³⁸ Ebd.

und Region.

Die Inowrazlawer Juden warteten keineswegs darauf, dass ihnen die preußische Regierung die staatsbürgerlichen Rechte zuerkannte; selbstbewusst forderte ihr Vorsteher – gemeinsam mit Vertretern anderer jüdischer Gemeinden in Posen – schon 1815 die sofortige Erteilung des vollen Bürgerrechts.¹³⁹ Und als 1833 die naturalisierten Juden zu den Kommunalwahlen zugelassen wurden, schlug sich ihr Wille, die Geschichte der Stadt mitzugestalten, in einer hohen Beteiligung an den Wahlen nieder. Schon 1835 sollen von den 85 naturalisierten Juden¹⁴⁰ 72 ihr Wahlrecht bei der Besetzung zweier Stadtratsstellen energisch geltend gemacht haben – ob mit Erfolg, wird nicht berichtet.¹⁴¹ Auch dass wenig später, 1838, – nach Protesten von christlicher Seite, „mit Rücksicht auf die eigenthümlichen Verhältnisse in der Provinz und den damaligen Bildungsstand und die Individualität der jüdischen Bevölkerung“¹⁴² – die Städteordnung dahingehend eingeschränkt wurde, dass die Zahl jüdischer Mandatsträger auf maximal ein Drittel der Stadtverordneten begrenzt wurde, deutet auf das „Erwachen eines regen politischen Sinnes innerhalb der Gemeinde“ hin, wie es der Rabbiner und Chronist der Inowrazlawer jüdischen Gemeinde, Louis Lewin, beschreibt.¹⁴³

Eine solch deutliche und hohe Beteiligung an den Kommunalwahlen – aktiv wie passiv – war in den Kleinstädten Posens wie auch Westpreußens und Schlesiens typisch, da die Juden hier oftmals in das gesellschaftliche Leben am Ort eingebunden waren und wirtschaftlich wie kulturell bedeutsame Stellungen einnahmen. Darüber hinaus begünstigte die Mittelstellung der Juden zwischen Deutschen auf der einen und Polen auf der anderen Seite ihre Wahl als Mittler zwischen diesen sich überwiegend ablehnend gegenüberstehenden Volksgruppen.¹⁴⁴ Spätestens 1848 jedoch, als im Zuge der fast ganz Europa erfassenden Revolution polnische Aufständische die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden proklamierten, die Posener Juden jedoch der von deutschen Revolutionären in Aussicht gestellten demokratischen Republik mehr Vertrauen schenken, entstand ein erster Riss zwischen Polen und Juden, der sich nach der Reichseinheit von 1871 noch verstärkte.¹⁴⁵ Für die Inowrazlawer Juden führte die Revolution darüber

139 *Kemlein* 246 f.

140 *Naturalized Jews* 101.

141 *Lewin* 82.

142 Oberpräsident Eduard von Flottwell an den preußischen Innenminister, Okt. 1838, zitiert nach *Jersch-Wenzel* (1989) 82.

143 Ebd.; *Kemlein* 273.

144 *Brenner* (1996a) 272.

145 *Pulzer* (1997c) 163.

hinaus zu erheblichen Umsatzeinbußen, so „daß die Steuerbeiträge vieler Mitglieder ermäßigt werden mußten“.¹⁴⁶ In der Folge verschärften sich, vor allem nach der Reichsgründung 1871, die Nationalitätenkonflikte in Posen, in denen die Juden, die sich zweifelsfrei dem Deutschtum zurechneten, von offizieller Seite wenig Unterstützung erhielten. Sie waren „zwischen die Fronten des von machtpolitischen Interessen geprägten Nationalitätenkampfes“ geraten. Hinzu trat nun ein wachsender Antisemitismus, getragen vor allem von der von auswärts zugezogenen Beamtenschaft.¹⁴⁷

Die Posener Juden waren – neben dem Jiddischen – zumeist der polnischen wie der deutschen Sprache mächtig. Diese Mehrsprachigkeit bedeutete jedoch keineswegs, dass sich die Juden gleichermaßen der deutschen wie der polnischen Kultur annäherten, denn während das Polnische überwiegend als Verkehrssprache diente und das polnische Bürgertum, überdies von einem bäuerlich-traditionellen Katholizismus geprägt, erst im Entstehen begriffen war, verband sich die deutsche Sprache – zumindest in den Augen der reformierten Juden – mit der Haskala, der jüdischen Aufklärung, als deren bedeutendster Vertreter Moses Mendelssohn hervorgetreten war. Auch war das Stadtbürgertum der Posener Kleinstädte, dem die Juden deutlich näher standen als den katholischen Landbewohnern, überwiegend protestantisch und deutsch.¹⁴⁸

An den jüdischen Elementarschulen in Posen, an denen zunächst die polnische und die deutsche Sprache im Unterricht gleichberechtigt nebeneinander standen, wurde aufgrund der Verordnung von 1833 nurmehr deutsch unterrichtet, sodass der Prozess der Sprachakkulturation noch beschleunigt wurde. Diese Aneignung der deutschen Sprache hatte in anderen Teilen Deutschlands etwa um 1750 begonnen und galt um 1850 als abgeschlossen, in Posen begann sie 50 Jahre später, verlief jedoch rascher und war bald nach der Reichsgründung beendet: Um 1800 begannen in den Kleinstädten Posens die Pioniere der Akkulturation, deutsch zu sprechen. Im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts wuchsen deren Kinder bereits in einer deutschsprachigen Umgebung auf und besuchten christliche oder moderne jüdische Volksschulen. In einer dritten Phase breitete sich der Prozess auf nahezu alle Juden Posens aus. Einerseits starb die ältere, noch überwiegend Polnisch oder Jiddisch sprechende Generation ab, während andererseits die meisten jüdischen Schüler Posens seit den 1830er Jahren eine preußische Elementarschulbildung erhielten. Die Verordnung von 1833 verpflichtete

¹⁴⁶ Lewin 88.

¹⁴⁷ Jersch-Wenzel (1989) 77.

¹⁴⁸ Kemlein 239.

die jüdischen Gemeinden, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder vom siebten bis zum vierzehnten Lebensjahr öffentliche Schulen besuchen konnten. Spätestens um 1870 wurden Posener Juden nicht länger als polnische Juden wahrgenommen, sie hatten sich von ihren Glaubensgenossen in Polen inzwischen soweit entfernt, dass sie sich nicht länger von den übrigen Juden in Preußen unterschieden.¹⁴⁹

Wenn also 1851 noch ein Drittel der Inowazlawer Juden der deutschen Schrift nicht mächtig war,¹⁵⁰ so lässt sich vermuten, dass es sich überwiegend um die älteren, ärmeren und orthodoxeren Gemeindemitglieder handelte. Jiddisch oder das so genannte Jüdisch-deutsch hingegen, das den Gegnern der Judenemanzipation zum Beweis der Unfähigkeit der Juden diente, sich zu assimilieren, wurde nicht nur in den jüdischen Unterschichten noch lange zur privaten Kommunikation genutzt.¹⁵¹ Trotz der sprachlichen Akkulturation bewahrten sich die Juden in Posen stärker als in den anderen preußischen Provinzen eine „ausgeprägt jüdische Identität“, die sich – selbst bei reformorientierten Juden – nicht zuletzt in der Befolgung jüdischer Gesetze und Bräuche äußerte. Es war ihnen selbstverständlich, den Sabbat und die jüdischen Feiertage zu begehen, die Speisegesetze einzuhalten und ihren Kindern jüdische Vornamen zu geben. Nicht die religiöse Überzeugung prägte ihr Handeln, sondern die Tatsache, dass es allgemein üblich war, dass abweichendes Verhalten bei den Glaubensgenossen auf Ablehnung und Befremden stieß, vielleicht gar mit Ausgrenzung aus der vertrauten Umgebung beantwortet wurde. Zwar lebten die Posener Juden seit Jahrhunderten ausgesprochen städtisch, doch boten die kleinen Städte nicht die Anonymität der Großstädte, in deren Schatten die reformierten Juden mehr und mehr von der Einhaltung jüdischer Traditionen absahen.¹⁵²

Umso mehr verwundert es, dass sich trotz der größeren sozialen Kontrolle auch innerhalb der Inowrazlawer jüdischen Gemeinde erhebliche Spannungen auftraten. Denn in den 1840er Jahren hatte sich eine beachtliche Anzahl der dortigen Juden, darunter die so genannten vornehmen Juden, neben den wohlhabenderen wohl auch die gebildeteren, dem „Neurabbinertum“ zugewandt. Zugleich habe – nach einem Bericht, den Mitglieder der jüdischen Gemeinde verfasst haben – das „Bedürfnis nach einem allsonnabendlich deutsch sprechenden Rabbiner oder Prediger vor[gelegen]“. Als Begründung hieß es, „besonders

149 Ebd. 104, 237, 239. – Das Modell der Sprachakkulturation fusst auf den Forschungen von *Toury (1986)* 80 f.

150 *Lewin* 86.

151 *Meyer (1996a)* 99.

152 *Kemlein* 255.

für die Jugend fehlt ein berufener Mann“.¹⁵³ Der orthodoxe Rabbiner erklärte die Vertreter der Reform schlicht für „irreligiös und antijüdisch“.¹⁵⁴ Vieles spricht dafür, dass es vor allem diese etwa 100 Mitglieder¹⁵⁵ der jüdischen Reformbewegung, der so genannten fortschrittlichen Partei, waren, die Inowrazlaw verließen. Die Abwanderung größeren Ausmaßes, vor allem der gebildeteren und wohlhabenderen Juden, setzte Anfang der 1850er Jahre ein, mehr als 500 von ihnen verließen den Ort binnen 20 Jahren.

Die Durchschnittseinkommen der Inowrazlawer Händler und Handwerker lagen deutlich unter jenen in der Provinzhauptstadt Posen, doch schon diese konnten mit dem preußischen Durchschnitt keineswegs mithalten. Ein jüdischer Handwerker in Posen – gleich in welcher Branche, die Unterschiede waren gering – verdiente 1858 zwischen 150 bis 200 Reichstaler, deutlich weniger als die ohnehin schlecht zahlende Schneiderei in anderen Teilen Preußens. Ein Händler hingegen erwirtschaftete immerhin fast doppelt so viel, durchschnittlich 390 Reichstaler, bei deutlichen Unterschieden zwischen einem Handelsgehilfen, einem umherziehenden Händler, einem niedergelassenen Kaufmann ohne eigenes Geschäft und einem solchen mit eigenem Laden. An der Peripherie der Provinz, in Inowrazlaw beispielsweise, war die Lage noch trostloser, hier hatten die Schneider zumeist weder Besitz noch Ersparnisse. Kein Wunder, dass viele Juden ihr Glück anderenorts versuchen wollten. Die Auswanderungsrate Inowrazlaws war eine der höchsten in der Provinz. Sie betrug in den Jahren 1855 bis 1864 jährlich 1,6 Prozent und lag damit deutlich über der Rate der Provinzhauptstadt mit 1,25 Prozent.¹⁵⁶ Die Binnenwanderung innerhalb der Provinzgrenzen ist in diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

Mithin trug ein ganzes Bündel aus politischem Gestaltungswillen und Emanzipationsstreben, enttäuschten Hoffnungen auf die staatliche Gesetzgebung, wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und Expansionshindernissen, sozialen Ungleichheiten und Verwerfungen sowie kulturellen und religiösen Veränderungen und Neuorientierungen zur Abwanderung bei.

¹⁵³ Lewin 88.

¹⁵⁴ Kemlein 230.

¹⁵⁵ Ebd. – Vermutlich sind 100 jüdische männliche Haushaltsvorstände oder Selbstständige gemeint, gemeinsam mit den von ihnen abhängigen Familienmitgliedern muss es sich um einen beachtlichen Teil der jüdischen Gemeinde, schätzungsweise wenigstens 500 Personen umfassend, gehandelt haben.

¹⁵⁶ *Österreich* 102, 321 f. – Nach *Wilamowitz-Möllendorf* 13 reisten allein in den Jahren 1865 bis 1867 28 Inowrazlawer auf direktem Wege in die Vereinigten Staaten. Hinzu tritt eine schwer bestimmbare Anzahl indirekter Auswanderer über Drittländer.

Drei jüdische Familien auf dem Weg nach Berlin

In Inowrazlaw wurden 1812 Heymann Raphael¹⁵⁷ und seine spätere Frau Eva geborene Sprinz, die Urgroßeltern Ludwig Rosenbergs, geboren. Nur wenig ist über sie bekannt. Mehrere Mitglieder der Familie Sprinz erwarben laut Posener Naturalisationsliste gemeinsam am 30. November 1834 in Inowrazlaw das Staatsbürgerrecht,¹⁵⁸ neben den beiden Kaufleuten Isaac Ruben und Joseph Ruben Sprinz auch eine Händlerin, die Witwe des Joseph Samuel Sprinz. Frauen stand das Naturalisationspatent zu, wenn sie ein eigenes Gewerbe unterhielten. Augenscheinlich führte die Witwe den Handel ihres verstorbenen Mannes weiter. In der erwähnten Liste finden sich zwar mehrere Raphaels, jedoch keine aus Inowrazlaw.¹⁵⁹ Nachdem sich Heymann Raphael in Berlin niedergelassen hatte, verdiente er den Lebensunterhalt für seine Familie als Kaufmann. Ob er hingegen schon in Inowrazlaw einen stehenden Laden betrieb oder aber als Hausierer oder Trödler von Tür zu Tür, über Land von Hof zu Hof zog, lässt sich nicht mehr feststellen. Jedenfalls sah er in Inowrazlaw keine Zukunft für sich und seine Familie. Und in der Regel verließen nicht jene die Provinz, denen es wirtschaftlich so schlecht ging, dass sie bereits am Boden lagen, sondern jene, die ihre Chancen schwinden sahen, die über auswärtige familiäre oder wirtschaftliche Kontakte verfügten, ob aus eigenem Erleben oder aus Erzählungen Dritter. Und die schließlich die Kraft aufbrachten, anderswo völlig neu zu beginnen.

Über den Zeitpunkt der Abwanderung Raphaels ist wenig bekannt. Da sich ihre Namen nicht in den Judenbürgerbüchern¹⁶⁰ finden, und ihre Tochter Golde, die Großmutter Rosenbergs, 1856 noch in Posen zur Welt kam, diese wiederum 1875 bereits in Charlottenburg absässig war und zwei Jahre später dort ein Kind zur Welt brachte, ist anzunehmen, dass sie Inowrazlaw zwischen 1856 und 1875 verließen. Und da die Mutter zum Zeitpunkt der Geburt ihrer Tochter schon 44 Jahre alt war, lässt sich vermuten, dass sie bereits von mehreren Kindern entbunden wor-

¹⁵⁷ In einigen Dokumenten auch Heimann Raphael.

¹⁵⁸ *Naturalized Jews* 88.

¹⁵⁹ Ebd. 74. – Die Posener Naturalisationsliste enthält weder Geburtsdaten, noch Verwandtschaftsverhältnisse. Dass sich keine Raphaels finden, kann drei Ursachen haben: Zum einen ist es denkbar, dass sie sich nicht naturalisieren ließen, ebenso, dass die Vorfahren Heymann Raphaels aus einer anderen Stadt Posens nach Inowrazlaw zugezogen waren; so finden sich unter den sechs eingetragenen Raphaels aus anderen Orten zwei Handelsleute. Drittens enthält die Liste zahlreiche Fehler und beschränkt sich trotz des umfassenden Titels auf einen kurzen zeitlichen Ausschnitt, vgl. *Kronthal* und *Kurtzig*, der auf ersteren antwortet.

¹⁶⁰ Auch der gleichfalls von Jacobson herausgegebene Band *Jüdische Trauungen* enthält keine Hinweise auf Vorfahren Ludwig Rosenbergs.

den war. Die durchschnittliche Kinderzahl je Ehe im Regierungsbezirk Bromberg lag bei mehr als fünf, wovon der Wahrscheinlichkeit nach eines im Säuglingsalter verstarb.¹⁶¹ Durchaus denkbar daher, dass eines der älteren Geschwister als erstes den Weg nach Berlin eingeschlagen, sich allein oder mit Hilfe von Verwandten eine wirtschaftliche Existenz aufgebaut und schließlich die Familie nachgeholt hatte. Eine solche Zug-um-Zug-Abwanderung war überaus typisch, lässt sich hier jedoch nur vermuten.

Dass die Raphaels ihre Zukunft in Berlin suchten, und nicht etwa in den Vereinigten Staaten, deutet sowohl auf einen gewissen Wohlstand als auch auf ihre bereits weit fortgeschrittene Verbürgerlichung, ihre Orientierung an der deutschen Kultur hin. Und es lässt eine reformierte Einstellung gegenüber dem Judentum erkennen. Möglicherweise bot auch die Hochzeit ihrer Tochter die Gelegenheit, Posen zu verlassen und nach Berlin zu ziehen, wobei sie den unbestreitbaren Vorteil hätten genießen können, über die Familie des Schwiegersohnes in die Berliner Gesellschaft eingeführt zu werden. Ihre zügige Eingliederung in die Berliner jüdische Gemeinde aber, ihr wirtschaftlicher Aufstieg in die dortige Kaufmannschaft, die Heirat ihrer Tochter mit einem bereits in Berlin geborenen Juden, all das spricht ebenfalls dafür, dass sie der reformierten Richtung innerhalb der jüdischen Gemeinde zuneigten.

Jedenfalls gelang es Heymann Raphael schon bald, sich in Berlin zu etablieren und aus den überfüllten Innenstadtquartieren Berlins in die Stadtrandgebiete des „Neuen Westens“ zu ziehen, wie die Vororte westlich von Berlin genannt wurden. Auf das christliche Berliner Bürgertum übten die neu erschlossenen Wohngebiete in Schöneberg, Wilmersdorf und Charlottenburg einen ebenso großen Reiz aus wie auf ihre jüdischen Standesgenossen, die den Aufstieg vom kleinen Händler zum Kaufmann geschafft hatten und nun nach einer standesgemäßen Wohngegend suchten.¹⁶² Die Raphaels zog es nach Charlottenburg.

Ihre Tochter Golde, Goldchen genannt, heiratete den in Berlin geborenen Kaufmann Hermann Leyser.¹⁶³ Wie seine Ehefrau stammte auch sein Vater aus Posen, aus dem Städtchen Labischin (polnisch Labiszyn) im Kreis Schubin (Szubin), rund 20 Kilometer südlich von Bromberg und etwa dreißig Kilometer nordwestlich von Inowrazlaw, ebenfalls an der Netze gelegen. In diesem Ort, der Mitte des 19. Jahrhunderts rund

¹⁶¹ *Bergmann* 77, 193. – Für die Jahre 1834–1848 gibt Bergmann die Zahl der Geburten auf 100 Ehen für den Regierungsbezirk Bromberg mit 509, für die Jahre 1849–63 sogar mit 562 an.

¹⁶² Vgl. *Asmuss/Nachama* 179.

¹⁶³ In einigen Dokumenten auch Herrmann Leyser.

2250 Einwohner, darunter 619 Juden, zählte,¹⁶⁴ wurde am 17. Januar 1820 Hermann Leysers Vater Robert geboren, der als junger Schneidergeselle nach Berlin übersiedelte.¹⁶⁵

Der Name von Robert Leysers Vater wird in den Berliner Judenbürgerbüchern mit Leiser Chaim angegeben. Die Namensfindung der Posener Juden stellte offenbar einen mehrstufigen Prozess dar, der bei den naturalisierten Juden Posens in den 1830er Jahren längst abgeschlossen war, während den geduldeten Juden hingegen erst mit einer Ergänzungsvorschrift zur Verordnung von 1833 vorgeschrieben wurde, feste Familiennamen zu führen.¹⁶⁶ Da der Sohn in Berlin bereits den Familiennamen Leyser führte, steht zu vermuten, dass es der Vater war, der seinen Rufnamen als Familiennamen wählte, den er anfänglich noch mit „i“ schrieb.¹⁶⁷ Erst später, als er längst in Berlin wohnte, nannte sich der Sohn, dessen Vorname zunächst mit Rachmil, 1847 dann mit Rachmiel angegeben wird, Michael Robert, wobei Robert sein Rufname wurde.¹⁶⁸ Denn die erwähnte Ergänzungsvorschrift schrieb den Posener Juden vor, nur bisher übliche, jüdische Namen als Vor- und Familiennamen zu wählen.¹⁶⁹ In Berlin jedoch, von solchen Zwängen befreit, trug die zu-

¹⁶⁴ *Kemlein* 342. – Laut ebd. 179 nahm die Zahl der Juden in Labischin seit 1823 deutlich ab. Doch beziffert *Jersch-Wenzel* (1989) 76, Tab. II, die Zahl der Juden für 1817 mit 615 (39,9 Prozent), also fast so hoch wie um die Jahrhundertmitte. In den 1880er Jahren lebten laut *Neumann* 652 nurmehr 503 Juden in Labischin.

¹⁶⁵ *Judenbürgerbücher* 479 f. – Die Angaben variieren in den verschiedenen Quellen. Nach den Unterlagen des Jüdischen Friedhofs Weißensee wurde er am 18. Januar 1821 in Bromberg geboren. Die Judenbürgerbücher stellen jedoch die ältere und daher mutmaßlich genauere Quelle dar. Falls die Friedhofsverwaltung die Personalien des verstorbenen Robert Leyser jedoch nach den mündlichen Aussagen der Hinterbliebenen und nicht nach schriftlichen Unterlagen aufnahm, kann es sich ebenso gut auch um eine Verwechslung seitens der Kinder gehandelt haben, da die 1903, dem Todesjahr Robert Leysers, längst verstorbene Mutter Pauline im Jahre 1821 am 18. geboren wurde (allerdings im Februar).

¹⁶⁶ *Kemlein* 146, 153.

¹⁶⁷ Dafür spricht auch die Tatsache, dass nach den Friedhofsunterlagen die Witwe Sofie Leiser gemeinsam mit Max und Hermann Leyser den Tod des Vaters anzeigte. Dabei ist unklar, in welchem Verwandtschaftsverhältnis Sofie Leiser zu Robert Leyser steht, womöglich ist sie die Schwiegertochter oder die Schwägerin des Verstorbenen. Das könnte bedeuten, dass Leiser Chaim zunächst den Familiennamen Leiser annahm und ihn erst später in Leyser änderte.

¹⁶⁸ Die *Judenbürgerbücher* 311 führen darüber hinaus einen Rachmiel Leiser auf, der in Labischin als Handelsmann lebte und eine 1809 geborene Tochter namens Zierel hatte. Ob eine verwandtschaftliche Beziehung zwischen diesen beiden Trägern eines beinahe identischen Namens aus demselben kleinen Ort besteht, lässt sich nicht feststellen. Es handelt sich jedoch eindeutig nicht um dieselbe Person. Die Vermutung, der Vater des Rachmiel Leyser=Robert Leyser könne sich zuvor bereits denselben Namen zugelegt haben, also jener Handelsmann sein, erscheint abwegig, da die Berufe beider sehr unterschiedlichen Branchen entstammen. In diesem unwahrscheinlichen Fall wäre Zierel Heidenheimer geb. Leiser die Schwester Robert Leysers und damit eine Urgroßtante Ludwig Rosenbergs.

¹⁶⁹ *Kemlein* 153.

nehmende Angleichung an das Bürgertum das ihre dazu bei, jüdische Vornamen „einzudeutschen“ oder gar christliche Vornamen zu wählen.

All das spricht dafür, dass Leiser Chaim den Status eines geduldeten Juden innehatte, zumal sich weder in den Judenbürgerbüchern noch in der Posener Naturalisationsliste¹⁷⁰ ein Verweis auf den Erwerb des Posener Naturalisationspatentes findet. Leiser Chaim verdiente seinen Lebensunterhalt als Schneidermeister in Buhnitz oder Punitz bei Bromberg¹⁷¹, vermutlich fristete er wie die meisten seiner Kollegen das Dasein eines „Allein-Meisters“, dem es sein kärgliches Einkommen nicht gestattete, Gesellen zu beschäftigen. Auch sein Sohn Rachmil=Robert erlernte das Schneiderhandwerk, sah jedoch für sich keine Zukunftsperspektive in der Provinz, als Schneidergeselle siedelte er sich in Berlin an. Ob die Übersiedlung nach Berlin mit der wirtschaftlichen Krise, der Teuerung und der anschließenden Hungernot in Posen zusammenhing,¹⁷² lässt sich nicht feststellen. Jedenfalls erhielten Posener Schneider eher als andere Berufsgruppen die Genehmigung zur Ausreise nach Berlin.¹⁷³ Vermutlich hatte er hier bereits einige Jahre gelebt, bevor er 1846 naturalisiert wurde und wenig später das Berliner Stadtbürgerrecht erhielt, denn die Antragstellung hing augenscheinlich mit einer geplanten Familiengründung zusammen. Genau zwei Wochen, bevor er das Patent entgegennehmen konnte, heiratete er die Berlinerin Pauline Brinckmann¹⁷⁴, und gut neun Monate später wurde ihr Sohn Hermann geboren.

Robert Leyser arbeitete unterdessen in Berlin in seinem erlernten Gewerbe und erwarb später den Meistertitel. Die Familie wohnte zunächst in der Landsberger Straße¹⁷⁵ 10, später in der Charitéstraße 7 unweit

¹⁷⁰ *Naturalized Jews.*

¹⁷¹ Möglicherweise handelt es sich um den Fehler eines Berliner Beamten beim Eintrag des Ortes in die Judenbürgerbücher oder um dessen mangelnde Kenntnis der Geografie Posens. Jedenfalls konnte kein Ort dieses Namens in der Umgebung Brombergs festgestellt werden, die Kleinstadt Punitz (polnisch Poniec) liegt aber auf halber Strecke zwischen Posen und Breslau (polnisch Wroclaw) etwa 175 Kilometer südsüdwestlich von Bromberg. Es erscheint dennoch nicht unmöglich, dass Leiser Chaim ursprünglich in Labischin lebte und lange nach der Geburt seines Sohnes in das weit entfernt gelegene Punitz zog, denn den Oberen der Stadt Punitz gelang es, ihr Jahrhunderte altes Privileg „de non tolerandis iudaeis“ bis zum Erlass der Verordnung von 1833 hartnäckig zu verteidigen. Während in der Stadt Bromberg, die ebenfalls auf dieser Sonderstellung, Juden die Aufnahme verweigern zu dürfen, bestehen konnte, tatsächlich einige jüdische Familien lebten, wehrte Punitz jeden Zuzug ab. Es ist daher denkbar, dass der Schneidermeister Leiser Chaim nach 1833, als das Privileg erlosch, die Gelegenheit zu nutzen verstand, sich dort niederzulassen. *Laubert; Kemlein* 261.

¹⁷² Ebd. 62.

¹⁷³ *Scheiger* 312.

¹⁷⁴ In einigen Dokumenten auch Brinkmann.

¹⁷⁵ Die Landsberger Straße im Zentrum Berlins ist überbaut worden, sie verband den Alexanderplatz mit der nach Osten führenden Landsberger Allee, die noch

des Krankenhauses nördlich der Spree (heute Berlin-Mitte). Auch später blieb das Ehepaar Leyser in Alt-Berlin wohnen und zog nicht wie ihre Kinder nach Charlottenburg oder Schöneberg. Womöglich baute Robert Leyser sein Gewerbe später zu einem Ladengeschäft aus, jedenfalls spezialisierte er sich auf die Kunsttuchstopferei.¹⁷⁶ Seinen Sohn Hermann ließ er als Schneider in die väterlichen Fußstapfen steigen, während dessen Bruder Max das Gewerbe eines Graveurs erlernte. Und während der erste seinen Lebensmittelpunkt nach Charlottenburg verlegte, blieb letzterer bei seinem Vater, nun Landsberger Straße 55, bis zu dessen Tod wohnen. In einer eigenen Gravieranstalt stellte er neben Kautschuk- und Metallstempeln auch Schablonen und Vereinsabzeichen her. Daneben hatten sie vermutlich einen weiteren, bereits verstorbenen Sohn, denn als die Mutter am 26. Februar 1887 starb, zeigte neben Hermann und Max Leyser auch die Witwe Sofie Leiser deren Tod an. Sie wohnte in der Rubensstraße 7 am Rande des damals bebauten Gebietes in dem zu Schöneberg gehörenden Vorort Friedenau. Robert Leyser starb im Alter von 83 Jahren am 27. August 1903. Zuletzt hatte er nicht mehr arbeiten müssen, seinen Lebensabend hatte er als Privatier verbracht. Seine Frau war bereits sechzehn Jahre zuvor, am 26. Februar 1887, im Alter von 66 Jahren aus dem Leben geschieden. Beide Eheleute wurden auf dem Jüdischen Friedhof in Weißensee beigesetzt.

Über Hermann Leysers Mutter Pauline ist wenig bekannt. Als 1915 ihr Sohn starb, konnten sich die überlebenden Verwandten, darunter die beiden Enkel Benno und Hedwig, nicht einmal an ihren Vornamen, geschweige denn an ihren Geburtsnamen und ihre Lebensdaten erinnern, obschon die Enkel zum Zeitpunkt ihres Todes 1887 schon sieben und neun Jahre alt waren. Pauline Brinckmann wurde am 18. Februar 1821 in Berlin geboren. Ihr Vater, Michael Brinckmann, lebte bereits seit Ende der Befreiungskriege in der preußischen Hauptstadt. Am 27. Januar 1791 als Sohn des Pferdehändlers Leib Levy im kurhessischen Frieda¹⁷⁷

heute existiert. Die Hausnummer 10 lag nahe dem östlichen Ende am Landsberger Platz (heute Platz der Vereinten Nationen), die spätere Adresse im Haus Nr. 55 befand sich hingegen nahe dem westlichen Ende unweit des Alexanderplatzes.

¹⁷⁶ Schon in den *Berliner Adreßbüchern* für die Jahre 1882 und 1884 findet sich lediglich ein R. Leyser in der Karlstraße 7, der als Schneider sowie Kunst- und Tuchstopfer tätig war. Die Ecke Karlstraße/Luisenstraße, an der die Hausnummer 7 lag, befindet sich jedenfalls nur wenige Meter von der Charitéstraße entfernt, wo 1886 Robert Leysers Ehefrau Pauline verstarb. Möglicherweise wurde auch die Straßenzugehörigkeit des Hauses geändert. Noch für das Jahr 1902, ein Jahr vor Robert Leysers Tod, findet sich im *Berliner Adreßbuch* ein Eintrag als Kunsttuchstopfer, wohnhaft in der zweiten Etage des Hauses Landsberger Straße 55.

¹⁷⁷ Hessisches Dorf mit 777 Einwohnern (1883) im Kreis Eschwege, unter 43107 Bewohnern von 1425 Juden bewohnt, davon allein 531 in der Stadt Eschwege. *Neumann* 282, 318. Frieda ist heute ein Ortsteil von Meinhard bei Eschwege im nordöstlichen Hessen.

geboren, das dem 1807 neu geschaffenen Königreich Westfalen zugeschlagen wurde, an dessen Spitze Napoleons Bruder Jérôme stand, diente Michael Brinckmann in der westfälischen Armee. Westfalen war das einzige der unter Napoleons Herrschaft stehenden Länder, in dem die Juden staatsbürgerlich vollständig gleichgestellt wurden.¹⁷⁸ Ob die auf Emanzipation der Juden bedachte Politik Jérômes zu Brinckmanns soldatischem Einsatz beitrug oder ob er zum Kriegsdienst gepresst wurde, bleibt offen. Unmöglich erscheint der freiwillige Kriegseinsatz durchaus nicht, hatte sich der König doch schon 1808 „die Mitarbeit der Juden als Soldaten, Kaufleute und Bauern im neuen Königreich versprechen“ lassen.¹⁷⁹ Zahlreiche Juden standen in westfälischen Diensten.¹⁸⁰



Abbildung 7: Gräberfeld auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee. Die Grabsteine der Urgroßeltern Rosenbergs mütterlicherseits, Pauline und Robert Leyser sowie Eva und Heymann Raphael, sind nicht mehr zu identifizieren. Deutlich zu erkennen das Nebeneinander traditionell jüdischer und zeitgenössischer Sepulkralkultur. (Aufnahme 2002)

In diesem Zusammenhang lässt sich eine Kuriosität beobachten. Die Beteiligung eines Familienmitglieds an den Befreiungskriegen wurde in das kollektive Gedächtnis der Familie aufgenommen, sodass sich noch dessen Urenkel Ludwig Rosenberg mehr als 150 Jahre später daran

¹⁷⁸ Meyer (1996a) 112 f.; Herzig 12, 14.

¹⁷⁹ Ebd. 13.

¹⁸⁰ Brenner (1996a) 265.

entsinnen konnte,¹⁸¹ der Name der Großmutter Pauline war hingegen schon den Enkeln nicht mehr erinnerlich.

Mit dem Ende der napoleonischen Ära und der Auflösung des Königreichs 1813 wechselte Brinckmann die Fronten, von nun an stand er in preußischen Diensten, zunächst für ein Jahr im 2. Preußischen Reserve-Gardebataillon, dann für ein weiteres Jahr im 3. Kurmärkischen Landwehr-Infanterie-Regiment. Er war einer der zahlreichen Juden im preußischen Militär, von denen sich prozentual weit mehr freiwillig gemeldet hatten als von ihren christlichen Landsleuten. Was immer Brinckmann sich von seinem Kriegseinsatz für die Wiedererstarkung Preußens versprochen haben mag, nach dem Wiener Kongress 1815 erfüllten sich die Hoffnungen der jüdischen Kriegsfreiwilligen jedenfalls nicht. Vom Dienst in den preußischen Garderegimentern blieben sie ebenso ausgeschlossen wie von jeglicher Beförderung. Der Zugang zum Staatsdienst wurde ihnen weiterhin verwehrt.¹⁸² Einzig sein Naturalisationspatent stellten die Behörden Berlins, wo er sich inzwischen niedergelassen hatte, dem verarmten Brinckmann 1816 gebührenfrei aus. Das Stadtbürgerrecht, dessen Erwerb für die selbstständige Ausübung eines Berufes wie für Hausbesitzer vorgeschrieben war,¹⁸³ erhielt er 1820, womöglich, weil er sich inzwischen im Stralauer Revier, unweit der Marienkirche, An der Königsmauer¹⁸⁴ 43 eine Existenz als Wagenlackierer aufgebaut hatte.

Im gleichen Jahr heiratete er Sara Aron, mit der er die Tochter Pauline zeugte. Schon vor seiner Hochzeit jedoch wurde 1817 sein Sohn Aron geboren, der wie sein Vater seinen Lebensunterhalt als Lackierer bestritt und Sophie Henriette Wilhelmine Hetzel, die aus der evangelischen Kirche ausgetretene Tochter eines Schmiedemeisters, heiratete. Und seine Tochter Friederike heiratete den aus Obersitzko (polnisch Obrzycko) in Posen stammenden Schneider Leyser Joachim Birnbaum. Nach dem frühen Tod seiner ersten Frau 1834 ehelichte Brinckmann wenig später Emma Abraham, die Tochter eines Rabbiners, der zuletzt in Sächsisch Friedland in der Niederlausitz, rund 75 Kilometer südöstlich von Berlin, tätig war. Wie es das Mitgliederverzeichnis der „Gesellschaft jüdischer Handwerker und Künstler zur gegenseitigen Unterstützung in Krankheitsfällen“, der Brinckmann angehörte, für das Jahr 1859 ausweist,

181 *Akademie Kontakte der Kontinente* 5.

182 *Judenbürgerbücher* 15 f.

183 *Scheiger* 294.

184 Die Straße „An der Königsmauer“ verlief zwischen Königsstraße und Klosterstraße und wurde später überbaut. Vor der Neuordnung Berlins 1920 gehörte die Straße zum Stralauer Revier, das den Osten des späteren Bezirks Mitte und Teile von Friedrichshain umfasste.

starb er zwischen 1848 und 1859 in Berlin.¹⁸⁵ In den 1840er Jahren hatte Brinckmann in der Landsberger Straße 1 d gewohnt. Nur wenige Häuser weiter hatte sich Robert Leyser niedergelassen. Womöglich hatte dieser seine spätere Frau Pauline Brinckmann hier, in der Nachbarschaft seiner Wohnung, kennen gelernt.

Ihr gemeinsamer Sohn Hermann Leyser wurde 1847 geboren, erlernte später das Schneiderhandwerk und heiratete Mitte der 1870er Jahre die neun Jahre jüngere Golde Raphael. Wie die Leysers von Berlin nach Charlottenburg kamen, ist nicht bekannt. 1875 jedenfalls, zwei Jahre vor der Geburt ihres ersten Kindes, hatten sie Berlin längst verlassen und sich am Charlottenburger Wilhelmsplatz niedergelassen. Hier am Wilhelmsplatz 2 wohnten sie im dritten Stock des Hauses, in dessen Parterre das Herrengarderobegeschäft Hermann Leyser untergebracht war. In den 1880er Jahren verlegten sie Wohnung und Geschäft ein paar Häuser weiter in Richtung Schloss und ließen sich an der Berliner Straße in einem weniger repräsentativen, zweigeschossigen Haus aus den 1860er oder 1870er Jahren nieder.¹⁸⁶

Neue Heimat am Wilhelmsplatz

Das westlich von Berlin gelegene Charlottenburg hatte sich rund um den Kirchplatz der Luisenkirche (heute Gierkeplatz) entfaltet, die Berliner Straße (heute Otto-Suhr-Allee) war zunächst von Schloss Charlottenburg aus nur bis zum Wilhelmsplatz (heute Richard-Wagner-Platz) bebaut. Die Berliner Straße war bereits Anfang des 18. Jahrhunderts in der Regierungszeit Friedrichs I. angelegt worden. Die Straße Unter den Linden war durch den Tiergarten hindurch nach Westen verlängert worden. Dieser Teil der Straße, die heutige Straße des 17. Juni, hieß um 1900 bis zum Bahnhof Tiergarten Charlottenburger Chaussee und in westlicher Fortsetzung Berliner Straße. Am Knie, dem heutigen Ernst-Reuter-Platz, knickte die Berliner Straße in westnordwestlicher Richtung ab und führte weiter bis zum Schloss Charlottenburg, wo sie in den noch älteren Spandauer Damm übergang.¹⁸⁷ Um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als der Ort noch überwiegend kleinstädtisch geprägt war,

¹⁸⁵ *Judenbürgerbücher* 164, 340, 478 f. – Die Schreibweisen des Familiennamens weichen voneinander ab, während der Vater unter dem Namen Brinckmann eingetragen ist, lauten die Einträge für Sohn und Tochter auf Brinkmann.

¹⁸⁶ *Gundlach* I, Beilage XXXI. – In den *Berliner Adreßbüchern* war Hermann Leyser 1875 zunächst unter der Adresse Wilhelmsplatz 2, später unter den Hausnummern 93 (1882 bis 1890) und 91 (1895) verzeichnet.

¹⁸⁷ *Erbe (1980a)* 230.

war die Berliner Straße bis zum Knie bereits weitgehend bebaut.¹⁸⁸



Abbildung 8: Charlottenburg 1902. Auszug aus dem Pharus-Plan Berlin. Die Lohmeyerstraße ist hier noch nicht verzeichnet. Ebenso war der nördliche Teil der Kaiser-Friedrich-Straße noch nicht bebaut. In beiden Straßen verbrachte Rosenberg einen Teil seiner Jugend.

Doch noch trug der Ort einen eher dörflichen Charakter. Der Wilhelmsplatz war Schauplatz zahlreicher Märkte, neben regelmäßigen Wochenmärkten wurden hier Vieh-, Pferde- und Krammärkte abgehalten. Der Stadtchronist Wilhelm Gundlach gibt den Bericht des Magistrats

über den ersten Vieh- und Krammarkt im Jahre 1856 wider: „Es waren über 400 Pferde, größtenteils gute und brauchbare, zum Verkauf gestellt, Rinder waren dagegen nur gering zum Markte gebracht. Was den Krammarkt anbelangt, so stand eine sehr große Anzahl von Buden vom Wilhelms-Platz bis zum Türkischen Zelte [einem Gasthaus an der Berliner Straße] in der breiten Promenade in doppelter Reihe auf einer Distanz von 600 Schritten mit allen möglichen Gegenständen, während auf der gegenüberliegenden Promenade Töpfer und Böttcher, Korbmacher, Kupferschmiede, Klempner und dergleichen mehr ihre Waren ausgelegt hatten. Es steht zu erwarten, daß Charlottenburg der Hauptmarktort vor allen Provinzialstädten besonders für Pferde werden wird, da die Lokalität vorzugsweise dazu geeignet ist.“¹⁸⁹

Dringlicher als der Pferdemarkt erwies sich jedoch das Abwasserproblem, das Schmutzwasser der Charlottenburger floss in offenen Gräben nordwärts in Richtung Spree und sammelte sich in Teichen und Tümpeln, in denen Unrat, gar verwesene Tierleichen umhertrieben. Insbesondere der von Süden kommende Schwarze Graben – Gundlach schreibt von einer „wahren Geißel für die Gesundheitsverhältnisse der Stadt“ – führte große Mengen ungeklärten Abwassers von Wilmersdorf und Schöneberg mit sich. Zwischen Schloss-Viertel und der Inneren Stadt floss er nach Norden über die Berliner Straße hinaus in die Spree. Die Stadt, im Berliner Bürgertum als Ort der Erholung bekannt und geschätzt, verströmte unangenehme Gerüche: sie stank.¹⁹⁰ Zwar ergriff der Magistrat Maßnahmen, um die Abwässer unterirdisch abzuleiten, doch erst 1890 war der östliche Teil Charlottenburgs bis zur Ringbahn flächendeckend kanalisiert.¹⁹¹ Die Auswirkungen eines enormen Bevölkerungswachstums hatten dem Charlottenburger Unterhaltungsgewerbe, das seine Blütezeit längst überschritten hatte, mehr und mehr den Boden entzogen, auch die Eröffnung der „Flora“, des größten Vergnügungsetablissemments nach dem Vorbild des Frankfurter Palmengartens, 1874 hatte diese Entwicklung nicht rückgängig machen können.¹⁹²

In den gut vier Jahrzehnten zwischen 1877 und 1920, in denen Charlottenburg den Status einer selbstständigen Gemeinde innehatte, war es von einer kleineren Mittelstadt zu einer der größten Städte in Deutschland angewachsen. Als Golde Leyser 1877 in Charlottenburg ihr erstes Kind, Rosenbergs Mutter, gebar, war die Stadt, die noch keine 30000 Einwohner zählte, soeben erst aus dem Landkreis Teltow herausgelöst worden. Als ein Vierteljahrhundert später ihr Enkel Ludwig zur Welt

189 *Gundlach* I 453. – Ein Schritt misst ca. 0,75 Meter.

190 Ebd. 408 f.

191 *Schütte* 48 f.

192 *Gundlach* I 445 f.

kam, waren es dagegen schon über 200000. Und als 1920, kurz nach dem Ersten Weltkrieg, Charlottenburg im neu geschaffenen Großberlin aufging, bewohnten über 330000 Menschen den Bezirk.¹⁹³

Betrug das Bevölkerungswachstum anfangs noch zwischen drei und sieben Prozent pro Jahr, so setzte zwischen 1888 und 1897 ein rasantes Wachstum mit jährlichen Zuwachsraten von mehr als zehn Prozent ein, unter den deutschen Großstädten überdurchschnittlich.¹⁹⁴ 1895 erreichte diese Entwicklung mit 15 Prozent Zuwachs ihren Höhepunkt, allein in diesem Jahr stieg die Bevölkerung um 17000 Personen an. Doch auch nach der Jahrhundertwende, als die prozentualen Zuwächse wieder deutlich zurückgegangen waren, nahm die Bevölkerung um jährlich zwischen 6000 und 13000 Personen zu.¹⁹⁵

Charlottenburg galt um die Jahrhundertwende als die „reichste deutsche Stadt“, und, wie das Bureau für Statistik der Juden in Berlin berichtete, „auch die durchschnittliche Wohlhabenheit der Charlottenburger Juden [dürfte] kaum in irgendeiner anderen Großstadt erreicht oder übertroffen werden“. Für Wohlhabenheit und die weit fortgeschrittene Akkulturierung der Charlottenburger Juden spricht neben der finanziellen Ausstattung auch die Tatsache, dass ihre Geburtenrate 1905 mit 13,41 auf 1000 Personen deutlich hinter der ihrer Glaubensgenossen in Preußen mit 17,56 und insbesondere hinter den preußischen Christen mit 33,47 beträchtlich zurückblieb. Die jüdische Gemeinde wuchs daher nur in einem geringen Maße durch einen natürlichen Geburtenüberschuss, der mit 2,08 Promille deutlich unter der der christlichen Bevölkerung mit 9,59 Promille lag, sondern durch fortwährenden Zuzug von auswärts.¹⁹⁶

Vor allem Berliner Juden waren es, die, inzwischen zu einem gewissen Vermögen gelangt, in Charlottenburg „nach einer ihrem Wohlstand und Status adäquaten Wohngegend“ suchten.¹⁹⁷ 1871 lebten hier 142 Juden, und noch 1885 waren nur 478 oder gut ein Prozent der 41000 Charlottenburger jüdischen Glaubens. Ein nennenswerter Zuzug Berliner Juden nach Charlottenburg setzte erst in den 1890er Jahren ein und hielt bis Mitte der 1920er Jahre an. Im Jahre 1900 bildeten die 9701 Juden eine bedeutende religiöse Minderheit mit einem Anteil von 5,12 Prozent an der Bevölkerung, und 1910 waren 22508 oder 7,36 Prozent

¹⁹³ *Erbe (1980b)* 292.

¹⁹⁴ Während die Großstädte im Deutschen Reich zwischen 1871 und 1910 im Durchschnitt um 602 Prozent wuchsen, nahm Charlottenburg im gleichen Zeitraum um 1530 Prozent zu. Ebd. 290.

¹⁹⁵ Ebd. 291; *Statistisches Jahrbuch der Stadt Charlottenburg* I 5.

¹⁹⁶ *Jüdische Bevölkerung in Charlottenburg* 78 f.

¹⁹⁷ *Maurer (1992)* 69.

der Charlottenburger jüdischen Glaubens.¹⁹⁸ Die Charlottenburger Juden blieben Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. An der Gesamtheit der Mitglieder stellten die Charlottenburger 1895 nur eine kleine Gruppe von nicht einmal fünf Prozent, doch 1910 lebte bereits jeder sechste Jude Großberlins in der westlichen Vorstadt. Rechnet man Schöneberg und Wilmersdorf hinzu, so wohnten 41,1 Prozent der Berliner Gemeindemitglieder im „Neuen Westen“ und nurmehr 50,5 Prozent in Alt-Berlin, der Rest verteilte sich auf die übrigen Vororte.¹⁹⁹

In Charlottenburg konzentrierten sich die Juden wiederum auf bestimmte Stadtviertel, in den Arbeitervierteln im Norden und Nordosten der Stadt, aber auch im gleichfalls proletarischen Schlossviertel südlich von Schloss Charlottenburg lag ihr Anteil bei weniger als einem Prozent, im Ostviertel rund um Nollendorf- und Wittenbergplatz (heute Schöneberg) sowie am Kurfürstendamm im Süden der Stadt dagegen war rund jeder sechste Bewohner jüdischen Glaubens.²⁰⁰ Hier, im Süden und im Südosten der Stadt, ließen sich repräsentatives Wohnen, eine wirtschaftliche Gunstlage, die sich in der Nähe zu einer kaufkräftigen Kundschaft oder Klientel niederschlug, und günstige Verkehrsanbindung nach Berlin miteinander in Einklang bringen. Darüber hinaus lässt sich auch für andere Orte zeigen, dass Juden offenbar bevorzugt zusammen lebten, ohne sich von der christlichen Bevölkerung abgrenzen zu wollen.²⁰¹

In der Inneren Stadt und in Lützow rund um den Wilhelmsplatz, den die Leysers zu ihrem neuen Lebensmittelpunkt erwählt hatten, stellten die Juden 1910 nur eine kleine Minderheit von 2318 (3,91 Prozent) und 520 Personen (2,27 Prozent). Es ist mehr als wahrscheinlich, dass die wenigen Juden, die Mitte der 1870er Jahre in Charlottenburg lebten, sich überwiegend hier, zu beiden Seiten der Berliner Straße, sowie im Schloss-Viertel ansiedelten. Dafür spricht auch die Tatsache, dass zunächst im engeren Umkreis des Platzes die Gottesdienste der jüdischen Gemeinde abgehalten wurden. Als die Leysers Mitte der 1870er Jahre nach Charlottenburg kamen, bestand zwar noch keine Synagoge am Ort, und die beiden bedeutendsten Synagogen in Alt-Berlin, die Alte Synagoge von 1714 in der Heidereuthergasse für die orthodoxen und

¹⁹⁸ *Statistisches Jahrbuch der Stadt Charlottenburg 7*; Asmuss/Nachama 180.

¹⁹⁹ Ebd.

²⁰⁰ *Jüdische Bevölkerung* 78. – Innerhalb weniger Jahre änderte sich die Zusammensetzung der Bevölkerung rasch, während im Ostviertel der Anteil der Juden an der Bevölkerung von 1905 bis 1910 von 16,91 auf 14,49 Prozent abnahm, stieg er am Kurfürstendamm von 18,01 auf 22,60 Prozent. *Statistisches Jahrbuch der Stadt Charlottenburg 7*; eigene Berechnungen.

²⁰¹ „The desire to live near fellow Jews seems to have been very strong.“ Lowenstein (1983) 493. – Ina S. Lorenz untersuchte diesen Zusammenhang für Hamburg. Siehe Maurer (1992) 69.

die 1866 errichtete Neue Synagoge in der Oranienburger Straße für die reformierten Juden, waren von den Außenbezirken aus kaum zu erreichen. Damit aber die noch sehr wenigen Juden der Charlottenburger Diaspora einen Gottesdienst abhalten konnten, gründeten sie einen Verein, die „Jüdische Religionsgemeinde Charlottenburg“, der neben Gottesdiensten und der Erteilung jüdischen Religionsunterrichtes auch die Krankenpflege sicherstellen sollte. Solange der Verein die Mittel zum Bau einer eigenen Synagoge noch nicht aufbringen konnte, wurden die Gottesdienste anfangs in angemieteten Räumen abgehalten, so in dem Gaststätten- und Unterhaltungsbetrieb „Türkisches Zelt“ an der Berliner Straße.²⁰² 1890 schließlich konnte die aus privaten Mitteln errichtete erste Synagoge der Stadt ebenfalls in unmittelbarer Nähe zum Platz an der Schulstraße 7 (heute Behaimstraße 11) errichtet werden,²⁰³ rund 200 Meter von der Leyser'schen Wohnung entfernt.



Abbildung 9: Türkisches Zelt, Berliner Straße 53 um 1900

Mit dem Bau der noch vergleichsweise kleinen Synagoge ließ sich das langwährende Problem, wie die fortgezogenen Mitglieder seitens der Jüdischen Gemeinde zu Berlin angemessen betreut werden könnten, jedoch nur vorübergehend lösen, denn zum einen war die Synagoge

²⁰² *Asmuss/Nachama*, 188; telefonische Auskunft des Heimatmuseums Charlottenburg, Archiv, vom 21. Februar 2001.

²⁰³ *Pannemann; Gundlach II* 534.

schon bald zu klein, zum anderen aber lebten die meisten Juden Charlottenburgs rund zwei bis drei Kilometer weit entfernt in südöstlicher Richtung. Mit großer zeitlicher Verzögerung wurde deshalb 1912 in der Fasanenstraße 79/80, zwischen Kurfürstendamm und Bahndamm, eine große repräsentative Synagoge eingeweiht, die freistehend inmitten der neuen Wohngebiete der Charlottenburger Juden lag und in der Gottesdienste nach liberalem Ritus abgehalten wurden.²⁰⁴

Augenscheinlich hatten die Leysers die Wahl ihres neuen Wohnortes in Charlottenburg von zwei Faktoren abhängig gemacht. Einerseits suchten sie die Nähe zu jüdischen Institutionen, andererseits siedelten sie im alten Ortskern, waren also keineswegs Pioniersiedler. Denn waren sie auch schon Mitte der 1870er Jahre als eine der ersten jüdischen Familien von der Großstadt Berlin in das kleine Charlottenburg gezogen, so kamen sie doch bereits zu spät, um ein Grundstück zu einem angemessenen Preis erwerben zu können.²⁰⁵ Offenbar von den gleichen Erwägungen geleitet, siedelte sich auch Hermann Leysers Schwiegervater Heymann Raphael mit seiner Frau Eva in der Charlottenburger Grünstraße 3 (heute Haubachstraße) an, ebenfalls nur wenige Meter vom Wilhelmsplatz entfernt, in einem Altbau aus dem 18. Jahrhundert.²⁰⁶ Beide Familien ließen sich daher im damaligen, noch immer kleinstädtisch geprägten Zentrum des Ortes rund um den Wilhelmsplatz nieder. Als Raphael 1886 hier verstarb, zog seine Witwe nicht zu ihrer Tochter, sondern kehrte zurück nach Berlin.²⁰⁷

Der einwohnerstärkste Bezirk Charlottenburgs war die Innere Stadt, in der der südliche Teil des Wilhelmsplatzes lag. Sie wies wie die meisten Charlottenburger Stadtviertel, wie auch das Berliner Umland generell, eine „überaus starke soziale Durchmischung“ auf.²⁰⁸ Im Allgemeinen eher kleinbürgerlich geprägt, trug sie in einzelnen Straßenzügen, vor allem beim Übergang zum Schloss-Viertel, proletarische Züge. Die

²⁰⁴ *Asmuss/Nachama* 188. – Auch für andere Städte ließ sich beobachten, dass neue Synagogen zunächst in den alten Siedlungskernen und erst sehr viel später in den neuen Wohngebieten errichtet wurden. *Maurer* (1992) 69.

²⁰⁵ Zugleich entsprach es einem allgemeinen Zug der Urbanisierung, dass das eigene Haus auf dem Lande gegen eine Etagenwohnung in einem modernen Stadthaus ersetzt wurde. *Gestrich* (1999) 18.

²⁰⁶ *Gundlach* I, Beilage XXXI.

²⁰⁷ Sie zog in die Kaiserstraße 33 im Stralauer Revier, wo sie im ersten Stock des Vorderhauses bei Löwenstein wohnte. Vermutlich lebte sie hier bei ihrer verheirateten Tochter oder Schwiegertochter, bis sie 1899 verstarb. Die nur wenige 100 Meter lange Kaiserstraße wurde nach dem Zweiten Weltkrieg überbaut, sie verband die Große Frankfurter Straße (heute Karl-Marx-Allee) mit der Alexanderstraße. An ihr befand sich auch eine Synagoge, in der nach orthodoxem Ritus gepredigt wurde. Die Hausnummer 33 muss sich in unmittelbarer Nähe des Gotteshauses befunden haben. Im Stralauer Revier hatte sich das Schneiderhandwerk schwerpunktmäßig niedergelassen.

²⁰⁸ *Erbe* (1980b) 301, 303.

durchschnittliche Steuerlast ihrer Bewohner war im Jahre 1900 mit 8,10 Mark pro Kopf zwölfmal niedriger als am Kurfürstendamm (95 Mark), aber fast dreimal höher als im proletarischen Kalowswerder (2,90 Mark). Auch andere von der städtischen Statistik für das Jahr 1900 erfasste Werte wiesen die Innere Stadt als einen Bezirk mit großen sozialen Problemen aus, so lag die Zahl der unehelichen Geburten höher als in jedem anderen Bezirk. Dagegen lag die Säuglingssterblichkeit mit 23,3 Prozent zwar mehr als doppelt so hoch wie in den reichen bürgerlichen Vierteln am Kurfürstendamm und im Ostviertel (10,1 und 10,2 Prozent), doch wurde sie vom Schloss-Viertel und von den nördlich der Spree gelegenen Gebieten deutlich übertroffen (29,4 und 34,1 Prozent). Geburten- und Sterberate lagen ebenfalls über dem Durchschnitt, sodass sich ein jährlicher Geburtenüberschuss von 9,1 Promille errechnet, der jedoch im Schloss-Viertel mit 11,6 und vor allem im Martinikenfelde mit 24,9 Promille deutlich übertroffen wurde. Im Ostviertel (2,3 Promille) und am Kurfürstendamm (2,0 Promille) wuchs die Bevölkerung nurmehr wenig durch natürlichen Überschuss als vielmehr durch Zuwanderung. Und schließlich war in der Inneren Stadt auch die Zahl der großen Wohnungen mit sechs und mehr Zimmern sehr gering, und nur jeder achte Haushalt beschäftigte hier Dienstboten, im Ostviertel hingegen jeder zweite Haushalt.²⁰⁹ Innerhalb der Inneren Stadt mit ihrer hohen Bevölkerungsdichte wies der Bereich im Nordwesten zwischen Berliner Straße, Kaiser-Friedrich-Straße, Grünstraße und Wilhelmsplatz einen sehr niedrigen Wert auf, hier standen jedem Einwohner fast 35 Quadratmeter Bodenfläche zur Verfügung, in den proletarischen Bereichen der Inneren Stadt hingegen nur zehn Quadratmeter.²¹⁰ Auch andere Faktoren sprechen dafür, dass der genannte Bereich zu den besseren des Viertels zählte, jedoch keineswegs mit den Wohngebieten am Kurfürstendamm mithalten konnte.

Dass die Leysers wie auch die Raphaels für den Rest ihres Lebens in der Umgebung des Wilhelmsplatzes wohnen blieben und nicht etwa in die besseren Viertel im Süden und Südosten der Stadt zogen, obschon dort nicht nur weit mehr Juden sondern auch weit mehr kaufkräftige Kunden auf engem Raum lebten, erklärt sich wohl nicht zuletzt aus der in den neuen Wohngebieten sehr viel größeren Konkurrenz des Handels untereinander. Denn während in der Inneren Stadt 68 Einwohner auf einen Laden entfielen, so waren es im Ostviertel 34.²¹¹ Womöglich mangelte es ihnen auch an dem dazu nötigen Kapital, oder es fehlten

²⁰⁹ Ebd. 302 f. – Die niedrige Zahl der Dienstmädchen in der Inneren Stadt lässt sich auch an dem geringen Frauenüberschuss ablesen. 1900 kamen auf 100 Männer 106 Frauen, im Ostviertel hingegen 174. Ebd. 296.

²¹⁰ *Charlottenburger Statistik*, Ergänzungsheft 2, Tabelle 1.

²¹¹ Ebd., Tabelle 15.

ihnen einfach nur die Kraft und der Wille, sich zum zweiten oder gar dritten Mal eine neue Existenz aufzubauen.

Trotz der erwähnten unangenehmen Begleiterscheinungen der Urbanisierung hatte in den so genannten Gründerjahren nach der Reichseinheit die Bauspekulation das Berliner Umland erreicht, sodass auch in Charlottenburg längst kein billiges Ackerland mehr zu erwerben war.²¹² Entsprechend ersetzten die Hauseigentümer die niedrige Altbebauung nach und nach durch höhere Wohnbauten, um die Bodenrendite zu steigern. Obschon noch immer Wochenmärkte abgehalten wurden, änderte sich das Erscheinungsbild des Wilhelmsplatzes nach und nach von Grund auf, nicht zuletzt aufgrund des in Sichtweite des Platzes erbauten Rathauses, das 1905 durch ein weit größeres, repräsentativeres Gebäude ersetzt wurde.



Abbildung 10: Wilhelmsplatz (heute Richard-Wagner-Platz) in Charlottenburg um 1904. Rechts das Gebäude Berliner Straße 94a (später 111), in dessen drittem Obergeschoss Hermann Leyser und seine Familie wohnten. Im Vordergrund die Berliner Straße, davon abzweigend die auf die Luisenkirche zulaufende Scharrenstraße (heute Schustehrusstraße)

Kurz vor der Jahrhundertwende zogen auch die Leysers in ein neu erbautes fünfgeschossiges Haus um, in unmittelbarer Nähe ihres alten Domizils. Das außen im neogotischen Stil reich verzierte Gebäude Berliner Straße 94 a, das später die Nummer 111 erhielt, war auf den Platz

²¹² Schütte 42 f.

hin ausgerichtet und sowohl von der Berliner Straße als auch von der Scharrenstraße (heute Schustehrusstraße) aus zugänglich. Im Erdgeschoss, im vorderen Teil des Hauses, betrieb die Firma Loeser & Wolff, der das Haus auch gehörte, einen ihrer über das gesamte Großberliner Stadtgebiet verteilten Zigarrenläden. Die beiden jüdischen Firmengründer Bernhard Loeser und Karl Wolff eröffneten 1865 ein Tabakwaren-Einzelhandelsgeschäft und erwarben 1876 im ostpreußischen Elbing eine Zigarrenfabrik, die sich zur größten Zigarrenfabrik Kontinentaleuropas entwickelte. Loeser & Wolff verschafften sich gegenüber ihren Konkurrenten vor allem dadurch Vorteile, dass sie ihre Läden bevorzugt an Straßenecken einrichteten, sodass sie jeweils die Kundschaft wenigstens zweier Straßenzüge versorgen konnten; „Loeser & Wolff an der Ecke“ wurde bald zu ihrem Markenzeichen.²¹³ Das Geschäft an der Berliner Straße lag darüber hinaus an einem belebten Platz unweit des Rathauses. Leysers Geschäft, im hinteren Teil des Hauses gelegen und von der Berliner Straße und von der Scharrenstraße aus zugänglich, profitierte sicher von der zahlreichen Laufkundschaft des Tabakwarenladens.

Am Rande der Berliner Konfektion

Spätestens seit 1875 betrieb Hermann Leyser am Wilhelmsplatz, später an der Berliner Straße nahe dem Platz, ein Herrenkonfektionsgeschäft. Der Laden firmierte unter seinem Namen, er hatte ihn selbst aufgebaut und nicht etwa von seinem Vater, der in Berlin geblieben war, übernommen.²¹⁴

Charlottenburg beherbergte in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg das Zentrum der deutschen Bekleidungsindustrie. Insbesondere die Damenoberbekleidung war hier zwischen Gedächtniskirche und Lehniner Platz zu Hause. Das größte Zentrum der europäischen Damenoberbekleidung konnte sich nur zu einem kleinen Teil auf solche Unternehmer berufen, die hier bereits vor 1945 tätig gewesen waren. Neben gezielten Strukturförderungsmaßnahmen der Bundes- und der Landesregierung war dieser Erfolg vor allem solchen Unternehmern geschuldet, deren Firmen zuvor am Hausvogteiplatz in Berlin-Mitte ansässig gewesen waren und die sich nach 1945 aus dem nunmehr sowjetischen Einflussbereich Berlins zurückgezogen hatten, um in West-

²¹³ *Deutsche Biographische Enzyklopädie* VI 447.

²¹⁴ In den Charlottenburger Anhängen der *Berliner Adreßbücher* wurde das Geschäft zunächst als Herren- und Knabengarderobefabrik, später als -handlung, schließlich mit dem Begriff Herrengarderobe oder Herrenkonfektion bezeichnet.

Berlin einen Neuanfang zu wagen.²¹⁵

Bereits in den 1830er Jahren war in Berlin die Bekleidungsindustrie als eigenständiges Gewerbe aus dem Kleider- und Tuchhandel hervorgegangen.²¹⁶ Anstatt wie bisher die Artikel der Damenkonfektion, vor allem türkische Schals, Umhänge, Mantillen und Pelerinen, aus dem damaligen Modezentrum Wien zu importieren, gingen Berliner Tuch- oder Kleiderhändler dazu über, den Bedarf aus eigener Produktion zu decken. Bis 1870 waren 40 Betriebe entstanden, darunter die Konfektionsunternehmen H. Gerson, N. Israel, H. Jordan und Brüder V. und D. Manheimer, die schon früh zu den führenden Unternehmen der deutschen Bekleidungsindustrie zählen sollten. In den 1860er Jahren traten die Herren- und Knabenkonfektion und die Wäschebranche hinzu. Großberlin vereinigte nunmehr rund 90 Prozent der Damenkonfektion und rund 75 Prozent der Herren- und Knabenkonfektion auf sich.

Einen bedeutenden Aufschwung nahm die Branche in den Jahren seit dem Deutsch-französischen Krieg 1870/1871, als mit der Belagerung von Paris auch die Modeindustrie der französischen Hauptstadt ausgeschaltet war und die Einkäufer aus Großbritannien und den USA, aus Skandinavien und den Niederlanden sich nach einem neuen Produktionsort umschauen mussten. Die nun entstandenen geschäftlichen Kontakte zu den Unternehmen der Berliner Konfektion überstanden das Ende des Kriegs und bescherten der Branche einen steilen Aufschwung, der den Umsatz von 27 Millionen Mark im Jahre 1871 in fünfzehn Jahren auf 107 Millionen Mark ansteigen ließ.

Zwar ließ später die Nachfrage nach deutschen Damenmänteln in Großbritannien und in Übersee in dem Maße nach, wie dort eine eigene Bekleidungsindustrie entstand, die die billige Arbeitskraft arbeitssuchender Zuwanderer auszunutzen verstand. Doch gelang es der Berliner Konfektion, den verlorenen Absatzmarkt vor allem in den USA durch eine verbesserte Inlandsnachfrage und einen Export in das europäische Ausland auszugleichen. Zugleich nutzte die Bekleidungsindustrie ihrerseits die Möglichkeiten der Rationalisierung und Mechanisierung der Produktion aus. Mithilfe technischer Verbesserungen wie der Weiterentwicklung der Nähmaschine durch Isaac Merit Singer, vor allem aber unter Ausnutzung der innerdeutschen Wanderungsbewegungen gelang es, Konfektion industriell zu produzieren.

Der Erfolg der Berliner Konfektion gründete im Wesentlichen auf vier

²¹⁵ *Kleider machen Frauen* 10.

²¹⁶ Die Beschreibung der Entstehungsgeschichte der Berliner Konfektion stützt sich auf *Beier, R.* 26 ff.; *Westphal* 14 ff.

bedeutsamen Standortvorteilen: Zugewanderte Tuchhändler brachten – erstens – ihre Kenntnis der Stoffe und Tuche ein, hinzu trat ihr kaufmännisches Geschick. Darüber hinaus bildete – zweitens – der Absatz der Produkte in den neu entstehenden Warenhäusern ein wichtiges Standbein der Konfektion, denn der konkurrenzfähige Preis wurde schließlich nicht zuletzt über die verkaufte Menge bestimmt. Entscheidend jedoch war – drittens – ein auf die Besonderheiten der Konfektion abgestimmtes Produktionssystem, das neben zahlreichen Fabrikbetrieben²¹⁷ auf einem Verlagssystem beruhte, in dem selbstständige Zwischenmeister teils in eigenen Werkstätten, teils in Heimarbeit Stoffe nach genauen Vorgaben zu Kleidungsstücken verarbeiten ließen. Die hochgradig arbeitsteilige Produktion ließ es zu, auch Ungelernte zu beschäftigen. Berlin bot – viertens – ein großes Reservoir an Arbeitskräften vor allem weiblichen Geschlechts, die bereit waren, unregelmäßig und zu sehr niedrigen Löhnen, meist Stücklöhnen, zu arbeiten. Auf diese Weise konnten die Unternehmer ihr Risiko verringern und Nachfrageschwankungen und saisonalen Modellwechseln rasch und erfolgreich begegnen.

Klara Eschelbacher hat in ihrer Dissertation über die ostjüdischen Einwanderer die für das Berliner Bekleidungs-gewerbe typische Produktionsweise beschrieben. Sie beruhe, so Eschelbacher, auf „intensivster Maschinenbenutzung und weitgehender Arbeitsteilung. Dadurch wird es möglich, auch ungelern-te Arbeiter zu beschäftigen und zwar bei der Ausführung eines untergeordneten Teilprozesses. Etwa Knöpfe annähen, Taschen aufsetzen etc. Typisch für dieses Gewerbe ist das Zwischenmeistersystem. Der Zwischenmeister ist fast regelmäßig gelernter Facharbeiter, der als selbständiger Arbeitgeber auftritt. Von seinem Verleger erhält er Rohmaterialien für eine bestimmte Anzahl von Kleidungsstücken. Bisweilen ist das Material auch schon zugeschnitten, und der Zwischenmeister hat den Auftrag, bis zu einer bestimmten Zeit eine Anzahl fertiger Waren zu liefern. Er hat in seiner Wohnung eine Werkstatt und beschäftigt Arbeiter, die von ihm entlohnt werden. Er selbst arbeitet mit wie jeder andere Arbeiter.“²¹⁸

Wenn Eschelbacher betont, diese Produktionsweise sei im angelsächsischen Raum auch als „jüdische“ bekannt, so reproduziert sie damit keineswegs ein antisemitisches Klischee. In der Fremdwahrnehmung war die Berliner Konfektion jüdisch dominiert, die auch international be-

²¹⁷ Nach *Hanff* 139 f. sollen allein in der Herrenkonfektion im Berliner Großraum in etwa 40 Fabrikbetrieben „mehr als 30000 weibliche und etwa 1000 männliche Personen regelmäßige und ausgiebige Beschäftigung“ gefunden haben.

²¹⁸ *Eschelbacher* 38. – Eschelbacher ist die Tochter eines Rabbiners aus dem badi-schen Bruchsal.

kanntesten Häuser trugen die Namen ihrer jüdischen Gründer. Dass hingegen zum Ende der Weimarer Republik fast 80 Prozent der Berliner Konfektion in jüdischem Besitz gewesen sei, wie es noch in den 1960er Jahren in offiziellen Publikationen der Konfektionsbranche kolportiert wurde, entspringt den Diffamierungskampagnen der Nationalsozialisten.²¹⁹ Nach seriöseren Schätzungen sollen etwa 49 Prozent der Branche von jüdischen Eigentümern geführt worden sein.²²⁰

Für die berufstätigen Berliner Frauen des Jahres 1900 war die Bekleidungsbranche ebenso wichtig wie der Bereich der häuslichen Dienste. Doch während die Tätigkeit in einem fremden Haushalt häufig die erste Anstellung für junge ledige Zuwanderinnen darstellte, beschäftigte die Bekleidungsindustrie vor allem Ehefrauen von Arbeitern, Angestellten oder Handwerkern, die hinzu verdienen mussten, aber auch von Post- oder Bahnbeamten, die den steigenden Versorgungsansprüchen ihrer Ehemänner nachzukommen hatten. Heimarbeit verschaffte ihnen die Möglichkeit, ihre Erwerbsarbeit mit der Versorgung der Kinder und des Ehemannes unter einen Hut zu bringen. Dafür nahmen sie auch die erheblichen Nachteile in Kauf, vor allem den niedrigen Lohn und den saisonal bestimmten Arbeitsanfall, der ihnen im Herbst und im Winter einen ungeheuren Produktionsdruck seitens der Zwischenmeister und im Frühjahr und im Sommer eine Flaute mit Einnahmeausfällen einbrachte.²²¹

In diesen Produktionsbedingungen lag auch der geringe Erfolg der Gewerkschaften bei der Organisierung der Heimarbeiterinnen begründet: saisonal schwankende Mitgliederzahlen, die stetig anhaltende Zuwanderung potenzieller Arbeitskräfte, aber auch die Haltung der freien Gewerkschaften, die mit der Abschaffung der so genannten „Schmutzkonzurrenz“ der Heimarbeiterinnen die Betriebswerkstätten ausdehnen wollten. In diesen Werkstätten aber waren überwiegend männliche Arbeitskräfte beschäftigt, für verheiratete Frauen kam diese Art der Beschäftigung meist schon deshalb nicht in Frage, weil sie sich nicht mit den Versorgungsansprüchen ihrer Ehemänner in Einklang bringen ließ. Dem „Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands“ hingegen, der die Heimarbeit nicht in Frage stellte und ein christlich-konservatives Gesellschaftsbild vertrat, war bei der Organisierung der Heimarbeiterinnen der Bekleidungsindustrie mehr Erfolg beschieden: 1910 vertrat er 6368 Frauen, während der freigewerkschaftliche „Verband der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsge-

²¹⁹ So u. a. in der Festschrift *125 Jahre Berliner Konfektion* 50. Auch *Beier*, R. 30 verwendet die Zahl unhinterfragt.

²²⁰ *Westphal* 86.

²²¹ *Beier*, R. 160 ff.

nossen“ zum gleichen Zeitpunkt in Berlin nur 1134 weibliche Mitglieder aufweisen konnte.

Dennoch gelang es den freien Gewerkschaften zweimal, einen Arbeitskampf zu führen, dem 1896 und 1911/1912 jeweils rund 30000 Konfektionsarbeiter und -arbeiterinnen folgten. Doch beteiligten sich vorrangig ledige Heimarbeiterinnen, während ihre verheirateten Kolleginnen weiterarbeiteten; finanzielle Notlagen ließen sie oftmals wider besseres Wissen zu Streikbrecherinnen werden, ihre Einspannung in die Versorgung der Kinder und Ehemänner, oftmals aber auch deren Erwartungen, die es ihren Frauen restriktiv verboten, in der Öffentlichkeit politisch aufzutreten, taten ein Übriges.²²²

Ob und wie das Herrenkonfektionsgeschäft von Hermann Leyser von den Streiks der Berliner Bekleidungsindustrie betroffen war, lässt sich nicht feststellen. Auch hatte sich Leyser nicht im Zentrum der Berliner Konfektion, am Hausvogteiplatz, niedergelassen, sondern im „Neuen Westen“ in Charlottenburg, auch hier weit ab von den neuen Geschäftszentren am Kurfürstendamm. Dem Laden an der Berliner Straße 111 war vermutlich eine Werkstatt angegliedert, in der Herren- und Knabengarderoben gefertigt wurden.

Im Allgemeinen unterlag die Herrenkonfektion einem im Vergleich zur Damenkonfektion geringeren Konkurrenzdruck, der schnelle Wechsel der Moden und der damit einhergehende saisonale Arbeitsanfall fielen hier kaum ins Gewicht. Entsprechend geringer blieb der Grad der Rationalisierung. In den meisten Geschäften der Herrenkonfektion versah der Chef, so schildert es Hans Grandke, zugleich die Funktion des Konfektionärs. „Die Tätigkeit derjenigen Persönlichkeit, die die Geschäfte des Konfektionärs wahrzunehmen hat, beschränkt sich hier darauf, die kommende Mode bezüglich der Wahl von Stoffen und Farben zu erlauben und dann in den bekannten Größen den nötigen Vorrat nach Stoffqualitäten herzustellen.“ Da sich der Schnitt der produzierten Kleidungsstücke wie Fracks, Gehröcke und Jackets nur wenig änderte, konnten die Stoffe vorab „in größeren Mengen nach bekannten Schnittmustern“, oftmals mehrere Dutzend Stofflagen zugleich, maschinell zugeschnitten werden. Zumeist fanden dabei Zuschneidemaschinen Anwendung, teils noch mit Hand- oder Fußbetrieb, teils bereits mit Motorbetrieb.²²³

Hermann Leysers Geschäft soll in seinen besten Zeiten in der eigenen Werkstatt und im Verkauf 20 bis 30 Mitarbeitern Beschäftigung geboten

²²² Ebd., 151 ff.

²²³ *Grandke* 158.

haben.²²⁴ Damit hätte das Geschäft eher zu den kleineren der Branche gehört. Ein Detailgeschäft, kein Verkauf en gros, weit ab von den führenden Unternehmen mit mehreren Dutzend Beschäftigten in Vertrieb und Verkauf und mehreren 100 Mitarbeitern in der Herstellung. Vermutlich waren die verschiedenen Bereiche der Herstellung – Kontor, Lagerraum für fertige Kleidungsstücke und Stoffballen und der Raum für die Zuschneidemaschine – aufgrund des geringeren Platzangebots kaum voneinander getrennt. Sobald die einzelnen Bestandteile des Kleidungsstückes zugeschnitten waren, wurden sie in der Regel an Zwischenmeister gegeben, die sie in eigener Werkstatt oder von Heimarbeiterinnen fertigstellen ließen.²²⁵

Verglichen mit Berlin spielte die Charlottenburger Bekleidungsindustrie vor 1945 jedoch nur eine geringe Rolle. Während dort 1895 jeder Sechste im Bekleidungsgewerbe Anstellung fand, so war es in Charlottenburg nur jeder fünfzehnte Beschäftigte. Zwar nahm bis 1905 die relative Bedeutung der Konfektion in Berlin ab und in Charlottenburg zu, doch noch immer arbeitete hier nur jeder zwölfte in der Bekleidungsindustrie, in Berlin aber noch immer jeder siebte.²²⁶ Allgemein jedoch produzierten die Charlottenburger Konfektionäre traditionell für gehobene Ansprüche.²²⁷ Das berichtet Ludwig Rosenberg auch für die Schneider unter seinen Vorfahren, sie seien „durch ihre gediegene Arbeit bei der gehobenen Gesellschaft beliebt“ gewesen.²²⁸ Konnten die Leysers auch nicht mit den geschäftlichen Erfolgen ihrer Konkurrenten in den Gunstlagen Charlottenburgs am Kurfürstendamm oder am Berliner Hausvogteiplatz mithalten, konnten sie auch kein eigenes Haus erbauen oder erwerben, so bot ihnen ihr Geschäft doch die Möglichkeit, zum Charlottenburger Bürgertum aufzuschließen und ihre Kinder „in einer Umwelt mittelständischer Wohlhabenheit“²²⁹ aufwachsen zu lassen.

Der Aufstieg ins Bildungsbürgertum

1877 brachte Golde Leyser, Ehefrau des Konfektionärs Hermann Leyser, ihre Tochter Hedwig und zwei Jahre darauf ihren Sohn Benno zur Welt. Über die Ausbildung der Tochter ließ sich wenig in Erfahrung bringen, so bleibt offen, wo Hedwig Leyser zur Schule ging. Da die städtischen Volksschulen Charlottenburgs um 1900 als „die Bildungsinstitutionen

²²⁴ *Akademie Kontakte der Kontinente* 5.

²²⁵ *Grandke* 159.

²²⁶ *Krengel* 229.

²²⁷ *Kleider machen Frauen* 10.

²²⁸ *Akademie Kontakte der Kontinente* 5.

²²⁹ Ebd.

der sozialen Unterschicht“ galten²³⁰ und daher nicht in Frage kamen, besuchte sie vermutlich zunächst die jüdische Volksschule oder eine der noch recht zahlreichen privaten Bildungsanstalten für Mädchen und erhielt ihre weiterführende Bildung an der noch einzigen städtischen Höheren Mädchenschule Charlottenburgs, die 1887/1889 in den Neubau an der Rosinenstraße 12 (heute Loschmidtstraße) umziehen konnte, weniger als einen Kilometer von der elterlichen Wohnung entfernt.²³¹

Ihr Sohn Ludwig berichtete später, sie sei „als junges Mädchen an der Musikhochschule Charlottenburg als Sängerin für Oper und Operette ausgebildet worden, ohne damit berufliche Absichten zu verbinden“.²³² In den Schülerlisten, die die Königliche Akademische Hochschule für Musik in Berlin zu Charlottenburg in ihren Jahresberichten veröffentlichte, findet sich der Name Hedwig Leyser jedoch nicht. Ebenso wenig war sie am Stern'schen Konservatorium, der größten privaten Ausbildungsstätte für Musiker, eingeschrieben.²³³ Vermutlich erhielt sie ihre musikalische Grundausbildung an einem der zahlreichen privaten Konservatorien Charlottenburgs. In der Erinnerung des Sohnes jedenfalls nahmen die regelmäßigen Kammermusikabende im Hause seiner Eltern einen hohen Stellenwert ein. Höhere Mädchenbildung in Verbindung mit einer weiterführenden künstlerischen Ausbildung jedenfalls ließ sich insbesondere bei jüdischen Familien des Bürgertums häufig antreffen, ohne dass sie der Vorbereitung auf eine Erwerbstätigkeit oder gar auf eine künstlerische Karriere dienen sollte. Ihr

²³⁰ *Neugebauer* 135. – Auch in Berlin wurden die Gemeindeschulen von jüdischen Schülerinnen und Schülern nur wenig besucht, ihr Anteil betrug immer unter zwei Prozent und lag damit deutlich unter ihrem Anteil an der Bevölkerung. *Scheiger* 374.

²³¹ Die Stadt Charlottenburg kam mit der Gründung von städtischen Einrichtungen der höheren Mädchenbildung nicht nach, sie überließ das Feld privaten Instituten. Erst nach der Jahrhundertwende, als sie 1902 eine zweite Höhere Mädchenschule an der Nürnberger Straße errichtete, und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, inzwischen zu einem Berliner Stadtbezirk geworden, drängte sie die privaten Mädchenschulen mehr und mehr zurück. *Neugebauer* 130. Jüdische Eltern in Charlottenburg schickten ihre Töchter daher zumeist auf private Bildungseinrichtungen. In Berlin hingegen wurden bereits 1890 die öffentlichen Höheren Mädchenschulen zu einem Drittel von jüdischen Schülerinnen besucht. *Scheiger* 374.

²³² *Akademie Kontakte der Kontinente* 5 f.

²³³ Schriftliche Auskunft des Archivs der Hochschule der Künste, Berlin, vom 3.8.1999. – An der Königlichen Akademischen Hochschule für Musik wurde das Fach Operette nicht unterrichtet. Das Gebäude der Akademie an der Fasanenstraße Ecke Hardenbergstraße wurde im Übrigen erst am 2.11.1902 eingeweiht, zu einem Zeitpunkt, als Hedwig Leyser längst mit ihrem Sohn Ludwig schwanger war. Zuvor hatte es sich an der Potsdamer Straße (heute Bezirk Mitte) befunden. Julius Stern und A. B. Marx gründeten 1850 die Berliner Musikschule, die sie 1857 in Stern'sches Konservatorium umbenannten. Seit 1935 firmierte sie unter dem Namen Konservatorium der Reichshauptstadt, nach 1945 als Städtisches Konservatorium, bis sie 1966 mit der Hochschule für Musik vereinigt wurde. *Becker/Green* 577.

Zweck erfüllte sich vielmehr in der „Kultivierung des Heims und des Lebensstils der Familie“, nicht zuletzt um die Kinder zur Bürgerlichkeit erziehen zu können.²³⁴

Ihr Bruder Benno erhielt dagegen von vornherein eine Ausbildung, die ihn auf ein erfolgreiches Berufsleben vorbereiten sollte. Er besuchte zunächst für drei Jahre die „Bürger-Knabenschule“, eine städtische Mittelschule in Charlottenburg,²³⁵ die just in dieser Zeit in eine höhere Bürgerschule und später in eine Oberrealschule umgewandelt wurde. Ostern 1889 wechselte er als einer der ersten Schüler auf das Realgymnasium zu Charlottenburg (seit 1910 Schiller-Realgymnasium), das 1886 gegen heftigen Widerstand des preußischen Kultusministers als erste städtische höhere Lehranstalt Charlottenburgs nach dem neuhumanistischen Prinzip errichtet worden war.²³⁶ Zunächst als Realprogymnasium eingerichtet, wurde es seit 1888 im neuen Gebäude²³⁷ Schillerstraße 27/32 an der Ecke Weimarer Straße zügig erweitert, und Ostern 1891 legte der erste Schüler die Abiturprüfung ab. Die Schulpolitik der Stadt Charlottenburg beschränkte sich um die Jahrhundertwende mitnichten darauf, bloß staatliche Anweisungen umzusetzen, sondern sie wirkte an der Ausgestaltung des Schulwesens im Sinne kommunaler Daseinsvorsorge aktiv mit.²³⁸

Benno Leyser war der 35. Schüler und zugleich der zweite Jude, der Ostern 1898 die Abiturprüfung am Realgymnasium zu Charlottenburg ablegte.²³⁹ Zwar verfügte Charlottenburg schon seit 1866 über ein – zehn Jahre später nach Kaiserin Augusta benanntes – staatliches humanistisches Gymnasium an der Cauerstraße, das zudem deutlich näher bei der Wohnung der Leysers lag. Doch zogen es diese wie viele Charlottenburger Juden vor, ihren Sohn auf eine städtische Schule zu schicken, die weit eher von den Grundsätzen eines liberalen Erziehungsideals durchzogen war als ein staatliches Gymnasium, das sich als „bürgerliche Eliteschule“²⁴⁰ die religiöse Toleranz mutmaßlich nicht auf die Fahnen geschrieben hatte. Gleiches galt im Übrigen für das katholische Bürgertum Charlottenburgs. So galt beispielsweise die Schülerschaft des Potsdamer Gymnasiums, an dem Leyser später eine Zu-

²³⁴ *Richarz (1997c) 72.*

²³⁵ Lebenslauf Benno Leysers, 1903, Universitätsarchiv Rostock, Promotion Jur., 1901–1905, Benno Leyser.

²³⁶ *Hubatsch 3 f.*; zur Geschichte des Realgymnasiums auch *Pahl*. – Allgemein zur Abgrenzung des Realgymnasiums von den Gymnasien *Eckert; Kraul 53 ff.*

²³⁷ Das alte Schulgebäude ist zerstört, heute befindet sich die „Schiller-Oberschule (Gymnasium) Charlottenburg“ an der Schillerstraße 127 unweit des Ernst-Reuter-Platzes in einem zwischen 1911 und 1913 erbauten Gebäude, das ursprünglich einer anderen höheren Schule als Unterkunft diente.

²³⁸ *Neugebauer 139.*

²³⁹ *Hubatsch 21 f.*

²⁴⁰ *Neugebauer 125.* – Vgl. auch *Richarz (1997c) 76.*

satzprüfung in Latein und Griechisch ablegen musste, als extrem heterogen und antisemitisch. Ein ehemaliger Schüler, geboren 1862, beklagte die Verständnislosigkeit und Feindseligkeit, mit der sich die „Söhne des Regierungskollegiums und der Offiziere, der Subalternbeamten, der Kleinindustriellen und Kaufleute“ gegenüberstanden. Einig seien sie alle nur dann, „wenn es gegen die Ärmsten und Gedrücktesten, gegen jüdische Krämersöhne“ ging.²⁴¹

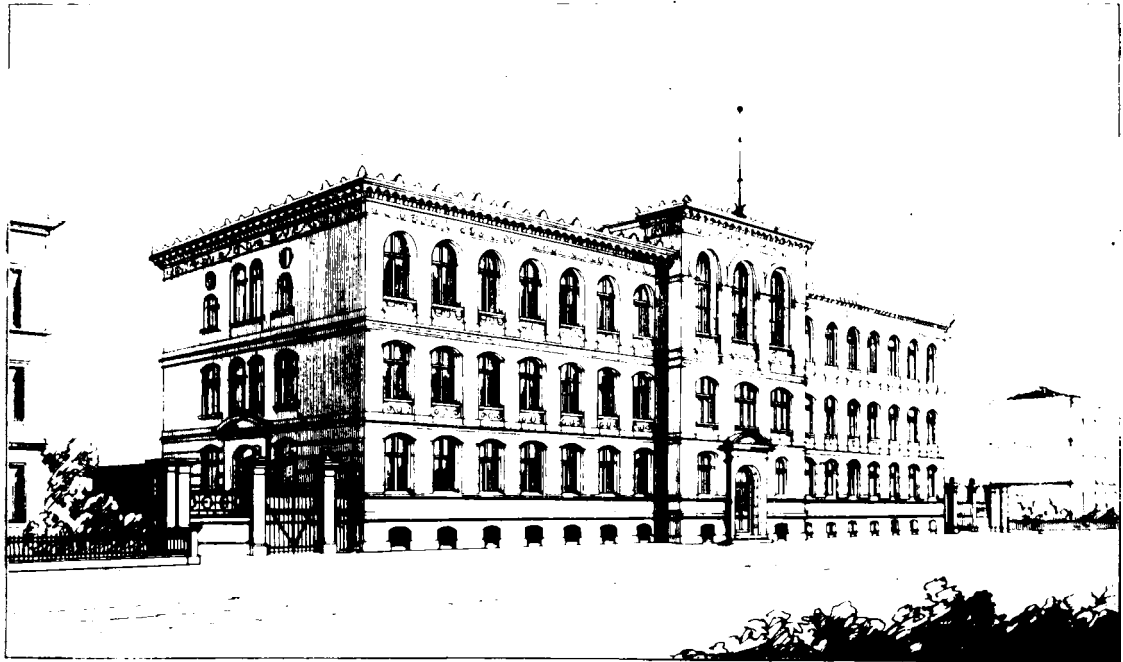


Abbildung 11: Schiller-Realgymnasium in Charlottenburg um 1900

Schon mit dem ersten Schülerjahrgang 1886 traten drei Juden und neun Katholiken ihre Schullaufbahn am Charlottenburger Realgymnasium an, neben 117 Protestanten. Während die Zahl der katholischen Schüler sich alsbald auf etwa 30 einpendelte, stieg die Zahl der jüdischen Schüler kontinuierlich an und erzielte erst 1905 mit 117 ihren höchsten Stand, als die Schule mit etwa 650 Schülern ihre Kapazitätsgrenze erreichte.²⁴² Beinahe jeder fünfte Schüler war nunmehr jüdischen Glaubens.²⁴³ Schon 1893 hatte die Schule daher einen gesonderten Religionsunterricht für Juden und Katholiken eingeführt. Auch als Sohn eines Kaufmanns mittlerer Größenordnung blieb Benno Leyser am Realgymnasium nicht allein, vielmehr machten die Kaufleute und unter ihnen deren mittlere Einkommensgruppe den größten Teil der

²⁴¹ Zitiert nach *Kraul* 73.

²⁴² *Hubatsch* 15.

²⁴³ An den öffentlichen Berliner Oberrealschulen blieb der Anteil jüdischer Schüler etwas geringer, 1890 betrug er 16,1 und 1900 15,8 Prozent. Gymnasien wurden hingegen zu 22,9 und 27,0 Prozent von jüdischen Schülern besucht. *Scheiger* 374.

Väter der Schüler aus, dicht gefolgt von den mittleren Beamten.²⁴⁴ Entsprechend lässt sich wohl zu Recht von einer „Schule des gehobenen Bürgertums“²⁴⁵ sprechen.

Das „Zeugnis der Reife“,²⁴⁶ das ausführliche Bemerkungen zu den Leistungen in den einzelnen Fächern enthält, erkennt dem Abiturienten Benno Leyser in allen Unterrichtsfächern, darunter den drei Sprachen Lateinisch, Französisch und Englisch, das Prädikat „gut“ an, „im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Muttersprache ist er recht gewandt“. Unter dem Punkt „Religionslehre“ jedoch weist das Zeugnis einen Strich auf. Hatte er, der im selben Dokument als mosaisch bezeichnet wird, nicht am Religionsunterricht teilgenommen? Oder war ihm außerhalb der Schule, in einer Einrichtung der jüdischen Gemeinde, Religionsunterricht erteilt worden? Zweifelsfrei lässt sich dies nicht belegen, doch während letzteres für eine orthodoxe Orientierung der Familie Leyser gesprochen hätte – worauf ansonsten nichts hindeutet –, wäre die Freistellung vom Religionsunterricht einer für die Juden des Kaiserreichs ungewöhnlichen Abkehr von der jüdischen Gemeinde gleichgekommen. Eher jedoch war die Teilnahme am Religionsunterricht freigestellt, wurde er gleichsam als Wahlfach angeboten,²⁴⁷ aber auch in diesem Fall deutet die Nichtteilnahme auf ein säkularisiertes Verhältnis zur Religion hin, wenn nicht der Eltern, so doch des Sohnes.

Benno Leyser war infolge einer Kinderlähmung halbseitig gelähmt²⁴⁸ und wurde deshalb vom Turnunterricht befreit, ebenso wurde er vom Gesang „dispensirt“. Vermutlich ließ ihn seine Behinderung schon frühzeitig bewusst werden, dass er das väterliche Geschäft nicht werde übernehmen können. Denn der elterliche Laden war so klein, dass der Sohn sich nicht allein auf die kaufmännische Arbeit hätte verlegen können – die ihm möglich gewesen wäre –, sondern selbst an der Zuschneidemaschine hätte stehen oder anderweitig körperlich hätte arbeiten müssen. Letztlich bleiben die Motive im Dunkeln, weshalb er nicht den väterlichen Beruf ergriff. Womöglich war es auch eine bewusste Entscheidung, entsprang die Abkehr des Sohnes vom kaufmännischen Beruf des Vaters auch jenem bei deutschen Juden häufig anzutreffenden Bestreben, den Weg der Väter zu verlassen und sich künstlerischen

²⁴⁴ Hubatsch 16 f.

²⁴⁵ Neugebauer 128.

²⁴⁶ Realgymnasium zu Charlottenburg, Zeugnis der Reife, 24. März 1898. – Das Zeugnis findet sich in den Akten der Schiller-Realgymnasiums, die im Archiv des Berliner Instituts für Lehrerfort- und -weiterbildung und Schulentwicklung, Gutachterstelle für Deutsches Schul- und Studienwesen, Berlin, eingesehen wurden und inzwischen im Landesarchiv Berlin gelagert werden.

²⁴⁷ Meyer (1996b) 327.

²⁴⁸ SWF-Rundfunkinterview (1973) 4; Akademie Kontakte der Kontinente 6.

oder intellektuellen Tätigkeiten zuzuwenden.²⁴⁹ Die Tradition, das Geschäft dem ältesten Sohn zu übergeben, war jedenfalls – schon aufgrund der Behinderung Bennos – nicht aufrechtzuerhalten. Einige Jahre vor seinem Tod im Jahre 1915 übergab Hermann Leyser daher sein Herrenkonfektionsgeschäft seinem Schwiegersohn, dem Ehemann seiner Tochter Hedwig. Möglicherweise als Mitgift, jedenfalls blieb auf diese Weise das Geschäft im Besitz der Familie.²⁵⁰

Bei seiner Schulentlassung gab Benno Leyser stattdessen an, er verlasse das Realgymnasium, „um sich zum Zwecke des juristischen Studiums einer Ergänzungsprüfung zu unterziehen“. Er verwirklichte sein Ziel und studierte Jura an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, der heutigen Humboldt-Universität. Da er sich mit dem Abgangszeugnis eines Realgymnasiums nicht in die juristische Fakultät einschreiben konnte,²⁵¹ immatrikulierte er sich zunächst für zwei Semester an der philosophischen Fakultät. Und noch während er sich am Königlichen Viktoria-Gymnasium in Potsdam auf die Ergänzungsprüfung im Lateinischen und Griechischen vorbereitete – Griechisch stand nicht auf dem Lehrplan des Realgymnasiums, Latein wurde mit weniger Wochenstunden als auf dem Gymnasium belegt –, die er zu Ostern 1899 schließlich bestand, belegte er an der Universität Vorlesungen, und zwar ausschließlich juristische Lehrveranstaltungen. Nach bestandener Ergänzungsprüfung schließlich konnte er sich an der juristischen Fakultät einschreiben. Als er Anfang Februar 1902 den Rektor der Universität um die vorzeitige Aushändigung des Abgangszeugnisses bat, um sich zur ersten juristischen Prüfungen am Berliner Kammergericht anmelden zu können, verwies er auf jene zwei Semester zu Beginn seines Studiums, die ihm nicht auf das Jura-Studium angerechnet wurden. Rektor Kekulé von Stradonitz schloss sich der Bitte des Studenten Leyser jedoch nicht an, da, wie er meinte, „sonst ein volles akademisches Triennium nicht vorliegen würde“.²⁵² Tatsächlich wurde ihm das Zeugnis einen Monat später ausgehändigt, weshalb er sich erst später als geplant zu den Prüfungen anmelden konnte. Am 23. Juni 1902 bestand er die Prüfung er-

²⁴⁹ *Richarz (1997a) 40.*

²⁵⁰ In den Nachlassakten Hermann und Golde Leysers beim Amtsgericht Charlottenburg wird das Geschäft nicht erwähnt.

²⁵¹ Wenig später, am 26.11.1900, erkannte das preußische Unterrichtsministerium die realgymnasiale Hochschulreife als gleichwertig für das Medizinstudium an, und seit 1901 brauchten sich auch die künftigen Jurastudenten nicht länger einer Ergänzungsprüfung unterziehen. *Hubatsch 5; Eckert 295; vgl. auch Jarausch (1991) 331.*

²⁵² Gesuch des Studenten der Rechte Benno Leyser um Aushändigung des Abgangszeugnisses zu einem früheren als dem durch Anschlag bekanntgemachten Termine, an den Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität, 5.2.1902, Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin.

folgreich mit der für Juristen üblichen Abgangsnote „rite“.²⁵³

Die Kosten des insgesamt vierjährigen Studiums dürften sich auf rund 4000 bis 6000 Mark belaufen haben,²⁵⁴ der neunjährigen Gymnasialausbildung auf rund 4000 bis 8000 Mark²⁵⁵ – eine für Leysers Eltern sicher nicht leicht aufzubringende Summe, die sie jedoch zu Recht als lohnende Investition in die Zukunft ihres Sohnes verstanden. Allein schon, dass sie es ihrem Sohn ermöglichten, sich während seiner Vorbereitung auf die Ergänzungsprüfung an der Universität einzuschreiben, was bereits mit Kosten verbunden war, spricht dafür, dass sie nicht zögerten, erhebliche Mittel in seine Ausbildung zu investieren. Selbst die Wahl des Studienortes Berlin, mit der sich die ortsfremde Unterbringung und Verpflegung einsparen ließ, widerspricht dem nicht, war doch die juristische Fakultät in Berlin noch vor Leipzig und München die größte und die bedeutendste in Deutschland, studierte doch um die Jahrhundertwende hier Unter den Linden nahezu ein Fünftel aller angehenden deutschen Juristen.²⁵⁶

Die Jura-Studenten des Kaiserreiches waren „jung, städtisch, evangelisch oder jüdisch (8,5 %), etwas moderner vorgebildet, männlich, am elitärsten und adeligsten und kamen aus Handel und Beamtschaft sowie aus den oberen Mittelschichten; zwei Drittel kamen aus den oberen Mittelschichten“.²⁵⁷ Knapp zwei Fünftel der Väter deutscher Jurastudenten der Jahrhundertwende kamen aus dem Bereich Handel und Gewerbe, ein Fünftel waren höhere Beamte, noch ein Sechstel mittlere und untere Beamte. Einzig als Abgänger eines Realgymnasiums stellte Leyser noch eine Ausnahme unter deutschen Jurastudenten dar, 1899/1900 waren es nur 0,15 Prozent, bis 1905, als Leyser sein Studium längst abgeschlossen hatte, steigerte sich ihr Anteil immerhin auf 8,87 Prozent.²⁵⁸

An den deutschen Universitäten hatte sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts das Verhältnis zwischen jüdischen und nichtjüdischen Studenten deutlich verändert. Bereits in den 1880er Jahren hatte sich ein Teil der Studentenschaft antisemitisch orientiert. Hintergrund war nicht allein die zunehmende Akademisierung vieler deutscher Juden

²⁵³ Lebenslauf Benno Leysers, 1903.

²⁵⁴ *Geschichte der Universität Rostock* I 97; *Nipperdey* 579.

²⁵⁵ Ebd. 548. – Allein das Schulgeld betrug jährlich 100 Mark, in neun Jahren also 900 Mark. *Hubatsch* 8.

²⁵⁶ *Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte* I/2 38 ff.

²⁵⁷ *Jaraus* (1984) 79.

²⁵⁸ *Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte* I/1 212, 248 f. – Unter den 60 Absolventen seiner Schule, die in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens die Abiturprüfung ablegten, war er einer von dreien, die die Absicht äußerten, Jura studieren zu wollen. *Hubatsch* 18.

und der damit einhergehende Anstieg jüdischer Studentenzahlen, sondern eine seit der Wirtschaftskrise infolge der Reichsgründung grassierende, heterogene, gleichermaßen antidemokratische, antiliberalistische wie antiemanzipatorische Bewegung, deren gemeinsames Band der Antisemitismus darstellte.

An der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin wirkte zudem seit 1874 der Historiker Heinrich von Treitschke, der wesentlich dazu beitrug, den Antisemitismus im Bildungsbürgertum salonfähig zu machen. Sein ausgeprägter Antiliberalismus ließ ihn nicht nur den Satz „Die Juden sind unser Unglück“ prägen. Sein liberal gesonnener Kollege Theodor Mommsen vermutete von Treitschke auch unter den Unterzeichnern der so genannten „Antisemitenpetition“, die die „Schändlichkeit der «jüdischen Race» für Wohlstand, Kultur und Religion des deutschen Volkes“ anprangerte und mit der die Juden erneut einer Sondergesetzgebung unterworfen werden sollten. Die Petition wurde 1880/1881 von mehr als einer Viertelmillion Bürgern unterzeichnet, unter ihnen fast ein Fünftel aller deutschen Studenten. An einigen Universitäten, hauptsächlich in Norddeutschland, schlossen sich große Teile der Studentenschaft den Antisemiten an, in Göttingen und in Berlin jeweils 41 Prozent der Studierenden. Eine Zusatzpetition einer Gruppe antisemitischer Studenten erreichte 1880 zwar nur 1,5 Prozent aller Studierenden in Deutschland, jedoch 41 Prozent der Berliner Studenten.²⁵⁹

Zwar ebte die Welle des offen geäußerten Antisemitismus wieder ab, doch ging aus den Komitees, die die Petition an den Universitäten verbreitet hatten, eine antisemitische Organisation hervor, die später als „Vereine deutscher Studenten“ fortbestanden, wurden jüdische Studierende aus den studentischen Verbindungen verdrängt, vor allem aber bildete der Antisemitismus seit den 1890er Jahren einen der Grundpfeiler nationaler Identität nichtjüdischer Deutscher. Als Reaktion auf das Versagen der liberalen Gegenöffentlichkeit formierten sich einige selbstbewusst jüdische Studenten in eigenen Verbindungen, die dem Zionismus nahestanden, darunter der „Verein jüdischer Studierender“, der seit 1895 unter dem sinnreichen Wahlspruch „Hilf Dir selbst“ antrat. Daneben bildete sich in den späten 1890er Jahren die „Freistudentische Bewegung“ als Vereinigung der Nichtkorporierten oder „Finken“, in denen jüdische Studenten maßgeblich wirkten und die im Gegensatz zu den jüdischen Verbindungen eine größere Breitenwirkung erzielte.²⁶⁰

Die soziale Norm²⁶¹ oder der kulturelle Code, zu dem der Antisemitis-

²⁵⁹ *Asmuss/Nachama* 167; *Kampe* 23, 30 f.

²⁶⁰ Ebd. 173 ff.; *Scheiger* 415 f.; *Jaraus* (1984) 90.

²⁶¹ Zum Begriff der sozialen Norm siehe *Kampe* 185 f.

mus für die national gesinnte Studentenschaft wie für die Professorenschaft inzwischen avanciert war, konnte auch Benno Leyser nicht unbeeindruckt lassen. Hatten ihn seine Eltern noch mit der Auswahl der richtigen Schule vor dem offenen Judenhass schützen können, so musste er sich nun an der Universität mit ihm auseinandersetzen. Einzig die hohe Anzahl jüdischer Studierender – in Berlin stellten sie bereits 1886/1887 17 Prozent der Studenten²⁶² –, vor allem in den Fächern Medizin und Jura, verschaffte ein Gegengewicht zu den Antisemiten, ließ Raum für soziale Kontakte mit Glaubensgenossen oder liberal gesonnenen Nichtjuden. Ob Leyser sich hingegen einer jüdischen Verbindung oder einer „Finkenschaft“ anschloss, ob er sich also offen dem herrschenden antiliberalen Diskurs widersetzte, erscheint wenig wahrscheinlich, steht es doch im Gegensatz zu seinem geradlinigen und zügig absolvierten Studium.²⁶³ Die Finkenschaften vertrat zumeist jene Studenten, die sich den Beitritt zu den teuren Korporationen nicht leisten konnten oder ihn aus politischen oder religiösen Gründen ablehnten.²⁶⁴

Wie sich Leysers Einstellungen veränderten, ob er sich etwa aus Enttäuschung über den als zahnlos empfundenen Liberalismus der Sozialdemokratie oder dem Zionismus zuwandte, bleibt nicht minder der Spekulation überlassen. Womöglich aber wird er sich nicht zuletzt in seinem Entschluss bestätigt gesehen haben, sich als Rechtsanwalt selbstständig zu machen. Denn damit ließ sich die berufliche Unabhängigkeit seiner Vorfahren aufrecht erhalten, die ihnen Selbstbestimmung und eine gewisse Unabhängigkeit von Nichtjuden verliehen hatte und die sie nicht leichtfertig aufgeben wollten.²⁶⁵

Die Attraktivität des Anwaltsstandes bei den jüdischen Bildungsaufsteigern ließ sich jedoch nur zu einem kleinen Teil aus dem Streben nach Selbstständigkeit erklären, vielmehr tritt die Praxis der deutschen Verwaltungen hinzu, Juden aus dem Staatsdienst fernzuhalten. Ihnen blieben letztlich die freien Berufe als niedergelassene Rechtsanwälte, Ärzte, Journalisten oder Künstler. Das schlug sich auch in der Wahl des Studienfaches nieder. Unter den preußischen Studenten an den Universitäten des Landes waren im Wintersemester 1902/1903 1095 jüdische Studenten eingeschrieben, davon mehr als zwei Drittel an der juristischen

²⁶² *Richarz (1997a)* 58.

²⁶³ Darüber hinaus finden sich weder an der Berliner noch an der Rostocker Universität Hinweise auf eine Mitgliedschaft. Schriftliche Mitteilung des Universitätsarchivs der Humboldt-Universität zu Berlin vom 23.3.2001 sowie des Universitätsarchivs Rostock vom 19.3.2001.

²⁶⁴ *Nipperdey* 585.

²⁶⁵ *Richarz (1997a)* 42, 58. – Allerdings unterschätzt Richarz die Unabhängigkeit eines Rechtsanwaltes oder Kaufmannes von seiner christlichen Klientel.

(39,6 Prozent) und an der medizinischen Fakultät (29,2 Prozent). Protestantische Studenten verteilten sich zu 52,2 Prozent, katholische Studenten gar zu 61,8 Prozent auf andere Fakultäten, jüdische aber nur zu 31,2 Prozent.²⁶⁶ Mit dem Erlass der Rechtsanwaltsordnung von 1879 hatte sich der Staat weitgehend aus der Reglementierung des Anwaltsstandes zurückgezogen, niemandem, der die Befähigung zum Richteramt erworben hatte, konnte seitdem ohne triftigen Grund die Zulassung als Rechtsanwalt verweigert werden. Die Durchsetzung der freien Advokatur bei gleichzeitiger Beschränkung des Zugangs zu den Staatsämtern bewirkte letztlich eine deutliche Verzerrung der Berufsstruktur.²⁶⁷ Denn waren 1872 erst 3,0 Prozent aller preußischen Anwälte Juden, so waren es 1893 bereits 25,4 Prozent. Bis zum Ende der Weimarer Republik erhöhte sich ihr Anteil noch einmal leicht auf 28,5 Prozent. Im Kammergerichtsbezirk Berlin stellte sich die Lage noch zugespitzter dar, 1925 waren 45,5 Prozent der Rechtsanwälte in Berlin und Brandenburg jüdischer Herkunft. Im Verhältnis dazu stellten die jüdischen Juristen unter den Richtern nur eine kleine Gruppe, 1893 waren es 4,5 Prozent und selbst in der Weimarer Republik, als die Beschränkungen zum Eintritt in den Staatsdienst formell gefallen waren, stieg ihr Anteil bis 1933 auf lediglich 7,0 Prozent.²⁶⁸

Wenn sich der Staat auch aus der Reglementierung der Advokatur zurückgezogen hatte, so verfügte er doch neben dem Nadelöhr der Zulassung zum Staatsdienst über ein weiteres probates Mittel, jüdische Anwälte weiterhin zurückzusetzen. Da die preußische Justizverwaltung im Kaiserreich und darüber hinaus für die Verleihung der Notarstellung verantwortlich zeichnete, konnte sie hier mit subtileren Methoden einen antisemitischen Einfluss geltend machen. In einer Debatte des preußischen Abgeordnetenhauses erklärte der Abgeordnete Peltasohn 1901, christliche Rechtsanwälte würden in der Regel nach acht Jahren, ihre jüdischen Kollegen jedoch erst nach 18 Jahren zu Notaren ernannt. Der preußische Justizminister rechtfertigte die Zurücksetzung der jüdischen Juristen damit, dass es in der christlichen Bevölkerung „ganz entschiedenen Anstoß“ erregen würde, wenn sie „mehr oder weniger auf jüdische Notare angewiesen wären“.²⁶⁹

Nach seinem Studienabschluss war Leyser zunächst als Referendar am Amtsgericht Beeskow, etwa 65 südöstlich von Berlin, dann am Landgericht I und schließlich am Kammergericht in Berlin tätig, zeitgleich berei-

²⁶⁶ *Preußische Statistik*, Bd. 193, 10; eigene Berechnungen.

²⁶⁷ *Krach* 27, 31.

²⁶⁸ Ebd. 415 f.

²⁶⁹ Ebd. 25. – Laut Aussage des Ministers waren zur gleichen Zeit bereits 65 der 176 Notare und 526 der 851 Rechtsanwälte in Berlin seien Juden. Ebd.

tete er sich auf seine Promotion vor. Während er sich in Berlin augenscheinlich der unter Studenten in den ersten Semestern weit verbreiteten „Eingewöhnung und Bummelei“ entzogen hatte, um sein Studium in der kürzestmöglichen Zeit abschließen zu können, zog er es vor, seinen Dokortitel an einer anderen Universität zu erlangen, die geringere Anforderungen an die Promotion stellte als die Berliner Universität.²⁷⁰ Auch der Dichter Stefan Zweig, 1881 in Wien geboren, plante von vornherein, ein Fach zu studieren, das ihm die Promotion nach acht Semestern am leichtesten ermöglichte. Dennoch genoss er zunächst drei Jahre lang ein von Zwängen weitgehend befreites Studentenleben und bereitete sich erst im letzten Jahr auf die Promotion vor. Dass er trotz allem mit Auszeichnung bestehen konnte, lässt wohl auch Rückschlüsse auf das Niveau des Studiums im Kaiserreich zu.²⁷¹

Anders als durch diesen ausgeprägten Pragmatismus ist es kaum zu erklären, weshalb Leysers Wahl ausgerechnet auf Rostock, die kleinste und wohl auch unbedeutendste juristische Fakultät in Deutschland fiel. Zu Leysers Promotionszeit 1903/1904 verfügte die juristische Fakultät über sechs ordentliche Lehrstühle und ein Extraordinariat. Lediglich Friedrich Wachenfeld genoss den Ruf eines bedeutenden Strafrechtlers. Allein drei Lehrstühle widmeten sich dem römischen und dem bürgerlichen Recht, besetzt mit den Professoren Bernhard Matthiaß, Wilhelm von Blume und Franz Bernhöft, dem Verfasser der ersten Gesamtdarstellung des kurz zuvor abgeschlossenen und 1900 in Kraft getretenen Bürgerlichen Gesetzbuches.²⁷² Die Zahl der Rostocker Jurastudenten lag im Wintersemester 1903/1904 gerade einmal bei 78, während sich in Berlin 2498, in Leipzig 1192 und in München 1541 Studenten für das Studium der Rechtswissenschaft eingeschrieben hatten.²⁷³

Doch war Leyser in der Wahl seines Promotionsortes wohl keineswegs ein Einzelfall, wurden doch hier in Rostock mehr juristische Promotionen abgeschlossen als anderswo in Deutschland. Im Jahr 1903/1904 erlangten in Rostock 181 Promovenden den Dokortitel, in Leipzig waren es 169, in Greifswald 43 und in Breslau noch 31, in Berlin hingegen nur vier.²⁷⁴ Dies lässt darauf schließen, dass Leyser mit dem geringsten Aufwand den Dokortitel erlangen wollte, der ihm womöglich angesichts der allgemeinen „Überfüllung der akademischen Berufskarrieren“ seit den 1880er Jahren einen Vorteil beim Start in seine Karriere als

²⁷⁰ Turner 242 f.; Jaraus (1991) 331.

²⁷¹ Zweig 120, 152.

²⁷² *Geschichte der Universität Rostock* I 145 f.; Haalck 609 ff.

²⁷³ *Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte* I/2 85, 416, 459, 500. – Insgesamt waren an allen deutschen Universitäten 10744 Jurastudenten erfasst. Ebd. I/1 110.

²⁷⁴ *Jahres-Verzeichnis 1903/04*.

Rechtsanwalt verschaffen konnte.²⁷⁵ Eine Staatsanstellung hingegen dürfte Leyser von Anfang an nicht angestrebt haben, war doch dieses Nadelöhr für ihn als Juden kaum zu passieren.

Benno Leyser wurde am 28. April 1904 mit einer Studie zu einem Aspekt des kurz zuvor, am 1. Januar 1900, in Kraft gesetzten Bürgerlichen Gesetzbuches promoviert. In seiner „Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Juristen-Fakultät zu Rostock“, die er „Meinen lieben Eltern“ widmete, beschäftigte er sich mit den Regelungen, die die neu geschaffene Möglichkeit der Vormerkung gegenüber der schon länger angewandten Grundbucheintragung im Immobilienverkehr mit sich brachte.²⁷⁶ Am 17. Januar 1908 erhielt er die Zulassung zum Landgericht Berlin III in Charlottenburg.²⁷⁷ Bald darauf ließ er sich unweit der elterlichen Wohnung, zunächst in der Scharrenstraße 38 und bald darauf in der Berliner Straße 127, als Rechtsanwalt nieder. Im Adressbuch von 1910 wird er erstmals als Rechtsanwalt aufgeführt,²⁷⁸ 1924 wurde er zum Notar ernannt, das Adressbuch von 1925 wies den mittlerweile 46-jährigen Dr. Benno Leyser erstmals als Notar aus.²⁷⁹ Bis 1933 soll er eine „umfangreiche und bedeutende Anwalts- und Notarpraxis“ geführt haben, nach den Schätzungen der Berliner Rechtsanwaltskammer „wird man seine jährlichen Einnahmen auf etwa 30.000.- bis 40.000.- RM schätzen können“. Damit galt er unter seinesgleichen als „sehr vermögend“.²⁸⁰

Unklare Herkunft – der väterliche Zweig der Familie

Benno Leysers ältere Schwester Hedwig hatte unterdessen den fünf Jahre älteren Moritz Rosenberg geheiratet. Auch er entstammte einer

²⁷⁵ *Jarausch (1984) 73 f.*

²⁷⁶ *Leyser.*

²⁷⁷ Präsident des Königlichen Landgerichts III in Berlin, 17.1.1908, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, I. HA Rep. 84a, Akte 20435, Bl. 91.

²⁷⁸ Es fehlt jedoch der bei seinen Kollegen übliche Hinweis auf diejenigen Landgerichte I bis III, zu denen er die Zulassung besaß. Auch im *Berliner Adreßbuch* von 1920 findet sich kein entsprechender Hinweis, und 1930 wird er nicht unter den für das Kammergericht zugelassenen Anwälten aufgeführt. Das Landgericht III jedenfalls befand sich in Charlottenburg am Tegeler Weg.

²⁷⁹ In den Unterlagen des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin über die Ernennung von Notaren im Kammergerichtsbezirk Berlin findet sich Leysers Name nicht (Akten 20221–20223). Die erforderlichen Kriterien – vor allem das Dienstalder von mindestens zehn Jahren – hatte er jedenfalls längst erfüllt.

²⁸⁰ Präsidium der Rechtsanwaltskammer Berlin an Rechtsanwalt Kroll, 3.12.1956, Landesverwaltungsamt Berlin, Entschädigungsakte Benno Leyser, Bl. E4. – Rosenberg beauftragte neben anderen den Berliner Rechtsanwalt Siegfried Kroll mit der Wahrnehmung seiner Rechte in mehreren Entschädigungsverfahren, betreffend ihn selbst und seine Frau.

jüdischen Familie, jedoch ist über seine Vorfahren wenig bekannt. In einer 1967 unter Mitwirkung Ludwig Rosenbergs erschienenen Broschüre über ihn heißt es, seine Großeltern väterlicherseits stammten aus dem Ort Rosenberg in Westpreußen, wo ihre Vorfahren „in einer seltsamen Verstrickung der Namen einige Jahrhunderte lang“ gelebt hätten.²⁸¹ Gar so seltsam war eine solche Verquickung jedoch keineswegs, hatten doch viele Juden die Namen ihrer Heimatorte als Familiennamen gewählt, als sie durch das Edikt von 1812 zur Annahme fester Familiennamen verpflichtet wurden, wollten sie die preußische Staatsbürgerschaft erwerben.²⁸² Die westpreußische Provinzregierung schlug den Juden wenig später per Verfügung vor, ihre Namen aus Eigenschaftswörtern, Farben, Tieren, Gegenständen oder Ortsnamen abzuleiten. Zugleich untersagte sie, unanständige oder lächerliche Namen zu wählen.²⁸³ Die für viele galizische Juden typischen entstellenden und herabwürdigenden Namen, die ihnen die Behörden in der Reformära Kaiser Josephs II. aufdrückten, kommen daher unter den westpreußischen, wie auch allgemein unter den deutschen Juden nicht vor.²⁸⁴

Aufgrund der Verfügung wurden Namen wie Danziger, Flatauer, Rosenberger oder Rosenberg²⁸⁵ nicht selten gewählt, allerdings nicht allein von Juden aus den jeweiligen Ortschaften. So legten sich immerhin vier von 219 Juden der Stadt Flatow den Familiennamen Rosenberg zu,²⁸⁶ obschon der im Südwesten der Provinz Westpreußen gelegene Ort rund 200 Kilometer von Rosenberg entfernt liegt. Rosenberg indessen zählte zu den meistverwendeten Namen der deutschen Juden, in einer Auflistung der 60 häufigsten jüdischen Familiennamen, die nach dem Gedenkbuch für die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkriegs erstellt wurde, rangiert Rosenberg an 19. Stelle.²⁸⁷ Nach einer anderen

²⁸¹ *Akademie Kontakte der Kontinente* 5. – Vgl. auch Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bl. 2.

²⁸² *Jersch-Wenzel (1996b)* 35.

²⁸³ *Aschkewitz* 63.

²⁸⁴ *Judenbürgerbücher* 14. – Als Beispiel sei der in herabwürdigender Absicht in Galizien vergebene Name Pulverbestandteil angeführt.

²⁸⁵ Zwar lässt sich der Name Rosenberg nicht nur auf die westpreußische Kleinstadt zurückführen, sondern auch auf das schlesische Rosenberg. Im Falle der Vorfahren Ludwig Rosenbergs handelte es sich jedoch eindeutig um Rosenberg in Westpreußen.

²⁸⁶ *Horwitz* 60. Horwitz listet alle aufgrund des Edikts von 1812 angenommenen Familiennamen nach dem „General-Verzeichniß sämtlicher in dem Departement der Königlichen Regierung von Westpreußen vorhandenen Juden, welchen das Staatsbürger-Recht ertheilet worden“ auf, jedoch beispielhaft nur für die Stadt Flatow.

²⁸⁷ *Meyer-Erlach* 501. – Rosenberg wird 62 Mal aufgeführt, daneben enthielten zahlreiche weitere jüdische Familiennamen aus dem insgesamt 10623 Namen nennenden Gedenkbuch den Begriff Rose. Die übrigen aus dem Stammbaum Ludwig Rosenbergs bekannten Familiennamen werden in der Liste nicht genannt.

Aufstellung, beruhend auf dem „Verzeichnis der wahlfähigen Mitglieder der jüdischen Gemeinde zu Berlin“ aus dem Jahre 1904, trugen 128 von 20103 jüdischen Familien Großberlins den Namen Rosenberg.²⁸⁸

Rund dreißig Kilometer südöstlich des Ortes Rosenberg, im westpreußischen Neumark (polnisch Nowe Miasto Lubawskie), wurde 1872 Moritz Rosenberg geboren, der Vater Ludwig Rosenbergs. Ob seine Vorfahren tatsächlich aus Rosenberg stammten, konnte nicht geklärt werden. Das Kleinstädtchen Neumark an der Drewenz (Drweca) im Kreis Löbau (Lubawa) gelangte 1772 von Polen an Preußen und zählte 1816 gerade einmal 876 Einwohner, auch rund 70 Jahre später waren es – durch Zuzug vom Lande und aus anderen Städten der Provinz, aber auch durch natürliches Bevölkerungswachstum – erst 2742, von denen fast ein Drittel evangelischen, ein knappes Sechstel (405) jüdischen und eine gute Hälfte katholischen Glaubens war. Die Mehrheit der Bewohner war deutsch, nur rund die Hälfte der 1500 Katholiken polnisch. Das kleine Städtchen ohne direkten Eisenbahnanschluss, dessen Bewohner mehrheitlich von der Landwirtschaft und dem Handel mit Agrarprodukten lebten, verfügte jedoch über eine Post- und Telegrafestation.²⁸⁹ Ein 1868 eröffnetes Progymnasium unterrichtete von Anfang an auch jüdische Schüler, im Schuljahr 1880/1881 war jeder sechste der 148 Schüler jüdischen Glaubens, 1893/1894 immer noch jeder zehnte der nurmehr 110 verbliebenen Schüler. Unter den 98 namentlich aufgeführten Abiturienten, die zwischen 1876 und 1893 an dieser Schule erfolgreich ihre Reifeprüfung ablegten, findet sich jedoch keiner mit dem Familiennamen Rosenberg.²⁹⁰

Rosenberg (Susz), der auf eine Gründung des Deutschen Ordens zurückreichende Hauptort des gleichnamigen Kreises, gehörte schon vor den polnischen Teilungen zu Brandenburg und später zu Preußen. Der Ort war nur wenig größer als Neumark, im Unterschied zu diesem jedoch überwiegend evangelisch geprägt. 1817 zählte er 1239 Einwohner, davon rund 1000 Protestanten, 156 Katholiken und 70 Juden.²⁹¹ Während die Bevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts beständig auf rund 3000 anwuchs, änderte sich das Verhältnis der großen Konfessionen zueinander nur wenig. Allein die jüdische Bevölkerung wuchs zwischen 1834 und 1851 von 74 auf 151 Personen an, erreichte 1861 mit

²⁸⁸ *Über die Häufigkeit* 15.

²⁸⁹ *Neumann* 831.

²⁹⁰ *Preuss* 35 ff.

²⁹¹ *Kaufmann* 15, anders hingegen *Aschkewitz* 17, nach dem bereits 1816 204 Juden in der Stadt ansässig waren. Offensichtlich irrt Aschkewitz, denn allein in den größeren Städten des Kreises Rosenberg – Rosenberg, Deutsch Eylau und Bischofswerder – hätten 1816 seinen Angaben zufolge 343 Juden gelebt, 61 mehr als Aschkewitz für den gesamten Kreis angibt.

181 ihren Höchststand und sank seitdem kontinuierlich, bis sie schließlich zu Beginn des 20. Jahrhunderts nurmehr ein Drittel ihrer einstigen Größe ausmachte.²⁹²

Bis 1772 wurden Juden in den verschiedenen Teilen Westpreußens unterschiedlich behandelt. In den ehemals zu Polen gehörenden Landesteilen Westpreußens ließen sich die Juden vorwiegend in den Städten nieder, weil sie auf dem Lande nicht geduldet wurden. In diesen Städten, zu denen auch Neumark gehörte, konnten sie wie in Posen vor allem im Handel und im Handwerk eine bedeutende wirtschaftliche Rolle einnehmen. Insbesondere im Landhandel, mit dem sie umherziehend den Warenbedarf der ländlichen Bevölkerung deckten, waren daher viele Juden engagiert. Währenddessen war es ihnen auf dem früheren Gebiet des Deutschen Ordens – wozu Rosenberg gehörte – zunächst untersagt, sich in den Städten niederzulassen. Gegen den oftmals erbitterten Widerstand der städtischen Zünfte war es Juden jedoch oftmals möglich, in der ländlichen Umgebung der Städte ansässig zu werden und von dort aus den Handel in der Stadt mitzugestalten.²⁹³ Dennoch war der jüdische Anteil an der Bevölkerung Rosenbergs mit 5,6 Prozent (1817) geringfügig größer als der in Neumark mit 5,0 Prozent (1816).²⁹⁴ Und in beiden Orten lag ein großer Teil des Handels in den Händen der dort ansässigen Juden.²⁹⁵

Auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gestaltete sich die rechtliche Situation der westpreußischen Juden überaus unterschiedlich. Rosenberg lag in jenem Teil des Landes, das auch während der napoleonischen Ära zu Preußen gehört hatte. Das Edikt von 1812, das den Juden die volle Freizügigkeit und die Gewerbefreiheit zugestanden hatte, behielt hier weiterhin seine Gültigkeit. Auf Danzig, zwischen 1807 und 1814 freie Reichsstadt, wurde das Edikt per Dekret ausgeweitet. In der so genannten Michelau aber, zu der Neumark gehörte, und im Gebiet der Stadt Thorn im Südosten der Provinz fand es keine Anwendung. Hier galten nach einer kurzen Phase der Emanzipation²⁹⁶ erneut eingeschränkte Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, hier wurden ihnen die staatsbürgerlichen Rechte wiederum vorenthalten.

²⁹² Kaufmann 15.

²⁹³ Aschkewitz 1 ff.

²⁹⁴ Ebd. 17, 21.

²⁹⁵ Ebd. 3; Kaufmann 131.

²⁹⁶ Freilich war auch die Gesetzgebung der napoleonischen Ära nicht frei von anti-jüdischen Maßnahmen. Das so genannte „*décret infâme*“ von 1808 schränkte die volle rechtliche Gleichstellung der Juden im französischen Herrschaftsbereich auf den entscheidenden Gebieten der Freizügigkeit und der wirtschaftlichen Betätigung wieder ein. In Deutschland kam das Dekret allein in Westfalen nicht zur Anwendung. *Jersch-Wenzel (1996b)* 28 f.

In Rosenberg ließen sich nach 1812 alle dort ansässigen Juden naturalisieren, während in Neumark noch 1846 nur einer von 306 Juden die preußische Staatsbürgerschaft besaß. Die Juden der Michelau durften sich nicht in denjenigen Gebieten niederlassen, in denen eine abweichende Judenverfassung galt. Nur dort, wo das Edikt von 1812 keine Anwendung fand, genossen sie Freizügigkeit, sie konnten also nach Posen ziehen, nicht aber in das nahe gelegene Rosenberg. Erst in den 1840er Jahren, als die „engherzige, zur Unterdrückung und zur Beschränkung der den Juden zugestandenen Rechte neigende Gesinnung“ der preußischen Gesetzgebung nicht mehr der öffentlichen Meinung entsprach, wurden auch hier Beschränkungen hinsichtlich der Ausübung eines Gewerbes und der freien Wahl des Lebensmittelpunktes aufgehoben.²⁹⁷

Die Zahl der Juden in den Städten Westpreußens stieg nicht allein durch eine hohe Gebürtigkeit bei gleichzeitig niedriger Sterblichkeit und sinkender Säuglingssterblichkeit an.²⁹⁸ Ohne einen stetigen Zuzug zum einen von den ländlichen Teilen der Kreise, zum anderen aus anderen Landesteilen in die Städte wäre ein derart starkes Wachstum der jüdischen Bevölkerung undenkbar gewesen.²⁹⁹ Vor allem in Neumark stieg bis in die 1870er Jahre hinein die jüdische Bevölkerung auf nunmehr 17,7 Prozent der Bevölkerung an. Doch hatte auch hier längst eine langanhaltende Abwanderungswelle eingesetzt, die Zuwanderung und Geburtenüberschuss bald überrunden sollte. Allein zwischen 1855 und 1871 ging die Zahl der westpreußischen Juden von 25000 auf nurmehr 14000 zurück.³⁰⁰ In Rosenberg nahm die Zahl der Juden seit den 1860ern deutlich ab, 1910 waren nur noch 63 Juden zurückgeblieben. In Neumark hingegen setzte der Prozess – womöglich als Spätwirkung der restriktiven Judengesetzgebung der ersten Jahrhunderthälfte – später ein und verlief langsamer, sodass dort noch 1910 238 Juden lebten. Erst als Neumark nach dem Ersten Weltkrieg gemäß dem Versailler Vertrag nach fast 150 Jahren Zugehörigkeit zu Preußen an das neu geschaffene

²⁹⁷ *Aschkewitz* 56 f., 66 f.

²⁹⁸ Die Fruchtbarkeit der jüdischen Ehen lag für die Jahre 1819–73 im Regierungsbezirk Marienwerder bei 476 Kindern, im Regierungsbezirk Bromberg, das zur benachbarten Provinz Posen gehörte, sogar bei 505 Kindern auf 100 Ehen, die Geburtenrate lag im gleichen Zeitraum jedoch aufgrund der zahlreicheren Eheschließungen mit 370 Geburten auf 10000 Einwohner, in Bromberg hingegen bei 356. Die Säuglingssterblichkeit der Marienwerder Juden lag deutlich niedriger als in Bromberg, die der christlichen Bevölkerung war jedoch annähernd gleich. Infolgedessen betrug das jährliche natürliche Bevölkerungswachstum in Marienwerder 197 Personen auf 10000 Juden, in Bromberg dagegen 148, in Berlin nur noch 94 Personen (bei der christlichen Bevölkerung Berlins gar nur 68). *Bergmann* 72, 74, 100, 103, 137, 142 f.

²⁹⁹ Für *Aschkewitz* 30 stellte Westpreußen auch ein Durchgangsland für eine zahlenmäßig nicht zu erfassende Wanderung aus russisch-polnischen Gebieten nach Deutschland dar.

³⁰⁰ *Brenner (1996b)* 307.

Polen fiel, verließen die meisten Juden die Stadt.³⁰¹ 1921 blieben nurmehr 61 zurück.³⁰² Rosenberg gehörte unterdessen zum Abstimmungsgebiet, dessen Bevölkerung sich mit großer Mehrheit für den Verbleib im Deutschen Reich aussprach.

Die Abwanderung nach dem Ersten Weltkrieg ließ noch einmal deutlich werden, wie sehr sich die ehemals polnischen Juden in den östlichen Provinzen Preußens inzwischen als Deutsche verstanden. Nicht nur die schmale jüdische Bildungsschicht, sondern auch die den Unterschichten zuzurechnende Mehrheit der Juden in der Michelau fühlte sich der deutschen Kultur zugehörig. Die restriktive Gesetzgebung hatte die Auseinandersetzungen innerhalb der jüdischen Gemeinden um die Ausgestaltung ihrer inneren Angelegenheiten nur verzögert, doch letztlich wandelte sich auch hier das Verhältnis der Juden zu ihrer Religion unaufhaltsam.

Zwar wurden noch 1843 die Predigten im Rosenberger Bethaus – erst 1868 wurde eine Synagoge fertig gestellt – nicht in deutscher Sprache gehalten, was auf eine verzögerte Sprachakkulturation schließen lässt, doch schon 20 Jahre zuvor hatten heftige Auseinandersetzungen die Gemeinde erschüttert. Der Magistrat der Stadt sah sich dadurch veranlasst, „gemeinsam mit den gebildeteren Juden“ eine Synagogenordnung zu erstellen. Der Streit um den rechten Weg der Juden in die Moderne war also auch hier längst entbrannt. Seit den 1850er Jahren besuchten die jüdischen Kinder die städtische Schule, der Kantor unterrichtete sie nurmehr in der Kunde ihrer Religion.³⁰³ Mit der überall in Westpreußen fortschreitenden Integration jüdischer Kinder in die öffentlichen Schulen schritt auch ihre „Eindeutschung“ voran. In Neumark wurde von jüdischer Seite Widerspruch dagegen erhoben, die hiesige jüdische Schule wurde erst 1872 mit der evangelischen Elementarschule, nun aber problemlos, vereinigt.³⁰⁴

Falls Moritz Rosenberg, der just in diesem Jahr geboren wurde, in seiner Geburtsstadt zur Schule ging – ein Beleg dafür findet sich freilich nicht –, so besuchte er von Anfang an eine evangelische Volksschule und erlernte die deutsche Sprache. Ohnehin dürfte jiddisch – wenn überhaupt – nur noch in seinem Elternhaus gesprochen worden sein, als Mittel zur alltäglichen Kommunikation. Denn zu Beginn der 1870er Jahre war die Sprachakkulturation der Posener Juden – und mit ihnen wohl auch der westpreußischen Juden aus der Michelau – abgeschlos-

301 *Steege* 351. – 1935 lebten im gesamten Kreisgebiet nurmehr 21 Juden. Ebd. 352.

302 *Aschkewitz* 222.

303 *Kaufmann* 134 ff.

304 *Fehrs* 246, 272.

sen. Noch gehörte Moritz Rosenberg zu jenen rund 70 Prozent der deutschen Juden zu Beginn des Kaiserreichs, die auf dem Lande oder in Kleinstädten mit weniger als 20000 Einwohnern lebten.³⁰⁵ Wann er nach Berlin zog, ob er allein kam oder mit seinen Eltern, ließ sich nicht feststellen.³⁰⁶ Zu Anfang des 20. Jahrhunderts ehelichte der inzwischen Dreißigjährige die fünf Jahre jüngere Hedwig Leyser, die 1903 den einzigen Sohn Ludwig zur Welt brachte.

Die Entstehung einer neuen jüdischen Identität

Anhand der Vorfahren Ludwig Rosenbergs – soweit sie sich feststellen ließen – lassen sich einige für die Juden in Deutschland typische Prozesse nachzeichnen. Die in vielen Regionen Deutschlands beobachtbare Wanderungsbewegung zunächst vom Land in die Kleinstädte, von dort in die Provinzhauptstädte und schließlich in die Metropolen oder ins Ausland trifft auf die Posener Juden, die 1871 noch immer ein Fünftel der preußischen Juden stellten, nicht zu. Sie lebten, ebenso wie ihre Glaubensgenossen aus der Michelau, bereits seit Jahrhunderten überwiegend in den Städten. Der Handel führte sie in andere Städte der Provinz und oftmals über deren Grenzen hinaus. Von den Kleinstädten aus zogen sie ohne Zwischenstation weiter nach Berlin. Ihre Urbanisierung hatte also längst vor der Abwanderung eingesetzt. Eine Ausnahme stellt der Lackierer Brinckmann dar, der seine dörfliche Heimat in Hessen verließ und sich zugleich vom väterlichen Beruf wie vom Landjudentum abwandte. Ihn führten der Krieg und der Dienst in der preußischen Armee nach Berlin.

Brinckmann und sein Vater sind darüber hinaus im Familienstammbaum Rosenbergs die einzigen Vertreter des Landjudentums, dem die Mehrheit der Juden in Hessen – wie auch in Bayern, Württemberg und Baden – angehörte. Als Pferdehändler versorgte er die Bauern mit Arbeitstieren oder kaufte sie ihnen ab, um sie dem Militär oder dem Fleischmarkt zukommen zu lassen. Als Vertreter der modernen Kapitalwirtschaft, der vermutlich den größten Teil des Geschäfts auf Kreditbasis abwickelte, stand er den mental noch überwiegend von der Naturalwirtschaft geprägten Bauern gegenüber. Das Prestige eines Pferdehändlers, der zwar das Risiko zu tragen, im Falle eines Bankrotts der Bauern aber zugleich deren Schulduweisungen zu erdulden hatte, war

³⁰⁵ *Richarz (1997b) 28.*

³⁰⁶ Ob es sich bei jenem Kaufmann M. Rosenberg, der sich im Charlottenburger Anhang des *Berliner Adreßbuches* des Jahres 1890 in der Krumme Straße 86 findet, um den Vater Ludwig Rosenbergs handelt, dürfte eher unwahrscheinlich sein, schließlich war er zu diesem Zeitpunkt erst 18 Jahre alt.

gering, die Abwanderung der Söhne aus diesem Gewerbe entsprechend hoch.³⁰⁷ Brinckmann ergriff womöglich die Chance, die ihm der Krieg bot, seiner Herkunft sowohl geografisch als auch sozial zu entfliehen. Zugleich begründete er eine neue Tradition, das Gewerbe des Lackierers, das er nun ergriff, ließ er auch seinen Sohn erlernen.³⁰⁸

Der Posener Schneidermeister Leiser Chaim gab sein Handwerk an seinen Sohn weiter, der seine in Berlin geborenen Söhne wiederum in unterschiedlichen Berufen ausbilden ließ. Während der älteste den Beruf des Vaters erlernte, erhielt dessen jüngerer Bruder eine Ausbildung zum Graveur. Da den Posener Juden lange Zeit der Fortgang aus der Provinz versperrt blieb, gaben sie die von ihren Vorfahren übernommenen Berufe an ihre Söhne weiter. In Berlin angekommen, lockerte sich mit dem entfallenen Zwang die Tradition nur langsam, das Schneiderhandwerk wurde zu einem Ladengeschäft ausgeweitet, eine Trödlerexistenz zu einem Kaufmannsdasein angehoben. Benno Leyser war der erste unter Rosenbergs Vorfahren, dem der Aufstieg vom Wirtschafts- zum Bildungsbürger ermöglicht wurde. Das Konfektionsgeschäft wurde dennoch nicht aufgegeben, sondern vom Schwiegersohn weitergeführt. Dieser, im Wirtschaftsleben Tradition und Moderne vereinigende Prozess ist für die deutschen Juden nicht ungewöhnlich.

Mit dem oftmals bereits in den Herkunftsregionen begonnenen, sich in Berlin nun beschleunigt fortsetzenden wirtschaftlichen Aufstieg ging auch die Suche nach einem neuen, angemessenen Lebensmittelpunkt einher. Ohnehin lässt sich der Zug in die preußische Metropole bereits als erstes Resultat dieser Suche nach einem besseren Leben beschreiben, denn nicht allein Armut und wirtschaftlicher Niedergang veranlasste Juden zum Weggang, sondern auch das Streben, die zahlreichen Chancen wahrzunehmen, die die Emanzipationsgesetzgebung ihnen eröffnete. Selbstbewusst forderten sie ihre staatsbürgerlichen Rechte ein, seiner Rolle in der lokalen Gesellschaft bewusst ließ sich das jüdische Bürgertum naturalisieren und nahm am politischen Leben der Heimatstadt teil, sobald es ihm möglich war. Der langanhaltende wirtschaftliche Niedergang der Provinz Posen, insbesondere die Krisen- und Hungerjahre in der zweiten Hälfte der 1840er Jahre und die einsetzende Abwanderungswelle führten den jüdischen Bürgern vor Augen, dass die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Betätigung in Posen mehr und mehr schwanden. Berlin bot hingegen, was Posen niemals hatte:

³⁰⁷ Maurer (1992) 71.

³⁰⁸ Noch im *Berliner Adreßbuch* für das Jahr 1876 finden sich drei Einträge auf den Namen Brinckmann, die als „Wagenlackierer“ bezeichnet werden. Durchaus denkbar daher, dass es sich um Nachfahren des inzwischen verstorbenen Michael Brinckmann handelte.

eine breite zahlungskräftige Mittelschicht, einen Absatzmarkt für die Produkte der Handwerker und die Waren der Kaufleute, ein Markt- und Konsumzentrum. In der gleichen Weise lässt sich auch der Umzug zahlreicher Juden aus dem dicht bevölkerten Alt-Berlin in die westlichen Vororte deuten. Hier wohnte die Mittelschicht noch stärker konzentriert, hier bot sich zumal die Chance, angemessen bürgerlich-repräsentativ zu wohnen.

Auf diese Weise zogen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts mehrere Faktoren zahlreiche Juden – unter ihnen die Vorfahren Ludwig Rosenbergs – nach Berlin: der Wille, die gebotenen Chancen wahrzunehmen, das Streben nach einem besseren, angemesseneren Leben, die Fähigkeit und die Bereitschaft, an einem anderen Ort neu zu beginnen, ein ausgeprägter Aufstiegs-wille und das über Generationen erworbene kaufmännische Denken.³⁰⁹ Mobilität war ein „wesentliches Charakteristikum der jüdischen Minderheit“ geworden.³¹⁰

Zwar galt noch 1849 rund die Hälfte der Posener Juden als nicht oder nur marginal verbürgerlicht, ein gutes Drittel als kleinbürgerlich, und nur ein Achtel wurde dem Mittel- oder Großbürgertum zugerechnet.³¹¹ Bedenkt man aber, neben den demografischen Besonderheiten, ferner den Prozess der Sprachakkulturation, der ebenfalls nicht erst in Berlin, sondern in den Herkunftsregionen seinen Anfang genommen hatte, so lässt sich zweifelsfrei der These Lowensteins zustimmen, „dass nicht die Urbanisierung den sozialen Aufstieg, die kulturelle Integration und die Säkularisierung der Anschauungen zur Folge hatte, sondern diese der Urbanisierung vorausgingen“³¹². Es zogen vielmehr bereits in ihren Verhaltensweisen, ihrem Habitus und ihrer Sprache stark akkulturierte und verbürgerlichte Juden nach Berlin.

Der Integration der Berliner Juden in das Wirtschaftsleben der Stadt stand eine weitgehende Assimilation an die Kultur des Bürgertums zur Seite, der Wille, alle äußeren Zeichen abzulegen, die den einzelnen im öffentlichen Leben als Juden erkennbar werden ließen. Nachdem die jiddische Sprache, auch jüdische Kleidung und Haartrachten bereits frühzeitig abgelegt worden waren, gaben sie nun ihren Kindern Vornamen, deren oftmals altdeutsche Herkunft sie nicht als Juden stigmatisierten.³¹³

Überaus typisch verlief auch bei Rosenbergs Vorfahren die Namensge-

309 Vgl. *Richarz (1997b)* 30

310 *Maurer (1992)* 68.

311 *Kemlein* 178.

312 *Lowenstein (1980)*; Zitat *Maurer (1992)* 65.

313 Vgl. ebd. 172.

bung über die verschiedenen Phasen des 19. Jahrhunderts hinweg. Schon als sie behördlich verpflichtet wurden, feste Familiennamen anzunehmen, zeigten sich die beiden allgemeinen Tendenzen der Namensgebung, die bei den Juden in Deutschland üblich waren. Neben dem Festhalten an der jüdischen Tradition war der Wille zur Assimilation deutlich zu erkennen.³¹⁴ Während der Posener Schneidermeister Leiser Chaim seinen Vornamen, den er in langer Folge von seinen Vorfahren ererbt hatte, zum Familiennamen wählte, wandte sich der Sohn des hessischen Pferdehändlers Leib Levy wohl unter dem Einfluss der französischen Herrschaft vollständig von der jüdischen Tradition ab und gab sich neben dem unverfänglichen Nachnamen Brinckmann den christlichen Vornamen Michael. Seine Töchter nannte er Friederike und Pauline, seinen drei Jahre zuvor geborenen Sohn hatte er noch Aron genannt, womöglich nach dem traditionellen Vornamen des Vaters seiner Frau, den dieser zu seinem Familiennamen gewählt hatte.

Die Posener Juden waren in ihrer Namensgebung weniger frei, der Gesetzgeber verpflichtete die geduldeten unter ihnen – das waren wenigstens drei Viertel der dortigen Juden –, übliche, jüdische Namen anzunehmen, während er christliche Vornamen ausdrücklich verbot. Doch hielten die Posener Juden ohnehin stärker als ihre Glaubensgenossen in anderen Teilen Deutschlands an ihren Traditionen, so auch an hergebrachten Namen, fest.³¹⁵ Waren sie jedoch erst einmal in Berlin angelangt und der kleinstädtischen Sozialkontrolle entwichen, so wandten sie sich oftmals von ihren traditionellen Vornamen ab und gaben sich stattdessen gewöhnliche deutsche Namen, so der Sohn Leiser Chaims, der seinen Vornamen Rachmil ablegte und sich fortan Robert nannte.

Der langanhaltende Zuzug von Juden aus unterschiedlichen Herkunftsregionen Deutschlands führte dazu, dass mehrmals in der Familiengeschichte unterschiedliche Akkulturationsniveaus aufeinander trafen. Dabei lässt sich das Bestreben, sich der christlich geprägten Umgebung anzupassen, keinem der beiden Geschlechter eindeutig zuweisen. Wenn es aber nicht die Mütter oder die Väter waren, die die Reform vorantrieben, so waren es weit eher die bereits Ansässigen, die den jüngst zugewanderten Ehepartnern einen assimilierten Lebensstil aufdrückten. Etwa wenn die genannte Pauline Brinckmann Rachmil Leyser ehelichte, und die beiden schon ihrem ersten Kind den deutschen Namen Hermann gaben. Gut möglich außerdem, dass Pauline auch ihren Mann beeinflusste, sich den Vornamen Robert zu wählen; den christlichen Beinamen Michael gab er sich sicher in Erinnerung an seinen

³¹⁴ *Judenbürgerbücher* 14 f.

³¹⁵ *Kemlein* 153.

Schwiegervater. Sein Sohn Hermann Leyser wiederum heiratete die noch in Posen geborene Golde Raphael. Ihre beiden Kinder erhielten die altdeutschen Vornamen Hedwig und Benno, eine Kurzform von Bernhard. Moritz Rosenberg hingegen, obschon selbst noch in Posen geboren, erhielt einen Vornamen, der nicht von vornherein auf eine jüdische Religionszugehörigkeit schließen ließ, jedoch an traditionelle Namen wie Moses klanglich anknüpfte.

An der Namensgebung wird, allgemein gesprochen, zunächst die generelle Tendenz deutlich, sich von Generation zu Generation, zuweilen auch innerhalb einer Generation, schrittweise von Traditionen zu verabschieden. Die Vornamen glichen inzwischen völlig den typischen Vornamen christlicher Deutscher. Neben den Vornamen wurden aber auch andere Erkennungszeichen abgelegt, an denen die nichtjüdische Umwelt einen Juden erkennen konnte oder zu erkennen glaubte. Unverkennbar trat die im Judentum allgemeine Tendenz hervor, die jüdische Unterschiedenheit aufzugeben.³¹⁶

Diesem Prozess der Assimilation, der unterschiedslosen Verschmelzung mit der Mehrheitsgesellschaft, standen Elemente entgegen, die auf Beibehaltung und Bewahrung jüdischer Traditionsbestände und gar auf die Schaffung neuer jüdischer Unterscheidbarkeiten zielten. Dazu zählten demografische Besonderheiten wie etwa die schon sehr früh sinkende Sterberate, die rasch sinkende Gebürtigkeit, die niedrige Kindersterblichkeit und die hohe Lebenserwartung, die nicht allein auf der Zugehörigkeit zum Bürgertum beruhten, da die Wurzeln dieser demografischen Abweichungen bereits lange vor ihrer Verbürgerlichung gelegt worden waren, sodass schon vor der Jahrhundertmitte die zumeist noch dem Kleinbürgertum und den unterbürgerlichen Schichten angehörenden Juden Posens und Westpreußens demografisch deutlich von ihren christlichen Landsleuten abwichen.

Für Posen ist diese Abweichung von der christlichen Mehrheitsgesellschaft bereits weiter oben beschrieben worden. Auch in Berlin hielt dieser Prozess an, obschon die Säuglingssterblichkeit in der Hauptstadt für die Jahre 1819 bis 1870 um fast zwei Prozentpunkte über derjenigen von Posen lag. Das war, stärker noch als bei den Juden, auch bei Protestanten und Katholiken so, vermutlich weil die sozialen Bande der Herkunftsregionen zerschnitten waren, zugleich aber die Wohnverhältnisse in Berlin – zumindest in den Anfangsjahren – katastrophal waren. Womöglich erfuhren in dieser Situation auch die jüdischen Mütter nicht jenes Maß an Schonung, das ihnen in ihrer kleinstädtischen Heimat noch

³¹⁶ Meyer (1996b) 326.

zugestanden hatte. Mit der fortschreitenden Verbürgerlichung schließlich praktizierten jüdische Familien Methoden der Geburtenkontrolle, die durchschnittliche Kinderzahl einer jüdischen Familie in Preußen sank zwischen der Reichsgründung und der Jahrhundertwende von 4,3 auf 2,4. Damit war das religiöse Gebot, Kinder zu zeugen, de facto außer Kraft gesetzt. Stattdessen wurden nun umso mehr Mittel auf die optimale Erziehung und Ausbildung der verbliebenen zwei bis drei Kindern verwandt.³¹⁷

Für Rosenbergs Vorfahren ist die Kinderzahl nur für die letzten drei Generationen nachvollziehbar. Hermann und Golde Leyser zeugten bereits in den 1870er Jahren noch zwei Kinder, ihre Tochter gebar lediglich einen Sohn, ihr Sohn blieb gar kinderlos. Ludwig Rosenberg selbst blieb ebenfalls kinderlos, ob die wirtschaftlichen Existenznöte des Exils dazu beitrugen, lässt sich nur vermuten. Die frühe Reduzierung der Kinderzahl bei den Leysers spricht für eine weit fortgeschrittene Verbürgerlichung, zu einem Zeitpunkt, als die meisten deutschen Juden noch in Dörfern und Kleinstädten lebten. Da Golde Leyser erst kurze Zeit in Berlin lebte, ist anzunehmen, dass die Geburtenkontrolle auf Betreiben ihres Mannes geschah, der von Geburt an in Berlin gelebt hatte. Ihren beiden Kindern Hedwig und Benno ermöglichten die Leysers eine höhere Schulbildung, der Sohn erreichte die Hochschulreife und studierte anschließend. Mit dem Aufstieg ins Bildungsbürgertum erlaubten sie ihm zugleich den Ausstieg aus dem Kaufmannsberuf. Ihre Tochter ließen sie ein Lyzeum besuchen und anschließend eine musikalische Ausbildung absolvieren.

Ehen wurden in der Regel gestiftet, ursprünglich wurde zumeist ein so genannter Schadchen, ein Heiratsvermittler, eingeschaltet, dessen Aufgabe darin bestand, zwei Menschen miteinander zu verkuppeln, die hinsichtlich ihres Lebensalters, ihrer Herkunft, aber wohl auch hinsichtlich der elterlichen Vorstellungen zueinander passten. Später übernahmen auch die Eltern selbst, deren Bekannte oder gar Geschäftspartner die Eheanbahnung. Da viel Zeit auf die Ausbildung verwendet wurde, heiratete der Nachwuchs später. Bei den jüdischen Männern lag das Heiratsalter mit rund 30 Jahren generell höher als in der Gesamtgesellschaft.³¹⁸ Während Robert Leyser noch mit 26 Jahren heiratete, war sein Sohn Hermann bereits 29 Jahre alt, als er seine Frau ehelichte. Deren Schwiegersohn Moritz war wie ihr Enkel Ludwig Rosenberg immerhin schon 30 Jahre alt. Die Frauen waren mit 25 Jahren im Allgemeinen ebenso alt wie in der Gesamtbevölkerung. Pauline Leyser heiratete im

³¹⁷ *Richarz (1997b)* 15 f.

³¹⁸ Ebd. 16.

Durchschnittsalter, ihre Tochter Golde hingegen war mit 21 Jahren noch außergewöhnlich jung, deren Tochter Hedwig war 25 Jahre alt, deren nichtjüdische Schwiegertochter Margot Mützelburg bereits 28 Jahre alt, als sie Ludwig Rosenberg heiratete.

Neben der verlängerten Ausbildungsphase trug insbesondere ein weiterer Faktor zur verzögerten Heirat bei. Während des Kaiserreiches nahmen die Erwartungen an den Status des Mannes und die Mitgift der Frau mehr und mehr zu,³¹⁹ erst musste der Ehemann sich wirtschaftlich und gesellschaftlich etabliert haben, bevor er eine Frau ehelichen konnte. Womöglich verzichtete Benno Leyser, der Rechtsanwalt, auf eine Heirat, weil er nach dem Studium zunächst seine Kanzlei aufbauen musste – erst mit Mitte 40 wurde er zum Notar ernannt –, oder seine Behinderung trug dazu bei, dass er Zeit seines Lebens ledig blieb.³²⁰ Wenn die Braut ihrerseits keine ausreichende Mitgift in die Ehe einbringen konnte, so musste sie „unter Stand“ heiraten, oder ihre Eltern suchten außerhalb der Metropole nach einem Ehemann, der sich noch nicht etabliert hatte, aber befähigt schien, ihrer Tochter einen geeigneten Lebensstandard zu sichern. Vielleicht heiratete die Alteingesessene Hedwig Leyser deshalb den aus Westpreußen zugezogenen Moritz Rosenberg.

Doch nicht nur in ihren demografischen Abweichungen behielten die Juden eine Besonderheit bei, die sie von anderen Bevölkerungsgruppen deutlich unterschied. Indem sie sich die bürgerliche Kultur aneigneten, wandten sie zugleich mehr Energie auf deren Umsetzung. Nicht nur den Söhnen wurde gemäß den wirtschaftlichen Verhältnissen eine zukunftsweisende Ausbildung ermöglicht, auch die Töchter wurden umfassend auf ihre Aufgabe, ihren Kindern bürgerliche Werte und Normen zu vermitteln, vorbereitet. Dabei wurde die Frau konsequent aus ihrer ursprünglichen Rolle als Geschäftspartnerin des Mannes herausgedrängt. Auf diese Weise hielt – stärker noch als in vielen nichtjüdischen Familien des Bürgertums – in den jüdischen Familien die für das Bürgertum typische Form der polarisierten Geschlechtscharaktere Einzug.³²¹

Doch indem die Frauen und insbesondere die Mütter zugleich die wichtigsten Bewahrerinnen jüdischer Traditionen wurden, indem sie gleichermaßen dafür Sorge trugen, die bürgerlichen Normen und Verhal-

³¹⁹ Ebd.; *Kaplan* 130 ff.

³²⁰ Als Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei hätte er auf dem deutsch-jüdischen Heiratsmarkt Berlins eine Mitgift von mindestens 50000 Mark erwarten können, auch 75000 Mark wurden in Heiratsannoncen für einen Rechtsanwalt oder Arzt geboten. Ebd. 139.

³²¹ *Richarz (1997c)* 71.

tensmuster zu verinnerlichen und an ihre Kinder weiterzugeben, entstand durch Verbindung von Elementen der jüdischen Kultur und des deutschen Bürgertums eine deutsch-jüdische Subkultur³²² oder gar eine moderne Synthese von Judentum und Bürgertum, ein „jüdisches Bürgertum sui generis“.³²³

Jüdische Traditionen, eine jüdische Identität wurden aber nicht dadurch aufrechterhalten, indem auf die Befolgung religiöser Riten großer Wert gelegt worden wäre. Im Gegenteil, die Männer zogen sich aus den Synagogen mehr und mehr zurück und gaben ihre traditionelle religiöse Autorität in der Familie auf. Auch der Sabbat wurde nur selten als religiöses Fest begangen, vielmehr trafen sich viele Großfamilien traditionell am Freitagabend im Haus der Großeltern. Hier brachen denn auch immer wieder Konflikte zwischen den Generationen auf, denn während die älteren, vor 1850 geborenen Juden oftmals fromm und traditionell lebten – insbesondere wenn sie aus Posen kamen, wo die Orthodoxie noch immer sehr stark war und in dessen Kleinstadtgemeinden eine tief verwurzelte „Milieufrömmigkeit“ herrschte³²⁴ –, sah die jüngere Generation keinen Widerspruch darin, sowohl das Pessachfest mit der Sedar-tafel als auch das Weihnachtsfest mit dem Tannenbaum – freilich ohne sich dessen religiöse Bedeutung vor Augen zu führen – zu feiern. Zwar lässt sich die religiöse Orientierung der Vorfahren Rosenbergs nicht zuverlässig verorten, doch scheint unbestreitbar, dass die Leysers ihre Kinder Hedwig und Benno im Geiste der jüdischen Reformbewegung erzogen. Die meisten deutschen Juden hatten inzwischen ihr Judentum, sofern es die Religion betraf, an den Rand ihrer persönlichen Identität gestellt, wenn es in ihrem Verhalten nicht gar jedwede Bedeutung verloren hatte.³²⁵

Ein abschließender Blick auf die politischen Generationen der deutschen Juden seit dem Ende des 18. Jahrhunderts muss berücksichtigen, dass sich deren Abfolge von der Mehrheitsgesellschaft deutlich unterscheidet. In ihr spiegeln sich zugleich die zuvor genannten Aspekte der Assimilation, der Integration und der Akkulturation wider. Der Generationenaufbau folgt daher keinem gängigen Modell und versucht stattdessen, die Vorfahren Rosenbergs in die allgemeine Entwicklung der deutschen Judenheit einzubetten. Während die politische Sozialisation der Juden in Deutschland meistenteils von denselben Schlüsselereignissen beeinflusst wurde, die auch auf die christlichen Nachbarn

³²² Maurer (1992) 174 f.

³²³ Richarz (1997c) 69.

³²⁴ Lowenstein (1997) 101–122, 103. – Der Begriff der Milieufrömmigkeit wurde von Leo Baeck geprägt.

³²⁵ Meyer (1996b) 326.

einwirkten, so unterschied sich doch deren Auswirkung auf die kollektive Identität.

Während die Generation der um 1790 geborenen Juden – darunter Michael Brinckmann, der Urgroßvater Rosenbergs – in der Hoffnung auf Befreiung von staatlichen Fesseln, auf die Emanzipation in einem Stück als Lohn für die geleisteten Akkulturationsbemühungen und vor allem als Dank für ihre Beteiligung an den Befreiungskriegen aufwuchs, erlebten deren Kinder, geboren zwischen 1810 und 1825 – die Urgroßeltern-generation – das hinhaltende Vorgehen einer Bürokratie, die, in ihren Zielen uneins, beständig zwischen erneuten Beschränkungen und deren vollständiger Aufhebung schwankte. Diese Generation, unabhängig davon, ob sie in Posen oder in Berlin lebte, schloss im Vormärz ein politisches Bündnis mit dem Liberalismus, von dem sie sich auch nach der Revolution von 1848 weitere Fortschritte auf dem Weg zur vollständigen Emanzipation versprach. Auch ihre Hoffnungen auf ein Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat richteten sich auf die Liberalen, oder in den Worten Michael A. Meyers: „Vielen erschien der Liberalismus als neutraler Boden, auf dem Juden und Christen einander begegnen konnten.“³²⁶ Darüber hinaus glichen sich die politisch-sozialen Zielvorstellungen des aufgeklärten Judentums und des Frühliberalismus, das Ideal des selbstständigen, von seiner Hände Arbeit sich und seine Familie ernährenden Bürgers war beiden zu eigen. Diese Generation nahm die ihr gebotenen Chancen zum wirtschaftlichen Aufstieg, zur kulturellen Angleichung und zur politischen Teilhabe kraftvoll wahr, sei es in der angestammten Herkunftsregion, sei es fern der alten Heimat.

Auch die nachfolgende Generation – die Großeltern Rosenbergs –, geboren etwa zwischen 1840 und 1860, stieg wirtschaftlich, sozial und kulturell weiterhin auf. Ihr Streben nach vollständiger Gleichstellung verschaffte ihr – wie der vorhergehenden Generation im Vormärz – ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, der jüdischen Solidarität, die sich nicht länger auf die religiöse Praxis stützen konnte.³²⁷ Daher blieb diese Generation politisch an der Seite des Liberalismus. Als dieser sich in den 1860er Jahren in einen nationalen und einen freisinnigen oder fortschrittlichen Zweig auftrennte, spaltete sich auch die jüdische Wählerschaft, ein Großteil, etwa 60 Prozent³²⁸, rechnete sich nun zu den Freisinnigen. Zu diesem Schwenk auf die politische Linke trug in der Folge nicht zuletzt die Entstehung einer neuen antisemitischen Bewegung in den 1870er Jahren bei: Der ausgeprägte Fortschrittsglaube der deutschen Juden ließ an ein vorübergehendes Phänomen denken, dem

³²⁶ Ebd. 326.

³²⁷ Ebd.

³²⁸ Paucker (1986) 58; siehe auch Maurer (1992) 116.

durch die vermehrte Angleichung an die Mehrheitsgesellschaft die Grundlage entzogen werden könne.

Deren Kinder wiederum, in den 1860er und 1870er Jahren geboren – die Eltern Rosenbergs und sein Onkel gehören dazu –, wuchsen mit der Tatsache auf, dass die Antisemiten keineswegs an den Abweichungen oder Besonderheiten der Juden Anstoß nahmen, sondern im Gegenteil ihr weitgehendes Aufgehen in der Mehrheitsgesellschaft deren Missfallen erregte. Vom Liberalismus, der sich angesichts der deutlichen Veränderungen in der öffentlichen Meinung, der mehr und mehr um sich greifenden Gesellschaftsauffassung nach rassistischen Kriterien, als kraft- und zahnlos erwies, wandte sich ein Teil der nachwachsenden Generation der deutschen Juden – als welche sie sich einhellig sahen – vom Liberalismus ab und anderen politischen Strömungen zu. Die Sozialdemokratie hatte in ihren Augen das Erbe des Liberalismus angetreten, indem sie sowohl die Perspektive eines friedlichen Miteinanders aufwies als auch dem Antisemitismus öffentlichkeitswirksam entgegenzutreten verstand. Selbst die jüdischen Organisationen erkannten in der Sozialdemokratie mehr und mehr ein „Bollwerk gegen den Antisemitismus“. Im späten Kaiserreich überwand ein größer werdender Teil der deutschen Juden seine Skepsis gegenüber der sowohl antireligiösen wie auch antikapitalistischen Rhetorik der Sozialdemokratie, ein Fünftel der jüdischen Wähler entschied sich 1912 für die SPD.³²⁹ Dass die Juden, in ihrer Gesamtheit mittlerweile in die obere Mittelschicht vorgerückt, damit wie auch schon mit ihren Sympathien für den Linksliberalismus ihrem ökonomischen „Klasseninteresse“ zuwiderhandelten,³³⁰ bedarf keines Wortes, allein die antisemitische Rechte trieb sie dorthin, sofern sie nicht dem Zionismus oder der Neo-Orthodoxie als den beiden typischen eskapistischen Theorien zuneigten.

Wie lässt sich nun jüdische Identität um 1900 beschreiben? Hier kann die Beschreibung Thomas Nipperdeys von den Juden der alten Welt als einer besonderen Glaubens-, Rechts-, Kultur- und Volksgemeinschaft wiederum Aufschluss bieten.³³¹ Unzweideutig waren die Juden in Deutschland, auch wenn sie noch 50 Jahre zuvor in Posen oder Westpreußen als polnische Juden galten, inzwischen längst zu deutschen Juden geworden, die sich weder als polnisch noch als eigenständige Gruppe neben Deutschen und Polen begriffen. Die eigenständige Rechtsausübung hatte das Rabbinat schon sehr früh verloren, für die Juden galten daher die staatlichen Normen, lediglich in Posen behielten die jüdischen Korporationen länger als anderswo eigene Rechte ge-

³²⁹ Paucker (1987) 112; Pulzer (1997b) 271 f., 277.

³³⁰ Maurer (1992) 116.

³³¹ Nipperdey 248.

genüber ihren Mitgliedern. Aus der streng abgesonderten Glaubensgemeinschaft war eine weitgehend integrierte Gruppe geworden, deren religiöse Orientierung an den Rand ihrer Identität gerückt war. Weit stärker noch als im protestantischen Bürgertum reduzierte sich der Besuch der Synagoge auf die hohen Festtage, und in der Großfamilie diente die Tradition des freitäglichen Treffens am Sabbat längst weniger der religiösen Vergewisserung als vielmehr der Kommunikation untereinander.

Obschon sich die deutschen Juden der Kultur der deutschen Mehrheitsgesellschaft weitgehend angeglichen hatten, beharrten sie zugleich auf ihrer kulturellen Eigenständigkeit. Die deutsch-jüdische Subkultur hatte wesentliche Elemente der Mehrheitskultur verinnerlicht, sie jedoch im Prozess der Aneignung zugleich umgeformt. Sie bot der jüdischen Minderheit einen sozialen Zusammenhang, sie vereinte auch die verschiedenen, in ihrer religiösen Ausrichtung getrennten Gruppen: die neo-orthodoxen, die reformierten und die säkularen Juden. Die subkulturelle Eigenständigkeit schwand auch nicht angesichts der im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts stark anwachsenden antisemitischen Bewegung und der deutlich zunehmenden Ausgrenzung der jüdischen Minderheit. Das Judentum hatte sich eben nicht aufgelöst, sich nicht auf eine Konfession reduzieren lassen, sondern sich in eine „lebensfähige Subkultur“ transformiert, die erst in den 1920er Jahren ihren unbestreitbaren Höhepunkt erreichte.³³²

Eine kollektive jüdische Identität war entstanden, die sich von der Mehrheitsgesellschaft deutlich unterschied. Sie hatte sich einerseits durch Besonderheiten in demografischer, sozialer und beruflicher Hinsicht herausgebildet, andererseits durch das verbindende soziale Milieu, aber auch durch das kollektive Bewusstsein, gemeinsam aus unterbürgerlichen Schichten aufgestiegen und in die Mitte der Gesellschaft vorgezogen zu sein. Sie stand daher auch nicht im Gegensatz zur deutschen Mehrheitskultur, sondern verstand sich als ein selbstverständlicher Teil von ihr.³³³ Vom deutschen, nichtjüdischen Bürgertum, von dem es sich deutlich unterschied, wurde es freilich zu keinem Zeitpunkt als gleichwertig akzeptiert. Es blieb eine stigmatisierte, ausgegrenzte und von vielen sozialen Chancen und Positionen ausgeschlossene Minderheit, die in vielerlei Beziehung als unterscheidbare Gruppe erkennbar blieb. Sie blieb aber zugleich „in den Kulturstrom und den politisch-sozialen Schicksalsgang der stigmatisierenden Majorität eingebettet“.³³⁴ In der Sprache Bourdieus lässt sich dieser Befund dahinge-

³³² Maurer (1992) 157 f., 174 f.

³³³ Ebd. 178.

³³⁴ Elias (1990) 158.

hend deuten, dass es den deutschen Juden in ihrer überwiegenden Mehrheit zwar gelang, sowohl ökonomisches als auch kulturelles Kapital in einem Maße zu akkumulieren, dass sie zum Bürgertum aufschließen konnten, wohingegen es ihnen nur eingeschränkt möglich war, soziales Kapital anzuhäufen, da zwar soziale Beziehungen zu Nichtjuden problemlos möglich, jedoch nur selten ungezwungen waren.³³⁵

Norbert Elias betrachtet das deutsch-jüdische Verhältnis denn auch als eine typische Etablierten-Außenseiter-Figuration mit zwei Besonderheiten: Zum einen waren die etablierten Gruppen im Kaiserreich hinsichtlich ihres eigenen Status´ und ihrer Identität noch zutiefst verunsichert, was sich auf die Juden in ihrer traditionellen Außenseiterrolle insofern auswirkte, als dass jene Bevölkerungsgruppen, deren Status am wenigsten gesichert schien, sich am ehesten antisemitisch gebärdeten. Zum anderen blieben Juden zwar von vielen Positionen ausgeschlossen – wie am Beispiel der Juristen erläutert –, doch verhielten sie sich dort, wo sie zugelassen wurden, „durchaus nicht entsprechend dem ihnen zuerkannten Status als eine verächtliche Minderheitsgruppe“. Antisemitische Beschimpfungen ließen sie zwar keineswegs unberührt, „waren manchmal unangenehm und peinlich, aber sie drangen nicht in das Mark des eigenen Selbstwertgefühls ein“. Im Gegenteil, in den Antisemiten glaubten die deutschen Juden ungebildete oder halbgebildete Menschen zu erkennen, die sie auf dem Wege einer Gegenstigmatisierung ihrerseits verachteten.³³⁶

³³⁵ Reichardt 75 f.; Richarz (1997c) 76; Nipperdey 406.

³³⁶ Elias (1990) 162 ff.

4 Zwischen Kunst und Kommerz, 1903 bis 1928

Was mag Ludwig Rosenberg von der Geschichte seiner Familie gewusst haben? Er selbst beschreibt sich „als Tuchhändlersohn und Neffe Berliner Ärzte, Rechtsanwälte und Handwerker“³³⁷ und berichtet von einem Vetter, der während des Ersten Weltkriegs als Kriegsgefangener auf der Isle of Man interniert worden war.³³⁸ Dass sein Vater aus Westpreußen kam, war ihm erinnerlich, auch dass die Vorfahren seiner Mutter aus Berlin stammten und einer von ihnen bereits seit der Zeit der Befreiungskriege dort ansässig war.³³⁹ Der Posener Zweig blieb jedoch nicht in seiner Erinnerung haften. Posen mag allenfalls als Relikt glücklich überwundener Armut gegolten haben. Die Zugewanderten, schon gar, wenn sie vor Generationen bereits in die Stadt gekommen waren, fielen der Vergessenheit anheim. Auf den Berliner Vorfahren hingegen ruhte der Stolz der Familie. Doch konnte sich Rosenberg mancher Details, so des Vornamens seiner Großmutter und des Geburtsortes seines Vaters nicht mehr korrekt erinnern.³⁴⁰ Ohnehin hatte er sich in seiner Jugend augenscheinlich von seiner Verwandtschaft ferngehalten, denn 1940, während seiner Internierungshaft auf der Isle of Man, brachte er seine Haltung ihnen gegenüber auf den Punkt:³⁴¹

Ich hatt´ im Leben viel Bekannte –
Und leider auch sehr viel Verwandte –
Doch Freunde hab´ ich nur ein paar –
Weil ich damit sehr sparsam war.

Und Gertrude Undang, eine Cousine Rosenbergs, trug sich am 29. Dezember 1965 nach einem Besuch im Höseler Domizil ihres Veters in dessen Gästebuch ein, sie habe sich gefreut, nach dreißig Jahren ihren Kusin [sic!] wiederzusehen und seine Frau kennenzulernen.³⁴² Letztendlich waren sie noch vor 1933 vermutlich bei einer Familienfeier zusammengekommen, ohne sich jedoch näher kennen zu lernen, denn Rosenberg war immerhin bereits seit 1925 mit Margot Mützelburg liiert.

³³⁷ *Feiden*. – Über die genannten Ärzte in der Familie Rosenbergs ließ sich nichts in Erfahrung bringen.

³³⁸ *SFB-Rundfunkinterview (1969)* 4.

³³⁹ Ebd. 1; *Akademie Kontakte der Kontinente* 5.

³⁴⁰ Seiner Großmutter Golde Leyser gab er fälschlich den Namen Olga. Notariatsurkunde des Notars Karl Römer, Düsseldorf, 24.1.1957, Landesverwaltungsamt Berlin, Entschädigungsakte Benno Leyser, Bl. M15. Irrtümlich sah er Rosenberg als Geburtsort seines Vaters an. Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bl. 2.

³⁴¹ Ludwig Rosenberg, Seinem lieben Freunde Henry de Buys Roessingh zu seinem Geburtstage am 1. Dezember 1940, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102.

Ein bürgerliches Elternhaus

Das Licht der Welt erblickte Ludwig Rosenberg an einem Montag im Frühsommer des Jahres 1903, am 29. Juni. Er war eines von 4680 Kindern, die 1903 in der Stadt Charlottenburg geboren wurden.³⁴³ Ein, zwei Jahre zuvor hatten seine Eltern geheiratet, beide waren im für die deutschen Juden typischen Heiratsalter, Ludwig blieb ihr einziges Kind. Ihre erste Wohnung nahmen sie in unmittelbarer Nähe des Schlosses Charlottenburg. Über die elterliche Ehe, ihr Zustandekommen und ihren Verlauf, ließ sich nichts in Erfahrung bringen. Ob es sich um eine gestiftete Ehe handelte, bei der die Eheschließung eher den Charakter einer ökonomischen Transaktion zweier wirtschaftlich rational handelnder Familien zum beiderseitigen Vorteil annahm,³⁴⁴ ist nicht bekannt. Marion A. Kaplan jedenfalls hat in ihrer Untersuchung der Heiratsstrategien der deutschen Juden im Kaiserreich gezeigt, dass jüdische Ehen in der Regel von Eltern, Bekannten oder Geschäftspartnern vermittelt wurden. Um jedoch dem geltenden bürgerlichen Ideal der Liebesheirat entgegen zu kommen, legten die Eltern der Braut großen Wert darauf, den Anschein zu erwecken, die Ehe basiere allein auf der freien Entscheidung der beiden Ehepartner.³⁴⁵ Doch noch immer hielten es um 1900 junge Frauen aus dem Bürgertum für selbstverständlich, wenn ihr Vater sie aufforderte: „Trudchen, zieh dir ein weißes Schürzchen an, du sollst dich heute verloben.“³⁴⁶

Die Verbindung des Tuchhändlers Moritz Rosenberg und Hedwig Leysers, der Tochter eines Konfektionärs, lässt jedenfalls das dahinter liegende Arrangement erahnen. Die verhältnismäßig schlechte Lage der ersten Wohnung des jungen Paares lässt auch einen Schluss auf die gezahlte Mitgift und damit auf die doch eher bescheidenen ökonomischen Möglichkeiten der Leysers zu. Gleiches gilt für die ländliche Herkunft des Ehemannes,³⁴⁷ denn je weniger Mitgift ein Vater seiner Tochter mitgeben konnte, desto eher musste sie eine Heirat „nach unten“ in Kauf nehmen. Womöglich wurde dem Schwiegersohn jedoch eine Beteiligung am Geschäft und dessen Übernahme nach dem Ableben der Schwiegereltern in Aussicht gestellt. Üblicherweise wurden solche Einzelheiten bis ins kleinste Detail in einem eigens angefertigten Ehevertrag festgehalten, vielleicht aber begnügte man sich bereits mit einer vor

³⁴² Ebd., Kasten 15.

³⁴³ *Statistisches Jahrbuch der Stadt Charlottenburg* 22.

³⁴⁴ *Maurer (1991)* 150 f.

³⁴⁵ *Kaplan* 133.

³⁴⁶ Zitiert nach ebd. 134.

³⁴⁷ Es finden sich für die Zeit vor seiner Hochzeit keine Hinweise auf einen Wohnsitz Moritz Rosenbergs in Berlin oder Charlottenburg.

Zeugen gesprochenen mündlichen Zusage.³⁴⁸ Erst nach dem Tod seines Schwiegervaters 1915 wurde Moritz Rosenberg Inhaber des Geschäftes für Herrenkonfektion. Im gleichen Jahr musste er in den Krieg ziehen. Während seiner Abwesenheit übernahm seine Frau die Leitung des Geschäftes.³⁴⁹

Trotz des leichten gesellschaftlichen Abstiegs seiner Mutter wuchs Ludwig Rosenberg „in einer Umwelt mittelständischer Wohlhabenheit auf, in einer ihres Bürgertums bewußten jüdischen Familie, die einerseits preußisch dachte und lebte, andererseits offen war für die künstlerischen und vor allem literarischen Strömungen jener Zeit“.³⁵⁰ Dass die Familie zugleich staatstreu und daher monarchistisch und bürgerlich-liberal eingestellt war,³⁵¹ steht in keinem Gegensatz zur kulturell anregenden, musischen Atmosphäre. In der zeitgenössischen deutsch-jüdischen Memoirenliteratur findet sich das Motiv der künstlerisch begabten Mutter recht häufig. So schildert der Sozialwissenschaftler Reinhard Bendix, dass seine Mutter mit ihrer Hochzeit eine Bühnenkarriere als Schauspielerin aufgab.³⁵² Auch der Arzt und Schriftsteller Martin Gumpert, der spätere Ehemann einer Großnichte des Verlegers Rudolf Mosse, beschreibt in seiner Autobiografie „Hölle im Paradies“, dass seine Mutter die Dresdner Opernschule besucht habe, dann aber geheiratet und alle Bühnenpläne aufgegeben habe.³⁵³ Schließlich sei auf Elias Canetti verwiesen, dessen beide Eltern Schauspieler werden wollten, „wenn dieser Berufswunsch nicht allzusehr gegen die Familientradition verstoßen hätte“.³⁵⁴

So verzichtete auch Hedwig Rosenberg auf jeglichen öffentlichen Auftritt als Sängerin. Daheim aber, in der eigenen Wohnung, „gab es regelmäßig Kammermusikabende, die mich schon als Junge faszinierten“, wie ihr Sohn später schilderte. „Früh nahm mich die Mutter in Konzerte und Opern mit.“ Auf diese Weise wurde ihm die Musik „zu einem wichtigen Bestandteil des Lebens“.³⁵⁵ Sicher ging die musikalische Prägung hier über die in jüdisch-bürgerlichen Familien übliche Hausmusik mit den Kindern hinaus. Ohnehin blieb die Aufgabe der kulturellen Unterweisung, wozu meist auch die gemeinsame Lektüre der literarischen Klassiker trat, ebenso der Mutter vorbehalten, wie die sittliche

348 Vgl. Kaplan 143 f.

349 *Leben für die Freiheit* (1970) 8.

350 *Akademie Kontakte der Kontinente* 5.

351 Ebd. 6; Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bl. 2.

352 *Bendix* 116.

353 *Gumpert* 20.

354 *Petersen* 9.

355 *Akademie Kontakte der Kontinente* 6.

und kulturelle Erziehung der Kinder zur Bürgerlichkeit im Allgemeinen.³⁵⁶

Dagegen machten sich die Väter in der Erziehung des Nachwuchses zumeist rar. Das galt aufgrund der Trennung von Wohnung und Geschäft allgemein für das Bürgertum, doch während nichtjüdische Familienväter allzu oft Frau, Kinder und Hausangestellte im Kommandoton eines Reserveoffiziers befehligten und sich als Haustyrannen aufführten, blieb der Lebensstil des jüdischen Bürgertums von der Militarisierung verschont, zumal Juden in der Regel die Offizierslaufbahn verwehrt blieb. Jüdische Ehepaare arrangierten sich zumeist dahingehend, dass der Mann in beruflichen Belangen entschied, während er zugleich respektierte, dass das Haus und damit auch die Erziehung der Kinder zur Sphäre seiner Frau zählte, in der sie allein entscheiden konnte.³⁵⁷ Daher werden Väter in der deutsch-jüdischen Memoirenliteratur zumeist als abwesend erlebt.³⁵⁸ Und während sie auf ihre Söhne oftmals einen hohen Anpassungs- und Erwartungsdruck ausüben, der die Ursache zahlreicher familiärer Generationskonflikte bildet, bleibt das Mutter-Sohn-Verhältnis weitgehend spannungsfrei.³⁵⁹

Ludwig Rosenberg bildet da keine Ausnahme. Wenn er seine Familie beschreibt, geht er warmherzig auf seine Mutter ein. In starkem Kontrast zu den durch sie erfahrenen kulturellen Prägungen steht der durch den Vater vermittelte Tugendkanon. So schildert er, er sei in dem Bewusstsein aufgewachsen, dass der erworbene Wohlstand keineswegs selbstverständlich sei, sondern harter Arbeit und fortwährender Anstrengung bedürfe: „Schon als ich ein Kind war oder als ich ein Junge war, wurde ich von meinen Eltern – und insbesondere von meinem Vater – immer wieder darauf hingewiesen, daß das Leben, das wir führten, die Tatsache, daß ich auf ein Realgymnasium gehen konnte, die Tatsache, daß es uns wirtschaftlich relativ gut ging und wir ein gutgehendes Geschäft hatten, keine Selbstverständlichkeit in dieser Welt war [...]“³⁶⁰ Auf diese

³⁵⁶ *Richarz (1997c) 72 f.*

³⁵⁷ Ebd. 71 f. – Zuvor, in den Jahren des Aufbaus einer bürgerlichen Existenz, hatten jüdische Frauen im Geschäft mitgewirkt, diese Rolle mit dem sozialen Aufstieg jedoch eingebüßt. Ebd. 72.

³⁵⁸ Ebd. – *Klika 209* hingegen schätzt die jüdische wie nichtjüdische Memoirenliteratur des Kaiserreichs anders ein: Mütter werden von ihren Söhnen kaum oder gar nicht erwähnt, Väter aber ausführlich geschildert. Allerdings sprechen die bei *Klika* zitierten Belegstellen eher für die Erinnerung an den strafenden, womöglich tyrannischen Vater. In gleicher Weise beschreibt *Budde 407* das Erleben der Väter in den ersten Lebensjahren, sie werden meist „als zunächst wenig interessierte, später respektgebietende und zunehmend räumlich und emotional distanzierte Randfiguren“ aufgefasst. In den Tagebüchern Franz Kafkas beispielsweise dominiert eindeutig die Mutter. *Wagenbach (1991) 14.*

³⁵⁹ *Budde 407 f.*

³⁶⁰ *SWF-Rundfunkinterview (1973) 3.*

Weise verinnerlichte der Junge schon frühzeitig Verhaltensdisziplin und die damit verbundene Leistungsmotivation.³⁶¹

Neben der musikalischen Mutter und dem strengen Vater spielte eine dritte Person eine wichtige Rolle in der Sozialisation des jungen Rosenberg. Sein Onkel Benno, der halbseitig gelähmte Rechtsanwalt, zeitlebens unverheiratet, weckte in dem Jungen vor allem in den Jahren des Ersten Weltkriegs, als sein Vater zum Militär eingezogen war und die Mutter seine Rolle im Geschäft übernahm, die Begeisterung für geistige Beschäftigung. Rosenberg schildert die Gespräche mit seinem Onkel recht ausführlich und voller Wärme: „Fast Abend für Abend saß ich mit meinem Onkel zusammen, der mir in sorgfältiger Auswahl aus philosophischen, literarischen und politischen Büchern vorlas, mit mir diskutierte und mich zu eigener Lektüre anregte. Er erklärte mir, was in der Welt des Geistes und der Politik vorging, und erläuterte aus der Geschichte die Wege der Menschheit. So erweckte er in mir eine tiefe Liebe zu Literatur und Kunst. Mit ihm besuchte ich Theaterpremieren, und über den Inhalt der Stücke gab es dann lange nächtliche Gespräche, in denen er mir nie seine Meinung aufzwang, sondern mich zu selbständigem Denken und eigener Urteilsfähigkeit erzog. Er war ein allem Modernen aufgeschlossener Mann und dennoch ganz in der Tradition und Lebensart der Familie verhaftet, die in ihrem Denken und ihrer geistigen und politischen Haltung alles andere als revolutionär war.“³⁶² Benno Leyser wurde der erste Mentor und Förderer des jungen Rosenberg. Dessen Faszination für seinen Onkel blieb über das Ende des Kriegs und die Rückkehr des Vaters hinaus bestehen.

Aus der Memoirenliteratur der Jahrhundertwende ist der lebenslustige, noch unverheiratete Onkel nicht wegzudenken. Er verfügte über die Zeit, die den Vätern oftmals abging, sich intensiv mit den Kindern zu beschäftigen, ohne dabei die elterliche Autorität auszuüben. Positiv gewendet ließ er den Kindern vieles durchgehen, was die Eltern längst unterbunden hätten. Gunilla-Friederike Budde beschreibt deren Rolle so: „Anders als die übrigen Erwachsenen zeigten die Onkel Verständnis für kindliche Wünsche und Werte und partizipierten an ihren Phantasien. Als beliebte Anstifter und Anführer von ansonsten strikt untersagten Unterfangen bejubelten deshalb ihre Neffen und Nichten ihre mehr oder weniger regelmäßigen Besuche. [...] Auf diese Weise schufen die Onkel ungewohnte Frei- und Spielräume, ohne daß die Erwachsenenwelt als sanktionierende und strafende Instanz eingriff.“³⁶³ Zumeist

³⁶¹ *Gestrich* (1999) 94.

³⁶² *Akademie Kontakte der Kontinente* 6.

³⁶³ *Budde* 269; siehe auch *Klika* 292 ff.

beendet die Hochzeit das Leben des Onkels als „fideler Filou“,³⁶⁴ doch wenn die Onkel – aus welchen Gründen auch immer – die Ehe mieden, blieb ihr Einfluss auf die Neffen und Nichten oftmals über die Kindheit hinaus erhalten. Wie Rosenbergs Onkel Benno so blieb auch Franz Kafkas Lieblingsonkel Siegfried, ein Landarzt mit einer umfangreichen Bibliothek, unverheiratet und Anstifter geistig-kultureller Auseinandersetzungen.³⁶⁵

Neben Eltern und Onkel prägten Spielkameraden die Sozialisation des jungen Ludwig, auf deren Auswahl seine Eltern in ungewohnter Richtung Einfluss nahmen. Rosenberg erinnert sich, „wie nachdrücklich meine Eltern immer dafür sorgten, daß ich nicht nur mit den Kindern unserer Kreise, sondern auch mit Arbeiterkindern Kontakt hatte, mit ihnen spielte und in ihrer Welt Erfahrungen sammelte.“³⁶⁶ Einer der Orte, die Rosenberg schon früh als Kleinkind aufgesucht haben wird, war der Park des Charlottenburger Schlosses, der sich weitläufig unmittelbar hinter der ersten elterlichen Wohnung erstreckte. Noch Jahrzehnte später erinnerte er sich, „daß er in seiner Kindheit oft in diesem schönen Park spazierengegangen ist“.³⁶⁷

Daraus lässt sich nun aber gerade nicht schließen, dass der Junge auf der Straße aufgewachsen und dort maßgeblich sozialisiert worden sei, wie es auf seine proletarischen Altersgenossen noch überwiegend zutraf. Die Straße mit ihren weitgehend selbstkontrollierten Freiräumen war im Bürgertum allgemein längst von einer verhäuslichten Kindheit abgelöst, die bürgerliche Jugend damit oft von der Erfahrungswelt der Straße abgeschnitten und der Lebensbereich der Kinder auf den von der Mutter dominierten Haushalt beschränkt worden.³⁶⁸ Doch versuchten Rosenbergs Eltern geradezu, diesem Prozess der Verhäuslichung und der Kontrolle über den Umgang, den die Kinder pflegen durften, entgegenzuwirken, indem sie ihren Sohn mit Arbeiterkindern spielen ließen. Damit wiesen sie ihm die Erkenntnis, dass es neben der eigenen bürgerlichen eine andere, weniger komfortable Lebenswelt gab. Denselben Effekt dürfte gleichwohl auch der Kontakt mit den „klassenfremden“ Dienstboten aus unterbürgerlichen Schichten im großelterlichen Haushalt gehabt haben, während daheim im elterlichen Haushalt vermutlich kein Personal lebte. Jedoch wird regelmäßig eine

³⁶⁴ Budde 269.

³⁶⁵ Wagenbach (1991) 14 f.

³⁶⁶ Akademie Kontakte der Kontinente 6.

³⁶⁷ So Kurt Nemitz in seiner Laudatio auf Ludwig Rosenberg anlässlich der Verleihung des Freiherr-vom-Stein-Preises am 17.10.1977 in Schloss Charlottenburg, sechs Tage vor Rosenbergs Tod. *Stiftung F.V.S. zu Hamburg* 15.

³⁶⁸ Gestrich (1999) 94; zum Prozess der Verhäuslichung der Kindheit Zinnecker (1990) 142; vgl. zum Phänomen des Straßenkindes allgemein ders. (1979).

Frau zum Waschen und Putzen in die Wohnung gekommen sein.³⁶⁹

Die außerhäusliche Sozialisation auf der Straße wird in Rosenbergs Leben allenfalls die früheste Kindheit umfasst haben, spätestens mit dem Beginn des Schulbesuchs, der etwa zeitgleich mit dem Umzug in eine bürgerlichere Gegend der Stadt verbunden war, wird der häusliche Bereich an Bedeutung gewonnen haben. In diesen Zeitraum fällt auch die erste eigene Begegnung mit der Literatur, zuvor hatte ihm noch die Mutter vorgelesen. Zunächst verschlang er die klassischen Abenteuerromane von Karl May und Jules Verne. Für die Kinderbücher des später von ihm so hoch geschätzten Erich Kästner kam er zu früh, Kästner schrieb sein erstes und bekanntestes Kinderbuch „Emil und die Detektive“ erst 1928. Die Theaterstücke Ibsens und Hauptmanns lösten später die Romane Mays und Vernes ab. Daneben beschäftigte Rosenberg sich schon früh mit Geschichte, sei es in historiografischen Erzählungen wie Theodor Mommsens literarisch brillante „Römische Geschichte“ oder aber in historischen Romanen wie Alexandre Dumas’ „Die drei Musketiere“ und Felix Dahns „Kampf um Rom“.³⁷⁰

Mit den Romanen Mays drang um die Jahrhundertwende die Idee des Männerbundes, mit dem das in der Familie dominierende Weibliche in den Hintergrund gedrängt werden sollte, in die Kinderzimmer der männlichen Bürgerjugend ein. May bot eine Antwort auf die Frage, „wie sich ein Volk trotz moderner Zivilisation und Technik seine Seele bewahren kann“, indem er auf „Lösungen fern der korrumpierenden, erdrückenden Nahwelt, gewissermaßen auf Lösungen in künstlichen Paradiesen, in abenteuerlichen Fernen, in phantasievollen Utopien, aber auch im sich bewahrenden Inneren des Individuums“ abhob. Politische Lösungen hingegen blendete May vollständig aus; „Gesellschaftsreform reduzierte sich auf Individualreform“.³⁷¹ Womöglich erging es Rosenberg beim Lesen Mays wie dem jungen Marcel Reich-Ranicki, der gegen den Autor alsbald eine tiefe Abneigung empfand, weil es ihm auf die Nerven ging, dass immer ein Deutscher den Bedrängten hilft und die Bösewichter vertreibt. Dahns „Kampf um Rom“ beschreibt Reich-Ranicki als „ein mit Kontrasteffekten glänzend operierendes Riesenfresko, dessen Figuren sich mir, gewiß nicht zufällig, am stärksten eingepägt haben. Doch nicht der tollkühne, der stets an der Spitze seines Heeres heroisch kämpfende Belisar beeindruckte mich in Dahns Roman, sondern der körperlich schwache und gelähmte, der meist in einer Sänfte getragene Feldherr Narses, ein Stratege, der allen anderen hoch

369 Vgl. *Budde* 410.

370 *Schuster* 13 f.

371 *Reulecke* 18.

überlegen ist.“³⁷²

Unschwer lässt sich hier das Motiv des aufgrund äußerlicher Merkmale stigmatisierten Außenseiters erkennen, der mit Hilfe seiner intellektuellen Fähigkeiten die Überlegenheit über andere erringen will. Womöglich empfand der junge Rosenberg ebenso, als er das Buch las, und identifizierte sich und sein Stigma, Jude zu sein, mit der Figur des Narses. Vermutlich war er im Alter von dreizehn, vierzehn Jahren, zu einem Zeitpunkt also, als die radikale Rechte, in dem Bemühen, nachweisen zu wollen, dass sich die Juden vor ihrer Militärpflicht drückten, Einfluss auf die Oberste Heeresleitung unter Erich Ludendorff gewonnen und die so genannte Judenzählung im deutschen Militär durchgesetzt hatten. Tatsächlich wollten die Antisemiten, indem sie die Juden öffentlich brandmarkten und damit deren Teilhabe an der deutschen Nation in Frage stellten, den Aufstieg von Juden in Militär und Politik stoppen. Die Ergebnisse der Judenzählung sind niemals veröffentlicht worden, doch hatte sie maßgeblich zu einer vorübergehenden Entfremdung der Juden von der deutschen Gesellschaft beigetragen, sie hatte die Juden an ihren Status als „Deutschlands Stiefkinder“ (Jacob Toury) erinnert.³⁷³ Auch an einem Dreizehnjährigen konnte ein solcher Umschwung in der öffentlichen Meinung nicht spurlos vorübergegangen sein, zumal wenn er sich politisch interessiert zeigte und sein Vater an der Front in den Schlachten bei Douaumont und Verdun³⁷⁴ kämpfte. Wenn er sich bis dahin seiner Zugehörigkeit zum Judentum nicht bewusst gewesen war, so wurde er nun mit der Nase darauf gestoßen.

Über die Erziehung zum Judentum, die religiöse Erziehung Rosenbergs ist nichts bekannt. In der deutsch-jüdischen Memoirenliteratur findet sich häufig das Motiv, dass die Kinder in religiösen Belangen nicht unterwiesen wurden. Manchen war als Kind „nicht bewusst, Jude zu sein“. So jedenfalls schildert es Reinhard Bendix in seinen Erinnerungen: „Ich wuchs mit Zitaten aus den deutschen Klassikern, nicht aus der Bibel oder dem Talmud auf.“³⁷⁵ Auch Elias Canettis Vorfahren gingen keiner

³⁷² Reich-Ranicki 36 f.

³⁷³ Pulzer (1997a) 367 ff.

³⁷⁴ SFB-Rundfunkinterview (1969) 2. – Im Typoskript heißt es irrtümlich Duomont, doch handelt es sich eindeutig um das Panzerfort Douaumont unweit von Verdun-sur-Meuse. In der Schlacht um Verdun von Februar bis Dezember 1916 versuchte die deutsche Militärführung die gegnerischen Truppen der Franzosen und Briten in einer ungeheuren Materialschlacht zu zermürben. Die Festung Douaumont war wegen ihrer beherrschenden Lage hart umkämpft, ein zeitgenössischer Bericht beschreibt das Grauen in pathetischen Worten: „Wahre Blutströme ergossen sich über jeden Meter breit Erde.“ (Gebhardt 635) Auf beiden Seiten mussten rund 700000 Soldaten auf einem wenige Quadratkilometer großen Gelände östlich der Maas (französisch Meuse) für eine letztlich erfolglose „Ausblutungsstrategie“ ihr Leben lassen.

³⁷⁵ Bendix 219.

„betont religiösen Lebensweise“ nach,³⁷⁶ und Franz Kafka warf seinem Vater gar ein „Nichts von Judentum“ vor. Doch während Kafka zeitlebens an dem „Mangel jedes festen jüdischen Bodens unter den Füßen“ litt,³⁷⁷ vermisste Martin Gumpert die jüdischen Traditionen nicht, auch habe er niemals in Deutschland einen Antisemiten kennen gelernt.³⁷⁸ Der zu Beginn des 20. Jahrhunderts sehr erfolgreiche Schriftsteller Jakob Wassermann versuchte selbst, Gott zu fassen, durch „einsames Denken und später Gespräche mit einem Freund“, jedoch entstand „ein pantheistisches Wesen ohne Gesicht, ohne Charakter, ohne Tiefe, Resultat von Zeitphrasen, beschworen allein durch das Verlangen nach einer tragenden Idee“.³⁷⁹

Etwa im gleichen Alter, mit dreizehn Jahren, wird ein jüdischer Junge in die Gemeinschaft der erwachsenen Juden aufgenommen. Die Bar Mizwa-Feier ist ein *rite de passage*, kein Glaubensbekenntnis. Gemäß dem jüdischen Brauch findet der Junge nun Aufnahme in der Gemeinschaft der Erwachsenen, er übernimmt die Pflichten eines Erwachsenen und gelobt Treue zu den Geboten des Judentums. Im liberalen Judentum galt die Feier als Quasikonformation, zu der den Jungen bürgerlich-deutsche Klassiker geschenkt wurden. Seit 1910 erhielt außerdem beinahe jeder jüdische Junge zu seiner Bar Mizwa Leo Baecks „Wesen des Judentums“.³⁸⁰ Wie vielen erschien auch Franz Kafka im Nachklang seiner Erinnerungen das Ritual der Bar Mizwa als ein „lächerliches Auswendiglernen“ oder gar, wie es Reinhard Bendix´ Vater erinnerte, als Kindesmisshandlung. Bendix junior hingegen sah die Feier, die den Charakter eines Familienfestes angenommen hatte, „jeden traditionellen Glaubensinhaltes“ beraubt. Marcel Reich-Ranicki wiederum widersetzte sich, obschon selbst ungläubig, nicht dem Ritual, „vielleicht deshalb, weil dies alle jüdischen Mitschüler ohne Widerspruch mitmachten, vielleicht aber, weil ich mir die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollte, einmal im Mittelpunkt zu stehen und Geschenke zu erhalten“.³⁸¹

So dürfte es auch Rosenberg gehalten haben, obschon denkbar ist, dass aufgrund des Kriegsdienstes seines Vaters die Bar Mizwa bis zu dessen Rückkehr verschoben werden musste. Sicher jedoch ist, dass

³⁷⁶ Petersen 8.

³⁷⁷ Wagenbach (1958) 176.

³⁷⁸ Gumpert 37 f.

³⁷⁹ Wassermann 16 f.

³⁸⁰ Nipperdey 405. – Der jüdische Theologe Leo Baeck, Dozent an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin und dort bis zu seiner Deportation nach Theresienstadt 1943 der letzte Rabbiner in der Reichshauptstadt, verfasste seine Schrift in Erwiderung auf das populäre Werk „Wesen des Christentums“ des protestantischen Theologen Adolf Harnack, in dem dieser seine Berliner Vorlesungen von 1899/1900 zusammengefasst hatte.

³⁸¹ Wagenbach (1991) 29; Bendix 56, 220 f.; Reich-Ranicki 56. – Vergleichbare Einschätzungen finden sich auch bei Konfirmanden.

Rosenbergs Eltern ihren Jungen ausdrücklich mit Kindern aus Arbeiterfamilien spielen ließen. Dieser Umgang schließt nachgerade ein, dass dem Jungen schon vor der Schulzeit Kontakte über die Konfessionsgrenzen hinweg selbstverständlich waren, zumal jüdische Arbeiterkinder in Charlottenburg seltener als in Alt-Berlin anzutreffen waren, wohin mittlerweile recht zahlreich so genannte Ostjuden zugezogen waren. Dementgegen stellten Spielgefährten aus anderen Konfessionen für nichtjüdische Bürgerkinder eher eine Ausnahme dar.³⁸²



Abbildung 12: Blick in die Lohmeyerstraße, Ecke Berliner Straße (heute Otto-Suhr-Allee), in Charlottenburg um 1909. Das Haus Lohmeyerstraße 4 befindet sich auf der linken, hier nicht sichtbaren Straßenseite

Bis zu Rosenbergs 18. Geburtstag zogen seine Eltern zweimal mit ihm um, wobei sich die Wohnumgebung jedesmal deutlich verbesserte. Seine ersten Lebensjahre verbrachte er in unmittelbarer Nähe zum Charlottenburger Schloss, in einem Mietshaus an der Spandauer Straße (heute Spandauer Damm), das etwa 1902 für rund 50 Mietparteien errichtet worden war.³⁸³ Für seine Mutter muss es ein deutlicher Abstieg gegenüber der kurz zuvor bezogenen repräsentativen Neubauwohnung ihrer Eltern am Wilhelmsplatz gewesen sein, in der sie selbst noch drei Jahre bis zu ihrer Hochzeit 1902 verbracht hatte. Doch ihr Mann musste sich zunächst arrivieren, musste sich geschäftlich gegen die zu-

³⁸² Budde 381.

³⁸³ Nach dem *Berliner Adreßbuch* von 1902 war das Haus Spandauer Straße 17 soeben abgebrochen worden, 1908 wohnten die Rosenbergs, die 1902 noch nicht in einer eigenen Wohnung gemeldet waren, in dem Neubau.

nehmende Konkurrenz der Charlottenburger Konfektion in den neuen Wohn- und Geschäftsvierteln entlang des Kurfürstendamms durchsetzen und musste wohl auch sein Können gegenüber seinem Schwiegervater unter Beweis stellen. Die erste Wohnung des jungen Ehepaares lässt jedenfalls nicht darauf schließen, dass mit der Heirat, wie es eine Broschüre über ihren Sohn Ludwig aus den 1960er Jahren formuliert, „ein neuer Abschnitt im Lebensstil der beiden Familien“ Leyser und Rosenberg begonnen habe.³⁸⁴ Sicher aber brachte Moritz Rosenberg als Tuchhändler nützliche Kenntnisse und Fertigkeiten in das Geschäft seines Schwiegervaters ein, die diesem bei der Auswahl und Beschaffung geeigneter und günstiger Stoffe zugute kamen.



Abbildung 13: Blick in die Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Berliner Straße (heute Otto-Suhr-Allee), in Charlottenburg um 1909. Die elterliche Wohnung in der Kaiser-Friedrich-Straße 103 lag im zweiten Gebäude auf der linken Straßenseite

Nach wenigen Jahren, 1909 oder 1910, hatte der Vater bereits die notwendigen Mittel erworben, um sich eine bessere, komfortablere Wohnung in der Lohmeyerstraße 4 zu nehmen. Womöglich aber hatte auch seine Frau darauf gedrängt, in eine angemessenere, ihrem Lebensstil gemäßere Wohngegend zu ziehen, denn im deutsch-jüdischen Bürgertum war es zumeist die Aufgabe der Frau, die Wohnung im richtigen Wohnviertel und die passende Einrichtung auszuwählen.³⁸⁵ Die neuen Wohnhäuser nahe der Berliner Straße boten sich geradezu an. Noch wenige Jahre zuvor hatte hier der so genannte Schwarze Graben, ein

³⁸⁴ Akademie Kontakte der Kontinente 5.
³⁸⁵ Richarz (1997c) 73.

offener stinkender Abwasserkanal, die ehemaligen königlichen Küchengärten durchzogen. Erst die Anlage unterirdischer Kanäle erlaubte es, das Gelände zwischen der Inneren Stadt und dem Schloss-Viertel zu bebauen. Die Straße, benannt nach dem kurz zuvor verstorbenen Charlottenburger Jugendschriftsteller Julius Lohmeyer³⁸⁶, verband zunächst die Berliner Straße in nördlicher Richtung mit dem Spreeufer und wurde im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts bebaut. Bis 1910 wurde die Straße nach Süden verlängert und mündete in die Kaiser-Friedrich-Straße, die ihrerseits als Verbindung von Wilmersdorf und dem S-Bahnhof Charlottenburg mit dem Schloss diente. Auch hier wurde das nördlichste Teilstück erst im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ausgebaut und bebaut.³⁸⁷

Von der Lohmeyerstraße aus trennten Moritz Rosenberg nurmehr rund 500 Meter vom Laden seines Schwiegervaters. Zwar verzeichneten ihn die Adressbücher noch immer nicht als Inhaber, und der Laden sollte bis zu seinem Verkauf 1928 auf den Namen Leysers eingetragen bleiben, doch schon vor seinem Tod zog sich Hermann Leyser aus seinem Geschäft zurück, übergab es dem Ehemann seiner Tochter und führte fortan das Leben eines Rentiers oder Privatiers. Kurz vor Weihnachten des Jahres 1915, am 20. Dezember, verstarb Hermann Leyser 68-jährig im Städtischen Krankenhaus Westend, dem ersten modernen Großklinikum der Stadt, an Mastdarmkrebs. Ein Jahr später, am 9. Dezember 1916, starb in ihrer Wohnung auch seine erst 60-jährige Witwe Golde „infolge Krebses und Ergusses im Brustfell“, wie es die Unterlagen des Jüdischen Friedhofs Weißensee wiedergeben. Hier in Weißensee wurden die beiden, wie vor ihnen bereits ihre Eltern, begraben.

³⁸⁶ Lohmeyer, geboren 1834 in Neiße, verstarb 1903 in Charlottenburg. Seine Werke, vor allem Jugendbücher, die er in der Reihe „Julius Lohmeyers Vaterländische Jugendbücherei für Knaben und Mädchen“ herausgab, und die von ihm gegründete Zeitschrift „Die deutsche Jugend“ galten dem preußischen Unterrichtsministerium als „Muster guter Jugendliteratur“. *Deutsche Biographische Enzyklopädie* VI 463.

³⁸⁷ Gundlach I, Beilage XXXI; *Erbe* (1980a) 231.

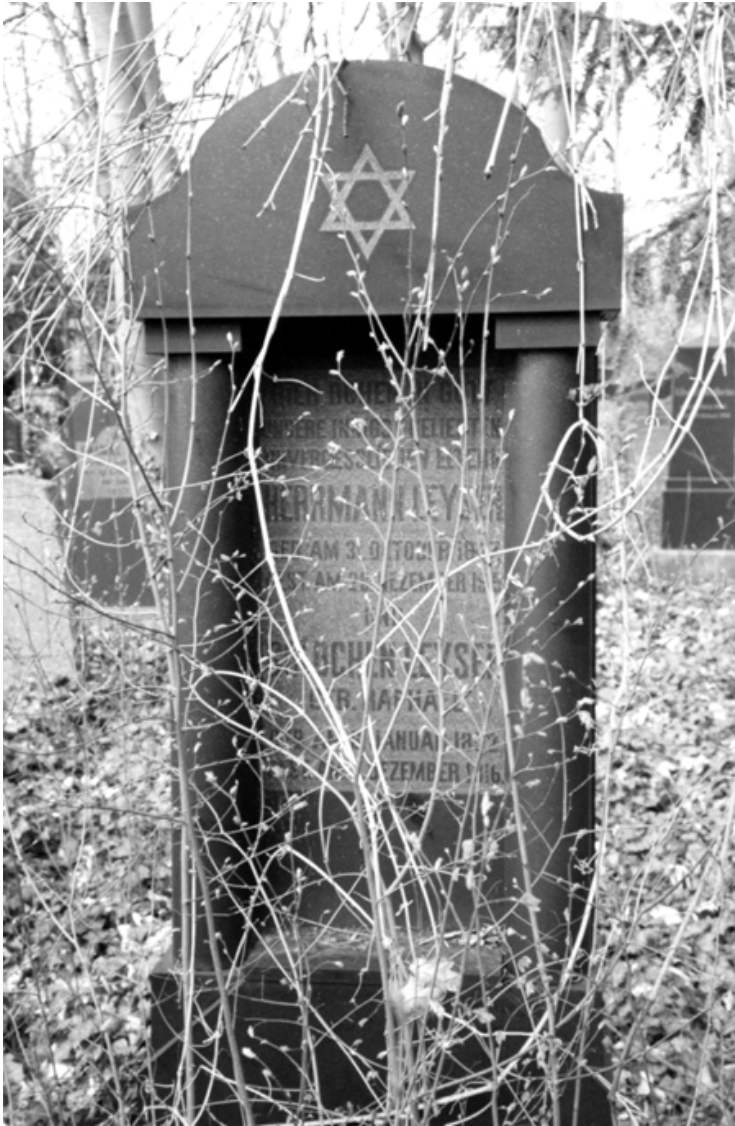


Abbildung 14: Grab von Golde und Hermann Leyser, der Großeltern Rosenbergs, auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee (Aufnahme 2002)

Der jüdische Friedhof in Weißensee erweist sich als exakter Spiegel der wilhelminischen Klassengesellschaft, während an den Rändern der Gräberfelder, den Vorderhäusern in den Prachtstraßen gleich, große Familien-Erbbegräbnisse lagen, befand sich die Masse der Gräber innerhalb der Felder, gleichsam in den Hinterhöfen. Dort gab es kleine Reihenstellen für jeweils eine Person, aber auch mittlere Wahlstellen, die Platz für den überlebenden Ehegatten boten. Die Kinder und Erben von Hermann und Golde Leyser erwarben für ihre verstorbenen Eltern eine dieser mittleren Wahlstellen, die ihrem Wohnort am bürgerlichen Wilhelmsplatz gleichkam. Sie setzten ihnen einen Grabstein mit gemäßiger Prachtentfaltung, ein Ensemble aus poliertem dunklen Stein, begrenzt von Säulen und beschirmt von einem Tympanon. Lediglich der Davidstern erinnert an die Zugehörigkeit der Verstorbenen zum Judentum. Die jüdische Tradition, den Grabsteinen die gleiche Höhe zu geben, um die irdischen Unterschiede wenigstens im Tod unmerklich zu

machen, hatte man längst aufgegeben.³⁸⁸

Ihr Geschäft hatten die Leysers schon vor ihrem Tod auf ihren Schwiegersohn Moritz Rosenberg überschreiben lassen. Ihren Kindern Hedwig und Benno vermachten sie jeweils 2500 Mark.³⁸⁹ Von diesem Erbteil leisteten sich die Rosenbergs gut fünf Jahre nach dem Tod der Leysers eine größere Wohnung in Sichtweite und Rufnähe zur alten, im vierten Stock des Hauses Kaiser-Friedrich-Straße 103, nun erstmals auch mit Telefon, während die großelterliche Wohnung schon länger, seit 1910, fernmündlich erreichbar war.³⁹⁰

Während über die Ausstattung und Einrichtung der Rosenberg'schen Wohnung fast nichts bekannt ist, sind einige Details der großelterlichen Wohnung überliefert. Groß und geräumig war die Wohnung, in der Hermann und Golde Leyser seit dem 1. Oktober 1899 mit ihren zwei fast erwachsenen Kindern Benno und Hedwig auf viereinhalb Zimmern lebten, Küche, Badezimmer und Mädchenkammer nicht mitgerechnet. Auch ein Dachboden und ein Balkon gehörten dazu. Die Wohnung im dritten Stock lag im vorderen, zur Berliner Straße gelegenen Teil des Hauses.³⁹¹ Ob die Leysers tatsächlich ein Dienstmädchen beschäftigten, geht aus den Quellen nicht hervor, die Größe der Wohnung und vor allem der gesellschaftliche Status der Familie sprechen jedoch beredt dafür.³⁹² Und nach dem Tod der Eltern dürfte Benno Leyser, der Zeit seines Lebens unverheiratet blieb, allein schon aufgrund seiner Behinderung, aber auch wegen seiner beruflichen Tätigkeit, kaum in der Lage gewesen sein, den Haushalt allein zu versorgen. Für das Personal stand jedenfalls kein eigenes Zimmer, sondern ein für die Zeit typischer Hängeboden zur Verfügung.³⁹³ Vermutlich war es das Dienstmädchen seines Onkels, deren sich Rosenberg in einem 1940, während seiner Internierungshaft im britischen Exil, verfassten Gedicht zu erinnern suchte. Hier, auf der vogelreichen Isle of Man inmitten der Irischen See, memorierte er aus dem Stegreif das „Möwenlied“, eines der „Galgenlieder“

³⁸⁸ *Melcher* 19 f.; vgl. auch *Etzold* 9 ff.

³⁸⁹ Testament von Hermann und Golde Leyser, 8.12.1915, Amtsgericht Charlottenburg, Nachlassakten Leyser.

³⁹⁰ *Berliner Adreßbücher* 1910 und 1921.

³⁹¹ Vermögenserklärung Benno Leysers, 28.12.1942, Landesarchiv Berlin, OFP-Akte Benno Leyser, Bl. 2–9.

³⁹² Vgl. *Gestrinch* (1999) 18.

³⁹³ Der Hängeboden wird erwähnt im Bericht des Obergerichtsvollziehers Schramm an das Oberfinanzpräsidium Brandenburg, Berlin, 25.2.1943, der die Ausplünderung der Wohnung im Interesse des Staates zu beaufsichtigen hatte. Vermögenserklärung Benno Leysers, 28.1.21943, Bl. 47–49. Der Bericht enthält Angaben über die in den Räumen der Wohnung vorgefundenen Einrichtungsgegenstände, die an einen Möbeleinzelhändler zum Weiterverkauf veräußert wurden.

Christian Morgensterns, worin es heißt:³⁹⁴

Die Möwen sehen alle aus,
als ob sie Emma hießen.

Rosenberg, mit Möwen nun sehr vertraut, versuchte, seinerseits dichtend, der Sache auf den Grund zu gehen, und erinnerte sich seiner Erfahrungen mit „Emma“, „wo beinah jeder doch ´ne Emma kennt“:³⁹⁵

Ich weiß, dass unsre Emma glänzend kochte,
Ich weiß auch, dass sie waschen kann und plätten –
Doch mit dem Fliegen – nein, da möcht´ ich wetten,
Das hat sie nie gekonnt und nie gemocht.

Ob das Dienstmädchen der Leysers tatsächlich Emma hieß, lässt sich nicht mehr feststellen. Der 37-jährige Rosenberg erinnerte sich des vergangenen Luxus seiner Kindertage in der Mittelschicht, der er entstammte. Doch ist auch eine andere Deutung plausibel, danach sprach er nicht von einem Dienstmädchen, sondern von seiner Mutter. Denn das hebräische Wort für Mutter lautet „Emah“.

Ludwig Rosenberg war zwölf Jahre alt, als sein Großvater starb. Oft hielt er sich in dieser Wohnung auf, auch später, nach dem Ableben der Großeltern, denn nicht nur die allwöchentlichen Familienzusammenkünfte am Freitagabend, sondern auch das besonders enge Verhältnis zu seinem Onkel Benno führten den jungen Rosenberg an den Wilhelmsplatz. Zumal doch die Wohnung auf halbem Weg lag zwischen Elternhaus und Schule.

Schulzeit im Weltkrieg

Rosenberg – in der Familie Luty und im Freundeskreis Lutz genannt – wurde 1909, spätestens aber 1910 eingeschult. Dass er eine der 33 Gemeindeschulen besuchte, über die Charlottenburg 1911 verfügte, steht nicht zu vermuten, zumal der Anteil jüdischer Schüler hier nur bei 1,4 Prozent lag, also deutlich unterhalb des jüdischen Anteils an der Bevölkerung der Stadt.³⁹⁶ Da die so genannte „Knaben-Bürgerschule“, die sein Onkel Benno noch besucht hatte, inzwischen längst in eine Oberrealschule umgewandelt worden war, blieb – neben der jüdischen

³⁹⁴ *Morgenstern* 86.

³⁹⁵ Christian Morgenstern´s Möwen [sic!], AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102.

³⁹⁶ *Statistisches Jahrbuch der Stadt Charlottenburg* 138 f. – Wenn es dennoch in einem biografischen Porträt Rosenbergs anlässlich seines Ausscheidens aus dem Amt des DGB-Vorsitzenden heißt, er habe die Volksschule besucht, so beruht dies wohl eher auf einem Fehlschluss des Redakteurs. Interpress-archiv, internationaler biographischer pressedienst, Nr. 120 vom 14.5.1969.

Volksschule, die kaum in Betracht gekommen sein dürfte – die Möglichkeit, den Jungen in die Vorschule einer höheren Bildungsanstalt zu schicken. Was lag da näher, als den Jungen an einer Schule anzumelden, mit der die Familie bereits positive Erfahrungen sammeln konnte? Zwar lagen infolge des Ausbaus des höheren Schulwesens andere Schulen näher an der elterlichen Wohnung, wie die neu erbaute Oberrealschule am südlichen Ende der Schloßstraße. Zugleich war seit Anfang des Jahrhunderts die Zurücksetzung der Realgymnasien wie der Oberrealschulen gegenüber den Gymnasien bei der Zulassung ihrer Absolventen zum Studium aufgehoben worden. Doch bestimmte augenscheinlich die Mutter, beraten durch ihren Bruder, welche Schule ihr Sohn besuchen solle. So steht also zu vermuten, dass Rosenberg von Beginn an das Realgymnasium in Charlottenburg besuchte, zunächst die Vorschule und anschließend das eigentliche Realgymnasium.³⁹⁷ Für diese Annahme spricht neben der Familientradition auch die Tatsache, dass im Jahre 1910 der Anteil der jüdischen Schüler an der Vorschule mit 21,2 Prozent um fast drei Prozentpunkte über dem Anteil in den höheren Jahrgängen des Realgymnasiums lag.³⁹⁸

Es lässt sich also annehmen, dass Rosenbergs Eltern ihn mit der Auswahl einer geeigneten Schule zugleich vor antisemitischen Pöbeleien schützen wollten, wie es Hermann und Golde Leyser mit ihrem Sohn Benno vorgemacht hatten und wie es im jüdischen Bürgertum allgemein üblich war.³⁹⁹ Dieser Überlegung lag die Erfahrung zugrunde, dass jüdische Kinder zum einen in den Unterschichten und damit an den Volksschulen und zum anderen an den eingeseffenen staatlichen Gymnasien einem offenen Antisemitismus ausgesetzt waren. Auf dem Realgymnasium hingegen dürfte allein die schiere Anzahl jüdischer Schüler offenen Rassenhass verhindert haben, und wo er doch auftrat, ließ sich ihm wirkungsvoll entgegentreten. In einer solchen Schule wird es weit eher möglich gewesen sein, selbstverständlich Jude zu sein, ohne dass es eigens der bewussten Verteidigung seitens nichtjüdischer Schüler bedurft hätte, wie es etwa der Schriftsteller Ernst Glaeser in seinem autobiografischen Roman „Jahrgang 1902“ beschreibt. Glaeser, der in Hessen aufwuchs, beschreibt, wie er gemeinsam mit einigen Arbeiterkindern beschließt, ihren einzigen jüdischen Mitschüler gegen an-

³⁹⁷ Der Hinweis auf das Realgymnasium findet sich an zahlreichen Stellen (beispielsweise *Akademie Kontakte der Kontinente* 5), obschon sich aus den Akten des Schiller-Gymnasiums selbst kein Hinweis auf Rosenberg ergibt (schriftliche Mitteilung des Berliner Instituts für Lehrerfort- und -weiterbildung und Schulentwicklung, 31.1.2000). Ursache dafür könnte sein, dass dort nur die Abiturienten aufgeführt wurden. Rosenberg aber verließ die Schule vorzeitig. Die umfangreichen Akten der Schule, die sich inzwischen im Landesarchiv Berlin befinden, sind nicht erfasst und der Forschung noch unzugänglich.

³⁹⁸ *Hubatsch* 15.

³⁹⁹ Vgl. *Budde* 383.

tisemitische Angriffe zu verteidigen, ohne dabei den Jungen jedoch als Freund zu akzeptieren. Dieser erkennt wohl zu Recht, dass beide ihn verachten, sowohl diejenigen, die ihn verprügeln, als auch jene, die ihn davor schützen wollen.⁴⁰⁰

Mit der Wahl des Realgymnasiums, das 1910 den Namen Schiller-Realgymnasium erhielt, ließen sich also relative Nähe zum Wohnort, Ausweichen vor antisemitischen Pöbeleien und die Eröffnung möglichst breiter Chancen für den weiteren Gang der Ausbildung optimal verbinden und zugleich mit der familiären Erfahrung in Einklang bringen. Zumal der Lehrkörper sich um 1910 noch fast genauso zusammensetzte wie 20 Jahre zuvor.⁴⁰¹

Altphilologen stellten rund die Hälfte der Lehrerschaft, darunter Dr. Oskar Hubatsch, der bis zu seinem Tod 1917 die Leitung der Schule innehatte. Das neuhumanistische Bildungsideal, das die Aufgabe der Schule „in der Ausbildung aller Fähigkeiten des Leibes und der Seele zu griechischer Kraft und Schönheit“ sah, war inzwischen deutschnational ausgeweitet worden, sodass „die Pflege vaterländischer Gesinnung, die Hochhaltung der das deutsche Wesen kennzeichnenden Tugenden allen, die in den höheren Lehranstalten herangebildet wurden, als die selbstverständlichste Pflicht erschien“, wie es eine Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule verkündete.⁴⁰² Dennoch habe man auch den naturwissenschaftlichen Unterricht nicht vernachlässigt, ja ihm von vornherein, seit Anfang des 20. Jahrhunderts gemäß den Forderungen der Naturwissenschaftler Eingang in die Schule verschafft. Auch habe man darauf hingewirkt, „dem Schüler Einsicht in die Bedeutung der Mathematik für die exakte Naturwissenschaft und die moderne Kultur überhaupt“ zu vermitteln, indem „auch das geschichtliche Moment in den mathematischen Unterricht hineingezogen“ wurde. Umgekehrt habe der mathematisch-naturwissenschaftliche Zweig auch den Geschichtsunterricht beeinflusst: „[I]n die geschichtlichen Vorgänge wird durch die Beleuchtung ihrer Abhängigkeit von wirtschaftlichen Fragen ein ursächlicher Zusammenhang gebracht; die Grundlehren der Volkswirtschaft und der Bürgerkunde werden in den Geschichtsunterricht hineingezogen, und man spürt den Gedanken wirksam werden, daß der Geschichtsunterricht die Erziehung des Deutschen zu politischem Denken, Wollen und Handeln anstreben müsse.“ Darüber hinaus sollten die Schüler „eine eingehende Kenntnis der deutschen Literatur und ihrer Epochen und damit einen Einblick in die Gedankenwelt unseres Volkes von den ältesten Zeiten bis jetzt“ erhalten, außerdem mit

400 *Glaeser* 17 f., 55 ff.

401 *Hubatsch* 9 ff.

402 *Pahl* 30.

den Werken der französischen und englischen Literatur bekannt werden, um in der Lage zu sein, sich „selbständig in die Gedankenwelt dieser beiden wichtigen Kulturvölker tiefer hineinzuarbeiten“.⁴⁰³ Der Schwerpunkt der schulischen Unterweisung habe immer auf der „während des Unterrichts geleisteten Arbeit gelegen“, sei also ein Arbeitsunterricht gewesen.⁴⁰⁴

Auch mit unterschiedlichen Normen und Wertvorstellungen der verschiedenen Klassen und Schichten wurde Rosenberg auf dem Charlottenburger Realgymnasium vertraut. So berichtet er, er „habe den Stolz mancher preußischen Junkersfamilien auf dem Gymnasium am eigenen Leibe erfahren. Sie hatten überspitzte, oft verschrobene Maßstäbe, aber sie waren nicht korrupt und besaßen sogar Humor. Sie hatten sicherlich verschrobene Ehrbegriffe – aber sie hatten wenigstens welche!“⁴⁰⁵ Unüberhörbar spricht daraus eine Kritik an den diffundierenden sozialmoralischen Einstellungen des Bürgertums, an der Unfähigkeit, einen klaren Standpunkt zu einem Gegenstand zu beziehen.

Die ersten Wochen und Monate des Ersten Weltkriegs mögen den Schülern des Realgymnasiums zunächst noch aufregend erschienen sein, bis zum Ende des Jahres 1914 meldeten sich 50 Primaner und Sekundaner freiwillig zum Militär, die meisten in den ersten Wochen im August und September, nachdem sie die Notreifeprüfung abgelegt oder das Einjährigenzeugnis erhalten hatten. Bis zum Kriegsende 1918 kämpften mehr als 150 Schüler der Schule an den Fronten des Kriegs, fast ein Drittel fiel.⁴⁰⁶

Ludwig Rosenberg war zu Kriegsbeginn gerade erst elf Jahre alt geworden und „begeistert zunächst über die rauschenden Erfolge, die den Krieg einleiteten“, wie er sich 56 Jahre später anlässlich eines Vortrages vor Betriebsräten und Jugendgewerkschaftern erinnerte.⁴⁰⁷ Bedauerte er, dass er noch zu jung war, um an den paramilitärischen Übungen seiner Schule teilnehmen zu können? Doch schon vor dem Krieg wurden Schüler nicht selten militärisch gedrillt. Ernst Glaeser beschreibt, dass seine Klasse zum Zählappell antreten und militärisch grüßen musste.⁴⁰⁸ Ohnehin wurde die Kinderwelt bereits frühzeitig aufs Militärische ausgerichtet und war Kriegsspielzeug in keinem anderen Land so sehr verbreitet wie in Deutschland, für Jungen galt der Zeitvertreib mit Zinnsoldaten als selbstverständlich. Der spielerische Umgang

403 Ebd. 32 f.

404 Ebd. 51.

405 *Seering* 796.

406 *Pahl* 36 f.

407 *Leben für die Freiheit* (1970) 8.

408 *Glaeser* 9 ff.

mit dem Soldatentum korrespondierte mit der Erziehung der Kinder zu Gehorsam ihren Eltern gegenüber. Die Schule übernahm „[e]ine entscheidende Rolle in der Disziplinierung der Kinder und Jugendlichen“. Hier wurden die nationalen Feiertage, der Sedantag am 2. September und der Kaisergeburtstag am 27. Januar, als Höhepunkte des Schulalltags begangen, mit denen ein Beitrag geleistet werden sollte, um „Wehrbereitschaft, monarchische Gesinnung und Patriotismus lebendig zu halten“. Ein wesentliches Stilmittel bildete die bombastische Übertreibung, die kollektive patriotische Emotionen zu schüren vermochte, sodass die „Wucht der Eindrücke im Unterbewußtsein haften“ bleiben konnte.⁴⁰⁹ Die politische Indoktrination blieb bei den solcherart sozialisierten Kindern oftmals ein Leben lang erhalten. Auch Rosenberg, der als Gymnasiast der nationalen Propaganda zweifellos ausgesetzt und vermutlich nicht durch die sozialdemokratische „Gegenpropaganda“ geprägt und damit gewissermaßen geimpft worden war, legte seine prinzipielle Zustimmung zum – freilich in die demokratische Gesellschaft eingebetteten – Militär niemals ab. Noch 1975 verwahrte er sich in einem Vortrag vor dem „Club der Freunde des Heeres“ in Köln gegen den Eindruck, die Arbeiterbewegung sei „in ihrer Grundtendenz pazifistisch“ ausgerichtet.⁴¹⁰

Am Charlottenburger Realgymnasium wurde mit Kriegsbeginn aus den Schülern der beiden obersten Klassen eigens eine „Jugendkompagnie“ gebildet, später wurden auch die jüngeren Schüler ab dem 14. Lebensjahr in einer „Vorkompagnie“ zusammengefasst. Mehrmals in der Woche rückten die Kompagnien zu Exerzier- oder Geländeübungen aus, erst durchstreiften sie den nahegelegenen Grunewald, später die gesamte Umgebung Berlins.⁴¹¹ Als Rosenberg im Frühsommer 1917 alt genug war, um an diesen Kriegsspielen teilzunehmen, dürfte ihm die Begeisterung längst abhanden gekommen sein, zumal sein Vater im selben Jahr mit einem schweren Herzleiden aus dem Heeresdienst ausgeschieden und nach Hause zurückgekehrt war. Darüber hinaus hatte die Kriegsbegeisterung nach dem so genannten Steckrübenwinter 1916/1917 spürbar nachgelassen. Mit jedem weiteren Kriegsjahr wurde das Alltagsleben in Charlottenburg schwerer. In den letzten beiden Kriegsjahren wurden nun auch Schüler verpflichtet, „sei es zur Arbeit auf den Güterbahnhöfen und in Postanstalten, oder zur Schreibhilfe in Büros, oder zur Straßenreinigung“, wo sie im Winter die Schneemassen in den Nebenstraßen beseitigten. Ob dabei tatsächlich „eine viel engere

⁴⁰⁹ *Lerch/Mühlbauer-Hülshoff* 159, 165 ff.

⁴¹⁰ Arbeiterbewegung und Heer, Vortrag vor dem „Club der Freunde des Heeres“ am 3.3.1975 in Köln, Typoskript, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Personalordner 5, Bl. 1.

⁴¹¹ *Pahl* 40 f.

Verbundenheit zwischen Schüler und Lehrer, ein Geist echter Kameradschaftlichkeit entstand“, wie es die Schulchronik vermeldet,⁴¹² darf angesichts der eklatanten Unterversorgung mit Nahrungsmitteln bezweifelt werden.



Abbildung 15: Jugendporträt Ludwig Rosenbergs 1920. Reproduktion einer beschädigten Fotografie

Augenscheinlich wurden die Kriegsspiele auch über das Ende des Kriegs hinaus fortgeführt, denn „das Friedensdiktat von Versailles“ – so vermeldet es die Schulchronik mit unverhohlenem Bedauern – verbot Leibesübungen, die „der militärischen Wehrhaftmachung der deutschen Jugend dienen könnten“.⁴¹³ Dafür stellten sich nach dem Krieg andere Probleme, die wiederum unter Zuhilfenahme von Schülern ge-

⁴¹² Ebd. 42.

⁴¹³ Ebd. 43.

löst werden sollten. So mussten immer wieder „die Schüler der Oberklassen“ – Rosenberg gehörte inzwischen dazu – „bei der technischen Nothilfe zur Erhaltung der lebenswichtigen Betriebe eingesetzt werden. Viele von ihnen haben damals in schwerer körperlicher Nacharbeit auf der Schöneberger Gasanstalt zur Aufrechterhaltung der Gasversorgung Berlins sich im Dienste des Gemeinwohls betätigt, und rühmend hat die Betriebsleitung hervorgehoben, wie mancher, dessen Körperkräfte durch die jahrelange Unterernährung geschwächt sein mochten, bei der ungewohnten Arbeit, trotz völliger Erschöpfung, bis zum Schluß ausgehalten hat.“⁴¹⁴ Auf die Frage jedoch, ob die Schüler nach einer durchgearbeiteten Nacht noch in der Lage waren, sich auf den Unterricht zu konzentrieren, bleibt der Chronist die Antwort schuldig. Nach Kriegsende wurde für mehrere Wochen demobilisiertes Militär im Gebäude des Schiller-Realgymnasiums einquartiert, sodass der Unterricht nur eingeschränkt – nachmittags zwischen 14 und 19 Uhr – im Gebäude einer anderen Schule, der Siemens-Oberrealschule, erteilt werden konnte. Trotz allem legte die Schule großen Wert darauf, „selbst unter erschwerten Umständen den Aufgaben der Schule, auch in ihrer durch den Gang der Zeit veränderten Form, gerecht zu werden“.⁴¹⁵

In dieser revolutionären Nachkriegsperiode, in der Revolution und auch später, beim Kapp-Putsch oder nach dem Mord an Walter Rathenau, in diesen Momenten muss die Spannung für manchen Schüler geradezu unerträglich gewesen sein. Auch Rosenberg hielt sich in diesen Tagen lieber auf der Straße auf, als am Unterricht teilzunehmen. Stefan Zweig, mehr als 20 Jahre älter als Rosenberg, hatte zu seiner Schulzeit zwar keine Revolution erlebt, doch empfand auch er einen deutlichen Unmut daran, sich in der Schule aufhalten zu müssen, während draußen das Leben an ihm vorbeizog. „So warf sich“, schreibt Zweig, „unser zurückgestauter Wissensdurst, die geistige, die künstlerische, die genießerische Neugierde, die in der Schule keinerlei Nahrung fand, leidenschaftlich all dem entgegen, was außerhalb der Schule geschah. Erst waren es nur zwei oder drei unter uns, die solche künstlerische, literarische, musikalische Interessen in sich entdeckten, dann ein Dutzend und schließlich beinahe alle.“⁴¹⁶

Vieles spricht dafür, dass Rosenbergs Motive, sich zumindest kurzzeitig der Dichtkunst zu widmen, ähnlich gelagert waren. Die Schule ließ seinen bohemhaften Neigungen zu wenig Raum. Vor allem aber wurde ihm die Schule zu eng für seine politischen Ambitionen. Dem Jungen, der sich schon früh der demokratischen Republik zuwandte, musste die

414 Ebd. 43 ff.

415 Ebd. 44.

416 *Zweig* 56.

politische und gesellschaftliche Rückwärtsgewandtheit seiner meistens monarchistisch orientierten Lehrer mehr und mehr aufgestoßen sein. Zwar hätten seine Lehrer im Geschichtsunterricht Lehrbücher verwendet, in denen Republik und Demokratie angemessen gewürdigt würden, doch hätten sie, so berichtet er fast vier Jahrzehnte später, ihren Unterricht nicht daran ausgerichtet. Der gerade 18-jährige Rosenberg sah sich dadurch veranlasst, sich über die antidemokratischen Auslegungen und Erläuterungen seines Geschichtslehrers beim preußischen Kultusminister Konrad Haenisch zu beschweren.⁴¹⁷ Über eine Reaktion des Ministers ist nichts bekannt, doch könnte die Beschwerde der Grund dafür gewesen sein, dass Rosenberg auf das Dorotheenstädtische Realgymnasium an der Georgenstraße 30/31 nahe des Bahnhofs Friedrichstraße in Berlin-Mitte wechselte. Doch auch dort hielt er es nicht aus bis zur Abiturprüfung, die er zu Ostern 1925 – mit beinahe 22 Jahren – hätte ablegen können, sondern ging bereits im Frühjahr 1924 mit der Oberprimareife von der Schule ab.

Die lange Dauer seines Schulbesuchs lässt vermuten, dass es zumindest in den letzten Jahren um Rosenbergs schulische Leistungen nicht zum Besten bestellt gewesen sein kann. Schlechte schulische Leistungen aber waren jedoch oftmals – wie es nicht allein die Memorienliteratur nahelegt – nicht so sehr Ausweis geringer Intelligenz, sondern intellektueller Unterforderung in der Schule. Rosenberg sei, so berichtet es auch Dieter Schuster, der frühere Archivar des DGB und Porträtist Rosenbergs, kein Wunderknabe gewesen. Seine Neigungen hätten auf dem Gebiet der Fächer Deutsch, Latein und Geschichte gelegen, während ihm die naturwissenschaftlichen Fächer weniger gefallen hätten.⁴¹⁸ Englisch und Französisch lernte er hier, jedoch nicht Griechisch. Doch offenkundig bereitete ihm die Schulzeit wenig Freude, unabhängig davon, ob er nun ein guter oder ein schlechter Schüler war. Im Gegenteil, in der zeitgenössischen Memoirenliteratur wird die Schulzeit oftmals als geistig wenig anregend beschrieben. Der Wiener Schriftsteller Stefan Zweig, geboren 1881, empfand sie als „Zwang, Öde, Langeweile“, beklagte „stumpfes, ödes Lernen“ und das allgemeine

⁴¹⁷ *BBC-Rundfunkinterview (1960) 7*; an der Konferenzschaltung über die jüngste Welle antisemitischer Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland Weihnachten 1959 nahmen neben Rosenberg auch der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland Heinrich van Dam, der Schriftsteller Ernst Schnabel und der Publizist Ivar Lissner teil. Rosenberg war als stellvertretender DGB-Vorsitzender und aufgrund seiner Englischkenntnisse eingeladen worden, nicht aber als einer von Antisemitismus persönlich Betroffener. – In den Unterlagen des preußischen Kultusministeriums im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin findet sich kein Hinweis auf ein Schreiben Rosenbergs an Kultusminister Konrad Haenisch.

⁴¹⁸ *Schuster 13*.

„Mißvergnügen an der Schule“. „Denn die ganze Schulzeit war, wenn ich ehrlich sein soll, nichts als ein ständiger gelangweilter Überdruß, von Jahr zu Jahr gesteigert durch die Ungeduld, dieser Tretmühle zu entkommen.“⁴¹⁹ Auch dem Berliner Arzt und Schriftsteller Martin Gumpert, geboren 1897, blieb die Schule verhasst. Erst die Freundschaft mit dem Direktor, schrieb er aus dem Exil zurückblickend auf sein Leben, verwandelte sie ihm kurz vor der Abiturprüfung in ein „Paradies“, ohne den Direktor und die Möglichkeit der „Notreifeprüfung“ im Ersten Weltkrieg hätte er niemals die Prüfung bestanden.⁴²⁰ Solche Äußerungen lassen keinerlei Rückschlüsse auf die intellektuellen Qualitäten der damaligen Schüler zu, eher auf ihren Nonkonformismus, auf ihre Unfähigkeit oder ihren Unwillen, totes Wissen ohne Bezug zu ihrer Lebenswelt in sich aufzusaugen, um es in den Prüfungen auf Kommando hervorstoßen und dann alsbald vergessen zu können.

Jugend im Zeichen des Kriegs

Gleich in mehrfacher Hinsicht lässt sich die Lebensphase der Jugend als ein Moratorium verstehen: Die Jugendlichen sind zwar mit der Pubertät geschlechtsreif, brauchen jedoch noch nicht durch Berufstätigkeit für den eigenen Unterhalt oder gar den der eigenen Familie aufzukommen, sie können mit Verhaltenskonzepten, Beziehungen und Überzeugungen experimentieren, um ihren Standort zu finden, kurz: sie sind „noch nicht in die Rechte und Pflichten eines vollgültigen Erwachsenen eingesetzt“.⁴²¹ Nicht zuletzt aufgrund der sozialpolitischen Gesetzgebung der Weimarer Republik – der Achtstundentag sei hier beispielhaft genannt – stand insbesondere den Jugendlichen mehr freie Zeit zur Verfügung als zuvor, sodass Freizeit und Jugendlichkeit im öffentlichen Bewusstsein alsbald als Synonyme galten. Rosenberg zählte zwar ohnehin zu den Privilegierten, die als Gymnasiasten über relativ viel freie Zeit verfügen konnten, doch nun wurde es allgemein üblich, die Freizeit in Gruppen Gleichaltriger zu verbringen.⁴²² In Rosenbergs Hinterlassenschaft finden sich zahlreiche Zeichen einer ausgeprägten Jugendkultur. Ein zeitgenössisches Porträtfoto zeigt ihn als 17-Jährigen mit Anzug und schmaler Krawatte beim Anzünden einer Zigarette. Auch beim Rauchen zeigte sich ein neuer jugendlicher Lebensstil.⁴²³

419 *Zweig* 47, 51, 56.

420 *Gumpert* 69.

421 *Tillmann* 188.

422 *Peukert (1987b)* 97 f.

423 *Gestrich (1999)* 44.



Abbildung 16: Ludwig Rosenberg im Halbprofil 1920

Just in den 1920er Jahren befand sich die Zigarette auf ihrem Siegeszug, „die nun das bedächtige Pfeifenrauchen ablöst und zum Symbol wird für moderne, rasche Genußbedürfnisse in einem hektisch-nervösen Alltag. Dazu passen die Tanzlokale und die Cafés, der Bubikopf und das Samtkleid statt der Zöpfe und Mieder des «deutschen Gretchens» vor dem Kriege, die amerikanischen Swing- und Steptänze und der Lippenstift.“⁴²⁴ Alles das fand – wie im Leben so vieler Heranwachsender der 1920er Jahre – seinen Platz auch in Rosenbergs Jugend: Tanzlokale und Cafés sind Schauplätze einzelner Gedichte, er schrieb Texte zu Foxtrott, Jazz und Boston, den europäischen Modetänzen der 1920er Jahre. Ein Foto zeigt eine etwa 25-jährige junge Frau – seine spätere Frau Margot Mützelburg – mit modischer Dauerwelle und geschminkten Lippen. Und die Zigarette begleitete den Kettenraucher Rosenberg

⁴²⁴ Kaschuba (1990) 41.

schließlich bis zu seinem Tode. Er verhielt sich ganz und gar als Teil der Jugendbewegung der so genannten „Roaring Twenties“ und verbrachte seine Freizeit in der Freundesclique Gleichaltriger, wenn er etwa in einem Gedicht seine Freundin einlädt, „Komm´ auf den Soziussitz, mein kleiner Schatz“, um mit ihr auf seinem Motorrad hinaus ins Grüne zu fahren.



Abbildung 17: Jugendporträt Margot Mützelburgs um 1930

Alles das spiegelt sich vorrangig in Rosenbergs Gedichten und den wenigen Fotografien aus seinen Jugendjahren wider.⁴²⁵ Wie es dazu kam, dass sich ausgerechnet diese Dokumente als einzige Quellen seiner Jugendjahre erhalten haben, während sich kein Zeugnis aus der Schule oder der Ausbildung findet, lässt sich nicht mit Gewissheit behaupten. Vermutlich war es seine Mutter, die diese sehr persönlichen Hinterlassenschaften ihres Sohnes mit nach England brachte, als sie ihn

⁴²⁵ Alle zitierten Gedichte und Erzählungen finden sich, soweit nicht anders angegeben, in AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102. In der Regel sind sie, sofern kein Entstehungsdatum angegeben ist, undatiert, jedoch aufgrund ihres Stils, der Schrift und des Papiers, auf dem sie geschrieben sind, eindeutig den Jahren bis 1933 zuzuordnen.

dort noch bis Mitte der 1930er Jahre regelmäßig besuchte.⁴²⁶ Ergänzt um neue Gedichte aus dem Exil, nahm Rosenberg diesen Fundus auch wieder mit nach Deutschland, als er 1946 dorthin zurückkehrte.



Abbildung 18: Mit Hut, Schal und Zigarette – Selbststilisierung als Künstler 1924

Seine früheste nachweisbare literarische Betätigung, eine Erzählung über einen Affen namens Moritz, datiert aus dem Jahre 1921. Da sie in der „Illustrierten Charlottenburger Zeitung“ veröffentlicht wurde, ist anzunehmen, dass es sich nicht um seinen ersten schriftstellerischen Versuch handelte. In einem schwerfälligen, langatmigen Duktus berichtet der Ich-Erzähler über die Erlebnisse eines Affen und seine Erlebnisse mit ihm. Der auf Sumatra eingefangene Affe wird in einer Privatwohnung im Berliner Westen gehalten, dort rebelliert er gegen seine Einsamkeit, bis der Besitzer ihn schließlich dem Zoologischen Garten

⁴²⁶ Zu den Besuchen der Mutter im Exil siehe Kapitel 5.

übergibt. Hier trifft er seine frühere Affenbraut und seinen Nebenbuhler aus dem Dschungel wieder. Rosenberg verlegt die Handlung ins Vorkriegsberlin und spielt mehrfach auf die großen Unterschiede zwischen Vor- und Nachkriegszeit an – „es war damals noch Frieden, richtiger Frieden, nicht der von Versailles!“ Ein vom Affen „bis auf drei oder vier Federn“ gerupfter Papagei erinnert ihn gar an den neuen Reichsadler. Noch kennzeichnet ihn also eine distanzierte Haltung zur Republik und ihren Symbolen; das sollte sich bald schon ändern.⁴²⁷

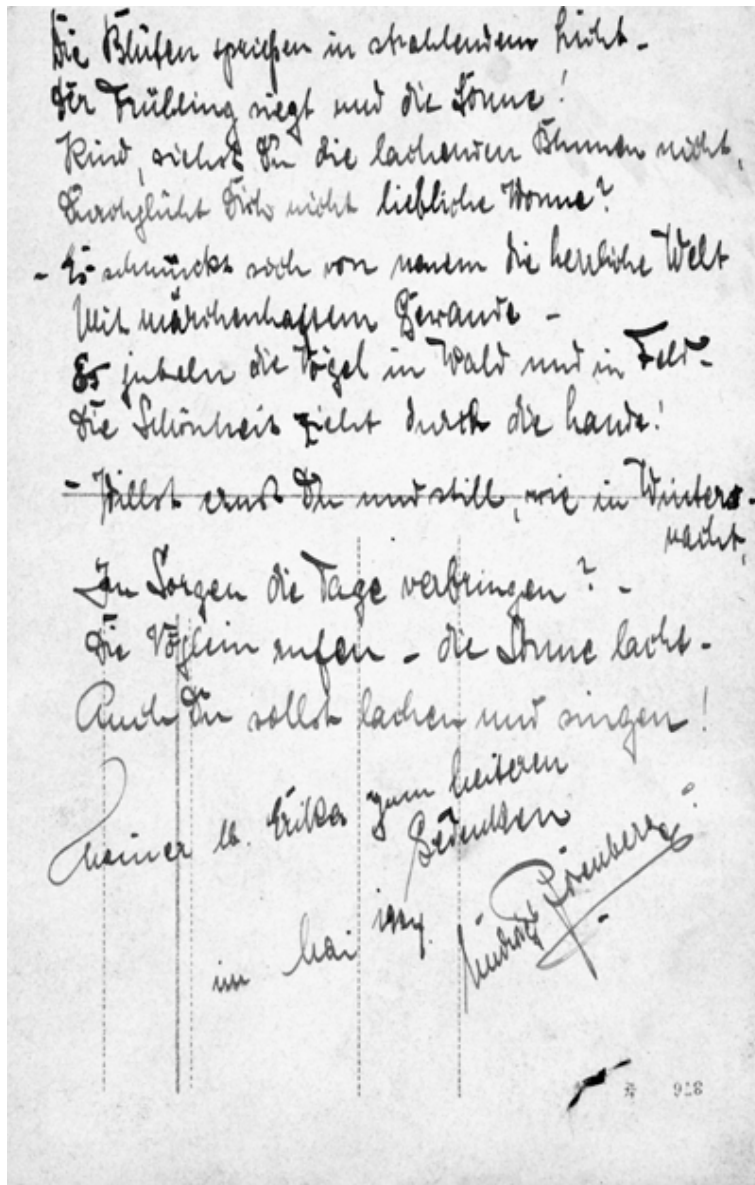


Abbildung 19: „In Sorgen die Tage verbringen?“ – Rückseite der vorstehenden Abbildung mit Gedicht (Mai 1924)

In der Hauptsache jedoch schuf er Gelegenheitsgedichte, nicht zur Ver-

⁴²⁷ Rosenberg (1921). – Dass Rosenberg seiner Erzählung wie dem Affen den Namen „Moritz“ gibt, lässt trotz aller Namensgleichheit keine Anspielung auf seinen Vater vermuten.

öffentlichung bestimmt, eher schon zum Amusement seiner offenbar zahlreichen Liebhaften. Entsprechend häufig beschrieb er den Frühling und das Erwachen der Gefühle – lediglich ein Gedicht widmet sich, in traurig-düsteren Farben gehalten, dem „Herbst“. Unter dem Titel „An Lilli“ schilderte er 1923 – gerade 20-jährig – das Umschlagen eines philosophisch wie literarisch begründeten Freundschaftsbundes in „der Liebe Freud und Lust“. Die erwachende sexuelle Lust spiegelt sich auch in einem weiteren Gedicht ohne Titel:

Ich hatt´ noch nie in Wahrheit das empfunden
Was innig-stilles Liebesglück man nennt
Nie hielten Amors Fesseln mich gebunden
Ich wußte nie, wie wahre Sehnsucht brennt.

Niemals erwachte ich am frühen Morgen
Mit heißer Sehnsucht nach der Abendzeit –
Nie kannte ich die tausend kleinen Sorgen
Die hunderttausend Freuden nie – bis heut!

Heut fühl ich´s selbst, was die Poëten singen
Was Paradies – und Hölle uns zugleich
Heut kämpf ich selbst in süßem heißem Ringen
Den großen Kampf in Amors Wunderreich.

Es bebt das Herz in Hoffen und Entsagen –
Durch Seligkeit und Zweifel baumelt´s hin
Und martert grausam sich mit seinen Fragen
Ob ich nur glücklich scheine – oder bin?

Die ironisch-zweifelnde Brechung gegen Ende des Gedichts ist ein typisches Stilmittel in Rosenbergs dichterischem Werk. So heißt es zum Abschluss des Gedichts „Frühling“, in der ursprünglichen Fassung, die er später veränderte:

So geht es heute wie vor tausend Jahr:
Die Menschen freuen sich und die Vögel singen,
Der Wald wird grün – der Himmel wieder klar –
Nur – Geld kann uns der Frühling niemals bringen.

Zugleich ironisierte er seine Wirkung auf das weibliche Geschlecht. In „Mein kleiner Schatz“, gerichtet an eine Freundin in Breslau – er mag sie an einem Urlaubsort kennen gelernt haben – , dichtete er:

Auch Du, mein Kind, Du hast geträumt von mir?
– Ja, mit der Zeit wird das direkt gefährlich –
Ich werde nach und nach, so scheint es mir,
Für Frauenträume ziemlich unentbehrlich.

Und dann, mein Kind, war das sogar ein Traum,
Von dessen Inhalt man nicht wagt zu schreiben –
Ich bitte Dich, so etwas denkt man kaum –
Und Du – Du träumst es – das muß unterbleiben. [...]

Denn, liebes Kind, es lohnt sich wirklich kaum,
Der Nächte Ruh sich derart zu vertreiben –
Der schönste Traum sogar ist – nur ein Traum

Schnell ist vorbei der Spuk – dann laß' es bleiben.

Da kann den Wunsch ich eher schon verstehen,
Daß Du ein Bild von mir erhalten wolltest
– Obgleich – Du wirst es später selbst einsehen,
Du diese Bitte niemals stellen solltest. [...]

Trotzdem erhältst Du bald ein Bild von mir
In der berühmten künstlerischen Pose
Der Komponiste selber am Klavier
Und mit feudal gebügelt glatter Hose.

Dann sieh mich an, mein Kind, vor'm Schlafengeh'n
Und blicke tief in meine schönen Augen
Und wenn Du richtig siehst, wirst Du gestehn
Daß die Berliner allesamt nichts taugen!⁴²⁸

Rosenbergs Gedichte offenbaren einen lockeren Umgang mit seiner Sexualität, während er zugleich an die Frauen die Erwartung richtet, sich im Umgang mit Männern zurückhaltend zu verhalten. Beispielhaft sei ein Liedtext angeführt, in dieser Geschichte nähert sich der Erzähler rasch einem offenbar jüdischen Mädchen aus der Konfektionsbranche, die Rosenberg ja von Kindesbeinen an vertraut war. Anfangs zeigt er sich noch schockiert von ihrem lockeren Umgang mit anderen Männern, doch das schreckt ihn nicht ab, mehr von ihr zu wollen. Als sie dann aber von ihm schwanger wird, lässt er sie allein.

Wenn man mit Edith über die Straße geht ...

Ich kenne ein kleines,
 entzückendes, feines
 Mädchen in Berlin.
Ich sah sie ganz niedlich
 und sehr appetitlich,
 auf dem Bummel der Tauentzien.
Ich stand bald in Brand hell,
 wir wurden bekannt schnell,
 und gingen zusammen oft aus.
Doch bald mich erschreckte,
 was ich schließlich entdeckte
 und was mich erfüllte mit Graus:

Wenn man mit Edith über die Straße geht,
An jeder Ecke dann ein Bekannter steht.
Es nickt Herr Levisohn, es grüßt Herr Meier,
Es schmunzelt Baer u. Cohn, es blinzelt Beier.
Die ganze Konfektion kennt meinen kleinen Schatz,
Sei es am Hausvogtei-, sei es am Wittenberger Platz.
Man grüßt sie überall erfreut geschwind
Und ruft: Gott grüße Dich, mein süßes, kleines Kind !

Sie war zwar nicht blöde,
 doch gab sie sich spröde,
 und das hat mich ziemlich gestört.

⁴²⁸ Ein Jugendfoto, das ihn am Klavier zeigt, findet sich nicht in seinem Nachlass.

So gings viele Wochen,
bis sie mir versprochen,
das was ich so lang schon begehrt.
Bald nach der Erfüllung,
da kam zur Enthüllung
ein süßes Geheimnis im Nu.
Doch als sie um Rat sucht,
den Täter der Tat sucht,
da sagte ich leis mir dazu:

Wenn man mit Edith über die Straße geht,
An jeder Ecke dann ein Bekannter steht [...]

Während die vordergründige Moral auf das gleiche Recht beider Geschlechter abhebt und die kleine Rache an der umtriebigen Freundin feiert, bleibt indes der untergründige Subtext: Empfängnisverhütung ist Frauensache! Die wahre Moral lautet daher: Als Mann vergleiche ruhig Äpfel mit Birnen und ignoriere eine Verantwortung für ein Tun. Ein ähnlich rigides Verständnis weiblichen Rollenverhaltens zeigt sich auch in dem folgenden Gedicht:

Es ist doch was Besond'res um die Liebe ...

Als Karl mit der Liebe angefangen
Und der Frühling stark in ihm erwacht,
Ist er mancher Frau in's Netz gegangen
Und in Katerstimmung stets erwacht.
Immer suchte er nur nach der einen,
Die sein lyrisches Gefühl versteht.
Aber alle jene süßen Kleinen
Sagten ihm: Bei mir kommst Du zu spät.

Es ist doch was Besond'res um die Liebe,
Bevor sie richtig Spaß macht, ist sie aus.
Sie zeitigt, wie man sagt, die schönsten Triebe,
Doch selten werden gute Pflanzen draus.
Da viele junge Mädchen spät erst reifen,
So fällt der Minnedienst den Jungfrauen schwer.
Und wenn der Liebe Kunst sie erst begreifen,
Dann sind sie meistens keine Jungfrau'n mehr.

Sein jugendliches Lebensmotto fasste Rosenberg in dem Gedicht „Wenn wir zum Grunewald hinziehn“ zusammen: „daß man zur rechten Zeit bereit“ sein müsse, oder, prägnanter noch: „Pflücke schnell den Tag – was auch kommen mag.“ Doch gar so promisk, wie seine Texte Glauben machen, dürfte Rosenberg dennoch nicht gewesen sein, seine spätere Frau Margot Mützelburg lernte er, wie er selbst 1976 anlässlich eines Zeitungsporträts für die „Welt am Sonntag“ in ihrem Beisein kundtat, bereits 1925 „auf einer Gesellschaft“ – womöglich in einem Tanzlokal – kennen, acht Jahre, bevor sie schließlich 1933 in London heirateten. Und noch im Alter fügte er scherzhaft hinzu: „Es war wohl

keen anderer da.“⁴²⁹

Margot, oder Margarete Gertrud Frida, wie sie mit vollem Namen hieß, war die ältere Tochter des Töpfermeisters Max Adolf Mützelburg und dessen Frau Gertrud Pauline Helene geb. Niemann aus dem Berliner Norden.⁴³⁰ In eigener Werkstatt soll Mützelburg 20 Gesellen beschäftigt haben. Seine Frau kam als eines von 18 Kindern ihrer Eltern zur Welt, zwölf von ihnen verstarben bereits im Kindesalter. Ihre Eltern – die Mutter, eine geborene Jouin, aus einer französischen Familie in Berlin stammend – siedelten sich in Charlottenburg an.⁴³¹ Knapp zwei Jahre jünger als Rosenberg, kam Margot Mützelburg am 10. September 1905 zur Welt.⁴³² Zur Ehe nahmen beide eine lockere Haltung ein, erst nach sieben Jahren, „kurz vor der Machtergreifung Hitlers“,⁴³³ als er sich zwischen seiner Düsseldorfer Tätigkeit für den Gewerkschaftsbund der Angestellten und seiner neuen Stelle in Brandenburg an der Havel in Berlin aufhielt, verlobten sie sich, kurz nachdem sie ihre Anstellung bei der Deutschen Girozentrale in Berlin verloren hatte.⁴³⁴ Im Londoner Exil, wohin sie ihm gefolgt war, heirateten sie schließlich. Für beide spielte es offensichtlich keine Rolle, dass sie unterschiedlichen Religionsgemeinschaften entstammten.⁴³⁵ Dazu trug sicher eine säkulare

429 *Bacher.* – Ein anderes Porträt der Düsseldorfer Zeitschrift *Revue* vom 10.11.1963 behauptet hingegen, Rosenberg habe seine Frau „auf der Flucht“ kennen gelernt und geheiratet. Doch finden sich im Nachlass Gedichte aus den 1920er Jahren, so eines mit dem Titel „An Margot“.

430 Neben ihrer Tochter Margot hatte das Ehepaar Mützelburg noch eine weitere, anderthalb Jahre jüngere Tochter, Frieda Gertrud Elise. Schriftliche Mitteilung des Landeskirchlichen Archivs der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Berlin, vom 31.7.2001.

431 Amtsgericht Berlin-Schöneberg an Amtsgericht Bad Kissingen, 27.2.1981, Amtsgericht Bad Kissingen, Nachlassakten Frida Mützelburg, Bl. 36 ff. – Max Mützelburg, geboren 1878 in Berlin, verstarb dort 1956, seine Frau Gertrud, geboren 1879 in Charlottenburg, verstarb 1945 in Berlin, wenige Tage vor der Einnahme der Stadt durch die Rote Armee. Ebd.

432 Stadtarchiv Ratingen, Einwohnermeldekartei, Meldekarten Margot und Ludwig Rosenberg; *Akademie Kontakte der Kontinente* 8 – In den *Berliner Adreßbüchern* findet sich erstmals 1908 ein Eintrag des Töpfermeisters Max Mützelburg, wohnhaft Strelitzer Straße 70 I. 1930 ist er in der unmittelbar benachbarten Ackerstraße 8 II gemeldet, mit eigenem Telefonanschluss.

433 *Akademie Kontakte der Kontinente* 8.

434 Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bl. 2.

435 Bereits im Kaiserreich nahm insbesondere unter jüdischen Männern die Neigung zur so genannten Mischehe zu, in der Metropole Berlin spitzte sich diese Tendenz noch zu, hier heirateten bereits im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts 22 Prozent aller Juden nichtjüdische Ehepartner. *Richarz (1997b)* 17. In der Weimarer Republik wurde dieser Trend als bedrohlich wahrgenommen, angesichts einer niedrigen Geburtenrate und einer starken Überalterung der deutschen Juden drohte die jüdische Gemeinde zu schrumpfen, nur ein starker Zuwachs osteuropäischer Juden schlug im Bevölkerungssaldo positiv zu Buche. Bereits einige zeitgenössische Kritiker hielten der alarmistischen Grundstimmung entgegen, dass die Neigung zur Mischehe in Berlin bei Katholiken deutlich höher sei als unter Juden. Zwei Drittel der katholischen Männer und Frauen

Grundhaltung beider bei, er hatte sich 1923 von der jüdischen Gemeinde abgewandt, und auch sie kehrte ihrer Kirche, der evangelischen Landeskirche, den Rücken, schloss sich jedoch einer christlichen Angestelltengewerkschaft an. Ohne Halt in einer Religionsgemeinschaft, ohne den inneren Drang, die jüdische Tradition bewahren zu müssen, ließ sich Rosenberg nicht auf jüdische Partnerinnen einengen, obschon er, wie manche Gedichte aufzeigen, auch mit ihnen intimen Umgang pflegte. Die Inflation hatte die finanzielle Basis seiner Familie weitgehend zerrüttet, sein beruflicher Lebensweg führte ihn schon bald weit weg von den familiären Wurzeln. All dies gab ihm Unabhängigkeit von der Familientradition und ließ letztlich seine Lebenspartnerwahl dem Ideal der Liebesheirat folgen.⁴³⁶

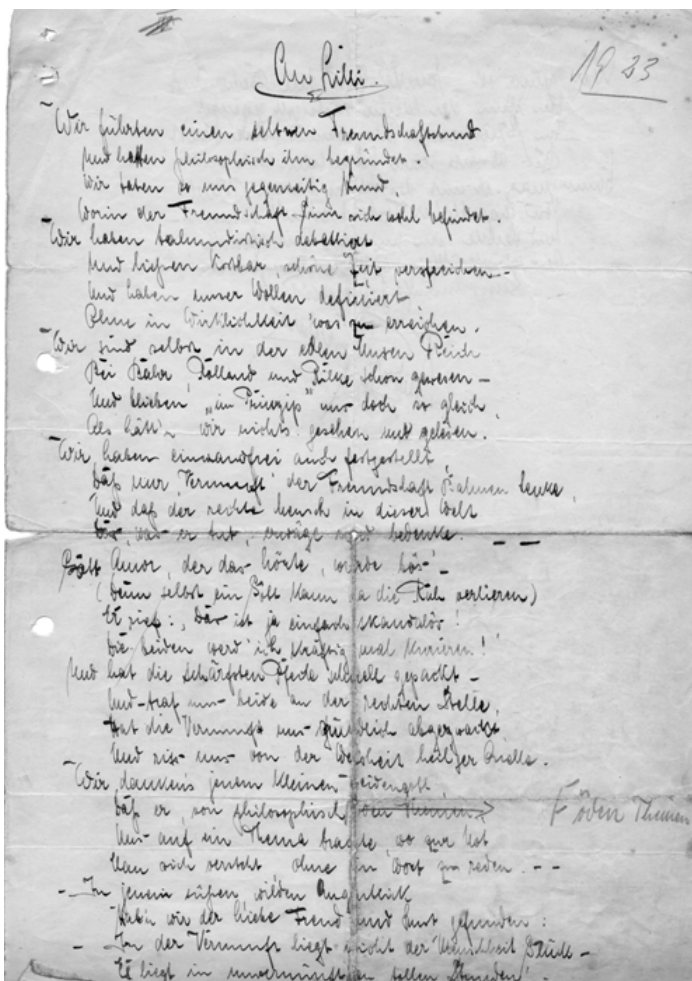


Abbildung 20: Faksimile des Gedichts „An Lilli“ (1923)

heiraten 1927 nichtkatholische Ehepartner, unter den jüdischen Männern war es nur ein knappes Drittel, bei den jüdischen Frauen gar nur ein gutes Fünftel. Czellitzer 82, 86 f. Allerdings sei einschränkend erwähnt, dass die katholische Bevölkerungsgruppe in Berlin eine Diaspora-Existenz führte, sodass schon von daher die bloße Wahrscheinlichkeit für eine Mischehe höher war als bei den Juden. Czellitzer errechnete außerdem eine deutlich höhere Fruchtbarkeit reinkonfessioneller Ehen gegenüber Mischehen (91).

436

Vgl. Kaplan 165 f.

Sicher ist es nicht möglich, Rosenbergs Einstellung zur Sexualität und zu den Geschlechtsrollen von Männern und Frauen allein aus den Gedichten umfassend darzustellen, doch lässt sie sich ansatzweise skizzieren – das zeigen die wiedergegebenen Auszüge. Ein allgemeines Kennzeichen bürgerlicher Jugend bis weit in das 20. Jahrhundert hinein lag in der sexuellen Askese, gepaart mit einer langandauernden Abhängigkeit vom Elternhaus, das zugleich Disziplin, Fleiß und schulische Fortschritte erwartete. Diese Enthaltensamkeit wurde als eine „versagungsreiche Investition für ein späteres, privilegiertes Leben“ betrachtet.⁴³⁷ Einzig Verheirateten stand das Ausleben sexueller Begierden zu, vor- oder außereheliche Sexualität wurde entsprechend sanktioniert. In der Praxis jedoch galt dieses Verbot für den weiblichen Nachwuchs, während sexuelle Kontakte männlicher Schüler oder Studenten ohne Folgen blieben. Führten sie zu einer Schwangerschaft, so wurde die Frau finanziell entschädigt, wenn nicht gar der junge Mann seine Beteiligung vollends in Abrede stellte.⁴³⁸

Diese unterschiedlichen Anforderungen an heranwachsende Frauen und Männer spiegeln sich – wie geschildert – auch in Rosenbergs Gedichten wider. In einem Liedtext für einen Jazzsong unter dem Titel „Wer hätte das geglaubt, daß das so schnell vorbei ist“ mokiert sich der Erzähler über seine Geliebte, eine verheiratete Frau, die zu ihrem Ehemann zurückkehrt, obschon sie sich weiterhin nach ihrem Geliebten sehnt. Bereits in der hier, wie oftmals anzutreffenden väterlich-herablassenden Anrede an die Geliebte – „mein Kind“ – offenbart sich eine Geschlechterdifferenz, die Dominanz des Mannes gegenüber der Frau, der Mann als Glücksbringer. In dem Gedicht heißt es:

Was nützt das Eheglück – wo es doch jetzt so schwül ist –
Das was ich Dir in einer Mainacht geben kann
Das bietet Dir, mein Kind, im ganzen Jahr kein Mann.

Rosenberg sah sich in seiner lockeren, den traditionellen bürgerlichen Normen widersprechenden Einstellung zur Sexualität zugleich als Teil einer Pioniergruppe, der Jugend, der die einengenden Sexualvorstellungen nicht länger zugemutet werden dürften.⁴³⁹ Offen zu Tage trat der Konflikt, als eine Laienspieltruppe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten am 4. Dezember 1932 in Düsseldorf den Bühnenerstling „Die Ehre“ des von der Kritik inzwischen stark angefeindeten, auf der Bühne jedoch recht erfolgreichen Berliner Autors Hermann Sudermann

⁴³⁷ *Tillmann* 190.

⁴³⁸ *Gestrich* (1998) 32.

⁴³⁹ Ein ausgesprochener Jugendkult im Sinne der zeittypischen Selbstüberschätzung der nachwachsenden Alterskohorten lässt sich jedoch bei Rosenberg trotz seines deutlich geäußerten Unmuts über die – vor allem in den älteren Generationen vorherrschende – Sexualmoral nicht ausmachen. Vgl. *Mogge* 192 ff.

aufführte, an dem sich Rosenberg, zu dieser Zeit scheidender Geschäftsführer des GDA in Düsseldorf, schauspielernd beteiligte. Sudermann – 1857 im ostpreußischen Matziken geboren, 1928 in Berlin verstorben – war lange Zeit, vor allem während des Kaiserreichs einer der populärsten Autoren, der in bühnenwirksamer Art „alte und neue Moral, Vorder- und Hinterhaus einander gegenüberstellte“.⁴⁴⁰

In diesem Stück unterstützt Kommerzienrat Mühlingk seinen Sohn Kurt – gespielt von Rosenberg –, als dieser wegen einer Liaison mit Alma, einem Mädchen aus dem Hinterhaus, in Schwierigkeiten mit deren Bruder Robert gerät. Der Emporkömmling Robert, der lange Zeit im Ausland für den Kommerzienrat tätig war und sich in seinen moralischen Kategorien seinem Herkunftsmilieu entfremdet hat, verbietet seiner Schwester den Umgang mit dem Sohn seines Chefs. Als der – gar auch sexuelle – Umfang der Affäre ruchbar wird und Kurts Vater den Eltern des Mädchens eine große Summe Geldes anbietet, um den Skandal zu vertuschen, verhindert es Roberts Ehrbegriff, diesen Handel zu gestatten, stattdessen erwägt er, mit seiner Schwester ins Ausland zu gehen oder gar Kurt zu töten. Da er seine Eltern nicht davon überzeugen kann, das Geld zurückzugeben – sie drängen gierig nach oben –, leiht ihm ein befreundeter Graf, der die Standesgrenzen zwischen ihm und Robert ignoriert, eine Summe in gleicher Höhe, die Robert sogleich dem Kommerzienrat übergibt, sodass er glaubt, seine Ehre nicht verlieren zu müssen. In der Schlusszene hält Robert seinem Chef, der ihn inzwischen entlassen hat, vor, mit welcher Herablassung dieser Robert und seine Familie behandelt und ihre Ehre geraubt habe, er begleicht das „Conto zwischen den Vorder- und den Hinterhäusern“. Bevor es zu einer Schießerei kommt, verhilft wider Erwarten, einem *deus ex machina* gleich, der Graf den Kontrahenten zu einer Lösung: die Heirat von Robert und Lenore, der Tochter des Kommerzienrates, die ihn seit langem schon liebt, während Robert nur die unüberwindlichen Standesgrenzen im Auge hatte. Zugleich bestimmt der Graf Robert zu seinem Sozios und Alleinerben. Unter diesen Bedingungen willigt der Kommerzienrat gerne in die Heirat seiner Tochter mit einem Hinterhäusler ein.

Rosenberg machte schließlich seinem Ärger über diese seiner Meinung nach verlogene Moral Luft, indem er ein eigens zu diesem Anlass geschriebenes Gedicht auf hektografierten Blättern veröffentlichte, wohl um es an die Besucher des Laientheaters zu verteilen. Darin beklagte er keineswegs die Tatsache, dass Kurts Verführung des Mädchens Anna ungesühnt bleibt, er kritisierte einzig den moralischen Rigorismus Ro-

⁴⁴⁰ *Sudermann; Mechow* 69. – *Nipperdey* 768 beurteilt das Stück in knappen Worten: „krass und effektiv, aber flach“.

berts und den dem Stück innewohnenden Zwang zur Heirat. In den letzten drei Strophen treten sein Ärger, aber auch seine abweichende Haltung in der Sache deutlich hervor:

„Die Ehre“ von der anderen Seite

Ick finde – det is allerhand,
Wat Sudermann da dichtet.
Im Leben, det is doch bekannt,
Da wird nich so jerichtet.

Da heeßt et: Ehre hin und her –
Wat heeßt hier Alma’s Tugend!
Wenn’t immer noch so teuer wär’,
Wat machte da die Jugend?!

Da nimmt man det nich so jenau
Mit Herz – und Seelenstürme,
Da nimmt die kleene siesse Frau
Den Scheck – und denn – denn türme!!!

Die Laienspieltruppe führte das Stück, eingebettet in ein musikalisches Rahmenprogramm, als Wohltätigkeitsveranstaltung für die Winterhilfe der Gewerkschaft zugunsten stellenloser Angestellter auf. Der Düsseldorfer Stadt-Anzeiger, ein bürgerlich-liberales Blatt, hob den Mut hervor, sich nicht mit einem „auf der Liebhaberbühne üblichen Stücke“ begnügt, sondern sich an Sudermanns Vierakter herangewagt zu haben. Die Kritik lobte insbesondere die „vorzüglichen darstellerischen Leistungen“, „die Mitwirkenden bewegten sich zum Teil wie erfahrene Bühnen-Routiniers und waren doch alle Mitglieder des GDA“. Namentlich wurden jedoch allein die für Regie, Spielleitung und Bühneninspektion Verantwortlichen genannt.⁴⁴¹

Dem relativ lockeren Umgang mit der eigenen – männlichen – Sexualität stand eine noch sehr tabuisierte, doch um nichts weniger deutliche Sprache über sie entgegen, und noch der soeben aus dem Amt des DGB-Vorsitzenden geschiedene Rosenberg wundert sich 1970 in seinen „Gedanken zum Karneval“ über den Umgang mit der öffentlichen Sexualaufklärung. In Anspielung auf die populären Aufklärungsfilme Oswald Kolles und den Sexualekunde-Atlas, den die sozialdemokratische Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit Käte Strobel 1969 herausbringen ließ, heißt es:⁴⁴²

⁴⁴¹ *Düsseldorfer Stadt-Anzeiger* Nr. 341 vom 8.12.1932.

⁴⁴² Ludwig Rosenberg, Gedanken zum Karneval, 1970, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 73. – Rosenberg bot das Gedicht am 5.1.1970 brieflich Richard Becker, dem Chefredakteur der gewerkschaftlichen Welt der Arbeit, zum Abdruck an. Eine Reaktion Beckers ist nicht übermittelt. Mit Käte (im Original fälschlich Käthe) Strobels Atlas ist der Sexualekunde-Atlas (Biologische Informationen zur Aufklärung des Menschen, hrsg. von der Bundeszentrale für

Der Heil'ge dieser tollen Tage
Ist Oswald Kolle ohne Frage.
Und man probiert bei dem Geschmuse
Rezepte von Beate Uhse.

Und wenn den Faden man verliert
Man sich am besten orientiert
Bei Käte Strobels Atlas schnell –
Der Junior hat ihn gleich zur Stell'.

Denn wie wir früher ohne Wissen
Uns wälzten in den Sündenkissen
Und ohne Wissenschaft und Kunst –
Das findet heute keine Gunst.

Mit Technik und Gebrauchsanweisung
Hilft man uns heut' aus der Vereisung.
Und wer sich heute noch geniert,
Ist unzureichend präpariert.

Von den ungleichen Anforderungen an die Sexualmoral beider Geschlechter abgesehen, praktizierte Rosenberg zeit seines Lebens ein im Großen und Ganzen partnerschaftliches Verhältnis zu Frauen, obschon in seiner 44-jährigen Ehe die Rollen recht traditionell verteilt waren und seine Frau, die vor der Ehe noch berufstätig war, ihm zumindest seit der gemeinsamen Rückkehr aus dem britischen Exil den Haushalt führte. In seiner Mutter stand ihm eine selbstständige Frau vor Augen, die, wenngleich gezwungenermaßen, fähig war, ihren Mann in dessen Abwesenheit während dessen Kriegseinsatz, aber auch nach seinem Tod vollwertig zu ersetzen.

Rosenbergs frühe Texte versprühen, wie die zeitgenössischen Songtexte im Allgemeinen, sowohl Witz als auch Charme. Aus ihnen spricht nicht zuletzt die geistige Wendigkeit, der Witz und die Bildung des Autors. Welchen Stellenwert nahm die Schriftstellerei im Leben des jungen Rosenberg ein? Ein Foto zeigt den 20-Jährigen im Mantel, mit Hut und Schal, die brennende Zigarette in der Hand: Hier stellt er sich als Künstler, als Bohemien dar. Und doch zeigte er sich wenig überzeugt von seinen dichterischen Fähigkeiten. In dem Gedicht „Mein liebes Kind“ schrieb er:

Und wenn vor Glück dem Mann der Busen schwillt
Dann lüstet es ihn nach den Musen wild
Er greift zur Harfe – stößt in's Saxophon
Spielt keusche Lieder auf dem Grammophon –

Und von „der Liebe, die so vieles weiß“
Läuft sich die neue gute Nadel heiß –
Dann greift zur Feder er – die alterprobt

gesundheitliche Aufklärung, Opladen 1969), ein von Kolle heftig kritisiertes Werk, gemeint. Beate Uhse indes ist zu einem Markenzeichen für den Versand erotischer Artikel geworden.

Auf daß ein Werk entsteht, das er nur lobt.

In wenig Worten tötet er im Nu
Den Ruhm von Goethe – Heine und dazu
Den Talmiglanz der Großen auf der Welt
Weil er – natürlich – sich für'n Größten hält.

Es folgt ein Werk, das seinesgleichen sucht,
Worin den Wahn der Welt er stolz verflucht,
Wo sich auf „Liebe“ immer „Triebe“ reimt
Und es im Busen – wie man schön sagt – „keimt“.

Worin er lässig letzte Dinge spuckt
Und mähenschüttelnd über alles unkt,
Erhaben über alles Ird'sche lacht
Und drunter schreibt: – in einer Nacht erdacht.

Spätestens Mitte der 1920er Jahre schätzte Rosenberg sein dichterisches Werk – wohl zu Recht – als Gelegenheitslyrik ein, in denen er seinen geistigen Spieltrieb auslebte, das aber den Ansprüchen gehaltvoller Dichtkunst nicht gerecht werden konnte. Dennoch druckte 1926 die satirische Beilage einer Berliner Beamtenzeitschrift ein Gedicht über ein Künstleretablissement, in dem Rosenberg seinen eigenen, vergeblichen und inzwischen zur Geschichte geronnenen Versuch, sich als Dichter einen Namen zu machen, widerspiegelt:⁴⁴³

Das Café an der Gedächtniskirche

Wallende Mähnen – magere Hände
Trostloses Gähnen – rauchschwarze Wände
Suchende Augen – hungernde Lippen
Zitrone saugen – Kuchen wie Strippen [...]

Könnner und Narren – ein paar Avisierte
Dichter von Schmarren – zum Künstler Verführte
Und über allen – Damoklesklingen
Wird es gefallen – wird es gelingen

Wallende Mähnen – magere Hände
Trostloses Gähnen – rauchschwarze Wände
Blaustumpfe Spiegel – Zigarrendünste
Des Schicksals Siegel – Brotlose Künste!

Trotz dieser frühen Einsicht in die Begrenztheit seines künstlerischen Könnens sollte er einen Teil der ihm verbliebenen Stunden seiner knapp bemessenen Freizeit jedoch bis an sein Lebensende für das Verfassen von Gedichten oder Aphorismen verwenden. Wenigstens zweimal veröffentlichte Rosenberg noch Texte während der Weimarer Republik. 1929 folgte zunächst der Text zu dem Foxtrott „Ich hab am Rhein

⁴⁴³ *Rosenberg (1926)*. – Eine am gleichen Ort unter dem Titel „Zinslose Sicherheit“ abgedruckte und mit „Rbg.“ gezeichnete Erzählung stammt vermutlich ebenfalls aus Rosenbergs Feder. Sie handelt von einem jungen Pfarrer, der sich für die Dauer seiner ersten Predigt in einer neuen Gemeinde eine erhebliche Geldsumme leiht, weil es sich damit besser und leichter predigen lasse.

ein blondes Mädchen“ in dem arrivierten 1907 gegründeten Berliner Rondo-Verlag,⁴⁴⁴ der hauptsächlich Operetten und Schlager vertrieb. Rosenberg, der hier mit dem Vornamen Lutz zeichnete, arbeitete mit dem Komponisten G. P. Erven und dem Arrangeur Hartwig von Platen zusammen.⁴⁴⁵ 1931 folgte ein letztes Gedicht Rosenbergs in einer kleinen Broschüre, gedruckt aus Anlass der Entlassung von der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf.⁴⁴⁶

Inzwischen war ihm in dem jungen Dichter Erich Kästner ein großes Vorbild erstanden, vier Jahre älter als Rosenberg und seit kurzem in Berlin. Ob sie einander in den Jahren der ersten Republik kennen lernten, ob sie sich in einem der von Kästner so geschätzten Cafés sprachen, ist nicht überliefert. Kästner hatte 1928 mit seinem Gedichtband „Herz auf Taille“ sein Debüt als Lyriker gegeben, drei weitere Bände mit Gedichten sollten in den Jahren der Weimarer Republik noch folgen. Schon in einem seiner ersten Gedichte protestierte er gegen die konventionelle bürgerliche Moral, indem er beispielsweise einen Ehebruch gestand. Sexuelle Themen behandelte er mit großer Offenheit. „Kästners Witz, seine Stimmungskraft, seine handfeste Sprache, sein moralischer Wille, seine Gesellschaftskritik und Zivilisationssatire, seine sprachturnende Leichtigkeit“, so urteilte sein Freund und Kollege Hermann Kesten, „machen seine Gedichtbände unterhaltend und spannend.“⁴⁴⁷ Rosenbergs Talent freilich reichte nicht an das seines Vorbildes heran. Im Exil, als Kaufmann in Portugal, dichtete er eines der bekanntesten Gedichte Kästners nach, das dieser seinerseits Goethe nachempfunden hatte: „Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühen?“⁴⁴⁸

⁴⁴⁴ Rosenberg (1929). – Die jüdischen Besitzer des Rondo-Verlages namens Judasohn wurden später enteignet und exulierten in die Vereinigten Staaten, die Firma wurde spätestens 1936 liquidiert. Vgl. diverse nationalsozialistische Hetzschriften: *Juden in Deutschland* 359; *Rock/Brückner* 188; Hans Költzsch, Das Judentum in der Musik, zitiert nach *Entartete Musik* 117; Einträge zu Rosenberg oder Erven finden sich dort wie auch bei *Stempel/Gerigk* nicht. Laut schriftlicher Mitteilung der in Hamburg ansässigen Warner/Chappell Music GmbH Germany vom 21.6.2000 übernahm ein Treuhänder den Verlag und ließ „sämtliche Unterlagen (Verträge, Noten, Schriftwechsel usw.) restlos verkommen, suchte sich jedoch besonders erfolgreiche Werke heraus und übernahm sie in seinen eigenen Verlag“. 1962 übernahm der Rondo-Verlag in Hamburg sämtliche Rechte, doch die Firmenunterlagen hatten zwischenzeitlich in einem nassen Keller in Berlin gelagert. Hinweise auf Rosenberg und Erven fanden sich dort nicht mehr. Die GEMA hingegen hat laut schriftlicher Mitteilung vom 13.1.2000 den genannten Titel Rosenbergs in ihren Unterlagen registriert. Der Rondo-Verlag ging später im Konzern Warner/Chappell auf.

⁴⁴⁵ Erven veröffentlichte laut *Hofmeisters Handbuch der Musikliteratur* von 1929 und 1934 insgesamt drei Titel, zwei Foxtrotts und eine Jazz-Inspiration. Rosenberg wird als Texter des „blondes Mädchens“ nicht aufgeführt, auch sonst findet sich kein Eintrag über ihn.

⁴⁴⁶ Dazu Kapitel 5.

⁴⁴⁷ *Kesten* 9, 11 f.

⁴⁴⁸ Zu Rosenbergs Gedicht „Das Kapitel Portugal“ siehe Kapitel 5.

Clarinete I in B

Ich hab' am Rhein ein blondes Mädchen.

Aufführungsrecht vorbehalten.

Foxtrot

Text von **Lutz Rosenberg** Musik von **G. P. Erven**
 Arrang. Hartwig v. Platen

Foxtrot.

Refrain.

Coda

Alleiniges Eigentum für alle Länder: Rondo-Verlag, Berlin.
 Copyright 1929 by Rondo-Verlag, Berlin R.V. 1449 En. 185

Abbildung 21: Faksimile der Noten des Rondo-Schlagers „Ich hab am Rhein ein blondes Mädchen“ (1929)

Vielleicht wird man Rosenberg weit eher gerecht, begreift man ihn weniger als einen gescheiterten Künstler, denn ob er jemals ernsthaft eine künstlerische Laufbahn anstrebte, erscheint trotz all seinem Gehabe als eher zweifelhaft. Vielleicht entspricht er angesichts seiner humanistischen Bildung, der musikalischen Prägung durch die Mutter und der literarisch-philosophischen Gespräche mit seinem Onkel weit mehr dem Typus des Dilettanten im Sinne der frühbürgerlichen Kulturtradition, an die um 1900 Einzelne anzuknüpfen trachteten – freilich ohne die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen oder gar öffentlich wirksam zu werden. In seiner ursprünglichen Bedeutung deckte der Dilettant des breite Spektrum „zwischen allgemein anerkannter Kunst und bloßer

Stümperei“ ab.⁴⁴⁹ Aktive künstlerische Betätigung, musizierend, schauspielend, schreibend oder dichtend – auf welchem Niveau auch immer –, die Umsetzung ästhetischen Denkens in sprachlich-künstlerische Gestaltungsformen, gehörten für Rosenberg zum Alltag, zur bürgerlichen Lebensweise wie selbstverständlich dazu.

Der Verlust des Vaters

Am 11. August 1923, dem Verfassungstag der Weimarer Republik, starb Moritz Rosenberg, der Vater Ludwig Rosenbergs. Im schlesischen Ort Glatz (polnisch Klodzko) erlitt er erst 51-jährig „nach wenigen Jahren schwerer Krankheit“ einen Herzschlag.⁴⁵⁰ Warum er sich dort aufgehalten hatte, ob zum Einkauf neuer Stoffe für die bevorstehende Herbstsaison oder aus privaten Gründen, ließ sich nicht feststellen. Jedenfalls veranlassten Witwe und Schwager, seinen Leichnam mit der Eisenbahn aus Schlesien über Breslau (Wroclaw) nach Berlin zu bringen, wo sie ihn am 15. August am Schlesischen Güterbahnhof in Empfang nehmen konnten. Zwei Tage später wurde er schließlich auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee beigesetzt. Angesichts der schon weit fortgeschrittenen Inflation verschlang die Beerdigung unter Mitwirkung eines Gemeinderabbiners den Betrag von 22,26 Millionen Mark,⁴⁵¹ eine astronomische Summe für die Familie. Augenscheinlich hatte die Inflation das Familienvermögen bereits angezehrt, sodass sie ihn nur 3. Klasse beisetzen konnte. Auch zeigt der Grabstein – Sandstein mit polierter Front – den Niedergang der Familie, ist er doch weit weniger aufwändig gestaltet als der Grabstein seiner Schwiegereltern.

⁴⁴⁹ *Schulz* 35, 51 f. – Siehe auch die überaus lobende Zeitungskritik an der Sudermann-Aufführung unter der Titel „Dilettanten auf der Bühne“. *Düsseldorfer Stadt-Anzeiger* Nr. 341 vom 8.12.1932.

⁴⁵⁰ *Leben für die Freiheit* (1970) 9. – Möglicherweise hatte sich der Vater das Herzleiden infolge eines Giftgasangriffes bei Verdun zugezogen. Erstmals setzte die französische Armee am 21.2.1916 mit Phosgen gefüllte 75-mm-Geschosse ein. Phosgen, das giftigste unter den Einatmungsgiften, wirkt zunächst auf die Atmungsorgane, in schweren Fällen ist es tödlich, in leichteren Fällen können auch andere Organe dauerhaft geschädigt werden. So heißt es bei *Büscher* 101 ff.: „Indirekt ist es besonders die Tätigkeit des Herzens, die durch die Phosgeneinatmung aufs schwerste geschädigt wird. Denn durch das Lungenödem tritt eine mechanische Behinderung des kleinen (Lungen-) Kreislaufes ein, da das Ödem die Blutgefäße in den Lungen zusammenpreßt, so daß das Herz schon bei der Versorgung der Lungen mit Blut die größten Widerstände zu überwinden hat. [...] Es müssen darum schon die letzten Reserven, die im Herzmuskel schlummern, mobil gemacht werden, wenn diese ungeheure Arbeit geleistet werden soll. Doch viele Herzen erlahmen nur allzu schnell.“

⁴⁵¹ Unterlagen des jüdischen Friedhofs Weißensee. Das Krankenbuchlager des Landesamtes für Gesundheit und Soziales in Berlin, das einen Teil der Krankenhausurkunden des Ersten Weltkriegs verwaltet, verfügt laut einem Schreiben vom 6.4.2001 nicht über Unterlagen zu Moritz Rosenberg.

Das Verhältnis Moritz Rosenbergs zu seinem Sohn Ludwig bleibt weitgehend im Dunkeln, es ist nicht bekannt, wie sich der Vater zu den künstlerischen Ambitionen seines Sohnes verhielt, ob er beispielsweise wie Hermann Kafka mit Misstrauen und Verständnislosigkeit auf die schriftstellerische Betätigung seines Sohnes Franz reagierte.⁴⁵² Dass es zwischen beiden jedoch zu Konflikten gekommen sein dürfte, ist allein deshalb schon anzunehmen, weil der Nachwuchs naturgemäß dazu neigte, den im Krieg abwesenden Vater zu idealisieren, sodass dieser bei seiner Rückkehr dem hehren Bild nur selten entsprechen konnte.⁴⁵³ Jedoch boten auch die Abkehr des Sohnes vom väterlichen Lebensweg, sein politisches Engagement und sein nachlassender schulischer Ehrgeiz ausreichend Zündstoff für Generationskonflikte, die letztlich erst mit dem Tod des Vaters entschieden waren.



Abbildung 22: Grab von Moritz Rosenberg, dem Vater Ludwig Rosenbergs, auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee. Den verhältnismäßig schlicht gestalteten Grabstein ließ sein Sohn später mit einem Eintrag für seine Mutter Hedwig versehen (Aufnahme 2002)

452 Wagenbach (1991) 12.

453 Reulecke 19.

Dessen früher Tod hinterließ im Lebensweg des gerade 20 Jahre alt gewordenen Sohnes einen tiefen Einschnitt. In den wenigen autobiografischen Quellen heißt es einhellig, dass er die Schule kurz vor der Abiturprüfung ohne Abschluss habe verlassen müssen, „ganz kurzschlußartig“ gar, um das väterliche Geschäft übernehmen zu können.⁴⁵⁴ Tatsächlich aber verließ er die Schule erst acht Monate später, im März 1924.⁴⁵⁵ Die Vermutung liegt nahe, dass Rosenberg seine tatsächliche Motivation, die Schule zu verlassen, nachträglich umdeutete, um seiner Entscheidung ex post einen anderen Sinn als den ursprünglichen zu verleihen. Doch auch ohne eine solche Neuinterpretation sind die tatsächlichen Motive verworren genug.

Aus verschiedenen Gründen erscheint es wenig wahrscheinlich, dass seine Familie Druck auf ihn ausübte, um ihn zum Verlassen der Schule zu bewegen. Seine Mutter, auf die die väterliche Gewalt über den noch minderjährigen Sohn übergegangen war⁴⁵⁶ und die bereits während des Kriegs ihren Ehemann im Geschäft vertreten hatte,⁴⁵⁷ wird ihrem Sohn ebenso wenig den Aufstieg ins Bildungsbürgertum verschlossen haben wie sein Onkel, in dessen Fußstapfen der junge Rosenberg treten wollte. Im Gegenteil, für die optimale Ausbildung gerade ihrer Söhne unternahm das jüdische Bürgertum jede Anstrengung, um ihnen eine gesicherte Grundlage für ihre berufliche Existenz zu verschaffen.⁴⁵⁸ Sowohl jüdische Akademiker als auch Kaufleute sahen in dem erfolgreichen Besuch des Gymnasiums die wichtigste Voraussetzung für eine bürgerliche Karriere ihrer Kinder, sodass insbesondere für den männlichen Nachwuchs keine Mühe zu groß erschien, ihn auf Anstalten der höheren Bildung schicken zu können. Diesem Zweck hatte auch die Wahl des Schiller-Realgymnasiums gedient, gingen dessen Absolventen doch überwiegend mit dem Ziel des Studiums ab.⁴⁵⁹ Rosenberg selbst gibt an, sein Vater habe ihn „zunächst zum Juristenstudium bestimmt“⁴⁶⁰, an anderer Stelle heißt es darüber hinaus, sein eigenes Berufsziel sei es gewesen, Rechtsanwalt zu werden.⁴⁶¹ Das Vorbild des Onkels dürfte ein Übriges dazu beigetragen haben. Wie aber lässt es sich erklären, dass Rosenberg die Schule verließ, ohne Abschluss und damit zunächst ohne Aussicht, in die akademische Arbeitswelt eintreten zu können?

⁴⁵⁴ *Akademie Kontakte der Kontinente* 5; *SFB-Rundfunkinterview (1969)* 3.

⁴⁵⁵ Schriftliche Mitteilung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, vom 8.9.1999.

⁴⁵⁶ BGB, § 1681; es sei denn, es wäre ein Vormund bestellt worden. Das wäre vermutlich der Onkel geworden.

⁴⁵⁷ *Leben für die Freiheit* (1970) 8.

⁴⁵⁸ *Richarz* (1997c) 75.

⁴⁵⁹ *Neugebauer* 128, Anm. 97.

⁴⁶⁰ *Feiden*.

Geprägt von der Musikalität seiner Mutter und der klassischen Bildung des Onkels, litt der junge Rosenberg an der Kaufmannsexistenz des Vaters. Das war keineswegs ungewöhnlich: Elias Canetti beispielsweise verabscheute das väterliche Geschäft wie auch das Geld im Allgemeinen, auch Stefan Zweig lehnte das Kaufmännische ab und wendete sich stattdessen dem Geistigen zu. „Unbewußt sucht etwas in dem jüdischen Menschen“, so Zweig in einem deutlichen Anflug jüdischen Selbsthasses, „dem moralisch Dubiosen, dem Widrigen, Kleinlichen und Ungeistigen, das allem Handel, allem bloß Geschäftlichen anhaftet, zu entrinnen und sich in die reinere, die geldlose Sphäre des Geistigen zu erheben, als wollte er – wagnerisch gesprochen – sich und seine ganze Rasse vom Fluch des Geldes erlösen. Darum ist auch fast immer im Judentum der Drang nach Reichtum in zwei, höchstens drei Generationen innerhalb einer Familie erschöpft, und gerade die mächtigsten Dynastien finden ihre Söhne unwillig, die Banken, die Fabriken, die ausgebauten und warmen Geschäfte ihrer Väter zu übernehmen.“⁴⁶² Zweig irrt jedoch, wenn er diese Entwicklung nur auf die jüdische „Rasse“ bezieht, vielmehr handelte es sich um eine allgemeine Tendenz im Bürgertum.⁴⁶³

Sicher ließ die schwierige Lage des Handels, insbesondere in den Krisenjahren zwischen Kriegsbeginn und Inflation, den Vater allzu oft an Geschäft und Existenz verzweifeln, sodass er für die sich gerade entfaltenden künstlerischen Ambitionen des Sohnes nicht empfänglich war, noch dazu „während der sensiblen Prägephase des Jugendalters“.⁴⁶⁴ Womöglich sah Ludwig Rosenberg, gleich Thomas Mann in den „Betrachtungen eines Unpolitischen“, den Zwiespalt zwischen bürgerlichen Verhaltensnormen und künstlerischer Genialität. Während ihm in seiner Mutter wie in seinem Onkel – die ursprünglichen Werte der Menschlichkeit, Freiheit und Bildung hochhaltend – Bürgerlichkeit und Kunst, Geist und Leben miteinander vereint erschienen, erblickte er, gleichsam zugespitzt, in seinem Vater das Sinnbild der „Verhärtung zum kapitalistisch-imperialistischen Bourgeois“⁴⁶⁵ oder gar des – von Juden selbst freilich oftmals verinnerlichten – antisemitischen Stereotyps der jüdischen Krämerseele.

In der Sozialisationsforschung kennt man den Zusammenhang zwischen entfallender väterlicher Autorität und nachlassender Leistungsbereitschaft des Nachwuchses.⁴⁶⁶ Mit dem Tod seines Vaters schwand

461 *Deutsche Welle-Rundfunkporträt (1973)* 1.

462 *Petersen* 16; *Zweig* 27.

463 *Budde* 217 f.

464 *Herrmann (1998)* 242.

465 Zitiert nach *Hein* 102 f.

466 *Gestrinch (1999)* 96 f.

auch die elterliche Autorität, und infolgedessen sank Rosenbergs Leistungsbereitschaft in der Schule noch weiter ab. Damit entfiel auch der indirekt ausgeübte Zwang, der Erwartung zu entsprechen, in die väterlichen Fußstapfen treten zu müssen. In dieser Situation wäre es zwingend erforderlich, sich zu entscheiden, ob die väterliche Lebensform als erstrebenswert und nachahmenswert gelten könnte. Und tatsächlich war insbesondere im Besitzbürgertum der Anteil jener Söhne überdurchschnittlich hoch, die sich vom elterlichen Geschäft ab- und künstlerischen Berufen zuwandten.⁴⁶⁷

Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass Mutter und Onkel zunächst versucht hätten, dem Jungen die Schulbildung bis zur Abiturprüfung zu Ostern 1925 – inzwischen wäre er bereits beinahe 22 Jahre alt – zu finanzieren, jedoch aufgrund der Auswirkungen der Inflation dazu nicht länger in der Lage gewesen seien und ihn deshalb von der Schule nahmen, weil anders das väterliche Geschäft nicht zu halten gewesen wäre,⁴⁶⁸ so erscheint diese Argumentation doch bei Lichte besehen sehr fragwürdig. Denn ein messbarer Nutzen hätte sich für das Konfektionsgeschäft erst Jahre später, nach abgeschlossener Ausbildung, ergeben, die Mutter hingegen war bereits erfahren in der Leitung des Geschäfts und mit Mitte 40 noch jung genug, den Laden solange weiterzuführen, bis sich die wirtschaftliche Situation entspannt haben würde und sie fortan nach dem Verkauf des Geschäfts vom Erlös leben könnte. Und selbst wenn der Onkel in der Inflation einen Großteil seiner Vermögenswerte eingebüßt haben sollte, hätte die Versorgung dreier Personen – seiner Schwester, seines Neffen und sich selbst – von den Erträgen seiner seit fast fünfzehn Jahren bestehenden Anwaltskanzlei in einer gemeinsamen Wohnung im Rahmen des Möglichen gelegen. Mutter und Sohn Rosenberg blieben jedoch in ihrer Wohnung an der Kaiser-Friedrich-Straße wohnen. Gar so mittellos konnte die Familie auch jetzt nicht dagestanden haben.⁴⁶⁹

⁴⁶⁷ *Budde* 216 ff. – Nach Budde sollen 44 Prozent der Söhne wirtschaftsbürgerlicher, also kaufmännisch handelnder Eltern eine künstlerische Laufbahn eingeschlagen haben. Sie schränkt zwar ein, dass sich ihre Erhebung auf die Memoirenliteratur stützt, die zu einem überdurchschnittlichen Teil von Künstlern verfasst wurde, doch ließen sich künstlerische Ambitionen weit eher mit bildungsbürgerlichen als mit wirtschaftsbürgerlichen Berufen vereinbaren.

⁴⁶⁸ Tatsächlich waren die angelegten Geldvermögen vor allem der bürgerlichen Mittelschichten durch die Inflation stark abgeschmolzen. Insbesondere Pensionäre und Rentiers – aufgrund der demografischen Entwicklung unter den Juden besonders häufig anzutreffen – litten darunter, viele von ihnen mussten wieder aktiv ins Berufsleben einsteigen oder sie fielen der jüdischen Wohlfahrtspflege anheim, sodass der auf Grundlage der Einkommens- und Vermögenssteuer erhobene Steuersatz für die jüdische Gemeinde bis 1933 auf 25 Prozent angehoben werden musste. 1912 hatte er noch sechs Prozent betragen. *Barkai* (1997a) 44; *Asmuss/Nachama* 193.

⁴⁶⁹ Die oben beschriebene übliche Produktionsweise der Konfektion, vor allem der

So erscheint es mehr als wahrscheinlich, dass bei Rosenbergs vorzeitigem Abgang von der Schule mehrere Motive ineinander verwoben waren. Erstens dürfte das Vermögen der Familie, das seine Großeltern, seine Eltern wie sein Onkel in Jahrzehnten angespart hatten, durch die Hyperinflation 1923 wertlos geworden sein, sofern es in Form langfristiger Anleihen angelegt worden war. Von Grund- und Immobilienbesitz ist nichts bekannt, für die Annahme jedoch, dass die Familie über Geldvermögen verfügt hatte, sprechen mehrere Fakten. So wandte sich Rosenberg 1968 gegen die Forderung eines Berliner Arztes, den Mitbesitz an Betrieben durch die Belegschaft zu fördern, da finanzieller Mitbesitz an Unternehmen nicht unbedingt zur Führung des Unternehmens befähige, da es bereits Millionen von Kleinaktionären gebe, die von den Unternehmen keine Ahnung hätten, und schloss mit den Worten: „Was ich Ihnen hier sage, ist keine Theorie, sondern ist ein Verhalten, daß durchaus verständlich ist, und das ich in der Jugend in meiner eigenen Familie und im Laufe meines Lebens bei hunderten von Freunden und Bekannten aus eigener Erfahrung beobachten konnte.“⁴⁷⁰ Und Benno Leyser verfügte noch 1940 – trotz der Erfahrung der Inflation und unter dem Eindruck der längst begonnenen schrittweisen Ausplünderung der deutschen Juden – noch immer über einige Wertpapiere.⁴⁷¹ Unter den Auswirkungen der Inflation dürfte auch das laufende Geschäft der Rosenbergs gelitten haben, sofern sich die Familie nicht am Schwarzmarkt schadlos halten konnte.⁴⁷²

Zweitens führte der Verlust des Geldvermögens dazu, dass für den Sohn Ludwig ein Universitätsstudium, das daraus hätte finanziert werden können und sollen, in weite Ferne rückte. Damit stand Rosenberg nicht allein, die um 1923 von der Schule abgehenden Jahrgänge der bürgerlichen Jugend wurden von einer tiefgreifenden Orientierungskrise erfasst. Sie mussten vergegenwärtigen, dass ihnen zumindest der

Vorabeinkauf der Stoffe für die kommende Saison, erzwang unter dem Eindruck der Inflation geradezu eine Abkehr von der Zahlung in Mark und stattdessen eine Umstellung auf Devisen oder Sachwerte. So beschreibt der Journalist und Autor Curt Riess, geboren 1902, die Auswirkungen der Inflation auf das väterliche Konfektionsgeschäft in Berlin mit den folgenden Worten: „[...] mein Vater begriff erst, woran er war, als er feststellen mußte, daß die Rechnung für 3,20 Meter Tuch, aus dem ein Anzug gemacht werden konnte, höher war als die Rechnung, die er einem Kunden für den Anzug ausstellen konnte. Von diesem Tag an fertigte er nur noch Anzüge gegen Dollar an.“ *Riess* 32.

⁴⁷⁰ Rosenberg an Dr. med. Klaus Petersen, Berlin, 7.8.1968, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Kasten 11. – Petersen hatte sich zuvor am 2.8.1968 gegen die Forderung des DGB nach Ausdehnung der Mitbestimmung gewandt, da die Leitung eines Betriebes „großes Wissen, Können und Ingenium sowie auch moralische Kräfte“ erfordere, über die „Hinz oder Peter“ nicht verfügten. Rosenberg hielt dagegen, dass viele Betriebsleiter, die einen Betrieb erbten, häufig nicht über die nötigen Kenntnisse verfügten. Ebd.

⁴⁷¹ Vermögenserklärung Benno Leysers, 3.2.1940, unpag. Bl.

⁴⁷² *Barkai (1997a) 44; Peukert (1987b) 75.*

weitere gesellschaftliche Aufstieg verwehrt blieb, ja oftmals gar der soziale Abstieg und erhebliche Einkommenseinbußen drohten; häufig hatten sie nicht einmal Aussicht auf eine Lehrstelle.⁴⁷³ Insofern traf es Rosenberg noch recht günstig, dass er nicht als ungelernete billige Arbeitskraft entlassene Mitarbeiter des elterlichen Geschäfts ersetzen musste, sondern im Anschluss an den Abgang von der Schule eine Ausbildung zum Kaufmann beginnen konnte. Möglicherweise bildete die Zusicherung eines Kaufmanns, ihn in die Lehre zu nehmen, gar den Anlass, die Schule vorzeitig, „ganz kurzschlußartig“ zu verlassen.⁴⁷⁴ Doch nicht der Tod des Vaters, sondern die desaströse wirtschaftliche Situation der Familie bildete den Rahmen dazu.

Drittens hatte er augenscheinlich unter dem Eindruck der politischen Entwicklung seine schulischen Anstrengungen vernachlässigt, hatte er doch mindestens 14 Jahre in der Schule verbracht. Die nachlassenden Leistungen in der Schule können auch in einem direkten Verhältnis zum Tod des Vaters gesehen werden, die Psychologie weiß inzwischen um die Auswirkungen der Abwesenheit des Vaters in der Kindheit und Jugend des Nachwuchses. Zwar war Rosenberg beim Tod des Vaters bereits 20 Jahre alt, doch lässt sich auch ein Nachwirken der Abwesenheit seines Vaters in den Kriegsjahren 1915 bis 1917 annehmen. In diesem Alter – Rosenberg war zwölf bis vierzehn Jahre alt – erleiden Kinder oder Jugendliche, deren Väter kriegsbedingt abwesend sind, „häufig Ängste, Angstträume, anklammerndes Verhalten mit vielfältigen – auch in der Schule sich zeigenden – Auffälligkeiten“, vor allem ältere Kinder würden oftmals parentifiziert, also von den Müttern in die Rolle als Vertrauter oder als Partner gedrängt, sodass ihnen die Entwicklung eines adäquaten Selbstwertgefühls versperrt bleibt, während sie sich häufig auf eine besondere Empathieleistung für andere, auf ein altruistisches Funktionieren sehr gut verstehen lernen.⁴⁷⁵

Weil ihm also eine akademische Karriere versperrt blieb, eine künstlerische Laufbahn ebenfalls nicht greifbar schien – zu groß die Konkurrenz, zu gering das Talent –, wählte er gezwungenermaßen die kaufmännische, zu deren Ausübung das Reifezeugnis eines Realgymnasiums nicht erforderlich war. Zwar erlaubte es die durch die Inflation ausgelöste tiefgreifende Verunsicherung des deutschen Bürgertums dem Nach-

⁴⁷³ *Barkai (1997c)* 71.

⁴⁷⁴ Womöglich handelte es sich um ein Arrangement zweier – vermutlich jüdischer – Kaufleute, gegenseitig ihren Nachwuchs auszubilden. Dafür spricht die Tatsache, dass für die Dauer seiner Lehre keine Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt wurden. Schriftliche Mitteilung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, vom 8.9.1999.

⁴⁷⁵ *Radebold* 21, 100. – Zwar beschreibt Radebold die Folgen der Abwesenheit des Vaters anhand des Zweiten Weltkriegs, doch lassen sich seine Ergebnisse m. E. auch auf andere Kriege übertragen.

wuchs, die elterliche Kontrolle abzuwehren und erfolgreich eigene Wege zu beschreiten.⁴⁷⁶ Doch dass Rosenberg vorrangig aufgrund finanzieller Zwänge wider seine persönliche Neigung und die langfristig angelegten sozialen und ökonomischen Interessen der Familie zu handeln gezwungen war, führte ihn paradoxerweise geradewegs wieder in die Fußstapfen seines Vaters. Zwar gelang es ihm auf diese Weise, als selbstständiger Kaufmann weiterhin die Tradition der Familie zu bewahren und nicht, wie viele andere Juden in dieser Zeit, als Lohn- oder Gehaltsabhängige gar ins Proletariat absteigen zu müssen,⁴⁷⁷ doch übte er die Tätigkeit des Konfektionärs nur mit größtem Widerwillen aus.

Und als sich 1928 die wirtschaftliche Situation wieder entspannt hatte, nahm Rosenberg in Absprache mit seiner Familie sogleich die Gelegenheit wahr, das Geschäft an die Firma Kohnen & Jöring, bekannt unter dem Kürzel KAJOT, zu verkaufen. Die 1905 von Heinrich Kohnen und Wilhelm Jöring in Berlin gegründete Firma stellte in einer eigenen Fabrik Berufs- und Arbeitskleidung her und vertrieb sie über ein Netz von Niederlassungen, das sich im Laufe der Jahre auch über alle Vororte Berlins erstreckte. Mit dem 1928 übernommenen Geschäft Rosenbergs, das im Berliner Handelsregister noch immer auf den Namen des Großvaters eingetragen war,⁴⁷⁸ konnte die zwölfte Niederlassung eröffnet werden.⁴⁷⁹ Über den Kaufpreis ist nichts bekannt, doch handelte Rosenberg unbewusst klug, denn schon ein Jahr später, mit der Weltwirtschaftskrise ging die Nachfrage im Bekleidungs-gewerbe deutlich zurück.⁴⁸⁰ Auch später, vor allem im britischen Exil, wurde Ludwig Rosenberg nur ungern und unter dem Druck der Verhältnisse kaufmännisch tätig.⁴⁸¹ Seine ostentative Abwendung vom Beruf des Vaters ist durchaus typisch für die Söhne jüdischer Unternehmer, die statt dessen ihren Interessen auf schöngestigem oder wissenschaftlichem Gebiet nachgingen. Und sie lässt sich erst vollständig begreifen, wenn sich der Zeitraum 1923/1924 zwischen dem Tod des Vaters und dem Schulabgang als ein Bruch in Ludwig Rosenbergs Lebensweg erschließt, der seine weitere Laufbahn in besonderer Weise beeinflussen sollte.

Nicht allein von der wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheit war die jüdische Jugend besonders stark betroffen, hinzu trat eine allgemeine Verunsicherung der jüdischen Existenz. Zwar fühlten sich die meisten

476 *Kaplan* 129.

477 *Barkai (1997c)* 71.

478 *Berliner Handelsregister* 1922 ff. – Die Firma Hermann Leyser existierte weiterhin, mit welchem Zweck, ist unbekannt. Erst am 20.4.1938 wurde sie auch formell gelöscht. Auskunft des Amtsgerichts Charlottenburg, Handelsregister, vom 12.7.1999.

479 *Kajot* 6 ff.

480 *Barkai (1997a)* 44.

481 Vgl. *Richarz (1979b)* 32.

deutschen Juden, vor allem jene Generation, die um 1900, in der Blütezeit des deutsch-jüdischen Verhältnisses, aufgewachsen war, – ganz im Gegensatz zur Mehrheit des nichtjüdischen Bürgertums – trotz aller antisemitischen Zwischenfälle in der Weimarer Republik zu Hause.⁴⁸² Doch viele Schüler sahen sich nun in der wirtschaftlichen Krisensituation der Nachkriegsjahre erstmals einem offenen Antisemitismus von Seiten mancher Lehrer und Mitschüler ausgesetzt.⁴⁸³ Schon seit Anfang der 1920er Jahre war eine Flut antisemitischer Hetzschriften erschienen, die im Sinne der Dolchstoßlegende die Juden für den verlorenen Krieg verantwortlich zu machen versuchten. Im November 1923 kam es in jüdischen Geschäfts- und Wohnzentren Berlins, am Kurfürstendamm und insbesondere im Berliner Scheunenviertel, in dem inzwischen überwiegend so genannte Ostjuden wohnten, zu pogromartigen Plünderungsexzessen – noch in der Tradition der Pöbelkrawalle, noch schützte die Polizei die Juden vor den Antisemiten. Die Reaktionen der jungen Juden darauf waren durchaus verschieden.⁴⁸⁴

Ein Teil von ihnen wandte sich verstärkt dem Judentum zu, suchte womöglich nach neuen Formen des Judentums. Sie konnten damit nicht an jüdische Traditionen anknüpfen, sondern mussten die Tradition neu erfinden, um sie ihren Zwecken anzupassen.⁴⁸⁵ Andere suchten den entgegengesetzten Weg und gaben die Traditionen preis, um vollends in der deutschen Gesellschaft aufgehen zu können. Sie litten unter der partiellen Isolation der Juden in Deutschland, die der 1897 in Berlin geborene jüdische Religionshistoriker Gershom Scholem beschrieb, indem er dem durch Memoiren bekannter deutscher Juden vermittelten Bild heftig widersprach, „daß ein lebhafter Verkehr zwischen Juden und Nichtjuden auch im gesellschaftlichen Leben über etwaige geschäftliche Beziehungen hinaus existierte. Meine eigenen Erfahrungen und die Berichte meiner Freunde, die aus derselben Schicht stammen, stimmen mit diesem Bild in keiner Weise überein. Eines Tages begann mir aufzufallen, daß in unser Haus ausschließlich Juden zu Besuch und zu freundschaftlichem Verkehr kamen und daß meine Eltern ausschließlich zu Juden zu Besuch gingen. [...] Diese relativ weitgehende, wenn auch in häuslichen Diskussionen oft geleugnete soziale Abschließung der Juden war in Handel und Gewerbe besonders stark, während in den

⁴⁸² Gay 33 f.

⁴⁸³ Vgl. Grab 372, der zu Recht darauf verweist, dass der Antisemitismus vor dem Ersten Weltkrieg „zwar virulent, aber doch nur eine Randerscheinung gewesen“ sei, während nach Kriegsende eine „militante Hetze [begann], die von den wahren Schuldigen am Völkergemetzel ablenken wollte und die ohnehin schwache Weimarer Republik in ihren Grundfesten erschütterte“.

⁴⁸⁴ Peukert (1987b) 161 ff.; Barkai (1997c) 71, 73; Hermand 10; Grab 372 f.; Toury (1997b) 194.

⁴⁸⁵ Brenner (2000) 14.

freien Berufen eher eine gesellschaftliche Öffnung zu nichtjüdischen Kollegen bestand.“⁴⁸⁶

Austritte aus der jüdischen Gemeinde nahmen mit dem Anwachsen des Antisemitismus zu, erreichten jedoch niemals einen alarmierenden Umfang. Zwischen 1923 und 1932 traten jährlich durchschnittlich 500 Juden aus der Berliner jüdischen Gemeinde aus. Drei Viertel der Austretenden waren männlich und unter 40 Jahre alt. Oftmals glaubten sie, mit diesem Schritt auch ihre Karrierechancen zu erhöhen.⁴⁸⁷ Auch Ludwig Rosenberg gehörte zu jenen, die sich vom Judentum abwandten. Wie weit er ihm jemals nahe gestanden hatte, bleibt allerdings unklar, doch die Tatsache, dass der 20-Jährige 1923 – wohl nach dem Tod des Vaters – einen Schlussstrich unter seine Zugehörigkeit zur Religion seiner Vorfahren zog und aus der jüdischen Gemeinde austrat,⁴⁸⁸ lässt erahnen, dass es nur noch des letzten Schrittes bedurfte, um die innerlich längst vollzogene Abwendung auch nach außen hin in den Akten festzuschreiben zu lassen.

Doch wie mochte die Verbindung des jungen Rosenberg mit der jüdischen Tradition ausgesehen haben? Anders als formell lässt sie sich kaum begreifen, sie war Pflicht oder Gewohnheit, die mit dem Tod der Autoritätsperson des Vaters endete. Offenbar war es nicht seine Mutter, die in der Familie die jüdische Tradition weitergegeben hatte, sondern der Vater; allein ihm zuliebe war der Heranwachsende noch der Gemeinde treu geblieben. Zumal er die religiöse Tradition im Widerspruch zu seiner Sexualmoral, seiner lebensbejahenden Grundhaltung sah. Unter dem Titel „Fasching“ dichtete er:⁴⁸⁹

Und Gott, der ohne Zweifel nicht so ernst,
Wie es die Pfaffen von der Kanzel lehren,
Schuf Dir, o Mensch, was Du zwar nirgends lernst,
Die Lust der Nacht und will sie Dir nicht wehren!

Ohnehin benutzte er in seinen nachgelassenen Papieren nur ein einzi-

⁴⁸⁶ Zitiert nach *Maurer (1991)* 113. – Scholem selbst freilich zählt hingegen zur erstgenannten Gruppe junger Juden, die sich verstärkt dem Judentum zuwandten.

⁴⁸⁷ *Asmuss/Nachama* 183; *Richarz (1997b)* 21.

⁴⁸⁸ Hinsichtlich des Austritts aus der Jüdischen Gemeinde variieren die Angaben. In einem Brief Ludwig Rosenbergs an Manfred Franke, Deutschlandfunk, Köln, vom 22.11.1971 heißt es dezidiert, er sei „schon seit 1923 nicht mehr Mitglied der Jüdischen Gemeinde“. AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 91. Nach *Röder/Strauss* I 612 hingegen verstand er sich erst seit 1930 als Dissident. Siehe dazu Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bl. 1. Dennoch wurde er in den Meldeunterlagen der Stadt Krefeld, wo er 1931 kurzfristig wohnte, als „mos[aisch]“ geführt. Stadtarchiv Krefeld, Einwohnermeldekartei, Meldekarte Ludwig Rosenberg.

⁴⁸⁹ Ludwig Rosenberg, Fasching, undatiert, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102.

ges Mal einen – freilich ins Negative gewendeten – typisch jüdischen Ausdruck, als er in einem Liebesgedicht formulierte:

Wir haben talmudistisch debattiert
Und ließen kostbar, schöne Zeit verstreichen.
Wir haben unser Wollen definiert,
Ohne in Wirklichkeit ´was zu erreichen.⁴⁹⁰

Offenbar hatte er zu keinem Zeitpunkt eine engere Affinität zum Judentum als Religion empfunden, sodass dem Exulanten und Rückkehrer Rosenberg, als er – nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Völkermord an den europäischen Juden, der Shoah – vom Schicksal seiner Mutter, seines Onkels und weiterer zwölf Angehöriger erfahren hatte, der Rückbezug auf die Religion verwehrt blieb, die ihm hätte Trost spenden und den Schmerz stillen können. Auch eine Menora, ein siebenarmiger Leuchter, der sein Höseler Arbeitszimmer schmückte,⁴⁹¹ und die Tatsache, dass er sich im Alter mit Religionsgeschichte befasste,⁴⁹² lassen wohl keinen anderen Schluss zu, waren sie doch, wie auch Rosenbergs Kontakte zu Israel, seine Verbundenheit mit der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland und seine Lektüre der Jüdischen Rundschau,⁴⁹³ nicht mehr – doch auch nicht weniger – als der Ausdruck der Erkenntnis, dass er als Jude dem Judentum niemals wirklich entfliehen könne, dass, wie Julius H. Schoeps es formuliert hat, „man sich nicht aus der kollektiven Erfahrungs- und Leidensgeschichte davonstellen könne“. Und die Berechtigung der warnenden Worte Schoeps´ an die Juden, dass, „wenn es darauf ankommt, [...] die Gesellschaft, in der sie leben, [bestimmt,] was sie unter einem Juden verstehen will und was nicht“,⁴⁹⁴ musste Rosenberg nach dem Nationalsozialismus wenigstens noch einmal, in den 1960er Jahren, bitter erfahren, nachdem er sich als DGB-Vorsitzender für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ausgesprochen hatte.

Das Schicksal, als Angehöriger einer ausgegrenzten Minderheit aufgewachsen zu sein, das ihn von der Mehrheitsgesellschaft, als deren Teil er sich zugleich fühlte, deutlich unterschied, blieb Rosenberg zeit seines

⁴⁹⁰ Ludwig Rosenberg, An Lilli, 1923, Ebd.

⁴⁹¹ Porträtfoto Ludwig Rosenbergs ca. 1973. AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Kasten 14.

⁴⁹² *Cloppenburg*. – Auch Leo Arons wandte sich im Alter religionswissenschaftlichen Studien zu, „nachdem er und seine Generation [Arons wurde 1860 geboren] diesen Zusammenhang zeitweise völlig verloren hätten“. Schwarz, H.-A. 290.

⁴⁹³ In einem Brief vom 18.6.1973 an die Chefredaktion der Jüdischen Rundschau Macchabi in Basel beklagte sich Rosenberg über dort veröffentlichte Gedichte, die ihm jedes Mal „physische Schmerzen“ bereiteten. Offensichtlich war der Eingangssatz des Briefes – „Ich erhalte Ihre Zeitung und lese viele der Artikel mit Interesse.“ – nicht bloß eine Höflichkeitsfloskel. AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 91.

⁴⁹⁴ Schoeps (2000).

Lebens überaus bewusst. 1970, nunmehr 67 Jahre alt, würdigte er die Lassalle-Biografie des in Deutschland aufgewachsenen und in Israel lebenden Historikers Shlomo Na'aman. „Das Wissen und Mitempfinden der jüdischen Probleme, oder besser der Probleme eines Juden, besonders in jener Zeit,“ schrieb Rosenberg in einer Buchbesprechung für eine Wochenzeitung, „machen es Na'aman ganz gewiß möglich, die menschliche Entwicklung Lassalles besser zu verstehen und zu würdigen, als das durch die übliche liberale Betrachtungsweise und die jetzt so modernen psychoanalytischen Methoden möglich ist.“ Mehr noch, Rosenberg sah – mit Na'aman – die psychischen Auffälligkeiten des Sozialistenführers in seiner jüdischen Herkunft begründet: „Die nie zugestandenen und doch vorhandenen Komplexe des Juden, die überspielt wurden durch forsches und aristokratisches Auftreten, sind einem Biographen wie Shlomo Na'aman sehr viel verständlicher als anderen, denen diese Sonderstellung niemals wirklich selbst bewußt wurde.“⁴⁹⁵ Unschwer zu erkennen, dass auch Rosenberg den „jüdischen Komplexen“ Verständnis entgegenbrachte, spiegelt sich doch seine eigene randständige Position in seinem persönlichen Habitus und seinem Selbstbewusstsein und hinterließ dort tiefe Spuren.

Daran änderte auch nichts, dass er sich vom Judentum losgesagt hatte, ja vielleicht nicht einmal je an es herangeführt worden war. Zweifellos wird Rosenberg, dem die Identitätsprobleme als Deutscher und Jude fremd geblieben waren, die Erfahrung gemacht haben, dass sich die Stigmatisierung mit dem Austritt aus der jüdischen Gemeinde keineswegs legte. Vielleicht führte ihn dies zu der Erkenntnis, dass die Probleme des deutschen Judentums – oder vielmehr die Probleme der deutschen Mehrheitsgesellschaft mit den Juden – keinen religiösen, sondern einen gesellschaftlichen Charakter trugen.⁴⁹⁶ Und dass sich ihnen am ehesten in der Republik steuern ließ.

Politische Prägung im Kampf um die Republik

Wenn Schoeps mit seiner Aussage Recht hat, wonach die Entschiedenheit der Abkehr vom Judentum sich in der Ablehnung bestehender Machtstrukturen und dem Herbeisehnen einer klassenlosen Gesellschaft „ohne soziale und nationale Benachteiligungen“ niederschlägt,⁴⁹⁷ so dürften Rosenbergs Bindungen an das Judentum wie auch die Notwendigkeit, sich vehement von der Religion seiner Vorväter

⁴⁹⁵ Rosenberg (1970a).

⁴⁹⁶ Vgl. Elias (1990) 158 ff.

⁴⁹⁷ Schoeps (1989) 12. – Schoeps bezieht sich dabei ausdrücklich auf Männer wie Stephan Born, Johann Jacoby oder Ferdinand Lassalle.

abzugrenzen, eher gering gewesen sein. Zugleich lässt sich mit demselben Recht behaupten, dass Rosenbergs Hinwendung zu einem evolutionär verstandenen sozialistischen Gegenmodell zur bestehenden Gesellschaftsordnung durchaus im Sinne einer im orientierungslos gewordenen Judentum verborgenen Sehnsucht nach Gemeinschaft verstanden werden kann,⁴⁹⁸ und er mit Jakob Wassermann „ein starkes Gefühl der Solidarität mit all jenen Menschen [empfand], die unter denselben Vorurteilen zu leiden hatten wie er. Was ihn mit dem Judentum verband, war nicht der Glaube, sondern das Bewußtsein, qua Geburt einer Leidensgemeinschaft anzugehören.“⁴⁹⁹ Die junge Sozialistin Toni Sender, geboren 1888, die ähnlich wie Rosenberg „ein komfortables Elternhaus und die Aussicht auf ein bequemes Leben“ zurückließ, schloss sich einer Gruppe Jugendlicher an; sie wollten gleich ihr „nicht nur unser Leben selbst in die Hand nehmen, sondern hatten auch das Bedürfnis, der Gemeinschaft zu dienen. Unser Ziel war nicht bloß, für uns selbst Befriedigung zu finden, sondern das Leben für alle zufriedenstellender und reicher zu machen. In unserem Idealismus ließen wir uns vielleicht von Erwartungen leiten, die zu hoch gegriffen waren.“⁵⁰⁰ Auch Rosenberg begründete sein Engagement in der Gewerkschaftsbewegung im Nachhinein damit, „daß man dort tätig sein sollte, wo man der Arbeiterschaft direkt dienen und helfen konnte“.⁵⁰¹

Ob er das Ideal einer sozialistischen Gesellschaft als Ersatz der ihm verloren gegangenen jüdischen Gemeinschaft herbeisehnte oder er an seiner bürgerlichen Herkunft litt und infolgedessen die Verbesserung der bestehenden Zustände anstrebte? Es lässt sich nicht klären. Was immer ihn verleiten ließ, sich ohne Unterlass buchstäblich bis zum Ende seines Lebens politisch zu engagieren – das Jahr 1923 jedenfalls bildete einen vorläufigen Höhe- und Wendepunkt in diesem Engagement. Seinen Anfang nahm es 1918 im Zuge der Novemberrevolution, als mit der Niederlage im Weltkrieg das Hohenzollern-Regime zur Abdankung gezwungen wurde und eine demokratische, sozialdemokratisch geführte Regierung an die Macht gelangte.

Wie ein Großteil der deutschen Juden stand auch Rosenbergs Familie der Deutschen Demokratischen Partei nahe, schon im Kaiserreich hatte sie die Fortschrittspartei gewählt. Rosenberg schildert sie als eine „linksliberale Familie, in der allerdings Kaisertreue und Preußentum eine sehr geheiligte und geschätzte Tradition war[en] und in der man

⁴⁹⁸ So schildert es *Wagenbach (1991)* 36 für den jungen Franz Kafka, der sich gerade 16-jährig dem Sozialismus zuwandte.

⁴⁹⁹ Rudolf Wolff, Nachwort, in: *Wassermann* 138 f.

⁵⁰⁰ *Sender* 35.

⁵⁰¹ *SWF-Rundfunkinterview (1973)* 7.

also glaubte, als 1918 [...], als die Revolution war, daß so beinahe ungefähr die Welt unterging“. Doch zugleich erwähnt er die hohe Achtung, die seine Familie den Ideen von Karl Marx und Ferdinand Lassalle entgegenbrachte, die ebenso wie die großen Freisinnigen „unerträgliches Unrecht der herrschenden Klassen bekämpften und aus tiefstem Humanismus und echter Menschlichkeit die Arbeiter aus ihrer aufgezwungenen unwürdigen Lebenslage befreien wollten. Man konnte zwar, so wurde mir oft gesagt, nicht alle Theorien dieses großen Mannes [Karl Marx] unbesehen akzeptieren – aber man mußte ihn ernst nehmen und sich mit seinen Idealen beschäftigen, wollte man nicht nur die Lage der Unterdrückten bedauern, sondern wollte man sie verändern und verbessern.“⁵⁰²

Entsprechend war es ein erklärtes Erziehungspostulat, die soziale Wirklichkeit, wohl nicht zuletzt in leistungsmotivierender Absicht, in die Erfahrungswelt des Jungen einfließen zu lassen. „Toleranz und die Achtung auch dem Andersdenkenden gegenüber“, beschreibt Rosenberg die ihm in seiner Kindheit und Jugend vermittelten Werte, „waren ständiger Ausdruck der Erziehung, die ich genoß, und nichts war unserem Hause so verhaßt wie Unduldsamkeit, Überheblichkeit, leeres Kastendenken und alberner Dünkel.“⁵⁰³ Ein solches Erziehungspostulat schließt ein auf Abgrenzung bedachtes Verhalten gegenüber jenen, die es nicht geschafft haben, keineswegs aus, es markiert jedoch Kriterien der Distinktion – in erster Linie die Leistung des einzelnen –, ohne den persönlichen Umgang mit ihnen zu ächten. Das Bewusstsein, selbst innerhalb weniger Generationen aus unterbürgerlichen Schichten in das Bürgertum emporgestiegen zu sein, hatte sich in der Familientradition tief verwurzelt und blieb als „ein tiefes Gefühl für Humanität, Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich lebendig“.⁵⁰⁴ Auf diese Weise hätten ihn Vater und Onkel auf soziale Missstände hingewiesen und ihn letztlich an die Arbeiterbewegung herangeführt. Sie hätten bewirkt, dass er „neugierig wurde, was solche Männer wie Lassalle und Marx dazu sagten, und neugierig wurde auf das, was wohl der rechte Weg sei, Unrecht und Ungleichheit zu beseitigen“.⁵⁰⁵

Dass der Vater kurz vor dem Ersten Weltkrieg das brutale Vorgehen der Berliner Polizei gegen Mai-Demonstranten beobachtete und vor Gericht zugunsten der angeklagten Arbeiter aussagte, obgleich er mit negativen Auswirkungen auf seinen Umsatz rechnen musste, beeindruckte den jungen Rosenberg sehr, der Vater habe „ein großes Maß an Zivil-

502 Ebd. 3, 6 f.; *Leben für die Freiheit* (1970) 5.

503 Ebd. 4.

504 *Akademie Kontakte der Kontinente* 6.

505 *SWF-Rundfunkinterview* (1973) 3; *Leben für die Freiheit* (1970) 6.

courage“ gezeigt. „Es paßte auch zu den menschlichen Prinzipien“, schildert er später, „nicht nur für meine Eltern und besonders für meinen Onkel, sondern eigentlich auch für die meisten jener Menschen, die damals in unserem Hause verkehrten, daß ihnen ein Respekt vor allen Leistungen und Ideen zu eigen war, auch wenn sie nicht mit ihrer eigenen Vorstellungswelt übereinstimmten, den politischen Gegner zu achten und in ihm über alle Gegensätze hinweg den Menschen zu sehen, war selbstverständlich.“⁵⁰⁶ Zugleich wurde dem Jungen beigebracht, dass „die *ganze* Wahrheit sich aus vielen Teilwahrheiten zusammensetzen pflegt und daß wir im gegenseitigen Aufeinanderhören diese *Teilwahrheiten* suchen und annehmen müssen, von wem auch immer sie kommen [...]“.⁵⁰⁷

Gegensätze auszusöhnen – das war sicher eines der prägendsten Erziehungspostulate, spiegelte es sich doch auch in einem Weihnachtsgedicht aus den 1920er Jahren wider, das den Widerspruch zwischen der offiziellen Festtagsmoral und dem Alltagshandeln aufgreift:⁵⁰⁸

Und Friede auf Erden

Und wieder ist die heilige Zeit,
Es läuten die Glocken weit und breit,
Und die Menschen sind froh und festlich gestimmt,
Und die Stube geputzt, und man schenkt und man nimmt –
Und alle wollen zu Helfern werden
Und Friede auf Erden.

Im Herrenhaus ist man patriarchal
Und nimmt das Gesinde mit in den Saal,
Man klopft auf die Schulter dem Arbeitsmann
Und legt selbst beim Tannenschmuck Hand mit an
Und kennt nicht eine der vielen Beschwerden
Um Frieden auf Erden. [...]

Und vor den erleuchteten Fenstern schreit
Wie jedes Jahr seit ew'ger Zeit
Die Not, die durch Gassen und Wege jagt
Und die Menschheit peitscht und die Seelen plagt.
Sie kennt keine Feste, kein neues Werden
Und Friede auf Erden.

Sie weiß genau, es ist nur Spuk,
Der kurze Traum von Recht und Fug.
Heut sind sie alle die Guten und Frommen,
Und morgen wird wieder der Alltag kommen.
Dann ist es vorbei mit den schönen Gebärden

⁵⁰⁶ *Akademie Kontakte der Kontinente* 6; siehe auch *Schuster* 14, 29. – Eine kurssorische Durchsicht liberaler Berliner Blätter aus den Wochen nach dem Ersten Mai in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg blieb erfolglos, ein Hinweis auf einen Prozess gegen Mai-Demonstranten fand sich nicht.

⁵⁰⁷ *Stiftung F.V.S. zu Hamburg* 20. Hervorhebungen im Original.

⁵⁰⁸ Ludwig Rosenberg, *Und Friede auf Erden*, undatiert, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102.

Und dem Frieden auf Erden. [...]

So ist es nun einmal in der Welt:
Sonntags der Glaube – Alltags das Geld.
Und alles Gefühl und edles Beginnen
Schlage Dir rechtzeitig aus den Sinnen.
Oder kann es doch anders werden
Und Friede auf Erden?

Es geht, wenn Ihr wollt
Und tut, was Ihr sollt,
Und die große Idee nicht auf Stunden beschränkt,
Am Werktag genau wie am Feiertag denkt,
Wenn Ihr Helfer seid und nicht erst sollt werden,
Ist Friede auf Erden!

Es geht, wenn Ihr schafft
Mit eiserner Kraft
An dem Werk der Versöhnung, des Rechts und der Wahrheit.
Erzieht Eure Kinder zur Liebe und Klarheit,
Laßt sie zu Helden des Friedens werden
Im Frieden auf Erden!

Wenn dann einmal
Festlich die Glocken im Lande erklingen,
Lichter erstrahlen und Chöre singen,
Wenn sich dann alle des Festes erfreuen,
Keine den Festtag am Alltag bereuen,
Wenn aus den Menschen Helfer werden,
Ist Friede auf Erden!

Was im Elternhaus vor allem unter dem Einfluss des Vaters und mehr noch des Onkels begann, setzte sich während der Revolution unter der Mitwirkung Gleichaltriger fort. Zwar war Rosenberg erst 15 Jahre alt, als der Kaiser unter dem Druck der Massen und der Militärs zurücktrat und auf seinen Thron verzichtete, als auf allen politischen Ebenen Räte der Arbeiter und Soldaten die Tätigkeit der Verwaltungen und Parlamente zu beaufsichtigen begannen, als der Rat der Volksbeauftragten unter Beteiligung der beiden sozialdemokratischen Parteien die Regierungsgeschäfte übernahm, als sich zur Jahreswende 1918/1919 in Berlin die Kommunistische Partei Deutschlands konstituierte, als sich zwei Wochen später die radikale Linke gegen die neue Regierung erhob, ihre Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht grausam ermordet wurden, als schließlich das neu gewählte Parlament den Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum ersten demokratisch gewählten Staatsoberhaupt Deutschlands bestimmte. Doch nahm Rosenberg aktiv, freilich noch eher beobachtend denn selbstständig eingreifend, an den politischen Auseinandersetzungen teil. Dem Drang nach revolutionären Veränderungen stand eine politische Orientierungslosigkeit und Ungeformtheit zur Seite, begierig saugte er alle Informationen in sich auf. Noch sah er sich nicht durch ein festes Weltbild begrenzt, sondern, wie er zurückblickend schreibt, von jener idealistischen „Sturm- und Drangperiode erfaßt, die das Vorrecht begeisterungsfähiger junger Menschen ist, das leiden-

schaftliche Bedürfnis nach Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich für alle Menschen“. Und seine damalige politische Erkenntnisfähigkeit einschränkend fügt er hinzu: „Die literarische Welt jener Jahre besaß an dieser Begeisterung wohl mehr Anteil als die politische Ideologie und Taktik des Tages.“⁵⁰⁹

Mit dem Fortgang der revolutionären Ereignisse schwand der Einfluss des Elternhauses stetig. Die Gruppe der Gleichaltrigen, zunächst überwiegend Mitschüler, später dann literarisch ambitionierte und politische Gesinnungsfreunde, trat mehr und mehr an dessen Stelle. Rosenberg „fand sich mit Freunden zusammen, es wurde viel gelesen und viel diskutiert, und wo immer möglich, ging man zu den Versammlungen der neuen Parteien“. Andernorts berichtet er: „Ich habe damals, wie wir alle, natürlich 90 % der Zeit auf der Straße verbracht. Wir sind in Berlin von einer Versammlung zur anderen gelaufen, von einer Massendemonstration zur anderen gelaufen, wir haben alle diese Leute uns angehört.“⁵¹⁰ In diesen Menschenansammlungen spürte Rosenberg zum ersten Mal in seinem Leben das Gefühl, in einer Masse aufzugehen, von ihr ergriffen zu werden und ihren Bewegungsgesetzen zu folgen. Der Schriftsteller Elias Canetti schildert in seinem kulturphilosophischen Hauptwerk „Masse und Macht“, wie spontan eine Masse entstehen kann: „Einige wenige Leute mögen beisammen gestanden haben, fünf oder zehn oder zwölf, nicht mehr. Nichts ist angekündigt, nichts erwartet worden. Plötzlich ist alles schwarz von Menschen. Von allen Seiten strömen andere zu, es ist, als hätten Straßen nur eine Richtung. Viele wissen nicht, was geschehen ist, sie haben auf Fragen nichts zu sagen; doch haben sie es eilig, dort zu sein, wo die meisten sind. Es ist eine Entschlossenheit in ihrer Bewegung, die sich vom Ausdruck gewöhnlicher Neugier sehr wohl unterscheidet. Die Bewegung der einen, meint man, teilt sich den anderen mit, aber das allein ist es nicht: sie haben ein Ziel. Es ist da, bevor sie Worte dafür gefunden haben: das Ziel ist das schwärzeste – der Ort, wo die meisten Menschen beisammen sind.“⁵¹¹

Ob Rosenberg in der Masse aufgehen konnte oder aber von ihr, die, hat sie sich einmal entladen, nicht mehr zu kontrollieren ist, abgeschreckt wurde, schildert er nicht. Wohl aber sah er sich als Teil der von der Revolution ergriffenen und begeisterten jungen Generation, die, wie er einschränkend sagt, von männlichen Jugendlichen dominiert war. In seiner Erinnerung überwiegt jedoch die intellektuelle Herausforderung, sich mit den neuen Ideen geistig auseinander zu setzen: „Es war natürlich so, daß, als die Revolution 1918 kam, wir alle, die wir junge Men-

509 *Akademie Kontakte der Kontinente* 7.

510 *SFB-Rundfunkinterview (1969)* 4.

511 *Canetti* 14 f.

schen waren und Jungens waren und natürlich uns leidenschaftlich interessierten und unter uns selbst die wildesten Debatten und Diskussionen und Auseinandersetzungen darüber hatten, was ist denn nun richtig – was war denn nun falsch –, und ich habe mich dann damals sehr intensiv versucht zu beschäftigen mit den Ideen, die damals vorgetragen wurden, mit sozialistischen und revolutionären und republikanischen Ideen, und war dann der Überzeugung in jugendlicher Begeisterung, daß an diesen Dingen sehr viel Wahres und sehr viel Richtiges ist und daß man also die Menschen befreien müsse von ihrer Unterdrückung und ihrer Sklaverei, und daraus hat sich dann entwickelt ein leidenschaftliches Bekenntnis zu einer demokratischen Anschauung.“⁵¹²

Doch zu einem solchen Bekenntnis zu Demokratie und Republik bedurfte es zunächst der intensiven Auseinandersetzung mit allen Ideen, die die politische Linke in diesen Monaten entwickelte und propagierte. Im „nächtelange[n] Streiten mit Freunden und Gegnern“ erblickt er „die beste Schule, sich über seine eigenen Gedanken und oft genug wirren Vorstellungen klarer zu werden“. Immer wieder schildert er die Gleichzeitigkeit der Faszination, die er der extremen Linken, vor allem den Kommunisten, entgegenbrachte, und des Abscheus, den er für deren radikale Konsequenz empfand. „Ich habe sie gesehen und gehört, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, und die großen Volkstribunen jener Jahre. Ich war von der Großartigkeit ihrer Konzeptionen, von der elementaren Kraft ihrer Rede ergriffen und erregt – und ich war oft genug abgestoßen von ihrer imposanten und grausamen Konsequenz. Das, was ich in den Schriften von Rosa Luxemburg später fand – jene tiefe große Humanität, jene Liebe zur Menschheit –, vermißte ich damals in den aufwühlenden revolutionären Reden, die ich hörte. Mich erschreckte diese kalte Intelligenz des Berufsrevolutionärs, der immer wieder Gefahr läuft, das Ziel über die Menschlichkeit zu setzen.“ Und er erkannte, dass der so genannte Spartakus-Aufstand im Januar 1919 „ein Verrat an der Demokratie und der Freiheit“, dass Luxemburgs und Liebknechts Handeln „der jungen Demokratie gefährlich sei“. „Ich war aber ebenso entsetzt und empört, als sie dann durch erbärmliche Mörder in schändlichster Weise umgebracht wurden, und ich erkannte zum ersten Male damals das verhängnisvolle Bündnis der jungen Republik mit den Reaktionären und die mangelnde Kraft der Demokratie, konsequent die Gesellschaft zu verändern.“⁵¹³

Die Begegnung mit Luxemburg und Liebknecht, aber auch das Studium der Schriften von Lenin und Trotzki, Luxemburg und Marx ließen ihn

⁵¹² *Leben für die Freiheit* (1970) 9; SWF-Rundfunkinterview (1973) 4; SFB-Rundfunkinterview (1969) 2.

⁵¹³ *Leben für die Freiheit* (1970) 11 ff.

die „gewaltige Kraft ihrer Logik“ bewundern, stießen ihn jedoch zugleich aufgrund der „dieser Theorie innewohnende[n] Menschenverachtung“ ab. „Radikalismus als Weltanschauung“, so erkannte er, war „für mich keine Lösung. Radikalismus als Methode war nicht eine genügende Antwort. Fest entschlossen, die Freiheit und Demokratie gegen jeden Angriff von wo auch immer zu verteidigen und gleichzeitig an der Beseitigung bestehenden Unrechts zu arbeiten – das schien mir der einzig sinnvolle Weg.“ Der Kommunismus galt dem jungen Rosenberg als ein abschreckendes Faszinosum, die konsequente Radikalität der Revolutionäre stand für ihn auch „in einem Widerspruch [...] zu der Liberalität, in der ich aufgewachsen war“. Doch während er auf der einen Seite der familiären Tradition in seiner Ablehnung des Kommunismus folgte, erschien ihm auf der anderen Seite der Linksliberalismus der Partei seiner Vorfahren, der Deutschen Demokratischen Partei, „nicht konsequent genug“.⁵¹⁴ Offensichtlich schloss er sich auch nicht deren Jugendorganisation, der Demokratischen Jugend, an.⁵¹⁵

Sein Bekenntnis zur Weimarer Republik jedoch ließ ihn schon bald aktiv werden, und als im März 1920 Teile der alten kaiserlichen Eliten unter Führung des Vorsitzenden der Deutschen Vaterlandspartei Wolfgang Kapp und des Generals Walther Freiherr von Lüttwitz gegen die junge Republik putschten, beteiligte sich Rosenberg, nunmehr ein 16-jähriger Schüler, im Rahmen seiner Möglichkeiten an der Zurückdrängung der Kapp-Putschisten. Lüttwitz, der von der Reichsregierung beurlaubte Oberbefehlshaber des Reichswehr-Gruppenkommandos 1, gab am 13. März der westlich von Berlin liegenden Brigade Ehrhardt den Befehl, das Regierungsviertel der Hauptstadt zu besetzen. Da die Generalität, soweit sie der Regierung gegenüber loyal blieb, vom Eingreifen gegen die Putschisten abriet, flüchtete die Regierung aus Berlin und überließ die Stadt den Abtrügnen. Ein von Eberts Pressechef lancierter Aufruf zum Generalstreik fand jedoch bald die Unterstützung der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien, wenngleich freilich unter je eigenen Vorzeichen. Zentrum und DDP erklärten zwar ihre Loyalität zur Verfassung, lehnten jedoch den Generalstreik ab. Infolge des Streiks, vor allem aber aufgrund der ausbleibenden Unterstützung seitens weiter Teile der Unternehmerschaft, der Ministerialbürokratie und der Generalität brach der Staatsstreich schon nach wenigen Tagen zusammen.⁵¹⁶

Seinen persönlichen Anteil an der Niederschlagung des Putsches schildert Rosenberg nicht ohne einen Anflug von Abenteuerromantik: „Als die Reaktion drohte, die zarten Ansätze einer freiheitlichen Entwicklung

⁵¹⁴ Ebd. 17 f.; *SWF-Rundfunkinterview (1973)* 5 f.

⁵¹⁵ Zur Demokratischen Jugend siehe *Krabbe* 111 ff.

⁵¹⁶ *Winkler (1993)* 121 ff.; *Hürten* 88 f.

zu ersticken – im Kapp-Putsch –, trug ich nachts über die Dächer in Charlottenburg von der Geheimdruckerei der Zeitung «Neue Zeit» den Aufruf zum Generalstreik mit meinen Freuden und anderen in die Arbeitsviertel, zu den Fabriken und überallhin, wo wir glaubten, daß er gefunden und gelesen wurde. Ich war überzeugt, daß diesem Wiedererwachen des alten Regimes mit allen Mitteln begegnet werden müsse und daß niemand in dieser Auseinandersetzung abseits stehen dürfe.“⁵¹⁷

Trotz der großen Sympathien, die Rosenberg der radikalen Linken entgegenbrachte, und der Kritik an der Zusammenarbeit von Reichsregierung und Reichswehrführung zur Abwehr kommunistischer Aufstände, die im so genannten Ebert-Groener-Pakt unmittelbar nach der Abdankung des Kaisers ihren Ausgang nahm, engagierte er sich auch nach dem niedergeschlagenen Kapp-Putsch für die demokratische Republik. Oft genug wurde sie von ihren Gegnern herausgefordert, die Morde an republikanischen Politikern wie dem ehemaligen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger von der katholischen Zentrumspartei am 26. August 1921 und dem amtierenden Reichsaußenminister Walther Rathenau von der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei am 24. Juni 1922 oder das – freilich missglückte – Attentat auf den ehemaligen Reichskanzler Philipp Scheidemann von der Sozialdemokratischen Partei kaum drei Wochen zuvor seien nur stellvertretend für zahlreiche Attentate auf republikanische Politiker genannt, die die extreme Rechte aufgrund ihrer antirepublikanischen Hetzkampagne zu verantworten hatte. Rathenau war auf offener Straße von Mitgliedern der rechtsextremen Organisation Condor erschossen worden, denen der „Jude“ und „Erfüllungspolitiker“ als Verkörperung der Republik und ihrer Werte mehr als andere Politiker verhasst war. Die völkischen Antisemiten hatten längst offen zum Mord an Rathenau aufgerufen, so hieß es in Flugblättern beispielsweise: „Auch der Rathenau, der Walther, erreicht kein hohes Alter. Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverfluchte Judensau.“⁵¹⁸ Der Hass auf die Republik hatte sich mit dem Hass auf die Juden vereint.

Ernst Lemmer, kurz zuvor als gerade erst 23-Jähriger zum Generalsekretär des Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftsdachverbandes, des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände, berufen, hatte die letzte Rede Rathenaus vor dem Reichstag mitangehört, in der er sich sachlich mit schwersten, gegen seine Person gerichteten Verleumdungen von Seiten der politischen Rechten auseinander ge-

⁵¹⁷ *Leben für die Freiheit* (1970) 12 f.

⁵¹⁸ Zitiert nach *Winkler* (1993) 173.

setzt hatte, und er hatte zu denen gehört, die am folgenden Morgen auch den Fortgang der Debatte von der Zuschauertribüne aus mitverfolgen wollten. Der sozialdemokratische Parlamentspräsident Paul Löbe war es, der den Abgeordneten wie auch den Zuschauern mitteilte, dass Rathenau auf dem Weg zum Reichstag auf der Königsallee in Wilmsdorf ermordet worden sei. Lemmer schildert die „tiefe Erregung“, die das deutsche Volk ergriffen habe: „In Berlin und anderen Großstädten kam es zu Massendemonstrationen der Arbeiterschaft. Die Republik stand vor dem Abgrund des Bürgerkrieges. In Berlin waren es viele Hunderttausende, die in disziplinierten Aufmärschen ihrer Empörung Ausdruck gaben. Allenthalben erscholl der Ruf: «Es lebe die deutsche Republik!» An den Berliner Demonstrationen beteiligten sich nicht nur Arbeiter, sondern Angehörige aller Bevölkerungskreise. Auch ich ging auf die Straße – ich brauchte für meine Erschütterung ein Ventil.“⁵¹⁹

Auch Rosenberg zeigte sich von dem Mord an dem jüdischen Politiker Rathenau, stärker noch als von Erzbergers Ermordung im Jahr zuvor, erschüttert und suchte nach einem organisatorischen Rückhalt für sein Engagement. Er fand ihn – noch immer außerhalb einer politischen Partei – im Republikanischen Reichsbund, dessen Jugendorganisation er von 1922 bis zu seinem Wechsel zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold angehörte.⁵²⁰ Er zeigte starkes Engagement für die Sache der Republik, die er gefährdet sah, als eine „schwache, kaum von irgendwo gestützte Demokratie – eine Demokratie ohne Demokraten“. Der Republikanische Jugendbund bot ihm nicht allein einen Ort der Diskussion, an dem er mit Gleichgesinnten die aktuellen Entwicklungen besprechen konnte, „sondern auch die Grundlage für aktives Handeln. Ich kann heute schwer rekonstruieren, was zuerst und was das zweite war. Ich weiß nur, daß ich mich mit Leidenschaft auf die praktische Arbeit in diesem Jugendbund ebenso stürzte wie auf das Studium aller Bücher, die sich mit sozialen und politischen Problemen beschäftigten.“⁵²¹

Der Republikanische Reichsbund war im März 1921 von Politikern aus SPD, Zentrum und DDP gegründet worden, um in ihm die republikanischen Kräfte zu sammeln und den Einfluss republikfeindlicher Gruppen auf den Staat zurückzudrängen.⁵²² Die drei Parteien, die in den ersten

⁵¹⁹ Lemmer 97 ff.

⁵²⁰ In einigen Publikationen über Rosenberg heißt es irrtümlich, er sei 1921 dem Republikanischen Jugendbund beigetreten (z.B. *Paul* 548), doch wurde die Nachwuchsorganisation erst im Januar 1922 ins Leben gerufen. *Fritzsch* 98.

⁵²¹ *Leben für die Freiheit* (1970) 10, 14.

⁵²² Seit 1922 Deutscher Republikanischer Reichsbund. Dem Arbeitsausschuss, der die Gründung vorbereiten sollte, gehörten unter anderem der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard David, der preußische Abgeordnete der DDP und Hauptverfasser der Weimarer Reichsverfassung Hugo Preuß sowie der zunächst parteilose, später sozialdemokratische thüringische Staatsminister

Jahren der Republik als so genannte Weimarer Koalition gemeinsam regiert hatten, standen als einzige vorbehaltlos hinter der Republik und wollten mit Hilfe des Reichsbundes ihren Zusammenhalt stärken und die republikanische Gesinnung in der Öffentlichkeit vertiefen. Doch litt der Reichsbund von Anbeginn unter der mangelnden Unterstützung seitens der Parteiführungen, er entwickelte sich schleppend und nur in Berlin, Thüringen und Bayern entstanden arbeitsfähige Organisationen. Unter dem Vorsitz von Georg Helle entstand schließlich im Januar 1922 eine Jugendorganisation des Reichsbundes, der Republikanische Jugendbund Schwarz-Rot-Gold, dessen Gruppen sich alsbald zu einem aktiv einsatzbereiten Zentrum der Organisation entwickelten.⁵²³ Das Attentat auf Rathenau löste nun eine Welle der Solidarisierung der republiktreuen Kräfte im Reich aus, Reichskanzler Josef Wirth wies öffentlich in einer berühmt gewordenen Rede vor dem Reichstag auf die politische Rechte und erklärte: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunde eines Volkes träufelt. Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts.“⁵²⁴ Die republiktreue Öffentlichkeit forderte Maßnahmen zum Schutz der Republik, am 24. August 1922 wurde schließlich ein Republikschutzgesetz beschlossen – freilich mit gewichtigen Konzessionen gegenüber der bayerischen Landesregierung, die offen mit nationalistischen und völkischen Kräften sympathisierte.

Wie wenig die dem alsbald zurückgetretenen Kabinett Wirth folgenden Reichsregierungen gewillt waren, dieses Gesetz anzuwenden, zeigte sich schon im Jahr 1923, als das Reich auf eine offene Staatskrise zu steuerte. Zum Jahresbeginn hatten belgische und französische Truppen das Ruhrgebiet besetzt, das nun als produktives Pfand zur Aufbringung der in Rückstand geratenen Reparationsleistungen an die Alliierten dienen sollte. Der Reichsregierung kam die entstehende patriotische Erhebung in der Bevölkerung zupass, um den passiven Widerstand gegen die Besetzung auszurufen. Rechtsextremistische Gruppierungen nutzten ihrerseits die Lage, um die Stimmung in ihrem Sinne, gegen den „inneren Feind“, die Republik, im Zuge aktiven Widerstands oder Sabotage gegen die Besatzungsmächte aufzuladen. Zugleich heizten die Kosten des passiven Widerstands, der bis zum September 1923 fortgeführt wurde, die Hyperinflation weiter an. Im Herbst kam es wiederholt zu Hungerkrawallen und Plünderungen, die auch antisemitische Züge annehmen konnten. Insbesondere die Mittelschichten, die durch

Karl Freiherr von Brandenstein an, der auch den Vorsitz im Reichsbund übernahm, bis er 1923 von dem ehemaligen preußischen Kultusminister Konrad Haenisch abgelöst wurde. *Fritzsche* 97; *Toury (1997a)* 17.

⁵²³ *Fritzsche* 97 f.; *Toury (1997a)* 68. – Rosenberg selbst nennt Karl Ebert, den zweiten Sohn Friedrich Eberts, als den Vorsitzenden des Republikanischen Jugendbundes. *Leben für die Freiheit (1970)* 9.

⁵²⁴ Zitiert nach *Winkler (1993)* 175.

die Inflation ihr angespartes Vermögen verloren hatten, reagierten wirtschaftlich wie politisch stark verunsichert.⁵²⁵

Im Herbst 1923 überstürzten sich auch die politischen Ereignisse: Einzelne Einheiten der Reichswehr verweigerten der Regierung den Gehorsam, separatistische Kräfte putschten im Rheinland, die rechtsstehende bayerische Regierung verhängte den Ausnahmezustand. Zugleich erhoben sich kommunistische Aufständische in Hamburg, während die zunächst beabsichtigte Ausweitung des Aufstands auf die mitteldeutschen Industriereviere scheiterte. Dennoch setzte die Reichsregierung im Zuge der Reichsexekution die sozialdemokratisch-kommunistisch geführten Landesregierungen in Sachsen und Thüringen ab, während sie die bayerische Regierung im Amt beließ. Schließlich putschten am 8./9. November 1923 völkische Kräfte um General Erich Ludendorff, den führenden Kopf der Obersten Heeresleitung im zurückliegenden Weltkrieg, und den NSDAP-Führer Adolf Hitler in München – erfolglos. Dennoch führte der misslungene Putsch die bayerische Regierung aus pragmatisch-opportunistischen Gründen wieder näher an die Reichsregierung heran, und mit der Einführung der Rentenmark am 15. November kehrte auch in wirtschaftlicher Hinsicht wieder Ruhe ein. Putsch von rechts, Bürgerkrieg oder Zersplitterung Deutschlands – die Republik hatte ihre schwerste innen- wie außenpolitische Krise nur mit größter Mühe überwinden können.⁵²⁶

Rosenberg versuchte, die Stimmung nach dem Hitler-Putsch in einem Gedicht einzufangen, wie er sie in jenem Teil des Bürgertums wahrnehmen konnte, das sich deutschnational, antirepublikanisch und antisemitisch gleichermaßen gebärdete:⁵²⁷

Der Stammtisch

Die erste Stunde mit Andacht beim Skat.
Dann Leichenreden und Debatten über'n Staat.
– N'Abend, Herr Schulze, was macht die Familie,
Was macht das Geschäft, und wie geht es Emilie?
– Ach, wissen Sie, nee. – Nu seh'n Sie mal an!
Schon wieder ein Ärger? – Sie wissen doch, Mann!
Also hören Sie, man schämt sich direkt vor die Leute!
– Ja, ja, mein Lieber, die Jugend von heute!
Das liegt in der Zeit, wir sind ja veraltet!
Und wenn man das liest, wie das schaltet und waltet,

⁵²⁵ Ebd. 187 ff.; *Schwabe* 104 ff.

⁵²⁶ *Winkler (1993)* 209 ff.; *Schwabe* 112 ff.

⁵²⁷ Ludwig Rosenberg, *Der Stammtisch*, undatiert, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102. – Des besseren Verständnisses halber wurde die Schreibweise behutsam verändert, insbesondere wurde ein Großteil der für Rosenberg zeitlebens überaus typischen Gedankenstriche durch Kommas ersetzt, sodass alle verbliebenen Gedankenstriche nun den Wechsel des Sprechers anzeigen.

Das nenn' sie nun Freiheit! – Na, na! Nicht so scharf!
 – Da hab'n Sie's, als wenn ich das nicht sagen darf!
 – Und dann die Vergiftung! – Na, hör'n Sie, die Presse!
 Die Jungs gehört alle eins in die Fresse!
 – Sie lügen ja alle. – Nur'n eisernen Besen!
 – Det hab'n Se woll in Ihre Zeitung gelesen?
 – Lass sie man kommen, wir werd'n ihnen schon zeigen!
 – Man kann doch die Leute nicht einfach enteignen!
 – Ist alles nur Mache, was heißt denn hier Recht!
 – Na, det ist 'ne Sache! – Na, das ist nicht schlecht!
 – Jetzt haben sie alle ne sehr große Klappe,
 Wo war'n denn die Lausejungs, in de Etappe!
 – Und die Rede in Erfurt? – Das ist heut alltäglich!
 – Na, so etwas war ja nun früher nicht möglich!
 – Das wird noch viel schlimmer! – Das soll man nicht sagen!
 – Ich denke mir immer, dem geht's an den Kragen!
 – Hier fehlt 'n Diktator, mit 'm eisernen Besen!
 – Wo sind Sie'n am Neunten November gewesen?!
 – Und ewig die Krisen, und dann so viel Pleiten!
 – Ja, seh'n Sie, das sind eben die herrlichen Zeiten!
 – Ja, Friedrich der Große, der hatte was druff!
 – Lassalle war ein Jude! – Na, regen S'sich nich uff!
 – Und trotzdem, was heißt das? – Sie woll'n doch nicht sagen ...
 – Na, Prost, noch 'ne Lage, wir woll'n uns vertragen!
 – Herr Wirt, Ihre Meinung? – Er lächelt nur wichtig:
 Meine Herren, am Stammtisch sind wir alle sehr tüchtig!

Die Krise des Jahres 1923 hatte den Republikanern vor Augen geführt, wie verletzlich die Republik kaum fünf Jahre nach ihrer Gründung noch immer war. Über den richtigen Weg zum Schutz der Republik vor ihren Feinden kam es unterdessen zum Streit, dabei ging es vor allem um die Frage, inwieweit eigene paramilitärische Stoßtrupps gebildet werden sollten, die republikanische Veranstaltungen und Institutionen gegen bewaffnete Angriffe schützen sollten. Auch innerhalb des Republikanischen Reichsbundes, der sich häufig in öffentlichen Veranstaltungen und Kundgebungen gegen den militärischen Ausnahmezustand und vehement für die Reichsexekution gegen die bayerische Regierung ausgesprochen und dabei nicht an heftigen Worten über den republikfeindlichen Charakter der Reichswehr gespart hatte, drängte die Jugendorganisation auf die Bildung bewaffneter Stoßtrupps, mit der sie offenkundig bereits begonnen hatte.⁵²⁸ Ein Konflikt zwischen der älteren Generation ehemaliger Frontkämpfer und der aktivistischen Jugend tat sich auf. Auch Rosenberg schien die Politik des Reichsbundes nicht mehr angemessen zu sein. So wechselte er schon bald, bereits in der Gründungsphase Ende Februar 1924, zum neu gebildeten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ähnlich dem Reichsbund war das Reichsbanner eine überparteilich an-

⁵²⁸ Toury (1997a) 68; Fritzsch 98.

gelegte Organisation.⁵²⁹ Nach vorübergehenden Rivalitäten zwischen den beiden Organisationen verständigte man sich rasch darauf, dass der Reichsbund für die „geistespolitische Arbeit zur Vertiefung des republikanischen Staatsgedankens“ zuständig war, während das Reichsbanner die „machtpolitische Sicherung der republikanischen Staatsform und ihrer Regierung“ übernehmen sollte. Trotz seiner zahlenmäßigen Stärke litt das Reichsbanner von vornherein unter der mangelnden Unterstützung seitens der republikanischen Parteien, bis auf wenige Ausnahmen war seine Führungsspitze „bereits entmachteter und zum Teil auch überaltert“. Wie sehr seine Schaffung dem Bedürfnis der republikanischen Anhänger entsprach, zeigte die starke Resonanz auf den Gründungsaufruf, der sowohl die SPD als auch die Gewerkschaften überraschte. So soll binnen einer Woche eine halbe Million Männer der Organisation beigetreten sein, der Reichsbund vereinigte lediglich rund 20000 Mitglieder.⁵³⁰ An den Vorbereitungen zur Gründung des Reichsbanners waren jüdische Sozialdemokraten aktiv beteiligt, und schon im Gründungsaufruf solidarisierte sich das Reichsbanner mit den jüdischen Soldaten und bekämpfte den „blöden Antisemitismus, der sogar die Seele der Kinder vergiftet, Deutschland in der Welt lächerlich macht, [und] außen- wie innenpolitisch eine Gefahr ist“.⁵³¹ Das offensive Auftreten des Reichsbanners zugunsten der deutschen Juden mag dazu beigetragen haben, dass Rosenberg, obschon aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten, der republikanischen Schutzorganisation beitrug.

Rosenberg selbst berichtet zwar wiederholt, er sei 1923 dem Reichsbanner beigetreten, doch deutet dieser Irrtum darauf hin, dass sich sein Beitritt unmittelbar aus den Ereignissen des Jahres 1923 ergab.⁵³² Wo möglich fühlte er sich motiviert durch den erschreckenden Verlauf des Münchner Prozesses gegen die Novemberputschisten von Februar bis April 1924. Entgegen geltenden Rechts verurteilte das Bayerische Volksgericht den Anführer Hitler lediglich zur Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft, die bei guter Führung schon nach sechs Monaten zur Bewährung ausgesetzt werden konnte.⁵³³ Dieser Prozess muss Anhängern der Republik geradezu als Farce erschienen sein, mit dem die Re-

529 Allgemein zum Reichsbanner die noch immer nicht als überholt geltende Studie von Rohe.

530 *Toury (1997a)* 88, 91 f.; *Fritzsche* 97, 99.

531 *Toury (1997c)* 106; *Barkai (1997e)* 121.

532 Beispielhaft in *Leben für die Freiheit (1970)* 16; *Akademie Kontakte der Kontinente* 7. – Einzig in seinem im Mai 1946 für die deutschen Gewerkschaften verfassten Lebenslauf heißt es, er sei 1924 der SPD und dem Reichsbanner beigetreten. Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, DGB-Archiv im AdSD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 36, Bl. 1; ein weiteres Exemplar des Dokuments findet sich auch in Rosenbergs Personalakte, die noch immer beim DGB-Bundesvorstand in Berlin liegt.

533 *Wesel*.

publik verhöhnt werden sollte.

Rosenberg wurde aktives Mitglied des Reichsbanners,⁵³⁴ gehörte dem Vorstand der Ortsgruppe Charlottenburg an⁵³⁵ und beteiligte sich an den Aktionen, wobei er auch die direkte Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen Schlägertrupps nicht scheute. In Berlin schlug er sich „mit den braunen Horden vom Wedding“. Und noch in einem Zeitungsporträt zur Person Rosenbergs aus dem Jahre 1963 heißt es in Anspielung auf einen schwarz-rot-goldenen Wimpel auf dem Fensterbrett seines Arbeitszimmers in der Düsseldorfer DGB-Zentrale erläutert: „Schließlich habe ich mich beim Reichsbanner für diese Farben zusammenschlagen lassen.“⁵³⁶ Selbstkritisch gegenüber seiner aktivistischen Jugendzeit beklagte Rosenberg in einer Auseinandersetzung mit Walter Fabian, dem Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte, 1968 den politischen Stil der Studentenbewegung, vor allem deren undemokratisches Verhalten gegenüber ihren politischen Gegnern, und zog einen Vergleich zur Vorgehensweise des Reichsbanners in den Jahren der Weimarer Republik: „Eine Bewegung, die sich zur Aufgabe gestellt hat, zu provozieren, darf sich nicht wundern, daß sie mit ihren Provokationen Erfolg hat: d.h., daß die Provozierten auf ihr Agieren – reagieren. Wenn ich als Reichsbannermann zu gegnerischen Veranstaltungen gegangen bin, habe ich auch nicht erwartet, daß ich dort mit Glacehandschuhen angefaßt werde. Ich ging ja dorthin, um zu provozieren. Es mag theoretisch richtig sein, daß es nicht so sein sollte, daß schlechte Beispiele gute Sitten verderben - aber verwunderlich wäre es, wenn es nicht doch so wäre.“⁵³⁷

Zeitgleich mit dem Eintritt in den Reichsbanner, so betont er, sei er der

⁵³⁴ Als jugendliches Mitglied gehörte Rosenberg zunächst dem Jungbanner an, in dem die 14- bis 25-jährigen Mitglieder zusammengefasst wurden. 1926 sollen 495000 Mitglieder zwischen 18 und 25 und noch einmal 220000 zwischen 14 und 18 Jahren alt gewesen sein. Zu den Aufgaben des Jungbanners gehörten die „Teilnahme an Aufmärschen des Reichsbanners, im Wahlkampf in dem Schutz von Veranstaltungen republikanischer Parteien, dem Schutz von Veranstaltungen besonders der republikanischen, aber auch der sozialdemokratischen Kinder- und Jugendbewegung vor Überfällen der Kommunisten, des Stahlhelms und gegen Ende des Jahres 1928 sowie im Jahre 1929 auch mehr und mehr der Nationalsozialisten“. *Uellenberg* 40 f. 1928 war Rosenberg über die Altersbegrenzung hinausgewachsen, sodass er dem Jungbanner nicht mehr angehören konnte.

⁵³⁵ Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert (ca. 22.10.1944, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 34.

⁵³⁶ *Leben für die Freiheit (1970)* 24; *Wer ist wer in Düsseldorf?*

⁵³⁷ Rosenberg an Fabian, 23.3.1968, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Kasten 1/LRAD 1–2, Akte 2; Rosenberg richtete sich damit gegen die Veröffentlichung eines Referates von Heinz Brandt, das dieser auf einer „Kundgebung der Vernunft“ am 6.3.1968 gehalten hatte, in den Gewerkschaftlichen Monatsheften, da Brandt zwar Kritik am Verhalten der Studenten übe, aber keine Stellung gegen deren undemokratisches Vorgehen bezöge.

Sozialdemokratischen Partei beigetreten.⁵³⁸ Die SPD befand sich zu diesem Zeitpunkt in der Opposition, nachdem sie im November 1923 die Regierung Stresemann wegen deren Nichteingreifen in Bayern verlassen und damit zu Fall gebracht hatte. „Ich war überzeugt, daß die Sozialdemokratie und ihre Vorstellungen der rechte Weg zur Lösung der Probleme unserer Zeit und zur Erhaltung der Freiheit sei, und daß man mit Protesten allein die Zukunft nicht gestalten könne. Aktiv die Freiheit verteidigen, wo Staat und Regierung versagen – aktiv am Ausbau der neuen Gesellschaft mitwirken –, das war, so glaubte ich, meine Pflicht.“⁵³⁹ Auch hier wird deutlich, wie sehr die Entscheidung zum Beitritt zur Sozialdemokratie, „der eigentlichen Partei der demokratischen Republik“ (Eduard Bernstein), von den Erfahrungen des Vorjahres geprägt war. Nicht die Programmdiskussion der beiden Flügel der Sozialdemokratie, die sich, ausgelöst durch den Mord an Rathenau, nach fünfjähriger Spaltung wieder vereinigt hatten, beeinflusste Rosenbergs Entscheidung. Nicht die Frage, inwieweit die Partei den alten, teilweise überlebten und durch die Praxis der Parteiarbeit längst überholten Grundsätzen des Erfurter Programms von 1891 folgen sollte oder aber einen neuen Weg zur Gewinnung der Mittelschichten finden könne, um wieder mehrheitsfähig zu werden, beschäftigte ihn. Ohnehin zeigte die sozialdemokratische Mitgliedschaft wenig Interesse an der Programmdiskussion.⁵⁴⁰ Rosenberg entschied sich nicht aufgrund der wirtschaftsdemokratischen Konzepte oder der Vorstellungen vom Übergang zum Sozialismus für die SPD, sondern aufgrund der republikanisch-demokratischen Staatsauffassung der Sozialdemokratie. Er war mithin kein Marxist, kein Theoretiker, kein Intellektueller in der Partei; er war Demokrat und Republikaner, im besten Sinne des Wortes.

Organisatorisch betrachtet litt die Partei unter einer allgemeinen Überal-

⁵³⁸ Das Datum des Eintritts in die SPD lässt sich nur indirekt belegen. Zwar gibt Rosenberg im frühesten auffindbaren Beleg aus dem Jahre 1946, in einem Lebenslauf im Rahmen seiner Bewerbung für das gewerkschaftliche Zonensekretariat in Bielefeld (Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 1), an, er sei „Mitglied der SPD und des Reichsbanners seit 1924“. Dennoch spricht vieles dafür, dass er der SPD bereits 1923 beiträt. In seiner Erinnerung deckten sich republikanisches und parteipolitisches Engagement, und sicher hingen beide eng miteinander zusammen. Vermutlich, und dafür spricht einiges, trat er im Herbst 1923 der SPD bei und verfolgte in den folgenden Monaten den Gründungsprozess des Reichsbanners sehr genau und folgte sicher sogleich dem Gründungsauf Ruf vom Februar 1924. Dafür sprechen auch zwei weitere Belege, zum einen ist in seinem 1949 von der SPD Groß-Frankfurt neu ausgestellten Parteibuch das Jahr 1923 als Eintrittsjahr angegeben. Auch seine spätere Ehefrau trat ausweislich ihres nach der Remigration ausgestellten Parteibuches 1923 der Partei bei. Zum anderen wurde ihm von der SPD 1973 eine Ehrenurkunde für 50-jährige Mitgliedschaft ausgestellt. AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Kasten 22.

⁵³⁹ *Leben für die Freiheit* (1970) 16.

⁵⁴⁰ *Winkler* (1982) 29, 47. – Dort auch ausführlich zur Debatte über die programmatisch-ideologische Ausrichtung der SPD zwischen 1920 und 1925.

terung der Mitgliedschaft und ihrer Führungen. Die junge Generation sah sich „weitgehend isoliert und von den Funktionsapparaten, in denen die ältere Generation unter sich blieb, an die Seite gedrängt“. Die Parteijugend, stand sie nun in rechter oder in linker Opposition zur Parteiführung, klagte übereinstimmend, „daß die innerparteiliche Demokratie in der SPD durch eine fortschreitende Bürokratisierung und Herrschaft der besoldeten Funktionäre zu einer Farce geworden sei. In der Tat waren die Partizipations- und Karrieremöglichkeiten Jüngerer in der Partei eng begrenzt.“⁵⁴¹ Daneben taten sich Differenzen zwischen Führung und Mitgliedschaft über die Funktion des Reichsbanners auf: Während die Basis mit dem Reichsbanner gegen die extreme Rechte Front machen wollte, sahen die Parteiführungen von SPD, DDP und Zentrum die Vereinigung in erster Linie als Teil einer Einheitsfront gegen den Bolschewismus.⁵⁴²

Beides, ein Generationskonflikt innerhalb der SPD, aber auch die Auseinandersetzung um die Ausrichtung des Reichsbanners, mögen Gründe dafür gewesen sein, dass Rosenberg seiner Partei nicht in allem folgen konnte, so „fand ich mich sehr bald auf dem linken Flügel der Partei und in lebhafter Opposition zu vielen ihrer führenden Persönlichkeiten“. Und er fügt, zeitlich vorausgreifend, hinzu: „Aber ich lehnte es entschieden ab, mich an den damals entstehenden Spaltungen und Neugründungen zu beteiligen. Ich betrachtete sie als der Einheit und Kraft der Bewegung gefährlich.“ Und in einem Interview sagt er: „Ich bin zwar nicht immer ein hundertprozentig überzeugter Sozialdemokrat in allen Einzelheiten gewesen – das kann ja kein Mensch sein in seiner Partei – ich sage immer, ich bin ein leidendes Mitglied meiner Partei, denn kein Mensch kann immer und zu jeder Zeit mit allem und mit jedem seiner Partei einverstanden sein. Aber ich habe mich immer dagegen gewehrt, Parteien zu spalten, weil ich die Spaltung der Arbeiterbewegung für das furchtbarste, für die größte Katastrophe hielt, die sie ja auch wirklich ist, wenn man diesen Weg einer großen Entwicklung erreichen will.“⁵⁴³ Rosenberg spielt hier augenscheinlich auf die Abspaltung der Sozialistischen Arbeiterpartei nach dem Leipziger Parteitag der SPD von 1931 an, einer kleinen linkssozialistischen Partei, der sich unter anderem der junge Lübecker Sozialdemokrat Willy Brandt anschloss. Rosenberg, zehn Jahre älter als Brandt und unmittelbarer als jener die Auswirkungen der Spaltung in der unmittelbaren Revolutionsphase erinnernd, scheute das Risiko einer ideologisch reinen, jedoch kleinen, daher einflusslosen und letztlich bedeutungslosen Organisation.

541 *Mommsen* 57 f.; vgl. auch *Tenfelde* 24.

542 *Toury (1997a)* 91.

543 *Leben für die Freiheit (1970)* 17; *SWF-Rundfunkinterview (1973)* 7.

Das Krisenjahr 1923/1924

In den Anfangsjahren der Weimarer Republik stellte sich Ludwig Rosenberg an die Seite der Arbeiterbewegung und damit außerhalb der politischen Traditionen seiner Familie. Zugleich bewegte er sich im Rahmen eines allgemeinen *shift to the left*, einer Linksdrift, die große Teile des deutschen Judentums erfasst hatte.⁵⁴⁴ Ohnehin engagierten sich Juden überproportional häufig in der Arbeiterbewegung. So schloss sich der 1860 geborene Leo Arons, Spross einer reichen jüdischen Bankiersfamilie und aufgrund seiner Religionszugehörigkeit an seinem wissenschaftlichen Fortkommen gehindert, der Sozialdemokratie nicht zuletzt deshalb an, um „sich für die Rechte der ebenfalls deskriminierten Arbeiterklasse einzusetzen“, ohne sich später von seinem Herkunftsmilieu zu distanzieren.⁵⁴⁵

Der Historiker Walter Grab verwirft die klassischen Erklärungen der deutschen Soziologie von Werner Sombart über Robert Michels bis Max Weber, da sie alle drei „den Juden kollektive und unveränderbare Charakterzüge“ zuschrieben. Stattdessen trieb nicht zuletzt die Erfahrung, dass die Integration der Juden in die deutsche Gesellschaft nicht nur umstritten, sondern gar ernsthaft gefährdet sei, Juden in die Arbeiterbewegung. Und hierin lässt sich auch Rosenbergs Motivation wiedererkennen, der in Reaktion auf politische Schlüsselereignisse die Gefährdung der jüdischen Integration wie der Republik insgesamt zum Anlass seines politischen Engagements nahm. Neben dem „großen Freisinnigen“ Max Hirsch dürften ihm auch sozialdemokratische Politiker wie Rudolf Hilferding, Hugo Haase oder Paul Singer als Vorbilder gedient haben. Sie entstammten allesamt jüdischen Bürgerfamilien, hatten sich „jedoch ihrer klassenmäßigen und ethnischen Herkunft entfremdet“ und sahen im Judentum längst schon keine Nation mehr, sondern lediglich eine Konfession; sie wiesen die „Existenz einer besonderen jüdischen Identität“ von sich und sahen erst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung die Möglichkeit, die so genannte Judenfrage zu lösen. Sie sehnten sich ebenso danach, dass ererbte oder willkürliche Unterscheidungen zwischen den Menschen zum Verschwinden gebracht werden könnten, wie sie hofften, damit endgültig dem Antisemitismus entrinnen zu können.⁵⁴⁶

Welche Möglichkeiten, so sei abschließend gefragt, stehen dem Einzelnen zur Verfügung, auf politische Ereignisse zu reagieren und sie zu verarbeiten? Zunächst kann er die Ereignisse als irrelevant einstufen, er

⁵⁴⁴ Nipperdey 411.

⁵⁴⁵ Schwarz, H.-A. 289.

⁵⁴⁶ Grab 368 f.; Pulzer (1997b) 273 f.

kann sie ignorieren. Überschreiten sie jedoch die Schwelle seiner Aufmerksamkeit, so wird er versuchen, sie in das ihm gegebene Weltbild einzuordnen. Gelingt dies nicht, so bleibt ihm die Möglichkeit, eine Vermeidungsstrategie einzuschlagen, indem er beispielsweise den Wahrheitsgehalt der Informationen, die ihn erreicht haben, anzweifelt. Bleibt auch dieser Weg erfolglos, so können die Ereignisse entsprechend generationsspezifischer Verhaltensdispositionen in kollektives Handeln einfließen.⁵⁴⁷ Verlorener Krieg, unvollständige Revolution, heftige Erschütterungen der Republik, dauerhafte Wirtschaftskrise – das waren die Elemente, die das in der Schule und im Elternhaus gleichermaßen vermittelte, monarchistisch geprägte Weltbild der um 1900 Geborenen ins Wanken brachten, ohne dass sie verleugnet oder in die bestehende Lebensanschauung eingeordnet werden konnten. Es liegt daher nahe, die revolutionäre Nachkriegszeit als ein generationsgenerierendes Ereignis zu fassen.

Wie lässt sich nun die Generation, der Rosenberg angehörte, näher beschreiben? Um die Angehörigen des Jahrgangs 1903 einer politischen Generation zuordnen zu können, existieren zahlreiche, in den Details deutlich voneinander abweichende Modelle: Mit Wilhelm Flitner lassen sich die Jahrgänge 1896 bis 1904 und mit Helmut Fogt diejenigen von 1898 bis 1905 zu einer Generation zusammenfassen. Irmtraud Götz von Olenhusen bezeichnet die Jahrgänge 1902 bis 1914 als „Nachkriegsgeneration“, Jürgen Reulecke die zwischen 1900 und 1914 Geborenen als „Jahrhundertgeneration“ und Detlev Peukert dieselben Jahrgänge als „überflüssige Generation“. Der weitgehendste Vorschlag schließlich stammt von Klaus Tenfelde, der die zwischen 1890 und 1914 Geborenen als eine Generation begreift.⁵⁴⁸ Einigkeit herrscht einzig in Bezug auf die lebensgeschichtliche Bedeutsamkeit des Kriegserlebnisses und der Nachkriegszeit, die der gesamten Jugend, gleich welcher Schicht sie angehörte oder welchem Milieu sie entstammte, ihren nachhaltigen Stempel aufdrückten.

Nur wenig sinnvoll erscheint es, zwischen den Älteren, die im Krieg noch als Soldaten eingesetzt wurden, und den Jüngeren, die den Krieg als Schüler oder Jungarbeiter erlebten, zu unterscheiden. Der Jahrgang 1901/1902 war der erste, dem die Fronterfahrung erspart blieb. Sowohl

⁵⁴⁷ Fogt 91.

⁵⁴⁸ Herrmann (1987) 367; Fogt 127; Götz von Olenhusen 25 f.; Reulecke 11; Peukert (1987b) 26; Tenfelde 11. – Darüber hinaus folgen zahlreiche Einteilungen der Alterskohorten in politische Generationen keinem schlüssigen sozialisationstheoretischen Modell, sondern instrumentalisieren den Generationsbegriff unter pragmatischen Gesichtspunkten, etwa wenn Rosenthal Alterskohorten nach ihrer je spezifischen Verarbeitung des Nationalsozialismus zu Generationen zusammenfasst; ähnliches gilt für Greiffenhagen.

die Älteren als auch die Jüngeren aber wurden durch den Krieg gezeichnet, die väterliche Autorität ging verloren, und während die Älteren in eine andere, militärische Hierarchie hineingezogen wurden, wuchsen die Jüngeren zumeist vaterlos auf, ohne ihre depravierte Jugend, die sie erfahren mussten, mit dem Erlebnis des Fronteinsatzes legitimieren zu können.⁵⁴⁹ Denn nimmt man Fogts Konzept der politischen Generation ernst, so stellt sich die Frage nach dem generationsprägenden Schlüsselereignis. Hier scheint weniger die Erfahrung des Kriegs selbst als vielmehr das Erlebnis der Niederlage und der daraus resultierenden tiefgreifenden Umwälzungen in Staat und Gesellschaft den Ausschlag gegeben zu haben, wovon die Jahrgänge vor und nach der Jahrhundertwende gleichermaßen betroffen waren. Waren die Älteren noch prägsam genug, so gerieten auch sie wie die Jüngeren in den durch die revolutionäre Nachkriegsentwicklung ausgelösten „Radikalisierungsog“.⁵⁵⁰

Wenn es stimmt, dass die politische Sozialisation, in der komplexe politische Lernerfahrungen gemacht werden, etwa zwischen dem 16. und dem 25. Lebensjahr abläuft, dann lässt sich die durch die Nachkriegsjahre 1918 bis 1923 geprägte Generation auf die Geburtsjahrgänge 1893 bis 1907 festlegen, wobei als Kerngruppe die Jahrgänge 1897 bis 1905 gelten können. Diese Generation, die sich treffenderweise als Nachkriegsgeneration bezeichnen lässt, wuchs überwiegend vaterlos, ohne väterliche Autorität auf, früher als geplant musste sie Verantwortung in der Familie übernehmen und – das galt vor allem für die bürgerliche Jugend, sofern die elterlichen Vermögen in der Inflation ruiniert wurden – für das eigene Leben selbst sorgen. Dies ermöglichte, eigene Wege jenseits der elterlichen Pfade zu betreten und sich von den sozialmoralischen Normen der Eltern abzuwenden.⁵⁵¹ Zugleich suchte diese Generation nach einer Erklärung für die erlittene Niederlage im Krieg, die zumindest für die Jüngeren überraschend kam. Die in zahlreichen zeitgenössischen Massenmedien dargebrachten Deutungsmuster verwiesen auf einen klaren Gegner: den Juden. Der Jude, der die Deutschen verraten habe, bot sich als Sündenbock geradezu an, sei es in der Form der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung, konnte man doch auf ältere, nicht nur im Bürgertum virulente Muster des Antisemitismus zurückgreifen. Einem Teil der Arbeiterjugend wiederum erschien

⁵⁴⁹ Reulecke 17 f.; Peukert (1987b) 30.

⁵⁵⁰ Tenfelde 22. – Zu Recht zählt Fogt 126 f. den Ersten Weltkrieg und die Nachkriegskrise als Periodenereignisse, „sie haben auch auf die Dispositionen und Merkmale der Erwachsenenbevölkerung in tiefgreifender Weise verändernd gewirkt, wenngleich in geringerem Umfang als auf die der Jugendlichen“. Nur auf die jüngeren Alterskohorten in der politisch prägenden Phase jedoch entfalten Periodenereignisse eine identitäts- und generationsgenerierende Wirkung.

⁵⁵¹ Peukert (1987b) 97.

ein anderes Deutungsmuster plausibel: die verratene Revolution. Die Sozialdemokratie habe die Interessen der Arbeiterklasse preisgegeben, sich stattdessen mit den Mächten der Reaktion gegen die Arbeiter verbündet. Beide Feindbilder boten einfache Erklärungen der als schwierig empfundenen Gegenwart, sie wiesen Wege aus der Orientierungskrise, wenn auch in vollends verschiedene Richtungen.

Ausgelöst durch die Wandervogelbewegung zu Beginn des Jahrhunderts, weitergetragen durch die bündische Jugend, hatte sich ein apolitischer jugendlicher Aktivismus herausgebildet, der sich etwa in der Meißnerformel ausdrückte. Im Oktober 1913 hatten sich auf dem nordhessischen Hohen Meißner lebensreformerische und jugendbewegte Bünde und Verbände zum Ersten Freideutschen Jugendtag versammelt und ihr Credo in Form der später so genannten Meißnerformel zusammengefasst, deren Kernsatz lautete: „Die Freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten.“⁵⁵² Die Formel entsprach dem Bedürfnis „nach Lebenssinn und geistiger Heimat geradezu ideal“, urteilt der Historiker Jürgen Reulecke, sie „half dem Einzelnen, in einer bedrohlichen, bedrückenden, unüberschaubar diffusen Welt sein Ich zu finden und zu bewahren“. Doch zugleich versperrte sie ihm die Einsicht, „daß jede Lebensreform ohne engagierte Gesellschaftsreform ein individuelles Sandkastenspiel ist“. „Soziales Handeln, politischer Einsatz und politische Solidarität waren damit keineswegs ausgeschlossen, aber in die Entscheidung des Individuums verlegt – sie waren kein Programmpunkt.“⁵⁵³ Zwar erfasste die Jugendbewegung nur eine kleine Minderheit der nachwachsenden Kohorten, doch prägte sie sowohl das Selbstverständnis der Jugendarbeit als auch den Lebensstil der Jugendlichen in der Weimarer Republik insgesamt.⁵⁵⁴ Die bündische Jugend zur Zeit der Weimarer Republik war aufgrund des Kriegserlebnisses durch übersteigerten Nationalismus, Führerprinzip, Jugendmythos und eine ausgeprägte Sendungsideologie gekennzeichnet.⁵⁵⁵

Im Nachhall der in der Meißnerformel dargelegten Grundeinstellung prägten zwei einander widersprechende Muster die jugendbewegte Nachkriegsgeneration, einerseits das Streben nach Autonomie, nach der Bewahrung des Ichs, „wie auch immer Zeit- und Weltläufe sein mochten“, andererseits der Rausch, in einer Gemeinschaft Gleichgesinnter aufgehen zu können. Beide Muster „stehen gewissermaßen als mögliche Handlungs- und Reaktionsweisen parallel zur Disposition und

552 Zitiert nach *Mogge* 177.

553 *Reulecke* 19, 27.

554 *Mogge* 177.

555 *Peukert (1987b)* 96.

werden je nach Umständen abgerufen“. Reulecke vermutet in diesem eigentümlichen Paradoxon ein „lebensbestimmendes Grundmuster“ der Jugendbewegten aus der Jahrhundertkohorte.⁵⁵⁶ Der ungerichtete Handlungsimpetus der Jugend auf dem Hintergrund einer umfassenden Orientierungskrise nach dem Krieg ließ folgerichtig zwei politische Massenbewegungen entstehen, die – im Gegensatz zu den staatstragenden Parteien der Republik – im Kern Jugendbewegungen waren: die Kommunistische Partei Deutschlands und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Die politische Sozialisationsphase Rosenbergs lässt sich in etwa auf die Zeit zwischen 1919 und 1928 festlegen, bis zu seinem Eintritt in die Berufstätigkeit. Jedoch muss auch die eigentliche Revolutionsphase im Herbst 1918 einberechnet werden, war doch der Junge bereits durch die politisch-literarisch-philosophischen Gespräche mit seinem Onkel wie auch durch die Heimkehr seines vom Krieg gezeichneten Vaters für die revolutionären politischen Vorgänge sensibilisiert worden. Seine Erinnerungen an die im Januar 1919 ermordeten kommunistischen Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sprechen ebenfalls für diese Annahme. Rosenberg nahm also die gesamte Revolutionsphase bewusst wahr, wenngleich sich – wie er auch selbst eingesteht – seine Fähigkeit, zu den Geschehnissen eine selbstständige Position einzunehmen, erst noch entwickeln musste. Sicher ist hingegen, dass er von den Ereignissen zwischen seinem 18. und 21. Lebensjahr, zwischen später Adoleszenz und frühem Erwachsenenalter, außerordentlich stark beeinflusst wurde. In dieser Phase üben gemeinhin auch altershomogene Gruppen ihren stärksten Einfluss auf die Parteibindung aus.⁵⁵⁷ Diese Phase lässt sich auf den Zeitraum zwischen der Ermordung Erzbergers im Juni 1921 und seiner ersten Teilnahme an einer Reichstagswahl am 4. Mai 1924, etwa zeitgleich mit seinem Abgang von der Schule, eingrenzen. Rosenbergs im Republikanischen Jugendbund erprobte politische Prägung galt in erster Linie der Verteidigung der Republik vor ihren Gegnern von rechts und – obschon eingeschränkt, da sie sich in seinem Engagement wie in seinen Äußerungen weniger deutlich niederschlugen – von links. Bei seiner ersten Wahlentscheidung – die im Allgemeinen als prägend für die gesamte Lebensdauer angenommen wird⁵⁵⁸ – stimmte der Wahlneuling für die Sozialdemokratische Partei.

Bei dem Versuch, Rosenbergs politische Sozialisation in die dargelegten Handlungs- und Reaktionsmuster einzuordnen, fallen sogleich die

⁵⁵⁶ Reulecke 19.

⁵⁵⁷ Fogt 61.

⁵⁵⁸ Tenfelde 23.

Schwierigkeiten ins Auge: Weder Antisemitismus noch Antikapitalismus standen dem deutsch-jüdischen Bürgersohn als Deutungsmöglichkeiten zur Verfügung. Zwar wandte er sich von den politischen Grundeinstellungen seiner Familie ab und der Sozialdemokratie und später den Gewerkschaften zu, doch blieb er in seinem Denken den sozialmoralischen Wertvorstellungen seines Herkunftsmilieus treu.

Rosenberg, das lässt sich nach den auffindbaren und wiedergegebenen Äußerungen über seine Jugend eindeutig feststellen, wurde von den Ereignissen der Nachkriegszeit entscheidend und nachhaltig geprägt. Wie sich diese Prägung jedoch auf seine Persönlichkeit und seine weitere Entwicklung auswirkte, unterscheidet ihn deutlich von der Mehrheit der deutschen Nachkriegsjugend. Denn während jene der Weimarer Republik eher ablehnend gegenüber stand, zog Rosenberg andere Schlüsse aus der deutschen Niederlage im Weltkrieg: nicht Verlustgefühl gegenüber der Monarchie, sondern Bejahung der demokratisch-republikanischen Staatsform; nicht Preisgabe der liberalen Grundsätze des Elternhauses, sondern der Versuch, sie in der Sozialdemokratie und der liberalen Gewerkschaftsbewegung zu verwirklichen; nicht die Wahrnehmung der sozialen Wirklichkeit in den Kategorien Führer und Gefolgschaft, sondern die Anleitung des Einzelnen zu selbstständigem Denken und Handeln. Damit stand Rosenberg keineswegs allein, doch in der Generation der Nachkriegsjugend bildete diese Gruppe, gewissermaßen eine bürgerlich-republikanische Generationseinheit, eine relativ kleine und unbedeutende Minderheit, zumal ihr in den oftmals überalterten und bürokratisierten, für Jugendliche daher wenig attraktiven republiktreuen Institutionen und Organisationen beinahe jede Möglichkeit zu einem gestaltenden, wirkungsvollen Handeln verwehrt wurde, was sich allein schon angesichts der zahlenmäßigen Stärke der Nachkriegsgeneration – ihre Jahrgänge zählten zu den geburtenstärksten in der deutschen Geschichte⁵⁵⁹ – als tragisches Versäumnis der Republik erweisen sollte.

⁵⁵⁹ Vgl. *Reulecke* 15; *Götz von Olenhusen* 29.

5 Verhinderter Aufstieg, 1928 bis 1940

In der Frühzeit der Weimarer Republik folgte Ludwig Rosenberg keinem geradlinigen, vorgezeichneten Weg, sondern suchte stattdessen seinen eigenen Standort im sich ständig verändernden politischen und sozialen Koordinatensystem. Milieu- und parteienübergreifendes Handeln zugunsten der republikanischen Kräfte lässt sich trotz aller lebensbestimmenden Weichenstellungen – Tod des Vaters, Abgang von der Schule, Aufnahme einer kaufmännischen Ausbildung – bereits in dieser frühen Phase als verbindendes Glied seines gesellschaftspolitischen Engagements erkennen.

Geradezu idealtypisch schloss Rosenberg 25-jährig mit der Aufnahme seiner beruflichen Tätigkeit im Gewerkschaftsbund der Angestellten 1928 seine Jugendphase ab. Das war ihm keineswegs vorherbestimmt, denn alle lebensgeschichtlich bedeutsamen Entscheidungen hatte er unter den desorientierenden Bedingungen der Nachkriegszeit treffen müssen.⁵⁶⁰ Mit der Inflation kam ein Jurastudium zunächst nicht mehr in Frage, der aufgezwungenen Übernahme des väterlichen Berufs setzte er selbst alsbald ein Ende, indem er eine gewerkschaftliche Laufbahn, gewissermaßen als Anwalt der kleinen Leute, einschlug. Trotz aller Schwierigkeiten war der Einstieg ins Berufsleben nunmehr gelungen. Er hatte einen eigenen Lebensweg jenseits der vorgegebenen Muster aus Familie und Herkunftsmilieu beschritten, einen eigenen Lebensstil angenommen und seine Partnerin außerhalb der jüdischen Gemeinde gewählt. Noch wohnte er bei seiner Mutter in Berlin, doch das sollte sich bald schon ändern.

Anfänge der Gewerkschaftsarbeit

Noch während seiner Ausbildung zum kaufmännischen Angestellten im Bekleidungs-gewerbe trat Rosenberg einer Gewerkschaft bei. Angesichts der Sozialisation, die er im Elternhaus erfahren hatte, seines bisherigen politischen Engagements, aber auch seiner beinahe proletarisierten Lebensverhältnisse war dies kein ungewöhnlicher Schritt. Siegfried Aufhäuser, während der Weimarer Republik Vorsitzender des AfA-Bundes, des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes, einer Dachorganisation freigewerkschaftlicher Angestelltengewerkschaften, trat bereits 1903 als 19-Jähriger in München dem Verein der Deutschen Kaufleute bei, einer

⁵⁶⁰ Peukert (1987b) 99.

liberalen Gewerkschaft. Aufhäuser, der wie Rosenberg einer jüdischen Kaufmannsfamilie entstammte, lehnte sich während seiner Lehrzeit gegen die überlangen Arbeitszeiten der Handlungsgehilfen auf, sah sich jedoch mit seiner Forderung nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen nicht im weitaus größeren Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband aufgehoben. Im Gegenteil, das Auftreten des DHV und dessen Angriffe auf die jüdischen Mitglieder seiner Gewerkschaft verstärkten Aufhäusers soziales und politisches Engagement.⁵⁶¹ Auch Hans Gottfurcht, gleichfalls Sohn jüdischer Kaufleute und sieben Jahre älter als Rosenberg, fand, nachdem er wie Rosenberg seine gymnasiale Schullaufbahn abgebrochen hatte, während seiner Ausbildung zum kaufmännischen Angestellten 17-jährig den Weg zur Gewerkschaft. Im Unterschied zu Aufhäuser und Rosenberg trat der junge Gottfurcht jedoch dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten bei.⁵⁶²

Die Gründe, die Rosenberg bewogen haben mögen, der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftsbewegung beizutreten, bleiben im Dunkeln. Er selbst erläuterte in seinen letzten Lebensjahren die Motivation in voneinander abweichenden Varianten. Zum einen erklärte er seinen Eintritt in die Gewerkschaft mit rein pragmatischen Motiven, er habe dort eher als in dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten Arbeit als Funktionär finden können.⁵⁶³ An anderer Stelle aber schildert er seinen Versuch, der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung, also dem ZdA beizutreten, doch habe es keine Möglichkeit einer Anstellung gegeben, „und so bin ich dann in die Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaftsbewegung gegangen [...], mit der festen Absicht und mit dem Ziel, die beiden Gewerkschaften, die beiden demokratischen Angestellten-Gewerkschaften, den ZdA und den GDA zusammenzubringen, was ja auch schon dann immer wieder versucht worden ist, aber was dann nicht mehr gelungen ist. Ich war aber schon damals Sozialdemokrat, und im GDA waren wir eine ganze Menge Sozialdemokraten.“⁵⁶⁴ Darüber hinaus heißt es über ihn, „sein Widerwille gegen den gezwungenermaßen ausgeübten Beruf, seine wachsenden Interessen für die Politik und ihre Probleme führten Anfang und Mitte der zwanziger Jahre bei Rosenberg zur Überzeugung, sich aktiv innerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung für eine Verbesserung und Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen und sozialen Situation der arbeitenden Menschen einzusetzen“.⁵⁶⁵ Schließlich betonte er, „sein wachsendes Verständnis

561 *Korthaase* 16.

562 *Beier, G. (1983a)* 75.

563 Siehe u. a. *Schuster* 17.

564 *SWF-Rundfunkinterview (1973)* 8; vgl. auch *Leben für die Freiheit (1970)* 19.

565 *Schuster* 16 f.

für die Aufgaben eines demokratisch bestimmten sozialistischen Gesellschaftsbildes und der so dringend notwendigen Änderung der Gesellschaftsstruktur“ habe ihn „innerhalb der Gewerkschaften für ein besseres Los der Arbeitnehmer [...] kämpfen lassen“.⁵⁶⁶

Allzu offensichtlich sah sich Rosenberg in den 1960er und 1970er Jahren einem erheblich Rechtfertigungsdruck ausgesetzt, der es ihn tunlichst vermeiden ließ, sich zu seiner früheren Mitgliedschaft in einer liberalen Standesvertretung der Angestellten offen und vorbehaltlos zu bekennen. Das Faktum an sich ließ sich freilich nicht bestreiten, allein die Motive suchte er auf dem Hintergrund der Nachkriegsentwicklung in die gängigen Interpretationsraster einzufügen. Entweder habe er rein pragmatisch seine Berufs- und Karrierechancen abgewogen, oder er habe von vornherein dem auch nach 1945 in Bezug auf die Angestellten nur teilweise gelungenen Ideal der Einheitsgewerkschaft entsprechend handeln wollen, oder aber er habe den arbeitenden Menschen dienen wollen. Glaubhaft ist all dies jedoch kaum. Wie aber lässt sich Rosenbergs gewerkschaftliches Engagement schlüssig erklären?

Rosenberg trat seine kaufmännische Ausbildung 1924 an,⁵⁶⁷ zu einem Zeitpunkt, als die finanziellen Grundlagen seiner Familie zerrüttet waren, als sich die Unternehmer im Zuge der so genannten Anpassungsrationalisierungen eines Teils ihrer Belegschaft in Massenentlassungen entledigten, als sich weite Teile der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Kaufkraft stark eingeschränkt sahen und somit auch der Handel unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden hatte. Die Unternehmenseite hatte nach den unruhigen Jahren der Nachkriegskrise wieder Oberwasser gewonnen und eine Reihe von sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution zu Fall gebracht, so wurde 1924 der gesetzlich garantierte Achtstundentag abgeschafft, sodass die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit auf über 50 Stunden anstieg. Zugleich sanken die Löhne und Gehälter, unter den Angestellten verzeichneten insbesondere diejenigen im Einzelhandel erhebliche Gehaltseinbußen, mit der neuen Währung setzten ihre Gehälter „auf einem sehr niedrigen Niveau“ ein.⁵⁶⁸

Was liegt angesichts solcher Arbeitsbedingungen näher als die Vermutung, dass es zunächst in Rosenbergs ureigenstem Interesse lag, einer Gewerkschaft beizutreten, um seine persönlichen Arbeitsbedingungen

⁵⁶⁶ *Akademie Kontakte der Kontinente* 7.

⁵⁶⁷ Im Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bl. 3, schreibt Rosenberg hingegen selbst, er habe die Lehre von 1921 bis 1925 absolviert. Nach Unterlagen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte verließ er jedoch erst im März 1924 die Schule. Schreiben der BfA vom 8.9.1999.

⁵⁶⁸ *Priamus* 37, 40.

in seinem zweiten Ausbildungsjahr verbessern zu helfen? So wie er mit seinem Eintreten für die Sache der Republik auch seine Lage als Jude zu verteidigen suchte, so sollte ihm die Gewerkschaft zur Verbesserung seiner materiellen Situation verhelfen. Dass er mit seinem Engagement in beiden Fällen nicht nur sich selbst, sondern dem Gemeinwohl oder doch dem Wohl einer großen Zahl diene, bleibt unbenommen.

Sicherlich tat sich erst mit seinem Engagement in der Gewerkschaft die Möglichkeit auf, dort hauptamtlich arbeiten zu können. Dafür spricht die Tatsache, dass er seine erste Stelle als Gewerkschaftsfunktionär nicht bei der Gewerkschaft selbst, sondern bei einer Krankenkasse antrat, die den Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften nahestand. Dafür spricht aber auch, dass zwischen Eintritt in die Gewerkschaft und Antritt der Stelle drei Jahre vergingen. Und ohne ein dezidiertes gewerkschaftliches Engagement, ohne den Nachweis einer entschiedenen Interessenvertretungspolitik zugunsten der Angestellten hätte Rosenberg wohl auch niemals eine Anstellung als hauptamtlicher Funktionär finden können.

In den Details schwieriger nachzuvollziehen ist hingegen Rosenbergs Motivation, die ihn zum Eintritt in den liberalen Gewerkschaftsbund der Angestellten bewog. Zwar schätzte er die Situation des GDA richtig ein, dass er hier leichter eine Stelle finden könne als im AfA-Bund, während der Gedag, der Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften, unter Führung des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes DHV stand und wegen dessen antisemitischer Tendenzen für ihn von vornherein nicht in Frage kam. Tatsächlich verzeichnete der GDA 1925 nach einem relativ milden Mitgliederrückgang 1924 in Höhe von 11,4 Prozent wieder einen Zuwachs, der bis 1930 anhalten sollte, schon 1928 erreichte der Bund mit rund 300000 Mitgliedern wieder die hohen Werte von 1922. Dementgegen verzeichnete der AfA-Bund bis 1927 einen erheblichen Rückgang, von 1922 bis 1927 verließen 40 Prozent der Mitglieder den Verband, auch fiel die Erholung bis 1930 keineswegs so deutlich aus wie im GDA. Hatte der AfA-Bund 1923 mit über 600000 Mitgliedern noch mehr als doppelt so viele Mitglieder wie der GDA, so verfügte er 1930 nurmehr über ein Viertel mehr Mitglieder als der liberale Konkurrenzverband. Unterdessen hatte der Gedag beinahe die alte Stärke des AfA-Bundes erreicht.⁵⁶⁹ Angesichts der massiven Mitgliederverluste war an eine Karriere im AfA-Bund in der Tat kaum zu denken.

Der ZdA organisierte vornehmlich Angestellte, die der Arbeiterschaft entstammten, während der GDA überwiegend Angestellte aus den Mittelschichten rekrutierte.⁵⁷⁰ Angesichts der von Rosenberg selbst ge-

⁵⁶⁹ Ebd. 104, Tab. 32.

⁵⁷⁰ Ebd. 215.

schilderten Erziehungsgrundsätze seiner Eltern dürfte für ihn die Berührung mit unteren sozialen Schichten jedoch nicht den Ausschlag für seine Entscheidung zugunsten des GDA gegeben haben. Vielmehr scheint es wahrscheinlich, dass dem Kaufmannssohn der für die freien Gewerkschaften und ihre Mitglieder wesentlich bestimmende und vorherrschende Interessengegensatz von Kapital und Arbeit⁵⁷¹ fremd geblieben war und er diesen nicht mit seinen ideologischen Grundsätzen in Einklang bringen konnte. Hier zeigte sich Rosenberg seinem Herkunftsmilieu sehr viel wesensverwandter, als es ihm, aus der Rückschau 40, 50 Jahre später, recht sein konnte. Zwar hatten sich einige Sozialdemokraten im GDA organisiert, zwar warf der DHV in regelmäßigen Kampagnen dem GDA vor, er sympathisiere mit der SPD, doch die den GDA tatsächlich prägende Partei war und blieb die DDP,⁵⁷² die Milieupartei der bürgerlichen deutschen Juden. Rosenbergs Engagement in der SPD war in erster Linie von seinem Eintreten für die Republik geprägt, nur in der SPD sah er die geeignete Verteidigerin der parlamentarischen Demokratie, während ihm die DDP nicht konsequent genug erschien. Seine wirtschaftlichen und sozialen Vorstellungen blieben jedoch weiterhin von liberalem Gedankengut geprägt. Vor allem Max Hirsch, geboren 1832 in Halberstadt, gestorben 1905 in Bad Homburg, zusammen mit Franz Duncker Begründer und Namensgeber der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, diente Rosenberg zum Vorbild: Liberaler, Pazifist, Jude, jedoch weit „von religiösen oder geselligen Bindungen an das Judentum entfernt“.⁵⁷³ Hirsch, so heißt es in überraschend unverhohlener Anerkennung in einem Aufsatz Rosenbergs zum 100. Jahrestag der Gründung der Gewerkvereine im Jahre 1868, „war einer derer, die das Elend der Arbeiter nicht nur theoretisch bewegte“.⁵⁷⁴

Die sozialliberal inspirierte Gewerkschaftsbewegung konnte in Deutschland auf eine lange Tradition zurückblicken. 1868 waren Gewerkvereine entstanden als „Produkt eines gesunden und schöpferischen Selbstzweifels vieler Liberaler angesichts der überaus ambivalenten «Segnungen», die das Zeitalter der Industrialisierung und der von obrigkeitstaatlichen und zünftlerischen Reglementierungen befreiten Wirtschaftskräfte mit sich gebracht hatte“. Die emanzipatorische Kraft des Liberalismus sollte dazu dienen, solche sozialen Problemlagen „von

⁵⁷¹ Ebd. 214.

⁵⁷² Ebd. 155 f. – Neben engen personellen Verflechtungen zwischen GDA- und DDP-Spitze half zudem die Gewerkschaft der Partei mit finanziellen Unterstützungen aus. Ebd. 156 f. Siehe auch *Beier, G. (1983b)* 153, danach „gab es noch mehr Angestellte mit dem roten Parteibuch. Der Vorstand wußte davon und duldete es.“

⁵⁷³ *Pulzer (1997c)* 191.

⁵⁷⁴ *Rosenberg (1968)* 514.

gefährlicher Explosivkraft“ bewältigen zu können, und beförderte die Erkenntnis, „daß der Weg zur individuellen Freiheit unter den Bedingungen der modernen Massengesellschaft nur über die Solidarisierung individueller Interessen zu erreichen war“. Solidarität, Bildung und Selbsthilfe – mit diesen Worten lässt sich das Instrumentarium der Gewerkvereine umgreifen.⁵⁷⁵ In ihnen wirkten zahlreiche Bürgerliche in vorderster Front, im Gegensatz zu Funktionären aus der Arbeiterschaft genossen sie als gelernte Kopfarbeiter einen Autoritätsvorsprung an der Basis, waren sie doch oftmals „gewandt im persönlichen Umgang, galten als gute Redner“.⁵⁷⁶

1968, aus Anlass des 100. Gründungsjubiläums der Gewerkvereine, schrieb Rosenberg einen Aufsatz für das theoretische Organ des DGB, die Gewerkschaftlichen Monatshefte, in dem er der liberalen Gewerkschaftsbewegung erstaunlich frei und ungezwungen die historische Berechtigung ihrer Existenz einräumt. Erstmals rechtfertigte er sich nicht länger, im Gegenteil, er griff an. So erinnerte er an Vorwürfe und Anwürfe der 1920er Jahre, „einer Zeit, in der man jeden, der nicht für völligen gesellschaftlichen revolutionären Umsturz auf der Basis des damaligen Sozialismus eintrat, zum Arbeiterverräter und Kapitalistenknecht stempelte“.⁵⁷⁷ Unschwer lassen sich hier gegen ihn selbst vorgebrachte Angriffe herauslesen. Der Aufsatz offenbart darüber hinaus auch Rosenbergs Einschätzung der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, etwa wenn er schreibt: „Die Gewerkvereine waren nicht parteipolitisch gebunden – sie waren, auch in ihrer Phraseologie, nicht revolutionär. Sie waren eine demokratische Reformbewegung mit evolutionären Zielen. Sie scheuten nicht den Streik – aber sie sahen ihn als wirklich letztes Mittel. Sie haben ihn nicht als Instrument einer revolutionären Situation betrachtet. Wenn sie von Harmonie sprachen, so meinten sie, wie ihr praktisches Verhalten bewies, nicht eine Harmonie-Duselei, sondern den Ausgleich verschiedener Interessen in einer, wie man heute sagen würde, pluralistischen Gesellschaft, die sich allerdings von Vorstellungen wie der Diktatur des Proletariats wesentlich unterschied. Sie waren, im Gegensatz zur betonten Ablehnung nationaler Ideen, wie sie von den sozialistischen Gewerkschaften unter dem Druck der politischen Kräfte gegen den Sozialismus vertreten wurden, freiheitlich-national, national-liberal. Aber nicht nationalistisch.“⁵⁷⁸

Der GDA wurde 1920 als Dachverband der nichtsozialistischen Angestelltengewerkschaften gegründet, mit dem Ausscheren des DHV und

575 *Fleck* 532 f.

576 *Eisenberg* 22.

577 *Rosenberg (1968)* 517.

578 Ebd. 516 f. – Eine ähnliche Einschätzung liefert, zeitgleich, *Lemmer* 89 f.

der Bildung des Gedag jedoch wurde der Plan einer bürgerlichen Sammlungsbewegung vereitelt. Stattdessen organisierte der GDA überwiegend die kaufmännischen, Büro- und Behördenangestellten. Politisch verfocht er als wichtigstes Ziel, den fortwährenden Statusverlust der Angestellten aufzuhalten und gar, wenn möglich, umzukehren. Als einem eigenen Stand, unabhängig von Arbeiterschaft und Unternehmerschaft, sollte dem Angestelltenstand wieder Geltung verschafft werden. Auf der Grundlage des deutschen Volksstaates und der Wahrung der parteipolitischen, konfessionellen und sozialen Neutralität wollte der GDA die Stellung der Angestellten dergestalt heben, dass sie als freie, selbstbewusste Wirtschaftsbürger wirken könnten. Um dem Ziel der Reprivilegierung der Angestellten zum Durchbruch zu verhelfen, passte sich der GDA den neuen politischen Verhältnissen nach Hilfsdienstgesetz und Novemberrevolution alsbald an; so verabschiedete er sich vom liberalen Harmonieverband, in dem auch Unternehmer Mitglied sein konnten, um die in der Weimarer Reichsverfassung institutionalisierten Rechte der Gewerkschaften genießen und Einfluss auf die staatliche Sozialpolitik nehmen zu können.⁵⁷⁹

Zwar verteidigte der GDA anfangs die Republik und bekämpfte alldutsche, antisemitische und kommunistische Bestrebungen gleichermaßen, doch nahm er gegenüber der Republik eine zwiespältige Haltung ein, eine „besondere Art von Opportunismus“, indem er sie beispielsweise während des Kapp-Putsches und nach der Ermordung Rathenaus nicht aktiv verteidigte, ohne sich jedoch auf die Seite der Republikgegner zu stellen.⁵⁸⁰ Seine Zwitterstellung zwischen den sozialistischen auf der einen und den republikfeindlichen Gewerkschaften auf der anderen Seite umschrieb der GDA in dem Begriff des „freiheitlich-nationalen“ Gedankens, der verstanden werden sollte „als Synthese zwischen den erhaltungswürdigen Werten der Vergangenheit und den Aufgaben einer ganz anders gearteten Gegenwart und den fortschrittlichen Aufgaben, die uns die Zukunft stellt“.⁵⁸¹ Schon aufgrund der Konkurrenzsituation zum erstarkenden Gedag dominierte jedoch der nationale Ge-

⁵⁷⁹ *Priamus* 80, 110, 131, 215. – Anders Rosenberg, der aus der Rückschau von 1968 dem GDA attestiert, er habe in seinem Bundesprogramm die „volle Gleichberechtigung mit der Arbeiterschaft“ in allen öffentlichen und betrieblichen Belangen gefordert, er sei dabei von dem „so beliebten Ständesdünkel der Angestelltenschaft“ abgegangen. *Rosenberg (1968)* 520. Womöglich empfand Rosenberg die sich hier offenbarende Kluft zwischen programmatischen Aussagen und der realen Politik des Verbandes nicht. Im Gegensatz zum GDA sah Aufhäuser bereits im Kaiserreich, als er noch als Funktionär einer Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaft tätig war, keine Differenzen zwischen Arbeiterschaft und Angestellten. *Korthaase* 18.

⁵⁸⁰ *Priamus* 118, 121.

⁵⁸¹ GDA-Jahresbericht 1930, zitiert nach ebd. 94.

danke eindeutig gegenüber dem freiheitlichen.⁵⁸²



Abbildung 23: Max Rössiger 1930

Da der GDA, anders als die freien Gewerkschaften, keine Alternative zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung anstrebte, suchte er nach Wegen, die Wirtschaft demokratisch auszugestalten. Dazu griff er die 1928 vom Hamburger Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verabschiedete Konzeption „Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel“, redigiert von Fritz Naphtali, auf. Bereits im selben Jahr legte Max Rössiger, Mitglied des Bundesvorstands des GDA, eine programmatische Schrift unter dem Titel „Der werdende Wirtschaftsbürger“ vor, das im Gegensatz zu seiner äußeren Nähe zum freigewerkschaftlichen Konzept in der Wirtschaftsdemokratie „eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung einer die Interessengegensätze überbrückenden wahren «Volksgemeinschaft»“ erblickte. Mit seiner

582 Ebd.

Gemeinschaftsideologie, seinem Glauben an die Volksgemeinschaft erweckte er GDA den Eindruck, die Klassengegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Kapital und Arbeit seien überbrückbar, gleichsam auf einer höheren Ebene der Harmonie aufhebbar.⁵⁸³

Wie sehr Rosenberg diese diffuse, auf Versöhnung der Gegensätze abzielende Ideologie verinnerlicht hatte, zeigte sich beispielhaft 1931, als er in einem Gedicht nach den Lehren des Kriegs suchte. Das massenhafte Sterben, so dachte er sich, musste doch irgendeinen Sinn gehabt haben. Schon 1923, nach dem Tod seines Vaters, hatte er gefragt: „Der junge Heranwachsende wollte jetzt wissen, warum alles so gekommen, wie alles jetzt war und wie und wohin es gehen sollte.“⁵⁸⁴ Nun, in der Endphase der Weimarer Republik, appellierte er noch immer an die Einigkeit der Menschen, um einem neuen Zeitalter zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Mahnruf

Wenn Ihr Euch einig seid, dann muß sie kommen,
Die große, heil'ge, langersehnte Zeit.
Wenn Ihr Euch einig seid zu Heil und Frommen,
Dann siegt die Menschlichkeit im letzten Streit.
Dann sind Millionen nicht umsonst gefallen,
Dann floß nicht zwecklos heißes Menschenblut,
Dann ziehet ein in öden, wüsten Hallen
Des Lebens tiefster Sinn und höchstes Gut.
Dann kommt die Zeit, von der die Dichter träumen,
Der Menschheit Einsicht bricht der Torheit Bann,
Des Geistes Freiheit macht Gewalt zerschäumen,
Das Herz besiegt die Faust – Ihr fragt mich: wann?
Wenn Ihr Euch einig seid, dann muß sie kommen,
Die große, heil'ge, langersehnte Zeit.
Wenn Ihr gemeinsam strebt zu Heil und Frommen,
Wenn Ihr wie Brüder, wenn Ihr einig seid.⁵⁸⁵

Über das Ausmaß des Kriegs, über die ungeheuren Zahlen der Toten und Verwundeten, aber auch über die Brutalisierung und Barbarisierung der deutschen Gesellschaft nach dem Krieg zeigte sich Rosenberg schockiert. Im Gegensatz zu der großen Masse des deutschen Bürgertums trauerte Rosenberg dem verlorenen Krieg nicht länger nach, auch wenn er sich anfangs, wie geschildert, der Republik und ihren Symbolen gegenüber skeptisch verhalten hatte. Die oftmals militant ausgetragenen Konflikte der Nachkriegszeit interpretierte er, ohne einer Seite einseitig die Schuld zuzuweisen, als einen Bruderkampf, der überwunden

583 Ebd. 126, 136; *Naphtali; Rössiger*.

584 *Leben für die Freiheit* (1970) 9.

585 Ludwig Rosenberg, *Der Mahnruf*, 1931, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102.

werden müsse, um letztlich – ganz und gar idealistisch – der Vernunft und der Freiheit Tür und Tor zu öffnen. Ein Appell zu handeln gewiss, jedoch nicht allein an seine eigene Generation gerichtet, ohnehin finden sich keine Äußerungen, die belegen könnten, dass Rosenberg sich dem rauschhaften Erleben der Jugend, dem ausgeprägten Jugendkult seiner Zeitgenossen hingegeben habe.⁵⁸⁶

Und noch in der Rückschau, augenscheinlich im Wissen um die schwierigen Aushandlungsprozesse im Deutschen Gewerkschaftsbund und in Anbetracht der eigenen Unzufriedenheit mit dem trägen Apparat zeigte sich Rosenberg begeistert über die organisatorische Ausgestaltung des GDA. Er sei sehr modern und straff geleitet worden und habe moderne Methoden der beruflichen Fortbildung angewandt. In wenigen Jahren habe er sich „zu einer hervorragend innerorganisatorisch geleiteten und mit modernen Methoden arbeitenden Angestellten-Gewerkschaft entwickelt“.⁵⁸⁷

Im Herbst 1928, nach dem Verkauf des elterlichen Konfektionsgeschäfts, trat der 25-jährige Ludwig Rosenberg hauptamtlich in die Dienste des GDA, zunächst jedoch als Angestellter der Hauptverwaltung der Krankenkasse,⁵⁸⁸ der Berufskrankenkasse des GDA, die 1930 in Deutsche Angestellten-Krankenkasse umbenannt wurde.⁵⁸⁹ Hier am Hauptsitz des GDA in Berlin-Zehlendorf, am Schweizerhof in der Teltower Straße (heute Teltower Damm), sollte er zunächst in Fachkursen über das Krankenkassenwesen zur Leitung einer Bezirkskrankenkasse befähigt werden.⁵⁹⁰ Doch schon nach wenigen Monaten, im Januar 1930, endete diese Laufbahn.⁵⁹¹ Was war geschehen? Zum ersten, aber gewiss nicht zum letzten Mal in seinem Leben war der junge Rosenberg auf eine Person gestoßen, die Interesse zeigte, ihn zu fördern. In den wenigen Monaten in der Zentrale des GDA war er bereits durch eine gewisse Respektlosigkeit gegenüber seinen Vorgesetzten aufgefallen, so soll er auf die Frage, „was er denn werden wolle“, geantwortet haben: „Vorsitzender!“⁵⁹²

⁵⁸⁶ Vgl. *Mogge* 194. – Womöglich hatten ihm die paramilitärischen Schulausflüge in den Grunewald während des Ersten Weltkriegs das vom Wandervogel verabsolutierte Wandern verleidet.

⁵⁸⁷ *Rosenberg (1968)* 519 f.

⁵⁸⁸ Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 1.

⁵⁸⁹ *Halberstadt* 384. – Das Zentralarchiv der DAK-Hauptgeschäftsstelle Hamburg verfügt laut elektronischer Mitteilung vom 3.7.2001 in ihren ausgewerteten Unterlagen über keinerlei Unterlagen zu Ludwig Rosenberg.

⁵⁹⁰ Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 1; *Schuster* 21; *Akademie Kontakte der Kontinente* 7.

⁵⁹¹ Zeugnis des GDA für Ludwig Rosenberg, 9.6.1933, Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg, Bl. 4.

⁵⁹² *Beier, G. (1983b)* 153.

Ob sich hier tatsächlich ein ausgeprägter Drang nach oben, an die Spitze zeigte, der erst mehr als dreißig Jahre später im Chefsessel des Deutschen Gewerkschaftsbundes sein Ziel finden sollte, darf bezweifelt werden, doch der unbestreitbar ehrgeizige junge Mann fiel dem 15 Jahre älteren Leiter der Abteilung 1, der Abteilung für Wirtschafts- und Sozialpolitik im GDA-Bundesvorstand, Max Rössiger, auf. Rössiger, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, wurde 1888 in Leipzig geboren, arbeitete als kaufmännischer Angestellter und als Korrespondent und war zunächst für den Verband deutscher Kaufmannsgehilfen tätig. Seit 1920 arbeitete er als sächsischer Gauleiter für den GDA und wurde 1924 in dessen Bundesvorstand gewählt.⁵⁹³ Als kommender Mann des Gewerkschaftsbundes suchte er sich auf gleichfalls ehrgeizige und begabte Nachwuchsfunktionäre zu stützen. Rössiger förderte folglich Rosenbergs Karriere, holte ihn in seine Abteilung und ließ ihn sogleich in einem Ausbildungskursus für Außenbeamte fortbilden.⁵⁹⁴ Somit wurde Rössiger – nach dessen Onkel – sein zweiter Mentor. Ob Rosenberg auch an Rössigers Publikationen mitarbeitete, die sich insbesondere mit der Stellung des Angestellten in der modernen Gesellschaft und mit sozialliberalen Modellen der Wirtschaftsdemokratie befassten, lässt sich nicht sicher belegen, doch sollten diese Schriften die weitere programmatische Entwicklung Rosenbergs tiefgreifend beeinflussen. Noch im selben Jahr veranlasste Rössiger seinen Schützling, den Ausbildungskursus abzubrechen und schickte ihn, um ihn für höhere Aufgaben zu qualifizieren, auf einen einjährigen Kursus an der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf.⁵⁹⁵

1922 hatte der preußische Staat in Düsseldorf und in Berlin solche Fachschulen eingerichtet, deren Aufgabe in einer Denkschrift mit den folgenden Worten umrissen wurde: „Die begabten Persönlichkeiten aus dem Proletariat sollten wissenschaftlich soweit gefördert werden, daß sie für die Aufgaben des Wirtschaftslebens Verständnis haben und nach entsprechender praktischer Einarbeitung auch mittlere und höhere Stellungen in Wirtschaft und Verwaltung erfolgreich bekleiden können.“ Den Gewerkschaften, die die Schule aus ihren Reihen beschicken soll-

⁵⁹³ *Deutsche Wirtschaftsführer* 1851; *Priamus* 113; *GDA-Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten* 14 (1933), Heft 5 (5.5.1933), 68; *Quellen zur Geschichte* IV 978.

⁵⁹⁴ Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 1; *Akademie Kontakte der Kontinente* 7; *Beier, G. (1983b)* 153.

⁵⁹⁵ Im Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 1, heißt es irrtümlich, der Kursus habe 1929/1930 stattgefunden, tatsächlich aber nahm er im folgenden Schuljahr 1930/1931 teil. Doch stimmen auch andere Angaben des Lebenslaufes nicht mit den Fakten überein. So sei er im Frühjahr 1929 aus der Krankenkasse in den GDA hinübergewechselt. Vermutlich verfügte Rosenberg im englischen Exil nur über wenige Dokumente über seinen beruflichen Werdegang, sodass ihm einige Fehler bei der Terminierung unterliefen.

ten, bringe diese erhebliche Vorteile, da sie „dringend eines hochwertigen Nachwuchses für die eigentlichen Gewerkschaftszwecke wie für die Mitwirkung an den öffentlichen Aufgaben bedürfen“. Und da der gewerkschaftliche Einfluss nicht mehr zurückzudrängen sei, so die optimistische Prämisse, hätten schließlich auch die Arbeitgeber ein Interesse daran, dass „gründlich vorgebildete, kenntnisreiche und einsichtige Leute“ diesen Einfluss wahrnehmen. Zwar werde die Schule teilweise vom preußischen Staat getragen, doch ohne ideelle und materielle Beteiligung der Gewerkschaften könnte sie nicht gedeihen. In jedem Schuljahr sollten zunächst 30 bis 50 Schüler im Alter von 18 bis 40 Jahren aus dem Arbeiter- und Angestelltenstand in einem 40 Wochen dauernden Kursus ausgebildet werden. Der Lehrplan sah die Vermittlung von Kenntnissen für leitende Stellen im Gewerkschaftsleben vor, er sollte sich auf das praktisch Notwendigste beschränken, statt die Fülle des Stoffes zu lehren, und auf „die Schulung des wirtschaftlich-politischen Sehens“ zielen. Ergänzend zum morgendlichen Unterricht insbesondere in Volkswirtschaft, Sozialpolitik, Rechtslehre und Technik stünden nachmittags Ausflüge und Besichtigungen und abends der Besuch von Versammlungen oder weiteren entgeltfreien Kursen vor allem im Rahmen der Universität und der Volkshochschule auf freiwilliger Basis auf dem umfangreichen Stundenplan.⁵⁹⁶

Rosenberg nahm am neunten Lehrgang der Schule von Frühjahr 1930 bis Winter 1931 mit 55 Kollegen – ausschließlich Männern – aus den unterschiedlichsten Gewerkschaften teil. Insbesondere die kleinen Verbände wie der freigewerkschaftliche Deutsche Holzarbeiter-Verband entsandten zahlreiche Nachwuchsfunktionäre, während sich die großen Gewerkschaften wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband zurückhielten, womöglich weil sie über eigene Schulungsstätten verfügten. Angestellte waren in der Minderzahl, ZdA und GDA⁵⁹⁷ entsandten jeweils nur zwei Teilnehmer. Das Gros der Teilnehmer stammte aus den umliegenden Provinzen, Rheinländer stellten exakt die Hälfte, weitere neun kamen aus Westfalen.⁵⁹⁸ Als Berliner bildete Rosenberg eine Ausnahme, zogen doch die interessierten Teilnehmer aus der Hauptstadt die Berliner Einrichtung zweifellos vor. Ob der dortige Lehrgang bereits belegt war, ließ sich nicht feststellen, jedenfalls handelte es sich um den ersten längeren Aufenthalt Rosenbergs fern seiner Heimatstadt. Er bewohnte ein Zim-

⁵⁹⁶ Denkschrift über die Errichtung einer „Fachschole für Wirtschaft und Verwaltung“ in Düsseldorf, undatiert [vermutlich 1921], Stadtarchiv Düsseldorf, Akte 17487, Bl. 6–8.

⁵⁹⁷ Der GDA-Vertreter im Kuratorium der Schule, Schepp, sagte in der Kuratoriumssitzung vom 15.3.1923 zu, er werde seine Organisation „für die Wirtschaftsschole interessieren. Ich kann schon sagen, daß wir 1 oder 2 Teilnehmer im nächsten Jahr entsenden werden.“ Ebd., Akte 17494, Bl. 28 f.

⁵⁹⁸ Adressentafel des Lehrgangs 1930/31, in: *Staatliche Fachschule* 11.

mer in der Simrockstraße,⁵⁹⁹ rund anderthalb Kilometer von der Schule entfernt, die an der Achenbachstraße im Ortsteil Düsseldorf untergebracht war.



Abbildung 24: Faksimile des Titelblatts des neunten Jahrgangs der Düsseldorfer Fachschule (1931)

In einem Heft, gedruckt zum Abschluss des Lehrgangs, formulierte Professor Wilhelm Herschel, der Direktor der Schule, das Selbstverständnis der Anstalt: „Es war ein Jahr harter Arbeit. Wir gingen von der Lebenserfahrung unserer Schüler aus und führten sie dann über Wirtschaft, Recht, Verwaltung usw. zu einer höheren Allgemeinbildung; wir führten

⁵⁹⁹ Stadtarchiv Düsseldorf, Einwohnermeldekartei, Familienmeldekarte Ludwig Rosenberg.

sie zu vermehrtem Wissen und zu vertieftem Verstehen. Das Jahr ist vorbei, die Stunde des Abschieds hat geschlagen. Wir reichen uns die Hand und hoffen, daß die Schüler das, was sie an geistigen Werten gewannen, nun wieder in der Praxis des Alltags, von der wir ausgingen, betätigen und zum Wohle unseres Volkes und im Dienste des deutschen Wiederaufbaues.“⁶⁰⁰ Das war, angesichts der Weltwirtschaftskrise, die Deutschland inzwischen mit voller Kraft erfasst hatte, leichter gesagt als getan. Die Schüler waren sich der verfahrenen Situation durchaus bewusst, in ihren kurzen Beiträgen zu diesem Heft spiegeln sich sowohl die Erkenntnis einer „verkehrten Führung der Wirtschaft“ als auch das Wissen um die damit verbundenen Gefahren: „Diesem wirtschaftlichen Niedergang angepaßt, versucht die Reaktion, wirtschafts- und sozialpolitische reaktionäre Maßnahmen durchzuführen, um gleichzeitig mit dem Abbau von Rechten die Gewerkschaften in ihrer Vertretungsmacht zu beschneiden“, so der DMV-Funktionär Karl Matull aus Rheinhausen bei Duisburg. Und angesichts des Wahlerfolgs der Nationalsozialisten im Vorjahr, nachdem die Sozialdemokraten auf gewerkschaftlichen Druck die Regierung verlassen hatten, gab er sich kämpferisch und optimistisch: „*Die Gefahr ist da*. Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 hat sie uns klar aufgezeigt. Diese Gefahr beseitigen, heißt die Macht der Gegenkräfte stärken durch Auslösung neuer Kräfte und aktives Einsetzen im Kampf für die Erhaltung des Staates und bessere Ausgestaltung der Wirtschaft.“⁶⁰¹

Heinrich Walter, christlicher Metallarbeiter aus dem westfälischen Dortmund, schlug letztlich in dieselbe Kerbe, als er die Zusammenarbeit über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg anmahnte: „Wenn von den Aufgaben der Wirtschaftsschule gesprochen werden soll, so wird mit Recht zuerst auf die wirtschaftliche und rechtliche Schulung und Blickschärfung hingewiesen. Aber die Arbeit, die hernach zu leisten ist, erfordert nicht nur in der Politik Ueberzeugung und in der Wirtschaft weitgehende Sachkenntnis, sondern im Zusammenarbeiten der verschiedenen Parteien und Richtungen auch Verständnis und Achtung für andere Meinungen. Und wer wollte verkennen, daß eine solche Zusammenarbeit notwendig ist? Der Gedanke dieser Notwendigkeit ist in allen Lagern, vor allem in der jungen Generation, lebendig. Ihn zu verwirklichen, ist aber gerade die Schule der geeignete Platz. Hier stehen sich die einzelnen nicht als Angehörige von Richtungen, sondern als Kollegen gegenüber.“ Und er fügte hinzu, „daß zu einer solchen Annäherung hier wie sonst nirgends der Boden bereit ist“.⁶⁰² Auch Rosen-

600 *Staatliche Fachschule 4.*

601 Karl Matull, *Es ruft die Pflicht!*, in: ebd. 5. Hervorhebung im Original.

602 Heinrich Walter, *Aufgaben*, in: ebd. 6 f.

berg sah die Notwendigkeit wie auch die Chancen einer Zusammenarbeit der Richtungsgewerkschaften, wenn er dichtete:⁶⁰³

Und jetzt –

Ihr habt das Rüstzeug, habt des Geistes Waffen
Bewahrt sie blank und braucht sie mit Verstand!
Ihr sollt ein schweres Stück der Arbeit schaffen –
Greift mutig zu, mit kühner, fester Hand!

Hinweg die Schranken – vorwärts die Gedanken
Ein jeder Mann an seinem Platz voran!
Nicht feiges Zagen – kümmerliches Klagen –
Die Banner hoch – jetzt stehe deinen Mann!

Das Schicksal droht und scheint uns zu verderben
Wie einst will man die Zeichen nicht verstehn –
Erweist heute euch als würd'ge Erben
Und wenn es gilt – soll man euch vorne seh'n!

Verschieden sind die Wege – eins die Herzen
Uns trennt so wenig und uns eint so viel –
Vergeßt es nie in dieser Zeit der Schmerzen:
Der Volkes Wohl ist unsrer Arbeit Ziel!

Mehrmals im Monat besuchten die Schüler nachmittags unter Führung eines Lehrers Fabriken, Siedlungen oder öffentliche Einrichtungen in der näheren Umgebung Düsseldorfs. So standen die Zentrale des Allgemeinen Konsumvereins, die Firma Henkel, beide in Düsseldorf, und der Duisburger Hafen ebenso auf dem Programm wie die Gemüsebau-Siedlung in der niederrheinischen Kleinstadt Straelen, die Heil- und Pflegeanstalt in (Düsseldorf-) Grafenberg oder die Strafanstalt (Düsseldorf-) Derendorf. Das Angebot umfasste auch mehrtägige Reisen, so konnten sich die Schüler im August 1930 zwischen einer Fahrt nach Baden, der Schweiz und Lyon einerseits und einer Reise nach England entscheiden.⁶⁰⁴ Die Schule unterhielt bereits seit 1924 Kontakte mit britischen Einrichtungen der Arbeiterbildung, vor allem der Workers' Educational Association in London und dem Ruskin College in Oxford.

Das nach dem britischen Kunstkritiker und Sozialphilosophen John Ruskin benannte College entsprach in vielerlei Hinsicht der Düsseldorfer Fachschule und diente diesem vermutlich als Vorbild. 1899, ein Jahr vor Ruskins Tod, der seit 1869 in Oxford Kunstgeschichte lehrte, wurde das College als Stätte des zweiten Bildungsweges eingerichtet, um erwachsenen Arbeitern universitäre Bildung nahezubringen und ihnen dadurch eine wirksamere Tätigkeit in den Organisationen der Arbeiterbewegung zu ermöglichen. Neben einem reichhaltigen künstlerischen

⁶⁰³ Ludwig Rosenberg, Und jetzt –, in: ebd. 3.

⁶⁰⁴ Peter Loosen, „Buch des Lebens“, in: ebd. 7 f.

und literarischen Leben erhielten die Studenten die Möglichkeit, an Seminaren und Vorlesungen der Universität teilzunehmen. Enge Kontakte unterhielt das College zur 1903 gegründeten Workers' Educational Association.⁶⁰⁵ Die WEA stand sozial und wirtschaftlich Benachteiligten offen, denen es auf dem Ersten Bildungsweg nicht gelungen war, einen angemessenen Bildungsstand zu erreichen. Die Organisation verhielt sich parteipolitisch neutral, dennoch galt sie als Kadenschmiede der Labour Party.⁶⁰⁶

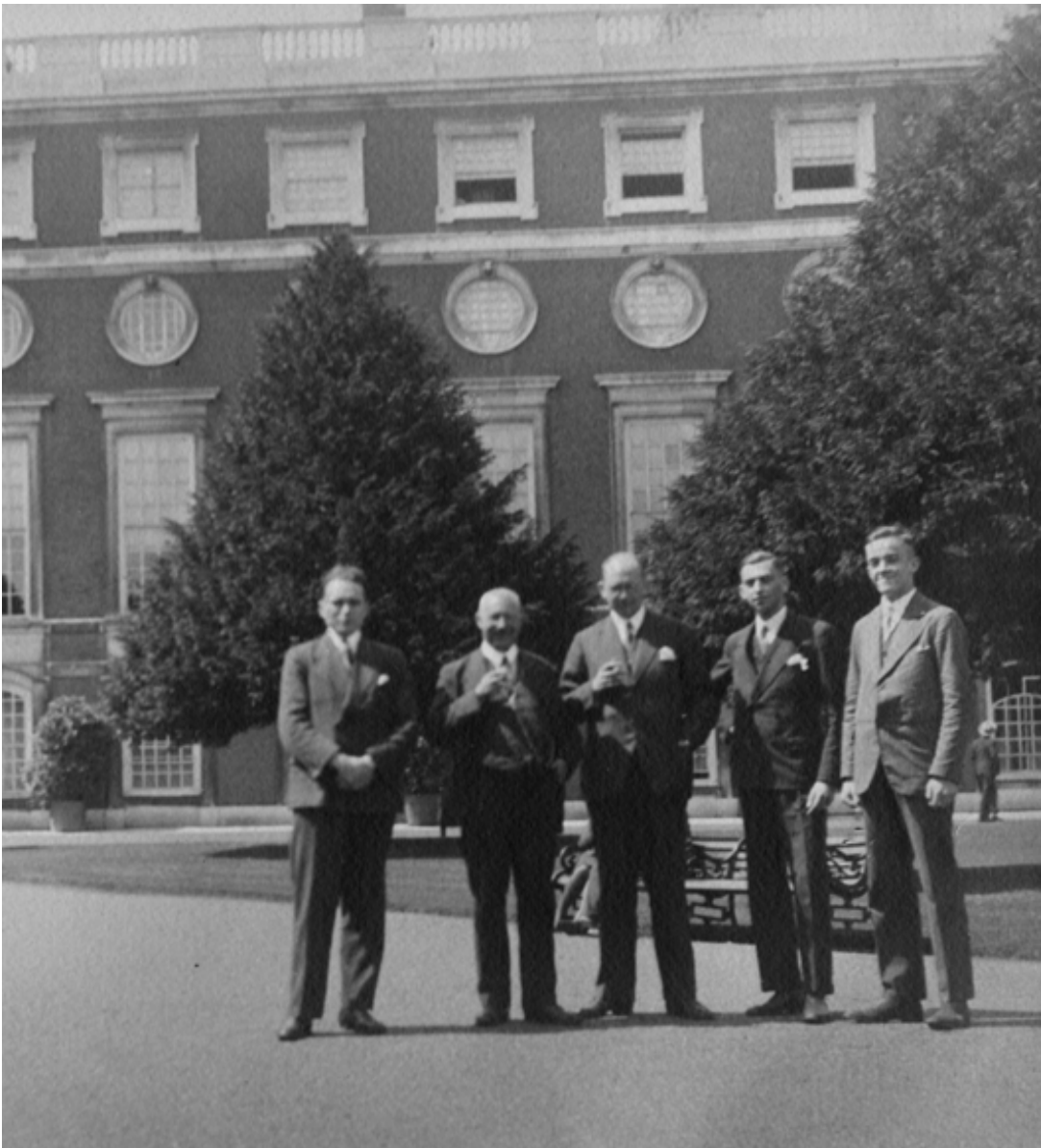


Abbildung 25: Mit Kollegen und Lehrern auf Besuch in England (1930. Rosenberg zweiter von rechts)

⁶⁰⁵ Diesen Ansatz verfolgt das College auch in der Gegenwart, in der es am ehesten mit den Sozialakademien in Frankfurt am Main und Dortmund oder der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg vergleichbar ist. Vgl. *Trade Union Education* 114. Zu den engen Verbindungen zur WEA schon seit den Anfangsjahren siehe auch *Stocks* 34; *The Highway. Jubilee 1903–1953 Issue* 274.

⁶⁰⁶ *Cole* 186, 208.

Ursprünglich sollten im Rahmen eines gegenseitigen Austausches mit dem Ruskin College Schüler der Düsseldorfer Fachschule für drei Monate das Gastland besuchen, in Einzelstunden Englischunterricht erhalten und in Sozialgeschichte kundig gemacht werden. Anschließend sollten sie die Möglichkeit erhalten, weitere drei bis sechs Monate in britischen Betrieben zu arbeiten und das „Wirtschafts- und Sozialleben aus eigener Anschauung kennen zu lernen“.⁶⁰⁷ Rosenberg nahm die Gelegenheit wahr, die englischen Städte London, Brighton und Oxford zu besichtigen und erste Kontakte mit dortigen Institutionen der Arbeiterbildung aufzunehmen. Hier fand er auch Freunde, die ihm wenig später, unmittelbar nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, eine Brücke ins lebensrettende Exil ebnen sollten.

Der Lehrgang an der Fachschule wurde sowohl mit einer mündlichen wie mit einer schriftlichen Prüfung, die den gesamten Lehrstoff umfasste, abgeschlossen, die Schüler sollten jedoch „nicht minder aber auch ihre Urteilsfähigkeit in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Angelegenheiten nachweisen“.⁶⁰⁸ Rosenberg, der auf dem Gymnasium gescheitert war, schloss den Lehrgang „mit ausgezeichnetem Erfolg“ ab.⁶⁰⁹ In Wilhelm Herschel, dem Rektor der Schule, hatte er seinen dritten Mentor und einen Freund gefunden, der ihn förderte.⁶¹⁰ Seine Verbundenheit Herschel gegenüber zeigte er noch Jahre später, nach dem Ende des „tausendjährigen Elends“, als er ihn im Herbst 1946 bat, die neu einzurichtende Abteilung Arbeitsrecht im Zonensekretariat der Gewerkschaften der britischen Besatzungszone in Bielefeld zu übernehmen.⁶¹¹

Mit der Abschlussfeier am 14. März 1931 ging der neunte Lehrgang zu Ende, ein letztes Mal präsentierten Schüler wie Lehrer ihr künstlerisches Können. Neben Arien, Gesängen und musikalischen Soli wurden Ansprachen gehalten und Gedichte rezitiert, auch jetzt war Rosenberg wieder mit einem Opus zur Stelle.⁶¹² Schon am Tag vor der Abschieds-

⁶⁰⁷ Nordrhein-westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Bestand Regierung Düsseldorf, Akte 38638. – Ob der Schüleraustausch im Schuljahr 1930/1931 neben den zehntägigen Besuchen angesichts der Weltwirtschaftskrise noch aufrecht erhalten werden konnte, ließ sich nicht feststellen.

⁶⁰⁸ Denkschrift über die Errichtung, Bl. 7.

⁶⁰⁹ *Schuster* 21.

⁶¹⁰ *Akademie Kontakte der Kontinente* 7.

⁶¹¹ Rosenberg an Herschel, 19.10.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 5, Bl. 91. – Rosenberg siezte seinen früheren Mentor, redete ihn jedoch recht informell mit „Lieber Herr Professor Herschel“ an. Herschels Reaktion auf Rosenbergs Angebot ist nicht überliefert, im Januar 1947 jedenfalls war er für das Zentralamt für Arbeit in Lemgo, später für das Verbindungsbüro des Internationalen Arbeitsamtes in Frankfurt am Main tätig.

⁶¹² Programm zur Abschlussfeier des 9. Lehrganges am Samstag, dem 14. März 1931, hektografiertes Blatt, eingelegt in: *Staatliche Fachschule*. – In dem Gedicht mit dem Titel „Berlin is knorke“ nahm er die Hauptstadt gegen Angriffe aus der

feier, einem Freitag, hatte sich Rosenberg bei der Düsseldorfer Stadtverwaltung abgemeldet,⁶¹³ noch am selben Wochenende fuhr er in seine lang vermisste Heimatstadt. Noch wusste er nicht, wie es beruflich weitergehen sollte, ob ihm die in Aussicht gestellte Position angesichts der Weltwirtschaftskrise auch gegeben werden könnte. Denn wiederum verloren die Gewerkschaften Mitglieder und, wichtiger noch, Beitragszahler. Auch der GDA büßte rund 8000 Mitglieder ein, 1932, auf dem Höhepunkt der Krise, noch einmal 26000.⁶¹⁴ Doch schon nach wenigen Wochen erhielt Rosenberg eine verantwortungsvolle Stelle, er wurde wiederum an den Niederrhein geschickt, als stellvertretender Bezirksgeschäftsführer nach Krefeld.⁶¹⁵

Der GDA unterteilte sich anfänglich in 20, später noch in 18 Gaue, die das gesamte Reichsgebiet abdeckten. Die mitgliederstärksten Gaue waren Brandenburg mit Berlin als Zentrum, der Hansegau, der Bremen und Hamburg umfasste, und Sachsen. Der Gau Rheinland-Westfalen, zu dem die preußische Provinz Westfalen und große Teile des Ruhrgebiets gehörten, folgte erst an vierter Stelle. Der Rheingau, zu dem der größte Teil der Rheinprovinz zählte, gehörte zu den mitgliederschwächeren Untergliederungen des GDA. Die Gaue konnten ihrerseits in Gaubezirke unterteilt werden, die zumeist rund 5000 Mitglieder zählten. Die untere Ebene im Organisationsaufbau des Verbandes bildeten die Ortsgruppen, die ihrerseits bei Bedarf in Ortsbezirke aufgeteilt werden konnten.⁶¹⁶ Krefeld war Sitz eines Bezirkes im Rheingau. Über die Tätigkeit Rosenbergs in der niederrheinischen Industriestadt ließ sich nichts in Er-

Provinz in Schutz. Augenscheinlich reflektierte er, als Berliner in der Diaspora, die ihm entgegengebrachten Ansichten über seine Heimatstadt: „Wasserkopf“, „Sündenpfuhl“, „große Schnauze“:

Berlin is knorke, Mensch, det kannste jlauben
Ick als Berliner wees det janz bestimmt
Da könnt Ihr meckern dran und könnt dran klaben
Berlin is knorke – wie man es auch nimmt
Wat nutzt mir Wien mit seine heiße Würschte
Und wat Paris mit seinen süßen Fraun –
Ick bin Berliner, Menschenskind, ick dürschte
Nur nach Berlin und dadruff kannste baun!

Ludwig Rosenberg, Berlin is knorke, undatiert (1931), AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102.

⁶¹³ Stadtarchiv Düsseldorf, Einwohnermeldekartei, Familienmeldekarte Ludwig Rosenberg.

⁶¹⁴ *Priamus* 104.

⁶¹⁵ Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 1; Stadtarchiv Krefeld, Einwohnermeldekartei, Meldekarte Ludwig Rosenberg. – Eindeutige Aussagen lassen die Meldeunterlagen jedoch nicht zu. Rosenberg meldete sich am 10.7.1931 in Krefeld von Düsseldorf kommend an, dort hatte er sich jedoch am 13.3.1931 nach Berlin abgemeldet. Ebenso meldete er sich am 3.9.1931 in Krefeld ab, um nach Düsseldorf zu ziehen, dort meldete er sich erst zwei Monate später, am 11.11.1931, an, hielt aber bereits am 20.10.1931 seinen ersten öffentlichen Vortrag in der Stadt am Rhein.

⁶¹⁶ *Priamus* 84, 105.

fahrung bringen. Es spricht jedoch sowohl für seinen Ehrgeiz als auch für die vorausschauende Personalpolitik des GDA-Bundesvorstands, den Nachwuchsfunktionär schon nach wenigen Monaten in den weit wichtigeren Gaubezirk Düsseldorf zu schicken, wo er unter Bezirksgeschäftsführer Krause als Geschäftsführer wirkte.⁶¹⁷

In Düsseldorf entwickelte Rosenberg eine rege Tätigkeit, obschon die eigentlichen Aufgaben eines Geschäftsführers in den auffindbaren Quellen kaum in Erscheinung treten. Zur Erledigung seiner Aufgaben unterstanden ihm bereits sieben bis zehn Angestellte. Dazu gehörten vor allem die Wahrnehmung eines Sitzes im Ortsvorstand, die Teilnahme an Tarifverhandlungen – unter anderem mit der Rheinisch-Westfälischen Stahl- und Schwerindustrie – und die alltägliche Büroarbeit. Auch verfasste er Artikel für die Gewerkschafts- wie für die allgemeine Presse.⁶¹⁸ Rosenbergs umfangreiche Vortrags- und Bildungstätigkeit vor den verschiedenen Gliederungen des GDA spiegelt der liberal ausgerichtete *Düsseldorfer Stadt-Anzeiger* wider. Offenkundig war man recht früh auf die rednerischen Fähigkeiten des eloquenten Nachwuchsfunktionärs aufmerksam geworden und suchte ihn vornehmlich auf dem Gebiet der Bildungsarbeit einzusetzen. Doch auch öffentliche Auftritte in Tarifaueinandersetzungen wurden ihm bereits zugetraut. Schon am 20. Oktober 1931 referierte er vor dem Jungangestelltenkreis über „Das deutsche Volk“, am 8. Dezember 1931 vor der Staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft über „Das neue Arbeitsrecht“. Am 4. März 1932 sprach Rosenberg auf einer öffentlichen Protestkundgebung der *Düsseldorfer Einzelhandelsangestellten* „gegen die weitere Automatisierung des Einzelhandels“. Am 7. Dezember 1932 schließlich referierte er auf der Monatsversammlung der Gerresheimer GDA-Gruppe über „Irrwege der Sozialpolitik“.⁶¹⁹

Neben solchen ausgesprochen politischen und gewerkschaftlichen Themen widmete er sich sowohl naturwissenschaftlich-technischen⁶²⁰ als auch kulturellen Themen. Er referierte am 22. September 1932 wiederum vor dem Jungangestelltenkreis unter dem Titel „Kunst als

⁶¹⁷ Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 1. – An anderer Stelle heißt es, in Düsseldorf sei er als Außenbeamter eingesetzt worden. Zeugnis des GDA für Ludwig Rosenberg, 9.6.1933.

⁶¹⁸ Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 2 f.; Ludwig Rosenberg, Curriculum Vitae, Febr. 1944, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, Archiv Julius Braunthal, Nr. 79, Bl. 2.

⁶¹⁹ *Düsseldorfer Stadt-Anzeiger* Nr. 289 vom 18.10.1931, Nr. 338 vom 6.12.1931, Nr. 59 vom 28.2.1932, Nr. 309 vom 6.11.1932.

⁶²⁰ Beispielhaft seien genannt: „Das weiße Brot. Die Baumwolle und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung“, „Naturkraft und Mensch“, „Kalibergbau“, „Erdöl und Gas, ihre Bedeutung und Gewinnung“, „Wie ein Ozeandampfer entsteht“. *Düsseldorfer Stadt-Anzeiger* Nr. 10 vom 10.1.1932, Nr. 73 vom 13.3.1932, Nr. 246 vom 4.9.1932, Nr. 302 vom 30.10.1932, Nr. 309 vom 6.11.1932.

Waffe“ über den so genannten Kulturbolschewismus, beteiligte sich am 4. Dezember 1932 an der oben bereits erwähnten Schauspielaufführung zugunsten arbeitsloser Gewerkschaftsmitglieder und sprach fünf Tage später aus Anlass der bevorstehenden Festtage über „Porzellan und Glasfabrikation für das Weihnachtsfest“.⁶²¹ Häufig nutzte er dabei das zeitgenössische neue Medium des Lichtbildervortrags, anlässlich eines Vortrags am 29. Februar 1932 unter dem Titel „Eine Studienfahrt nach England“ mit dem bezeichnenden Zusatz „was nicht im Baedeker steht“ verwendete er sogar Farbbilder.⁶²² Hier berichtete er von den Erlebnissen während seines inzwischen anderthalb Jahre zurückliegenden Engländeraufenthaltes mit den Fachschülern.

Wenigstens einmal traf er in seinem fünfzehnmonatigen Aufenthalt am Rhein auf seinen Mentor im GDA-Bundesvorstand. Rössiger, 1930 zu einem der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden Gustav Schneider aufgestiegen, sprach im Januar 1932 in Düsseldorf.⁶²³ Aus der Ferne wird er die Karriere Rosenbergs beobachtet haben. Allein, die Aussichten auf eine bessere Position dürften angesichts der weiter grassierenden Wirtschaftskrise und des damit verbundenen Mitgliederrückgangs dürftig gewesen sein. Dennoch sammelte Rosenberg umfangreiche praktische Erfahrungen auf verschiedenen Gebieten, so war er an Tarifverhandlungen und an Prozessen vor Arbeits- und Landesarbeitsgerichten beteiligt, so schulte er seinerseits Funktionäre und warb neue Mitglieder. Darüber hinaus, so schilderte er in einem Lebenslauf im Rahmen seiner Bewerbung für das gewerkschaftliche Zonensekretariat 1946, habe er bis 1933 „praktische Erfahrung in der Vertretung der Gewerkschaften in öffentlichen Körperschaften und gegenüber Staat und Behörden“ gewinnen können.⁶²⁴

Mit einer dauerhaften Anstellung in Düsseldorf schien Rosenberg von vornherein nicht gerechnet zu haben, denn während 15 Monaten am Rhein blieb er in einem Zimmer im Gebäude der GDA-Geschäftsstelle, Oststraße 82 unweit des Hauptbahnhofs, wohnen. Und tatsächlich ergab sich zum Ende des Jahres 1932 eine neue Chance für ihn. Am 20. Dezember 1932 verließ er Düsseldorf.⁶²⁵ Erst beinahe 20 Jahre später sollte er an den Rhein zurückkehren. Der GDA-Bundesvorstand schickte ihn nach Brandenburg, in den mitgliederstärksten Gau, wo er für 285

⁶²¹ *Düsseldorfer Stadt-Anzeiger* Nr. 260 vom 18.9.1932, Nr. 336 vom 3.12.1932, Nr. 337 vom 4.12.1932. – Der GDA musste bereits 1931 18,5 Prozent seiner Ausgaben zur Unterstützung stellenloser Mitglieder aufwenden. *Priamus* 261.

⁶²² *Düsseldorfer Stadt-Anzeiger* Nr. 59 vom 28.2.1932.

⁶²³ *Düsseldorfer Stadt-Anzeiger* Nr. 10 vom 10.1.1932.

⁶²⁴ Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 3. – Welche Funktionen Rosenberg in diesem Zeitraum konkret wahrnahm, ließ sich nicht feststellen.

⁶²⁵ Stadtarchiv Düsseldorf, Einwohnermeldekartei, Familienmeldekarte Ludwig Rosenberg.

Reichsmark Monatsgehalt die Funktion des leitenden Geschäftsführers im Gaubezirk Brandenburg an der Havel einnahm. Über die vier Monate von Ende Dezember 1932 bis März 1933, in denen er hier, rund 60 Kilometer westlich von Berlin, tätig war, ließ sich lediglich in Erfahrung bringen, dass er dem städtischen Wohlfahrtsausschuss angehörte.⁶²⁶

Rosenberg hatte sich in wenigen Jahren von einem gewerkschaftlichen Niemand zu einem engagierten Nachwuchsfunktionär emporgearbeitet. Noch in einer Bescheinigung aus dem Jahre 1956 stellte ihm Franz Mittel, ehemaliger Geschäftsführer des dem Rheingau benachbarten GDA-Gaus Rheinland-Westfalen, ein hervorragendes Zeugnis aus, für das er aus seinen internen Kenntnissen über die Personalentwicklung der Gewerkschaft schöpfen konnte. „Die ungewöhnlich schnelle Beförderung des Herrn Rosenberg“, so heißt es darin, „erfolgte auf Grund seiner fachlichen, organisatorischen und rednerischen Begabung und seiner umfassenden Allgemeinbildung. Die weiteren Aufstiegsmöglichkeiten waren auf Grund der Fähigkeiten und bewiesenen Leistungen für Herrn Rosenberg außerordentlich günstig, umsomehr, weil in der damaligen Zeit für die Besetzung einer Reihe leitender Stellen hervorragende Nachwuchskräfte in Aussicht genommen waren. Zu diesem Kreis gehörte auch Herr Rosenberg.“⁶²⁷ Doch trugen der Siegeszug des Nationalsozialismus und das Verhalten des GDA ihm gegenüber dazu bei, dass dem Nachwuchsfunktionär Rosenberg zunächst jeder weitere Aufstieg verwehrt blieb.

Flucht aus Deutschland

Der zunehmend erfolgloser erscheinende Kampf für die Reprivilegierung und für den Stuserhalt der Angestellten ließ den GDA in der Endphase der Weimarer Republik seine Zukunft außerhalb der parlamentarischen Demokratie sehen und seine Mitglieder in nationalistischen, rassistischen oder völkischen Ideen Zuflucht nehmen. 1930 schloss er sich der „Volksnahen Aktion“ unter Führung des Jungdeutschen Ordens an, dem auch die DNVP, die DDP, der DHV und die christlichen Gewerkschaften angehörten. Das äußerst heterogene Bündnis

⁶²⁶ Fragebogen Ludwig Rosenbergs; Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 1. – Die Meldeunterlagen Brandenburgs sind 1945 verbrannt. Mündliche Auskunft des Stadtarchivs Brandenburg a.d. Havel vom 5.3.2001.

⁶²⁷ Franz Mittel, Bonn, Bescheinigung für Ludwig Rosenberg, 23.10.1956, Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg, Bl. 44. – Die Entschädigungsbehörde ging in den 1950er Jahren bei der Bemessung des so genannten Berufsschadens davon aus, dass Rosenberg ein Einkommen analog dem eines Beamten des höheren Dienstes erzielt hätte. Änderungsbescheid der Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 19.2.1958, ebd., Bl. 69.

wurde durch gemeinsame Ziele zusammengehalten, so standen sie gegen den Sozialismus wie auch gegen den Kapitalismus und vertraten das Ideal des Volksstaates auf der Basis einer ausgeprägten Gemeinschaftsideologie. Im Anschluss des GDA an diese Bewegung zeigte sich die „erste jedermann sichtbar werdende Akzentuierung einer inneren Abkehr vom bestehenden Staat“. Nach einem Misserfolg bei den Reichstagswahlen im September 1930 zerbrach das Bündnis jedoch rasch und verlor an Bedeutung.⁶²⁸

Rosenbergs Haltung als Sozialdemokrat und Republikaner demgegenüber ist unbekannt, die aggressiven Töne der Völkischen und Nationalsozialisten – nun auch innerhalb des GDA – konnten ihm wahrlich nicht verborgen bleiben. Ausgetreten ist er dennoch nicht. In der Rückschau ignorierte er jedoch die hier deutlich zu Tage getretene Rechtsentwicklung seiner Gewerkschaft, indem er behauptete, der GDA habe „ganz auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie“ gestanden.⁶²⁹ Als einem aufmerksamen politischen Zeitgenossen kann ihm die Rechtsentwicklung nicht verborgen geblieben sein, womöglich sah er zugleich aber auch andere, positive Tendenzen in der Gewerkschaft, die ihm vor seinem Gewissen ein Bleiben in der Organisation ermöglichten. So sprach sich der GDA weiterhin deutlich gegen jede Form des Antisemitismus aus, in Abgrenzung vom Arierparagrafen des DHV hieß es noch 1931: „Wir lehnen den Antisemitismus in der Gewerkschaftsarbeit grundsätzlich ab. Der Streit um wissenschaftlich höchst anfechtbare und in der Praxis zu unhaltbaren Konsequenzen führende Rasse- und Volkstumstheorien, mit denen man den Antisemitismus zu rechtfertigen versucht, gehört u. E. nicht in die gewerkschaftliche Organisation. Entscheidend für die Zugehörigkeit zum deutschen Volke kann für die Mitglieder einer Gewerkschaft nur das Bekenntnis zu deutschem Geist und zu deutschem Kulturwillen sein.“⁶³⁰ Zugleich steckte Rosenberg in einem Dilemma: Kaum hatte er eine Arbeit gefunden, die ihn angemessen forderte. Sollte er da mitten in der Weltwirtschaftskrise aus politischen Gründen kündigen? Rosenberg entschied sich zum Bleiben, bis die Zustände für ihn unerträglich geworden waren. Das bedeutete jedoch nicht, dass er die Geschehnisse bloß zu erdulden suchte. Er blieb ein politisch Denkender und Handelnder.

Das zeigte sich exemplarisch in seiner Reaktion auf den so genannten Papen-Staatsstreich am 20. Juli 1932. An diesem Tage entthob der erst

⁶²⁸ *Priamus* 192 ff.

⁶²⁹ *Rosenberg (1968)* 519.

⁶³⁰ „Unsere Stellung zum Antisemitismus“, in: *Der GDA-Führer* 3 (1931), Heft 2, 33. – Die Zeitschrift verstand sich als vertrauliches Mitteilungsblatt zur Aussprache zwischen dem Bundesvorstand und den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern der Gewerkschaft.

wenige Wochen zuvor zum Reichskanzler bestellte Franz von Papen die sozialdemokratisch geführte preußische Staatsregierung ihres Amtes, mit der fadenscheinigen Begründung, sie sei unfähig, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Tatsächlich jedoch suchte Papen die Unterstützung Hitlers, um einem gegen ihn gerichteten Misstrauensvotum des Reichstags zuvorzukommen. Daher erfüllte er bereitwillig Forderungen der NSDAP, hob das Verbot der SA auf und löste den Reichstag auf. Die preußische Staatsregierung, die gegen Straßenkrawalle der NSDAP wie der KPD entschieden vorging, war ihm dabei im Wege. So ließ er sich per Notverordnung zum Reichskommissar für Preußen ernennen und setzte die Regierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand ab.⁶³¹ Der Liquidierung der republikanischen Regierung im größten deutschen Bundesstaat, das als Bollwerk der Demokratie galt, kam eine hohe symbolische Bedeutung zu, hier sollte die Sozialdemokratie als machtpolitisches Gegengewicht zu den republikfeindlichen Kräften auf der Rechten ausgeschaltet werden. Objektiv mag eine Gegenwehr demokratischer Kräfte, gar ein Generalstreik angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der Zermürbung der republikanischen Parteien undurchführbar gewesen sein. Allzuschnell wäre ein Streik in sich zusammengebrochen, Millionen Arbeitslose standen bereit, die bestreikten Arbeitsplätze einzunehmen, aber auch die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die in Lohn und Brot standen und hätten streiken können, war auf ein Minimum gesunken.

Doch gab es aus den Reihen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zahlreiche Stimmen, vor allem aus der Linken, die eine entschiedene Gegenwehr forderten. Siegfried Aufhäuser, der Vorsitzende des AfA-Bundes und führende Mann der SPD-Linken, konnte sich in einer gemeinsamen Sitzung der Partei- und Gewerkschaftsführer, in der die Lage nach dem Staatsstreich besprochen wurde, nicht gegen die ADGB-Führer durchsetzen, die Aktionen gleich welcher Art kategorisch ablehnten.⁶³² Die SPD-Führung erwog nicht einmal ernsthaft, Reichsbanner und Eiserne Front zu aktivieren.⁶³³ Rosenberg gehörte zu jenen, vor allem jüngeren Partei- und Gewerkschaftsaktivisten,⁶³⁴ die entschlossen waren, dem Staatsstreich aktiv Widerstand entgegenzusetzen. Die Gewerkschaftsführungen hätten, so zeigte sich Rosenberg noch Ende der 1960er Jahre überzeugt, den Generalstreik ausrufen müssen.⁶³⁵

Rosenberg suchte auch in dieser neuerlichen Krise der Demokratie sein

⁶³¹ *Schulze (1996) 193.*

⁶³² *Korthaase 29, 33.*

⁶³³ *Toury (1997a) 92.*

⁶³⁴ *Vgl. Rohe 426 ff.; Uellenberg 184 ff.*

⁶³⁵ *Stiftung F.V.S. zu Hamburg 21; Schuster 23.*

Heil nicht in nationaler Anpassungsrhetorik, die so genannten nationaldeutschen Juden konnten ihm, der sich nicht mehr als Jude, dafür umso mehr als Demokrat verstand, auch auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise keine geistige Heimat bieten. Doch waren es gerade jüngere Juden, wie der 1909 geborene Hans-Joachim Schoeps, nach eigener Aussage ein „deutschtumsbewusster Jude“ mit „völkischer Verwurzelung“, der seine mangelnde Fronterfahrung durch einen ausgeprägten nationalen Chauvinismus auszugleichen suchte. Begeistert von der bürgerlichen Jugendbewegung, übernahm Schoeps erzkonservative Positionen, sehnte sich nach einer germanischen Antwort auf die Herausforderungen der Moderne und verspürte ein dringendes Bedürfnis nach einem starken charismatischen Führer. 1933 suchte er gar mit seinem „Deutschen Vortrupp“ den Dialog mit dem Nationalsozialismus.⁶³⁶ Rosenberg blieben solche Strömungen im deutschen Judentum nicht verborgen, noch Jahrzehnte später verurteilte er sie in einem Brief an Jacob Moneta, dem Chefredakteur der IG Metall-Zeitschrift „metall“, außergewöhnlich heftig, indem er sie mit Ergebnisadressen sowjetischer Juden gegenüber der Israel-Politik ihrer Staatsführung verglich: „Was mich ankotzt, sind solche «Erklärungen», wie sie jetzt aus der UdSSR von Juden kommen. Das erinnert mich peinlich an die nationaldeutschen Juden 1933. Zu denen habe ich auch nie gehört.“⁶³⁷

Mit seiner Kritik an der Regierung Papen stand Rosenberg auch im GDA nicht allein, Max Rössiger etwa sprach von einer „getarnten Diktatur“ Papens, der das illusionäre Ziel verfolge, „Deutschland in Vorkriegsverhältnisse zurückführen zu wollen“. Gleichberechtigung und Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten seien unverzichtbar, man könne lediglich über deren konkrete Ausgestaltung diskutieren.⁶³⁸ Stand Rössiger 1932 noch auf dem Boden der Demokratie, so zeigte er sich nach der Machtübernahme Hitlers überaus opportunistisch und anpassungsfähig.

In einem Rundfunkinterview schilderte Rosenberg 1973 lebhaft die Ereignisse des Tages, an dem Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte: „Als am 30. Januar in Brandenburg an der Havel, wo ich Bezirksgeschäftsführer des GDA war, ich mittags aus einem Restaurant herauskam, in dem es ein besonders schlechtes Essen gab, dessen ich mich heute noch entsinne, sah ich plötzlich lauter Hakenkreuzfahnen, und ich sprach jemanden auf der Straße an, der ein Reichsbannerabzeichen trug, und sagte zu ihm: «Sag mal Kamerad, was

⁶³⁶ *Dippel* 102 ff., 127, 153 f.

⁶³⁷ Ludwig Rosenberg an Jakob Moneta, Frankfurt am Main, 10.3.1970, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 65.

⁶³⁸ *Priamus* 131.

ist denn hier los?» Da sagte er: «Hitler ist Kanzler geworden.» Ich ging in mein Büro zurück und sagte zu meiner Kollegin, sie möchte mir bitte die Schreibmaschine geben, und schrieb an einen Kollegen in England, den ich kannte [...].“ Bei dem Adressaten des Briefes handelt es sich vermutlich um Fred Young, den Rosenberg bei seiner Englandreise zweieinhalb Jahre zuvor im Ruskin College oder in der WEA kennen gelernt hatte.⁶³⁹ Rosenberg fuhr fort, er „schrieb ihm, es gibt jetzt also bloß folgende Möglichkeiten: entweder haben wir in wenigen Tagen einen Generalstreik und das bedeutet einen Bürgerkrieg oder wir haben ihn nicht – und ich glaube, daß wir ihn nicht haben werden – dann bedeutet das die Zerschlagung der Gewerkschaften, denn Hitler kann sich die Gewerkschaften nicht leisten. Und es gibt eine Verfolgung der Gewerkschaftssekretäre und aller, die mit der Gewerkschaft zu tun oder aktiv dort tätig waren, und es gibt als nächstes die Verfolgung von Juden, und da ich beides bin – wie sieht es aus, wenn ich nach England komme? Das war am 30. Januar. Meine ganze Familie hat mich für komplett verrückt erklärt, als ich zu Hause das erklärte. Trotzdem bin ich also einige Tage vor meinem 30. Geburtstag nach England gefahren.“⁶⁴⁰ Auch der junge Soziologe Norbert Elias besprach seinen Fluchtplan mit seinen Eltern, stieß jedoch nicht auf Unverständnis, stattdessen gaben sie ihm Geld mit und wünschten ihm guten Erfolg.⁶⁴¹

Noch war es nicht soweit, viereinhalb Monate sollte Rosenberg noch in Deutschland verbringen. Den Adressaten des Briefes – sein Name ließ sich nicht ermitteln – hatte Rosenberg 1930 während seiner Englandreise mit der Studentengruppe der Düsseldorfer Fachschule kennen gelernt.⁶⁴² Offenbar hatte sich zwischen den beiden ein Briefkontakt entspannt, der auch nach zweieinhalb Jahren noch trug. Wie aber kam es, dass Rosenberg die politischen Verhältnisse rascher als viele andere begriffen hatte? Später berichtete er, er habe schon vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten – wie nur wenige – mit großer Aufmerksamkeit Hitlers „Mein Kampf“ und Alfred Rosenbergs „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ gelesen, daher habe er sich – auch im Gegensatz zu seiner Familie – keinerlei Illusionen über den terroristischen

639 Der Brief findet sich nicht in Rosenbergs Nachlass, seine eigenen Äußerungen liefern jedoch einige Hinweise. Vgl. *Leben für die Freiheit* (1970) 19 f.; *Schuster* 23 f.; *Akademie Kontakte der Kontinente* 7. Für Fred Young als Adressaten sprechen zwei Indizien, zum einen liegt im Nachlass ein Gedicht aus dessen Feder (siehe unten in diesem Kapitel), zum anderen findet sich der Vorname auf der Rückseite eines Fotos vom England-Aufenthalt 1930. Neben Rosenberg und einem etwa gleichaltrigen jungen Mann, vermutlich Young, sind drei ältere Männer abgebildet, darunter vermutlich Herschel und Claude, die begleitenden Dozenten von der Düsseldorfer Fachschule.

640 *SWF-Rundfunkinterview* (1973) 8 f.

641 *Voss* 65.

642 *Leben für die Freiheit* (1970) 19.

Charakter des neuen Regimes hingegeben.⁶⁴³ Er sei von vornherein überzeugt gewesen, dass Hitlers Machtantritt 1933 Konsequenzen sowohl für die Gewerkschaften als auch für die Juden haben musste: Ein Verbot der Gewerkschaften sei für Hitler unumgänglich gewesen, denn hier hätten sich automatisch die Opponenten des neuen Staates versammelt. Zugleich habe Hitler die antijüdische Politik, die der attraktivste und effektivste Teil der Propaganda gewesen sei, verstärken und Judenverfolgungen durchführen müssen.⁶⁴⁴ An ein Nachlassen der antisemitischen Aggression glaubte er ebenso wenig wie an die Möglichkeit, die Nationalsozialisten könnten sich an einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften interessiert zeigen.⁶⁴⁵ Dennoch war er davon überzeugt, Hitlers Regime werde trotz der anfänglichen Erfolge scheitern. Das verführte ihn jedoch nicht zu dem optimistischen Trugschluss, der Nationalsozialismus werde sich nur kurz an der Macht halten können.⁶⁴⁶

Das sahen die Gewerkschaftsführungen freilich in jeder Hinsicht anders. Beinahe alle Gewerkschaften versuchten sich nach dem Machtantritt Hitlers in Ergebenheitsadressen, einzig mit dem Ziel, die eigene Organisation zu erhalten. Bezeichnenderweise waren es zwei Angestelltenverbände, die andere Wege einschlugen: der AfA-Bund und der GDA. Doch während der AfA-Bund unter seinem Vorsitzenden Aufhäuser dem vom ADGB unter Theodor Leiparts Führung eingeschlagenen Anpassungskurs heftig widersprach und der drohenden Zerschlagung des Verbandes durch seine Selbstauflösung zuvorkam,⁶⁴⁷ glaubte der GDA noch im April ernsthaft daran, seine lang gehegten Ziele unter der neuen Regierung durchsetzen zu können. Der GDA-Vorsitzende Gustav Schneider und sein Stellvertreter Rössiger, der auch der Initiator gewesen zu sein scheint, wandten sich am 11. April 1933 brieflich an Hitler und unterbreiteten ihm ihren „Plan zur Vereinheitlichung der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, der eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation und ein ständisch formiertes Wirtschaftsparlament vorsah. Zwar war Rössiger inzwischen, wohl um die Glaubwürdigkeit seines Vorhabens zu unterstreichen und zugleich seine Karriere nicht zu gefährden, Mitglied der NSDAP geworden, doch täuschte er sich hinsichtlich der Ziele des Nationalsozialismus, die eine selbstständige Gewerkschaftsorganisation und damit ein potenziell unkontrollierbares Feld nicht dulden konnten. Zweieinhalb Wochen später, am 28. April, trat

⁶⁴³ SWF-Rundfunkinterview (1973) 8.

⁶⁴⁴ BBC-Fernsehinterview (1973) 1 f.

⁶⁴⁵ Akademie Kontakte der Kontinente 7.

⁶⁴⁶ Schuster 28 f.

⁶⁴⁷ Korthaase 33. – Auch Hans Gottfurcht, Funktionär des ZdA, teilte Aufhäusers Kritik. Beier, G. (1983a) 76.

Schneider vom GDA-Vorsitz zurück, vorübergehend trat Rössiger an seine Stelle, wurde jedoch schon bald nach der so genannten Gleichschaltung der Gewerkschaften am 2. Mai als 2. Bundesführer hinter den neuen Vorsitzenden Max Faltin gestellt, der den GDA bis zu seiner Überführung in die Deutsche Arbeitsfront Ende Juni 1933 führte.⁶⁴⁸

Was wusste Rosenberg von diesen Vorgängen? Noch 1968 erwähnte er Rössigers Mut, er habe „noch kurz vor dem unseligen Triumph der Nazis versucht, die verschiedenen demokratischen Gewerkschaftsrichtungen zu einigen. Es war schon zu spät.“⁶⁴⁹ Offenbar wusste er es nicht besser, so blieb ihm auch die Enttäuschung über das überaus opportunistische Verhalten seines Mentors erspart. Doch sah er, wie er 1975 in einem Brief an Gerhard Leminsky, den Chefredakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte, schrieb, das Verhalten der Gewerkschaftsführungen durchaus kritisch, wenn auch nicht im Sinne etwa Bernt Engelmanns, „dessen Bücher ich immer mit großem Interesse lese, auch wenn ich nicht immer mit seinen Ansichten übereinstimme. Sein Artikel: der Feind steht rechts, nicht links veranlaßt mich, dazu Stellung zu nehmen. Engelmann stellt die Dinge sehr vereinfacht, sehr einseitig und dadurch de facto falsch dar, da er wesentliche Tatsachen einfach ausläßt, nicht beachtet und damit den Anschein erweckt, daß der erbärmliche Zusammenbruch der Arbeiterbewegung 1933 nur das Verschulden einer falschen Feststellung der Gewerkschaftsführer gewesen sei. Nichts gegen die Feststellung der Erbärmlichkeit der damaligen Verhaltensweise. Aber etwa glauben machen zu wollen, daß es nur der Aktionseinheit mit den Kommunisten bedurft hätte, um das Unglück abzuwenden, ist schlichtweg falsch. [...] Es ist erstaunlich, wie naiv tatsächlich angeblich kluge Leute sein können, die Wunschvorstellungen an die Stelle von Erfahrungen und Tatsachen setzen.“⁶⁵⁰ Eine wesentliche Ursache des Scheiterns der ersten deutschen Republik sah Rosenberg denn auch weniger in organisationspolitischen Fehlern als vielmehr in demokratiethoretischen Erwägungen. In einer Festansprache aus Anlass des 75. Jahrestages der Gründung der Bochumer Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sprach er 1967 davon, dass 1933 die Demokratie und der Glaube an die Freiheit im demokratischen Bürgertum und in der demokratischen Arbeiterschaft zu wenig verankert

⁶⁴⁸ *Priamus* 211 f. Der Brief an Hitler findet sich ebd. 246 ff. – Faltin war offenbar im GDA zuvor nicht hervorgetreten, galt jedoch als „Führer einer der ältesten NS-Betriebszellen des Reiches“ und „alter Kämpfer“ mit niedriger NSDAP-Mitgliedsnummer. *GDA-Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten* 14 (1933), Heft 5 (5.5.1933), 68.

⁶⁴⁹ *Rosenberg (1968)* 519.

⁶⁵⁰ Ludwig Rosenberg an Gerhard Leminsky, 15.7.1975, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 8.

gewesen seien, beide hätten ihre Belastungsprobe nicht bestanden.⁶⁵¹

Noch blieb Rosenberg für den GDA in Brandenburg an der Havel tätig. Wenig nur ist über diesen Zeitraum bekannt. Auf seiner letzten öffentlichen Gewerkschaftskundgebung habe er über das absonderliche Thema „Mit Hugenburg zum Sozialismus“ gesprochen, augenscheinlich ein ironischer Seitenhieb auf die den Arbeitnehmern entgegengesetzten Interessen der Koalitionspartner der Hitler'schen „Arbeiterpartei“. Ein Großteil der Teilnehmer sei bereits in der Uniform der SA erschienen.⁶⁵² Ohnehin hatte der GDA noch bis zu den Reichstagswahlen am 5. März 1933 zuweilen kritische Töne gegenüber dem Nationalsozialismus angeschlagen, seitdem jedoch verstummten die Mahner schlagartig.⁶⁵³

Über die letzten Wochen Rosenbergs im GDA existieren widerstreitende Berichte: Einerseits habe die GDA-Führung „ihn vorsorglich kurz nach der Machtergreifung beurlaubt, um den Nazis keinen Grund zu Maßnahmen zu geben“.⁶⁵⁴ Andererseits sei er auf „Drängen der im GDA vertretenen Nazis“ beurlaubt worden.⁶⁵⁵ Tatsächlich blieb Rosenberg bis zum 2. Mai 1933 Bezirksgeschäftsführer in Brandenburg, wurde jedoch bereits am 1. April 1933 in die Gewerkschaftszentrale in Berlin zurückberufen,⁶⁵⁶ die Anfang der 1930er Jahre von Zehlendorf ins „Haus der Angestellten“ an das Spreeufer im Bezirk Tiergarten, Am Karlsbad 8, umgezogen war. Über Rosenbergs Entlassung am 2. Mai 1933 heißt es übereinstimmend, dass er „noch einige Wochen seinen Dienst [tat], bis man seine Entlassung erzwang“.⁶⁵⁷ Andere Gewerkschaftsfunktionäre jüdischer Herkunft verhielten sich ähnlich: Gottfurcht ließ sich Ende April aus dem ZdA entlassen, Aufhäuser trat bereits Ende März vom AfA-Vorsitz zurück, um gegen das kampflose Zurückweichen des ADGB gegenüber dem Nationalsozialismus zu protestieren und seine Gewerkschaft mit einem jüdischen Vorsitzenden nicht unnötig zu belasten.⁶⁵⁸ Während Gottfurcht noch bis 1938 in Deutschland blieb und, als Versi-

⁶⁵¹ Festansprache anlässlich des 75. Jubiläums des Bestehens der Verwaltungsstelle Bochum der IG Metall, 17.11.1967, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 9.

⁶⁵² *Schuster* 22 f.

⁶⁵³ *Priamus* 208.

⁶⁵⁴ *Akademie Kontakte der Kontinente* 7 f.

⁶⁵⁵ *Schuster* 24.

⁶⁵⁶ Rosenberg an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, Anlage zum Antrag auf Entschädigung, 14.12.1953, Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg, Bl. 2; auch Beruflicher Werdegang des Antragstellers, Rechtsanwalt Otto Kunze an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 2.11.1956, ebd., Bl. 39.

⁶⁵⁷ *Röder/Strauss* I 612; *Akademie Kontakte der Kontinente* 8.

⁶⁵⁸ *Beier, G. (1983a) 76; Korthaase 33. – Scharrer 105* vermutet hingegen, Aufhäuser sei von seinen Kollegen zum Rücktritt gedrängt worden.

cherungsvertreter getarnt, zugleich aktiven Widerstand gegen das Regime leistete, verließen Aufhäuser und Rosenberg umgehend das Land.



Abbildung 26: Das „Haus der Angestellten“ – die neue Zentrale des GDA in Berlin (Aufnahme 1999)

„Ich habe Deutschland nicht freiwillig verlassen“, berichtete Rosenberg 1962 auf eine Umfrage Walter Spanehls, Redakteur der Mitgliederzeitung der Deutschen Postgewerkschaft, „sondern weil ich unter dem Nazi-Regime keine Möglichkeit sah, frei und ohne Gefahr für Leib und Leben tätig zu sein. Alle Ideale, für die ich in meinem Leben gekämpft und gerungen habe und ohne die mir das Leben nicht lebenswert erscheint, wurden in jener Zeit mit Füßen getreten und ihre Vertreter verfolgt und gequält.“⁶⁵⁹ Das Datum seiner Flucht, der 16. Juni 1933,⁶⁶⁰ blieb ihm genauso gegenwärtig wie das schlechte Essen am Tag des Machtantritts Hitlers, beide Daten wurden für ihn nicht erst im Nachhinein lebensgeschichtlich äußerst bedeutsam.

Die Flucht musste vorbereitet werden. Um ein Aufnahmeland hatte er sich frühzeitig bemüht. Schließlich kannte er einige englische Gewerk-

⁶⁵⁹ Rosenberg (1962) 666.

⁶⁶⁰ Rosenberg an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 14.12.1953, Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg, Bl. 2. – Andernorts wird auch der 17.6.1933 genannt, so beispielsweise *Akademie Kontakte der Kontinente* 8. Denkbar ist, dass der Autor der Broschüre den Dreitageszeitraum auf ein Datum zusammengezogen hat.

schaftssekretäre.⁶⁶¹ Und doch zogen sich seine Bemühungen hin, erst im Juni forcierte er sie, augenscheinlich unter dem Eindruck akuter Bedrohung. Nur durch einen „Bekanntem bei der Polizei“, womöglich ein ehemaliges Mitglied des Reichsbanners, sei es ihm gelungen, am 14. Juni 1933 einen Auslandspass zu erhalten.⁶⁶² Um den beruflichen Start in der Fremde zu erleichtern, versuchte er außerdem, sich ein Zeugnis über seine Tätigkeit bei der Gewerkschaft zu verschaffen. Dieses Zeugnis, „um das ich lange kämpfen mußte“, wurde ihm am 9. Juni ausgestellt, offenbar nicht offiziell, da der GDA längst gleichgeschaltet und als solcher aufgelöst war. Geschrieben auf GDA-Briefpapier, enthält es auch keinerlei nationalsozialistische Insignien, weder ein Hakenkreuz noch ein „Heil Hitler“ als Verabschiedungsfloskel. „Die Gleichschaltung der Gewerkschaften und die darauf folgende Neubildung der Nationalsozialistischen Angestellten-Gewerkschaft (NSA)“, heißt es stattdessen, „haben zur Folge, daß wir Herrn Rosenberg, der jüdischer Abstammung ist, nicht weiter beschäftigen können.“ Rosenberg habe sich „ausgezeichnete Kenntnisse in allen Sparten der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ erworben, „diese Vorbildung, verbunden mit rednerischer und gesellschaftlicher Gewandheit, befähigte ihn, im besten Einvernehmen mit seinen Mitarbeitern [...] tätig zu sein“.⁶⁶³ All das spricht dafür, dass ihm ein früherer Kollege – die Unterschrift ist unleserlich – dieses in seinen Aussagen sicher stimmige Zeugnis „unter der Hand“ ausdrücklich für den Gebrauch im Ausland ausstellte, da es im Inland wertlos war und für den Aussteller gar gefährlich werden konnte.

Auch die Familie musste in die Fluchtpläne eingeweiht werden. Womöglich verschwieg er gegenüber seiner Mutter seine Pläne, wie er aus Deutschland fliehen könne, um sie für den Fall eines Verhörs durch das Geheime Staatspolizeiamt, den Vorläufer der Geheimen Staatspolizei, zu schützen. Sicher aber beriet er sich mit seinem Onkel, mit dem ihn ein enges Verhältnis verband, der ihm gewissermaßen Ersatz- und Wunsch-Vater geworden war. Womöglich steckte dieser seinem Neffen Geld zu, um ihm die Flucht zu ermöglichen. Kaum denkbar ist hingegen, dass Ludwig Rosenberg sich nicht seinem Onkel anvertraute. Möglich, dass sich jener Illusionen über die Dauerhaftigkeit und den bereits unverhohlenen terroristischen Charakter des neuen Regimes machte, wie es

⁶⁶¹ Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bl. 5.

⁶⁶² Rosenberg an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 14.12.1953, Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg, Bl. 2. Das Datum der Ausstellung des Passes geht aus dem „Certificate of Registration“ vom 9.5.1944 hervor, das sich in derselben Akte findet (Bl. 6). – Für seinen England-Aufenthalt 1930 hatte Rosenberg augenscheinlich keinen Auslandspass benötigt.

⁶⁶³ Zeugnis des GDA für Ludwig Rosenberg, 9.6.1933, ebd., Bl. 4.

viele akkulturierte deutsche Juden taten. Möglich auch, dass beide – Onkel wie Neffe – zunächst nur von einer kurzfristigen, vorübergehenden Flucht in ein sicheres Drittland ausgingen. Mit Sicherheit aber stand auch dem Onkel, nach dem so genannten Juden-Boycott vom 1. April 1933, der sich vor allem gegen jüdische Einzelhändler, Ärzte und Rechtsanwälte richtete, und dem vorübergehenden Entzug seiner Zulassung als Rechtsanwalt und Notar – und damit seiner Existenzgrundlage –, die Bedrohung der deutsch-jüdischen Integration klar vor Augen, wenn ihm auch Ausmaß und Richtung noch unklar blieben oder ihn jedenfalls nicht zur Flucht bewegten.

Und noch jemanden galt es, in die Vorbereitungen einzubeziehen. Gerade ein halbes Jahr zuvor hatte sich Rosenberg mit seiner langjährigen Freundin Margot Mützelburg verlobt. „Das Aufgebot zur Eheschließung in Berlin“, so berichtete sie später, „war bereits ergangen.“ Doch hätten die beiden nicht mehr in Berlin heiraten können, da ihr Vater als Handwerksmeister städtische Aufträge ausführte und Repressalien befürchten musste, sollte sich herausstellen, dass seine Tochter einen Juden geheiratet habe.⁶⁶⁴ Daher fasste sie den Entschluss, obschon sie weder Jüdin noch politisch aktiv war, nicht länger in Berlin zu bleiben, sondern ihrem Verlobten nach Großbritannien zu folgen. Wenige Wochen später, im August 1933 erhielt auch sie einen Auslandspass und reiste über den Kanal nach London, wo sie wenig später Ludwig Rosenberg heiratete. Offensichtlich sprach sich dies in Berlin herum, denn ihr Vater hatte nun doch unter Repressalien zu leiden.⁶⁶⁵

Was aber veranlasste Rosenberg, frühzeitig das Land zu verlassen? Galten doch nach Erkenntnis Susanne Millers die „Funktionäre der Gewerkschaften im allgemeinen als weniger gefährdet als die der sozialdemokratischen Partei. Auch konnten sie, verglichen mit diesen, leichter als Arbeiter oder Angestellte in Betrieben unterkommen und sich so eine Existenzmöglichkeit schaffen.“⁶⁶⁶ Warum versuchte Rosenberg nicht, sich in einem Geschäft zu verdingen oder wie Gottfurcht als Vertreter zu reisen? Der lebensgeschichtliche Bruch der Entlassung aus dem Beruf allein kann es nicht gewesen sein. Und während Aufhäuser als führender Repräsentant der sozialdemokratischen Linken, der sich zudem dem Anpassungskurs an den Nationalsozialismus widersetzt hatte, in jedem Fall mit seiner Inhaftierung rechnen musste und daher frühzeitig ins Ausland floh, war Rosenberg als kleiner, noch unbedeu-

⁶⁶⁴ Schilderung des Verfolgungsvorganges, Rechtsanwalt Otto Kunze, Düsseldorf, an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 2.11.1956, ebd., Entschädigungsakte Margarete Rosenberg, Bl. 5.

⁶⁶⁵ Ebd.

⁶⁶⁶ *Miller (1976) 167.*

tender Funktionär in Deutschland nicht unmittelbar an Leib und Leben bedroht. Zwei Wochen nach seiner Flucht jedoch erschienen Männer des Geheimen Staatspolizeiamtes in der Wohnung der Mutter.⁶⁶⁷

Er selbst gab später, 1946, an, seine „aktive Anti-Nazi-Tätigkeit, Reichsbanner-, SPD- und Gewerkschaftsarbeit“ hätte die Gestapo auf ihn aufmerksam gemacht.⁶⁶⁸ Die auffindbaren Quellen geben keinen Hinweis auf eine dezidierte Widerstandstätigkeit Rosenbergs.⁶⁶⁹ Denkbar ist durchaus, dass die NS-Behörden erst durch die Flucht auf ihn aufmerksam wurden. Denkbar ist aber auch, dass er sich den Hass lokaler Nazis, insbesondere der SA, auf sich gezogen hatte, der die Phase des offenen Terrors zwischen Anfang und Mitte 1933 dominierte. Die Furcht vor einem persönlichen Racheakt ließ ihn die Flucht vorziehen.⁶⁷⁰ Tatsache ist jedenfalls, dass Ende Juni 1933 eine Haussuchung in der Wohnung seiner Mutter stattfand, bei der laut einer eidesstattlichen Erklärung Rosenbergs aus dem Jahre 1956, „eine große Anzahl Bücher beschlagnahmt wurde, die mir gehörten. Es handelte sich um im wesentlichen politische Literatur, deren Titel ich heute nicht mehr anzugeben in der Lage bin.“ Den Wert der Bücher und Schriftstücke bezifferte er auf rund 2000 Reichsmark. Seine Mutter habe ihm später von der Beschlagnahme berichtet.⁶⁷¹

Wenn die Flucht weniger einer akuten Bedrohung entsprang, was gab dann den Ausschlag zum Verlassen des Landes? Die Psychoanalyse kann zwar keinen spezifischen Persönlichkeitstypus ausmachen, der über eine Neigung zur Migration verfüge, jedoch stellt sie in Abhängigkeit von der Konstitution und der Geschichte des Einzelnen eine „mehr oder weniger starke Prädisposition zur Migration“ fest. Treten nun bestimmte innere oder äußere Umstände und Motivationen auf, so kann all dies das Individuum zur Migration veranlassen.⁶⁷² Rosenbergs psychische Prädisposition, die ihn zur frühzeitigen Flucht aus Deutschland zu veranlassen vermochte, lässt sich am ehesten aus seiner randständigen Position gegenüber dem Judentum verstehen. Gleich in mehrfacher Hinsicht lässt er sich als Außenseiter fassen: als Jude gegenüber einer nichtjüdischen, in Teilen antisemitischen Bevölkerungsmehrheit,

⁶⁶⁷ *BBC-Fernsehinterview (1973) 2; Leben für die Freiheit (1970) 20; Ludwig Rosenberg, Erklärung an Eidesstatt, 21.10.1956, Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg, Bl. 43.*

⁶⁶⁸ *Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 1.*

⁶⁶⁹ *Eine Gestapo-Akte Rosenbergs ließ sich nicht eruieren. In diesem Sinne berichtete das Nordrhein-Westfälische Hauptstaatsarchiv Düsseldorf der Entschädigungsbehörde am 7.4.1956, Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg, Bl. 20.*

⁶⁷⁰ *Strauss (1980) 330; Röder (1998) 16. – So berichten Röder/Strauss I 612, Rosenberg sei „vor drohender Verhaftung“ geflohen.*

⁶⁷¹ *Ludwig Rosenberg, Erklärung an Eidesstatt, 21.10.1956.*

⁶⁷² *Grinberg/Grinberg 26.*

als Dissident in einem jüdischen Umfeld, in einer jüdischen Familie, als Intellektueller, als Bürgerlicher, als Angestellter in der Arbeiterbewegung. Mit Jacob Toury lässt sich feststellen, „daß den Außenseitern wohl öfter und stärker ein Gespür für Krisensituationen innewohnte als der Masse“.⁶⁷³ Dieses Gespür und die klare politische Analyse unterschieden Rosenberg deutlich vom Großteil der deutschen Juden, der nicht glauben konnte oder wollte, dass das Kapitel der deutsch-jüdischen Integration auf unabsehbare Zeit vorbei war. Seine Stellung als Außenseiter auch und gerade in der jüdischen Welt ließ ihn sich ostentativ von der Familientradition und dem Glauben abwenden, als Assimilierte werde man ihnen nichts antun, und ins britische Exil gehen. Dieser Schritt fußte ganz und gar auf einem persönlichen Entschluss.⁶⁷⁴ Er sollte ihm das Leben retten.

Fuß fassen im Londoner Exil

Am Freitag, den 16. Juni 1933, verließ Rosenberg Deutschland und setzte am Sonntag darauf seinen Fuß im Hafen von Harwich auf britischen Boden. Vermutlich fuhr er von Berlin aus nach Hoek van Holland, setzte dort mit der Fähre nach Harwich über und gelangte von dort nach London.⁶⁷⁵ Rund 240 Reichsmark musste er für die Flucht aufwenden,⁶⁷⁶ fast soviel, wie er zuvor beim GDA in einem Monat verdient hatte. Trotz aller Schwierigkeiten, die ihm das Weiterleben in Deutschland unmöglich gemacht hatten, sah er sich jedoch in den kommenden dreizehn Jahren bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland niemals als Emigrant, niemals als Auswanderer. Er war und blieb ein Flüchtling, ein Exulant, der sein Gesicht nach Deutschland gewandt hielt. Statt des in der Literatur noch immer häufig anzutreffenden Begriffs der Emigration, des Emigranten soll hier von Exil und Exulanten die Rede sein, ganz im Sinne Bertold Brechts, in dessen Svendborger Gedichten sich die nachfolgenden Verse mit dem Titel „Über die Bezeichnung Emigranten“ finden:⁶⁷⁷

„Immer fand ich den Namen falsch, den man uns gab: Emigranten
Das heißt doch Auswanderer. Aber wir
Wanderten doch nicht aus, nach freiem Entschluß

⁶⁷³ Toury (1997b) 205.

⁶⁷⁴ Vgl. Miller (1976) 165.

⁶⁷⁵ Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bl. 5. Die wichtigste Reederei führt nur Namenslisten der Übersee-Passagiere. Schriftliche Mitteilung der HAPAG-Lloyd AG, Hamburg, vom 23.7.1999.

⁶⁷⁶ Rosenberg an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 14.1.1956, Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg, Bl. 12.

⁶⁷⁷ Brecht 718; vgl. auch Miller (1982) 454 f.

Wählend ein anderes Land. Wanderten wir doch auch nicht
Ein in ein Land, um dort zu bleiben, womöglich für immer.
Sondern wir flohen. Vertriebene sind wir, Verbannte.
Und kein Heim, ein Exil soll das Land sein, das uns da aufnahm. [...]

Im gleichen Sinne äußerte sich auch Kurt Hiller, der auf eine Umfrage der Mitgliederzeitschrift der Deutschen Postgewerkschaft 1962 erwiderte, „daß ich nicht eigentlich «Emigrant», das heißt: Auswanderer, war, sondern lediglich Flüchtling [...], will sagen: jemand, der heimkehren wird, wenn der Fluchtgrund einst fortfällt“.⁶⁷⁸

Rosenberg gehörte zu den ersten, noch wenig zahlreichen Flüchtlingen auf den britischen Inseln. Im ersten Jahr suchten hier monatlich etwa 300 bis 400 Exulanten um ein Bleiberecht nach, mit dem Abschwellen der ersten Verfolgungswelle in Deutschland sank die Anzahl der Neuankömmlinge in den folgenden Jahren noch einmal deutlich, sodass 1935 die Gesamtzahl deutscher Flüchtlinge auf etwa 2500 geschätzt wurde. Ein weit größerer Teil der Exulanten hingegen passierte die Insel nur, überwiegend zur Weiterreise in die Vereinigten Staaten.⁶⁷⁹

Auf die erste Flüchtlingswelle reagierte die britische Öffentlichkeit mit Sympathie.⁶⁸⁰ Im Rahmen der jüdischen Gemeinde, aber auch der Staatskirche und der Quäker, wissenschaftlicher und künstlerischer Vereinigungen entstanden sogleich zahlreiche Flüchtlingskomitees, die die Exulanten mit umfangreichen Hilfsangeboten unterstützten. Auch die Organisationen der britischen Arbeiterbewegung, insbesondere der Dachverband der englischen Gewerkschaften, der Trade Union Congress, und die Labour Party unterstützten ihre deutschen Kollegen im Exil durch die Gründung des International Solidarity Fund und des German Refugees' Hospitality Committee, das den Flüchtlingen vor allem Wohnmöglichkeiten vermittelte.⁶⁸¹

Ob Rosenberg und seine Verlobte ihre Wohnung einem dieser Flüchtlingskomitees zu verdanken hatten, lässt sich nicht mehr feststellen, auch nicht, ob sie sich von vornherein in Petts Wood niederließen, von

⁶⁷⁸ *Unsere Weihnachtsumfrage* 662.

⁶⁷⁹ *Strickhausen* 253 f.

⁶⁸⁰ Freilich berichtet *Laqueur* 271 von einer fremdenfeindlichen, in Teilen gar antisemitischen Grundstimmung in der britischen Öffentlichkeit. Diese hätte dazu geführt, dass sich viele Flüchtlinge, obschon sie längst Einwanderer und Staatsbürger geworden waren, „noch nach Jahrzehnten in Großbritannien fremd und «unbehaust» fühlten“. *Füllenbach/Vollmer* 448.

⁶⁸¹ *Sherman* 25, 27; *Strickhausen* 254; *Röder (1973)* 22, Anm. 8. – Anders jedoch *Stent* 19, der betont: „One organization in Britain which did rather less for their German comrades was the TUC.“ Dagegen hebt *Sherman* 25 jedoch hervor, dass Führer der Labour Party im Verein mit anderen Organisationen und Persönlichkeiten das Außenministerium aufgefordert hätten, die Lage der deutschen Flüchtlinge vor dem Völkerbund zur Verhandlung zu bringen.

wo aus sie 1946 England wieder verließen. Hier in Petts Wood, südöstlich von London in der Grafschaft Kent gelegen, genauer in der 66 Frankswood Avenue bewohnten sie spätestens seit 1940 ein Häuschen, in dessen Garten sie Hühner züchteten und Gemüse anbauten. Es lag nur wenige Meter von einer Bahnstation entfernt, vor der aus sie bequem bis zur Station London Bridge südlich der Themse unweit der City fahren konnten.⁶⁸²

Ohne Unterstützungsleistungen war es den wenigsten Flüchtlingen möglich, in Großbritannien über die Runden zu kommen, denn die Aufnahme einer Beschäftigung war an Bedingungen geknüpft, die es ihnen in der Regel unmöglich machten, berufstätig zu werden. Vor allem durften sie, angesichts eines Millionenheers einheimischer Arbeitsloser, den „Briten keine Stellen wegnehmen“.⁶⁸³ Fanden sie dennoch einen Arbeitgeber, der bereit war, sie einzustellen, mussten sie das britische Arbeitsministerium um eine Genehmigung ersuchen, die jedoch nur selten vergeben wurde.⁶⁸⁴ Nicht zuletzt aufgrund einer Stimmung, die von Teilen der Presse und der politischen Rechten geschürt wurde sowie von deutschen Stellen, die an einer Ausgrenzung der Flüchtlinge Interesse zeigten.⁶⁸⁵

Rosenberg berichtete später von seinen ersten Erfahrungen mit der britischen Bürokratie: „Bis dahin [bis zum Kriegsbeginn] war es unheimlich schwer in England, weil man ja nicht die Genehmigung bekam, weder bezahlt noch unbezahlt zu arbeiten. Ich habe mich um alle möglichen Arbeiten bemüht. Ich hatte großartige Stellenangebote als Fahrstuhlführer und als Zeitungsverkäufer und als Laufbote für ein Reisebüro. Alle diese Sachen wurden mir abgelehnt, da ich als Ausländer nicht dort arbeiten konnte.“⁶⁸⁶ Auch seine Kontakte zur Labour Party und den Gewerkschaften verhalfen ihm nicht zu einer Genehmigung.⁶⁸⁷ So blieb er denn zunächst auf Überweisungen aus Deutschland angewiesen: „Solange es möglich war, erhielt ich Geld gesandt von meinen in Deutschland lebenden Schwiegereltern [...], da auch meine

682 Ludwig Rosenberg, An Margot, 1940, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102; Ludwig Rosenberg, Certificate of Registration No. 1129572, 9.5.1944, Kopie in: Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg, Bl. 5f.; Rosenbergs an Hansen (persönlich), 16.6.1946. DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 2, Bl. 260. – Vor seiner Rückkehr nach Deutschland 1946 verkaufte Rosenberg das Haus. Petts Wood ist heute Teil des Londoner Stadtbezirks Bromley.

683 *Strickhausen* 252.

684 *Sherman* 273.

685 *Strickhausen* 252.

686 *SWF-Rundfunkinterview (1973)* 9 f.

687 *Akademie Kontakte der Kontinente* 8. – Angesichts der Massenarbeitslosigkeit in Großbritannien wäre eine Bevorzugung von Flüchtlingen der eigenen Mitgliedschaft auch schwer vermittelbar gewesen.

Mutter mir kein Geld senden konnte und selbst immer mehr in Not geriet.“⁶⁸⁸ Anfänglich durften deutsche Bürger monatlich 200 Reichsmark, also rund 200 Shillings oder zehn £, an ihre Verwandten im Ausland überweisen, im Frühjahr 1934 setzte das Reich diese Summe jedoch auf ein Viertel herab.⁶⁸⁹

Somit waren die Rosenbergs wiederum auf die Unterstützungsleistungen der britischen Hilfskomitees, angewiesen, von denen die meisten ihren Sitz im Bloomsbury House in der Great Russell Street unweit des Britischen Museums hatten. Er habe „auch zeitweise Unterstützung von englischen Freunden erhalten“, berichtet Rosenberg später.⁶⁹⁰ Vermutlich wurde er gelegentlich aus Mitteln des International Solidarity Funds unterstützt, einem Solidaritätsfond, der zunächst den Namen des 1924 ermordeten italienischen Sozialisten Giacomo Matteotti getragen hatte. Später, als er während des Kriegs Arbeit hatte, sollte er selbst in den Fond einzahlen, um andere, hilfsbedürftige Flüchtlinge zu unterstützen. Doch längerfristig war er auch in der Frühzeit seines Exils augenscheinlich nicht von Hilfsleistungen abhängig, bei keinem der Refugee Committees war er registriert, lediglich beim TUC wurde er als politischer Flüchtling eingetragen, möglicherweise auch Jewish Refugee Committee, an das er sich offenbar gewandt hatte.⁶⁹¹

Auch seiner Freundin Margot Mützelburg, die ihm nach London gefolgt war und die ihn zwei Tage nach ihrem 28. Geburtstag am 12. September 1933 in London geheiratet hatte, gelang es nicht, eine Arbeitserlaubnis zu erlangen.⁶⁹² Offenbar brachte sie nicht die nötigen Qualifikationen mit sich, um in einem der wenigen für Flüchtlinge zulässigen Mangelberufe, insbesondere als Hausangestellte, unterzukommen.⁶⁹³

⁶⁸⁸ Rosenberg an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 14.12.1953, Bl. 2.

⁶⁸⁹ Germany. Save the Mark, in: Clarion Nr. 10 vom 19.5.1934. – Der Artikel stammt möglicherweise aus der Feder Rosenbergs.

⁶⁹⁰ Rosenberg an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 14.12.1953, Bl. 2. – In den 1970er Jahren erklärte er jedoch, er habe keine finanzielle Unterstützung bekommen. Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bl. 5.

⁶⁹¹ TUC an Derkow, German Trade Union Refugees in Receipt of Assistance from the Internationale Solidarity Fund, 13.11.1940, DGB-Archiv im AdSD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 2; Namensverzeichnis der in England lebenden Flüchtlinge, die zum International Solidarity Fund gehören, 29.12.1945, ebd., Kasten 15.1; Fragebogen Ludwig Rosenbergs. Danach hielt er es 1944 für möglich, auch beim Jewish Refugee Committee registriert zu sein.

⁶⁹² Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bl. 2, 5.

⁶⁹³ *Strickhausen* 252. – Zu den Mangelberufen zählten außerdem Landarbeiter und Krankenpflegerinnen. Über die Einkommensverhältnisse Margot Rosenbergs während des Exils liegen keinerlei Erkenntnisse vor, ihre Entschädigungsakte bei der Bezirksregierung Düsseldorf enthält dazu keine Angaben, da sie lediglich einen Antrag auf die so genannte Rückwanderersoforthilfe stellte.

Zwar hatte sie zuvor als Büroangestellte gearbeitet, doch verdingten sich zahlreiche Flüchtlingsfrauen aus den neuen Angestelltenberufen als Hausangestellte, manchen von ihnen, die sich in ihrer Heimat aus der klassischen, ihnen zugewiesenen Geschlechtsrolle ein Stück weit befreit hatten, fiel die Umstellung zunächst schwer. So berichtete eine Exulantin 1937: „Vielleicht leidet auch das Selbstbewußtsein des Einzelnen ein bißchen darunter, wenn er, anstatt Sekretärinnen- oder Buchhaltungsarbeiten auszuführen, plötzlich mit Kochtöpfen hantieren und für andere die Schuhe putzen soll. Aber da heißt es einfach den Spieß umdrehen und seinen Stolz dareinsetzen, daß man auch als «Tippfräulein» eine prima Hausfrau sein kann, und jenen, die unsere häuslichen Fähigkeiten bezweifeln, zu zeigen, «was ne Harke ist».“⁶⁹⁴ So waren es oftmals die Frauen, die sich den neuen Arbeitsbedingungen des Aufnahmelandes anzupassen und psychologischen Schwierigkeiten leichter zu begegnen verstanden als ihre Männer und daher den Hauptteil des Einkommens beisteuerten.⁶⁹⁵

Rosenberg fasste seine deprimierenden Erfahrungen zu einem treffenden Aphorismus zusammen: „Ergreife nur Berufe, die es nicht gibt – alle anderen sind Dir verboten.“ Darüber hinaus verfasste er weitere 51, größtenteils zynisch anmutende „Sinnsprüche und Ratschläge für die Deutsche Emigration“, die vermutlich in den allerersten Monaten des Exils entstanden. In ihnen griff er die bitteren Umstände des Exulandaseins auf, neben dem Problem, einen Arbeitsplatz zu finden, machte er seine Schwierigkeiten zum Thema, der britischen Öffentlichkeit seine Erlebnisse in Nazi-Deutschland mitzuteilen: „Verbreite keine «Greuelmärchen» – sage, Du wärst zur Erholung hier“, überschrieb er seine diesbezüglichen Erfahrungen. Über ein affektives, emotional gegründetes Verhältnis gegenüber den Flüchtlingen hinaus blieb das Interesse der Allgemeinheit an den Vorgängen in Deutschland gering. Auch die vielen geplatzten Zukunftspläne, die demütigende Prozedur der Passverlängerung in der deutschen Botschaft in Carlton House Terrace unweit des St James’s Park und die Abhängigkeit von der Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung durch die britischen Behörden⁶⁹⁶

⁶⁹⁴ Zitiert nach *Miller (1982)* 503.

⁶⁹⁵ *Strauss (1981)* 244.

⁶⁹⁶ Obschon anglo-jüdische Organisationen bereits zu Beginn des Flüchtlingsstroms eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis für alle Flüchtlinge für die Dauer der Notsituation in Deutschland gefordert hatten, verfügte das Home Office im April 1933, dass allen Flüchtlingen, die als Besucher mit ihrem Reisepass ins Land gekommen waren, nur eine befristete Aufenthaltsgenehmigung zukäme, über deren Verlängerung es jeweils zu befinden habe. *Gottlieb* 15 f. Dazu bedurften die Flüchtlinge jedoch gültiger deutscher Papiere. Laut *Sherman* 23 verlängerten die deutschen Konsulate die Auslandspässe deutscher Staatsbürger bis 1938 problemlos, sofern diese nicht ausdrücklich ausgebürgert worden waren. Der Reichsanzeiger veröffentlichte in 359 Listen rund 39000 Namen ausgebürgerter Deutscher, Rosenberg fand sich nicht darunter (*Hepp*). Erst am

brachte er zur Sprache, schließlich die Enttäuschung über die Hilfskomitees: „Nur wenige Wohltäter tun wohl – die meisten spielen nur Wohlfahrt.“ Für Rosenberg, der aus einem wohlhabenden bürgerlichen Elternhaus stammte, war die Ärmlichkeit der Lebensumstände, waren Hunger und Not schwer zu ertragen, doch versuchte er, auch ihnen einen humoristischen Aspekt abzugewinnen: „Habe Mitleid mit den Wanzen – Du weißt, was es heißt, von Haus und Hof vertrieben zu werden.“⁶⁹⁷

Der mit dem Exil oftmals einhergehende soziale Abstieg traf insbesondere das jüdische Exil hart, kamen sie doch zumeist aus den relativ wohlhabenden Mittelschichten und verfügten nur selten über die wenigen auf dem britischen Arbeitsmarkt gesuchten Qualifikationen. Schilderungen, wonach es den Flüchtlingen sehr schlecht erging und sie auch schikaniert wurden, finden sich häufig.⁶⁹⁸ Rosenberg beschrieb denn auch seine Lage wenig idyllisch: „Es war ein ziemlich dürftiges Dasein. Es war schön, weil ich jung war und weil meine Braut mir nachgekommen war und wir dort geheiratet haben und dann ist alles schön, wenn man jung ist und es noch einigermaßen geht [...].“⁶⁹⁹

Beamte des Home Office, des britischen Innenministeriums, rieten ihm schließlich, eine selbstständige Beschäftigung aufzunehmen. In der Tat bestand hierin der einzige Ausweg aus dem Dilemma. So versuchte er, als freier Journalist und als Vortragender für Organisationen der Arbeiterbildung tätig zu werden.⁷⁰⁰ Das deutschsprachige Exil in Großbritannien blieb bis 1938 eher klein, und auch wenn sich die Exulantenpresse hauptsächlich auf London konzentrierte, so bot sie, zumal die dezidiert politische, dem Berufsanfänger Rosenberg kaum Aussichten auf eine Journalistenkarriere. Auch suchte er offenbar nicht den Anschluss an das Exil in anderen Zufluchtsländern, vor allem in Prag und Paris. Rosenberg verwandte statt dessen viel Energie darauf, seine englischen Sprachkenntnisse zu vervollkommen, und hielt seine Vorträge und schrieb seine Artikel daher von Anfang an auf englisch.⁷⁰¹ Ähnlich

25.11.1941 entzog das Deutsche Reich allen Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen Juden waren und Deutschland verlassen hatten, pauschal die Staatsangehörigkeit. Diese Regelung, unter die Rosenberg zweifellos fiel, wurde selbst auf jene Juden angewandt, die im Zuge der Shoah aus Deutschland verschleppt wurden. Die meisten Flüchtlinge erfuhren von dieser Maßnahme freilich nichts. *Leighton-Langer* 18.

⁶⁹⁷ Ludwig Rosenberg, Sinnsprüche und Ratschläge für die Deutsche Emigration, undatiert, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102.

⁶⁹⁸ *Leighton-Langer* 19.

⁶⁹⁹ *SWF-Rundfunkinterview (1973)* 10.

⁷⁰⁰ Ebd.

⁷⁰¹ *Akademie Kontakte der Kontinente* 8. – Erst für das Jahr 1941 ist ein Artikel für das in London erschienene deutschsprachige Exulantenblatt *Die Arbeit* nachweisbar. Vgl. *Maas* 74.

verhielt sich fünf Jahre nach ihm der aus Deutschland emigrierte Journalist Raimund Pretzel, der „vom Tag seiner Ankunft an [...] nur englische Zeitungen und Bücher [las], damit ihm Lebenswelt, Habitus und Sprache schneller vertraut werden“.⁷⁰² Im Exil gab sich Pretzel den Namen Sebastian Haffner.

Rosenberg indes schrieb für Zeitungen und Zeitschriften der britischen Presse und hielt Vorträge vor verschiedenen Organisationen der Arbeiterbildung. Seine früheren Kontakte aus dem Jahre 1930 führten ihn zunächst zur Workers' Educational Association am Londoner St George's Drive in Pimlico und zum Ruskin College nach Oxford. Er sprach vor zahlreichen lokalen und regionalen Gliederungen der WEA im ganzen Land über verschiedene Aspekte der politischen und ökonomischen Entwicklung in Europa unter der Herrschaft der Nazis, unter besonderer Betonung der Position der Arbeiter.⁷⁰³

Aber schon bald sprach er auch auf Versammlungen der Fabian Society,⁷⁰⁴ einer in den 1880er Jahren gegründeten und lange Jahre unter Führung von Beatrice und Sidney Webb sowie von George Bernard Shaw stehenden sozialreformerischen Bewegung, deren organisatorischer Schwerpunkt im Südosten Englands lag. Im Londoner Raum unterhielt die Gesellschaft, die Anfang der 1930er Jahre rund 800 Mitglieder vorweisen konnte, Dutzende lokaler Niederlassungen, darunter auch in Bromley, wozu Rosenbergs Wohnort Petts Wood gehörte.⁷⁰⁵ In diesen lokalen Gruppen gegen Entgelt über die Entwicklung in Deutschland und auf dem Kontinent zu berichten, offerierte dem mittellosen deutschen Flüchtling eine weitere Erwerbsquelle. Und mehr noch als in den Erwachsenenbildungsstätten, bei den Gewerkschaften und in der Labour Party traf er hier auf gleichgesinnte Intellektuelle, auf emanzipierte, freidenkerisch-sozialistische Mittelklasse-Aufsteiger, denen gleich ihm an der Modernisierung des gesamten politischen und sozialen Systems nach rationalistischen Grundsätzen gelegen war.⁷⁰⁶ Ro-

⁷⁰² *Soukup* 65. – Dennoch gab Haffner ab März 1941 in London die deutschsprachige „Zeitung“ heraus. Eine Mitarbeit Rosenbergs ist nicht bekannt, möglicherweise zählte er auch zu dem Kreis jener Journalisten, die Haffner zwar auf eine Mitarbeit hin ansprach, die sich jedoch in Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Exulantenorganisationen dagegen aussprachen. Ebd. 114 f.

⁷⁰³ Akademie Kontakte der Kontinente 8; Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 2. – Laut elektronischer Mitteilung des Ruskin Colleges vom 18.12.2001 finden sich im Archiv des Colleges keine Angaben zu Rosenberg.

⁷⁰⁴ Zwar erwähnt Rosenberg nirgends ausdrücklich eine Vortragstätigkeit für die Fabian Society, doch sprechen seine zahlreichen Kontakte zu führenden Fabians und auch seine Tätigkeit für die WEA dafür, die zwar nicht unter der Kontrolle der Fabian Society, aber unter dem sehr durchdringenden Einfluss einzelner Fabians stand. Cole 186.

⁷⁰⁵ Ebd. 344 f.

⁷⁰⁶ *Wittig* 13 f., 339 f.

senbergs Begeisterung für effizient organisierte Institutionen, die bereits bei der GDA einen ersten Niederschlag gefunden hatte, fand hier einen geistigen Nährboden.

Dass die Webbs wie auch Shaw in den 1930er Jahren ihr „Ideal einer gesamtgesellschaftlich akzeptierten und zwangsfrei funktionierenden rationalen Planung aller Lebensbereiche“ ausgerechnet im sowjetischen Regierungsmodell unter Stalin – und Shaw gar in Mussolinis „stato totalitario“ – zu erkennen glaubten, dass sie sich damit zugleich vom westlichen Gesellschaftsmodell entfernt hatten, mag Rosenberg nicht näher berührt haben, zumal der dominierende Einfluss dieser Gründer auf die ideologische Ausrichtung der Fabian Society längst zerbrochen war. Doch auch in der neuen Generation der Führungsgruppe unter den Fabians, die sich zunächst in einer eigens neu gegründeten Organisation, dem New Fabian Research Bureau, zusammenfanden, blieb die Russophilie, vor allem in ihrer Begeisterung für den totalitären Staat stalinistischer Führung, unverkennbar. Hatte sich Ellen Wilkinson in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg zunächst in der Independent Labour Party und kurzzeitig in der sich gründenden Britischen Kommunistischen Partei engagiert, dann jedoch der Labour Party angeschlossen, die sie als Linke mehrmals im Unterhaus vertrat,⁷⁰⁷ so war es vor allem Sir Stafford Cripps, der mit seiner Socialist League seit Mitte der 1930er Jahre vehement die Aufnahme der British Communist Party in die Labour Party und einen Pakt Großbritanniens mit der Sowjetunion forderte, um den Nationalsozialismus einzudämmen. 1939 schloss ihn der Nationale Exekutivrat bei nur zwei Gegenstimmen, darunter Ellen Wilkinsons, aus der Labour Party aus.⁷⁰⁸ Wenngleich sich Rosenberg in seinen frühen Jahren niemals ausdrücklich zur Sowjetunion äußerte, so ist doch anzunehmen, dass er jene antikommunistische Grundtendenz, die ihm im Anschluss an seine Faszination für Lenin und Luxemburg zu eigen war, beibehielt und auch jetzt, unter der Bedrohung durch den Nationalsozialismus, nicht zugunsten einer russophilen Stimmungslage aufgab. Dennoch verband ihn ausgerechnet mit Cripps mehr als nur ein Arbeitsverhältnis, ja er freundete sich mit dem vierzehn Jahre älteren Londoner Anwalt und Labour-

⁷⁰⁷ Ellen Cecily Wilkinson, geboren 1891, MP 1924–1931 und 1935–1947, wurde während ihres Studiums 1912 Mitglied der Fabian Society, trat jedoch erst 1940 in das Führungsgremium ein. Im gleichen Jahr wurde sie Staatssekretärin im Home Office unter Herbert Morrison und 1945 Erziehungsministerin im Kabinett Attlee. Trotz ihrer Parlamentsfunktionen und Regierungsämter nahm sie auch weiterhin an Seminaren und Sommerschule der Fabians teil. 1947 starb sie. *Vernon*.

⁷⁰⁸ Sir Richard Stafford Cripps, geboren 1889, MP 1931–1950, wurde 1940 trotz des Parteiausschlusses im Vorjahr als Botschafter nach Moskau entsandt und fungierte dann bis 1950 als Minister in verschiedenen Ressorts. Von 1951 bis zu seinem Tod 1952 saß er der Fabian Society vor. *Burgess; Cooke; Cole* 342.

Abgeordneten an.⁷⁰⁹

Freundschaft verband Rosenberg auch ausgerechnet mit Ernest Bevin, dem der Ruf vorauseilte, auf Intellektuelle nicht gut zu sprechen zu sein.⁷¹⁰ Bevin war der Vorsitzende der mächtigen Transportarbeitergewerkschaft, der Transport and General Workers' Union, und seit 1936 Vorsitzender des Generalrats des Gewerkschaftsdachverbandes Trade Union Council, in dem er zur dominierenden Figur geworden war. In früheren Jahren hatte er sich auch mit Fragen der Erwachsenenbildung befasst.⁷¹¹ Rosenberg muss den 22 Jahre älteren Bevin bereits in den Vorkriegsjahren kennen gelernt haben, denn später sollte er seine Freilassung aus der Internierung – wenn auch offenkundig irrtümlich – auf eine persönliche Intervention Bevins zurückführen. Trotz dieser persönlichen Beziehung zwischen den beiden blieb der Brite nach der Erfahrung der kampflosen Kapitulation der deutschen Arbeiterbewegung im Jahre 1933 den Deutschen gegenüber äußerst reserviert. Rosenberg berichtete später, „Bevin wurde zunehmend mißtrauischer gegenüber den deutschen Gewerkschaften aufgrund einer maßlosen persönlichen Enttäuschung. Er hat uns selber oft genug erzählt, daß er als junger Bursche die deutschen Gewerkschaften sozusagen bewundert hätte und die deutsche Arbeiterbewegung. Und der Kollaps der deutschen Arbeiterbewegung war für ihn also ein solcher Schlag, von dem er sich eigentlich nie wieder erholt hat. Er war also mißtrauisch bis zu einem gewissen Grade und traute denen nicht mehr viel zu.“⁷¹²

Auch in der Labour Party selbst, deren Mitglied er alsbald wurde, hielt Rosenberg Vorträge. In dieser heterogenen Partei begegneten ihm von ihrem Ansatz her sehr unterschiedliche Gruppierungen, deren verbreitetste ein ausgesprochener Labourism oder Trade Unionism bildete, der ohne sozialistische Ideologie auskam und, auf der Basis einer Ethik von Brüderlichkeit und Solidarität, den Schutz und die Wahrung der materiellen Interessen der Arbeiterklasse in den Vordergrund stellte. Mit ihrer ausgewiesenen Frontstellung gegenüber sozialistischen Intellektuellen der Mittelklasse dürfte sich Rosenberg hier weit weniger heimisch gefühlt haben als im technokratischen, kollektivistisch-etatistischen Sozialismusverständnis Webb'scher Prägung, das sich für staatlich organisierte Institutionen und korporative Gesellschaftsorganisatio-

⁷⁰⁹ *Akademie Kontakte der Kontinente* 8; *Stiftung F.V.S. zu Hamburg* 23.

⁷¹⁰ Ebd.; *Cole* 327; *Weiler* 64. – Im Unterschied zu Bullock leitet *Weiler* 66 f. Bevins Misstrauen gegenüber Intellektuellen nicht aus deren tatsächlichem Verhalten ab, vielmehr führt er es auf Bevins Selbstgefälligkeit und Intoleranz gegenüber jeder Kritik zurück.

⁷¹¹ *Adelman* 81; *Pelling* 71.

⁷¹² *Gespräch mit Ludwig Rosenberg (1974)* 1 f. – Das Gespräch führten u. a. Dieter Schuster und Heinrich Potthoff. Zur Verbitterung Bevins gegenüber den Deutschen siehe auch *Glees (1983)* 75.

nen aussprach, sich dabei an den Prinzipien einer rational-effizienten Lebensgestaltung orientierte, sich für die wissenschaftliche Planung der Ökonomie einsetzte, technischen Innovationen und wirtschaftlichen Rationalisierungen positiv gegenüberstand und damit Expertentum und modernes Management förderte. Vor allem in den 1950er Jahren sollte Rosenberg Positionen vertreten, die denen dieses Flügels in der Labour Party nahekommen. Der radikalistischen Tradition in der Partei, die besonders bei Intellektuellen anzutreffen war, und Nonkonformismus und Individualität betonte, dürfte Rosenberg hingegen ebenso fern gestanden haben wie einem gleichfalls anzutreffenden Sozialismusverständnis, das sich aus visionären, ethisch-christlichen oder säkularisiert-christlichen Anschauungen speiste.⁷¹³

Vor allem in der WEA, aber auch in der Fabian Society, der Labour Party und den Gewerkschaften dozierte Rosenberg vor allem über gewerkschaftliche Fragestellungen, über Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie über europäische Probleme.⁷¹⁴ Wenig wahrscheinlich ist, dass er sein britisches Publikum über die britische Arbeiterbewegung belehrte, geschweige denn, belehren konnte. Vermutlich referierte er, wie es in einem Zeitungsartikel von 1959 hieß, „als Lektor für mitteleuropäische Fragen“⁷¹⁵ über verschiedene Aspekte der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in Deutschland. Rosenbergs Kenntnisse über das nationalsozialistische Deutschland beruhten lediglich auf deutschen Presseberichten, weniger hingegen auf verlässlichen Berichten Dritter und schon gar nicht auf eigener Anschauung. Die Verbindungen zum gegenwärtigen Alltag in Berlin und im Reich waren beinahe vollständig abgerissen. Auch der Exulantenpresse, den Exulantenklubs oder den jährlichen Besuchen seiner Mutter ließen sich nur spärliche Informationen entnehmen. Wenig genug für eine Vortragstätigkeit. Dennoch bezeichnete sich Rosenberg 1945 als gut informiert über die Entwicklung der Arbeitsverwaltung der Nazis und der DAF.⁷¹⁶

Rosenbergs journalistisches Arbeitsfeld war von Anfang an breitgestreut, breiter auch als seine Vortragstätigkeit. So schrieb er nicht nur für die sozialistische oder Arbeiterpresse, sondern auch für Blätter des an politischem Einfluss verlierenden Liberalismus.⁷¹⁷ 1930 schlossen sich die letzten beiden großen liberalen Blätter Londons, die Daily News und

⁷¹³ Wittig 346 f.

⁷¹⁴ Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 2.

⁷¹⁵ Witt.

⁷¹⁶ Ludwig Rosenberg, Lebenslauf, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 34; in dem undatierten, zwischen Juni und Dezember 1945 verfassten Lebenslauf, der Gottfurcht der Vermittlung exulierter Gewerkschafter in Deutschland dienen sollte, heißt es, er sei „well informed of the development of all these subjects under the Nazi Labour Administration (such as DAF etc.)“.

⁷¹⁷ Ludwig Rosenberg, Curriculum Vitae, Febr. 1944, Bl. 2.

der Daily Chronicle, zum News-Chronicle zusammen, das 1935 eine Auflage von rund 1,3 Millionen Exemplaren erzielte. Politisch vertrat es ein „Programm freiheitlichen Fortschritts“, setzte sich für den Freihandel und das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Sinne des Völkerbundsgedankens ein. In diesem Sinne trat es auch für die Lockerung der Verpflichtungen Deutschlands nach dem Versailler Vertrag ein. Ob schon im Besitz von strenggläubigen Quäkern, den Familien Rowntree und Cadbury, zeigte sich das Blatt religiös tolerant und nonkonformistisch. Hinsichtlich der Aufbereitung der Themen folgte es nicht dem Massengeschmack.⁷¹⁸ Insofern zeigte es sich aufklärerischen Artikeln über Hitlers Drittes Reich recht aufgeschlossen. Namentlich gezeichnete Artikel Rosenbergs für das News-Chronicle sind ebenso wenig nachweisbar wie für andere Blätter, vermutlich suchte er auf diese Weise seine Angehörigen in Deutschland nicht unnötig in Gefahr zu bringen, hätten doch NS-feindliche Artikel zu Repressalien gegen seine Mutter und seinen Onkel, aber auch gegen seine Schwiegereltern führen können.

Ganz und gar im Gegensatz zum News-Chronicle wandelte sich der Daily Herald, zunächst eine Zeitung mit mäßigem Absatz im Besitz von Gewerkschaften und Labour Party, in das erfolgreichste britische Massenblatt der 1930er Jahre. Seit dem Erwerb der Aktienmehrheit an dem Blatt durch Odhams Press 1929 blieb zwar formell der Einfluss der Arbeiterbewegung gesichert, auch der Chefredakteur William Mellor blieb im Amt, doch nahm die Zeitung den Charakter eines „Boulevardblatt[es] mit leichtem sozialistischen Einschlag“ an und steigerte seine Auflage von 300000 Exemplaren 1930 auf über zwei Millionen im Jahre 1936.⁷¹⁹ Im Unterschied zum News-Chronicle dürfte das Massenblatt Daily Herald wenig Interesse an Meldungen über die Lage der Arbeiterschaft im nationalsozialistischen Deutschland gezeigt haben, sofern sie nicht den Rang einer Sensation erreichen konnten. In einem Lebenslauf von 1944 gibt Rosenberg nicht nur seine Mitarbeit für den Daily Herald an, sondern benennt auch Robert Fraser als Bürgen für seine Person.⁷²⁰ Fraser war von 1930 bis 1939 auf Vorschlag Harold Laskis Leitartikler des Daily Herald, bis er bei Kriegsbeginn in das Informationsministerium wechselte.⁷²¹

Das dritte Blatt hingegen, für das Rosenberg regelmäßig schrieb, das Wochenblatt Clarion, gehörte zwar seit 1934 ebenfalls zur heterogen strukturierten Odhams Press, dem auch konservative Zeitungen wie die

718 *Grünbeck* I 168 ff.

719 Ebd. 177 ff.

720 Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 3.

721 *Pragnell* 150.

Sonntagszeitung *The People* gehörten. Die Leserschaft des *Clarion* setzte sich jedoch augenscheinlich aus intellektuell interessierten Mittelschichtsbriten mit russophiler Neigung und höherem Einkommen zusammen – zahlreiche großformatige Immobilienanzeigen im Blatt bestätigen dies. Der *Clarion* erschien bei Odhams Press nur in 16 Ausgaben zwischen März und Juni 1934, ab Juli 1934 erschien er unter dem Namen *Weekly Illustrated* mit einer Auflage von einer mehr als einer Viertelmillion Exemplaren. Zu den regelmäßigen Autoren zählten prominente Linke wie Philip Noel-Baker, Sir Stafford Cripps und Ellen Wilkinson. Hier ließen sich regelmäßig Beiträge über aktuelle Entwicklungen in Deutschland, aber auch Rezensionen zu Büchern über den Nationalsozialismus und gar Artikel über die Lage deutscher Flüchtlinge in Großbritannien unterbringen.

Zwar lassen manche der namenlos veröffentlichten Artikel über Deutschland aufgrund ihrer sowjetfreundlichen und extremen SPD-feindlichen Grundhaltung Rosenberg kaum als Autoren in Frage kommen, doch spricht manches dafür, dass zumindest einige Beiträge aus seiner Feder stammten. So wenn sich ein als „German Refugee“ umschriebener Autor etwa über das Verhalten der deutschen Frauen unter dem Nationalsozialismus echauffiert. Offenen Auges hätten sie für ihre Rückkehr an den Kochtopf und für Hitler gestimmt. Die Republik und insbesondere die Sozialdemokraten hätten den Frauen alle Rechte gewährt, doch die Masse der Frauen hätten diese zurückgewiesen und stattdessen den Feind umarmt. Zugleich lässt der Autor auch die deutsche Linke nicht ungeschoren, sie hätte Sinn und Bedeutung der Hausarbeit für die Frauen unterschätzt, sie hätte fälschlicherweise Häuslichkeit und Interesse an öffentlichen Belangen als unvereinbare Gegensätze angesehen. Heute seien, so heißt es weiter, Frauen und Männer gleichermaßen für alles, was passiere, verantwortlich, partnerschaftliches Verhalten sei daher vonnöten. Wenn die Frauen jedoch ihre neue Rolle nicht wahrnähmen, die sie bei der Arbeit, in der Familie und bei der Bewahrung des Friedens einnehmen müssten, fielen sie zurück in Sklaverei und Terror.⁷²² Der implizierte Appell an die Frauen, die ihnen eingeräumten Rechte auch wahrzunehmen, den gegebenen Rahmen auch auszufüllen, deckt sich allzusehr mit Rosenbergs demokratietheoretischen Positionen und lassen ihn als wahrscheinlichen Autoren annehmen.

Trotz der journalistischen Mitarbeit an wenigstens drei großen britischen Blättern – die Labour Party und die Gewerkschaften verfügten

⁷²² Women are to Blame, declares a German Refugee, in: *Clarion* Nr. 7 vom 28.4.1934.

darüber hinaus zusammen über 25 Wochen- und über 120 Monatsblätter,⁷²³ von denen Rosenberg einige ebenfalls belieferte – konnten er und seine Frau von den Honoraren allein nicht leben. Und doch war es wohl weniger der Versuch, ein sicheres Einkommen zu erzielen, als Rosenberg begann, ein eigenes Blatt herauszugeben. Der British & Continental Information Service, dessen Herausgeberschaft und Chefredaktion er in seiner Person verband, verstand sich als antifaschistischer Pressedienst.⁷²⁴ Über seine Erscheinungsweise, seine Reichweite und seine Inhalte ist nichts bekannt, in Archiven und Bibliotheken ist er nicht nachgewiesen.

So hatte Rosenberg im Laufe seiner Tätigkeit als Journalist und Vortragsredner Kontakte zu zahlreichen führenden Persönlichkeiten der britischen Arbeiterbewegung knüpfen können. Neben Bevin, Cripps, Fraser und Wilkinson zählten auch Herbert Morrison, seit 1934 Vorsitzender des Londoner County Council,⁷²⁵ Ernest Green, Generalsekretär der WEA seit 1934,⁷²⁶ und Arthur Creech Jones, seit 1937 Vizepräsident der WEA,⁷²⁷ dazu. Diese Labour-Politiker, die vorwiegend der Parteilinken zugerechnet wurden und von vornherein engen Kontakt zu deutschen Flüchtlingen unterhielten, mussten auch später nicht erst an die Not der Flüchtlinge erinnert werden.⁷²⁸ Solche Verbindungen waren es, die Rosenberg auch in persönlicher Hinsicht überaus dienlich werden sollten, vor allem aber verhalfen sie ihm später dazu, ins Zentrum des deutschen gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Exils vorzustoßen.⁷²⁹

Rosenberg zeigte, wie wohl alle Exulanten, großes Interesse an den Vorgängen auf dem Kontinent. Beispielsweise wird er, als die österreichische Regierung unter Bundeskanzler Dollfuß, die in Anlehnung an

723 *Grünbeck* I 189.

724 Ludwig Rosenberg, Curriculum Vitae, Febr. 1944, Bl. 2.

725 Herbert Stanley Morrison, geboren 1888, ein hervorragender Parteiorganisator aus der Londoner Arbeiterschaft, war seit den 1920er Jahren Fraktionsführer der Londoner Labour Party. 1934 führte er die Partei an die Spitze der Stadtverwaltung im London County Council, dessen Vorsitzender er bis 1940 blieb. 1929 bis 1931 diente er im Labour-Kabinett unter MacDonald als Verkehrsminister, im Kriegskabinett unter Churchill seit Oktober 1940 als Minister für Inneres und Sicherheit und unter Attlee als Führer des Unterhauses und Vorsitzender des Geheimen Rates. 1959 ein letztes Mal als Außenminister tätig, starb er 1965, inzwischen zum Lord Morrison of Lambeth geadelt. *Morrison* 144 ff.

726 Zur Person Greens (1885–1977) siehe *The Highway. Jubilee 1903–1953 Issue* 241.

727 Ebd. 241. – 1940 wurde Creech Jones zum Staatssekretär für die Kolonien ernannt, zugleich fungierte er als Vorsitzender des Kolonialbüros der Fabian Society. *Cole* 267, 272.

728 *Sherman* 219.

729 Daneben sollen auch Kontakte zu liberalen und konservativen Politikern, ja zu Mitgliedern der Chamberlain-Regierung bestanden haben. *Gespräch mit Ludwig Rosenberg (1974)* 2.

den italienischen Faschismus ein autoritäres Regime zu errichten trachtete, im Februar 1934 die Arbeiterbewegung mit militärischen Mitteln auszuschalten versuchte und sich Verbände des republikanischen Schutzbundes in den Industriegebieten des Landes in tagelangen, letztlich vergeblichen Kämpfen zur Wehr setzten, wie viele Exulanten an den Juli 1932 in Preußen gedacht haben. Einst kampflose Kapitulation, jetzt wenigstens der Versuch einer energischen Abwehr. Was Wunder, dass sich in Rosenbergs Nachlass die Abschrift eines Gedichtes aus der Feder seines englischen Freundes Fred Young mit dem programmatischen Titel „Wien 1934!“ findet, deutlich hervorgehoben die pathetischen Worte „Freiheit und Leben in Kampf und Blut“.⁷³⁰ Abseits des Geschehens sah sich Rosenberg in die Rolle des Beobachters gedrängt, in London freilich von einer hervorragenden Position aus.⁷³¹ Dennoch meldete er sich nicht zu den Internationalen Brigaden, die zwischen 1936 und 1939 auf Seiten der Republikaner im Spanischen Bürgerkrieg gegen die spanischen Falangisten unter General Franco und ihre Unterstützer aus Deutschland und Italien kämpften – ohne militärische Ausbildung nahm er aber wohl auch Rücksicht auf seine Frau. Doch beteiligte er sich an den anfangs mit aller Leidenschaft geführten Diskussionen über die Gründe, die zum Scheitern der Weimarer Republik geführt hatten, über den Anteil, ja die Mitschuld der Arbeiterbewegung am Untergang der Demokratie.⁷³²

Blieb Rosenberg faktisch seit seiner Ankunft im Grunde mehr oder weniger arbeitslos und ohne regelmäßiges Einkommen,⁷³³ so verschlechterte sich seine wirtschaftliche Lage 1936 zusehends. Womöglich war das Interesse der britischen Arbeiterbewegung an den Problemen in Deutschland auf ein Minimum herabgesunken, sodass er nicht mehr zu Vorträgen eingeladen wurde. Jedenfalls sah er sich genötigt, abermals den ungeliebten Kaufmannsberuf zu ergreifen und als Vertreter einer Import-Export-Firma aus der Londoner City nach Portugal zu gehen, um so seinen Lebensunterhalt zu sichern. Hier versuchte er, portugiesischen Schneidern englische Stoffe nahe zu bringen, jedoch mit wenig Erfolg. Lakonisch heißt es über diese Zeit, dass er „wegen des Mangels an portugiesischen Sprachkenntnissen noch weniger verdiente als in

⁷³⁰ Fred Young, *Wien 1934!*, undatiert, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102. – Es ist dies das einzige Gedicht eines Dritten im Nachlass Rosenbergs.

⁷³¹ Vgl. *Schleifstein* 59.

⁷³² *Schuster* 28.

⁷³³ Rosenberg an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 14.12.1953, Bl. 2. – In einer Auflistung seines Einkommens, die sich gleichfalls in der Entschädigungsakte findet, führt Rosenberg die Einnahmen aus Vorträgen und Artikeln sowie die Überweisungen seiner Schwiegereltern nicht auf. Für den Zeitraum von Mai 1933 bis Mai 1937 gibt er an, kein Einkommen erzielt zu haben. Rosenberg an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 14.1.1956, Bl. 12.

England“.⁷³⁴ In zwei erhalten gebliebenen Gedichten beschrieb er seine widersprüchlichen Erfahrungen. „Mokka-Phantasien“ nannte er ein Klagelied auf seinen geringen Arbeitserfolg, auf sein Heimweh – nach Deutschland, nicht nach England –, auf die „Hoffnung auf das Morgen“.⁷³⁵ In dem Gedicht „Das Kapitel Portugal“, Goethes „Mignon“ mit der Titelzeile „Kennst Du das Land, wo die Zitronen blühen“ nachempfunden, beschrieb er abermals ein armes, schäbiges, heruntergekommenes Land, das aber trotz aller Armut ein höheres Maß an Zivilität aufweise als seine deutsche Heimat:

Kennst Du das Land, es ist bestimmt verschieden,
Man lässt Dich aber hier allein in Frieden,
Man fragt nicht nach der Omama, der guten,
Man kümmert nicht um Blasen sich und Tuten,
Und wenn man selbst von Ras Tafari stammte,
Wär keiner hier, der Dich deswegen verdammte –
Kennst Du das Land im Süden von Europa?
Hier bist Du Mensch trotz Oma und trotz Opa.

Dies kleine Land ist sicher fremd und eigen,
Es hat so manches aber uns zu zeigen.
Es achtet immerhin die schlichte Wahrheit,
Dass nicht die Kopfform macht des Geistes Klarheit,
Und das allein macht es civilisiert,
So dass man sich als Fremder fast geniert.⁷³⁶

Bereits nach einem halben Jahr kehrte er enttäuscht nach London zurück. Noch ein letztes Mal versuchte er sich ab Juni 1937 für gut zwei Jahre in seinem erlernten Beruf, schloss sich dem Kaufmann C. W. Higgins an und gründete mit ihm in St Martin's-le-Grand in der City of London unweit der St Pauls Cathedral eine eigene Firma, die sie nach dem römischen Gott der Kaufleute benannten. Als Partner der „Mercury British Agency Service Limited“ importierten sie südamerikanische Produkte wie Kaffee, Kakao und die Rinde des Chinarindenbaums, aus der Chinin, ein Fieber- und Malariamittel, gewonnen wurde. Erstmals erzielte er ein regelmäßiges Einkommen, das mit rund 80 Shillings oder vier £ pro Woche sogar über seinem letzten Verdienst bei der GDA lag.⁷³⁷

⁷³⁴ *Akademie Kontakte der Kontinente* 8.

⁷³⁵ Ludwig Rosenberg, Mokka-Phantasien, undatiert, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102.

⁷³⁶ Ludwig Rosenberg, Das Kapitel Portugal, undatiert, ebd. – Zuvor hatte bereits Erich Kästner 1928 in Anlehnung an Goethes Gedicht: „Kennst Du das Land, wo die Zitronen blühen“. Rosenbergs Nachdichtung fehlt freilich der satirische Zug Kästners.

⁷³⁷ Ludwig Rosenberg, Curriculum Vitae, Febr. 1944, Bl. 2; Rosenberg an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 14.1.1956, Bl. 12; *Akademie Kontakte der Kontinente* 8. – Ein Briefkopf der Firma findet sich auf der Rückseite eines Briefes von Rosenberg an Gottfurcht vom 18.2.1946. Unter Directors sind C. W. Higgins und L. Rosenberg aufgeführt, letzter mit dem Zusatz „German“. DGB-Archiv im

Zu den wirtschaftlichen Problemen des Exulantendaseins trat die Sorge um die Verwandten in Deutschland. Bis 1937 besuchte ihn seine Mutter jedes Jahr in London. Er versuchte mehrmals, sie zum Bleiben in Großbritannien zu überreden, doch ohne Erfolg. In einem Interview für die BBC schilderte er seine Bemühungen: „Ich versuchte, meine Mutter zu überreden, Deutschland zu verlassen. Sie besuchte mich mehrmals in Großbritannien, solange es möglich war, und ich bat sie inständig, zu bleiben und nicht zurückzukehren, aber sie antwortete, wie es viele dieser Leute taten, wir sind Deutsche, wir haben seit Jahrhunderten in Deutschland gelebt, wir sehen keinen Grund, weshalb wir hinausgehen sollten, das wird vorübergehen, das wird nicht so schlimm, wie du sagst, und so weiter.“⁷³⁸ Rosenberg versuchte, auch andere Verwandte zur Auswanderung zu bewegen.⁷³⁹ Aber nur von zwei Cousins ist bekannt, dass sie ihm folgten und daher die Shoah im Exil überlebten. Andere Verwandte hingegen hatten in den Niederlanden Zuflucht gesucht und waren später, nach dem Überfall der Wehrmacht im Frühjahr 1940, nach Auschwitz verschleppt worden.⁷⁴⁰

Was mag Hedwig Rosenberg veranlasst haben, die Beschwörungen ihres Sohnes, in Großbritannien zu bleiben, in den Wind zu schlagen? Sicher stand der ihr und ihrem Bruder noch verbliebene Wohlstand in einem deutlichen Kontrast zu den ärmlichen Verhältnissen, unter denen ihr Sohn mit seiner Frau in England leben musste. Auch wenn Benno Leyser sicher keine 30000 bis 40000 RM verdienen konnte, so hätten er und seine Schwester doch selbst mit einem Viertel der Einnahmen erheblich besser leben können als sein Neffe im Exil. Verdiente dieser doch selbst in den besten Jahren seines Exils, 1944 und 1945, umgerechnet gerade einmal 9000 RM. Hinzu trat ein weiteres Phänomen: Susanne Miller hat dieser psychologischen Erscheinung den treffenden Namen „Möbelkomplex“ gegeben, „die innere Hemmung, seine vertraute Umgebung und seinen [...] Besitz aufzugeben“.⁷⁴¹ Sprachschwierigkeiten mögen hinzugetreten sein. Ihr Bruder hingegen hatte

AdsD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 12. In diversen Porträts über Rosenberg heißt es davon abweichend, dass sein Partner ein Hamburger Kaufmann war, der gleich ihm geflohen war. Vgl. *Akademie Kontakte der Kontinente* 8. Die London Chamber of Commerce and Industry verfügt laut Schreiben vom 14.12.2001 nicht über Unterlagen zu einzelnen Firmen.

⁷³⁸ *BBC-Fernsehinterview (1973) 2*: „I tried to persuade my mother to come out of Germany. She visited me several times in Britain as long as that was possible, and I prayed to her to come to stay and not to go back, but she said, as a lot of these people said, we are Germans, we have been living in Germany for centuries, we don't see any reason why we should get out, this will go over, this won't be as bad as you say, and so on.“ Vgl. auch *Schuster* 29.

⁷³⁹ *Akademie Kontakte der Kontinente* 8.

⁷⁴⁰ Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bl. 7.

⁷⁴¹ *Miller (1976)* 166.

zwar sowohl den Englisch- als auch den Französischunterricht an der Schule mit guten Noten absolviert, doch auch seine Schulzeit lag beinahe vier Jahrzehnte zurück. Die Möglichkeit eines Anwalts, seine Fähigkeiten im Ausland anzuwenden, war ohnehin sehr begrenzt, galt doch insbesondere im angelsächsischen Raum ein der deutschen Rechtstradition zuwiderlaufendes Gewohnheitsrecht, das weniger auf kodifiziertem, sondern ungeschriebenem Recht gründete. Hedwig Rosenberg selbst hatte keinen Beruf erlernt, jedoch den Laden ihres Mannes in dessen Abwesenheit erfolgreich weitergeführt. Ohnehin hätte ihnen allein eine selbstständige Existenz, ob als Anwalt oder Händler, als beinahe einzig legale Beschäftigung im britischen Exil offengestanden.

Hinzu trat ein weiterer Beweggrund, Deutschland nicht zu verlassen. Norbert Elias, der mit Rosenberg die deprimierende Erfahrung teilt, dass es ihm trotz aller Überzeugungsversuche nicht gelungen war, seine Eltern, die ihn noch 1938 in London besuchten, zum Bleiben im Exil zu bewegen, erläuterte die Haltung der meisten deutschen Juden gegenüber dem Nationalsozialismus: „Ein Diktator, Hitler [...] man empfand wirklich Verachtung für ihn, und es war schlimm, daß dieser Mann nun regierte. Aber das bedeutet nicht, daß sich Menschen wie meine Eltern – oder auch ich, als ich [1935] durch Deutschland reiste – damals in akuter Lebensgefahr fühlten. [...] Ich höre noch wie heute die Worte meines Vaters: «Ich habe nie etwas Unrechtes getan. Was können sie mir tun?»“⁷⁴² Elias' Eltern – und mit ihnen auch Rosenbergs Angehörige – hatten trotz aller in Deutschland bereits erlittenen Demütigungen und Erniedrigungen die ihnen zugewiesene Außenseiterrolle nicht angenommen, ihr Selbstwertgefühl als deutsche Juden war noch immer nicht erschüttert.⁷⁴³ Auch Primo Levi, italienischer Jude und Auschwitz-Überlebender, bemühte sich, die deutschen Juden zu verstehen: „Bürgerlich in ihrem Habitus, beurteilten sie das, was um sie herum vorging, nach den Gesetzen herkömmlicher Logik. Ihr Versäumnis, rechtzeitig das Land zu verlassen, hatte nach Levis Ansicht primär darin seinen Grund, daß sie nicht zu begreifen, sich nicht vorzustellen vermochten, daß die Welt auf den Kopf gestellt war. Es war, als wären die Gesetze der Physik plötzlich außer Kraft gesetzt und Gegenstände, die man losließ, nach oben stiegen, anstatt auf den Boden zu fallen.“⁷⁴⁴

Als die Besuche seiner Mutter ab 1938 ausblieben, wagte es Rosenberg nicht, über das neutrale Ausland Verbindung mit ihr aufzunehmen,

⁷⁴² Voss 67 ff. – Elias' Vater starb 1940, seine Mutter wurde nach Auschwitz verschleppt. Ebd. 69.

⁷⁴³ Vgl. *Elias (1990)* 164 ff.

⁷⁴⁴ *Dippel* 45.

„um nicht durch solche Kontakte die Aufmerksamkeit der Gestapo auf sie zu lenken“.⁷⁴⁵ So blieb dem Sohn neben der Sorge um die eigene Existenz auch noch die völlige Ungewissheit über das Schicksal seiner Verwandten in Deutschland. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939, mit jeder siegreichen Eroberung durch die deutsche Wehrmacht und mit jedem Gerücht aus Deutschland steigerte sich die Sorge zur Angst.⁷⁴⁶

Nachdem der Kontakt abgerissen war, vermutete Hedwig Rosenberg ihren Sohn noch immer in Portugal.⁷⁴⁷ Doch dieser hatte die kaufmännische Tätigkeit schon bald wieder aufgegeben. Ende Juni 1939 zog er sich auch aus der Import-Export-Firma zurück und widmete sich wieder seiner Arbeit als Journalist und Vortragsredner, die er auch in den Jahren seiner kaufmännischen Existenz niemals aufgegeben hatte.⁷⁴⁸ Ob er es aus freien Stücken tat, weil die „nüchterne kaufmännische Tätigkeit [...] ihm nicht [behagte]“, sei dahingestellt.⁷⁴⁹ Ein anderes Motiv scheint der Wahrheit näher zu kommen, denn mittlerweile hatte sich die politische Situation der Flüchtlinge deutlich verändert. Mit dem so genannten Anschluss Österreichs im März, der erzwungenen Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich nach dem Münchner Abkommen im Oktober und der so genannten Reichskristallnacht im November 1938 stieg die Zahl der Flüchtlinge nun auch in Großbritannien deutlich an. Waren die ersten Exulanten noch vorwiegend wohlhabend oder berühmt und international renommiert,⁷⁵⁰ sodass sich Rosenberg angesichts seines geringen Einkommens eher isoliert gefühlt haben dürfte, so wurde nun der Kreis derer, die die Insel erreichten, breiter. Zugleich regte sich in der britischen Öffentlichkeit ein erneutes Interesse an den Vorgängen im Reich. Aus den rund 5000 politischen Exulanten bildeten sich erste Gruppierungen. Damit ergab sich für Rosenberg erneut eine realistische Möglichkeit, als Dozent und Journalist im Rahmen der Arbeiterbewegung tätig zu werden. Zwar schränkte er selbst ein, er „habe dann als freelance-Journalist für einige englische Zeitungen gearbeitet, mal diese, mal jene, die mir also zum Teil aus Freundschaft, zum Teil auch vielleicht – hoffentlich – der Qualität wegen etwas abgenommen

⁷⁴⁵ *Akademie Kontakte der Kontinente* 10.

⁷⁴⁶ Ob Mutter und Onkel nach der so genannten Reichskristallnacht am 9.11.1938 und dem Entzug der Zulassung als Rechtsanwalt im gleichen Monat noch zu fliehen versuchten, lässt sich nicht feststellen, ist aber unwahrscheinlich, da Rosenberg nichts davon berichtet, obschon eine Ausreise zu ihm nach Großbritannien die realistischste Chance geboten hätte.

⁷⁴⁷ Vermögenserklärung Hedwig Rosenbergs, 28.12.1942, Landesarchiv Berlin, OFP-Akte Benno Leyser, Bl. 12–19. – Ursprünglich hatte ihr Bruder, der die Vermögenserklärung ausfüllte, ein anderes Ziel des ausgewanderten Neffen angegeben, dieses jedoch durchgestrichen und dadurch unleserlich gemacht.

⁷⁴⁸ Ludwig Rosenberg, Curriculum Vitae, Febr. 1944, Bl. 2.

⁷⁴⁹ *Akademie Kontakte der Kontinente* 8.

⁷⁵⁰ *Strickhausen* 252.

haben“,⁷⁵¹ doch konnte er sich mit dieser Tätigkeit augenscheinlich über Wasser halten.

Mit dem Anwachsen der deutschen Exulantengruppe in Großbritannien ab 1938 rückte der anfangs noch in mancherlei Hinsicht eher randständige Rosenberg ins Zentrum des Geschehens. Zwar lebte Rosenberg weiterhin in Petts Wood im Londoner Südwesten weitab von den Wohnorten der meisten politischen und jüdischen Exulanten, die sich überwiegend in Hampstead, Edgware und Golders Green im Norden Londons niedergelassen hatten. In Petts Wood hingegen blieb Rosenberg von den übrigen Exulanten ein Stück weit isoliert, konnte sich aber besser als diese in die britische Gesellschaft integrieren. Jedoch gelang es ihm nun trotz der räumlichen Distanz, Verbindungen zu sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führungspersönlichkeiten zu knüpfen, die ihm wenig später, nach Kriegsende, sehr zupass kommen sollten. Zu einer der maßgeblichen Schaltstellen des Exils wurde London erst mit der Auflösung der Pariser Exilleitung der SPD, der Sopade, infolge der Kapitulation Frankreichs im Juni 1940, doch schon zuvor, vor allem seit 1938, hatten hochrangige Gewerkschafter und Sozialdemokraten britischen Boden betreten, so um die Jahreswende 1939/1940 Hans Vogel, nach dem Tod von Otto Wels im September 1939 Vorsitzender der SPD, und Erich Ollenhauer, Mitglied des Exilvorstands der SPD. Schon früh lernte Rosenberg Hans Gottfurcht kennen, der nach mehrjähriger illegaler Gewerkschaftsarbeit in Deutschland 1937 verhaftet worden war und im Juli 1938 über Amsterdam nach London fliehen konnte.

Gottfurcht übernahm alsbald die Leitung des Londoner Landesverbandes der ADG, der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften, die den alten freigewerkschaftlichen Dachverband, den ADGB, im Exil weiterführen sollte. Die ADG hatte sich 1935 gegründet, zunächst unter Leitung des früheren Funktionärs des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Heinrich Schliestedt. Nach dessen Tod 1938 übernahm der frühere Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Fritz Tarnow, im dänischen, später im schwedischen Exil dessen Funktion. Aufgabe der ADG war es, die Weltöffentlichkeit über die Zustände im nationalsozialistischen Deutschland aufzuklären und die Bildung einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung vorzubereiten. An der Politik der ADG entzündete sich massive Kritik, deren Wortführer Walter Auerbach war, der für die Zentrale der Internationalen Transportarbeiter-Föderation ITF arbeitete, die 1939 ihren Sitz nach London verlegte. Auerbach warf der ADG vor, die illegale Arbeit im Reich nur mangelhaft gegen Spitzel

⁷⁵¹ SWF-Rundfunkinterview (1973) 10.

der Gestapo abgesichert zu haben. Darüber hinaus richtete sich seine Kritik gegen die Absicht der ADG, nach dem Ende des Dritten Reiches die alte ADGB-Spitze wieder in ihre Funktion einsetzen zu wollen. Gottfurcht, der mit der illegalen Arbeit in Deutschland bestens vertraut war, teilte Auerbachs Position und stand der ADG skeptisch gegenüber. Er zog daraus die Konsequenz, eine neue, von den alten Strukturen unabhängige Gewerkschaftsgruppe in Großbritannien zu gründen, die sich im Herbst 1939 den umständlichen Namen „Londoner Vertretung der Freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-gewerkschaften (ADGB-AFA-ADB)“ gab. Ohne Gottfurchts Zutun erkannte die ADG die Vereinigung als ihre Vertretung für das Inselreich an.⁷⁵²

Anders als es der Name der neuen Organisation vermuten lässt, machte sich Gottfurcht, der über gute Verbindungen zur ITF, aber auch zum Internationalen Gewerkschaftsbund und zum Trade Union Council verfügte, von vornherein daran, auch Angehörige der früheren christlichen und liberalen Gewerkschaften einzubeziehen. Schließlich verhandelte Gottfurcht auch mit Vertretern der kleinen sozialistischen Gruppierungen – der Sozialistischen Arbeiterpartei und der Gruppe Neu Beginnen –, um die Grundlage einer Einheitsgewerkschaft zu schaffen, die jeden deutschen Gewerkschafter in Großbritannien, unabhängig von seiner politischen oder weltanschaulichen Ausrichtung, aufnehmen sollte. Einzig die Kommunisten, die die sozialdemokratischen Exulanten auf der Insel an Zahl weit überrundeten, blieben weiterhin außen vor. Die Isolierung der KPD-Mitglieder lag – neben den traditionellen Rivalitäten – zweifelsohne vor allem im so genannten Nichtangriffsvertrag begründet, den die Sowjetunion im August 1939 mit Nazi-Deutschland geschlossen hatte. Erst nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 entspannte sich die Lage, von nun an wurden auch kommunistische Gewerkschafter in die Nachfolgeorganisation der Londoner Vertretung aufgenommen, mit Ausnahme der früheren Funktionäre der Revolutionären Gewerkschaftsopposition.⁷⁵³ Um die Konflikte zwischen den Vertretern der verschiedenen weltanschaulichen und politischen Anschauungen gering zu halten und zugleich eine wirkungsvolle Gewerkschaftsarbeit leisten zu können, suchte Gottfurcht, parteipolitische Debatten zu vermeiden, was ihm auch weitgehend gelang.⁷⁵⁴

In der Gründungsphase der Londoner Vertretung muss Gottfurcht auch auf Rosenberg zugekommen sein. Zwar heißt es von letzterem stets, er sei 1941 in die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in

⁷⁵² Röder (1973) 54 ff.

⁷⁵³ Ebd. 58; Oppenheimer 242; Bouvier XIV; Eiber (1998) CLII ff.

⁷⁵⁴ Röder (1973) 58.

Großbritannien eingetreten, doch war er bereits Mitglied ihrer Vorgängerorganisation, der Londoner Vertretung.⁷⁵⁵ Gottfurcht und der sieben Jahre jüngere Rosenberg verstanden sich augenscheinlich von Anbeginn gut, über die Aufgaben des Exils hätten beide, wie es heißt, bereits in ihrer ersten Unterredung weitgehende Übereinstimmung gefunden. Gottfurcht berichtete später, dass Rosenberg zu den wenigen Exulanten gehört habe, die nicht unter dem Schock der deutschen Katastrophe, den erlittenen Verfolgungen und Leiden und der Heimatlosigkeit gelitten hätten.⁷⁵⁶ Im Gegenteil habe er es verstanden, sich für eine Sache einzusetzen, „Rosenberg“, so Gottfurcht, „war beredsam und mutig, von seiner guten Sache überzeugt, von so bestechender Ehrlichkeit, daß sein Wort auch dort gehört wurde, wo andere erfolglos blieben.“⁷⁵⁷ Am 9. Februar 1940, auf ihrer zweiten Versammlung im Transport House, dem Sitz der britischen Transportarbeitergewerkschaft, diskutierte die Londoner Vertretung ausführlich Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften nach dem Ende des Nationalsozialismus. Während der Gedanke der Einheitsgewerkschaft einhellig Unterstützung fand, wurde das Problem der Zwangsmitgliedschaft kontrovers angegangen. Ein Teil der Redner lehnte die Zwangsmitgliedschaft nach dem Vorbild der DAF ab und ging davon aus, „daß zwangsorganisierte Mitglieder keine Kämpfer sind“. Andere plädierten ebenso vehement für die Zwangsmitgliedschaft, da sie „unproletarische Drückerbergerei“ unterbinde und die Gewerkschaften zu einer maßgeblichen Kraft im Staat werden lasse. Gottfurcht nannte die strittige Frage „ein zweiseitiges Problem“, da eine Zwangsmitgliedschaft auch Einfluss auf die Sozialgesetzgebung erlaube, zwischen Demokratie und Zwangsgewerkschaft könne er keinen Widerspruch erkennen. Auch Rosenberg meldete sich zu Wort und sprach sich „gegen Konkurrenzkampf der Gewerkschaftsrichtungen untereinander“ aus, stattdessen sei die Einheitsgewerkschaft notwendig. Die Frage der Zwangsmitgliedschaft hänge für ihn „von der politischen Grundlinie“ ab.⁷⁵⁸

Die Zahl der SPD-Mitglieder auf der Insel blieb gering, im Frühjahr 1939

⁷⁵⁵ Im *SWF-Rundfunkinterview (1973)* 11, heißt es beispielsweise: „Wir haben in England sofort eine Gruppe deutscher Gewerkschafter gegründet und später auch eine Gruppe deutscher Sozialdemokraten in England.“ Die sozialdemokratische Mitgliederorganisation, die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“, wurde jedoch erst im Februar/März 1941 etwa zeitgleich mit der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter gegründet. An anderer Stelle sagt Rosenberg: „Also in England bestand schon seit dem Kriege und etwas vorher eine Gruppe deutscher Gewerkschafter.“ *Gespräch mit Ludwig Rosenberg (1974)* 1. Da die ADG keine Mitgliederorganisation war, kann hier nur die Londoner Vertretung gemeint sei, die zwar nach Kriegsbeginn, jedoch noch vor dem eigentlichen Kriegseintritt Großbritanniens gegründet wurde.

⁷⁵⁶ *Schuster* 32.

⁷⁵⁷ Zitiert nach ebd. 33.

⁷⁵⁸ *Quellen zur Geschichte V* 688–690.

sollen es nur 50 deutsche Sozialdemokraten gewesen sein, von denen fast alle in London lebten. Bis Anfang 1941 stieg ihre Zahl auf 160, davon im Raum London etwa 60 Mitglieder. Demgegenüber zählten die sudetendeutschen Sozialdemokraten 1200 und die deutschen Kommunisten immer noch 300 Mitglieder.⁷⁵⁹ Zwar bestand in London seit Ende 1938 eine Landesvertretung der deutschen Sozialdemokraten, die von Wilhelm Sander geleitet wurde, doch war sie keine Mitgliederorganisation, sondern lediglich die Vertretung der Sopade in Großbritannien, der allein sie unterstand.⁷⁶⁰ Sander stieß bald auf eine ähnlich kritische Grundhaltung unter den exulierten deutschen Sozialdemokraten in Großbritannien, wie sie die ADG erfahren hatte. Insbesondere lehnten sie in ihrer Mehrheit die so genannte „lebenslängliche Treuhänderschaft“ der Sopade ab, die ihren Führungsanspruch auf einen Auftrag des letzten SPD-Parteivorstandes vor dem Verbot der Partei in Deutschland zurückführte.⁷⁶¹

Statt auf Weisung der Sopade zu warten, schloss sich ein Teil der Londoner Sozialdemokraten um 1938/1939 zu einem informellen Kreis zusammen, der die Wiedereinsetzung des alten Parteiapparates ebenso ablehnte wie er die Bildung einer vereinigten deutschen Arbeiterpartei verfocht, die man sich nur als Teil einer neuen europäischen Arbeiterbewegung vorstellen konnte. Schließlich forderten etwa 40 der rund 60 Londoner Parteimitglieder im Januar 1940, eine Ortsgruppe zu bilden, um den Einfluss der Sopade gering zu halten.⁷⁶² Ob Rosenberg den Treffen, die im Österreichischen Klub in Hampstead abgehalten wurden, beiwohnte, lässt sich anhand der Quellen nicht rekonstruieren. Ebenso lässt sich nichts darüber aussagen, ob er etwa zu den in London relativ stark vertretenen Anhängern des früheren Bundesführers des Reichsbanners, Karl Höltermann, zählte. Angesichts seiner früheren engen Bindung an diese Organisation erscheint dies zumindest nicht unwahrscheinlich. Im Verlaufe des Jahres 1939 jedoch sank Höltermanns Einfluss auf seine deutschen Genossen ebenso wie auf die britische Labour Party.⁷⁶³

Insgesamt, so drängt es sich auf, hielt sich Rosenberg aus partei- und gewerkschaftsinternen Auseinandersetzungen weitgehend heraus. Seine Sorge galt zuvörderst der Frage, wie er den Lebensunterhalt für sich und seine Frau bestreiten könnte. Dies jedoch konnte und wollte er nicht innerhalb der deutschen Exulantenorganisationen tun, hier waren

⁷⁵⁹ *Appelius* 214; *Röder* (1973) 27.

⁷⁶⁰ Ebd.; *Grasman* 35.

⁷⁶¹ *Röder* (1973) 32.

⁷⁶² Ebd. 32 f.

⁷⁶³ Zu Höltermann siehe ebd. 31 f.

die Erwerbsmöglichkeiten zu gering und die Konkurrenz zu groß. Außerhalb der kleinen Exulantengemeinde standen ihm weit erfolgversprechendere Möglichkeiten zur Verfügung. Freilich hatte Rosenberg dazu den nach ihm kommenden Exulanten einiges voraus. Ihm hatten fünf Jahre zur Verfügung gestanden, um seine sprachlichen Fertigkeiten vervollkommen und sich der englischen Mentalität anpassen zu können, tiefere Einblicke in die britische Arbeiterbewegung zu gewinnen und vor allem Kontakte zu maßgeblichen Stellen in Politik, Gewerkschaften und Verwaltungen, zu manchen bedeutenden und führenden Persönlichkeiten der britischen Arbeiterbewegung zu knüpfen.

Interniert auf der Isle of Man

Doch zunächst begann im September 1939 mit dem Eintritt Großbritanniens in den Zweiten Weltkrieg ein anderes Kapitel für die Flüchtlinge vom Kontinent. Unabhängig davon, ob sie sich schon vor Jahrzehnten im Vereinigten Königreich niedergelassen hatten, ob sie aus politischen oder rassistischen Gründen aus dem deutschen Herrschaftsbereich geflohen waren oder ob sie als Vertreter deutscher Firmen in Großbritannien tätig waren, galten alle Deutschen und Österreicher als „enemy aliens“, als feindliche Ausländer. Doch während im Ersten Weltkrieg die überwiegende Mehrzahl der männlichen Feindausländer für die gesamte Dauer des Kriegs interniert worden war, reagierten die Behörden diesmal gelassener. Nach einer bereits im Frühjahr 1959 getroffenen Anweisung des Home Office wurde nur eine geringe Anzahl notorischer Sympathisanten des Nationalsozialismus interniert, während die meisten so genannten Feindausländer, das waren in der übergroßen Mehrheit Flüchtlinge, sich einer Befragung durch ein Aliens Tribunal unterziehen mussten.⁷⁶⁴

120 solcher Tribunale, über das ganze Land verteilt, zusammengesetzt aus Friedensrichtern, pensionierten Offizieren und Polizeibeamten, hatten zwischen September 1939 und März 1940 über die Zuverlässigkeit der rund 73800 Feindausländer zu befinden. Diese erhielten zuvor einen Brief der örtlichen Polizeidienststelle, in dem sie aufgefordert wurden, zu einem bestimmten Termin vor dem Tribunal zu erscheinen, das zu meist in einem öffentlichen Gebäude, einer Schule oder einer Stadthalle, tagte. Da die Flüchtlinge oftmals der englischen Sprache nicht mächtig waren, war es ihnen erlaubt, einen Freund oder Vertrauten als Dolmetscher heranzuziehen und Bestätigungen angesehener britischer Bürger beizubringen. Das Home Office hatte den Tribunalen Entschei-

⁷⁶⁴ Fox (1992) 419; Leighton-Langer 21 f.

dingshilfen an die Hand gegeben, sie sollten die Fremden einer von drei Kategorien zuordnen. Kategorie A umfasste die „high security risks“, die Hochsicherheitsrisiken, die sofort zu internieren seien, weniger als ein Prozent erhielten diesen Status. In die Kategorie C sollten „no security risks“ eingestuft werden, die als zuverlässig und loyal gelten konnten und keinerlei Auflagen unterliegen sollten. Die meisten von ihnen erhielten außerdem den Status „refugees from Nazi oppression“, der sie als Flüchtlinge vor dem Nazi-Terror auswies. Um den Tribunalen einen gewissen Ermessensspielraum zu geben, wurde die Kategorie B für „doubtful cases“, für Zweifelsfälle eingeführt. Etwa zehn Prozent der Feindausländer galten als zweifelhaft, sie blieben in Freiheit, unterlagen jedoch fortan einer verschärften Meldepflicht, durften weder Fotoapparate noch Ferngläser oder Landkarten besitzen und benötigten für Reisen über fünf Meilen von ihrem Heimatort hinaus eine polizeiliche Erlaubnis.⁷⁶⁵

Obschon die Flüchtlingsorganisationen Verbindungsleute benennen konnten, die an den Sitzungen der Tribunale teilnehmen durften, konnte dieser Umstand doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es den Mitgliedern der Tribunale oft schon an der geringsten Sachkenntnis über die Lage in Deutschland und die Situation der Flüchtlinge mangelte. Das führte dazu, dass sich viele Tribunale über die Anweisungen des Ministeriums hinwegsetzten und, von den wenigen eindeutig als belastet eingestuften Fremden abgesehen, übermäßig häufig, in einigen Tribunalen gar ausschließlich von der Kategorie B Gebrauch gemacht wurde und dass mancherorts alle Besitzer eines PKW in Kategorie C, anderenorts alle Arbeitslosen in Kategorie B einsortiert wurden. Ebenso brandmarkten einzelne Tribunale alle politischen Flüchtlinge, zumeist Sozialisten und Kommunisten, andere Tribunale alle nicht-jüdischen Flüchtlinge als Zweifelsfälle.⁷⁶⁶

Als solche Fehlentscheidungen in der interessierten Öffentlichkeit ruckbar wurden, lenkte das Home Office ein und gab neue Anweisungen. Da die Ausländer in alphabetischer Reihenfolge vorgeladen wurden, konnten diejenigen davon profitieren, deren Nachname weit hinten im Alphabet stand.⁷⁶⁷ Doch obschon Rosenberg daraus hätte Nutzen ziehen können, wurde er in seiner Anhörung als zweifelhaft eingestuft. In sei-

⁷⁶⁵ *Stent* 35 ff.; *Gottlieb* 167.

⁷⁶⁶ *Gillman* 44 f.; *Lafitte* 63 f. – Manche Exulanten, wie der Wirtschaftshistoriker und Kommunist Jürgen Kuczynski und der Publizist Sebastian Haffner, wurden gar der Kategorie A zugeteilt, in Warner's Camp in Seaton im südenglischen Devonshire interniert und nach Protesten wieder entlassen. Mit Beginn der Masseninternierungen wurde Haffner erneut verhaftet, Kuczynski jedoch nicht. Um Kuczynskis Entlassung hatte sich neben anderen der Labour-Politiker und Politikwissenschaftler Harold Lasky engagiert. *Seyfert* 159 f.; *Kuczynski* 360 ff.

⁷⁶⁷ *Stent* 37.

nen autobiografischen Quellen nimmt die Beschreibung des Ablaufs vor dem Tribunal in Bromley breiten Raum ein. Danach habe er auf die Frage „Hassen Sie die Deutschen?“, gestellt von einem jungen Mann – „ein Richter oder irgend so ein Jurist“ –, zur Antwort gegeben: „Eine komische Frage! Ich hasse die Nazis, aber nicht die Deutschen; denn ich bin ja selbst einer.“ Zwar gab er im Nachhinein zu, „gewiß unklug“ geantwortet zu haben, doch „[v]ielleicht reizte mich die Art dieser Tribunale mit ihren grotesken Fragen überhaupt und ließ mich vor den seltsamen Richtern widerborstig werden. Denn diese Fragen verrieten einen merkwürdigen Mangel an Psychologie und forderten geradezu zum Widerspruch heraus.“ Wenn er jedoch im weiteren Fortlauf seiner Beschreibung vermutet, das Tribunal habe „[i]n jedem Emigranten, auch dem rassistisch Verfolgten, [...] ein Mitglied der «Fünften Kolonne» [gewittert]“,⁷⁶⁸ so greift er der Zeit voraus, denn zum Zeitpunkt des Tribunals konnte von einer hysterischen Grundstimmung in Großbritannien noch keine Rede sein.⁷⁶⁹ Eher steht zu vermuten, dass die zumeist konservativen Mitglieder der Tribunale Schwierigkeiten hatten, eine derart gebrochene Loyalität, wie sie für die deutschen Flüchtlinge typisch war, zu verstehen, wie sie auch den Krieg noch zu sehr als eine Auseinandersetzung zwischen verfeindeten Nationen begriffen und nicht als einen Kampf zwischen dem antidemokratischen, autoritären Lager und dem der demokratischen Toleranz und des sozialen Fortschritts, wie es François Lafitte, Autor der ersten Studie über die Internierung der Fremden, formulierte.⁷⁷⁰ Rosenberg vertrat die Ansicht, „daß es nicht ein Krieg von Völkern gegeneinander sei, sondern ein internationaler Bürgerkrieg der Unterdrückung gegen die Freiheit“.⁷⁷¹

Als so genannter Feindausländer mit zweifelhafter Loyalität gegenüber dem Commonwealth unterlag Rosenberg nunmehr der Polizeiaufsicht und musste ein „Police Registration Book“ führen.⁷⁷² Zwar räumte das Ministerium im Februar 1940 den Zweifelsfällen die Möglichkeit ein, ihren Fall vor einem von zwölf regionalen Komitees untersuchen zu lassen, doch hatten die wenigsten Betroffenen davon Kenntnis erlangt.⁷⁷³ Ohne eine Ausnahmegenehmigung hätte Rosenberg von seinem Wohnort in Petts Wood aus nicht einmal die Londoner City erreichen

768 *Akademie Kontakte der Kontinente* 9; *SFB-Rundfunkinterview (1969)* 3. Die Beschreibung des Verlaufs der Verhandlung vor dem Tribunal findet sich auch in einer älteren Quelle: Rosenberg an Entschädigungsbehörde, 14.12.1953, Bl. 2 f.

769 Hier irrte sich Rosenberg ganz offensichtlich. Im *SFB-Rundfunkinterview (1969)* 3, nennt Rosenberg die Tribunale wiederum „eine Konsequenz, die sich entwickelte, als die Deutschen in Holland einfielen und dort eine sogenannte 5. Kolonne entdeckt wurde, die ja tatsächlich bestand“.

770 *Lafitte* 11.

771 Zitiert nach *Schuster* 33.

772 *Appellius* 242. – Alle feindlichen Ausländer wurden polizeilich registriert.

773 *Stent* 40.

können, obschon er wenige Meter von einer Bahnstation entfernt wohnte, von der aus er bequem bis zur Station London Bridge südlich der Themse unweit der City fahren konnte. Wie Rosenberg angesichts einer derart eingeschränkten Bewegungsfreiheit als Dozent in der gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung tätig bleiben konnte, bleibt unklar. Womöglich verhalf ihm eine Bescheinigung der oppositionellen Labour Party zu einer lockereren Handhabung der Bestimmungen seitens der Beamten. Von der sich inzwischen eröffnenden Möglichkeit, in der britischen Rüstungsindustrie zu arbeiten, wie es inzwischen zahlreiche Flüchtlinge taten,⁷⁷⁴ machte Rosenberg augenscheinlich keinen Gebrauch.

Die Integration der Exulanten in die britische Gesellschaft, vor allem vermittelt über den Arbeitsmarkt, hatte gerade erst begonnen, da beendete der Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Dänemark und Norwegen im April und der Beginn des Westfeldzuges gegen die Niederlande und Belgien im Mai 1940 den so genannten „phoney war“, den Scheinkrieg, in den Großbritannien zwar eingetreten, an dem es jedoch kaum militärisch beteiligt war. Als die überfallenen Länder nach kurzem Kampf kapitulieren mussten und nunmehr Frankreich unmittelbar bedroht war, ließ sich die Appeasement-Politik der Regierung Chamberlain nicht länger fortführen. Am selben Tag, an dem der Westfeldzug begann, am 10. Mai 1940, übernahm Winston Churchill als Vertreter eines unnachgiebigen Kurses gegenüber Hitler auf Druck der Öffentlichkeit und der oppositionellen Labour Party hin die Regierungsgeschäfte und bildete sogleich ein Kriegskabinet, das neben den Konservativen auch Politiker der Labour Party und der Liberalen umfasste. Zu den ersten Maßnahmen des Kabinetts zählte – nicht zuletzt auch zum Schutz der Ausländer vor dem zu erwartenden Zorn der Briten – der Beschluss, alle männlichen Feindausländer zwischen 16 und 60 Jahren zu internieren, sofern sie in den bei einem deutschen Angriff besonders gefährdeten Küstengebieten in Nord- und Ostschottland und im Osten und Süden Englands lebten. In den folgenden Wochen wurde der Personenkreis der zu internierenden Ausländer mehr und mehr ausgeweitet, bis schließlich nach einer Anweisung vom 31. Mai fast alle männlichen und ein Großteil der weiblichen Ausländer auf unbestimmte Zeit in Haft genommen wurden.⁷⁷⁵

Den Hintergrund dieser panikartigen Maßnahmen bildete eine fremdenfeindliche Hysterie in Teilen des Militärs und der Geheimdienste, die in den Ausländern Angehörige einer potenziellen „5. Kolonne“ zu er-

⁷⁷⁴ Fox (1992) 420; Gottlieb 168.

⁷⁷⁵ Ebd. 168.

kennen glaubten, die mit dem Beginn einer deutschen Invasion auf die Insel Sabotage gegen die Briten betreiben und den Angreifern zum Sieg verhelfen könnte.⁷⁷⁶ Zwar gab es in Norwegen wie auch in den Niederlanden solche einheimischen Unterstützer der Nazi-Okkupanten; der bekannteste wurde der Norweger Vidkun Quisling, der dem Phänomen der Quislinge den Namen geben sollte. Doch wurde die Gefahr, sofern sie von Ausländern ausgehen sollte, maßlos übertrieben, während zugleich die eigene faschistische Bewegung Mosleys, die British Union of Fascists, im gleichen Maße unterschätzt wurde, obschon auch sie keine ernsthafte Gefahr für die innere Sicherheit des Landes darstellte.⁷⁷⁷ Interessanterweise waren es dieselben Blätter, die in den 1930er Jahren dem Nationalsozialismus unverhohlen mit Sympathie begegnet waren und die auf diese Weise Mosleys Partei ein öffentliches Forum verschafft hatten, die nun die patriotische Karte ausspielten und ihre Leser gegen die dem Nazi-Regime entronnenen Flüchtlinge mobilisierten.⁷⁷⁸

Am 22. August des gleichen Jahres der britische Innenminister, Home Secretary Sir John Anderson, vor dem Unterhaus, die Internierung sei auf Betreiben der Militärführung erlassen worden, es seien zwar bedauerliche Fehler gemacht worden, doch sei die Maßnahme im Ganzen notwendig gewesen und müsse auch weiterhin aufrecht erhalten bleiben. In Anbetracht der Kritik an der Internierungspraxis beschloss das Kabinett jedoch, die Zuständigkeit für die Internierungslager, die bisher in den Händen des War Office, des britischen Kriegsministeriums, gelegen hatte, dem Home Office zu übertragen.⁷⁷⁹ Die Tatsache, dass es unter den maßgeblichen Stellen unterschiedliche Ansichten über die Internierung der Flüchtlinge gab und dass im Wesentlichen der frühere Premierminister Chamberlain, der zunächst bis Oktober 1940 im Kabinett verblieb, seinen Einfluss geltend machte, war offenbar auch schon den Zeitgenossen bekannt, so kreierte Kurt Hiller die Internierung nicht der Regierung an, sondern sah darin „diese etwas drastische, diese offenkundig von ein paar ignoranten Militärs dem Churchillkabinett abgepreßte Narrentat“.⁷⁸⁰ Der Historiker und Schriftsteller Walter Laqueur, selbst vor dem Nationalsozialismus ins Ausland geflohen, nennt die 5. Kolonne zu Recht ein „reines Phantasieprodukt“.⁷⁸¹ Flüchtlinge

776 Seyfert 163; Julius Carlebach, Einführung, in: *Leighton-Langer 7; Laqueur 294.*
777 Sir Oswald Mosley, geboren 1896, vertrat zunächst ab 1918 die Konservativen und von 1926-31 die Labour Party im Unterhaus, bevor er 1932 die British Union of Fascists gründete, die 1940 verboten wurde. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg blieb er politisch auf der äußersten Rechten aktiv. Er starb 1980.
778 Seyfert 160.
779 Ebd. 171.
780 Hiller (1969) 337.
781 Laqueur 294.

einzusperren, die als Juden in Deutschland einer massiven Sondergesetzgebung unterlagen – die Shoah hatte noch nicht begonnen –, politische Oppositionelle, denen die Einweisung in ein Konzentrationslager drohte, ja teils schon eingesperrt waren, obschon ihre Loyalität gegenüber den Briten zuvor bereits attestiert worden war, war politisch dumm und kriegswirtschaftlich kontraproduktiv. So fanden sich sofort Persönlichkeiten wie der Erzbischof von Canterbury oder der Schriftsteller Herbert George Wells, die scharfen Protest einlegten, jedoch zunächst ohne Erfolg.⁷⁸²



Abbildung 27: Warth Mills – Faksimile einer Zeichnung Michael Schrecks (1940)

Seine Kontakte zu prominenten Gewerkschaftern und Labour-Politikern, von denen einige unterdessen Mitglieder des Kabinetts Churchill geworden waren, ersparten Rosenberg die Internierung keineswegs.⁷⁸³ Er gehörte zu den ersten, die bereits am 16. Mai 1940 – die Arretierung der zweifelhaften Feindausländer der Kategorie B hatte erst am Vortag begonnen – in den frühen Morgenstunden von der örtlichen Polizei in Bromley abgeholt⁷⁸⁴ und in ein improvisiertes Aufnahmelager im Kempton Park Race Court südwestlich von London gebracht wurden.

⁷⁸² Gottlieb 169; Hiller (1950) 99.

⁷⁸³ Anderen politischen Exulanten wie dem früheren Reichsbannerführer Karl Hölttermann oder den prominenten Sozialdemokraten Bernhard Menne und Wilhelm Sander, die allesamt über hervorragende Kontakte verfügten, blieb die Internierung hingegen erspart. Seyfert 164, Anm. 39.

⁷⁸⁴ Rosenberg an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 14.12.1953, Bl. 2.

Das Gelände der vorübergehend stillgelegten Pferderennbahn diente als Hauptsammelstelle für die Feindausländer aus Südeuropa. Hier wurden die Flüchtlinge in Stallungen und Gebäuden untergebracht und von Grenadieren bewacht, die den rauhen Umgangston des Kasernenhofs gewohnt waren und wenig Verständnis für die teils eingeschüchterten, teils aufbegehrenden Fremden aufbringen konnten.⁷⁸⁵ Nach der Gepäckkontrolle und der Konfiszierung aller Bücher und Zeitungen sowie potenziellen Waffen wie Taschenmesser, Gabeln, Löffel und Rasierklingen wurden die Internierten registriert und ihnen die Pässe und Visa abgenommen.⁷⁸⁶ Die Flüchtlinge waren von der Außenwelt isoliert, sie durften zunächst weder Briefe empfangen noch schreiben, sodass die Angehörigen ohne Nachricht blieben.⁷⁸⁷ In jedem Raum – so schilderte der deutsche Gewerkschafter Richard Broh die Zustände auf der Rennbahn – lagen 100 Männer ohne Mobiliar mit zwei Decken auf dünnen Matratzen.⁷⁸⁸

Von Kempton Park aus wurde Rosenberg mitsamt den mit ihm Arretierten⁷⁸⁹ zunächst in ein weiteres Durchgangslager in der Nähe des mittelenglischen Industriezentrums Manchester gebracht. Hier in Warth Mill in der Nähe der Stadt Bury nördlich von Manchester, dem mit Abstand schlimmsten Internierungslager,⁷⁹⁰ wurden die Internierten in einer lange schon stillstehenden Baumwollspinnerei untergebracht, „in der das Holz der Fußböden vermoderte und Maschinenteile herabzufallen drohten, und in der die Wasserversorgung und die sanitären Anlagen mehr als primitiv waren“.⁷⁹¹ Die meisten Internierten mussten auf dem Boden schlafen, zugedeckt mit von Ungeziefer verseuchten Decken, während nachts um sie herum Ratten aktiv wurden.⁷⁹² Die katastrophalen Bedingungen in Warth Mill waren Ausdruck der ungeheuren Eile, unter denen die Internierung vor sich ging, sodass es dem Home Office kaum möglich war, geeignete Plätze zu finden und als Lager her-

785 *Stent* 142.

786 *Friedenthal (1956)* 38. – Friedenthal verdichtete seine Erfahrungen als Internierter 1956 in seinem Roman „Die Welt in der Nußschale“. Nach einem kurzen Aufenthalt in Kempton Park wurde er in ein improvisiertes Zwischenlager in Shropshire und anschließend auf die Isle of Man in das Hutchinson Camp in Douglas verbracht, das bei ihm den Namen Huddlestone trägt.

787 *Seyfert* 165.

788 *Gillman* 106. – *Chappell* 46 berichtet hingegen, dass die Zustände in Kempton Park besser als in anderen Lagern waren, dort eine Krankenstation existierte und koscheres Essen für gläubige Juden ausgegeben wurde.

789 Laut *Friedenthal (1956)* 28 blieben die Flüchtlinge, die gemeinsam an einem Morgen verhaftet worden waren, in der Regel ihre gesamte Lagerkarriere über zusammen. Auch Rosenberg berichtet ähnliches.

790 *Lafitte* 101. – Bei Lafitte heißt der Ort Wharf Mill, bei Bilbo Wharfs Mill, bei Friedenthal Warts Mill, in der jüngeren Literatur jedoch ausschließlich Warth Mill.

791 *Carsten* 149.

792 Ebd.; *Gillman* 156

zurichten.

Schon nach kurzer Zeit ging es weiter auf die Isle of Man, eine halbautonome Insel in der Irischen See, auf der schon während des Ersten Weltkriegs feindliche Ausländer und Kriegsgefangene untergebracht worden waren. Die Insel vereinigte drei Vorteile in sich, zum ersten lag sie verhältnismäßig geschützt vor einem deutschen Angriff, zum zweiten bot sie kaum Möglichkeiten der Flucht und zum dritten standen die zahlreichen Pensionen und Hotels der vom Fremdenverkehr lebenden Insel seit Kriegsbeginn weitgehend leer. Die Regierung beschlagnahmte kurzerhand zahlreiche beieinander stehende Gebäude, umzäunte sie mit Stacheldraht und verteilte die Internierten auf die einzelnen Lager der Insel. Im Unterschied zu den Sammellagern achteten die Behörden diesmal weitgehend darauf, die Nazi-Sympathisanten und rückkehrwilligen Deutschen von den Flüchtlingen zu trennen. Nur in den Frauenlagern im Südwesten der Insel – Port Erin und Port St Mary – mussten Flüchtlingsfrauen mit Anhängerinnen des Nationalsozialismus unter einem Dach leben.⁷⁹³



Abbildung 28: Internierte auf Ausgang 1940, im Hintergrund Derby Castle

Rosenberg, der offenbar zu den ersten Internierten auf der Insel gehörte, wurde mit rund 1000 Häftlingen aus Warth Mill und einigen 100 aus einem Transitlager nahe Liverpool nach Onchan, unmittelbar nördlich der Inselhauptstadt Douglas, verbracht. Das Lager, am nördlichen

⁷⁹³ Seyfert 166; Strickhausen 257.

Ende der Douglas Promenade an der Douglas Bay gelegen, bestand aus etwa 60 Pensionen an der Seeseite, mit Blick auf Derby Castle, eines der frühen Vergnügungsetablissemments in Großbritannien. Mancher Gefangene mag die Lage des Camps, auch die Bedingungen der Unterbringung nicht zuletzt mit Blick auf die skandalösen Zustände von Warth Mill als Erholung betrachtet haben. Kurt Hiller, deutscher Schriftsteller und freiheitlicher Kommunist, wie er sich selbst nannte, und allemal ein Querdenker, verstieg sich gar zu der Ansicht, „daß die Haft auf der Insel Man sich von einer verlängerten Sommerfrische (hinter Stacheldraht, der mir wenig ausmachte) kaum unterschied. Soweit ich dort litt (nicht zu arg!), litt ich unter sogenannten Kameraden; die Bewachungsmannschaft war äußerst zurückhaltend, die britischen Offiziere zeichneten sich durch Gerechtigkeit, teilweise sogar durch eine intelligente Art von Liebenswürdigkeit aus; wir hatten die unerhörtesten Sonnenauf- und -untergänge, hatten Kino, hatten herrliche Beethoven-Konzerte und interessante Gemäldeausstellungen, hatten eine Popular Camp University (an der ich natürlich dozierte), Turner und Sportler kamen auf ihre Kosten und die Schachspieler auch.“⁷⁹⁴ Die Insassen entfalteten bald nach der Einweisung ein reges kulturelles Leben, das neben Kunstausstellungen, Kammermusikabenden und Solorezitationen ein Kabarett, ein Café und eine Camp-Universität mit Vorlesungen zu Literatur, Philosophie und technischen und wissenschaftlichen Fächern umfasste. In den wenigen Wochen bis Anfang August 1940 waren an der Camp-Universität bereits 600 Unterrichtsstunden gegeben und 300 Vorträge vor insgesamt 16250 Hörern gehalten worden.⁷⁹⁵

Rosenberg hatte nicht, als ihm noch bei der Registrierung in Kempton Park die Ausweispapiere abgenommen worden waren, jenen existentiellen Schock erlebt, wie diejenigen Flüchtlinge, die erst jüngst den Nationalsozialisten entkommen waren und die mit dem Verlust ihrer Papiere und Visa auch ihre endlich erlangte Sicherheit bedroht sahen.⁷⁹⁶ Seine Frau, die wenige Tage nach ihm interniert und in einem der beiden Frauenlager auf der Insel untergebracht worden war, hatte eine traumatischere Erfahrung gemacht, als sie wie die meisten weiblichen Internierten mangels anderer Unterbringungsmöglichkeiten die ersten Wochen in einem Gefängnis, in Holloway Prison im Londoner Norden,

⁷⁹⁴ Hiller (1950) 99. – Die „sogenannten Kameraden“, unter denen Hiller gelitten haben will, dürften Flüchtlinge aus dem Umfeld der kommunistischen Partei gewesen sein, die sich nach Hillers Beschreibung durch Misstrauen und vielfache Denunziation untereinander auszeichneten.

⁷⁹⁵ Seyfert 176; Stent 182. – Auch in anderen Internierungslagern entwickelten sich ähnliche Aktivitäten, vor allem im Hutchinson Camp in Douglas, in dem u. a. der dadaistische Maler und Schriftsteller Kurt Schwitters einsaß. Ebd.

⁷⁹⁶ Seyfert 165.

verbringen musste.⁷⁹⁷ Doch als die Flüchtlinge bei ihrer Ankunft auf der Isle of Man von Einheimischen als „bloody Nazis“ beschimpft wurden,⁷⁹⁸ konnten die Rosenbergs gelassener reagieren, da sie im Gegensatz zu den meisten Flüchtlingen die Briten über Jahre hinweg genauer kennen gelernt hatten. Ludwig Rosenberg gehörte vielmehr zu jenen, die nicht in Depressionen verfielen, sondern aus einer unerfreulichen, aber unausweichlichen Situation des Beste zu machen verstanden und ihre Lebensbedingungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zu verbessern trachteten.⁷⁹⁹

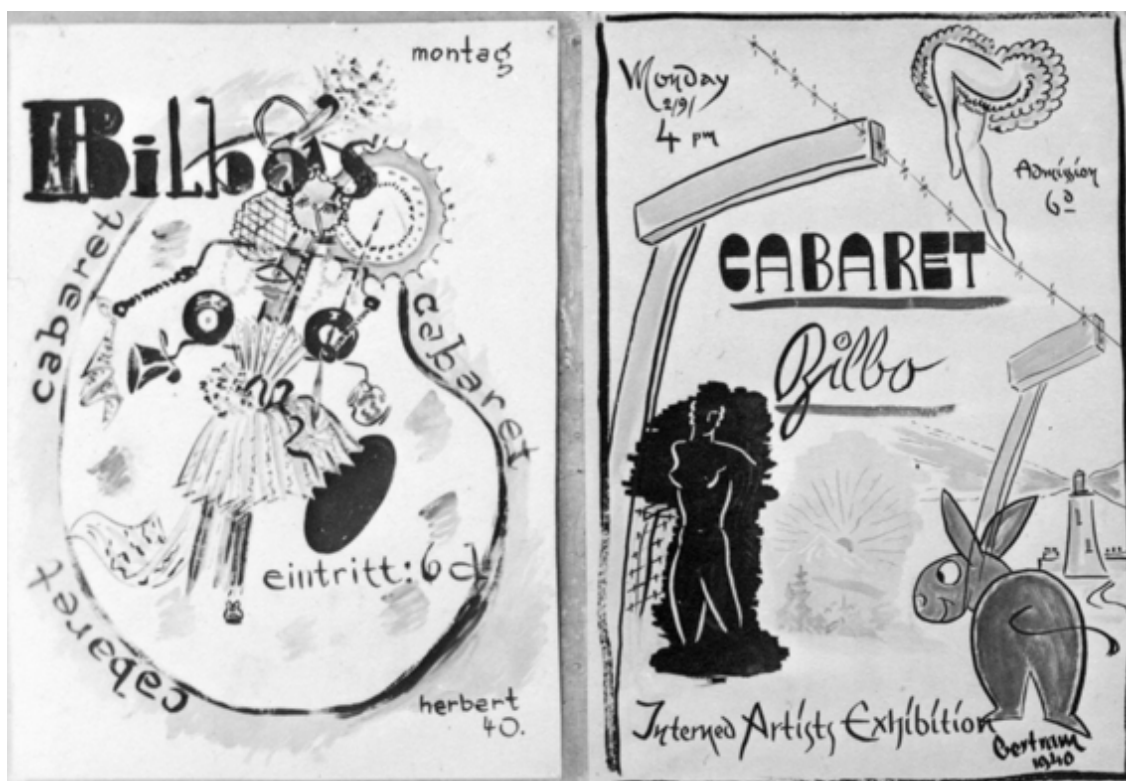


Abbildung 29: *Bilbo's Cabaret* – Faksimiles zweier Plakate (1940)

„Der unangenehmste Tag in diesem Internierungslager“, so Hiller, „war paradiesisch, verglichen mit dem angenehmsten in einem KZ der deutschen Kakistokratie.“⁸⁰⁰ In der Tat verbot sich jeglicher Vergleich mit einem deutschen Konzentrationslager. Kurt Hiller, geboren 1885 in Berlin,

⁷⁹⁷ Stent 186.

⁷⁹⁸ Gillman 225 f.

⁷⁹⁹ Vgl. Stent 183. – Das traf auf zahlreiche Internierte zu, Elias beispielsweise empfand seine achtmonatige Internierungszeit als „in gewisser Weise sehr fruchtbar für mich, weil ich mich damals in englischen Vorlesungen üben konnte“. Voss 80. Elias lehrte noch bis Mitte der 1970er Jahre an britischen Universitäten in London und Leicester, bis er 1975 Großbritannien verließ und sich nach Zwischenaufhalten in Deutschland schließlich in Amsterdam niederließ.

⁸⁰⁰ Hiller (1950) 99. – Unter der Kakistokratie verstand er die „Herrschaft der Schlechtesten“, der Nationalsozialisten. Ebd. 51.

hatte selbst mehrere Monate in Oranienburg eingesessen.⁸⁰¹ In Onchan Camp war er nun in Haus 30 untergebracht, neben Rosenberg gehörten auch der 1907 in Berlin geborene Schriftsteller, Maler und Bildhauer Jack Bilbo, mit bürgerlichem Namen Hugo Baruch, der schon in Kempton Park mit einem Stegreifkabarett die Häftlinge aufzuheitern verstand,⁸⁰² der Maler Henry de Buys Roessingh und Frederic Max Heimann zu seinen Hausgenossen. Hinzu kamen weitere rund zehn Männer, deren Namen in den autobiografischen Quellen Rosenbergs nur am Rande erwähnt werden. Hiller zählte offenbar in dieser Hausgemeinschaft zu den Außenseitern, heißt es doch in einem Gedicht Rosenbergs, dass er Heimann zu seinem Geburtstag am 5. November 1940 widmete:

So leben wir fern von der Welt,
Um die es wunderbar bestellt.
Und von dem wahren „Sinn des Lebens“
Erzählt uns Hiller ganz vergebens.⁸⁰³

In den Gedichten, die sich Roessingh, Bilbo, Heimann und Rosenberg gegenseitig zu ihren Geburtstagen oder schließlich anlässlich der bevorstehenden Entlassung schrieben, kommen die Probleme des Zusammenlebens dieser Männer zum Ausdruck, getrennt von ihren Ehefrauen, in Ungewissheit über die Dauer ihres Aufenthalts und in Sorge über den Verlauf des Kriegs. Es habe oftmals ein gereiztes Klima geherrscht, doch bei den kleinen Festessen hätten sich alle wieder zusammengefunden. Mit seiner Freundschaft sei Rosenberg sparsam umgegangen, doch Roessingh und Heimann hätten dazugehört, mit ihnen zusammen hätte Rosenberg die „große Tour“ von Kempton Park über Bury nach Onchan Camp zurückgelegt. Über Rosenberg schrieb Heimann:

Er war uns mehr als Obmann und Berater,
Und mit den Knien wackeln – ja, das tat er!
Er war ein Freund, der oft in Lust und Leid
Ermunterte durch seine Heiterkeit.⁸⁰⁴

⁸⁰¹ Zur Person Kurt Hillers siehe *Röder/Strauss* I 296 f.

⁸⁰² *Seyfert* 174; *Bilbo* 287. – Zur Person Jack Bilbos siehe *Röder/Strauss* II 56 und *Stent* 180, der ihn als Abenteurer von Natur, Künstler von Talent und Flunkerer von Neigung, als eine Art modernen Baron von Münchhausen beschreibt. Seine Mitgefangenen unterhielt Bilbo mit haarsträubenden Geschichten, so behauptete er beispielsweise, der legendäre Autor B. Traven zu sein. Auch Rosenberg setzte Bilbo ein gedichtetes Denkmal mit dem passenden Refrain „Cabaret!“. Ludwig Rosenberg, Jack Bilbo zur Erinnerung an Kempton Park – Bury – Onchan/Isle of Man, 7.11.1940, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102.

⁸⁰³ Ludwig Rosenberg, Frederic Max Heimann zu seinem Geburtstag in Onchan am 5. November 1940, ebd.

⁸⁰⁴ Frederic Max Heimann, Unserm Ludwig Rosenberg zum Abschiedessen des Hauses 30 in Onchan, 23. November 1940, ebd.

Sein langer Aufenthalt in Großbritannien und sein optimistischer Charakter ließen Rosenberg während der Haftzeit keineswegs in Depressionen versinken, wie sie sich bei anderen Internierten oftmals zeigten. Er fand sich nicht mit den Zuständen ab, sondern machte sich stattdessen mit anderen daran, sie zu verbessern. „Selbst im Dreck der Bury-Buden“ von Warth Mill hätten Bilbo und Rosenberg sich nicht mit den Zuständen zufrieden gegeben:

Bury war die grosse Pleite –
Doch mit Bilbo in dem Streite
Konnten Vieles wir erreichen
Ohne Wildheit – ohne Leichen [...].⁸⁰⁵

Und in Onchan, so berichtete er später, machte er sich „bald mit Gleichgesinnten an eine vernünftige Organisation des Lagers, um für alle das Leben erträglicher zu gestalten“.⁸⁰⁶ Die britischen Behörden überließen den Internierten die Regelung ihrer inneren Angelegenheiten weitgehend selbst. Jedes Haus bestimmte einen „House Supervisor“, der die Hausarbeiten wie Putzen, Kochen oder Postholen aufteilte, mehrere Häuser bestimmten einen „Street Supervisor“ und an der Spitze der Selbstverwaltung der Häftlinge stand ein „Camp Supervisor“. Rosenberg war, wie er Jahre danach ausführte, „später der Verantwortliche für das Lager, trotz der Tatsache, dass ich keineswegs der Älteste unter ihnen war“.⁸⁰⁷ Wie es dazu kam, berichtete sein Hausgenosse Jack Bilbo in seiner 1963 erschienenen Autobiografie: „Übrigens hatten mich meine Mitinternierten zum Camp-Supervisor gewählt, eine Art Vertrauensmann und Sprecher. Als mir dieses Amt lästig zu werden begann, wurde auf meine Empfehlung ein langjähriger Gewerkschaftsfunktionär zu meinem Nachfolger gewählt. Obwohl auch ihn Hitler in die Emigration getrieben hatte, liebte er Deutschland noch immer und ist sofort nach Kriegsende dorthin zurückgekehrt. Er heißt Ludwig Rosenberg. Heute ist er Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.“⁸⁰⁸

Rosenbergs Aufgaben als Camp Supervisor lassen sich nur unzureichend ergründen, sicher aber verpflichteten die britischen Behörden ihn nicht mehr, sich an der Aufstellung von Listen derjenigen Internierten zu beteiligen, die in die britischen Dominions deportiert werden sollten. Ende Mai hatte die Regierung Churchill beschlossen, alle Internierten außer Landes zu schaffen und in die britischen Dominions in Übersee zu transportieren. Da sich schon zu Beginn der Aktion nicht genü-

⁸⁰⁵ Ludwig Rosenberg, Jack Bilbo zur Erinnerung, ebd.

⁸⁰⁶ *Akademie Kontakte der Kontinente* 9.

⁸⁰⁷ *BBC-Fernsehinterview (1973)* 3. – „[...] afterwards in charge of that camp, in spite of the fact that I was not at all the oldest of them“.

⁸⁰⁸ *Bilbo* 290.

gend Freiwillige fanden, wurden die Lager selbstverwaltungen, darunter der Supervisor in Onchan, ihrerseits angewiesen, Listen zu erstellen. Mehrere Schiffe voller Internierter verließen in den folgenden Wochen britische Häfen. Als jedoch Anfang Juli das Transportschiff „Arandora Star“ von deutschen U-Booten torpediert wurde und sank, starben über 700 Gefangene, unter ihnen zahlreiche Hitler-Gegner. Die Transporte wurden sogleich eingestellt.⁸⁰⁹ Als Rosenberg zum Lagerältesten gewählt wurde, waren sie längst zur Geschichte geronnen. Auch sein Vorgänger Bilbo erwähnt in seinen Erinnerungen nicht, an der Erstellung der Listen beteiligt gewesen zu sein.

Stattdessen engagierte sich Camp Supervisor Rosenberg auf seinem ureigensten Gebiet der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Als im Herbst 1940 die Bauern der Insel Arbeitskräfte für den Ernteeinsatz suchten, bewarben sich zahlreiche Häftlinge um den Einsatz in der Feldarbeit. Endlich aus dem Lager herauszukommen – zuvor konnten sie nur von Wachmannschaften begleitete Wanderungen über die Insel unternehmen –, endlich etwas Sinnvolles tun zu können und dabei etwas Geld zu verdienen, das reizte viele. Die Bauern sollten je Häftling und Tag einen Shilling zahlen. Doch die britischen Gewerkschaften sahen in der Beschäftigung von Inhaftierten eine Bedrohung der sozialen Standards der regulär Beschäftigten, Häftlingsarbeit müsse daher entweder verhindert oder auf ein Minimum reduziert werden.⁸¹⁰ Tatsächlich lagen die Wochenlöhne für Landarbeiter in den ärmlicheren Gegenden des Königreichs, wozu die industriell unterentwickelte Isle of Man, der der Krieg des Tourismus beraubt hatte, bei 32 Shillings, also mehr als fünfmal so viel wie die Bauern den Häftlingen zahlen sollten. Währenddessen trachtete das Arbeitsministerium, den Mindestlohn für Landarbeiter auf 48 Shillings in der Woche heraufzusetzen, um Arbeitskräfte in diesem Wirtschaftsbereich zu halten, damit sie nicht in die weit besser zahlenden Industrien abwanderten.⁸¹¹ Um die voraussehbaren Reibereien mit den britischen Gewerkschaften zu verhindern, handelte Rosenberg mit ihnen und im Einvernehmen mit dem Militärkommandeur des Lagers eine Regelung aus, nach der die Bauern den für Landarbeiter üblichen Lohn zu zahlen hätten. Und die Differenz zwischen dem Lohn und dem einen Shilling, den die Häftlinge behalten durften, sollte einem zentralen Fonds zugute kommen, aus dem jene Internierten Geld erhalten sollten, die nicht arbeiten könnten oder die zu alt für die körperlich schwere Landarbeit seien, um sich im Lager Zigaretten oder Ähnliches kaufen zu können.⁸¹² Zwar dürfte bis zum Herbst 1940 ein

809 Dazu *Seyfert* 167 ff.

810 *Chappell* 86 f.

811 *Bullock* 29.

812 *BBC-Fernsehinterview (1973)* 3.

großer Teil der auf der Insel verfügbaren Landarbeiter längst zum Militärdienst eingezogen worden sein, die Häftlinge also kaum noch gegen eine reale Konkurrenz einheimischer Arbeitskräfte angetreten sein, doch die Übereinkunft beruhte nicht zuletzt darauf, zu verhindern, dass sich die Bauern auf Kosten der Internierten bereicherten.

Nicht nachgewiesen, jedoch durchaus nicht unwahrscheinlich ist es zudem, dass Rosenberg auch für die Lagerzeitung „Onchan Pioneer“ arbeitete oder an der Popular Camp University dozierte. Dort allerdings war die Konkurrenz außerordentlich groß, waren doch nach einer internen Aufstellung vom Juli 1940 unter den 1491 Internierten nicht weniger als 121 Künstler und Literaten, 113 Wissenschaftler und Lehrer, 68 Rechtsanwälte und 67 graduierte Ingenieure.⁸¹³

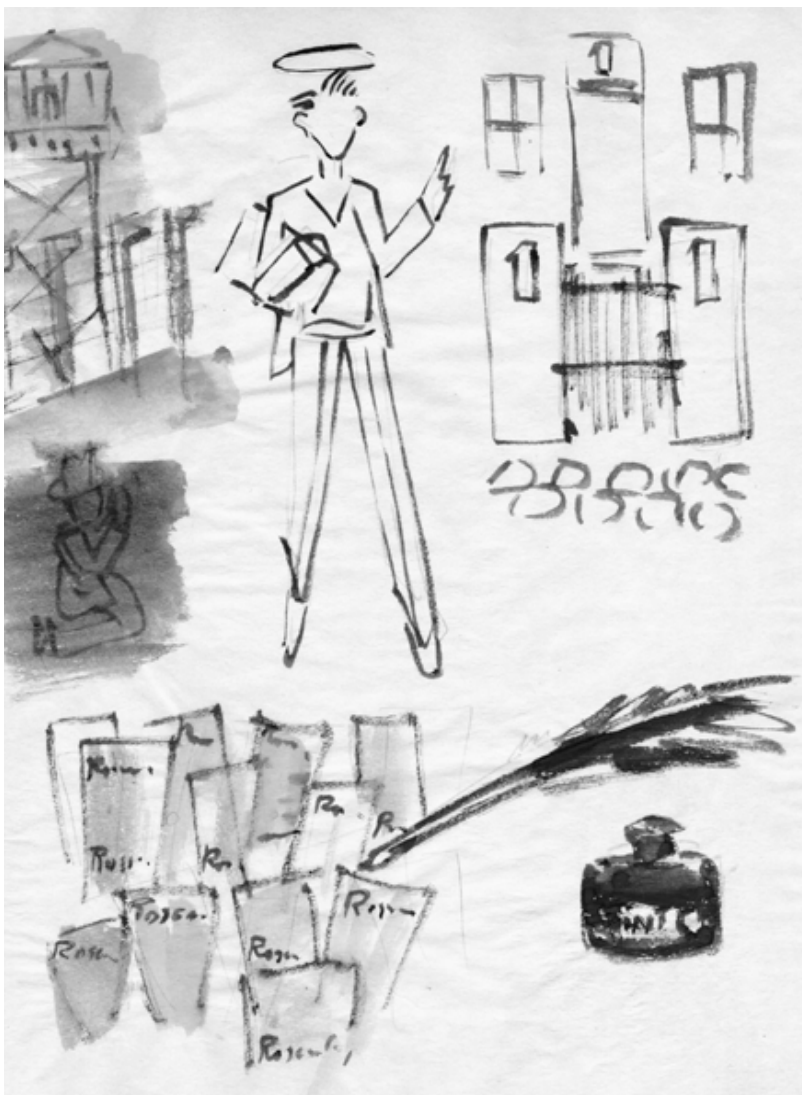


Abbildung 30: Rollenspiel im Lagerleben – Aquarell von Henry de Buys Roessingh (Nov. 1940). Rosenberg als Bittender gegenüber der Militärverwaltung, als Dozent, als Camp Supervisor und als Dichter (im Uhrzeigersinn)

813 Gillman 176 f. – 82 Prozent der Internierten waren Juden.

Trotz aller Aktivitäten gelang es Rosenberg nicht immer, sich durch handeln abzulenken, in den stilleren Momenten des Nachts führten ihn die Gedanken zu seiner Frau. Sein vielleicht schönstes, sicher aber gefühlvollstes Gedicht richtete er daher „An Margot“:

Manchmal träume ich, ich wär bei Dir –
Du weißt, wie töricht oft die Menschen träumen –
Ich träume dann, Du sprächest lieb zu mir
Und draußen sängen Vögel in den Bäumen.

Es ist mir dann wie einst vor langer Zeit,
Als wir noch frei und glücklich leben konnten,
Und wir in sorgenloser Heiterkeit
In uns'rer Liebe Glück und Freud' uns sonnten.

Weißt Du es noch – 's ist nicht so lange her,
Da pflegten wir die Blumen in dem Garten,
Da bauten wir, es war sogar recht schwer,
Den Hühnerhof, das Häuschen mit den Scharfen.

Und wenn ich träume, sind wir wieder dort
Und alles ist so, wie es einst gewesen –
Ich hör Dein Lachen und Dein sanftes Wort
Ich seh' uns beide am Kamine lesen.

Dann – ein Trompetenstoß – das Bild zerrinnt.
Der Morgenruf reißt mich aus meinen Träumen –
Ich bin ganz einsam und allein, mein Kind,
Mit 1500 Mann in engen Räumen.⁸¹⁴

Um den verheirateten Gefangenen den Kontakt mit ihren Ehefrauen zu ermöglichen, arrangierten die Behörden ab August 1940 Zusammenkünfte, zunächst in Derby Castle, später in Collinson's Café in Port Erin.⁸¹⁵ Diese bestenfalls zweistündigen beaufsichtigten Treffen – „reunion party“, zu deutsch Wiedervereinigungsfeier, genannt – boten eine willkommene Abwechslung von der Lagermonotonie. Auch Rosenberg durfte seine Frau besuchen, er wurde nach Port Erin gebracht, wo er eindreiviertel Stunden mit ihr sprechen konnte. In einem Gedichtfragment beschrieb er seine Empfindungen, die vielen Frauen auf der Strasse, nach all den Wochen unter Männern:⁸¹⁶

Besuch in Port Erin

Ich habe Dich gesehen und gesprochen
Ich habe Dich an meiner Hand gehalten

⁸¹⁴ Ludwig Rosenberg, An Margot, 1940, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102.

⁸¹⁵ *Gillman* 228; *Chappell* 84 ff.

⁸¹⁶ Ludwig Rosenberg, Besuch in Port Erin, 1940, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102. Einige Zeilen des Gedichts hat er nachträglich ausgestrichen, dort heißt es u. a.:

Die lange Straße, das Spalier der Frauen
Der Zug der Männer und der Freude Tränen
Der Augenblick, in dem erfüllt das Sehnen.

Nach langen, langen kummervollen Wochen
Nach Tagen, die vor Seufzern widerschallten
War ich bei Dir.

Es war, als würden Märchen Wirklichkeiten
Es war so traumhaft und so unvergesslich
Es war so ganz wie in den alten Zeiten
Vergessen war, was düster ist und hässlich
Ich war bei Dir.

Von solchen gelegentlichen Abwechslungen abgesehen, verlief der Lageralltag eintönig in gleichförmigen Bahnen. Der morgendliche Weckruf zum Zählappell leitete jeden neuen Tag ein. Gegen Ende eines jeden Tages jedoch wiederholte sich Tag für Tag der kritische Moment, wenn um 17 Uhr die Namen derer ausgehängt wurden, die entlassen werden sollten, und der eigene wieder nicht darunter war. Der Hoffnung, die tagsüber noch vorgeherrscht hatte, folgte alsbald eine depressive Stimmung in den Abendstunden.

Zu jenem Zeitpunkt, als solche Listen aushingen, herrschte unter den Internierten bereits ein insgesamt optimistischer Grundtenor vor. Die Entlassung schien nur noch eine Frage des Zeitpunkts. In den Anfangsmonaten der Internierung hatte es noch ganz danach ausgesehen, als sollten die Feindausländer für die gesamte Dauer des Kriegs interniert bleiben, und ein Ende des Kriegs war im Jahre 1940 noch nirgendwo in Sicht. Nach dem Untergang der „Arandora Star“ hatte sich in Großbritannien sogleich die öffentliche Kritik an Internierung und Verschiffung der Flüchtlinge verstärkt. Tatsächlich reagierte die britische Regierung, indem sie mehrere Kommissionen bildete, die die Internierungspraxis und die Möglichkeiten der Entlassung untersuchen sollten. Ende Juli 1940 veröffentlichte die Regierung ein Weißbuch mit 18 Kategorien, unter denen die Internierten ihre Entlassung beantragen konnten. Doch nur ein relativ geringer Teil der Flüchtlinge fiel darunter, unter ihnen ein Großteil der Frauen und Fachkräfte mit Qualifikationen, die auf dem britischen Arbeitsmarkt gesucht wurden, sowie Härtefälle. Später wurden vier weitere Kategorien hinzugefügt, wonach auch die politischen Flüchtlinge die Möglichkeit zur Entlassung erhalten sollten.⁸¹⁷ Eine Möglichkeit, aus der Internierungshaft entlassen zu werden, bestand zudem darin, sich freiwillig zu einem Hilfskorps der Armee, dem Auxiliary Military Pioneer Corps, zu melden.⁸¹⁸

Doch trotz aller berechtigten Aussicht auf seine baldige Freilassung – „release“ war unter den Internierten zu einem Schlüsselwort mit einer

⁸¹⁷ *Strickhausen* 258; *Fox (1992)* 424; *Gottlieb* 170; *Gillman* 258. – Über die Zusammenstellung und die Arbeit der Komitees siehe *Stent* 205 ff.

⁸¹⁸ Aus der umfangreichen Literatur seien genannt *Fox (1992, 1995)*; *Leighton-Langer*.

geradezu magischen Bedeutung geworden – stand Rosenberg noch immer vor einer beinahe unüberwindbaren Barriere. Das Tribunal hatte ihn als Zweifelsfall klassifiziert. Bevor er seine Entlassung beantragen konnte, musste er zunächst diesen Makel abstreifen. Vermutlich ging Rosenberg denselben Weg wie Richard Broh. Broh, sechs Jahre älter als Rosenberg und wie dieser aus einem jüdischen Elternhaus stammend, war aktiver Gewerkschafter und hatte als Wirtschaftsjournalist gearbeitet. Als Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkriegs konnte er 1933 zunächst weiterarbeiten, bis er 1937 nach einem Gerichtsprozess aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen wurde, daraufhin floh er nach Großbritannien. 1940 interniert, wurde er in Onchan bald Mitglied der Selbstverwaltung des Lagers. Da er in der ersten Kriegsphase vom Tribunal wider eigenes Erwarten der Kategorie B zugeteilt worden war, musste er vor einem Entlassungsgesuch zunächst seine Loyalität gegenüber dem Vereinigten Königreich unter Beweis stellen. Erst danach konnte er um seine Entlassung bitten.⁸¹⁹ Vermutlich wählten beide, Rosenberg und Broh, den Weg über Artikel 19.

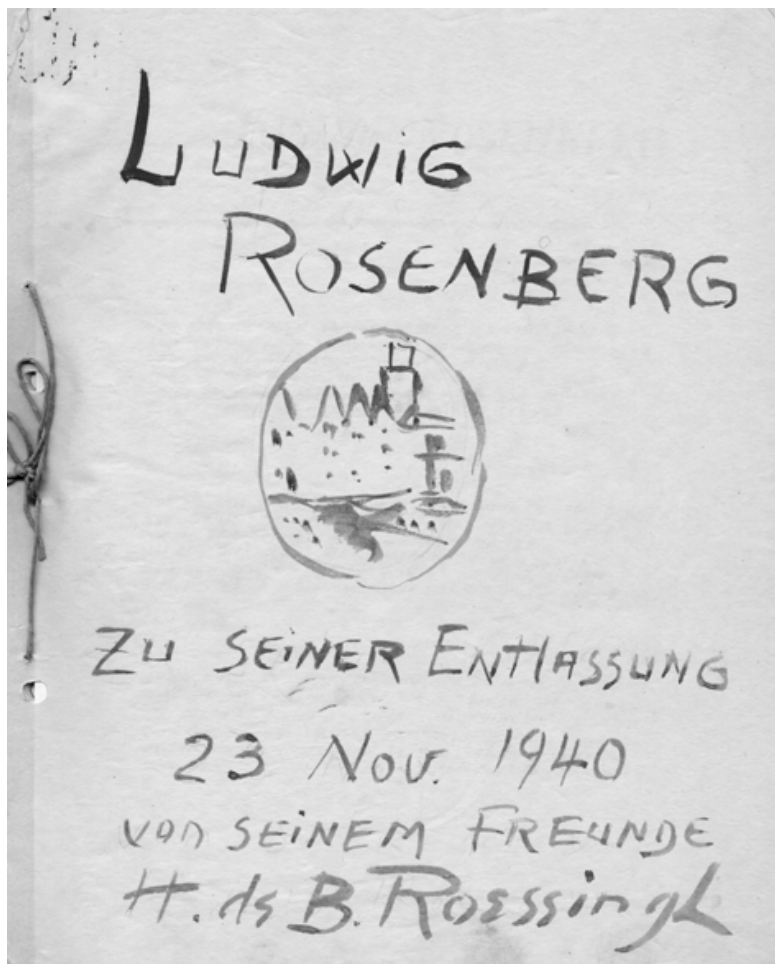


Abbildung 31: Titelblatt der Festgabe zur Entlassung aus der Internierung (Nov. 1940)

⁸¹⁹ Gillman 225, 227, 258.

Artikel 19 definierte den Kreis jener, die durch publizistische oder politische Arbeit in Opposition zum NS-Regime gestanden hatten.⁸²⁰ Anträge nach Artikel 19 wurden von einer Kommission unter Vorsitz des ehemaligen Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, Sir Cecil Hurst, geprüft. Die Labour Party hatte durchsetzen können, dass ihr für die unter Umständen langwierige Beweisführung eine Gruppe aus deutschen und österreichischen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten beratend zur Seite stand, die in insgesamt 105 Zweifelsfällen beteiligt wurde: Wilhelm Sander für die SPD, Willi Eichler für die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft, Willi Derkow für die Gewerkschaftsgruppe und Gerhard Gleissberg als Schriftführer. Derkows Stelle nahm später Hans Gottfurcht ein. Den Vorsitz hatte Otto Kahn-Freund, Professor für Arbeitsrecht und Mitglied der SPD, inne. Die Hurst-Kommission unterbreitete dem Home Office auf der Grundlage der Einschätzung der Exulanten Vorschläge. Insgesamt wurden 1502 Internierte im August entlassen, weitere 7000 folgten bis Ende Dezember 1940.⁸²¹

Dass Rosenberg erst Ende November 1940 aus der Internierungshaft entlassen wurde,⁸²² mag seine Ursache darin haben, dass er in den Kreisen des politischen Exils noch kaum eine Heimat finden konnte und dass er den meisten Mitgliedern des Beratungsgremiums nicht persönlich bekannt war. Darüber hinaus war er stärker gewerkschaftlich als parteipolitisch aktiv gewesen und hatte einer liberalen Gewerkschaft angehört. Vermutlich war er nur Gottfurcht und einigen anderen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten persönlich bekannt. Tatsache ist jedenfalls, dass sich das für die Internierten zuständige Tribunal, das Interned Enemy Aliens Tribunal am Royal Court of Justice in London, mit einem Schreiben an Sander wandte, in dem sie um Informationen über Rosenberg baten. Da ihm augenscheinlich Rosenberg nicht persönlich bekannt war, besprach Sander die Angelegenheit mit Derkow als dem Vertreter der Gewerkschaften. Dieser wiederum, so heißt es in dem Brief, könne bestätigen, dass Rosenberg in Deutschland als Gewerkschaftsfunktionär tätig und aktiv in der Anti-Nazi-Arbeit engagiert gewesen war. Derkow, der Rosenberg persönlich kenne, bestätige, dass Rosenberg „fully reliable“ – voll zuverlässig – sei.⁸²³ Das Tribunal schloss sich sodann dieser Argumentation an, und einen Monat später wurde Rosenberg aus der Internierungshaft entlassen.

Am 22. November 1940, dem Vorabend der Entlassung Rosenbergs,

⁸²⁰ Seyfert 172.

⁸²¹ Ebd.; Röder (1973) 120; Stent 210.

⁸²² Nach Röder (1973) 120 waren bis Ende Oktober 1940 bereits 35 Prozent der internierten deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschafter entlassen worden.

⁸²³ Sander an Interned Enemy Aliens Tribunal, 17.10.1940, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 1.

versammelten sich, wie es in Haus 30 im Onchan Camp bei Geburtstagen und Entlassungen inzwischen zu einem Ritual geronnen war, die Hausgenossen zu einem Abschiedsessen. Sein Freund Heimann hatte eigens ein recht holprig anmutendes Gedicht aus zehn Strophen verfasst, Roessingh dazu einige Impressionen aus dem Lageralltag gezeichnet.⁸²⁴ Rosenberg betrachtete seine Internierung zweifellos als ungerecht, doch blickte er auch im Nachhinein ohne Zorn auf diese sechs Monate zurück. Und schon gar nicht führte bei ihm die Haftzeit zu Verbitterung und Enttäuschung, wie sie der Historiker Werner Röder bei vielen politischen Gegnern des Nationalsozialismus ausgemacht hat.⁸²⁵ Das zeigte sich nicht zuletzt in der Tatsache, dass Rosenberg sofort nach seiner Entlassung bereit war, für die britische Regierung tätig zu werden. Als ein Kriegsverbrechen⁸²⁶ sah er in die Internierung sicher nicht, empfand aber auch nicht jene Leichtigkeit, mit der Hiller die „Narrentat“ der Internierung als Sommerurlaub ansah.⁸²⁷ Eher schon sah er sie als ein soziales Experiment, wie Richard Friedenthal, der sich „fasziniert von dem höchst seltsamen Mikrokosmos“ zeigte: „Ich möchte diesen Wiederholungskursus im Zusammenleben mit Menschen aller Schichten und Altersklassen nicht missen. Es hat mir viel gegeben. Aber Gefangene blieben wir noch eine ganze Zeitlang, unter ständig verbesserten Bedingungen. Vielleicht sind wir es fürs Leben, festgenommen von einem Schicksal, das uns nicht entläßt. Ich scheue mich nicht, es so etwas pathetisch auszudrücken. Es ist die Wahrheit.“⁸²⁸

Als die Rosenbergs – auch seine Frau war inzwischen entlassen worden – Ende November 1940 nach London zurückkehren konnten, hatte sich die militärische Situation bereits grundlegend verändert. Hatte im Juni und Juli eine deutsche Invasion in Großbritannien, der so genannte „Blitz“, durchaus im Bereich des Möglichen gelegen, so hatte das Königreich inzwischen seine Lufthoheit über Südengland erfolgreich gegen die deutsche Luftwaffe verteidigen können. Daher verschob Hitler im Oktober die Vorbereitungen zur Invasion, das Unternehmen „Seelöwe“, auf das nächste Jahr, tatsächlich nahm er sie nicht wieder auf. Die deutsche Luftwaffe setzte zwar ihre Angriffe auf London und andere englische Großstädte im Herbst und Winter 1940/1941 fort, doch die unmittelbare militärische Bedrohung war gewichen und mit ihr die Angst der Briten vor einer „5. Kolonne“ im eigenen Land. Nicht zuletzt

824 Ludwig Rosenberg zu seiner Entlassung, 23. Nov. 1940, von seinem Freunde H. de B. Roessingh, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102. – Nach Rosenbergs Entschädigungsakte bei der Düsseldorfer Bezirksregierung wurde er erst drei Tage später, am 26.11.1940 entlassen.

825 Röder (1973) 121.

826 Vgl. ebd. 121, Anm. 26.

827 Hiller (1969) 337.

828 Friedenthal (1964) 50.

diese veränderten Rahmenbedingungen ermöglichten es, nunmehr zu einer realistischeren Einschätzung der so genannten Feindausländer zurückzukehren und nach und nach den größten Teil der Internierten zu entlassen. Die relative Gelassenheit der britischen Behörden gegenüber den Flüchtlingen spiegelte sich auch darin, dass sie sich selbst während der Bombenangriffe auf London frei bewegen konnten.⁸²⁹



Abbildung 32: Die Entlassung aus der Internierung – Aquarell von Henry de Buys Roessingh (Nov. 1940)

Dass zugleich im Oktober 1940 der Labour-Mann Herbert Morrison den bisherigen Home Secretary Sir John Anderson in seinem Amt ablöste, bestärkte in den Augen der Internierten den Eindruck, dass es Morrison war, der sie aus den Lagern herausgeholt hatte, während Anderson für das Chaos der ersten Wochen verantwortlich gemacht wurde. Tatsäch-

⁸²⁹ Vgl. Eiber (1998) XXI.

lich hatte Anderson im Mai des Jahres mit den Internierungen noch warten wollen, war jedoch vor allem von der politischen Rechten dazu gedrängt worden, und umgekehrt hatte er die Vorbereitungen für die Entlassungen längst veranlasst. Dass aber auch Labour die Internierung der feindlichen Ausländer zunächst gebilligt, lediglich an der Art und Weise ihrer Durchführung, der unterschiedslosen Inhaftierung von Sozialisten und Gewerkschaftern, die anerkanntermaßen Antifaschisten waren, Kritik geübt hatte, war den Flüchtlingen entweder nicht bekannt oder fiel der Verdrängung anheim. Als ihr Befreier galt ihnen jedenfalls Morrison fürderhin.⁸³⁰ Morrison richtete nun spezielle Tribunale ein, vor denen die Internierten ihre Loyalität gegenüber den Alliierten unter Beweis stellen konnten, und ließ sich über die Arbeit der Tribunale laufend berichten. Er reagierte auch auf persönliche Interventionen von Freunden der Internierten und stellte deren Freiheit umgehend wieder her.⁸³¹

Rosenberg selbst bekam vom Prozedere der Entscheidungsfindung nichts mit. Daher führte er seine Entlassung auch auf die persönliche Intervention Ernest Bevins zurück, der mittlerweile als Arbeitsminister dem Kabinett Churchill angehörte.⁸³² Sicher wird Rosenberg, wie die meisten Internierten, alle Kontakte genutzt haben, die er zu britischen Bürgern aufgebaut hatte, um sie zu einer Intervention zu seinen Gunsten zu bewegen. Seine zweifellos prominenten Verbindungen mögen Rosenberg geholfen haben, doch was tatsächlich den Ausschlag für seine Entlassung gab, lässt sich nicht mehr feststellen. Die Labour-Abgeordnete Ellen Wilkinson, seit 1940 parlamentarische Staatssekretärin im Home Office unter Herbert Morrison, nahm sich nachweislich zahlreicher Fälle von Internierten, die in Bittbriefen an sie herangetragen wurden, persönlich an, überprüfte die Fälle im Detail und half ihnen, zumeist ohne dass sich dies in schriftlichen Dokumenten niederschlug. Ohnehin hatte sie schon vor dem Krieg zahlreichen Flüchtlingen geholfen, indem sie ihnen ihre kleine Wohnung zur Verfügung gestellt und das German Refugees' Hospitality Committee sowie das Friends' Service Council unterstützt hatte. Auch Kuczynski erwähnt anerkennend Wilkinson, „die uns deutschen Antifaschisten in so vielem half“.⁸³³ Von Bevin und Cripps hingegen ist ein solches Einschreiten zu Gunsten der internierten Nazi-Flüchtlinge nicht bekannt.

In den Worten Richard Friedenthals hatte sich in den Internierungslagern eine „Schicksalsgemeinschaft“ herausgebildet. Mag die Formulie-

830 *Clegg* 265; *Gillman* 260.

831 *Donoghue/Jones* 303.

832 *Akademie Kontakte der Kontinente* 9.

833 *Vernon* 166 f.; *Kuczynski* 347.

rung auch von einem Zuviel an Pathos getragen sein, so kamen in den Lagern doch Flüchtlinge zusammen, die den Kontinent aus unterschiedlichsten Gründen verlassen hatten und sonst kaum in Kontakt miteinander gekommen wären. Auch Rosenberg hielt mit vielen Häftlingen aus Haus 30 in Onchan über Jahrzehnte hinweg Kontakt. So stand er bereits während des Kriegs auf der Liste jener, denen Kurt Hiller die Rundbriefe seines 1939 gegründeten Freiheitsbundes deutscher Sozialisten zusandte.⁸³⁴ Und noch 1970 bedankte sich Hiller mit einer Postkarte bei Rosenberg für dessen positive Reaktion auf einen Beitrag Hillers über Hegel in einem Sammelband. Zwar duzte er seinen alten Hausgenossen, doch blieb er recht förmlich;⁸³⁵ ein Zeichen dafür, dass Hiller niemals einen so engen Kontakt zu Rosenberg gewonnen hatte wie Frederic Max Heimann, Henry de Buys Roessingh und Jack Bilbo. Dennoch schätzte Rosenberg Hiller, in einem 1974 geführten biografischen Gespräch unter Gewerkschaftern erinnerte er sich an den inzwischen verstorbenen Hiller anerkennend als an einen „dieser jugendlichen Alten“, er sei „ein recht lebhafter Knabe“.⁸³⁶ Während die Freundschaft mit Heimann und Roessingh abbrach,⁸³⁷ wandte sich die Witwe des 1967 in Berlin verstorbenen Bilbo, Owo Bilbo, nach einem Fernsehinterview Rosenbergs in der BBC aus England an Rosenberg. Obschon sie offenkundig nur selten in Kontakt standen, spricht aus den wenigen Zeilen noch immer eine enge Vertrautheit.⁸³⁸

In den sechs Monaten seiner Internierung hatte Rosenberg auch Kontakt zu zahlreichen politischen und gewerkschaftlichen Exulanten aufgenommen, wie auch manche Flüchtlinge des politischen Exils auf ihn aufmerksam geworden waren. So hielt er Kontakt mit Richard Broh, der wie Rosenberg in der Lagerleitung tätig gewesen und nach Kriegsende in Großbritannien geblieben war, und verkehrte sehr persönlich und informell mit seinem früheren Mithäftling. 1949 bis 1963 vertrat Broh den DGB in London und arbeitete anschließend für deutschsprachige Zeitungen als Wirtschaftskorrespondent. 1972 regte er eine Übersetzung eines Buches Rosenbergs ins Englische an und machte seinerseits Freunde und Kollegen auf das erwähnte Interview Rosenbergs in der

⁸³⁴ Hiller (1991) 16.

⁸³⁵ Kurt Hiller an Ludwig Rosenberg, 19.2.1970, AdsD, Bestand Nachlass Ludwig Rosenberg, Ordner 25.

⁸³⁶ *Gespräch mit Ludwig Rosenberg (1974)* 48.

⁸³⁷ Da Rosenberg mit Roessingh und Heimann in keinem dienstlichen oder politischen Zusammenhang verkehrte, spiegelt sich ihr Briefwechsel – so es ihn gab – möglicherweise in einer privaten Hinterlassenschaft Rosenbergs wider, der jedoch nicht erhalten geblieben ist. Die überlieferten schriftlichen Äußerungen der Witwe Bilbos oder Richard Brohs stehen im Gegensatz dazu immer auch in einem direkten Zusammenhang mit Rosenbergs gewerkschaftlicher oder politischer Tätigkeit.

⁸³⁸ Owo Bilbo an Ludwig Rosenberg, 18.3.1973, AdsD, Bestand Nachlass Ludwig Rosenberg, Ordner 91. – Mit bürgerlichem Namen hieß sie Anna. *Bilbo* 300.

BBC aufmerksam.⁸³⁹ Beides – vor allem aber die Kontakte zum politischen Exil – sollte ihm in den Monaten nach seiner Internierung von großem Nutzen sein.

⁸³⁹ Richard Broh an Ludwig Rosenberg, 19.3.1973, ebd.; ders. an Rosenberg, 8.4.1972, ebd., Ordner 49. – Broh lebte 1977 in London, *Röder/Strauss* I 97.

6 Im inneren Kreis, 1941 bis 1946

Anfang des Jahres 1940 wandte sich der deutsche Publizist und Exulant Sebastian Haffner scharf und unmissverständlich gegen die Massenin-ternierung der Exulanten, wie sie die französische Regierung inzwischen veranlasst hatte. Er sah darin eine Kriegserklärung an die deutschen Emigranten, schlimmer noch: „Eine Armee wertvoller Verbündeter hat man vernichtet, um billig zu einigen Kriegsgefangenen zu kommen.“ Dieses Zeichen sage „klarer als jede Rede eines Ministers, daß der Krieg gegen das deutsche Volk geführt wird“.⁸⁴⁰ Stattdessen wäre es – für die Chancen der deutschen Demokratie wie auch für die Demokratien in Westeuropa – sinnvoll gewesen, hätte man den Emigranten von vornherein die Chance zugebilligt, „einen für die Gestapo unerreichbaren Brückenkopf gegen die Nazis zu bilden und ein Banner zu hissen, das jeden Zweifler davon überzeugt, daß Hitler nicht so unanfechtbar Deutschland sei, wie er vorgab“.⁸⁴¹ Haffner ging es nicht allein darum, die Potenziale der deutschen Flüchtlinge für den Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu nutzen, statt sie sinnlos verfallen zu lassen. Nicht nur appellierte er, deutsche Legionen aufzustellen, die gegen die Wehrmacht ins Feld ziehen könnten, eine deutsche Akademie zu gründen, an der die zahllosen herausragenden Wissenschaftler unter den Exulanten ihr Wissen den demokratischen Staaten nutzbar machen könnten, und die Erfahrungen und Vorstellungen der politischen Emigranten, von denen viele zweifellos nach dem Ende der Hitler-Diktatur Regierungsverantwortung übernehmen würden, wenigstens für eine Propagandakampagne gegen Hitler zu verwenden.⁸⁴² Vielmehr ging es Haffner nicht zuletzt darum, dem Widerstand in Deutschland selbst Auftrieb zu verschaffen, indem die Emigranten im Kampf gegen den Nationalsozialismus Verwendung fänden. Daher appellierte er an die verantwortlichen Politiker in den westeuropäischen Demokratien: „Die deutschen Emigranten sind der Hebel, mit dem allein in Deutschland unermeßliche Kräfte und riesige Massen in Bewegung gesetzt werden können, ein Hebel, den Sie nicht in die Hand gedrückt bekommen haben, damit Sie ihn zerbrechen und wegwerfen. Das Schicksal dieser Emigranten findet in Deutschland mehr Beachtung als das, was Sie in die Rundfunkmikrofone sprechen [...]“⁸⁴³

Doch Haffners Hoffnungen, mit seiner Schrift die britische Politik ge-

840 *Haffner* 228 f.

841 Ebd. 210.

842 Ebd. 225 ff.

843 Ebd. 231.

genüber den Flüchtlingen beeinflussen zu können, erfüllten sich zunächst nicht. Als das Buch im April 1940 in London erschien, saß sein Autor bereits seit zwei Monaten in Internierungshaft, als Hochsicherheitsrisiko. Und als sein Verleger bald darauf seine Freilassung erwirken konnte, dauerte es nur wenige Wochen, bis Haffner im Zuge der Masseninternierung noch einmal inhaftiert wurde.⁸⁴⁴ Dennoch begann die britische Regierung im Laufe des Jahres 1940, die Potenziale der Flüchtlinge für die britischen Kriegsanstrengungen tatsächlich nutzbar zu machen: militärisch, propagandistisch und für den Einsatz in der Rüstungsindustrie.

Arbeit gegen den Endsieg

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs stellte die britische Industrie die Produktion von Friedens- auf Rüstungsgüter um. Mit der Mobilmachung des Militärs wurde ein Teil der Arbeitskräfte zum Kriegsdienst eingezogen, sodass ein Mangel an ausgebildeten Fachkräften vor allem in den Metallberufen entstand. Die Zahl der Arbeitslosen sank von rund 1,3 Millionen im September 1939 auf 700000 im Mai 1940.⁸⁴⁵ Auch Flüchtlingen stand der britische Arbeitsmarkt jetzt offen, wenn auch nicht allen, so doch wenigstens einem Teil von ihnen. Die Behörden lockerten die rigorosen Arbeitsbestimmungen für Exulanten und erteilten bis Anfang 1940 rund 10000 zusätzliche Genehmigungen zur Arbeit vor allem in der Industrie und in der Land- und Forstwirtschaft. Nicht zuletzt aufgrund des Mittelschichtscharakters und des Qualifikationsniveaus des Exils waren 1940 jedoch laut einer Statistik von 20000 erwerbstätigen Flüchtlingen nur 720 als Fabrikarbeiter, der überwiegende Teil hingegen in freien und unternehmerischen Berufen tätig.⁸⁴⁶ Mit Beginn der Masseninternierung im Frühjahr 1940 verlor ein großer Teil von ihnen ihren Arbeitsplatz wieder.

Die Zurückhaltung Großbritanniens auf dem kontinentaleuropäischen Kriegsschauplatz und der in weiten Teilen der Regierung, vor allem in der Person des Premierministers Sir Neville Chamberlain, anzutreffende Isolationismus führten jedoch dazu, dass die Kriegsmaschinerie nicht im geforderten Umfang in Gang kam. Erst mit der unmittelbaren militärischen Bedrohung durch das Deutsche Reich konnten sich jene Kräfte in der Regierung durchsetzen, die der deutschen Aggression und der Appeasement-Politik Chamberlains, die die Expansionsbestrebungen Hit-

844 *Seyfert* 159 f.

845 *Evans* 211.

846 *Grossmann*, 228; *Muchitsch* 14; *Röder (1973)* 23, 25.

lers als berechtigte Forderungen deutete und ihm durch gezieltes Nachgeben zu beschwichtigen versuchte, von Anfang an mit äußerstem Misstrauen begegnet waren. Sir Winston Churchill, zwischen 1908 und 1929 mit kurzen Unterbrechungen in wechselnden Koalitionen als Minister tätig und seit 1939 erneut Erster Lord der Admiralität, löste am 10. Mai 1940 Chamberlain ab und übernahm neben dem Amt des Premierministers auch das Verteidigungsressort. Um die Abwehrkräfte des Inselreichs vollständig nutzen zu können, berief Churchill ein Kabinett, das nicht nur Mitglieder seiner eigenen Konservativen Partei umfasste, die eine komfortable Parlamentsmehrheit innehatte, sondern auch Liberale und Labour-Politiker in die Regierung. Um die Arbeiterschaft verstärkt in die Kriegsanstrengungen einbinden zu können, ernannte er Ernest Bevin zum Minister für Arbeit und Nationale Dienste. Bevin und Churchill hatten beide lange vergeblich in ihren Parteien für eine entschiedene Abwehr der von Deutschland ausgehenden Gefahr gestritten.⁸⁴⁷

Bevin, geboren 1881, verfügte über keinerlei Erfahrung in der Parlaments- und Regierungstätigkeit. Seit 1920 hatte er sich bemüht, 37 ehemals selbstständige Gewerkschaften zur Transportarbeitergewerkschaft, der Transport and General Workers' Union, zusammenzuschließen, der mächtigsten Gewerkschaft in Großbritannien, deren Generalsekretär Bevin bis 1946 blieb.⁸⁴⁸ Nun, als Arbeitsminister verstand er sich mit den Beamten seines Ministeriums in Whitehall binnen kurzem ausgezeichnet, weit besser, als er es von seinen Kollegen aus den Gewerkschaften her kannte. Er gab ihnen das Gefühl, dass ihre Arbeit wichtig für den Ausgang des Kriegs sei.⁸⁴⁹ Mit einem effizienten und erheblich ausgeweiteten Apparat ging Bevin in aller Entschiedenheit die entscheidende Aufgabe an, zusätzliche Arbeitskräfte heranzuziehen. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen gelang es ihm, die Mannschaftsstärke der bewaffneten Streitkräfte vom Herbst 1939 bis zum Höchststand der

⁸⁴⁷ *Williams* 216. – Die Labour Party schloss gleich zu Kriegsbeginn mit den Konservativen und den Liberalen eine Art „Burgfrieden“, drängte aber zugleich Premierminister Chamberlain dazu, dissidente Tories wie Churchill und Eden in sein Kabinett aufzunehmen und die nationalen Ressourcen wirksamer zu mobilisieren. *Adelman* 82.

⁸⁴⁸ Mit der Kabinettsumbildung im Herbst 1940 rückte Bevin in den inneren Kreis des Kriegskabinetts vor. Nach Kriegsende fungierte er bis zu seinem Tod 1951 als Außenminister im Kabinett unter dem Labour-Politiker Attlee. *Bullock, Pelling, Weiler, Evans*. – Die beiden wichtigsten Persönlichkeiten an der Spitze der Labour Party, Bevin und Attlee, zeichnete gegenseitiges Verständnis und Zuneigung aus, was die bis dato stabilste Führung der Partei hervorbrachte, da mit den beiden in Herkunft und Erfahrung so grundverschiedenen Männern erstmals die divergierenden Parteiflügel, allen voran der Gewerkschaftsflügel und die Parlamentsfraktion, vereint agierten. *Pelling* 88 f.

⁸⁴⁹ *Bullock* 121; *Evans* 215. – Auch *Clegg* 257 hebt Bevins Vertrauen in seine Untergebenen hervor, die sich ihrerseits in schmeichelnden Worten an ihn erinnerten.

Mobilisierung Mitte 1943 von unter 0,5 auf über fünf Millionen zu steigern, gleichzeitig die Zahl der Rüstungsarbeiter auf 5,25 Millionen – und damit um ein Viertel über das Niveau des Ersten Weltkriegs – zu heben und darüber hinaus 7,75 Millionen Frauen für Industrie und Militär zu gewinnen.⁸⁵⁰ Schon im ersten Jahr seiner Amtszeit stieg der Anteil der in Armee und Rüstungsindustrie Beschäftigten von 30 auf 37 Prozent aller Erwerbstätigen.⁸⁵¹ Das Parlament hatte dem Arbeitsminister umfangreiche Befugnisse zugebilligt, die es ihm erlaubten, auf dem Verordnungswege tief in die individuellen Freiheitsrechte der britischen Bürger und der Wirtschaftssubjekte einzugreifen. Er führte zunächst eine Meldepflicht ein, schränkte die freie Wahl des Arbeitsplatzes auf Seiten der Arbeitnehmer ein und untersagte der Arbeitgeberseite, ihre Arbeitskräfte selbst auszuwählen. Hinzu trat eine Dienstpflicht zunächst für Männer, ab Januar 1941 auch für Frauen. Ein umfangreiches System der Arbeitsvermittlung, das über das Land verteilt 800 Vermittlungsstellen aufwies, erlaubte es somit, das verfügbare Arbeitskräftepotenzial entsprechend den Bedürfnissen der kriegswichtigen Wirtschaftsbereiche gezielt zu lenken. In eigens eingerichteten Trainingszentren konnten insgesamt 520000 Ungelernte dringend benötigte Facharbeiterqualifikationen erwerben. Zugleich führte Bevin umfangreiche soziale Verbesserungen ein: In den Betrieben mussten Kantinen errichtet werden, die Löhne wurden angehoben und die Arbeitszeiten drastisch verkürzt, um der übermäßigen Beanspruchung der Arbeitskräfte vorzubeugen.⁸⁵²

Im Rahmen der enormen Ausweitung des Arbeitskräftepotenzials spielten die rund 73800 Exulanten aus Deutschland und Österreich nur eine geringe Rolle. Doch ist ihre sukzessive Freilassung ab dem Sommer 1940 wohl nicht zuletzt unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten zu verstehen: Bevin erschienen die Flüchtlinge als eine willkommene Reserve. Bereits am 20. Juli 1940 überzeugte er das Kabinett, ein International Labour Office einzurichten. Diese internationale Abteilung des Arbeitsamtes sollte alle nicht-internierten Exulanten vermitteln, um ihre Arbeitskraft optimal nutzen zu können. So wurde schließlich im Oktober des gleichen Jahres mit Unterstützung der in London ansässigen Exilregierungen und der Flüchtlingsorganisationen dieses Büro als internationale Abteilung des Arbeitsministeriums geschaffen, um die Flücht-

⁸⁵⁰ Ebd. 222.

⁸⁵¹ *Bullock* 64.

⁸⁵² *Evans* 211 ff.; *Bullock* 126 f.; *Ince* 43. – Dabei wurde in den Arbeitsämtern augenscheinlich auch im Umgang mit den Bürgern Neuland betreten: Da ein Großteil der Klienten, vor allem Frauen, noch nie zuvor ein Arbeitsamt betreten hatte, wies Bevin, um sie nicht durch bürokratische Gängelung zu verprellen, die Mitarbeiter der Arbeiterämter eigens an, die Klienten beim Betreten des Amtes höflich zu grüßen. Ebd. II 127.

linge in die nationalen Kriegsanstrengungen, den war effort, einzubinden. Innerhalb dieser Abteilung, die dem Director-General of Manpower Godfrey Ince unterstand, wurde 1941 eine Unterabteilung für die deutschen und österreichischen Flüchtlinge, der German and Austrian Labour Exchange, eingerichtet.⁸⁵³ Mit ihrer Leitung wurden Dr. Harald von Waldheim, der bis 1933 als Bildungssekretär beim Vorstand des ZdA, später als Dozent an verschiedenen Universitäten in Japan, den USA und Frankreich tätig war und sich seit April 1939 in Großbritannien aufhielt, und Ludwig Rosenberg betraut. Rosenberg schilderte später die Umstände seiner Ernennung um die Jahreswende 1940/1941: „Nachdem ich eben noch feindlicher Ausländer gewesen war, kriegte ich 4 Wochen später die Aufforderung, mich beim Arbeitsministerium zu melden, und dort wurde ich gefragt, ich sei doch Gewerkschafter, ich verstehe doch etwas von Sozialpolitik und von Arbeitsvermittlung, ob ich bereit wäre, in diesem Arbeitsministerium eine Abteilung mit zu leiten, in der es sich besonders um Deutsche und Österreicher handelte, die dann während des Kriegs in Arbeit vermittelt werden konnten, und das habe ich dann getan.“⁸⁵⁴



Abbildung 33: In den 1940er Jahren

⁸⁵³ Grossmann 228; Stent 203; Ministry of Labour and National Service 44. – Insgesamt wurden im Verlaufe des Kriegs annähernd 143000 Fremde aus verschiedenen Ländern registriert und vermittelt. Ebd. 45.

⁸⁵⁴ SWF-Rundfunkinterview (1973) 10 f. – Zur Person Waldheims vgl. Brief Waldheims an Gottfurcht, undatiert (ca. Herbst 1940), DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 1. An anderer Stelle ist von einem Dritten Flüchtling die Rede. Akademie Kontakte der Kontinente 9.

Mochten seine gewerkschaftlichen Erfahrungen und sein Engagement in Onchan Camp, aber auch seine Sprachkenntnisse und vor allem ein Vorschlag seitens eines anderen Exulanten Rosenberg für diese Aufgabe empfohlen haben, zur Leitung einer Abteilung in einem britischen Ministerium fehlte es ihm jedoch an einer entscheidenden Voraussetzung: der britischen Staatsbürgerschaft. Als Deutscher aber konnte er keinen Eid auf den englischen König, King George VI, leisten. Auch in anderen Ministerien, vor allem im Außenministerium, wurden Exulanten beschäftigt, allerdings zumeist erst nach ihrer Naturalisation. Rosenberg hingegen, für den es nach eigener Aussage formell „kein Problem gewesen [wäre], Engländer zu werden“,⁸⁵⁵ lehnte die Einbürgerung ab. Daher wurde es erforderlich, dass das Kabinett eigens eine Order erließ, die es gestattete, Rosenberg und Waldheim als Beamte auf Zeit, als Temporary Civil Servants, anzustellen, und ihnen die Möglichkeit gab, sich ihrerseits weitere Beamte zu unterstellen.⁸⁵⁶ Dies mag auch ein Grund dafür gewesen sein, dass sich die Einrichtung der Abteilung hinzog; erst Ende Juni 1941 nahm sie ihre Tätigkeit auf.⁸⁵⁷

Seine Dienststelle des Ministeriums war im Lion House in der Red Lion Street im Ortsteil Holborn untergebracht.⁸⁵⁸ Er erhielt einen Auxiliary War Service Permit, einen Sonderausweis, der es ihm unter anderem erlaubte, im Land umherzureisen. Bis zum April 1944 erhielt er wöchentlich 100 Shillings oder fünf £.⁸⁵⁹ Was er dafür zu tun hatte, welches seine konkreten Aufgaben waren, beschrieb er nur kurz. Es sei „ein komplizierter bürokratischer Prozeß“, „eine sehr schwierige Aufgabe“ gewesen, heißt es lapidar.⁸⁶⁰ Die Abteilung hatte die Aufgabe, Flüchtlinge mitsamt ihren Qualifikationen zu registrieren und ihnen Umschulungsmaßnahmen und Arbeitsplätze zuzuweisen. Dazu stand der Abtei-

⁸⁵⁵ SWF-Rundfunkinterview (1973) 12.

⁸⁵⁶ Akademie Kontakte der Kontinente 9. – In einem Brief an den Chefredakteur von Inter Nationes, Helmut Göbel, vom 5.7.1976 erwähnte Rosenberg beiläufig, als Temporary Civil Servant im britischen Arbeitsministerium tätig gewesen zu sein. AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 59.

⁸⁵⁷ Maimann 19 f.; Ludwig Rosenberg, Curriculum Vitae, Febr. 1944, Bl. 2. – In Rosenbergs Entschädigungsakte bei der Düsseldorfer Bezirksregierung heißt es, er sei „dann am 1. August als Hilfsangestellter beim Brit. Arbeitsamt für Deutsche und Österreicher eingestellt“ worden (Bl. 3), doch deckt sich dieses Datum weder mit seinen übrigen, zumeist früheren Angaben.

⁸⁵⁸ Ludwig Rosenberg, Curriculum Vitae, Febr. 1944, Bl. 2. – Der Hauptsitz des Ministeriums befand sich jedoch am St James's Park. Offenbar befand sich Rosenbergs Abteilung auch ursprünglich in einem anderen Gebäude, denn die Zeitung *Die Arbeit*, das Organ der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, berichtete in Heft 6 vom August 1941, dass „am 21. Juli [...] auch der Sonder-Arbeits-Nachweis für Deutsche und Oesterreicher im Hanover House, 73, High Holborn, W.C.1, eröffnet worden“ sei (3). Das Gebäude 73 High Holborn, in dem noch heute Büros einiger Ministerien untergebracht sind, befindet sich unmittelbar an der Einmündung der Red Lion Street.

⁸⁵⁹ Rosenberg an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 14.1.1956, Bl. 12.

⁸⁶⁰ Akademie Kontakte der Kontinente 9; SFB-Rundfunkinterview (1969) 4.

lung ein Stab von Mitarbeitern zur Verfügung. Im Juni 1941 ordnete das Ministerium an, dass sich alle männlichen Ausländer zwischen 16 und 65 Jahren sowie alle weiblichen zwischen 16 und 50 bei dem für sie zuständigen Arbeitsamt registrieren lassen mussten. Freilich verfügten die wenigsten Flüchtlinge über die nötigen Qualifikationen für die wichtigsten Bereiche, nämlich die Rüstungsindustrie, den Bergbau und die Landwirtschaft, sodass anfänglich nur eine Minderheit von ihnen in kriegswichtigen Bereichen eingesetzt werden konnte. In Umschulungskursen, die zwischen drei und fünf Monaten dauerten und in insgesamt 32 Trainingszentren im ganzen Land angeboten wurden, konnten zahlreiche Exulanten Qualifikationen vor allem in den Bereichen Zeichnen, Montage, Instrumentenerzeugung, Maschinenbedienung, Stanzen und Flachmetallbearbeitung, Schweißen und Installation erwerben. Auf diese Weise gelang es, den Anteil der in kriegswichtigen Bereichen Tätigen auf fast 80 Prozent bei den Männern und immer noch 53 Prozent bei den Frauen zu steigern.⁸⁶¹

Doch ging die Arbeitsaufnahme keineswegs immer reibungslos vonstatten, vor allem in den ersten Monaten häuften sich Fälle, in denen Exulanten „zwar ausgebildet [wurden], aber – bisher – nicht in Arbeit vermittelt“ werden konnten. Nicht selten traten die britischen Arbeitgeber den Fremden mit großem Misstrauen entgegen.⁸⁶² Die Landesgruppe beklagte sich mehrfach über die falsche Unterbringung, die „angemessener Beschäftigung zuzuführen“ seien. Und noch ein Jahr später meldete sie Probleme mit falsch Untergebrachten vor allem in der Land- und Forstwirtschaft, die durch die harte körperliche Arbeit gesundheitlich übermäßig beansprucht wurden. Die Landesgruppe, die im ersten Jahr des Bestehens der Arbeitsvermittlung ihre Mitarbeit augenscheinlich noch vergeblich angeboten hatte, konnte im Tätigkeitsbericht für das folgende Jahr auf eine Zusammenarbeit verweisen. So hieß es dort im Januar 1943: „Die Hilfe der International Labour Branch wurde uns niemals versagt, wenn wir Argumente vortrugen.“ Doch setzte Gottfurcht seinem schriftlichen Bericht handschriftlich hinzu: „personelle, sachliche + organisatorische Unzulänglichkeit des Germ[an] + Austr[ian] Lab[our] Exchange“.⁸⁶³ Nähere Ausführungen dazu hält der Bericht nicht vor. Vermutlich blieb die Autorität der Dienst-

⁸⁶¹ Maimann 19; Muchitsch 14 f.; *Ausbildung und Umschulung für kriegswichtige Arbeit* 7.

⁸⁶² *Arbeitsvermittlung von Ausländern* 13; *Arbeitsvermittlung* 4. – Die Zeitschrift *Die Arbeit* drückte ihre Hoffnung aus, „schliesslich bei allen Verantwortlichen die Erkenntnis zu finden, dass Menschen[,] die den Kampf gegen Hitler auf Leben und Tod hinter sich haben, auch verlässlich genug sind, in einer englischen Fabrik zu arbeiten.“ Ebd.

⁸⁶³ Landesgruppe, *Aus der Arbeit des Jahres 1941*, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Hans-Gottfurcht-Akten (vormals Archiv Gerhard Beier), Ordner 1; Tätigkeitsbericht über das Jahr 1942, 10.1.1943, ebd.

stelle mitsamt ihren Kompetenzen im Zusammenspiel mit britischen Behörden und Arbeitgebern hinter den Erfordernissen zurück. Rosenberg bemühte sich jedenfalls darum, die Probleme zu lösen. So verwies der Arbeitsbericht der Landesgruppe für 1941 auf eine Arbeitslosenquote unter den Mitgliedern von noch immerhin zwölf Prozent, trotz war effort und einer weitgehenden Mobilisierung der Arbeitskraftreserven. Es handelte sich vor allem um ältere, körperlich nicht voll einsetzbare Flüchtlinge, aber auch um solche, die gerade erst aus der Internierung entlassen worden waren. Nicht zuletzt diesen Personenkreis – unter der Gesamtheit der deutschen und österreichischen Flüchtlinge dürfte er eher noch größer gewesen sein und einige Tausende umfasst haben – wandte sich Rosenberg im Jahre 1942 zu, als er ein Exposé vorlegte, das sich dem Problem der nichtvermittelbaren Flüchtlinge zuwandte.⁸⁶⁴

Trotz aller Schwierigkeiten bei der Vermittlung der Flüchtlinge: Mit der Aufnahme einer regulären Beschäftigung fanden die Exulanten nicht nur die Anerkennung ihrer britischen Arbeitskollegen, sie wurden auch endlich unabhängig von den Unterstützungsleistungen der Hilfskomitees. Dennoch lebten die meisten Flüchtlinge weiterhin in dem „wirtschaftlichen und sozialen Ausnahmezustand der Emigration“, fanden sie doch selten Arbeit in einem ihrer Qualifikation gemäßen Beruf, der ihnen ihren früheren Lebensstandard hätte sichern können.⁸⁶⁵

Politik im Heute

Nach acht Jahren unfreiwilliger Selbstständigkeit und der steten Ungewissheit, sein Auskommen zu finden, konnte Rosenberg nun wieder einer geregelten Arbeit nachgehen. Seine Tätigkeit im Ministerium füllte ihn jedoch keineswegs aus. Politik, sei es im Rahmen einer Gewerkschaft oder einer Partei, blieb ihm ein Bedürfnis, und das nicht allein, weil ihm das nationalsozialistische Regime noch immer die Rückkehr nach Deutschland verwehrte. Politische Arbeit in dieser Situation, in der die Unterstützung eines wie auch immer gearteten Widerstandes innerhalb des Deutschen Reiches kaum noch möglich war, konnte nur bedeuten, so gut es ging die Kriegsanstrengungen Großbritanniens zu fördern und die Regierung ein Stück weit im Interesse des deutschen Exils zu

⁸⁶⁴ Ludwig Rosenberg, Plan for the useful employment of „unemployable“ refugees in this Country, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Gottfurcht. – Das Dokument, dessen Existenz im DGB-Archiv in den Unterlagen des Münchner Instituts für Zeitgeschichte nachgewiesen ist, ließ sich im unsortierten Gottfurcht-Nachlass in Bonn nicht auffinden.

⁸⁶⁵ Röder (1973) 25.

beeinflussen, zugleich aber für die Zukunft zu planen, dabei immer „mit dem Gesicht nach Deutschland“, wie es Otto Wels, der frühere Vorsitzende der Sopade, ausgedrückt hatte. Mit den Planungen für die Nachkriegszeit beschäftigten sich sowohl die Parteien als auch die Gewerkschaften im Exil. In diesem Sinne engagierte sich auch Rosenberg zweigleisig, den Schwerpunkt indes legte er, wie schon in den Jahren der Weimarer Republik, eindeutig auf sein gewerkschaftliches Engagement.

Am 28. Februar 1941 – nach anderen Quellen war es der 1. März – gründeten deutsche Exulanten die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien.⁸⁶⁶ Sie verstanden sie als organisatorische Basis für den „aktiven Kampf gegen Hitler und die Vorbereitung für die Nachkriegszeit in Diskussionen mit den internationalen Gruppen“, wie es in den Richtlinien der Organisation hieß.⁸⁶⁷ Neben der originär gewerkschaftlichen Aufgabe, den Mitgliedern bei Problemen der rechtlichen Anerkennung, der Versorgung und Beschäftigung hilfreich zur Seite zu stehen, suchte die Landesgruppe, den Zusammenhalt der Gewerkschafter zu sichern und die Kommunikation über politische Themen zu ermöglichen, um sich eine gemeinsame Orientierung in einer sich militärisch und politisch stark wandelnden Zeit zu verschaffen. Auch Rosenberg unterstrich die Bedeutung der Landesgruppe sowohl für den inneren Zusammenhalt als auch für die politische Arbeit. Das gleichfalls proklamierte Ziel, den Widerstand in Deutschland zu unterstützen, verlor hingegen angesichts der geringen Möglichkeiten zusehends an Bedeutung.⁸⁶⁸ Ebenso wurde es zunehmend schwieriger, den Kontakt mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen des Exils zu halten, wenngleich Rosenberg über spärliche Kontakte zu Tarnow in Stockholm berichtete, die über das neutrale Portugal zustandekamen.⁸⁶⁹ Mehr und mehr traten hingegen die Versuche in den Vordergrund, die Nachkriegsordnung des post-nationalsozialistischen Deutschlands zu beeinflussen. Den dazu nötigen Einfluss auf die alliierte Deutschland-Politik zu gewinnen, dienten die Mitarbeit in den Informationsdiensten der Westmächte, umfangreiche, detaillierte programmatische Planungen, aber auch eine sowohl auf die deutschen Exulanten als auch auf die Briten gerichtete Öffentlichkeitsarbeit.⁸⁷⁰

Die Landesgruppe setzte die Arbeit der Londoner Vertretung fort, doch nach der Masseninternierung, die auch die Mitgliedschaft der Gewerk-

⁸⁶⁶ *Matthias* 262; *Greiser* 226.

⁸⁶⁷ Zitiert nach *Röder* (1973) 59.

⁸⁶⁸ *Gespräch mit Ludwig Rosenberg* (1974) 2; *Peukert* (1987a) 497 f.; *Schneider* (1998) 548.

⁸⁶⁹ Ebd.; *SWF-Rundfunkinterview* (1973) 11 f.

⁸⁷⁰ *Peukert* (1987a) 498.

schaftsgruppe deutlich dezimiert hatte, und der Auflösung des Pariser Büros der ADG 1940 schien nun die Zeit reif, sich vollends von dem allerorten als Bevormundung verspürten Machtanspruch der ADG als einzig legitimer Vertreterin der alten Gewerkschaftszentralen zu befreien. Der frühere Leiter der Londoner Vertretung, Hans Gottfurcht, hatte denn auch seine guten Verbindungen spielen lassen und mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und dem Trade Union Council über die Gründung der Landesgruppe verhandelt, nicht aber mit der ADG.⁸⁷¹ Jedweder Anklang an eine der alten Richtungsgewerkschaften wurde vermieden. Kriterium der Aufnahme in die neue Vereinigung sollte auch nicht länger die frühere Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft sein, stattdessen sollten alle deutschen Arbeitnehmer „ohne Rücksicht auf ihr Religionsbekenntnis oder auf ihre politische Überzeugung“ aufgenommen werden können, auch jene, die 1933 noch zu jung waren, um sich organisieren zu können.⁸⁷² Die Mitglieder der Landesgruppe mussten, so sah es die Gründungsvereinbarung vor, zugleich Mitglied einer britischen Gewerkschaft werden und ihre Absicht erklären, nach dem Krieg nach Deutschland zurückkehren zu wollen, „um dort ihren gewerkschaftlichen Aufgaben nachgehen zu können“.⁸⁷³

Die Mitglieder der Landesgruppe verteilten sich auf Fachgruppen, sie entsandten Delegierte, die auf jährlichen Konferenzen einen Arbeitsausschuss wählten, der seinerseits den Vorsitzenden bestimmte – Gottfurcht wurde in dieser Funktion Jahr für Jahr bestätigt. Im Arbeitsausschuss waren zunächst die politischen Parteien der sozialistischen Arbeiterbewegung vertreten, neben der SPD auch die drei kleineren Organisationen – Sozialistische Arbeiterpartei, Internationaler Sozialistischer Kampfbund und Neu Beginnen. Damit unterstrich die Landesgruppe, die von vornherein als sozialdemokratisch-sozialistische Einheitsgewerkschaft konzipiert wurde, ihren Anspruch, das gesamte politische Spektrum zu repräsentieren.⁸⁷⁴ Während sich keine Vertreter christlicher oder liberaler Parteien fanden, blieben die Kommunisten, die sehr wohl auf Aufnahme drängten, zunächst noch außen vor. Erst infolge des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion konnten Angehörige der KPD seit Ende 1941 ihre Aufnahme beantragen, überprüft wurde lediglich ihre gewerkschaftliche Zuverlässigkeit, nur gut ein Dutzend von ihnen wurden abgelehnt. Doch erst 1944 konnte die KPD ihrerseits Vertreter in den Arbeitsausschuss entsenden. Damit wurde die Landesgruppe die erste und einzige Organisation des britischen Exils, in der Kommunisten und Sozialdemokraten zusam-

871 *Eiber (1998) CLII; Röder (1973) 59; Borsdorf (1976) 678.*

872 *Zitiert nach Oppenheimer 243.*

873 *Zitiert nach ebd.*

874 *Eiber (1998) CLIII; Röder (1973) 59 f.*

menarbeiteten.⁸⁷⁵

Zum Funktionieren dieses Experiments trugen sicher Gottfurchts integrative Fähigkeiten bei, jedoch auch sein Drängen, wenn nicht Diskussionen zu politischen Tagesfragen, so doch Abstimmungen, Resolutionen und Beschlüsse hierzu zu unterbinden.⁸⁷⁶ Auf diese Weise gelang es den verschiedenen parteipolitischen Fraktionen innerhalb der Landesgruppe, weitgehend erfolgreich zusammenzuarbeiten.⁸⁷⁷ Lediglich zu Beginn des Jahres 1945 konnte ein tragfähiger Kompromiss zwischen den widerstreitenden Lagern nicht gefunden werden, die Kommunisten entzogen den Programmvorschlägen für das befreite Deutschland ihre Zustimmung.⁸⁷⁸ Auf die Erklärung, die anlässlich der Auflösung der Organisation im Dezember 1945 verabschiedet und in der ein kritischer Blick auf die Verantwortung der deutschen Arbeiterbewegung für das Zustandekommen des Nationalsozialismus geworfen wurde, hatten die kommunistischen Mitglieder wiederum einen unverkennbaren Einfluss genommen.⁸⁷⁹ Erst mit der Aufnahme der Kommunisten und dem dafür notwendigen, auf Kompromiss und Ausgleich bedachten Moderationsstil Gottfurchts konnte die Landesgruppe tatsächlich zu dem maßgeblichen Modell der Einheitsgewerkschaft werden, an dem sich später im Nachkriegsdeutschland der Deutsche Gewerkschaftsbund orientieren sollte.⁸⁸⁰

Im ersten Jahr ihres Bestehens konnte die Landesgruppe 200 bis 250 Mitglieder gewinnen, von denen die meisten bereits vor 1933 einer Gewerkschaft angehört hatten. In den vier weiteren Jahren ihres Bestehens verzeichnete die Landesgruppe einen deutlichen Mitgliederzuwachs, schon 1942 hatte sich die Zahl verdoppelt. 1943 waren es bereits 674 Mitglieder, und 1945 erreichte sie mit 716 ihren Höchststand.⁸⁸¹ Der Zuwachs war zu einem Großteil den neu aufgenommenen Kommunisten geschuldet, auch unter den jüngeren Gewerkschaftern dominierten die Anhänger und Mitglieder der KPD. 1945 sollen zwei Drittel der Mitglieder Kommunisten gewesen sein.⁸⁸² Rund 700 gewerkschaftlich organisierte Exulanten waren angesichts der rund 20000 deutschen Arbeitnehmer in Großbritannien immer noch eine verschwindend geringe Zahl. Vor allem die bürgerlichen Exulanten – obschon nun überwiegend sozial deklassiert und unselbstständig beschäftigt – waren nur schwer

875 Ebd. 61.
876 Ebd.; *Eiber (1998)* CLIII.
877 *Röder (1973)* 61.
878 *Borsdorf (1976)* 679.
879 *Oppenheimer* 252 f.
880 *Eiber (1998)* CLIV.
881 Ebd. 61; *Foitzik (1988a)* 256.
882 Ebd.; *Röder (1973)* 62.

vom Wert einer gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen, standen sie doch traditionell den Arbeitnehmervereinigungen eher fern. Da Großbritannien zum Exil nur weniger christlicher oder liberaler Gewerkschafter geworden war, dominierten die ehemaligen Mitglieder Freier Verbände. 315 ehemaligen Freien standen 34 andere Gewerkschafter gegenüber, zu den 117 ZdA-Mitgliedern kamen lediglich 14 GDA-Mitglieder.⁸⁸³

Eines von ihnen war Ludwig Rosenberg. Obschon sich seine Tätigkeit nur wenig in den Dokumenten der Landesgruppe widerspiegelt, zählte er nach Aussagen Hans Gottfurchts zu den Mitbegründern der Landesgruppe, engagierte sich aktiv beim Aufbau der Organisation und arbeitete eng mit dem Vorsitzenden zusammen.⁸⁸⁴ „Die Gewerkschaftsgruppe“, erinnerte sich Rosenberg, „war typisch deutsch gut organisiert. Sie hatte sogar verschiedene Ortsgruppen[,] und Mitgliedsbeiträge wurden, obwohl es den Leuten relativ dreckig ging, pünktlich und brav bezahlt [...]“⁸⁸⁵ Beinahe die Hälfte der Mitglieder lebte in London, eine weitere knappe Hälfte verteilte sich auf sieben Ortsgruppen vornehmlich in den Industriegebieten Mittelenglands, der Rest lebte verstreut über das ganze Land.⁸⁸⁶ Auf Mitgliederversammlungen, die in London monatlich stattfanden, und auf Schulungsabenden kamen die Gewerkschafter zusammen. Einige traten als Gastredner vor britischen Gewerkschaftern, auf Versammlungen der verschiedenen sozialistischen Vereinigungen oder vor gefangenen deutschen Soldaten auf, um sie in einem demokratischen Sinne umzuerziehen und mit den Grundlagen einer freiheitlich verfassten Arbeiterbewegung vertraut zu machen.⁸⁸⁷

Vorrangig zur verbandsinternen Kommunikation gab die Landesgruppe eine eigene Monatszeitung unter dem Titel „Die Arbeit“ heraus, die seit März 1941 neunmal erscheinen konnte, ehe sie im November des gleichen Jahres der Papierrationierung zum Opfer fiel und durch Rundschreiben ersetzt wurde.⁸⁸⁸ Zu den Autoren zählten neben Gottfurcht, in dessen Hand die Redaktion des Blattes lag, unter anderem Willi Derkow, Gerhard Gleissberg, Otto Kahn-Freund, Alfred Kiss und Richard Löwenthal. Walter Citrine, der Generalsekretär des Trade Union Council, versicherte den Mitgliedern der Landesgruppe in seinem Geleitwort der

⁸⁸³ Oppenheimer 256.

⁸⁸⁴ Beier, G. (1983b) 154; Akademie Kontakte der Kontinente 8; Schuster 32; Stiftung F.V.S. zu Hamburg 23.

⁸⁸⁵ SWF-Rundfunkinterview (1973) 11.

⁸⁸⁶ Röder (1973) 61. – In London dominierten sozialdemokratische, in den Ortsgruppen außerhalb Londons hingegen kommunistischen Mitglieder.

⁸⁸⁷ Ebd. 62.

⁸⁸⁸ Ebd. 60; Eiber (1998) CLIV; Maas 73 f.

Solidarität der britischen Gewerkschaften und sprach die schwere Verantwortung an, die auf ihnen lastete, daran mitzuwirken, ihre deutschen Kollegen von den Ketten des Nationalsozialismus zu befreien.⁸⁸⁹ Die Zeitung gab „Streiflichter aus dem Dritten Reich“, informierte über organisatorische Angelegenheiten und gab ihren Mitglieder Hinweise über verschiedene Aspekte der Arbeitsaufnahme und der Sozialversicherung in Großbritannien. Damit unterstützte sie die Bestrebungen der britischen Regierung, die Exulanten als Arbeitskräfte für die Kriegsindustrie zu gewinnen.⁸⁹⁰ Darüber hinaus versuchte die Zeitung, Debatten zu initiieren, so leitete Hans Gottfurcht eine Auseinandersetzung um den Aufbau der Gewerkschaften nach dem Ende des Nationalsozialismus in die Wege.⁸⁹¹

Wie die Gewerkschaftsgruppe, so befand sich auch das sozialdemokratische Exil in einem Prozess der Neuformierung. Und wie dort die Gewerkschafter die Fundamente der Einheitsgewerkschaft legten, so bereiteten die Sozialdemokraten die Bildung einer sozialistischen Einheitsorganisation unter scharfer Abgrenzung von den Kommunisten vor. Seit Anfang der 1930er Jahre, als sich die linke Opposition von der SPD abgespalten und eine eigene Organisation, die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, gegründet hatte, war die Sozialdemokratie tiefgreifend zerstritten. Unter den Bedingungen des Exils blieben die alten Gräben zunächst bestehen, doch seit gegen Ende der 1930er Jahre die Möglichkeiten der Exilorganisationen, auf den innerdeutschen Widerstand einzuwirken, gegen Null gesunken waren, begannen sie sich aufeinander zu bewegen. Neben der SAP und der Sopade, die sich als legitimer Nachfolger des alten Parteivorstandes verstand, hatten sich Vertreter des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes und der Gruppe Neu Beginnen in London niedergelassen.

Die Sopade war durch ihren Vorsitzenden Hans Vogel sowie die Vorstandsmitglieder Erich Ollenhauer, Fritz Heine und Curt Geyer vertreten. Neben und weitgehend unabhängig von der Sopade bestand eine informelle Gruppe von rund 160 sozialdemokratischen Exulanten. Die führenden Mitglieder der alten Pariser Auslandsleitung der SAP waren 1940/1941 in die USA geflohen, von den 25 Mitgliedern der Londoner Gruppe, die unter der Leitung Paul Walters stand, hatte kaum einer an den ideologischen Auseinandersetzungen vor und nach 1933 teilge-

⁸⁸⁹ *Citrine* 2.

⁸⁹⁰ Siehe u. a. die Artikel „Registrierung für industrielle Arbeit“ und „Arbeitsvermittlung von Ausländern“ in den Heften 6 und 7. Als Autor dieser namentlich nicht gezeichneten Beiträge kann der seitens der britischen Behörden mit der Arbeitsvermittlung der Exulanten betraute Rosenberg angenommen werden.

⁸⁹¹ Siehe unten.

nommen. Der ISK freilich war mit seinem Auslandsleiter Willi Eichler seit 1939 in Großbritannien vertreten. Der rund 20-köpfigen ISK-Gruppe in London gehörten außerdem Minna Specht und Wilhelm Heidorn an, der später den Namen Werner Hansen annahm. Die Gruppe Neu Beginn verlagerte ihre Exilzentrale 1939 von Paris nach London, ihr gehörten Waldemar von Knoeringen, Erwin Schoettle, Richard Löwenthal und Karl Frank an. Darüber hinaus zählte die Londoner Gruppe etwa 16 weitere Mitglieder.⁸⁹²

Die Motive, die der Gründung der Union deutscher sozialistischer Exilorganisationen in Großbritannien, kurz Union, im März 1941 zugrunde lagen, werden in der Literatur unterschiedlich gewichtet.⁸⁹³ Während Waltraud Strickhausen und Peter Grasmann den Druck der Labour Party, die den einzelnen Gruppen die Anerkennung verweigert und damit die Einigung erzwungen habe,⁸⁹⁴ einseitig in den Vordergrund rücken, erkennen Werner Röder und Ludwig Eiber ein ganzes Bündel verschiedenartiger Faktoren. Dabei stellt Röder die Nichtanerkennung der einzelnen Organisationen seitens der britischen Schwesterpartei als auslösendes Moment in den Vordergrund, betont aber zugleich den Wert persönlicher Kontakte zwischen den Gruppenvorsitzenden und deren prägende Charaktereigenschaften. So habe Vogel – dessen integrativer Charakter dem Gottfurchts gleichgekommen sei – deutlich stärker zum Kompromiss geneigt als sein Vorgänger Otto Wels, und die Abwesenheit des polarisierenden Friedrich Stampfer, des früheren Chefredakteurs der sozialdemokratischen Parteizeitung „Vorwärts“, habe sich gleichsam positiv ausgewirkt. Auch in den sozialistischen Gruppierungen hätten kompromissbereite Persönlichkeiten den Ton angegeben. Dass darüber hinaus alle Gruppen gleichermaßen von den Internierungen des Jahres 1940 betroffen gewesen seien, habe sie in den Lagern zusammenarbeiten oder von außen solidarische Hilfsmaßnahmen organisieren lassen.⁸⁹⁵

⁸⁹² Röder (1973) 28, 39, 43 ff.

⁸⁹³ Zuvor hatten sich – offenbar nur vorübergehend – die sozialistischen Organisationen Deutschlands, Österreichs und der Sudetendeutschen in der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft und die sozialdemokratischen Parteien der genannten Länder zur Sozialdemokratischen Union zusammengeschlossen. *Strickhausen* 259.

⁸⁹⁴ Ebd.; *Grasmann* 37.

⁸⁹⁵ Röder (1973) 93 f. – Ein Besuch Stampfers in London im September 1941 führte sogleich zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Union und zwischen der Union und der Labour Party. Ebd. 37. Marie Juchacz beschrieb Stampfer mit den Worten: „Er ist ein kluger, eigensinniger, boshafter Greis, ausgestattet mit einer verhängnisvollen Routine im schriftlichen und mündlichen Gebrauch des Wortes und er ist nicht willens, irgend ein Argument oder einen Gedanken des anderen in Betracht zu ziehen, wenn es nicht in seiner Linie liegt.“ Zitiert nach ebd. 156.

Eiber stellt zudem heraus, dass insbesondere die Sopade die Schwäche ihrer eigenen Position erkannt habe. Nicht zuletzt habe sie es versäumt, den Wechsel ihres Sitzes von Paris nach London mittelfristig vorzubereiten, etwa durch englischsprachige Publikationen oder die Entsendung geeigneter Kontaktpersonen. Hingegen hätten die sozialistischen Kleinorganisationen zum Teil hervorragende Verbindungen zur Labour Party und zu den britischen Gewerkschaften unterhalten, die sie vor allem Kraft ihrer Intellektualität aufzubauen und zu unterhalten verstanden hätten. Darüber hinaus hätten SAP, ISK und Neu Beginnen schon lange die Zusammenarbeit des gesamten sozialistischen und des kommunistischen Exils angestrebt. Der Hitler-Stalin-Pakt habe ernüchternd gewirkt und in den Versuch gemündet, die nichtkommunistische linke Emigration zusammenzuschließen, bislang seien die Bemühungen jedoch an der starren, ablehnenden Haltung der Sopade gescheitert. Eiber stellt den Druck der Labour Party auf das sozialistische Exil in einen Zusammenhang mit dem Konzept der Europäischen Revolution, das ein Zerschlagen des nationalsozialistischen Regimes von innen heraus, durch Widerstand in Deutschland und in den besetzten Gebieten zu forcieren trachtete. Dazu habe es jedoch einer einigen Opposition bedurft, und um diese zu erreichen, habe die Labour Party Druck auf das deutsche Exil ausgeübt.⁸⁹⁶

In der Tat hatte die nichtkommunistische Linke partiell bereits seit 1938 zusammengearbeitet,⁸⁹⁷ hatten die alten Richtungskämpfe unter den Bedingungen der Exils in Großbritannien längst an Bedeutung verloren, waren sie gar, wie Rosenberg meinte, bei Gründung der Union schon weitgehend überwunden.⁸⁹⁸ Insofern trifft auch Susanne Millers Einschätzung zu, nicht der Druck der Labour Party habe zur Einigung der Sozialdemokratie geführt, sondern die alten Differenzen hätten sich in Anbetracht der politischen Gesamtentwicklung relativiert und ihre Bedeutung eingebüßt.⁸⁹⁹ Als Vertreter der Labour Party, allen voran der Leiter der Internationalen Abteilung des Parteivorstandes, William Gillies, die Einigung nahe legten, ergriffen Vogel und Ollenhauer die Initiative zur Gründung einer neuen Einheitsorganisation des sozialdemokratischen Exils.⁹⁰⁰

Nach zahlreichen Vorbesprechungen seit Dezember 1940 beschlossen Vertreter der vier Organisationen, am 19. März 1941 die Gründung der

⁸⁹⁶ Eiber (1998) XXV f.

⁸⁹⁷ Geis 546.

⁸⁹⁸ Gespräch mit Ludwig Rosenberg (1974) 2. – Rosenberg spricht zugleich von „großen Auseinandersetzungen“, die die SPD mit den sozialistischen Gruppierungen zu führen hatte. Ebd.

⁸⁹⁹ Miller (1976) 168.

⁹⁰⁰ Eiber (1998) XXVI.

Union deutscher sozialistischer Exilorganisationen in Großbritannien, während ihre Mitgliedsorganisationen zunächst fortbestanden. Die Zusammenarbeit der vier Organisationen innerhalb der Union, wie der Zusammenschluss der vier Organisationen zumeist kurzer Hand genannt wurde, gestaltete sich weitgehend harmonisch und gewann somit einen Modellcharakter für die Sozialdemokratie nach dem Krieg.⁹⁰¹ An ihrem Aufbau nahm Rosenberg „lebhaften Anteil“.⁹⁰² Er war, so heißt es weiter, „Erich Ollenhauer und seinen Gefährten eng verbunden“.⁹⁰³

Als bald wurde die Union – allerdings nur vorübergehend – von der Labour Party anerkannt und konnte somit auf den Beistand der britischen Regierung rechnen. Zunächst gestaltete sich die Zusammenarbeit der Union mit der britischen Schwesterpartei recht gut. William Gillies, der sich schon in Paris als „großzügiger Freund der Partei“ gezeigt hatte, behandelte die deutschen Sozialdemokraten in dieser Phase als „gleichwertige und vertrauenswürdige Genossen“.⁹⁰⁴ Beide zeigten nur geringe inhaltliche Differenzen, die Union sah wie die Labour Party Fehler der SPD im Rahmen der Revolution 1918/1919, sie übersah nicht, dass auch zahlreiche Arbeiterwähler Hitler zur Macht verholfen hatten, und sie erkannte die Notwendigkeit einer umfassenden Re-Education der Deutschen auf der Grundlage einer liberalen Demokratie. Die Union wich von der Position der Labour Party lediglich dahingehend ab, dass sie den Faschismus keineswegs für ein ausgesprochen deutsches Phänomen hielt und auch die Zerstückelung Deutschlands nach dem Krieg entschieden ablehnte.⁹⁰⁵

Im Sommer begrüßte die Union die Atlantik-Charta vom 14. August 1941, in der sich die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich über ihre Grundsätze verständigt hatten, nach denen Deutschland nach dem Krieg zu behandeln sei. Die Erklärung Churchills und Roosevelts, der sich bald auch Stalin anschloss, sah vor, dass Deutschland nicht isoliert werden sollte, sondern in die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit einbezogen werden müsse. Unter Verzicht auf Gewalt gelte das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dem einzelnen müsse soziale und wirtschaftliche Sicherheit garantiert werden. Die Union – und mit ihr die Landesgruppe – zeigte sich zuversichtlich, dass ein sozialistisches und demokratisches Deutschland seinen vollen Beitrag zu einer solchen

901 Ebd. XXIX.

902 *Akademie Kontakte der Kontinente* 8.

903 *Stiftung F.V.S. zu Hamburg* 23.

904 *Glees (1983)* 65.

905 Ebd. 75 f.

Neuordnung Europas leisten werde.⁹⁰⁶

Angesichts der Hoffnungen, die die Exulanten mit dieser Erklärung der alliierten Staatschefs verbanden, traf der Umschwung in den Beziehungen, der bereits im Herbst desselben Jahres einsetzte, umso härter. Denn trotz der partiellen Übereinstimmung schlug das Verhältnis um, die Beziehungen verschlechterten sich zusehends. Gillies nahm nun den Standpunkt ein, angesichts der deutschen Verbrechen könne die SPD keine eigenständige Politik betreiben, sie könne vielmehr lediglich ausführendes Organ der Labour Party sein. Mit dieser Position fand er auch in der Führung der Sopade Anhänger, vor allem in Walter Loeb und Curt Geyer, die die Politik der SPD seit 1914 als nationalistisch und aggressiv einschätzten und daraus eine Mitschuld der Partei am Aufstieg des Nationalsozialismus ableiteten.⁹⁰⁷

Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen britischen und deutschen Sozialdemokraten und auch innerhalb der Sopade freilich lässt sich nur begreifen auf dem Hintergrund einer allgemeinen Verschiebung der öffentlichen Meinung in Großbritannien, die ohne das Wirken Lord Vansittarts nicht zu verstehen wäre. Robert Gilbert Vansittart, britischer Diplomat und außenpolitischer Berater der Regierung, machte sich im November und Dezember 1940 einen Namen, als er in mehreren Rundfunkansprachen seinen Landsleuten nahezubringen versuchte, dass das Entstehen des Nationalsozialismus aus dem kriegerischen Volkscharakter der deutschen Rasse zu erklären sei, die Deutschen seien zu 80 Prozent „der moralische und politische Abschaum der Welt“, sie hätten Hitlers Diktatur ihrer Natur gemäß und folgerichtig hervorgebracht. Vansittart folgerte daraus, dass Deutschland, wenn es geheilt werden sollte, nach Kriegsende abgerüstet, über lange Zeit hinweg militärisch besetzt und seine Bewohner gründlich umerzogen werden müssten.⁹⁰⁸

Vansittarts Reden, die Anfang 1941 unter dem Titel „Black Record“ – Schwarzes Sündenregister – auch als Buch erschienen, stießen im deutschen Exil, das unbeirrt von der Existenz des „anderen Deutschlands“ ausging, das Hitler widerstehe,⁹⁰⁹ erwartungsgemäß auf wenig Gegenliebe. Friedrich Stampfer hielt ihn für den Antipoden des Alldeutschen Houston Stewart Chamberlain,⁹¹⁰ der die Deutschen ebenso vergöttert

⁹⁰⁶ Grasmann 40.

⁹⁰⁷ Glees (1983) 67, 73.

⁹⁰⁸ Matthias 268 f.

⁹⁰⁹ Vgl. Peukert (1987a) 497.

⁹¹⁰ Stampfer 131. – Vansittarts Position lässt sich auch durchaus mit neueren kulturalistischen Ansätzen gleichsetzen, etwa Goldhagens These, wonach die Shoah das Resultat eines langwährenden böartigen eliminatorischen Antisemitismus gewesen sei und nur auf der Grundlage einer Symbiose zwischen dem

hatte, wie Vansittart sie aburteilte. Leidenschaftlich diskutierte das deutsche sozialdemokratische Exil über Vansittart und die Folgen, auch der Charakter der Deutschen und die Mitverantwortung der SPD für den Nationalsozialismus wurden nicht ausgespart.⁹¹¹ Aber auch in der britischen Linken erhob sich offener Protest. So bezeichnete der Daily Herald Vansittarts Polemiken als „Geschenk an Goebbels“ und die Tribune argwöhnte, er habe eine Plage ausgelöst, die sich rapide ausbreite und einen Schaden verursache, der größer sei als bisher angenommen.⁹¹²

Victor Gollancz, Verleger und Betreiber des Left Book Club, dessen Haus inzwischen zu einem einflussreichen Zentrum der Linken geworden war, gab ein Jahr später ein schmales Bändchen heraus, das er als Antwort an Vansittart wie auch an seine britischen Parteigänger verstand, und in dem er vor dem aufkommenden Hass auf die Deutschen warnte. Die antideutsche Propaganda verhindere den Sieg der Alliierten, da sie sich dem Geist des Dr. Goebbels, den sie bekämpfe, zugleich annähere. Stattdessen müssten die Ursachen, die zu den beiden Weltkriegen geführt hätten, beseitigt werden, da sonst in absehbarer Zeit mit einem neuen Krieg zu rechnen sei, der wiederum von Deutschland ausgehen werde.⁹¹³ An der Erstellung dieser Streitschrift, die unter dem Titel „Shall Our Children Live or Die?“ alsbald mehrere Auflagen erfuhr, waren offenbar, so berichtet es jedenfalls Rosenberg, auch deutsche Exulanten beteiligt.⁹¹⁴ So verwundert es wohl auch nicht, dass Rosenberg nicht zu den Befürwortern des von Otto Lehmann-Russbueldt vorangetriebenen Versuchs zählte, einen Zusammenschluss derjenigen zu schaffen, die gegenüber den Alliierten die These von der deutschen Kollektivschuld vertreten sollte, um auf diese Weise Einfluss auf deren Nachkriegsplanung gewinnen zu können.⁹¹⁵

Antisemitismus des deutschen Volkes und Hitlers Ziel der Judenvernichtung ausgeführt werden konnte.

⁹¹¹ *Appelius* 223.

⁹¹² *Burridge* 56.

⁹¹³ *Gollancz* 3. – Neben Gollancz veröffentlichte auch der österreichische Sozialdemokrat und Journalist Julius Braunthal eine gegen Vansittart gerichtete Schrift unter dem Titel „Needs Germany Survive?“. *Röder/Strauss* I 89.

⁹¹⁴ Im *Gespräch mit Ludwig Rosenberg (1974)* 3 heißt es: „Es gab auch eine Auseinandersetzung mit Vansittart selber über dieses Buch, das er damals geschrieben hatte, «Black Record», wo wir dann mit Gollancz zusammen ein Gegenbuch herausgeben konnten.“ In Gollancz' Schrift freilich findet sich kein Verweis auf eine solche Zusammenarbeit.

⁹¹⁵ Rundschreiben Lehmann-Russbueldts 1941/42, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, Nachlass Carl Herz, Nr. 336/5 und 6. – Neben Willi Eichler, Walter Loeb, Carl Herz und anderen zählte Rosenberg zumindest zeitweise zu den Empfängern dieser Rundschreiben. Lehmann-Russbueldt, geboren 1873 in Berlin, hielt sich gleich Rosenberg seit 1933 in Großbritannien auf. Nach *Röder/Strauss* I 425 „verkörperte [er] auch im Exil den Typus des parteiungebundenen, nichtmarxistischen Radikaldemokraten mit politischen und

Doch gab es innerhalb der Labour Party auch großen Zuspruch für Vansittarts Thesen, und seit dem Herbst 1941 drangen sie mehr und mehr in die offizielle Politik der Partei ein. Vor allem William Gillies, der inzwischen zum Wortführer der Vansittartisten innerhalb der britischen Sozialdemokratie avanciert war,⁹¹⁶ machte sie sich zu eigen und versuchte die Selbstständigkeit der deutschen Sozialdemokratie einzuschränken.⁹¹⁷ Auch Hugh Dalton, in Churchills Kabinett Minister für wirtschaftliche Kriegsführung, vertrat schon seit längerem Positionen, die mit denen Vansittarts durchaus vergleichbar waren und eines wahren Kerns keineswegs entbehrten. So sah Dalton die Deutschen seit der Reichsgründung als „trouble-maker in Europe“, und der Rassismus sei in Deutschland nicht erst seit dem vergiftenden Nazi-Unsinn gelehrt worden.⁹¹⁸ Trotz dieser Erkenntnis hatte er stets dafür plädiert, Deutschland nach dem Krieg nicht zu isolieren, sondern ihm auf dem Wege einer gleichberechtigten Partnerschaft zu einem politischen System zu verhelfen, dass dem britischen gleiche. Jetzt aber, unter dem Einfluss einer sich zuspitzenden öffentlichen Meinung gegenüber den Deutschen, zeigte auch er sich nicht unbeeindruckt.

Und auch in den offiziellen Verlautbarungen, in Resolutionen und Beschlüssen der Labour Party schlug sich der Meinungsumschwung nieder.⁹¹⁹ Gillies veranlasste das Komitee für internationale Angelegenheiten beim Parteivorstand im März 1942 zu einem Beschluss, in den er seine Lesart der Geschichte der SPD seit 1914 als einer nationalistischen und gleichsam faschistischen Partei hatte einfließen lassen. Mit ihren abweichenden Meinungen konnten sich die Fabians Harold Laski und Philip Noel-Baker, die zum linken, deutschfreundlichen Flügel der Partei zählten und der SPD die Chance einer Wiedergeburt zusprachen, nicht durchsetzen.⁹²⁰ Ohnehin waren es die Fabians, die an einer Zusammenarbeit mit der Exil-Sozialdemokratie weiterhin Interesse zeigten, sie zu Vorträgen, meist zu Themen der Gestaltung Deutschlands und Europas nach dem Krieg, einluden und ihre Anliegen in Gremien der Labour Party vertraten.⁹²¹ Doch trotz ihres großen Einflusses auf die Regierungsmitglieder der Partei, ja auf die Parteiführung selbst, gelang es den Fabians auf dem Labour-Parteitag im Juni 1943 nicht,⁹²² eine Ent-

persönlichen Beziehungen zu oppositionellen Sozialisten und zur KPD bei kritischer Distanz zum sozialdemokratischen Parteiapparat“. Er stand unter anderem mit Kurt Hiller in Verbindung.

916 *Stampfer* 132; *Appelius* 223.

917 *Glees* (1983) 73.

918 *Burridge* 56.

919 *Glees* (1983) 73 f.

920 Ebd. 74 f.; *Eiber* (1998) XLI.

921 *Glees* (1982) 80 f.

922 *Cole* 266. – Die Fabians Clement Attlee, Herbert Morrison, Hugh Dalton und Arthur Greenwood gehörten als Labour-Politiker dem Kabinett Churchills an.

schließung zu verhindern, in der es hieß, die Zahl der in Opposition zu Hitler stehenden Deutschen könne nur sehr gering sein, da sonst die totale Kriegsführung der Nazis undenkbar sei. Gillies' Haltung sollte die offizielle Parteimeinung bis zu seiner Ablösung durch Denis Healey 1946 bestimmen.⁹²³

Rosenberg hob später hervor, dass trotz aller Schwierigkeiten die Situation im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg „bestimmt ganz anders“ gewesen sei und der Vansittartismus die deutschen Exulanten nur am Rande berührt habe: „Wir selber wurden davon kaum betroffen. Wir wurden nur dadurch davon betroffen, soweit es sich um den Kontakt handelte, den wir über den Internationalen Gewerkschaftsbund mit den anderen Emigrantenorganisationen hatten. [...] Da war es manchmal schwierig, aber nicht so schlimm. [...] Was sich damals abspielte, war bei uns eine ziemlich enge Verbindung mit jenen Kreisen der Labour Party, die mit uns aktiv zusammenarbeiten wollten und auch bereit waren, zusammenzuarbeiten und uns zu unterstützen, während es sicher einige Kreise gab innerhalb der Labour Party, die das nicht so wünschten, aber nicht sehr aktiv waren. Es gab also Leute, die den Vansittartismus unterstützten, aber die hielten sich sehr zurück, denn sie wollten auf der anderen Seite auch nicht in eine Konfrontation mit uns direkt geraten, weil sie ja uns ausschlossen. Nicht wahr, ich möchte beinahe sagen, wie jeder Nazi seinen Juden hatte, so hatten die also ihre anständigen Deutschen, ohne daß sie also der Ansicht waren, daß das dazu führen konnte, daß diese anständigen Deutschen typisch für ganz Deutschland wären. [...] Wir haben eine wesentliche Förderung und Unterstützung von Seiten der englischen Labour Party und auch der englischen Gewerkschaften gehabt, wobei ja immer einige etwas zurückhaltender und mißtrauischer waren als andere, die sehr positiv zu uns standen. Ein richtiggehender Kampf und eine richtiggehende Auseinandersetzung haben wir eigentlich kaum gehabt.“⁹²⁴

Dennoch sah sich Rosenberg herausgefordert, persönlich an Vansittart zu schreiben. In einem Brief beschwor er ihn, „von seinen Vernichtungsplänen gegen Deutschland abzusehen, da dies wider die Grundsätze der Solidarität der Völker und der Humanität sei, unter deren Fahne man gegen Hitler kämpfe“.⁹²⁵ Rosenberg sah durchaus die Parallele der antideutschen Propaganda in Großbritannien mit jener der Nazis, doch unterschätzte er das Ausmaß der Auswirkungen Vansittarts auf das deutsche Exil enorm. Augenscheinlich, so lässt sich daraus

⁹²³ *Appelius* 223; *Glees* (1983) 75.

⁹²⁴ *Gespräch mit Ludwig Rosenberg* (1974) 3 f.

⁹²⁵ Zitiert nach *Akademie Kontakte der Kontinente* 9 f. – Der Brief selbst ließ sich nicht nachweisen, auch von einer Reaktion auf das Schreiben ist nichts bekannt.

schließen, war Rosenberg nur wenig an den Diskussionen im engeren Kreis der sozialdemokratischen Führungsgremien beteiligt. Und im Übrigen wirkte sich der Vansittartismus auf die Arbeit der verschiedenen, in London ansässigen internationalen Zentralen der Gewerkschaftsbewegung weit weniger aus als auf die Tätigkeit der Union. Doch wurde auch die Landesgruppe zum Schauplatz der innerdeutschen Auseinandersetzungen um Vansittart.

Um Walter Loeb und Curt Geyer, letzterer Mitglied des Sopade-Vorstands, sammelte sich seit dem Frühjahr 1942 eine Gruppe deutscher Exulanten, die den politischen Kurs, den die Landesgruppe und die Union verfolgten, scharf angriff und Teilen des sozialdemokratischen Exils vorwarf, sie sei nationalistisch. Auch die Kollektivschuldthese, wonach nicht nur die Nazis im engeren Sinne, sondern das gesamte deutsche Volk Hitler gewollt und an die Macht gebracht habe, klang in den Verlautbarungen der Gruppe an. Union und Landesgruppe, die diese Positionen nicht teilen konnten und wollten, da sie dadurch nicht zuletzt ihre eigene Position unterminiert hätten, gingen alsbald gegen die Wortführer vor und schlossen sie aus.⁹²⁶ Fritz Heine, selbst Mitglied des Sopade-Vorstands konnte sich zwar manchen kritischen Haltungen der Ausgeschlossenen anschließen, so hielt er den Sturz des herrschenden Systems in Deutschland durch die Arbeiterschaft für illusionär, doch blieb er loyal gegenüber seiner Partei. Die Ursache der Auseinandersetzungen erkannte er denn auch eher in gruppendynamischen Prozessen eines isolierten Exils. Da der Mensch nicht „ohne Gegner leben“ könne, es den Exulanten jedoch an einem greifbaren Gegner ermangele, hätten sie sich in jahrelangen innerparteilichen Auseinandersetzungen selbst bekriegt.⁹²⁷ Infolge der Auseinandersetzungen um Vansittart sei der Partei ein erheblicher Schaden entstanden und ihre Autorität untergraben worden.⁹²⁸

Die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zur Labour Party befanden sich im Herbst 1942 auf dem Tiefpunkt, als die Briten einigen der hauptamtlichen Funktionäre die Unterstützungszahlungen strichen. Das Desinteresse der britischen Genossen zeigte nicht zuletzt dadurch Wirkung, dass das britische Außenministerium den Sozialdemokraten keinerlei Unterstützung anbot, als diese sich seit 1943 verstärkt von Kommunisten bedrängt sahen. Die an Mitgliederstärke deutlich überlegene KPD suchte, mittels einer gemeinsamen, jedoch kommunistisch geführten Organisation, dem Nationalkomitee Freies Deutschland, Einfluss auf

⁹²⁶ *Matthias* 269; *Appelius* 223 ff.

⁹²⁷ Zitiert nach ebd. 234.

⁹²⁸ Ebd. 221.

die Sozialdemokraten zu gewinnen.⁹²⁹ Zwar gab es innerhalb der Union einige Anhänger eines Zusammengehens mit den Kommunisten nach dem Vorbild der Gewerkschaftsgruppe, doch führten die Auseinandersetzungen, die sich zunächst zu einer schweren Krise niedergeschlagen hatten, im Endeffekt dazu, dass sich die Sozialdemokraten, insbesondere die Vertreter der kleinen sozialistischen Parteien, über ihre Haltung den Kommunisten gegenüber Klarheit verschafften und sich von ihnen deutlich abgrenzten.⁹³⁰



Abbildung 34: Das zerbombte London, im Hintergrund die St Paul's Cathedral um 1944

Nach Aussage Gottfurchts habe sich Rosenberg vor allem in Auseinandersetzungen mit Vertretern anderer nationaler Gruppen als „einer der wichtigsten Streiter für die These [erwiesen], daß es ein Deutschland nach Hitler geben würde und daß, wie groß oder klein auch immer die Zahl der guten Deutschen sein mag, sie allein berufen sein werden, bei den Alliierten Vertrauen zu suchen, um ein demokratisches Deutschland

⁹²⁹ *Glees (1983) 70.*

⁹³⁰ Ebd. 63 f., 70; *Geis 546 f.*; *Miller (1976) 168 f.* – Auch Fritz Heine, der in vielerlei Hinsicht eine kritische Position zur Politik der Sopade einnahm, lehnte eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten als völlig indiskutabel ab, ja er zeigte eine ausgesprochene Aversion gegen die Mitglieder der Gruppe Neu Beginnen, die den Kommunisten verhältnismäßig nahestanden. Später allerdings zeigte sich Heine der Parteiopposition gegenüber zur Verständigung bereit. *Appellius 248 f., 255 f.*

mit aufbauen zu können.“⁹³¹ Und, an seine deutschen Landsleute gewandt, forderte Rosenberg ein Umdenken: „Er und so mancher mit ihm“, berichtet Gottfurcht, „beschworen die Notwendigkeit einer deutschen inneren Wandlung, denn es unterlag keinem Zweifel, daß das Schicksal Deutschlands um so härter sein würde, je mehr die Überwindung der Nazi-Diktatur nur vom militärischen Sieg abhing.“⁹³² Rosenberg zeigte sich damit – vor allem seit dem Scheitern des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 – skeptisch gegenüber dem Konzept der Europäischen Revolution und seiner früheren Hoffnung auf einen innerdeutschen Aufstand gegen das Nazi-Regime, jedoch hatte er die Möglichkeit einer Umkehr noch nicht endgültig ad acta gelegt.⁹³³

Angesichts der geschilderten Probleme, denen sich die Exil-Sozialdemokratie ausgesetzt sah, wundert es nicht, dass ihre Wirkung nach außen hin eher gering einzuschätzen ist. Beständig fehlte es ihr an finanziellen Mitteln, sodass es ihr beispielsweise nicht möglich war, sich in Publikationen an die britische Öffentlichkeit zu wenden.⁹³⁴ Doch trotz der folgenschweren Behandlung seitens der Labour Party, des Desinteresses des Foreign Office, des Außenministeriums, und der Ummarmungsversuche der Kommunisten gelang es ihr, ihre sozialdemokratische Identität zu bewahren.⁹³⁵ Dazu trug auch bei, dass die Sozialisten und die Sozialdemokraten mehr und mehr zu einer neuen Einheit verschmolzen. Denn obschon sie Mitglieder ihrer jeweiligen Organisationen blieben, veranstaltete die Union von Beginn an eigene Mitgliederversammlungen, die zunächst nur etwa halbjährlich, später jedoch monatlich abgehalten wurden und an denen rund 70 Genossen teilnahmen. Hier zeigte sich das Interesse der Mitgliedschaft, einen stärkeren Zusammenhalt in der neuen Organisation zu gewinnen, wenn auch Fritz Heine beklagt, dass es der Union dennoch nur unzureichend gelungen sei, ihre eigenen Mitglieder zu mobilisieren.⁹³⁶

Ob es der Tatsache geschuldet war, dass die Mitgliederversammlungen wie auch die meisten Gremiensitzungen von Union und Sopade in Hampstead im nordwestlichen London stattfanden – jedenfalls beteiligte sich Rosenberg nur höchst selten am Gruppenleben der Union. Auf eine Einladung zu einer Zusammenkunft der Union Ende August 1941 schrieb Rosenberg in seinem Antwortbrief an Hans Vogel, „er

931 *Schuster* 33.

932 Zitiert nach ebd. 35.

933 Auch Fritz Heine zeigte sich skeptisch gegenüber dem Glauben vieler Sozialdemokraten an eine Revolution in Deutschland von innen heraus, durch die Deutschland zu einer sozialistischen Republik als Bündnispartner der Sowjetunion werde könne. *Appelius* 239.

934 *Eiber* (1998) XXXII.

935 *Glees* (1983) 78.

936 *Eiber* (1998) XXX; *Appelius* 238.

wäre sehr gern gekommen, zumal ich schon ein oder zwei Zusammenkünfte versäumt hab. Leider aber ist es mir unmöglich, um 3 Uhr bei Euch zu sein, denn ich arbeite ja bis 5 Uhr in der Labour Exchange. Es ist schon schwer, wenn ich abends irgendwo hinkommen will, denn ich habe ja so einen langen Heimweg und muss morgens um 6 Uhr wieder heraus, um das billige Arbeiter Billet [sic!] zu bekommen. Ausserdem machen wir jetzt auch noch ab und zu Überstunden wegen der Aufarbeitung der Allgemeinen Registrierung.“⁹³⁷

Nach den von Ludwig Eiber publizierten Protokollen der Union und ihrer Mitgliedsorganisationen nahm er nur ein einziges Mal, am 3. März 1945, an einer Mitgliederversammlung der Union im Austrian Labour Club teil, und wohl auch nur deshalb, weil ein Referat von Hans Gottfurcht und eine „Besprechung über Gewerkschaftsfragen“ auf der Tagesordnung standen.⁹³⁸ 1941 bereits nahm Rosenberg an einer Konferenz der SPD mit dem Titel „Der kommende Friede und das kommende Deutschland“ teil, die am 10. und 11. Mai 1941 im Trade Union Club im Zentrum Londons abgehalten wurde. Im Anschluss an ein Referat von Erich Ollenhauer ergriff Rosenberg in der Diskussion das Wort und stellte die Frage: „Wie wird es nach dem Kriege in Deutschland aussehen? Wollen die Genossen in Deutschland überhaupt die Demokratie? Haben sie eine klare Vorstellung von dem, was sie wollen?“ Und mit Blick auf eine europäische Nachkriegsordnung fügte er hinzu: „Wenn nicht eine föderative Ordnung Europas mit Hilfe freundlicher Ausländer geschaffen wird, wird Deutschland weder Wort noch Sitz im Rate haben.“⁹³⁹ Im selben Jahr wurde Rosenberg zum Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft der SPD gewählt, die sich mit „Deutschland und Europa nach dem Kriege“ befasste. An den sieben Sitzungen der AG im September und Oktober 1941 nahm er nicht ein einziges Mal teil.⁹⁴⁰ Manches spricht dafür, dass Rosenberg neben seiner anstrengenden Tätigkeit im Ministerium keine Zeit fand für die aufreibende politische Tätigkeit fand. Denn als im Frühjahr 1944 sein Arbeitsverhältnis endete, nahm er auch häufiger – aber keineswegs oft – an den Parteiveranstaltungen teil, so leitete er zwischen November 1944 und Juni 1945 eine Kommission, die über die Zukunft des deutschen Genossenschaftswesens beraten sollte.⁹⁴¹

937 Rosenberg an Hans Vogel, 31.8.1941, AdsD, Bestand Sopade, Mappe 105.

938 Eiber (1998) 387.

939 Ebd. 506.

940 Ebd. 570. – Über die Arbeit der AG ist ebenso wenig bekannt wie darüber, ob Rosenberg sich selbst zur Mitarbeit bereit erklärt hatte oder aber von anderer Seite auf die Liste gesetzt wurde. Neben ihm nahmen auch andere Mitglieder, die auf der Teilnehmerliste standen, nicht oder nur sehr sporadisch an den Sitzungen der AG teil.

941 Ebd. 372 f.

Propaganda und Research Work

Zielte die Arbeit im Ministerium auf das Heute, die Teilnahme der Hitler-Flüchtlinge an der Niederschlagung der deutschen Armeen und ihrer Verbündeten, so richtete sich die Tätigkeit in Landesgruppe und Union in den ersten Jahren insbesondere auf das Gelingen eines organisatorischen Neubeginns. Daneben aber und darüber hinaus beteiligten sich zahlreiche deutsche Exulanten an konkreten Versuchen, die Lage in Deutschland zu Gunsten des anderen Deutschland zu verändern. Nur wenige Möglichkeiten standen ihnen noch offen. Da die Unterstützung der kleinen im Reich verbliebenen Opposition infolge des Kriegs fast undenkbar geworden war und nur wenige, vor allem jüngere Exulanten den Weg in die alliierten Streitkräfte gefunden hatten, musste sich das Exil, und allen voran das politische, auf drei Sphären ihres Einflusses beschränken. Erstens beteiligten sie sich an der Rundfunkpropaganda der Alliierten, zweitens arbeiteten sie deren Informations- oder Nachrichtendiensten zu und drittens versuchten sie, die alliierten Nachkriegsplanungen für Deutschland in ihrem Sinne zu beeinflussen. Alle drei Wege wurden häufig parallel beschränkt und ergänzten einander.

Die Beteiligung der Exulanten lässt sich nur verstehen, wenn man sich die grundsätzliche Prämisse all ihres Handelns vergegenwärtigt: Sie waren der festen Überzeugung, dass es ein anderes Deutschland gebe, das von Hitler und seinen Gefolgsleuten bedrängt und verfolgt würde, dass aber, wenn es eine Chance sehe, den Diktator abzuschütteln, in einer sozialen Revolution Krieg und Nationalsozialismus beenden und ein friedliches, demokratisches und sozialistisches Deutschland aufbauen werde. An diesem Punkt suchten die Exulanten anzusetzen, indem sie sich über Rundfunkansprachen dem anderen Deutschland zuwandten, um den isoliert lebenden Anhängern der alten Arbeiterbewegung einen Eindruck ihrer Stärke zu vermitteln, sie anzuspornen, sich im Untergrund zu organisieren und im geeigneten Moment den Aufstand gegen die Nazis zu wagen. Dass sich die Thesen Vansittarts über den kriegerischen Volkscharakter der Deutschen auch hier verheerend auswirkten, insofern sie jedes nichtmilitärische Einwirken auf die Deutschen als unsinnig erscheinen ließen, bedarf kaum der Erwähnung. Die Sozialdemokratie blieb – als Organisation – von der Mitwirkung an der Kriegspropaganda weitgehend ausgeschlossen,⁹⁴² einzelnen hingegen stand der Weg offen. Einer von ihnen war Ludwig Rosenberg.

Wichtigster Übermittler der Rundfunkpropaganda war die British Broadcasting Corporation. Auch sie unterhielt keine Beziehungen zu

⁹⁴² Strickhausen 259; Geis 547.

Exilorganisationen, jedoch arbeiteten zahlreiche Exulanten in der Deutschlandabteilung der BBC mit, wobei die Angehörigen der kleinen sozialistischen Gruppierungen mit ihren guten Verbindungen zur britischen Arbeiterbewegung auch hier einen Startvorteil genossen. Zu ihren ständigen Mitarbeitern gehörten Erwin Schoettle, Willi Eichler und Waldemar von Knoeringen, aber auch Richard Löwenthal und Werner Klatt.⁹⁴³ Am 27. September 1938 nahm die BBC ihren Deutschen Dienst auf, zunächst von der britischen Regierung unabhängig, obschon er von ihr in Auftrag gegeben und finanziert wurde. Mit Kriegsbeginn wurde der Dienst reorganisiert und der Kontrolle des Informations- und des Außenministeriums unterstellt. Im Sommer 1941 wurden alle Bereiche der britischen Rundfunkpropaganda schließlich in einer eigens geschaffenen Behörde, der Political Warfare Executive, zusammengefasst. Im Deutschen Dienst arbeiteten seit 1940 rund 30 bis 40 deutsche Sprecher und Übersetzer in drei Schichten rund um die Uhr, hinzu trat eine ganze Reihe freier Mitarbeiter. blieb die Tätigkeit der Exulanten zu Beginn weitgehend auf Sprechen und Übersetzen beschränkt, so wuchsen im Verlaufe des Kriegs – trotz aller Versuche ihrer Zurückdrängung – die Möglichkeiten, vor allem in Spezialprogrammen Einfluss auf den Inhalt der Sendungen zu nehmen.⁹⁴⁴

Neben Sonderprogrammen für die großen Konfessionen, für die verschiedenen Waffengattungen, für die Landsmannschaften und verschiedene Personengruppen wie Frauen und Jugendliche wandte sich die BBC in speziellen Sendungen auch an die deutschen Arbeiter und Gewerkschafter. Dass hier, im Arbeiterprogramm, insbesondere die Landesgruppe und die Union Einfluss zu nehmen versuchten, versteht sich von selbst. An der Sendung „Arbeiterstunde“, die von April 1940 bis Mai 1945 zweimal in der Woche, montags und donnerstags, jeweils morgens und abends, unter der Leitung des als deutschfreundlich geltenden Patrick Gordon Walker ausgestrahlt wurde, beteiligte sich neben Eichler, Klatt, von Knoeringen und Löwenthal auch Rosenberg mit gelegentlichen Kommentaren. In der Regel sprachen die Exulanten ihre Texte selbst, jedoch blieb ihr Name unerwähnt.⁹⁴⁵ Über den Inhalt der Kommentare Rosenbergs ist nichts bekannt.⁹⁴⁶

Weshalb Rosenberg in der Nachkriegszeit mehrfach und unaufgefordert davon sprach, er sei zwar während des Kriegs auf eine Tätigkeit im

⁹⁴³ Röder (1973) 182; Pütter (1983) 119.

⁹⁴⁴ Ders. (1986) 84 f.

⁹⁴⁵ Ebd. 90, 93.; Eiber (1998) 5, Anm. 5.

⁹⁴⁶ Das Written Archive Center der BBC in Reading verfügt laut Schreiben vom 14.1.2002 über keinerlei Hinweise auf Rosenbergs Tätigkeit während des Kriegs. Erstmals für 1946 sind Sendungen im German Workers Programme nachgewiesen, von denen jedoch keine Typoskripte vorliegen.

Rahmen der Rundfunkpropaganda angesprochen worden, habe jedoch deutlich gemacht, dass das für ihn nicht in Frage komme,⁹⁴⁷ bleibt im Dunkeln. Seine Beteiligung am Arbeiterprogramm der BBC steht jedenfalls zweifelsfrei fest. An anderen Versuchen der Propaganda, mittels des Rundfunks die Stimmung der Deutschen im Reich zu beeinflussen, nahm er offenbar nicht teil. Dazu gehörte ein eigener Sender in der Hand von Exulanten aus dem Kreis um die Gruppe Neu Beginnen, die seit Oktober 1940 unter dem Namen „Sender der Europäischen Revolution“ ein geeintes Europa unter Führung der Arbeiterklasse propagierten. Walter Auerbach hatte die Errichtung des Senders angeregt und war damit bei Hugh Dalton auf offene Türen gestoßen. Im Juni 1942 stellte Neu Beginnen den Sendebetrieb ein, da die Gruppe dem Druck der britischen Regierung, anstelle ihrer eigenen Vorstellungen nunmehr die alliierten Kriegsziele zu propagieren, nicht nachgeben wollte.⁹⁴⁸

Darüber hinaus installierte die britische Regierung mehrere Sender, die sich als deutsche Untergrundsender ausgaben und im Reich Unzufriedenheit schüren und die Disziplin der Deutschen untergraben sollten. Sie brachen mit dem ehernen Bekenntnis der BBC zur Wahrheit: „Never tell a lie“ – niemals eine Lüge zu bringen. Stattdessen hieß es nun, jedes Mittel sei Recht, um die Moral der Deutschen zu unterminieren. Auch an diesen Schwarzsendern, die zu diesem Zweck eingerichtet wurden, die ihre Herkunft verschwiegen und vorgaben, aus dem Reich illegal zu senden, beteiligten sich einige Exulanten. So arbeitete Fritz Heine seit August 1942 für den Schwarzsender „Gustav Siegfried Eins“. Bei der Auswahl der Mitarbeiter zeigten sich die Briten – so Heine – besonders an solchen Exulanten interessiert, die in den politischen Auseinandersetzungen der Exilorganisationen nicht in Erscheinung getreten waren, die womöglich keine eigene dezidiert politische Meinung vertraten und darüber hinaus ein gutes Englisch sprachen.⁹⁴⁹

Galt Heine den Alliierten solcherart prädestiniert, so trafen all diese Bedingungen, stärker noch als auf Heine, auf Rosenberg zu. Und manches spricht dafür, dass er tatsächlich aufgefordert wurde, sich an der Arbeit eines britischen Schwarzsenders zu beteiligen. Denn Rosenberg wurde, wie er sich erinnerte, im Jahre 1944 angesprochen. Just im Frühjahr 1944 aber beendete Rosenberg seine Tätigkeit für das Arbeitsministerium,⁹⁵⁰ vermutlich weil die deutschen und österreichischen Exulanten längst in die Kriegsindustrie integriert werden konnten und seine Auf-

947 Siehe u. a. *Akademie Kontakte der Kontinente* 9.

948 *Pütter (1986)* 106 f.; *Röder (1973)* 184 ff.

949 *Pütter (1983)* 123; *Appelius* 247.

950 Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 2.

gabe damit erledigt war. Zur gleichen Zeit stellte auch „Gustav Siegfried Eins“ den Sendebetrieb ein. Denkbar ist daher, dass Rosenberg zur Mitarbeit an einem in Planung befindlichen Nachfolgesender vorgesehen war.⁹⁵¹ Dieses Angebot befreundeter Politiker schlug er ebenso aus wie das damit verbundene Gehalt, das das Ministerium zahlte und das weit über dem durchschnittlichen Einkommen eines Exulanten gelegen hätte. Er habe, so Rosenberg in den 1960er Jahren, es abgelehnt, „in der Propaganda mitzuwirken, die eine reine Kriegspropaganda war“,⁹⁵² und zu seinen englischen Freunden gesagt: „Was Ihr den Deutschen sagt – sei es als Kreggsgegner, sei es als künftige Bestzungsmacht –, ist in Ordnung. Das ist Euer gutes Recht. Aber die Besatzung ist für kein Volk ein Vergnügen, und ich werde in Konflikte kommen mit meiner Auffassung als Deutscher und mit Eurer als Engländer. Wir haben zwar einen gemeinsamen Feind, Hitler und die Nationalsozialisten, aber wir haben ein anderes Ziel.“⁹⁵³ Noch etwas deutlicher formulierte er es 1973 in einem Rundfunkinterview für den Südwestfunk: „Ich wünsche Euch und wünsche uns allen, daß Ihr Deutschland besetzt. Aber ich kann da nicht hier eine Art von Propaganda betreiben, die vom Kriegsstandpunkt durchaus sinnvoll und berechtigt ist, von Eurem Standpunkt aus, aber nicht von meinem.“⁹⁵⁴

Was hier miteinander in Konflikt geraten zu sein schien, waren die doppelten Loyalitäten, denen er sich als Deutscher und Exulant ausgesetzt sah. Es war dies auch der Grund, weshalb er es ablehnte, die britische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Ganz im Sinne Walther Rathenaus – „Selbst wenn man mich von meinem deutschen Boden vertreibt, ich bleibe deutsch, und es ändert sich nichts.“⁹⁵⁵ – war und blieb Rosenberg Deutscher, mochte ihm der nationalsozialistische Staat auch aus seiner Heimat vertrieben und gegen Ende 1941 auch die Staatsbürgerschaft entzogen haben. Trotz aller sich zur Gewissheit verstärkenden Gerüchte über die Shoah sah er sich nicht aus der deutschen Nation herausgeworfen. Ohnehin konnte er niemanden erkennen, der dazu die Legitimation besessen hätte.⁹⁵⁶

Dass Rosenberg in den 1960er Jahren, als er diese Worte sprach, eine solche doppelte Loyalität gegenüber deutschen und britischen Interessen als Argument für seine Entscheidung gegen die Kriegspropaganda

⁹⁵¹ Mehrere Schwarzsender wie der „Sender der SS-Kampfgruppe York“ und der „SS-Sender Hagedorn“, die sich als Sprachrohr einer in Deutschland agierenden Widerstandsgruppe ausgaben, nahmen erst in der letzten Kriegsphase ihre Arbeit auf. *Pütter (1986)* 128 ff.

⁹⁵² *SWF-Rundfunkinterview (1973)* 12.

⁹⁵³ *Akademie Kontakte der Kontinente* 9.

⁹⁵⁴ *SWF-Rundfunkinterview (1973)* 13.

⁹⁵⁵ Zitiert nach *Dippel* 23.

⁹⁵⁶ *Stiftung F.V.S. zu Hamburg* 22.

ins Feld führte, bedarf einer Erklärung. Hatte er doch an der Vermittlung deutscher Arbeitskräfte in die Rüstungsindustrie mitgewirkt, auch deutsche Arbeiter über den Äther angesprochen – warum gab er nun vor, in den letzten Kriegsmonaten einen solchen Konflikt empfunden zu haben? Hatte sich hier womöglich der Umschwung der öffentlichen Meinung Großbritanniens über die Deutschen ausgewirkt? Es war just im Jahre 1944, als die BBC von der Regierung die Anweisung erhielt, nicht länger zwischen Deutschen und Nationalsozialisten zu unterscheiden.⁹⁵⁷ Hatte Rosenberg seinen Glauben an das andere, das gute Deutschland verloren? Denn was sprach nun dagegen, sich an der Propaganda zur Niederringung des Deutschen Reiches zu beteiligen, das ihm zuvor seine Mitwirkung erlaubt hatte? War seine ablehnende Haltung womöglich einer Enttäuschung geschuldet, die viele politische Exulanten teilten? Einer Enttäuschung darüber, dass den Flüchtlingen keinerlei Einfluss auf Art und Inhalt der Propaganda gegeben wurde, dass sie sich lediglich zu ausführenden Organen der britischen Behörden herabgewürdigt sahen?⁹⁵⁸

Rosenbergs nachträgliche Interpretation seines Handelns scheint auch in einem anderen Licht besehen äußerst fraglich. Denn er zögerte nicht, zwischen 1944 und Ende 1945 eine „beratende Tätigkeit in Gewerkschaftsfragen für die Regierung der Vereinigten Staaten (USA)“⁹⁵⁹ auszuüben. Und was er 1946 noch in einem Lebenslauf freizügig formulierte, ließ er später vollständig unerwähnt. Denn es handelte sich zweifelsfrei um eine Tätigkeit für das Office of Strategic Services, das OSS, den Geheimdienst der USA, der seit 1942 ein Büro in London betrieb. Hier deutet sich ein anderes, stichhaltiges Motiv an, das es ihm in den 1960er und 1970er Jahren opportun erscheinen ließ, seine Tätigkeit in Rahmen der britischen Kriegsanstrengungen zu verzerren oder gar vollends zu verschweigen. Augenscheinlich nahm er Rücksicht auf eine Stimmung, die sich in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland breit gemacht hatte und sich deutlich gegen Exulanten wandte, ihr Handeln während des Kriegs als Landesverrat diffamierte und sie persönlich verleumdete.⁹⁶⁰ So schwieg sich auch Fritz Heine wohlweislich

⁹⁵⁷ Röder (1973) 178. – Nach Gleys (1983) 76 soll das Foreign Office eine solche Anweisung schon deutlich früher, etwa 1941, gegeben haben.

⁹⁵⁸ Vgl. Röder (1973) 189.

⁹⁵⁹ Lebenslauf Ludwig Rosenbergs, Mai 1946, Bl. 2. – Augenscheinlich wurde er jedoch über das Jahresende hinaus bis Ende März 1946 bezahlt.

⁹⁶⁰ Als besonders markantes Beispiel dieser Verleumdung der Exulanten sei auf Erich Kern verweisen, dessen Werk mit dem deutlichen Titel „Verrat an Deutschland. Spione und Saboteure gegen das eigene Vaterland“, erstmalig 1965 veröffentlicht, in mehreren Auflagen erschien. Ein Kapitel über die Rundfunkpropaganda der Briten übertitelt er: „Der britische Lügenfeldzug.“ Die schlichte Machart des Werkes zeigt sich auch darin, dass die Abneigung gegenüber den notorisch als Emigranten bezeichneten Flüchtlingen die Jahrhunderte zu überspringen in der Lage ist, etwa wenn der deutsche Emigrant Hein-

über seine Mitarbeit an der Psychologischen Kriegsführung der Alliierten aus und sah sich dennoch schon bald nach seiner Rückkehr nach Deutschland erheblichen Angriffen ausgesetzt. Zunächst war es die KPD, die ihn als „englischen Agenten“ diffamierte, dann, 1957, der Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß, der ihm vorwarf, er sei „einer der Emigranten, die von London aus über BBC Deutschland geschadet haben und schuld daran sind, daß die Alliierten 1945 dem deutschen Volk mit Haß und Rachsucht“ begegnet seien.⁹⁶¹

Wenn Rosenberg – und das ist mehr als wahrscheinlich – seine Mitwirkung an der Psychologischen Kriegsführung also lediglich deshalb verzerrte und verschwieg, weil es ihm angesichts der innenpolitischen Situation im frühen Nachkriegsdeutschland, der „Anti-Emigranten-Hetze“,⁹⁶² opportun erschien, so stellt sich unweigerlich die Frage, aus welchen Gründen er denn 1944 tatsächlich die Mitarbeit an der Kriegspropaganda ablehnte. Mehrere Indizien lassen es angesichts des dargelegten Umfeldes sehr plausibel erscheinen anzunehmen, dass Rosenberg im Winter 1943/1944 begann, sich nach einer neuen Beschäftigung umzusehen. So traf er Anfang Februar 1944 mit Julius Braunthal zusammen. Braunthal, ein österreichischer Sozialdemokrat aus einer jüdischen Familie Wiens, inzwischen überwiegend als Journalist und Publizist tätig, arbeitete zu dieser Zeit für die Vereinigten Staaten in deren Londoner Botschaft am Grosvenor Square. Zurückkommend auf ihre gemeinsame Unterredung sandte Rosenberg Braunthal einen Lebenslauf, in dem er insbesondere seine Berufserfahrungen als Gewerkschafter und Journalist hervorhob, und verwies auf Empfehlungsschreiben von Arthur Creech Jones und Ernest Green von der WEA und dem Journalisten Robert Fraser, der inzwischen für das Informationsministerium tätig war.⁹⁶³ Und obschon aus dem Anschreiben die tatsächliche Intention des Briefes nicht hervorgeht, lässt sich der Brief recht zweifelsfrei als ein Bewerbungsschreiben für eine Tätigkeit im Rahmen der US-Regierung interpretieren. Darüber hinaus scheint Rosenberg auch Interesse an einer Mitarbeit in der Rundfunkpropaganda gezeigt zu haben, sich jedoch letztlich anders entschieden zu haben. Im Frühjahr 1944 schließlich nahm er – sicher auch auf Anraten Gottfurchts – seine

rich Heine zum Mitglied des SPD-Parteivorstandes erhoben wird – anstelle von Fritz Heine (125).

⁹⁶¹ Zitiert nach *Appelius* 266; *Foitzik (1988a)* 269. – Vgl. auch *Eiber (1998)* LII, wonach in Biografien und Erinnerungen deutscher Exulanten „dieses Thema mit großer Zurückhaltung behandelt“ wird. Auch bei *Paul* finden sich nur bei wenigen Kurzbiografien Hinweise auf ihre Tätigkeit für das OSS, so bei Ludwig Rosenberg, Hans Gottfurcht und Jupp Kappius, nicht aber bei Werner Hansen, Hans Jahn und Fritz Eberhard, die jedoch ebenfalls für den OSS tätig gewesen waren.

⁹⁶² Fritz Heine, zitiert nach *Foitzik (1988a)* 269.

⁹⁶³ *Pragnell* 150.



Abbildung 35: Faksimile des Certificate of Registration, London 1944

In den 1960er und 1970er Jahren hingegen schien es gleich doppelt opportun zu sein, die Tätigkeit für einen US-Geheimdienst, den Vorläufer der CIA, zu verschweigen. Denn während die politische Rechte darin Landesverrat zu erkennen glaubte, so meinte die politische Linke, insbesondere die Studentenbewegung, einen solchen „Verrat“ zwar verzeihen zu können, da er gegen das Nazi-Deutschland ihrer Väter gerichtet war, doch dass sich ein führender Exponent der Arbeiterbewegung der 1960er Jahre ausgerechnet an den US-Geheimdienst verkauft hatte, das schien – insbesondere in Anbetracht des Vietnamkriegs – ein weit schlimmerer Verrat zu sein. Und so war es auch für die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie eine Sensation, als gegen Ende der 1970er Jahre die Mitarbeit Rosenbergs und anderer Gewerkschafter der Öffentlichkeit bekannt wurde. Mitte der 1980er Jahre gaben die Vereinigten Staaten die Akten des OSS für die Forschung vollständig frei, dabei stellte sich heraus, dass eine große Zahl der Exulanten an dessen Tätig-

964 Ludwig Rosenberg an Julius Braunthal, 16.2.1944, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, Archiv Julius Braunthal, Nr. 79; ders., Curriculum Vitae, Febr. 1944. – Rosenberg richtete seinen Brief an „Dr. J. Braunthal“, obschon Julius Braunthal, anders als sein Bruder Alfred, nicht promoviert wurde. Darüber hinaus findet sich in den Biografien Julius Braunthals kein Hinweis auf eine Mitarbeit für die US-Botschaft oder den OSS. Dennoch richtete sich Rosenbergs Schreiben eindeutig an Julius Braunthal, in dessen Archiv in Amsterdam es nunmehr liegt. Röder/Strauss I 89. Ein Antwortbrief Braunthals ist nicht überliefert.

keit mitgewirkt hatte.⁹⁶⁵

Dass in die Geheimdiensttätigkeit nachträglich von allen Seiten so viel hineingeheimnisst wurde, verwundert umso mehr, als es ganz und gar der Strategie des politischen Exils entsprach, auf diesem Wege Einfluss auf die Deutschland-Politik der Alliierten zu erlangen.⁹⁶⁶ Ergab sich doch die historisch einmalige Situation, dass die in politischer Arbeit wie in konspirativer Tätigkeit gleichermaßen erfahrenen Exulanten den Neulingen des anfangs noch dilettantisch agierenden US-Geheimdienstes behilflich sein konnten.⁹⁶⁷ Das OSS erhoffte infolge der Zusammenarbeit, Einfluss auf die Neubildung der deutschen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften nehmen zu können, wobei sie mit dem deutschen Exil ein gemeinsames starkes Interesse daran verband, die Einflussnahme der Kommunisten auf die Arbeiterbewegung nach dem Krieg abzuwehren.⁹⁶⁸ Über die Informationen hinaus, die sie den Amerikanern gaben, hofften die Exulanten, ihnen auch ihre eigenen politischen Vorstellungen und Programme in diversen Denkschriften nahelegen zu können, darüber hinaus konnten sie leichter mit anderen Teilen des deutschen Exils, vor allem in New York, in Schweden und in der Schweiz, korrespondieren, und es eröffnete sich für einige von ihnen die Möglichkeit einer baldigen Rückkehr nach Deutschland.⁹⁶⁹ Das Empfinden, einer sinnvollen Tätigkeit nachgehen zu können, die die Dauer des Exils tatsächlich verkürzen konnte, gab ihnen einen weiteren Anreiz zur Mitarbeit. Die Initiative einer Londoner Niederlassung des erst kurz zuvor gegründeten OSS ging Mitte 1942 von der deutschen Sozialdemokratin Toni Sender aus, die in den USA im Office of European Labor Research des OSS tätig war, das für die US-Regierung Erkenntnisse über Struktur und Wirkungsweise des nationalsozialistischen Systems und Informationen über die Lage der Arbeiterschaft und des

⁹⁶⁵ Insgesamt sollen laut *Foitzik (1988b)* etwa 100 Exulanten für den US- und etwa 450 für den britischen Geheimdienst tätig gewesen sein (320). Zwar berichtete bereits *Röder (1973)* 189 ff., in erster Auflage 1968 erschienen, von der Mitarbeit Heines und Ollenhauers für das OSS, benannte auch einzelne Arbeitsbereiche der investigativen Tätigkeit, kannte jedoch augenscheinlich keine weiteren Namen der OSS-Mitarbeiter. *Röder/Strauss* I 612 hingegen nannten 1980 Rosenberg als Mitarbeiter des OSS, ohne dass dieser sich in dem von den Autoren verschickten Fragebogen dazu geäußert hätten. Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Woher sie die Information hatten, bleibt somit ungeklärt. Nach Aussage des DGB-Archivars Klaus Mertsching sei die Tätigkeit Rosenbergs und anderer für den OSS innerhalb der DGB-Führung allgemein bekannt gewesen sein. Hansen soll seine Tätigkeit für den OSS und dessen Nachfolger CIA erst etwa 1956/57 eingestellt haben. Rosenberg hingegen, so scheint sicher, war nur bis Ende 1945 oder Anfang 1946 für den OSS tätig.

⁹⁶⁶ Vgl. *Schneider (1998)* 548; *Peukert (1987a)* 498.

⁹⁶⁷ Vgl. *Foitzik (1988b)* 319; *Mauch (1993)* 51.

⁹⁶⁸ *Eiber (1998)* LVIII.

⁹⁶⁹ Ebd. LIV f.

Widerstandes in Europa sammeln und auswerten sollte. Darüber hinaus ging es von Anfang darum, geeignete Personen zu finden, die teils vor, teils im Zuge der militärischen Befreiung in Deutschland eingesetzt werden sollten.⁹⁷⁰

Die große Bedeutung, die dem Kontakt zur deutschen Arbeiterbewegung dabei zukam, spiegelte sich auch in der Besetzung der Leitungsposition des im Oktober gegründeten Londoner OSS-Büros wider. Erster Leiter wurde Arthur J. Goldberg, vormals Chefjurist des Congress of Industrial Organisations, einem der beiden großen Gewerkschaftsdachverbände der USA. Nach wenigen Wochen bereits wurde er von George O. Pratt abgelöst, der zuvor als Anwalt des National Labor Relations Board tätig war, einer Einrichtung des New Deal, die zum Schutz der Gewerkschaften vor Übergriffen der großen Korporationen gegründet worden war.⁹⁷¹ Willi Eichler und Hans Gottfurcht waren es, die von Anfang an den Kontakt mit dem OSS suchten, wobei die berufliche Vergangenheit Goldbergs und Pratts dem Anliegen sicher entgegenkam. Goldberg glaubte in der Arbeiterbewegung ein Bollwerk des Widerstandes erkennen zu können, das als subversives Kontingent für Sabotageakte und Guerillavorstöße genutzt werden könnte.⁹⁷² Beide, Eichler und Gottfurcht, suchten zugleich den Kontakt zum älteren britischen Geheimdienst Special Operations Executive, kurz SOE, doch sind dessen Akten der Forschung noch nicht zugänglich und die Zusammenarbeit mit dem deutschen Exil nur unzureichend dokumentiert. Alle Kontakte jedenfalls, die von Mitgliedern der Landesgruppe zu den Geheimdiensten beider Länder aufgenommen wurden, kamen über Gottfurcht zustande.⁹⁷³ Hugh Dalton vom SOE vertrat im Rahmen seines Konzepts der Europäischen Revolution die auch vom OSS vertretene Ansicht, dass ein Aufstand in Deutschland durchaus möglich sei. Daher gelte es, rechtzeitig Agenten nach Deutschland einzuschleusen, mittels derer der Aufstand gesteuert werden könne. Dazu sollten auch systematisch Kontakte zu oppositionellen Arbeitern und Gewerkschaftern aufgenommen werden.⁹⁷⁴

In den ersten Monaten schien sich die Zusammenarbeit nicht recht entwickeln zu wollen. Doch spätestens seit Dezember 1943 wurde sie konkreter, bis Gottfurcht und Pratt im Zuge der Vorbereitungen der alliierten Invasion zu wöchentlichen Sitzungen zusammenkamen.⁹⁷⁵ Hierbei ging es um die Arbeit mit deutschen Kriegsgefangenen und um so

970 Ebd. LIII f.; *Borsdorf/Hemmer/Martiny* 222.

971 *Mauch* (1999) 242.

972 Ebd.

973 *Eiber* (1997) 74 f.

974 *Mauch* (1993) 51 f.

975 *Foitzik* (1988b) 323.

genannte research work, also um Ausarbeitungen über die Arbeiter und die Arbeiterbewegung in Deutschland und über die Herrschaftsstrukturen des Dritten Reiches, um Aufstellungen von Wirtschaftsführern, von deutschen Exulanten und die Gewerkschaften. Ludwig Rosenberg war zunächst in diesem Rahmen der Forschung tätig, zusammen mit Ollenhauer und Heine. Konkret bedeutete dies unter anderem, deutsche Zeitungen auf nutzbare Informationen auszuwerten. So wurde Rosenberg zur Auswertung von Zeitungen aus dem Raum Brandenburg sowie Halle und Stettin eingesetzt.⁹⁷⁶ In seinem just zu dieser Zeit ausgestellten Fremdenpass, dem Certificate of Registration, stand in der Rubrik Beruf oder Beschäftigung, die zunächst durchgestrichen war, nunmehr eingetragen: „Economist (Free Lance Research Work)“. Als freiberuflich tätiger Rechercheur in Wirtschaftsfragen verdiente Rosenberg besser als je zuvor in seiner beruflichen Laufbahn. Bis zum März 1946 erhielt er 750 Shillings oder 37,5 £ monatlich.⁹⁷⁷

Bei den Besprechungen Gottfurchts mit dem OSS ging es nicht zuletzt auch um die Vorbereitung zum Einsatz so genannter Guides, die teils vor den alliierten Linien agieren sollten, um den Arbeiterwiderstand anzufachen, teils die Truppen der Westmächte begleiten sollten. Ein Kontaktkreis der Union sollte dazu personelle Vorschläge machen. Den Ausgewählten wurde die „Bach Section“ zur Seite gestellt, ein Stab von OSS-Mitarbeitern, denen ihrerseits Ollenhauer und Rosenberg beratend zur Seite stehen sollten. Die Guides erhielten eine neue Identität, und wurden mit Informationsmaterialien über ihr Einsatzgebiet versorgt, in speziellen Schulungen mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der politischen Arbeiterbewegung und anderem vertraut gemacht. Nach dem Willen des Exils sollten die Guides zugleich dafür sorgen, dass unmittelbar nach Beendigung der Kriegshandlungen vor Ort Selbstverwaltungskörperschaften der Arbeiterbewegung, beispielsweise in Form von Betriebskomitees, entstehen könnten.⁹⁷⁸

Der Einsatz der Guides verzögerte sich jedoch, lediglich Jupp Kappius wurde im September 1944 hinter den feindlichen Linien mit dem Fallschirm abgesetzt, von wo aus er sich ins Ruhrgebiet durchschlagen konnte. Von Bochum aus entwickelte er eine rege Widerstandstätigkeit. Nach Ende des Kriegs gelang es ihm, dem früheren ISK-Mitglied,

⁹⁷⁶ Liste Gottfurchts, undatiert (ca. Herbst 1944), DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Kasten 37. – Die Gruppe I, der unter anderem Rosenberg und Derkow zugeteilt waren, sollte Zeitungen aus Brandenburg/Havel, Halle/Saale, Frankfurt/Oder, Cottbus, Forst, Senftenberg, Magdeburg und Stettin auswerten. Berliner Printmedien hingegen waren keiner der zwölf Gruppen zugeordnet.

⁹⁷⁷ Rosenberg an Entschädigungsbehörde Düsseldorf, 14.1.1956, Bl. 12; eigene Berechnungen.

⁹⁷⁸ *Eiber (1998) LV f.; Henke 632; Mauch (1993) 73.*

großen Einfluss auf die Wiederbelebung der Sozialdemokratie vor allem im Raum Bochum und Witten auszuüben, die er gemäß dem Londoner Vorbild als Union gründete.⁹⁷⁹ Insgesamt wurden in 102 Missionen Guides nach Deutschland eingeschleust, wobei der Erfolg dieser Maßnahmen eher gering zu veranschlagen war. Wenn auch nur wenige Guides von den Nazis aufgedeckt wurden, so gelang es doch auch nur wenigen, Kontakt mit den alliierten Truppen aufzunehmen, um gemäß ihrem Auftrag gezielt Informationen an diese weitergeben zu können.⁹⁸⁰

Erfolgreicher agierten hingegen die zahlreichen Guides, die die alliierten Truppen auf ihrem Vormarsch in Deutschland begleiteten. Unter ihnen befanden sich 15 Emissäre aus dem Umfeld der Londoner Union. So wurde etwa Richard Broh in Nürnberg, Willi Heidorn, jetzt als Werner Hansen, in Köln und Hellmut von Rauschenplat, jetzt unter dem Namen Fritz Eberhard, in Stuttgart eingesetzt. Dort nahmen sie Kontakt zu örtlichen Funktionären der Arbeiterbewegung auf, informierten sie über die Londoner Beschlüsse zur Wiedergründung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften und beeinflussten somit die Art und Weise des Aufbaus der neuen Organisationen.⁹⁸¹ Hansen soll darüber hinaus den früheren ADGB-Bezirksleiter am Niederrhein, Hans Böckler, in seinem Versteck im Bergischen Land aufgespürt haben. Hansen meldete nach London, Böckler, „obwohl alt“, gelte als „einziger allseitig geachteter Funktionär“⁹⁸² Auf diese Weise erlangten die Guides großen Einfluss auf den Neuaufbau der Arbeiterbewegung.

Ursprünglich war auch Rosenberg für die Aufgabe eines Guides vorgesehen, sein Name erschien auf einer von Gottfurcht im November 1944 verfassten Liste solcher Exulanten, die zu einem „Interview“ geladen werden sollten.⁹⁸³ Eine Woche später bereits, am 16. November, fand besagtes Gespräch statt, offensichtlich mit positivem Ergebnis, denn noch am 29. Januar 1945 wird er auf einer gleichfalls von Gottfurcht verfassten „Vorzugsliste I“ aufgeführt. Die hier Genannten seien „politisch selbständig als Guides geeignet“. Neben Rosenberg wurden Rauschenplat, Broh und einige weitere Exulanten genannt. Auerbach, so hieß es weiter, werde diese Personen direkt zu Interviews einladen.⁹⁸⁴ Am 27. Februar schließlich notierte Gottfurcht: „Au[erbach] inform[ieren], daß Rauschenplat jetzt befragt wird, so daß sie z. Zt. Rosenberg

979 Zu Kappius siehe u. a. *Eiber (1998)* LVI; *Foitzik (1988b)* 331 f.; *Mauch (1999)* 249 f.

980 Ebd. 254.

981 *Eiber (1998)* LVI f.

982 Zitiert nach *Borsdorf/Niethammer* 44.

983 Gesprächsnotiz Gottfurchts, 9.11.1944, AdsD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 37.

984 Notiz Gottfurchts, 29.1.1945, ebd.

nicht befragen werden.“ Handschriftlich setzte er später hinzu: „Rauschenplat] hat zugestimmt.“⁹⁸⁵ Seitdem erschien Rosenberg nicht mehr auf den Listen der als Guides vorgesehenen Exulanten, an seiner Stelle wurde Rauschenplat alias Fritz Eberhard in Deutschland eingesetzt. Doch bald darauf sollte er, was der Öffentlichkeit niemals bekannt wurde, zu einer Deutschlandmission aufbrechen.⁹⁸⁶

Der langfristige Erfolg der Zusammenarbeit der Exulanten mit den Nachrichtendiensten der Westmächte lässt sich nur schwer bestimmen. Zweifellos saßen die Alliierten von vornherein am längeren Hebel, konnten sie doch entscheiden, welchen Plänen des Exils sie ihre Zustimmung gaben und welchen sie sie verweigerten. Angesichts dieser operativen Überlegenheit der anderen Seite waren die Exulanten peinlich darauf bedacht, ihre politische Identität und Integrität nicht zu riskieren und, wie es Jan Foitzik formulierte, „in ihrem Einsatz für die Kriegsziele der Alliierten den Rahmen ihrer 1933 begonnenen politischen Widerstandstätigkeit gegen das Hitler-System nicht zu verlassen“.⁹⁸⁷

Für ein neues Deutschland

Ähnlich schwer zu bemessen ist der Erfolg der jahrelangen Bemühungen von Landesgruppe und Union um tragfähige Programme für die Nachkriegszeit. In der Erinnerung Max Oppenheimers, eines deutsch-jüdischen Kommunisten, der seit 1944 die Gewerkschaftsjugend im Arbeitsausschuss der Landesgruppe vertrat, waren die Diskussionen der Exilgewerkschafter über die Rolle der Gewerkschaftsbewegung in einem zukünftigen demokratischen deutschen Staat von zwei Themen überschattet, die im Vorfeld weitergehender Planungen geklärt werden mussten. Oppenheimer nennt zum einen die heftig geführten Auseinandersetzungen um die Thesen Lord Vansittarts, zum anderen führt er die Diskussion um die Zukunft der Deutschen Arbeitsfront an.⁹⁸⁸ Innerhalb des Exils blieb die Frage lange Zeit ungeklärt, ob die neue demokratische Gewerkschaft den Apparat der Deutschen Arbeitsfront, der nationalsozialistischen Pseudogewerkschaft, übernehmen und umgestalten könne oder aber zerschlagen müsse. Fritz Tarnow, der die ADG leitete und der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden vorsah, hatte von Stockholm aus die Diskussion angefacht, als er schon

⁹⁸⁵ Notiz Gottfurchts, 27.2.1945, ebd.

⁹⁸⁶ Siehe unten.

⁹⁸⁷ Foitzik (1988b) 320.

⁹⁸⁸ Oppenheimer 250 f. – Allgemein zur Diskussion des gewerkschaftlichen Exils über die Zukunft der DAF im nachfaschistischen Deutschland siehe Mielke/Rütters.

Ende 1939 in einem Programm zur künftigen Arbeit der ADG gefordert hatte, das Exil solle geeignete Pläne zur Umgestaltung der DAF in eine echte gewerkschaftliche Interessenvertretung ausarbeiten. Zwar stieß er mit seinem Vorstoß zur „Rückeroberung der DAF“ selbst im Stockholmer Exil auf starken Widerspruch, doch machte sich die Mehrheit der dortigen Landesgruppe noch 1944 seine Position zu eigen, während Tarnows Gefolgsleute in Großbritannien in einer klaren Minderheitsposition blieben. Gottfurcht hatte gar, um diesen Streit und den befürchteten, damit verbundenen Schaden zu vermeiden, zu verhindern versucht, Tarnows Überlegungen auf der Insel verbreiten zu lassen. Doch auch in London flammte die Diskussion immer wieder auf.⁹⁸⁹

In der Debatte um die Zukunft der DAF ergriff auch Rosenberg das Wort. In der dritten Ausgabe der Zeitschrift „Die Arbeit“ hatte Gottfurcht im Mai 1941 eine Auseinandersetzung um den Aufbau der Gewerkschaften nach dem Ende des Nationalsozialismus angeregt. In seinem einleitenden Beitrag hatte er einige offene, umstrittene Themen benannt, darunter vor allem das Verhältnis zwischen der Gewerkschaft und den Parteien, die Ausgestaltung der Unabhängigkeit der Gewerkschaft gegenüber dem Staat, die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft und die Einflussmöglichkeiten auf die Gesetzgebung.⁹⁹⁰ Als erster der insgesamt fünf Debatter nahm Rosenberg den Ball auf, in einem eigenartigen Sprachduktus betonte er wiederholt, die Klärung aller strittigen Sachverhalte der weiteren Diskussion zu überlassen, während er zugleich – beinahe unauffällig – an einzelnen Punkten klar Stellung zu beziehen verstand. Er äußerte sich insbesondere zur Zukunft der Deutschen Arbeitsfront. Er machte deutlich, dass er es für unumgänglich halte, die DAF zu übernehmen: „Wir werden vor so gewaltigen und wichtigen Aufgaben stehen,“ erklärte er, „dass wir ganz gewiss zunächst einmal den vorhandenen Apparat übernehmen müssen, welche Nachteile er auch in vieler Hinsicht bieten mag, und genug zu tun haben werden, ihn mit unserem Geist und unserem Wollen zu erfüllen.“⁹⁹¹ Rosenberg hatte sich damit die Position Tarnows zu eigen gemacht, ohne ihn oder die DAF auch nur zu erwähnen.⁹⁹² In der Debatte ging einzig Willi Derkow, Mitglied des Arbeitsausschusses, auf Rosenberg ein und schloss sich ihm weitgehend an: „Es wäre töricht,“ so Derkow, „sie [die DAF] aus rein gefühlsmässigen Erwägungen heraus zu zerschlagen. Unsere Aufgabe muss es vielmehr sein, sie zu polieren und ihr den rechten In-

989 *Fichter* 32 f.; *Röder* (1973) 56, 241 f.

990 *Gottfurcht*.

991 *Rosenberg* (1941) 7.

992 *Anders Mielke/Rütters* 681, die Rosenberg implizit, jedoch fälschlicherweise den Gegner des Konzepts der Übernahme der DAF zurechnen.

halt zu geben.“⁹⁹³

Wenn Gottfurcht – und mit ihm die Mehrheit des Exils – einer Übernahme der DAF skeptisch bis schroff ablehnend gegenüberstand, so fürchtete er nicht zuletzt die Fortwirkung des so genannten Führerprinzips in der Organisation. Und dieser Befürchtung konnte sich auch Rosenberg nicht entziehen, so formulierte er 1974 in einem Gespräch: „Wir hatten zwar die Vorstellung einer Einheitsgewerkschaft mit einer sehr starken Zentrale. Auf der anderen Seite mit einer gewissen Autonomie. Wir hätten uns wahrscheinlich für eine völlig zentrale Gewerkschaftsbewegung entschieden, ich habe ja diese Diskussion mitgemacht, wenn damals nicht ebenso wie später dann die Angst bestanden hätte, wir machen eine neue Arbeitsfront auf. Das heißt also, mit dieser furchtbar starken Zentrale.“⁹⁹⁴ In dieser skeptischen Aussage Rosenbergs spiegelt sich bereits die kontroverse Diskussion des Londoner Exils wider, denn auch in den Jahren nach 1941 blieb die Debatte virulent. Noch im Februar 1944 beriet eine Landeskonzferenz über die Frage und forderte die Auflösung der DAF. Erst als die Alliierten um die Jahreswende 1944/1945 beschlossen, die DAF nach der Kapitulation der Deutschen aufzulösen, verstummten die Diskussionen des Exils.⁹⁹⁵ Die Auseinandersetzung um die DAF verdeutlicht bereits ein durchgängiges Muster. Das Exil diskutierte keineswegs jenseits der realen Umsetzbarkeit in Deutschland, im luftleeren Raum gewissermaßen, stattdessen rang es darum, zu konkreten Problemen der Gestaltung der Nachkriegsordnung Stellung zu beziehen und damit die alliierten Positionen zu beeinflussen. Dass es hingegen nach der Beschlussfassung der Anti-Hitler-Koalition keine Zukunft der DAF, in welchem Rahmen auch immer, geben könne, verstand sich für die Exulanten von selbst.

Wenn es ein Thema gab, das im gewerkschaftlichen Exil auf allen Seiten unumstritten war, so war es das Ende der alten parteipolitischen und konfessionellen Richtungsgewerkschaften. In den Worten Rosenbergs war „die Tendenz und die Idee [...] eine Einheitsgewerkschaft“, „eine politisch nicht neutrale, aber unabhängige Gewerkschaft, eine parteipolitisch unabhängige Gewerkschaft, eine Gewerkschaft, die nicht auf einem Dogma fest aufbaut, weder auf dem Dogma der christlichen Soziallehre noch auf dem reinen Marxismus aufbaut“.⁹⁹⁶ So eindeutig war Rosenbergs Position jedoch nicht immer, in seinem erwähnten Artikel für die Zeitschrift „Die Arbeit“ hielt er es für unumstritten, dass der Partei die politische Führung und der Gewerkschaft die wirtschaftliche Be-

⁹⁹³ Derkow 9.

⁹⁹⁴ Gespräch mit Ludwig Rosenberg (1974) 6.

⁹⁹⁵ Fichter 33.

⁹⁹⁶ Gespräch mit Ludwig Rosenberg (1974) 5.

treuung der Arbeitenden zufiele, da beide einem gemeinsamen Ziele dienten. Aber „wenn sie überhaupt Sinn und Erfolg haben sollen, ergibt sich als Grundlage zu solcher Arbeit[,] dass nur ein Miteinander dieser beiden Kräfte zum Erfolge führen kann. Ein «Uebereinander», oder «Nebeneinander» kann nur zum «Durcheinander» führen.“ Weiter führte er aus, „dass Partei [sic!] und Gewerkschaft sich in jeder Hinsicht ergänzen müssen, und dass für eine solche enge Zusammenarbeit, wie sie notwendig sein wird, in allen wesentlichen Fragen und den damit be- trauten Stellen beide Gruppen gleichberechtigt vertreten sind“.⁹⁹⁷ Ro- senberg meinte hier augenscheinlich nur eine, die Sozialdemokratische Partei.⁹⁹⁸ Der überparteiliche Charakter der neuen, sich formierenden Einheitsgewerkschaft war offensichtlich im Juni 1941, vor der Aufnahme der Kommunisten in die Landesgruppe, noch nicht näher, über den Kreis der sozialistischen Organisationen hinaus, bestimmt worden.

Verliefen die Diskussionen des gewerkschaftlichen Exils anfangs noch unsystemtisch und ungerichtet, so setzte die Landesgruppe im Spätsommer 1943 drei Arbeitsgruppen ein, die sich den Themen Or- ganisationsfragen, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Kultur und Er- ziehung zuwenden sollten. Im Dezember 1944 legten die Arbeitsgrup- pen Vorschläge für den Aufbau einer künftigen deutschen Gewerk- schaftsbewegung vor, die schließlich im Frühjahr 1945 in die „Programmorschläge für einen einheitlichen deutschen Gewerk- schaftsbund“ mündeten.⁹⁹⁹

Hans Gottfurcht gab in mehreren Denkschriften einen Überblick über den jeweils erreichten Diskussionsstand. So war das Ziel der Liquidie- rung der DAF bereits im Oktober 1942 für die Mehrheit der Landes- gruppe unumstritten, ebenso – und damit in engem Zusammenhang stehend – die Meinung, dass die Gewerkschaftsbewegung als parteipo- litisch und weltanschaulich unabhängige Einheitsgewerkschaft auf der Grundlage freiwilliger Mitgliedschaft aufgebaut werden solle. Unbeant- wortet blieb noch die Frage, ob Berufs- oder Industrieverbände gebildet werden sollten. In jedem Fall sollte die Arbeit in den neuen Gewerk- schaften in der Hauptsache von nebenberuflichen Funktionären erledigt werden.¹⁰⁰⁰ In diesen Erwägungen kam das alte tief sitzende Misstrauen gegen das Korps der besoldeten Gewerkschaftsbeamten zum Ausdruck.

⁹⁹⁷ Rosenberg (1941) 7 f.

⁹⁹⁸ Vgl. auch Greiser 228.

⁹⁹⁹ Eiber (1998) CLIV f.; Röder (1973) 62; Die neue deutsche Gewerkschaftsbewe- gung. – Inwieweit Rosenberg an der Arbeit der Arbeitsgruppen teilnahm, lässt sich nicht feststellen.

¹⁰⁰⁰ Foitzik (1995) 80.

Im Juni 1943 hielt Gottfurcht fest, dass man sich darüber hinaus in der Landesgruppe einig sei, dass die neuen Gewerkschaften von unten nach oben gegründet werden und dass die keimkehrenden Exulanten eng mit den sich spontan bildenden Betriebszellen zusammenarbeiten sollten, um auf diese Weise zügig eine zentrale Leitung aufbauen zu können. Die Gewerkschaften müssten entnazifiziert werden und prinzipiell unabhängig vom Staat bleiben. Neben den Industrieverbänden sollten in bestimmten Branchen Fach- und Berufsverbände zugelassen werden.¹⁰⁰¹ Und noch in den Programmvorschlügen vom Frühjahr 1945 hieß es zwar: „Die Bildung einheitlicher Industrieverbände sollte angestrebt werden.“ Doch räumten die Verfasser ein: „Die Entwicklung wird wahrscheinlich nicht in allen Industrien und Berufen und in allen Bezirken gleichmäßig vor sich gehen.“¹⁰⁰² Damit zollten sie dem Standesbewusstsein der Angestellten und Beamten, auf die die Sonderregelung von vornherein zielte, ihren Tribut.

Wichtiger als die organisatorischen Schlüsse waren die programmatischen Konsequenzen, die die Londoner Gewerkschafter aus der Erfahrung des Nationalsozialismus zu ziehen wussten. Das ist insbesondere unter dem Aspekt interessant, dass an den Programmvorschlügen nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Kommunisten mitwirkten. Beide Gruppen hatten sich darauf verständigen können, dass es gelte, in Abwehr vansittartistischer Thesen die Arbeiteropposition in Deutschland hervorzuheben. Der Nationalsozialismus sei in erster Linie, so meinten beide, nicht auf das Versagen der Arbeiterbewegung, sondern auf die objektiven Verhältnisse eines die Weimarer Republik zersetzenden Kapitalismus zurückzuführen, wobei die Republik als sozial wie politisch fortschrittlicher Verfassungsstaat definiert wurde. Daher könne auch weder Vergeltung für die Verbrechen der Nazis noch kollektive Beschuldigung aller Deutschen den Zusammenbruch des Regimes herbeiführen, sondern nur die Zusammenarbeit mit der deutschen Opposition, die Unterstützung einer sozialen Revolution, die die Großgrundbesitzer enteignen, die Schwerindustrie, die öffentlichen Dienste, die Banken und das Finanzwesen verstaatlichen und den Militarismus und den Nationalismus ausrotten werde.¹⁰⁰³

Doch hinsichtlich der Schuld der Arbeiterklasse deutete sich bereits ein Konflikt der Sozialdemokraten mit den Kommunisten an, die auf Moskauer Weisung hin das ganze deutsche Volk für verantwortlich erklärten. Noch konnten sich beide Seiten auf eine „Mitverantwortung“ der Arbei-

¹⁰⁰¹ Ebd.; ders. (1988b) 328.

¹⁰⁰² *Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung* 5.

¹⁰⁰³ Röder (1973) 239 f.

terklasse einigen.¹⁰⁰⁴ Da die Kommunisten jedoch das Bekenntnis zu einer autonomen Politik der deutschen Arbeiterbewegung als „hoffnungslos utopistisch“ ablehnten, sie sogar zu erkennen glaubten, dadurch würden die reaktionären Kräfte des Westens gestärkt, verweigerten sie ihre Unterschrift unter die endgültige Fassung der Programmvorschläge, sodass diese schließlich im Frühjahr 1945 allein mit den Unterschriften von 20 führenden sozialdemokratischen Gewerkschaftern verabschiedet wurde.¹⁰⁰⁵ Neben Gottfurcht finden sich Auerbach, Eichler, Heidorn, Jahn, Sander, Schoettle und Rosenberg unter den Unterzeichnern.

Wenn auch Rosenbergs Mitwirkung an den Programmvorschlagen nicht detailliert beschrieben werden kann, so steht seine Mitarbeit doch fest. Nach Angaben Gottfurchts gehörte er „zu den hervorragendsten Mitarbeitern. Seine Beiträge zu den Abschnitten über Wirtschafts- und Sozialpolitik, über kulturelle Fragen und zu den bedeutenden Forderungen der Ausrottung jeden Nazi-Einflusses und des Nazi-Geistes in Politik und Wirtschaft zeugten von seiner tiefgründigen Allgemeinbildung, seinen Spezialkenntnissen auf den behandelten Gebieten und seinem Verantwortungsbewutsein.“¹⁰⁰⁶ Daher spricht manches dafür, dass Rosenberg weniger für einzelne Passagen verantwortlich zeichnete, sondern an dem gesamten Prozess der Erarbeitung laufend beteiligt war, von den ersten Planungen über die Erstellung von Zwischenberichten bis zur Endredaktion. An der Erstellung des Abschnitts „Sozialpolitik“ beteiligte sich Rosenberg Ende 1944 mit detaillierten eigenen Vorschlägen, am 23. März 1945 ernannte ihn der Arbeitsausschuss der Landesgruppe auf Vorschlag Gottfurchts neben Derkow, Becker, Auerbach und Gottfurcht zum Mitglied der Redaktionskommission für den besagten Abschnitt des Programms.¹⁰⁰⁷

¹⁰⁰⁴ Ebd. 240.

¹⁰⁰⁵ Ebd. 242. – Zu den Spannungen mit den Kommunisten siehe auch *Borsdorf* (1976) 679. Danach sollen Unstimmigkeiten über die Kollektivschuld der Deutschen und die von den Kommunisten ebenfalls bejahte Frage deutscher Reparationen an die Alliierten zum Konflikt geführt haben.

¹⁰⁰⁶ *Schuster* 34 f. – Der wirtschaftspolitischen Arbeitsgemeinschaft gehörten Walter Fliess, von Rauschenplat, Derkow und Schilde an, nicht jedoch Rosenberg. Der Abschnitt „Erziehung“ entstand unter Federführung von Kurt Weckel und Minna Specht. *Röder* (1973) 242, Anm. 115; *Schafheitlin* 67.

¹⁰⁰⁷ *Quellen zur Geschichte* V 824 ff. – Auch im Nachlass Walter Auerbachs spiegelt sich die Arbeit der Arbeitsgruppe Sozialpolitik, allerdings nicht hinsichtlich des Inhalts der Diskussionen. Es scheint jedoch, dass es Mitte Oktober 1944 zu Streitigkeiten über die Reichweite der Forderungen gekommen war, über die zunächst Klarheit herzustellen war. Rosenberg schrieb am 20.10.1944 an Auerbach: „Ich glaube, dass damit endlich eine Basis geschaffen wurde, die Arbeit vorwaerts zu bringen, ohne ueber den Rahmen eines Sozialpolitischen Programmes und den eines tatsaechlichen *Sofort* Programmes [sic!] hinauszugehen. Du wirst ja den Entwurf bekommen[,] und ich hoffe, dass Du ihn im Wesentlichen unterstuetzen kannst.“ DGB-Archiv im AdSD, Bestand Nachlass Au-

Die Programmvorschläge gliederten sich in organisatorische und programmatische Abschnitte sowie Kataloge aktueller Forderungen, die auf „die personelle Säuberung der üblichen Verwaltungen und des Wirtschaftslebens“, auf die Abschaffung der von den Nazis geschaffenen rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen und damit die Rückführung auf den Status quo ante zielten. Ausdrücklich erkennen die Verfasser die Mitverantwortung der Deutschen am Nationalsozialismus an und schlossen daraus: „Die unerbittliche Bestrafung der Kriegsverbrecher, die endgültige Ausschaltung der nationalsozialistischen und militaristischen Elemente aus dem üblichen Leben Deutschlands, die Wiedergutmachung der vom Naziregime angerichteten Schäden und Leiden, soweit das menschenmöglich ist. Das müssen Programmpunkte der demokratischen Kräfte im deutschen Volk sein, nicht von außen aufgezwungen, sondern als Voraussetzung für die Wiedergesundung und echte Erneuerung unseres Volkes anerkannt.“ Mit dem Ende des nationalsozialistischen Regimes sei in Deutschland ein „politisches Vakuum“ entstanden, daher müsse die Beseitigung aller „Überreste nationalistisch-militaristischer Ideologien“ mit dem „Aufbau demokratischer Einrichtungen und Vorstellungen von unter her“ einhergehen. Die Unterzeichner verkannten dabei keineswegs den Umstand, dass die Gewerkschaften wie auch die anderen demokratischen Kräfte „für lange Zeit nicht in unbeschränkter Freiheit, sondern nur in den Grenzen wirken können, die ihnen durch die Politik der Besatzungsmächte gesetzt sind“. Eine demokratische Gewerkschaftsbewegung, die die Interessen der Arbeiterschaft verfolge, „ohne dabei den Blick für das Ganze zu verlieren“, könnte – einig und „auf der Grundlage echter Toleranz“ – weit über die Arbeiterschaft hinaus in die Gesellschaft hineinwirken und zeigen, dass sie „Träger und Garant eines demokratischen Deutschland“ sein wolle: „Sie könnte auf vielen Gebieten anregend, beispielgebend, vorwartsweisend sein und so einer der stärksten Grundpfeiler einer lebendigen deutschen Demokratie werden.“¹⁰⁰⁸

Die sozialpolitischen Vorstellungen sehen eine planmäßige Wirtschaftspolitik als Voraussetzung dafür, „jedem Arbeitswilligen eine menschenwürdige Existenz unter ständiger Hebung des Lebensstandards zu ermöglichen“. Vollbeschäftigung müsse daher von der Gesellschaft hergestellt werden, die Arbeitenden müssten das Recht erlangen, an der Leitung der Betriebe beteiligt zu werden und bei der „Gestaltung und Anwendung der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung“ gleichberechtigt mitzuarbeiten.¹⁰⁰⁹ Die einzeln aufgeführten Sofortmanah-

erbach, Mappe 53. Hervorhebung im Original.

¹⁰⁰⁸ *Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung* 2 f.

¹⁰⁰⁹ Ebd. 9 f.

men künden von großer Sachkenntnis seitens der Autoren über die Situation in Deutschland während und nach dem Krieg; offenkundig ruhte die Analyse trotz der Isolation des Exils auf fundierten Informationen über die Lage im Reich und auf einem vorausschauenden Blick auf die möglichen Auswirkungen von Zusammenbruch und Besatzungspolitik.

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen sehen in erster Linie die Einführung planwirtschaftlicher Elemente vor, mit dem Ziel „des Aufbaus einer dem Frieden dienenden wirklich demokratischen Wirtschaft, in der privilegierte Schichten ausgeschaltet werden und in der Arbeitende und Verbraucher gegen Ausbeutung geschützt sind, der gerechten Verteilung der durch Wiederaufbau und Wiedergutmachung bedingten Lasten unter Verhinderung ihrer Abwälzung auf die Werktätigen“. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten notwendige Strukturänderungen vorgenommen werden, so müsse der private Großgrundbesitz enteignet, die Willkürherrschaft der Privatmonopole in Industrie und Handel gebrochen und Kriegsverbrecher enteignet werden. An den neu zu gründenden Organen der staatlichen Wirtschaftsplanung und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung müsse die Gewerkschaftsbewegung beteiligt werden, ebenso wie an der Leitung großer Betriebe – zusammen mit den Betriebsräten. Bergbau, Schwereisenindustrie, Metallgewinnung, Großchemie und Bodenschätze müssten „in öffentliches Eigentum überführt“, die Großbanken verstaatlicht werden. Durch diese Maßnahmen könne „die soziale und wirtschaftliche Basis des deutschen Imperialismus beseitigt“ werden, wodurch wiederum die „Voraussetzung für die Eingliederung Deutschlands in die internationale Zusammenarbeit geschaffen“ werde. Die ungeheuren Lasten des Wiederaufbaus Europas und der Wiedereingangsetzung normaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen könnten jedoch nur im „Rahmen einer friedlichen europäischen Zusammenarbeit“ aufgebracht werden. Nur im Rahmen einer solchen Kooperation in Europa schließlich könne eine erneute deutsche Vormachtstellung verhindert werden.¹⁰¹⁰ Umfangreiche Forderungen zu Fragen der Erziehung schließen die Programmvorschläge ab.

Es war dies kein ausgesprochen revolutionäres oder sozialistisches Programm, es zeigte hingegen deutlich den Willen der Unterzeichner, die Ursachen zu beseitigen, die den Nationalsozialismus, jenen „typischen imperialistischen Exponenten“ des Kapitalismus,¹⁰¹¹ hervorgebracht hatten. Bei der Erarbeitung ihrer Vorstellungen für eine

¹⁰¹⁰ Ebd. 19 ff.

¹⁰¹¹ Hans Gottfurcht, zitiert nach Röder (1973) 240.

deutsche Nachkriegsordnung hatten die Londoner Gewerkschafter stets eng mit den internationalen Gewerkschaftsdachverbänden, der ITF und dem IGB, mit dem TUC und den US-Dachverbänden AFL und CIO sowie dem OSS zusammengearbeitet. Nicht zuletzt dieser Umstand dürfte dazu beigetragen haben, dass ihre Vorstellungen als „weittragendste gewerkschaftliche Planung für Nachkriegsdeutschland“ gelten können.¹⁰¹² Doch konnten sich die Londoner Gewerkschafter hinsichtlich ihrer organisatorischen Vorstellungen im Nachkriegsdeutschland weitgehend durchsetzen, so fanden ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen zwar Eingang in das Münchner Programm des Deutschen Gewerkschaftsbund vom Oktober 1949,¹⁰¹³ doch blieben sie weitgehend unverwirklicht.¹⁰¹⁴ Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung der deutschen Guides bei den Streitkräften der Westmächte dafür, dass das Londoner Programm in den Westzonen die stärkste Ausstrahlung entwickelt konnte,¹⁰¹⁵ denn viele Guides brachten es unmittelbar nach Kriegsende in das zerstörte Deutschland. Vor allem Werner Hansens Einfluss auf Hans Böckler, den er aus seinem Versteck holte und der zur dominierenden Figur der Gewerkschaften im Nachkriegsdeutschland wurde, kann nicht zu hoch eingeschätzt werden. Unter Hansens Mitarbeit revidierte Böckler sein Programm des gewerkschaftlichen Aufbaus und berücksichtigte dabei die Vorstellungen des Londoner Exils.¹⁰¹⁶ Und schließlich verhalf der Landesgruppe auch ihre enge Kooperation mit der Exil-SPD zu einem starken Einfluss auf den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften.¹⁰¹⁷

An der Erarbeitung der programmatischen Positionen der Union war Rosenberg augenscheinlich nur am Rande beteiligt. Am 28. November 1944 beschloss das Exekutivkomitee der Union auf Anregung Hellmut von Rauschenplats und der britischen Genossenschaften, eine Kommission einzurichten, die sich mit der „Beratung von Fragen, die den Wiederaufbau der deutschen Genossenschaften betreffen“, beschäftigen sollte. Für den Vorsitz war zunächst Paul Walter vorgesehen. Bei der Benennung weiterer Mitglieder war die Organisationszugehörigkeit offensichtlich ein wesentliches Kriterium; neben dem SAP-Mann Walter sollten die beiden SPD-Mitglieder Paul Heide und Rosenberg, das ISK-Mitglied Helene Schoettle und Franziska Bennemann als Angehörige der Gruppe Neu Beginnen der Kommission angehören. Für die nicht-

¹⁰¹² Foitzik (1995) 79, 81.

¹⁰¹³ Borsdorf (1976) 687; siehe auch *Gespräch mit Ludwig Rosenberg (1974)* 8.

¹⁰¹⁴ Foitzik (1995) 90.

¹⁰¹⁵ Schneider (1998) 549.

¹⁰¹⁶ Borsdorf (1976) 679; vgl. Rosenbergs Aussage dazu im *SWF-Rundfunkinterview (1973)* 11, danach sei das Programm „zum Teil mit Hilfe amerikanischer Freunde mit verteilt worden“.

¹⁰¹⁷ Borsdorf/Hemmer/Martiny 222.

teilnehmende Helene Schoettle wurde später Werner Klatt, ebenfalls Neu Beginn, hinzugezogen. Rosenberg, der ursprünglich in die Kommission als einfaches Mitglied hineingewählt worden war, nahm anstelle Walters von Anbeginn den Vorsitz ein.¹⁰¹⁸

Rosenberg nahm sofort die Arbeit auf, korrespondierte mit R. A. Palmer, dem Generalsekretär der Co-Operative Union Ltd., des Dachverbandes der britischen Genossenschaften mit Sitz in Manchester, mit G. F. Polley, vom Sekretariat der International Co-Operative Alliance, der Genossenschafts-Internationale in London, und mit Emmy Freundlich, der Präsidentin der International Co-Operative Women's Guild, der Internationalen genossenschaftlichen Frauengilde. Er bat diese Vertreter der britischen und internationalen Genossenschaftsbewegung um Unterstützung bei der Wiedererrichtung einer wahrhaft demokratischen deutschen Genossenschaftsbewegung nach dem Kollaps des Hitler-Regimes. Er schlug einen Meinungs austausch darüber ebenso vor wie die Abhaltung von Kursen für die Exulanten aus den früheren deutschen Genossenschaften, die die Möglichkeit begrüßen würden, mit den Methoden und Praktiken der so erfolgreichen britischen Genossenschaftsbewegung bekannt gemacht zu werden, mit ihrer Organisation, ihren Einkaufsmethoden und der Produktion in eigenen Fabriken, der genossenschaftlichen Finanzverwaltung, dem Bank- und Versicherungswesen sowie den sozialen und den Bildungsaktivitäten.¹⁰¹⁹

Rosenberg lehnte „endlose Diskussionen“ ab und lobte jeden, „der sachlich und sehr ordentlich ist und nicht redet, bloss um zu reden“.¹⁰²⁰ Und nachdem bereits Ende Januar ein sechsseitiger interner „Entwurf zu einem Programm betr. den Wiederaufbau des deutschen Genossenschaftswesens“ beschlossen werden konnte, in dem lediglich die Vorschläge zum Umgang mit dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen ausgeklammert wurden – sie sollten später von dem promovierten Agrarwissenschaftler Klatt ergänzt werden –, legte Rosenberg nach nur fünf Monaten, am 24. April 1945, dem Exekutivkomitee der Union im Namen der Kommission einen Entwurf vor. Ob die führenden Mitglieder der Union andere Erwartungen an das Papier herangetragen hatten, lässt sich nicht nachzeichnen, doch in ihrer Diskussion mit Rosenberg warfen sie die Frage auf, „ob die personellen Vorschläge so ausführlich wiederholt werden sollen“. Auf jeden Fall sollten sie jedoch „als Unterlage für Unterhaltungen mit der Genossenschaftsinternationale“ dienen. Die schließlich im Juni angenommenen „Vorschläge der

1018 *Eiber (1998) 372 f.*

1019 Der Briefwechsel Rosenbergs mit Palmer, Polley und Freundlich von Dezember 1944 bis Juni 1945 findet sich im AdSD, Bestand Sopade, Mappe 105.

1020 Rosenberg an Gottfurcht, 1.2.1945, ebd.

«Union» für den Wiederaufbau der Genossenschaften“ sahen vor, dass nach einer anfänglichen alliierten Übernahme der Reste des ehemals vorhandenen Genossenschaftswesen unter Beteiligung zuverlässiger Genossenschafter der tatsächliche Neuaufbau nur von deutscher Seite aus in Abstimmung mit den Alliierten und der Genossenschaftsinternationale erfolgen könne. Wie auch die Gewerkschaftsbewegung müsse das Genossenschaftswesen zu einer parteipolitisch unabhängigen, einheitlichen Organisation aller Richtungen zusammengefasst werden. Den Abschluss bildeten umfangreiche und detaillierte Sofortmaßnahmen zur personellen Reinigung der Genossenschaften von nationalsozialistischen Funktionären und zur Feststellung und Übernahme geraubten Vermögens. Die Planungen wurden jedoch nicht in die Sammlung der Programmvorschlüsse aufgenommen, die die Union im November 1945 unter dem Titel „Zur Politik deutscher Sozialisten“ herausgab.¹⁰²¹

Wie die Pläne der Landesgruppe orientierten sich auch die Nachkriegsplanungen der Londoner Union an den Vorstellungen der westlichen Demokratien.¹⁰²² Zwar nahm die Union, auf längere Perspektive betrachtet, in vielerlei – vor allem organisatorischer – Hinsicht Teile der Konzeption der modernisierten Nachkriegssozialdemokratie vorweg, doch blieb ihre Mitwirkung an den alliierten Planungen für das post-nationalsozialistische Deutschland nicht zuletzt aufgrund der Folgen der Vansittart'schen Thesen arg beschränkt.¹⁰²³ Die Ollenhauer-Biografin Brigitte Seebacher-Brandt freilich hält die Darstellung ihres britischen Historikerkollegen Anthony Glees über das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur Labour Party und zum Foreign Office für „Schwarz-Weiß-Malerei, die der Wirklichkeit nicht gerecht wird und die auch die überlieferten Akten und Dokumente nicht zulassen“.¹⁰²⁴ Doch auch wenn sie zu Recht die „Kampagne gegen die deutschen Emigranten“, deren Höhepunkt im Herbst 1942 lag, aus der Auseinandersetzung um Vansittart heraus und in eine Beziehung zur beginnenden Kriegszieldiskussion hinein stellt, so vernachlässigt sie doch deren unmittelbare Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten des deutschen Exils. Und Werner Röder sieht die Exulanten in der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Deutschland denn auch folgerichtig als Verbündete und Kontrahenten der Alliierten gleichermaßen.¹⁰²⁵

Für die Exilsozialdemokraten betonte ihr Vorsitzender Hans Vogel in

1021 Eiber (1998) 398, 403 ff.

1022 Geis 548.

1023 Vgl. Strickhausen 259.

1024 Seebacher-Brandt 250 f.; sie bezieht sich dabei auf Glees (1982).

1025 Röder (1973) 27.

seinen Überlegungen zur Nachkriegsgestaltung die Notwendigkeit, dass „dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben wird, in der Gestaltung seiner inneren politischen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten seiner eigenen Initiative zu folgen“. Nur dann sei es möglich, Deutschland zu demokratisieren.¹⁰²⁶ Und später, im Mai 1945, unterzeichnete er eine Erklärung des SPD-Parteivorstandes zum Kriegsende, worin es heißt: „Die neue deutsche soziale Demokratie, die unser Ziel ist, kann uns nicht von außen gebracht werden. Sie kann nur durch das deutsche Volk selbst erarbeitet und sie muß gegen ihre politischen und wirtschaftlichen Gegner erkämpft werden. Wir erstreben ein Deutschland, das über seine Geschicke selbst entscheiden kann und das getragen wird von einer entschlossenen demokratischen Mehrheit unseres Volkes.“¹⁰²⁷

Mit ihren Forderungen wandte sich die Sozialdemokratie jedoch keineswegs prinzipiell gegen die Besatzungspolitik, sie erkannte – wie die Landesgruppe – die „Mitverantwortung“ des deutschen Volkes ausdrücklich an, den Nationalsozialismus nicht verhindert und nicht gestürzt zu haben.¹⁰²⁸ Doch forderte Vogel bereits im Herbst 1944 auf einer Veranstaltung der Union unter dem Titel „Hitler’s Total War Against the German Opposition“, die Formel der bedingungslosen Kapitulation, auf die sich die Alliierten im Januar 1943 in Casablanca verbindlich geeinigt hatten, nach dem Zusammenbruch des Regimes auf die Schuldigen anzuwenden, nicht aber auf die Träger der Demokratie. Und mit Blick auf die politisch-pädagogischen Folgewirkungen warnte er: „Soll mit der bedingungslosen Kapitulation die Forderung nach dem bedingungslosen Gehorsam gemeint sein, die gerade an die Instinkte appelliert, die Hitler groß gemacht haben? Soll dieser bedingungslose Gehorsam auch für die deutsche Demokratie und ihre tatsächlichen Träger, die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und die anderen demokratischen Kräfte gelten?“¹⁰²⁹

Ihr geschlossenes Programm, das sie sich seit 1942 erarbeitet hatte, wollte die Union mit Hilfe der Alliierten zur Grundlage der Rekonstruktion der deutschen Arbeiterbewegung und zum Aufbau eines ebenso demokratischen wie sozialistisch orientierten Nachkriegsdeutschlands machen. Diesem Zweck hatte nicht zuletzt die Zusammenarbeit mit dem

¹⁰²⁶ Zitiert nach *Matthias* 278.

¹⁰²⁷ Erklärung des Parteivorstandes zum Ende des Krieges vom 18. Mai 1945, zitiert nach *Eiber (1998)* 700.

¹⁰²⁸ Ebd.

¹⁰²⁹ Zitiert nach *Matthias* 278. – An der Veranstaltung, die dem Gedenken an Wilhelm Leuschner, Rudolf Breitscheid und Ernst Thälmann galt, nahmen unter dem Vorsitz von Hans Gottfurcht auch Ellen Wilkinson und Jim Middleton für die Labour Party und Louis Lévy für die französische Sozialistische Partei teil.

OSS und dem SOE gedient.¹⁰³⁰ Doch die Westalliierten übernahmen die Nachkriegsziele des sozialdemokratischen Exils nicht, und schon gar nicht wollten sie dessen Anspruch auf die politische Führungsrolle anerkennen.¹⁰³¹ Und so liegt die eigentliche Bedeutung der Union auch weniger in ihrer Tätigkeit im Exil selbst und in ihrer unmittelbaren Wirkung auf die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands, vielmehr wirkte sie erheblich auf die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung in den Westzonen ein. Das galt insbesondere hinsichtlich ihres organisatorischen Aufbaus als sozialistische Einheitspartei bei starker Abgrenzung gegenüber den Kommunisten und Öffnung gegenüber den bürgerlichen Schichten.¹⁰³² Röder erkennt darin zu Recht einen „Lern-, Denk- und Planungsprozeß, der dem Exil trotz des Scheiterns an seinen zeitgenössischen Zielsetzungen die historische Wirkungsrelevanz sichert“.¹⁰³³

Die Monate unmittelbar vor und nach Kriegsende waren eine Zeit des Wartens und der Auflösung der während der vergangenen Jahre geschaffenen Institutionen des politischen Exils. Denn während andere Exulantenorganisationen weiterhin bestanden, zum Teil – wie die Association of Jewish Refugees in Great Britain – heute noch bestehen, so stand für den überwiegenden Teil des politischen Exils außer Frage, sobald wie möglich, ungeachtet erlittener Verfolgungen und kommender Entbehungen, in das zerstörte Deutschland zurückzukehren.

Zum Ende des Jahres 1945 beschlossen die vier sozialdemokratischen Gruppierungen innerhalb der Union, ihre Selbstständigkeit aufzugeben und sich in einer gemeinsamen Organisation, der Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in Großbritannien, zusammenzuschließen. Nachdem Hans Vogel bereits im September 1945 verstorben war, übernahm nun Wilhelm Sander die Leitung der Gruppe. Über diese Mitgliederorganisation hinaus wurde als Dependance der Hannoveraner Parteiführung der SPD eine so genannte London-Vertretung ins Leben gerufen, die die Interessen der deutschen Sozialdemokratie gegenüber der britischen Regierung und der Labour Party wahrnehmen sollte. Rosenberg arbeitete ihr zu, solange er noch in London bleiben musste. Im Januar 1946 wurde er in eine Kommission entsandt, die sich mit Fragen der Politik und Organisation dieser neuen Institution befassen sollte und der neben Ollenhauer, Heine und Gottfurcht auch Eichler, Schoettle, Klatt und andere angehörten.¹⁰³⁴

¹⁰³⁰ Eiber (1997) 67.

¹⁰³¹ Röder (1973) 27.

¹⁰³² Eiber (1997) 66.

¹⁰³³ Röder (1973) 26.

¹⁰³⁴ Eiber (1998) XXIX, 486. – Über die konkrete Arbeit der Kommission ist nichts bekannt.

Beinahe zeitgleich mit der Umwandlung der Union, am 5. Dezember 1945, beschloss der Internationale Gewerkschaftsbund, die ausländischen Gewerkschaftsgruppen in Großbritannien, darunter die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter, aufzulösen. In einer eigens dazu verabschiedeten Erklärung¹⁰³⁵ stellte sich die Landesgruppe der Tatsache, dass auch die Arbeiterbewegung einen Teil der Verantwortung für das Aufkommen des Nationalsozialismus zu tragen habe. Hatte die Debatte um die Programmvorschläge noch zu deutlichen Zerwürfnissen innerhalb der Landesgruppe geführt, so stimmten nun Vertreter aller politischen Organisationen der Arbeiterbewegung, von der SPD über SAP, ISK und Neu Beginnen bis zur KPD der Erklärung zu. Rosenberg hatte weder der Beratungskommission angehört, noch vertrat er eine der Organisationen im Arbeitsausschuss. Er hielt sich zu diesem Zeitpunkt außer Landes auf. Dennoch dürfte die Erklärung auch seinen Vorstellungen entsprochen haben. In ihr stellten sich die Londoner Gewerkschafter den Fehlern, die die Arbeiterbewegung in der Vergangenheit begangen habe und aus denen sie zu lernen habe, wörtlich heißt es dort:

„Diese Fehler, vor allem die verhängnisvolle Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, das Fehlen der antifaschistischen Kampfeinheit der Arbeiterklasse, die Unterschätzung des Nationalsozialismus, das mangelnde Verständnis für die Demokratie und die nicht ausreichende Bereitschaft, sie zu verteidigen, das ständige Zurückweichen vor der Reaktion in entscheidenden Situationen, sowie schließlich die Kapitulation vor dem Faschismus, erleichterten die Errichtung der faschistischen Diktatur und Vorbereitung und Durchführung des Krieges.“ Mit diesen Worten wurde sowohl die ultralinke Politik der KPD, die die Einheit der Arbeiterschaft behindert und die Demokratie destabilisiert hatte, wie auch der legalistische Kurs der Führungen von ADGB und SPD in den letzten Monaten der Weimarer Republik verurteilt, vor allem aber ihr verheerender Kurs der Anpassung an die neuen Machthaber nach dem 30. Januar 1933.

Zugleich wurde zuerkannt, dass das deutsche Volk keineswegs gegen seinen Willen von Hitler und seinen Parteigängern in Verbrechen ungeahnten Ausmaßes gestürzt worden war, sondern – zu einem nicht näher beschriebenen Maß – dafür mitverantwortlich zeichnete: „Unser Volk kann nicht von jeder Verantwortung für den Aufstieg des Hitler-Faschismus und für die von Hitler im Namen des deutschen Volkes begangenen Verbrechen freigesprochen werden. Aus dieser Erkenntnis

¹⁰³⁵ Die Erklärung, die das Datum des 17.11.1945 trägt, findet sich im Wortlaut bei Röder (1973) 294 ff.

der Mit-Verantwortung ergibt sich, wie notwendig es ist, endgültig mit jenen verhängnisvollen Ideen und Kräften zu brechen, welche die politische Entwicklung Deutschlands in den letzten hundert Jahren bestimmt haben.“ Hier war keine Rede mehr von der Existenz eines anderen, unschuldigen Deutschlands, freilich vertraten die Gewerkschafter auch nicht den populären Gedanken einer Kollektivschuld, der sich mit den Vorstellungen Vansittarts, aber auch der Kommunisten deckte. Ein Zurück zur alten Arbeiterbewegung könne es nicht geben, die neu entstehende Einheitsgewerkschaft trage Verantwortung für die Errichtung einer sozialistischen und demokratischen Republik auf deutschem Boden. In diesem Auftrag aber erkannten die Gewerkschafter zuvörderst eine Erziehungsaufgabe: „Die neue deutsche Arbeiterbewegung muß der bewußte Träger der geistigen Neuorientierung des deutschen Volkes sein. Sie trägt damit ihren Anteil an der politischen Verantwortlichkeit für die nationale Fehlentwicklung Deutschlands ab. Es wird eine verantwortungsvolle Aufgabe der neuen deutschen Arbeiterbewegung sein, allen Deutschen ihre Pflicht für eine menschenmögliche Wiedergutmachung begreiflich zu machen. Das deutsche Volk kann nur dadurch das Vertrauen der Nachbarvölker wiedergewinnen. Wie immer wir auch die Stärke der antifaschistischen Widerstandskräfte eingeschätzt haben, wir haben nie den Glauben an den gesunden Kern der deutschen Arbeiterklasse verloren. Aber diese Kräfte erwiesen sich als zu schwach und sie waren zu isoliert, um durch organisierte Massenaktionen Hitler zu stürzen und den Krieg rechtzeitig beenden zu können.“

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass in Deutschland eine neue Gewerkschaftsbewegung jenseits der alten Richtungsgewerkschaften entstehen könnte, befand sich indes längst im Handgepäck der Mitglieder der Landesgruppe, die Erklärung nannte noch einmal das gemeinsame Ziel: „Die Schaffung einer einheitlichen, alle Richtungen umfassenden, freien und demokratischen Gewerkschaftsbewegung.“ Und ein Anspruch war ihnen gemein, „das Recht zur Rückkehr und zur Teilnahme am Aufbauwerk“.

Entschieden zur Rückkehr

Die letzten Kriegsmonate, seit die Alliierten deutschen Boden erreichen und immer mehr deutsche Städte einnehmen konnten, wie auch die Monate nach dem Kriegsende im Mai 1945 verbrachten die meisten politischen Flüchtlinge in einem Zustand der permanenten Ungeduld. Begierig nahmen sie jede Neuigkeit über den Zustand des Reiches und seiner Menschen auf und drängten auf baldige Rückkehr nach Deutschland. Doch war die Remigration nur mit Zustimmung der Alliiert-

ten möglich. Von den wenigen Guides der Armee abgesehen, erhielten auch einige andere Flüchtlinge die Möglichkeit, als Angehörige der alliierten Armeen in deren Uniform zurückzukehren, doch nahmen nur wenige diese Gelegenheit wahr, weil sie bereits zu diesem frühen Zeitpunkt – nicht zuletzt aufgrund von Befragungen deutscher Kriegsgefangener über die Stimmungslage gegenüber den „Emigranten“ – die Konsequenzen für ihr Ansehen unter der deutschen Bevölkerung und für ihre politischen Einflussmöglichkeiten voraussahen. Fritz Heine beispielsweise lehnte ein solches Ansinnen der Royal Army ab: „Ich hätte als englischer Angestellter, in Uniform, gehen können,“ schrieb er im September 1945, „um eine bessere Laufbotentätigkeit auszuführen. Das habe ich abgelehnt. Ich will als politischer Mensch heimgehen.“¹⁰³⁶ So blieb Heine in Großbritannien und kehrte erst Anfang des Jahres 1946 zurück.

Doch teilte Rosenberg Heines Bedenken augenscheinlich nicht. Und ob- schon Rosenberg nicht als Guide auf den Kontinent zurückkehrte, so sollte es dennoch nicht lange dauern, bis er nach Deutschland gelangen konnte. Und dies nicht erst im September 1946, wie Rosenberg später allgemein angeben, wie es in sämtlichen Porträts zu seiner Person heißen wird. Im Juni 1945 kündigte er in seinem letzten Brief an G. F. Polley von der International Co-Operative Alliance an, sie solle sich bezüglich einer Antwort an Hans Gottfurcht wenden, da er selbst die Insel in Kürze verlassen werde – „as I am leaving for Germany within a few days“.¹⁰³⁷ Und tatsächlich sollte er noch im Juni deutschen Boden betreten. Er folgte der Field Base C des OSS und arbeitete für den US-Geheimdienst in Wiesbaden. Dass er dort die Tätigkeit eines Guides einnahm, darf bezweifelt werden, da Rosenberg keineswegs ortskundig war und rund zwei Monate nach der Einnahme der Stadt ein Guide kaum noch benötigt wurde. Was immer er dort tat, lässt sich nicht rekonstruieren, doch nahm er Kontakte zu den Gewerkschaften auf. Und es lässt sich vermuten, dass auch er sie im Sinne der Beschlüsse der Landesgruppe und der Union zu beeinflussen suchte. Und es lässt sich weiter mutmaßen, dass er dieselbe Einsicht gewann, die auch die Guides mitgebracht hatten, dass nämlich die Erwartungen der Exulanten an ihre Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten viel zu hoch gesteckt waren und dass ihnen keineswegs eine „Schlüsselrolle beim Aufbau von Arbeiterorganisationen und der Umsetzung linker politischer Programmatik“ zukam.¹⁰³⁸

Darüber hinaus wird auch Rosenberg bemerkt haben, dass sich die Ge-

¹⁰³⁶ Zitiert nach *Appelius* 257.

¹⁰³⁷ Rosenberg an Polley, 23.6.1945, Adsd, Bestand Sopade, Mappe 105.

¹⁰³⁸ *Henke* 638.

werkschaften angesichts der äußeren Umstände fast ausschließlich mit Tagesfragen befassen mussten und dass sie dadurch die Auseinandersetzung mit politischen Sachverhalten vernachlässigten, wodurch wiederum die Chancen stiegen, dass es unter Abweichung ihrer Tradition tatsächlich zu einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung ungeachtet der politischen Ausrichtung des Einzelnen kommen könne.¹⁰³⁹ Um seine endgültige Rückkehr nach Deutschland zu beschleunigen, gab er diese Tätigkeit in einem Lebenslauf an, den er noch im gleichen Jahr Gottfurcht überreichte, damit dieser bei deutschen Gewerkschaften sich für ihn einsetzen konnte. Darin verwies er auf seine frischen praktischen Erfahrungen und Kenntnisse der deutschen Gewerkschaften nach dem Krieg.¹⁰⁴⁰ Im Dezember 1945 beendete Rosenberg seine OSS-Mission und kehrte zunächst nach London zurück.¹⁰⁴¹

So blieb er wiederum wie Heine, wollte er nicht als Befehlsempfänger einer Besatzungsarmee sondern als politisch selbstständiges Individuum heimkehren, von den deutschlandpolitischen Vorstellungen der Alliierten abhängig. Sie mussten hingegen widerstreitenden Interessen gerecht werden. Ein Großteil des Exils, vor allem die jüdischen Exulanten, hatten keineswegs die Absicht, jemals wieder deutschen Boden zu betreten. Sie fürchteten gar, die Alliierten könnten sie nach Ende der Kampfhandlungen auf den Kontinent abschieben. Die Angst vor der Repatriierung ließ das jüdische Exil in Großbritannien auf die britischen Regierungsstellen einwirken, den Flüchtlingen die Staatsangehörigkeit ihres Gastlandes zu verleihen. Noch Mitte Mai 1945 warf der jüdische Labour-Parlamentarier Sydney Silverman im Unterhaus ein, dass es schwierig sei, sich eine grausamere Prozedur vorzustellen, als jene Menschen, die alles verloren hätten – ihr Heim, ihre Verwandten, ihre Kinder, all die Dinge, die ihnen das Leben angenehm und möglich gemacht hätten –, gegen ihren Willen zu zwingen, an die Stätte zurückzugehen, an der all diese Verbrechen stattgefunden hätten. Mit einer äußerst kurz gehaltenen, doch um nichts weniger wirkungsvollen Zustimmung des Premierministers Churchill – „I agree with that.“ – waren alle Pläne zur pauschalen Repatriierung der Flüchtlinge endgültig vom Tisch.¹⁰⁴²

Über die Rückkehr der Flüchtlinge liegen lediglich Schätzungen vor, wie auch über die Zahl der Exulanten auf britischem Boden unterschiedli-

¹⁰³⁹ Vgl. der bei *Söllner* 287 wiedergegebene Bericht der Research and Analysis Branch vom 1.9.1945.

¹⁰⁴⁰ Lebenslauf Rosenbergs, undatiert (ca. November 1945), AdsD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 34.

¹⁰⁴¹ Gottfurcht an Ernest A. Bell, Internationale Abteilung des TUC, 22.11.1945, ebd., Kasten 15.1. Darin heißt es, Rosenberg werde im Dezember zurückerwartet.

¹⁰⁴² *Grenville*.

che Angaben kursieren. Bezogen auf alle Zufluchtsländer sollen nur 3,3 bis 4,3 Prozent des jüdischen Exils zurückgekehrt sein, hingegen 20 bis 25 Prozent der Schriftsteller, ein Drittel der Wissenschaftler, jedoch 68 Prozent der politischen Exulanten.¹⁰⁴³ Für Großbritannien mögen sich die Werte nicht nennenswert unterschieden haben. Die während des Kriegs geäußerte Erwartung, dass rund 6000 bis 7000 deutsche und österreichische Flüchtlinge aus Großbritannien auf den Kontinent zurückkehren würden, musste bald nach unten korrigiert werden. Das Foreign Office ging nun nach Kriegsende mit einem eigens eingerichteten Repatriation Office for German Refugees daran, diejenigen Exulanten zu registrieren, die tatsächlich zurückkehren wollten, doch im Sommer 1945 waren dort lediglich 1000 deutsche Rückkehrwillige verzeichnet. Fast die Hälfte davon waren Mitglieder der Landesgruppe, die schon im Oktober 1944 ihre Mitglieder aufgefordert hatte, sich verbindlich zu äußern, ob sie repatriiert werden wollten. Lediglich die Hälfte der 716 Mitglieder reagierte auf die Befragung, der ausdrücklich keinerlei juristische Bindung beigemessen wurde. Unmittelbar nach Kriegsende, als die Rückkehr in greifbare Nähe zu rücken schien, sah sich Gottfurcht veranlasst, auch die übrigen Mitglieder zu einer Stellungnahme zu veranlassen, ob sie zurückkehren oder im Ausland bleiben wollten. Den Fragebögen legte er ein Rundschreiben bei, in dem er den Zweck seiner Aktion näher beschrieb: „Die Gesamtlisten sollen als Unterlage benutzt werden für erbetene Besprechungen mit IGB und TUC, in denen die Möglichkeiten der Rückkehr und die Verwendung der Erfassten, soweit geeignet, besprochen werden sollen.“¹⁰⁴⁴ Zu diesem Zweck erfragte Gottfurcht detaillierte Angaben zu den vor der Flucht in Deutschland wahrgenommenen Funktionen in der Arbeiterbewegung und in Politik und Verwaltung, zu den im Exil erworbenen Sonderkenntnissen, den Erfahrungen auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem oder erzieherischem Gebiet, aber auch zu Einzelheiten der fremdenpolizeilichen Registrierung im Gastland. Nach Abschluss der zweiten Befragung hatten sich zusammen zwei Drittel aller Mitglieder geäußert, von diesen 501 Mitgliedern erklärten 453, dass sie zurückkehren wollten, während 48 Vorbehalte anmeldeten oder eine Rückkehr ausschlossen. 63 Prozent also wollten zurückkehren, fast alle bestätigten ihre Absicht wenig später auch gegenüber dem Foreign Office.¹⁰⁴⁵ Von den sozialdemokratischen Exulanten kehrte knapp die Hälfte zurück.¹⁰⁴⁶ Rund 50000 Flüchtlinge sollen in Großbritannien geblieben sein, die Mehrzahl ließ sich bald

¹⁰⁴³ Foitzik (1988a) 256.

¹⁰⁴⁴ Rundschreiben an die Mitglieder der Landesgruppe, 28.5.1945, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Hans-Gottfurcht-Akten (vormals Archiv Gerhard Beier), Kasten 1.

¹⁰⁴⁵ Foitzik (1988a) 256.

¹⁰⁴⁶ Ebd. 257.

nach Kriegsende naturalisieren.¹⁰⁴⁷

Insgesamt sei unter den Exulanten, so Jan Foitzik, „keine sehr hohe Rückkehrbereitschaft zu konstatieren“, und zwar unabhängig von der ökonomischen Situation in Deutschland, da die Gewerkschafter beispielsweise bereits vor Kriegsende, noch ohne konkrete Kenntnis der wirtschaftlichen Lage, ihre Entscheidung gefällt hatten.¹⁰⁴⁸ Hans Georg Lehmann hat drei Bestimmungsgrößen benannt, die den individuellen Entscheidungsprozess der Flüchtlinge bestimmten.¹⁰⁴⁹ Neben dem Verhalten der Alliierten und der Entwicklung in Deutschland interessiert hier zunächst die Persönlichkeit des einzelnen Flüchtlings und sein Umfeld als Zentrum der Entscheidungsfindung. Zum einen hing, so Lehmann, die Entscheidung zur Rückkehr von den Gründen ab, die seinerzeit zur Emigration geführt hätten, ob sie Deutschland primär aus politischen, ideellen, religiösen oder „rassischen“ Motiven verlassen hätten. Als Faustregel gelte: „Je mehr die politisch-ideellen Motive vorherrschten, um so größer war die Bereitschaft zur Remigration.“¹⁰⁵⁰ Zweitens ließen sich die Flüchtlinge von ihren emotionalen Bindungen oder Verbindungen zu den Deutschen, so sie noch vorhanden waren, leiten. Jenen, die sich hingegen im Aufnahmeland beruflich und gesellschaftlich, sprachlich und finanziell integriert hätten, zeigten – drittens – auch nur einen geringen Rückkehrwunsch. Viertens spielte das Verhalten der Familienmitglieder, von Freunden und Bekannten eine maßgebliche Rolle. Nicht selten weigerten sich Ehefrauen mit ihren remigrationswilligen Männern zurückzukehren. Je mehr Variablen erfüllt seien, desto wahrscheinlicher, so Lehmann, sei auch die Entscheidung zur Rückkehr.¹⁰⁵¹

Wie sahen nun Rosenbergs Motive aus? Von welchen Beweggründen ließ er sich leiten bei seiner Entscheidung zur Rückkehr nach Deutschland? Über das Verhalten seiner Frau ist nichts bekannt, doch lässt sich vermuten, dass Margot Rosenberg ihrem Mann keinen Widerstand entgegengebracht haben wird, war sie doch seinerzeit weder aus politisch-ideellen noch aus „rassischen“ Gründen ins Exil gegangen, sondern um ihres Verlobten willen. Vieles spricht dafür, dass auch sie sich verhältnismäßig gut in die britische Gesellschaft einfinden konnte, auch sie sprach fließend englisch und dürfte zumindest in den frühen Jahren des Exils maßgeblich zum Unterhalt der beiden beigetragen haben. Doch bezog sich seine Arbeit – von den Jahren als Kaufmann einmal

¹⁰⁴⁷ Strickhausen 265.

¹⁰⁴⁸ Foitzik (1988a) 258.

¹⁰⁴⁹ Lehmann (1997).

¹⁰⁵⁰ Ebd. 43.

¹⁰⁵¹ Ebd. 44 ff., 69.

abgesehen – ausschließlich auf Deutschland und den europäischen Kontinent: ob als Journalist und Vortragsreisender, als Rundfunkkommentator oder als Geheimdienstmitarbeiter. Selbst als Abteilungsleiter im Arbeitsministerium befasste er sich mit Flüchtlingen. Sein Drang, alsbald gut Englisch schreiben und sprechen zu können, war eben nicht auf eine dauerhafte Ansiedlung gerichtet, sondern auf die Möglichkeit, im Gastland wirkungsvoll im Interesse des anderen Deutschland tätig werden zu können. Hinzu traten seine frühe Erkenntnis, dass Hitlers Regime eben nicht bald vorübergehen werde, und sein Drang, aktiv gestaltend tätig zu werden, statt die Geschehnisse passiv an sich herankommen zu lassen. Auch das veranlasste ihn, sich in Sprache und Mentalität seiner Gastgeber einzugewöhnen. Seine von Illusionen weitgehend freie Einschätzung der Lage in Deutschland und der Massenloyalität, derer sich das Regime zu versichern fähig war, bewahrte ihn davor, sich erst mit Beginn des Kriegs und der Erfolgsmeldungen der Wehrmacht von früheren Illusionen verabschieden zu müssen und mit der Realität konfrontiert zu sehen. Andere, die sich von der Dauerhaftigkeit des Nationalsozialismus überrollt sahen, reagierten mit Verbitterung und Enttäuschung und suchten Zuflucht in der vereinfachenden Kollektivschuldthese der Vansittartisten.¹⁰⁵²

Und wie sah es mit seinen emotionalen Bindungen an Deutschland und die Deutschen aus? Seinen Landsleuten gegenüber empfand er selbst während des Kriegs noch immer eine tiefe emotionale Verbundenheit, eine Begegnung mit kriegsgefangenen deutschen Soldaten beim Arbeitseinsatz ließ ihn und seine Frau nicht unberührt: „[...] ich erinnere mich, wie einmal in der Straße, in der ich wohnte, 6 deutsche Kriegsgefangene arbeiteten, mit denen ich ins Gespräch kam. Der Gedanke, daß sie zu jener Armee Hitlers gehörten, die das Leben meiner Mutter und meiner Familie auf dem Gewissen hatte, verblaßte gegenüber der Tatsache, daß es gefangene Landsleute waren, denen ich mich verbunden fühlte. So versorgten wir sie mit Zigaretten und Lebensmitteln und kümmerten uns auch anderswo um das Schicksal der Kriegsgefangenen.“¹⁰⁵³ Wie lässt sich eine solche unbekümmerte Haltung den Vertretern des Landes gegenüber, das seine Verwandten – nach allem, was er bereits jetzt wusste – vertreiben und ermorden ließ, erklären? Herbert Weichmann, wie Rosenberg politischer Flüchtling aus jüdischem Elternhaus, hatte 1946 bei dem Gedanken an eine Rückkehr nach Deutschland

¹⁰⁵² Vgl. ebd. 44.

¹⁰⁵³ *Akademie Kontakte der Kontinente* 10. – Rosenberg deutete damit an, dass er sich an den Bemühungen um eine Re-Education der Deutschen beteiligt hatte. Die Landesgruppe hatte den zuständigen britischen Behörden konkrete Vorschläge hinsichtlich der politisch-pädagogischen Methode unterbreitet und sich auch praktisch daran beteiligt. *Röder (1973)* 62, 191 f.

„Emotionen zu unterbinden [...], die nicht leicht zu überwinden waren“. Dennoch konnte er sich vorstellen, aus den Vereinigten Staaten zurückzukehren, falls er in Deutschland gebraucht werde. Doch auch noch fast drei Jahre nach Kriegsende, bei seiner Rückkehr im Februar 1948, bewegten ihn noch immer „zwiespältige Gefühle“. ¹⁰⁵⁴ Rosenberg mögen ähnliche Gedanken bewegt haben, doch sah er sich zu keinem Zeitpunkt aus der deutschen Nation herausgeworfen. ¹⁰⁵⁵

Im Vordergrund seiner Überlegungen stand zweifellos, dass er als politischer Flüchtling sobald wie möglich wieder Einfluss auf die Geschicke seines Heimatlandes nehmen wollte. Doch gab es ja auch unter den politischen Exulanten zahlreiche Männer und Frauen, die einer Rückkehr ablehnend gegenüber standen. Vielleicht wird man Rosenbergs Motivation am ehesten gerecht, wenn man ihn auf dem Hintergrund seiner jüdischen Abkunft betrachtet – gleich ob er sich noch als Jude sah oder nicht. Gerade als Mann mittleren Alters aus jüdischem Elternhaus, der die Gefährdungen der deutsch-jüdischen Symbiose und ihr Scheitern hautnah miterlebt hatte, der sich nicht zuletzt deshalb seit seiner Jugend vehement für die Republik und die Demokratie eingesetzt hatte und der aus diesen beiden Gründen aus Deutschland vertrieben worden war, sah er sich jetzt als Vertreter eines anderen, ja eines besseren Deutschlands, das er nun erst recht mit aufzubauen trachtete. Ohnehin fiel die Rückkehr denjenigen Flüchtlingen leichter, die wie Rosenberg die Kollektivschuldthese verwarfen. ¹⁰⁵⁶ Und so drängte er auf Rückkehr: „Ich bin sofort zurückgegangen, so wie die Möglichkeit bestand zurückzugehen, weil ich der Überzeugung war, daß, wenn man in Deutschland wieder in seiner Heimat und unter seinen Kollegen arbeiten will, man vom ersten Augenblick dabeisein muß.“ ¹⁰⁵⁷

Doch Rosenbergs deutlich zum Ausdruck gebrachter Rückkehrwunsch zeigte ebenso wenig Wirkung wie Gottfurchts umfangreiche Bemühungen um eine geregelte Rückkehr der deutschen Gewerkschafter zum frühestmöglichen Zeitpunkt, um ihnen – wie es in einem Memorandum des Arbeitsausschuss an maßgebliche britische Stellen hieß – die Möglichkeit zu verschaffen, am Wiederaufbau der demokratischen Selbstverwaltung der Gemeinden und anderer Selbstverwaltungskörperschaften wie auch an der Wiederherstellung demokratischer Organisa-

¹⁰⁵⁴ Zitiert nach *Jochmann* 20.

¹⁰⁵⁵ *Stiftung F.V.S. zu Hamburg* 22.

¹⁰⁵⁶ Vgl. *Krauss* (1993) 322; *Krauss* (1998) 1162, 1166; *Lehmann* (1997) 43. – Die frühen Remigranten der Jahre 1945 bis 1949 waren in einem hohen Maße politisch-ideell motiviert, unter ihnen befanden sich zahlreiche Juden. Ebd. 58. Insgesamt kehrten rund 4000 Sozialdemokraten und Gewerkschafter in die drei Westzonen zurück. *Krohn* (1997) 9.

¹⁰⁵⁷ *SWF-Rundfunkinterview* (1969) 5.

tionen und Institutionen mitzuwirken. Die gezielte und organisierte Rückwanderung der Flüchtlinge in Gruppen sei gegenüber einer individuellen Rückkehr vorzuziehen. Denn insbesondere die Gewerkschafter hätten bereits über Jahre hinweg zusammengearbeitet und gemeinsame Anschauungen gewonnen, sodass ihre Rückkehr im Interesse sowohl der alliierten Militärbehörden als auch der wiedererstandenen demokratischen Institutionen, Organisationen und Verwaltungen in Deutschland läge. Ihre erste Aufgabe werde es zweifelsohne sein, zum Aufbau demokratischer und unabhängiger Gewerkschaften beizutragen, doch sei ein großer Teil der Mitglieder sehr wohl qualifiziert, mit anderen Organisationen und Institutionen zusammenzuarbeiten, vor allem im Bereich der staatlichen und lokalen Verwaltung, der Arbeitsverwaltung und der Wohlfahrt, des Gesundheitswesens und anderer Körperschaften der Sozialversicherung. Sie alle einige die solide demokratische Gesinnung und die feste Überzeugung, alle Überreste des Nationalsozialismus und des Militarismus ein für alle Mal zu zerstören.¹⁰⁵⁸

Doch auch die beste Überzeugungsarbeit half wenig, Obschon die politische Übereinstimmung der Exulanten mit den Zielen der Alliierten eine Rückkehr durchaus zu beschleunigen vermochte.¹⁰⁵⁹ Wer nicht in der Uniform der Armee oder als Angestellter einer Institution eines alliierten Landes zurückkehren wollte oder konnte, musste zumeist bis ins Jahr 1946 in Großbritannien ausharren. Eine Rückkehr auf eigene Faust schied aus, da die Alliierten festgelegt hatten, dass niemand ohne ihre Erlaubnis nach Deutschland ein- oder von dort ausreisen dürfe. Die britische Militäradministration wollte vorrangig einer in ihren Augen verfrühten Politisierung der deutschen Bevölkerung Vorschub leisten. Ein allgemeines Misstrauen gegenüber den deutschen Flüchtlingen, denen pauschal eine Mitschuld an der Machterringung Hitlers unterstellt wurde, trat hinzu. So ließen sie die Remigration nur in wenigen Einzelfällen nach Gutdünken zu, sodass sich manche, die anfänglich noch eine Rückkehr ins Auge gefasst hatten, später enttäuscht abwandten und sich im Gastland niederließen.

Bereits im Frühjahr 1945 brachten War Office, Foreign Office und das Arbeitsministerium zum Ausdruck, es sei nicht erwünscht, gewerkschaftlichen Flüchtlingen zu erlauben, die Verantwortung an der Wiedererichtung der deutschen Gewerkschaften zu übernehmen. Hinzu traten angesichts der Zerstörungen in Deutschland, der Versorgungslage und des drohenden Ausbruchs gefährlicher Krankheiten auch humani-

¹⁰⁵⁸ Memorandum des Arbeitsausschusses, 10.7.1945, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Hans-Gottfurcht-Akten (vormals Archiv Gerhard Beier), Kasten 1.

¹⁰⁵⁹ Vgl. *Lehmann (1997)* 50.

täre Überlegungen, die dazu führten, die Remigration hinauszuzögern. Erst als sich die Westalliierten durch das Verhalten der Sowjetunion – sie hatte entgegen alliierter Abmachungen vor allem kommunistischen Flüchtlingen über Drittländer Zutritt in ihre Besatzungszone und nach Berlin gewährt – unter Zugzwang gesetzt sahen, änderte sich ihr Verhalten gegenüber den rückkehrwilligen Flüchtlingen. Im Frühjahr 1946 wurde den Flüchtlingen die Rückkehr zunehmend leichter gemacht, so konnten nun auch die britischen Gewerkschaften einzelnen Exulanten ordnungsgemäße Papiere für die US-amerikanische Zone verschaffen. Doch noch immer handelte es sich zumeist um Rückkehrer, die im Dienste alliierter Stellen standen.¹⁰⁶⁰ Ab Mitte 1946 nahmen die britischen und die US-Militärbehörden auch Anträge auf Rückkehr an, wenn eine konkrete Anforderung von Seiten deutscher Behörden vorlag. Im Oktober 1946 fiel auch diese Bedingung, sodass von nun an jeder ausreisen konnte.¹⁰⁶¹

Neben den alliierten Einreisebeschränkungen als dem zweiten Parameter, der über die Rückkehr der Flüchtlinge maßgeblich entscheidet, nennt Lehmann auch das Verhalten der im Reich verbliebenen Deutschen gegenüber den Rückkehrerwilligen.¹⁰⁶² Rosenberg konnte sich in den sechs Monaten seines ersten Deutschlandaufenthalts nach zwölf Jahren der Vertreibung ein recht genaues Bild von der Haltung der Deutschen gegenüber einem Flüchtling wie ihm machen. Zu welchen Erkenntnissen er dabei im einzelnen gelangte, lässt sich nicht nachzeichnen. Sein Ziel, nach Berlin zurückzukehren, das er Ende 1944 noch ins Auge gefasst hatte, ließ er jedenfalls fallen.¹⁰⁶³ Jedwede Hoffnung verlor er jedoch augenscheinlich nicht. Zwar trug er ein gewisses Misstrauen gegenüber den Deutschen in sich, eine Rückkehr um jeden Preis kam für ihn nicht in Frage, Bildung wurde ihm zum Schlüsselbegriff. Die starke Betonung der notwendigen Anstrengungen in diesem Bereich jedoch setzt die Hoffnung auf deren Erfolg voraus. Zweifelsohne werden ihm Ressentiments widerfahren sein, doch schwieg er sich aus. Seinem Entschluss zur Rückkehr jedenfalls konnte all das nichts anhaben.

Doch musste Rosenberg, wie die meisten politischen Exulanten, weiterhin darauf warten, dass man ihn zurückkehren ließ. Seine ersten Erfahrungen mit der deutschen Wirklichkeit nach Nationalsozialismus und

¹⁰⁶⁰ Röder (1998) 27; Füllenbach/Vollmer 448; Foitzik (1988) 259 ff., 270; Krohn (1997) 9; Steininger 65.

¹⁰⁶¹ Foitzik (1988) 261; *Rückkehr aus dem Exil* 1159.

¹⁰⁶² Lehmann (1997) 51 ff.

¹⁰⁶³ Vgl. Fragebogen Ludwig Rosenbergs; Repatriation of German Trade Unionists in Great Britain, 15.2.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 15.1.

Krieg nutzte er indes, um sie auf dem Hintergrund seiner in Großbritannien erworbenen Kenntnisse in ein eigenständiges Programm zur Neugestaltung der deutschen Erwachsenenbildung einfließen zu lassen. Gleich zu Anfang des Jahres 1946, wenige Tage nach seiner Rückkehr aus Deutschland, nahm er Kontakt zu Ernest Green, dem Generalsekretär der Workers' Educational Association, auf, um mit der Rückendeckung der WEA die Erwachsenenbildung in Deutschland umgestalten zu können. Auch Gottfurcht trug einzelne Gedanken bei.¹⁰⁶⁴ Rosenberg meinte in seinem neunseitigen Memorandum,¹⁰⁶⁵ aufgrund seines halbjährigen Deutschlandaufenthalts feststellen zu können, dass die Deutschen nicht so sehr von der Nazi-Ideologie indoktriniert worden seien, sondern dass es ihnen vielmehr an jedwedem klaren Verständnis und an Kenntnissen über die elementarsten Dinge und die Welt mangle, da die Nazis sie von Nachrichten, Wissen und Information abgeschnitten hätten, die ihnen ein wahres Bild von den Vorgängen auf der Welt hätten vermitteln können. Insofern sei es für alle, die sich ernsthaft mit der Geisteshaltung der Deutschen nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes beschäftigten, überraschend festzustellen, dass der Erfolg der totalitären Methode der Nazi-„Erziehung“ nicht erreicht werden konnte. Rosenberg stellte sich damit in einen deutlichen Gegensatz zu den meisten Vertretern der britischen Militärbehörden und der politischen Parteien, die sich noch immer tief von der Kollektivschuldthese durchdrungen zeigten.

Trotz der ununterbrochenen Nazi-Propaganda und der listigen Bemühungen ihrer politischen Erziehung hätten die Nazis im Kopf des durchschnittlichen Deutschen ein Vakuum hinterlassen, sodass dieser allem misstrauete, gleich, ob es gesprochen, geschrieben oder ihm über die Aufklärungsagenturen vermittelt werde. Der Durchschnittsdeutsche nähme die Haltung an, nichts zu glauben, irgendwie durchzukommen, ohne zu fragen oder nachzuforschen, um sich eine eigene Meinung zu bilden, sondern stattdessen skeptisch allem und jedem gegenüber zu sein. Das mache ihm das Leben angenehmer und sicherer, bringe ihn aber der Wahrheit nicht näher. Vor allem mit diesem Menschentyp habe man es heute in Deutschland zu tun. Ihr Skeptizismus,¹⁰⁶⁶ so Rosenberg weiter, sei lediglich eine Tarnung des Vakuums in ihren Köpfen und in ihrer Bildung, das sie sich nicht eingestehen wollten. Weder könnten sie

¹⁰⁶⁴ Gottfurcht an Rosenberg, 12.2.1946, ebd., Kasten 12; Rosenberg an Green, 18.2.1946, ebd.; Rosenberg an Gottfurcht, 18.2.1946, ebd.

¹⁰⁶⁵ Ludwig Rosenberg, *Adult Education in Germany. A memorandum regarding the formation of a German adult educational movement*, ebd.

¹⁰⁶⁶ Gerhard Beier hat darauf aufmerksam gemacht, dass Rosenberg in seinem Memorandum die Charakterisierung der später von dem Soziologen Helmut Schelsky unter dem Begriff der „skeptischen Generation“ beschriebenen HJ-Generation bereits sehr treffend vorwegnahm. *Beier (1981b)* 392.

einer ihnen vorgebrachten Meinung Glauben schenken, noch ihr widersprechen. Sie würden sich nun in die neue Situation einfinden und die Demokratie akzeptieren, wie sie zuvor den Nationalsozialismus akzeptiert hätten, jedoch ohne wirkliche Überzeugung und ohne Widerspruch. Sie würden lediglich das Beste daraus zu machen versuchen. Dieser Mehrheitshaltung unter den Deutschen könnten auch jene Hunderttausende oder gar Millionen nichts entgegensetzen, die dem Nationalsozialismus widerstanden hätten. Sie seien zu wenige, um die Mehrheit ändern oder beeinflussen zu können, trotz ihrer heldenhaften Aufopferung und ihres verzweifelten Kampfes gegen die Staatsmacht der Nazis und die Dummheit der Massen. Und schließlich hätten auch sie, von denen der Wiederaufbau Deutschlands abhängt, einen dringenden Bedarf an Bildung. Sie seien sich ihres Bildungsvakuums schmerzhaft bewusst, sie seien ängstlich, sich das intellektuelle Rüstzeug zu besorgen, das unentbehrlich sei für den Krieg gegen Dummheit und falsche Lehren. Wissbegierig und willig, zu lehren, bildeten sie die fortschreitende Garde des neuen Deutschland. Sie bedürften daher der besonderen Unterstützung für ihre selbstauferlegte Aufgabe. Ihnen glaubwürdige Informationen und Anleitungen zu verschaffen, gehöre zu den wichtigsten Aufgaben der Bildungsarbeit.

Die Umerziehung der Deutschen müsse als erstes die falsche Schlaueit und den Skeptizismus überwinden und ersetzen durch den Glauben an wahre Werte, an die Wahrheit um ihrer selbst willen, an die Wiedererschaffung einer freien Persönlichkeit, eines offenen Geistes und eines prüfenden und forschenden Herzens. Dann erst könne man darangehen, unparteiisch über Fragen und Probleme unserer Zeit zu lehren und die Schüler ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen und ihre eigene Meinung bilden zu lassen. Demokratie, Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit und ihre Gegner durch die gesamte Geschichte der Menschheit hindurch müssten den Schülern als erstes nahegebracht werden, um sie die Werte verstehen und schätzen zu lehren, auf denen eine wahre Gesellschaft von Menschen beruhen solle und könne. Die Schüler selbst müssten diesen Werten eines Tages vertrauen, nicht weil sie ihnen genannt wurden oder weil es ihnen Vorteile verschaffen könne, sondern weil sie ihnen für ein wahrhaftiges und erfülltes Leben unentbehrlich geworden seien. Erst dann könnten sie eine eigene Meinung formen und sie in die Praxis umzusetzen versuchen.

Einen ganzen Absatz seines Programms widmete Rosenberg der Frage, wem man die Aufgabe der Bildungsarbeit anvertrauen könne. Er widersprach deutlich der in Großbritannien weitverbreiteten Ansicht, dass nur Bürger jener Staaten, die über eine lange demokratische und freiheitliche Tradition verfügten, andere im Verständnis dieser Ideale unterweisen könnten. Zu einem erfolgreichen Unterricht gehöre nicht nur,

dass der Lehrer die Sprache seiner Schüler spreche, er müsse darüber hinaus in der Lage sein, zu fühlen, wie sie fühlten, er müsse um ihre Reaktionen wissen. Daher könnten allein Deutsche, sofern sie dem Nazismus niemals anheimgefallen seien, ihre irregeleiteten Brüder und Schwestern erziehen. Außenstehende könnten mit ihrer Weisheit und Erfahrung beratend zur Seite stehen. Denjenigen, die auch während der Nazizeit für Freiheit, Toleranz, Unabhängigkeit und Wahrheit gekämpft und gelitten hätten, könne Vertrauen entgegengebracht werden, denn sie könnten diese Ideale besser vertreten als die meisten, die sie lediglich erlernt hätten, denn sie hätten für die gelitten und ihr Leben riskiert. Diese Menschen seien in den Gewerkschaften, in den Organisationen der Arbeiterbewegung, an den Universitäten, in den politischen und anderen Organisationen zu finden. Von ihnen hänge alles ab, was derzeit in Deutschland geschehe. Daher seien sie nicht schwer auszumachen. Es seien diejenigen Männer und Frauen, die den Mut hätten zu versuchen, aus den Ruinen und dem Chaos Leben und Ordnung wiederzuschaffen. Und obschon sie völlig überarbeitet seien, stünden sie mit Freude für die Umerziehung ihrer Mitmenschen bereit. Wer kürzlich in Deutschland gewesen sei, wisse dies. Es sei nicht bloß eine nutzlose Phrase, sondern die Wahrheit.

Um eine neuerliche parteipolitische Ausnutzung der Erwachsenenbildung ausschließen zu können, müsse eine überkonfessionelle, überparteiliche Organisation für Erwachsenenbildung geschaffen werden. Nicht nur in der Arbeiterklasse, auch in der niedergehenden Mittelschicht, in ihrer Jugend und unter den Intellektuellen gäbe es unzählige Befürworter von Demokratie und Freiheit, die man zu aktiven Freunden und Unterstützern der Ideale von Freiheit, Demokratie, Toleranz und Wahrheit machen müsse. Im Gegensatz zur britischen Tradition der Arbeiterbildung, die auf ihre Neutralität größten Wert lege, könne man sich in Deutschland zunächst nicht völlig neutral verhalten. Lediglich eine parteipolitische Neutralität könne gewahrt werden, doch müsse die Bildungsarbeit streng und unmissverständlich auf die Demokratie ausgerichtet werden.

Organisatorisch müsse die Erwachsenenbildung von Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften unabhängig bleiben, doch solle sie deren finanzielle Unterstützung finden. Mit den demokratischen Lehrern, Dozenten und Studenten an den deutschen Universitäten solle ein enger Kontakt hergestellt und zusammengearbeitet werden. Die Barrieren, die einen Teil der Bevölkerung von der Bildung ausschlossen, müssten niedergerissen werden. Rosenberg folgt hier nicht nur dem britischen Modell der engen Zusammenarbeit der WEA mit dem Ruskin College, sondern auch den wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen der Freien Gewerkschaften der 1920er Jahre. Unschwer ist hierin das alte hehre

Ziel der Arbeiterbewegung zu erkennen, das Bildungsmonopol der Herrschenden und der Besitzenden zu brechen.¹⁰⁶⁷ Auch ansonsten folgt das Modell hinsichtlich des organisatorischen Aufbaus, der demokratischen Selbstverwaltung und der Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeiterbewegung dem Vorbild der WEA.

Ohne den engen Kontakt zu vergleichbaren Institutionen in der freien Welt könne die deutsche Organisation für Erwachsenenbildung nicht bestehen. Zur Vorbereitung einer deutschen Erwachsenenbildungsarbeit solle als erstes ein deutsch-britisches Komitee gebildet werden, dem neben Vertretern der WEA, der britischen Gewerkschaften und der Genossenschaften auch Mitglieder des Weltverbandes für Erwachsenenbildung und der deutschen Gewerkschaften angehören sollten. Sobald wie möglich solle eine hochrangige britische Delegation unter Leitung des Generalsekretärs der WEA die zehn wichtigsten deutschen Städte aufsuchen und dort Kontakte zu deutschen Gewerkschaftern, Genossenschaftlern, Parteienvertretern und Universitätsdozenten aufnehmen. Es dürfe keine Zeit verloren gehen, da bereits eine Reihe von Parteien und religiösen Vereinigungen im Begriff stünden, eigene Bildungsorganisationen zu gründen, die dem Ziel, aus Deutschland ein Bollwerk der Demokratie und der Freiheit zu machen, zuwiderlaufen könnten.

Wenn Rosenberg abschließend bemerkt, ein deutscher Gewerkschafter solle der WEA-Delegation angehören, so lässt sich ein Eigeninteresse des auf Rückkehr drängenden Deutschen schwerlich leugnen. Er wäre nicht nur mit einer britischen Organisation heimgekehrt, er wäre zugleich selbstständig geblieben, kein Angestellter und schon gar kein Befehlsempfänger der Alliierten geworden. Darüber hinaus rechnete er sich sicherlich Chancen aus, der zukünftige Mann der deutschen Erwachsenenbildung zu werden. Doch es kam anders. Rosenberg fuhr zunächst nicht nach Deutschland, die Pläne zur Bildung einer deutschen Organisation für Erwachsenenbildung wurden nicht realisiert. Ob sie freilich bei der WEA überhaupt auf Gegenliebe stießen, lässt sich nicht feststellen, ebenso wenig, wie sich die britischen Besatzungsbehörden zu dem Vorhaben stellten.¹⁰⁶⁸ Es erscheint jedoch mehr als wahr-

¹⁰⁶⁷ Vgl. *Naphtali*. Rosenbergs umfangreiches Schrifttum zum wirtschaftsdemokratischen Gedankengut – *Beier (1983b)* 154 nennt ihn einen konsequenten Vertreter der Wirtschaftsdemokratie – hätte eine eigenständige Untersuchung verdient. Nicht nur, dass die verschiedenen Stellungnahmen der Gewerkschaften der Britischen Zone aus seiner Feder stammen. *Rosenberg (1947c)*, ders. (1948). Noch zwei Jahrzehnte später verfasste er anlässlich einer Neuauflage des *Naphtali'schen* Hauptwerkes ein Vorwort, in dem er angesichts der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften nach dem Krieg eigens hervorhebt, „wie sehr sich die deutschen Gewerkschaften nach 1918 bereit fanden, die Interessen der Gesamtheit mitzuvertreten“. *Rosenberg (1966)* 7 f. Offenbar vermisste er dies in den 1960er Jahren.

¹⁰⁶⁸ Im Nachlass Gottfurcht finden sich keinerlei Hinweise auf Gespräche mit der

scheinlich, dass vor allem die britischen Behörden einem solchen Ansinnen eines deutschen Exulanten skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden. Allgemein lässt sich wohl zurecht sagen, dass die deutschen Flüchtlinge zu denjenigen Teilnehmern an der Debatte um die Umerziehung der Deutschen, die Re-education, zählten, die mutmaßlich über den geringsten Einfluss verfügten.¹⁰⁶⁹

Rosenbergs Engagement in der Erwachsenenbildung – sieht man einmal von wenigen Vorträgen vor deutschen Kriegsgefangenen ab – endete mit diesem Memorandum. Fast sechzehn Monate später wollte er den Kontakt zur WEA noch einmal aufleben lassen. Von „meinem Freund Green“, der Sommerschullehrgänge der WEA eingerichtet habe, habe er erfahren, dass die Manpower Division bei der britischen Militäradministration dringend fünf Gewerkschafter als Referenten für solche Lehrgänge im August 1947 in Oxford suche. Rosenberg teilte Mathias Föcher, dem stellvertretenden Vorsitzenden des DGB der Britischen Zone, mit, er könne, da er selbst solche Vorträge „in großer Anzahl gehalten“ und an den Sommerschulen in Oxford teilgenommen habe, dazu mehr sagen als die schriftlichen Mitteilungen. Er wolle auch selbst hinfahren, müsse aber die Entscheidung dem Bundesvorstand überlassen. Und obschon Rosenberg darauf hinwies, dass ihn auch Vertreter der britischen Militärbehörden zur Teilnahme aufgefordert hätten, versagte ihm Böckler dies schließlich. Doch bereits im Oktober desselben Jahres nahm Rosenberg an einer internationalen Konferenz der WEA in der Church Hall im Londoner Ortsteil Westminster teil.¹⁰⁷⁰

Rosenberg war zur Rückkehr nach Deutschland entschlossen und hoch motiviert, daran mitzuwirken, dass es niemals wieder zu einer totalitären Diktatur kommen könne. Dabei ließ er sich weder von ernüchternden Erfahrungen in Deutschland und mit Deutschen abschrecken noch vom zögerlichen Verhalten der Alliierten abhalten.

WEA.

¹⁰⁶⁹ Vgl. *Tent* 22; *Koszyk* 107, 113. Anders *Schlender* 162, der jedoch keinerlei Belege für seine These vorweisen kann, dass die deutschen Flüchtlinge im Gegensatz zur innerdeutschen Opposition die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Vorschläge zur Erneuerung des deutschen Erziehungswesens einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

¹⁰⁷⁰ Rosenberg an Föcher, 6.6.1947, DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 386, Bl. 258; Rosenberg an Böckler, 17.6.1947, ebd., Bl. 283; Böckler an Rosenberg, 24.6.1947, ebd., Bl. 300; Fotoalbum 1947, ebd., Bestand Nachlass Rosenberg, Kasten 16. – Böckler argumentierte gegenüber Rosenberg, dieser müsse das Bundesvorstandsmitglied Hans Böhm während dessen Urlaub im Dezernat Presse und Rundfunk vertreten.

7 Aufwärts, seit 1946

Bereits ein halbes Jahr nach dem Scheitern seiner Pläne zum Aufbau einer deutschen WEA, seit Ende September 1946, arbeitete Rosenberg im Gewerkschaftlichen Zonensekretariat in Bielefeld, einem Verbindungsbüro der Gewerkschaften der britischen Besatzungszone zu den Militärbehörden. Rosenberg, so heißt es in zahlreichen Porträts seiner Person, war zurückgekommen „auf Wunsch von Hans Böckler“¹⁰⁷¹, gar „von Hans Böckler gerufen“¹⁰⁷². Auch in den offiziellen Verlautbarungen der Pressestelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes findet das gleiche Motiv Anwendung: „Als ihn Hans Böckler bat, nach Hause zu kommen, folgte er dem Ruf, ohne zu zögern[,] und baute die deutschen Gewerkschaften von der ersten Stunde mit auf.“¹⁰⁷³ Der unbestrittene Führer der westdeutschen Gewerkschaften nach dem Krieg – diesen Ruf genoss Böckler Mitte 1946 zweifellos – ruft den wichtigen Funktionär Rosenberg aus dem Exil zurück, auf dass er den Wiederaufbau der Gewerkschaften vorantreiben möge.

Daneben steht eine andere Lesart. In einem Interview erklärte Rosenberg Anfang der 1970er Jahre: „Hans Böckler hatte mir geschrieben, er hatte von mir gehört, er kannte mich nicht und ich kannte ihn nicht, aber er hatte davon gehört, daß ich zurückkommen wollte, fragte mich, was ich hier tun wolle. Ich habe ihm geschrieben: Das müßt Ihr wissen, was ich tun kann. Ich bin in der Emigration gewesen. Ich kenne die Verhältnisse drüben nicht. Ich will arbeiten in der Arbeiterbewegung, in der Gewerkschaftsbewegung[,] und Ihr müßt mir sagen, wo ich hingehen soll.“¹⁰⁷⁴ Ähnlich heißt es auch in einem Porträt aus den 1960er Jahren: „Seine deutschen Freunde schrieben ihm, ob er zurückkommen und was er für Aufgaben übernehmen wolle. Er hatte keine bestimmten Vorstellungen und Wünsche, er wollte nur, gleichgültig was, mitarbeiten, um die Folgen des Hitler-Regimes zu überwinden.“¹⁰⁷⁵ Hier erstet ein anderes Bild: ein unwichtiger, kleiner Gewerkschaftsfunktionär, der die deutschen Verhältnisse nicht kennt, deshalb keinerlei Ansprüche stellen darf und jeden Posten annimmt, der ihm angetragen wird.

Der Schriftwechsel zwischen den maßgeblichen Beteiligten aus den Wochen und Monaten vor Rosenbergs Rückkehr ist beinahe vollständig erhalten, aus ihm lässt sich ein sehr viel genaueres Bild der Vorge-

¹⁰⁷¹ *Ein Berliner wurde DGB-Vorsitzender.*

¹⁰⁷² *Feiden.*

¹⁰⁷³ *Ludwig Rosenberg 65 Jahre 3.* Ähnlich auch *Lutz 85.*

¹⁰⁷⁴ *SFB-Rundfunkinterview (1973) 14.*

¹⁰⁷⁵ *Akademie Kontakte der Kontinente 10.*

schichte seiner Anstellung im Zonensekretariat zeichnen, so ergibt sich ein drittes, in vielen Punkten von den beiden konträren Skizzen abweichendes Bild, das jene in den Bereich der Legendenbildung verweist. Darin treten auf: Hans Gottfurcht, Werner Hansen und Ludwig Rosenberg, und in den Nebenrollen einige Vertreter des gewerkschaftlichen Zonenausschusses, unter ihnen Hans Böckler.

Ein Stellenangebot aus Bielefeld

Rosenbergs Bemühungen, aus eigener Kraft nach Deutschland zurückzukehren, waren mit seinen vergeblichen Planungen für eine deutsche WEA im Sande verlaufen. Ohne die tatkräftige Unterstützung Gottfurchts hätte er sicher noch weitere Monate oder gar Jahre in London ausharren müssen. Rosenberg und der sieben Jahre ältere Gottfurcht hatten sich in den gemeinsamen Jahren des Exils angefreundet, man telefonierte des Öfteren miteinander, in den Briefen grüßte man sich herzlich, ließ auch den Ehefrauen Margot und Herta einen Gruß ausrichten und ging gar gemeinsam ins Theater.¹⁰⁷⁶ Gottfurcht hatte bereits im Herbst 1944 damit begonnen, die Repatriierung nicht nur der Mitglieder der Landesgruppe, sondern von Flüchtlingen in aller Welt vorzubereiten, mit Ausnahme derer in den USA, der Sowjetunion und Frankreich. Auch in den folgenden Monaten beschäftigte er sich mit diesem Thema,¹⁰⁷⁷ doch jetzt, zu Anfang des Jahres 1946, verstärkte er seine Bemühungen. Zu diesem Zweck reiste er vom 6. März bis zum 30. April durch Deutschland und sprach in allen Besatzungszonen mit den dortigen Gewerkschaftsführern, teils auf zentraler, teils auf Landes-, teils auf Ortsebene, um mit ihnen zu besprechen, „ob und in welcher Weise eine Verwendung solcher Emigranten erfolgen kann, die das Bedürfnis haben, nach Deutschland zurückzukehren und bei denen vorausgesetzt werden kann, daß sie für den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands nutzbringend eingesetzt werden können“. Trotz der von Ort zu Ort und von Zone zu Zone unterschiedlichen Entwicklung des gewerkschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens hätten all seine Gespräche zu verallgemeinerbaren Erkenntnissen geführt. So bestünde durchweg ein großer Mangel auf allen Gebieten. „Die Rückkehr möglichst vieler Emigranten ist erwünscht“, konnte er daher befriedigt fest-

¹⁰⁷⁶ Siehe u. a. Rosenberg an Gottfurcht, 18.2.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 12.

¹⁰⁷⁷ Im seinem Nachlass finden sich mehrere Listen rückkehrwilliger deutscher Gewerkschafter mit Angaben zum gewünschten Einsatzort, siehe z. B. Liste, ohne Titel, ohne Datum [ca. Herbst 1945], ebd., Kasten 15.1; Repatriation of German Trade Unionists in Great Britain, 15.2.1946, ebd. Beidemal wird als Rosenbergs Einsatzort die britische Zone angegeben, während er 1944 noch nach Berlin zurückzukehren hoffte.

stellen. Auch sei die „Rückkehr jüdischer Funktionäre der Arbeiterbewegung“ erwünscht und es solle alles geschehen, „um gerade diesem Personenkreis die Arbeit zu erleichtern“. Allerdings hatte Gottfurcht die Frage der jüdischen Gewerkschafter selbst anschneiden müssen. Inwieweit es sich angesichts dessen noch um die Wiedergabe wirklicher Meinungen handelt, muss zumindest fraglich erscheinen. Es seien, so schloss Gottfurcht diesen Teil seines Berichts, „grundsätzliche Bedenken gegen Rückkehrer an keiner Stelle geäußert“ worden. Er vertraue daher darauf, „daß die Organe der Militärregierung bei systematischer Durchführung der Rückwanderung bereitwillig Hilfe leisten werden“.¹⁰⁷⁸

Auf der ersten Konferenz der Gewerkschaften der britischen Besatzungszone, die vom 12. bis zum 14. März 1946 in Hannover-Linden stattfand, wurde beschlossen, einen Zonenausschuss einzurichten, dessen Aufgabe die Vorbereitung eines zonenweiten Zusammenschlusses der Gewerkschaften auf einheitlicher organisatorischer Grundlage sein sollte. Zugleich wurde dem Zonenausschuss der Auftrag erteilt, „in möglicher Nähe des Hauptsitzes der Militärregierung ein Zonensekretariat zu errichten“.¹⁰⁷⁹ Die britische Militärregierung residierte in Bad Oeynhausen, andere zentrale Einrichtungen waren in Minden, Lemgo, Bünde, Herford und Lübbecke angesiedelt worden. Wegen seiner Nähe zu all diesen Orten, seiner entsprechend den Kriegszerstörungen guten Verkehrsanbindungen und wegen eines geeigneten, erhalten gebliebenen Saales für Konferenzen entschieden sich die Mitglieder des Zonenausschusses für das ostwestfälische Bielefeld als Sitz des Sekretariats. Auf seiner Deutschlandreise besprach Gottfurcht mit Böckler und anderen Vertretern des gewerkschaftlichen Zonenausschusses dessen Besetzung. Dabei kamen sie auch auf Rosenberg zu sprechen.

Mitte Mai bedrängte Rosenberg Gottfurcht, die Materialien über ihn – das waren Lebenslauf, biografische Informationen und Referenzen – „recht bald“ „an die Genossen in Deutschland“ weiterzuleiten.¹⁰⁸⁰ Bereits am folgenden Tag kam Gottfurcht dem nach und wiederholte in einem Empfehlungsschreiben an Böckler noch einmal seine Argumente, die für die Anstellung seines Kollegen sprechen sollten: „Meines Erachtens waere Rosenberg eine ausgezeichnete Kraft als Sekretar des Zonenausschusses. Ich kann mir lange Ausfuehrungen ersparen, da ich mit Euch schon ueber Rosenberg sprach und da Werner

¹⁰⁷⁸ Hans Gottfurcht, Bericht über Deutschlandreise, 6.3.–30.4.1946, ebd., Bestand Hans-Gottfurcht-Akten (vormals Archiv Gerhard Beier), Akte OSS/Berichte über Deutschlandreisen, Kap. VIII, Bl. 1 ff.

¹⁰⁷⁹ Protokoll der ersten Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone, 12.–14.3.1946 (Auszug), in: *Quellen zur Geschichte VI* 377, Dokument 98.

¹⁰⁸⁰ Rosenberg an Gottfurcht, 15.5.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 36.

Hansen ihn recht gut kennt. Sicherlich wuerde der Kollege Rosenberg auch an einem anderen verantwortlichen Posten interessiert sein. Seine Qualifikationen machen es empfehlenswert, ihn hauptamtlich fuer die Gewerkschaftsbewegung, und zwar an einer zentralen Stelle zu verwenden. Fuer Eure baldige Stellungnahme waere ich dankbar. Rosenberg ist schnell verfuegbar.“¹⁰⁸¹ Wenig später, am 6. Juni, verwandte sich Gottfurcht auch gegenüber Walter Citrine, dem Generalsekretär des TUC, für einige exulierte Gewerkschafter, darunter für Rosenberg, der einer der Kandidaten für die Stelle des Sekretärs des Gewerkschaftlichen Zonensekretariats oder, wenn dies fehlschlage, für eine andere verantwortliche Position sei. Auch wenn der genaue Einsatzort noch nicht bestimmt werden könne, so werde die Rückkehr doch definitiv angestrebt, sodass die Formalitäten fortgeführt werden sollten. Die technischen Arrangements für die baldige Abreise Rosenbergs und weiterer fünf Gewerkschafter, darunter Auerbach, könnten nun in die Hand genommen werden.¹⁰⁸² Dass sich Gottfurcht hier stillschweigend auf eine Sondervereinbarung mit dem TUC berief, lässt sich daran erkennen, dass zu diesem Zeitpunkt, im Frühjahr 1946, die britischen Behörden die Rückkehr von Flüchtlingen gewöhnlich nur genehmigten, wenn sie von einer deutschen Behörde zuvor angefordert worden waren.¹⁰⁸³

Inzwischen hatte der Zonenausschuss der Gewerkschaften der britischen Zone vom 30. Mai bis zum 1. Juni 1946 im „Bunten Haus“ bei Bielefeld getagt. Hans Böhm, dem der Auftrag erteilt worden war, die Einrichtung und die Besetzung des Zonensekretariats vorzubereiten, erläuterte, dass schon jetzt absehbar sei, dass dessen Aufgaben die ursprüngliche Idee, lediglich eine Verbindungsstelle zur Militärregierung zu schaffen, weit hinter sich ließen. Böhm äußerte seine Ansicht, „daß das Zonensekretariat vielleicht der Vorläufer unseres Bundesbüros sein wird“. Böckler gab zu bedenken, dass dies reiflich erwogen werden müsse, da der Bundesvorsitzende der Mann wäre, „den wir heute schon zu bestimmen hätten“. Albin Karl stimmte Böhms Ansicht zu und schlug Hansen als geeigneten Kandidaten vor. Daraufhin trug Böckler den Brief Gottfurchts vom 16. Mai vor, Hansen gab weitere mündliche Informationen über den den meisten Anwesenden unbekanntem Rosenberg.

¹⁰⁸¹ Gottfurcht an Böckler, 16.5.1946, ebd. – Nach Angaben von Klaus Mertsching, Archivar des DGB, soll sich auch Auerbach in einem Brief an Hansen oder Böckler für Rosenberg eingesetzt haben. In den entsprechenden Aktenbeständen und Nachlässen findet sich jedoch kein Hinweis darauf, auch nicht in den erhalten gebliebenen Briefwechseln. In seinen Unterlagen markierte Gottfurcht Rosenberg als „Sonderfall“, vermutlich weil er ihn für höhere Aufgaben für befähigt hielt. Ebd.

¹⁰⁸² Gottfurcht an Citrine, 6.6.1946, ebd., Kasten 15.2.

¹⁰⁸³ Foitzik (1988) 261.

Sogleich erhob Karl Bedenken, „daß es seiner Auffassung nach nicht richtig ist, die Kollegen aus der Emigration sofort in führende Stellungen zu bringen, da sie mit einer ganz anderen Auffassung hier herübergekommen [sind] und nicht das vertreten können, was wir unbedingt brauchen. Es kann und darf uns nicht daran gelegen sein, einen Mann, der eben 12 Jahre lang die Verhältnisse hier nicht verfolgt hat, in eine so wichtige Funktion zu bringen.“ Oskar Schulze, Metallgewerkschafter aus Bremen, äußerte ähnliche Bedenken: „[...] da wir auf der Suche nach zwei jungen Leuten sind, wollen wir den Mann aus England ruhig kommen lassen, als Leiter kommt er allerdings nicht in Frage.“ Für diese Position schlug er Hansen vor. Unterstützung fand Schulze bei Hans Jahn, selbst bis Anfang 1945 im britischen Exil gewesen, der Rosenberg „als sehr befähigt und fleißig“ schilderte, doch brauche er „unbedingt eine feste Hand“. Als Mitarbeiter des Zonensekretariats komme er deshalb in Frage, nicht aber als Leiter. Schließlich stimmte auch Hans vom Hoff dieser Linie zu, Rosenberg als Mitarbeiter Hansens einzusetzen. Hansen selbst stimmte noch im Verlaufe der Sitzung seiner Ernennung zum ersten Sekretär zu.¹⁰⁸⁴ Die Konferenz fasste keinen Beschluss über die Anstellung Rosenbergs, die endgültige Entscheidung fiel jedoch in den nächsten Tagen, denn bereits am 6. Juni informierte Hansen Rosenberg über dessen Anstellung als stellvertretender Leiter des Zonensekretariats.¹⁰⁸⁵

Die Einwände gegenüber der Einstellung eines Exulanten waren überaus typisch, waren sie doch den Alliierten und den Flüchtlingen seit den ersten Kriegsgefangenenbefragungen 1944 bekannt und wurden fortan leitmotivisch immer von Neuem vorgebracht.¹⁰⁸⁶ Doch waren die Bedenken in gleicher Weise kurios, bestimmte man doch als Leiter des Sekretariats – ohne jede Diskussion – gleichfalls einen Exulanten, der gegenüber Rosenberg den einzigen Vorzug aufweisen konnte, seit dem Frühjahr 1945 ununterbrochen in Deutschland zu leben und den Aufbau der neuen Gewerkschaftsbewegung hautnah miterlebt zu haben. Dass auch Rosenberg gewisse Erfahrungen aus seinem ersten Deutschlandaufenthalt 1945 aufweisen konnte, kam in der Debatte nicht zur Sprache.

¹⁰⁸⁴ Protokoll der 2. Tagung des gewerkschaftlichen Zonenausschusses, 30.5.–1.6.1946 (Auszug), in: *Quellen zur Geschichte* VI 379–383, Dokument 100. – Einige Diskutanten nannten weitere Namen, andere brachten die Frage der Erweiterung des Sekretariats auf bis zu fünf Mitglieder auf. Ob Jahn Rosenberg tatsächlich in ihrer gemeinsamen Londoner Zeit kennen gelernt hatte, lässt sich nicht nachweisen. Im Gegenteil, vieles spricht dafür, dass sie sich eher distanziert gegenüberstanden. Vgl. Rosenberg an Hansen, 16.6.1946 (persönlich), DGB-Archiv im AdSD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 2, Bl. 261.

¹⁰⁸⁵ Hansen an Rosenberg (offiziell), 6.6.1946, ebd., Bl. 259.

¹⁰⁸⁶ *Lehmann (1997)* 52; vgl. auch *Foitzik (1991)* 105 f.

Anfang Juni 1946 teilte also Hansen seinem zukünftigen Stellvertreter in London die Entscheidung mit und bat ihn, für den Fall, dass er dieses Angebot annehmen wolle, sich umgehend zu äußern, damit in Bielefeld die notwendigen organisatorischen Vorbereitungen getroffen werden könnten. Rosenberg solle zugleich eine Abteilung des Büros nennen, für die er sich entscheiden wolle und die er dann zu leiten hätte.¹⁰⁸⁷ In einem persönlichen Beibrief wurde Hansen deutlicher, er erläuterte ihm die Gründe der Entscheidung, wonach die „deutschen Kollegen“ „meinten, dass ein Kollege, der frisch aus der Emigration zurückkommt[,] doch einer gewissen Zeit der Einarbeitung bedürfe“. Geradezu beiläufig teilte er Rosenberg auch mit, dass er selbst mit der Leitung des Sekretariats beauftragt worden sei. Hansen brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, „dass Du das nicht zu tragisch nimmst, weil wir beide doch eng zusammenarbeiten würden. [...] Ich glaube insgesamt, dass es eine sehr interessante Arbeit sein wird, weil wir ganz neu zu beginnen haben und vieles noch so gestalten können, wie wir es für wünschenswert und notwendig halten.“¹⁰⁸⁸ Hansen trat hier keineswegs als Rosenbergs Rivale um den Posten des Sekretariatsleiters auf, gegenüber Gottfurcht äußerte Hansen gar Bedenken: „Ich bin allerdings nicht sicher, ob das eine Dauerlösung sein wird. Mir wäre es lieber gewesen, wenn ich meine alte Tätigkeit hier im Rheinland hätte fortsetzen können.“¹⁰⁸⁹ Und tatsächlich sollte Hansen, der, ursprünglich in Bremen tätig, 1933 in Köln als Mitglied des ISK Widerstand geleistet und 1945 zusammen mit Böckler dem Siebener-Ausschuss zum Neuaufbau der Gewerkschaften in der Provinz Nordrhein angehört hatte, bereits 1947 den Landesvorsitz des neu geschaffenen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nordrhein-Westfalen übernehmen.

Zehn Tage darauf erreichte der Brief die britische Hauptstadt, und Rosenberg antwortete postwendend und zeigte sich – offiziell – mit der ihm angebotenen Stelle „im Prinzip“ einverstanden. Allerdings führte er zugleich einige Bedingungen auf, mit denen er selbstbewusst seine Vorstellungen einer sinnvollen und ihm gemäßen Arbeit realisiert sehen wollte. So setzte er voraus, „dass ich nicht reine Verwaltungs- bzw. Büro-Tätigkeit (ausschliesslich) auszuüben habe, da sonst meine Kenntnisse der engl[ischen] Verwaltung und des Umgangs mit engl[ischen] Behörden ungenutzt bleiben würden. Ich lege Wert darauf, dass ich zu einem wesentlichen Teil sowohl mit den deutschen Gewerk-

¹⁰⁸⁷ Hansen an Rosenberg (offiziell), 6.6.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 2, Bl. 259.

¹⁰⁸⁸ Hansen an Rosenberg (persönlich), 6.6.1946, ebd., Bestand Nachlass Hansen, Kasten 19.

¹⁰⁸⁹ Hansen an Gottfurcht, 14.6.1946, ebd., Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 36. Ein Durchschlag findet sich ebd., Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 2, Bl. 198.

schaftsgruppen als auch mit den engl[ischen] Besatzungsbehörden direkt in Kontakt komme und zu arbeiten habe.“ Auch in Bezug auf die von ihm zu leitende Abteilung hatte Rosenberg bereits klare Vorstellungen, er nannte, in der Reihenfolge seiner Präferenz, die Bereiche Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und gewerkschaftliches Bildungswesen, fügte aber hinzu: „Ich glaube, dass ich, wenn es nach meinen Wünschen gehen könnte, Wirtschafts-Politik für das für mich geeignetste Arbeitsgebiet halten würde.“ Die weiteren Punkte betrafen Formalitäten der Übersiedlung, die zur Zeit in London getroffen würden, die Wohnraumbeschaffung und das Gehalt. Zwar wisse er, dass „wir bei der Beschaffung von Wohnraum mit unseren Ansprüchen sehr bescheiden sein müssen. Wir glauben aber“, sprach er für sich und seine Frau, „dass wir eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit Küche haben sollten, da man ja in unserem Beruf auch damit rechnen muss, dass gelegentlich Kollegen zu kleineren Besprechungen in die Wohnung kommen, und man schliesslich nicht alles in einem Zimmer vereinen kann.“ Das in Aussicht gestellte Anfangsgehalt von monatlich 500 RM schien ihm „den Verhältnissen angepasst [...], wenigstens zunächst“. Zugleich fragte er nach dem augenblicklichen Wert dieses Betrages, da er keine Vergleichsmöglichkeiten habe.¹⁰⁹⁰ In seiner Wiesbadener Zeit war Rosenberg offenbar in US-Dollar ausgezahlt worden.

In einem persönlichen Beibrief ging Rosenberg noch einmal auf die missglückte Anstellung als Leiter des Sekretariats ein, er nähme es nicht so tragisch, zumal er „wisse, dass wir Beide sehr gut und freundschaftlich zusammenarbeiten werden“. Vor allem aber wiederholte er seine Befürchtungen, in der Abteilung nicht seinen Fähigkeiten gemäß eingesetzt zu werden. Er wolle „auf keinen Fall im Büro festkleben“. Und da er selbst in einem britischen Ministerium gearbeitet habe und die Mentalität und Methode der britischen Staatsdiener kenne, „wäre es verkehrt, wenn man diese Erfahrung nicht ausnutzen sollte“. Und – eingedenk seiner Fähigkeiten zu reden und zu moderieren – setzte er hinzu, „dass ich im Aussendienst überhaupt sehr gute Erfolge hatte, wo immer ich eine solche Arbeit ausübte“. Der Kontakt mit den Menschen draußen sei ihm äußerst wichtig, „sonst fehlt mir die Freude an der Arbeit, die ja eine Vorbedingung zum Erfolg ist“. Darüber hinaus wollte Rosenberg von Hansen wissen, ob mit irgendwelchen Schwierigkeiten britischer oder deutscher Behörden zu rechnen sei, die ihm die Stelle verweigern könnten, denn er wolle nicht nach dem Verkauf seines Häuschens in London ohne Wohnung dasitzen. Er wolle versuchen, seine Möbel mitzubringen, doch wisse er auch, wie schwierig das sei. Deshalb müssten sie in

¹⁰⁹⁰ Rosenberg an Hansen (offiziell), 16.6.1946, ebd., Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 36.

Deutschland „organisiert“ werden. Er und seine Frau, die gleich mit ihm käme, wollten unter keinen Umständen eine „Küchengemeinschaft“ zusammen mit Nachbarn: „Wir sind gewiss nicht anspruchsvoll, aber das sollte wirklich möglich sein.“ Abschließend fragte Rosenberg nach einer Adresse, an die er Pakete für die Übergangszeit – augenscheinlich mit Lebensmitteln bepackt – schicken könne, nach dem elektrischen Strom, damit er sein Radio „entsprechend umarbeiten lassen“ könne, und noch einmal nach dem Wert seines künftigen Einkommens.¹⁰⁹¹

Rosenberg rechnete damit, dass in sechs bis acht Wochen alle Formalitäten erledigt seien. Diese Wartezeit suchte er durch unterschiedliche Tätigkeiten zu überbrücken. So bereitete er sich im Mai 1946 auf Vorträge vor Kriegsgefangenen oder Prisoners of War vor, er warte, so teilte er Gottfurcht leicht ironisch mit, auf einen Brief, „der mir die Idee über die allgemeine Methode geben soll“. Zugleich fragte er Gottfurcht, ob dieser wisse, „ob die Möglichkeit besteht, gewerkschaftliches Bildungsmaterial in POW Camps zu bringen und ob man hier bei den Behörden die Genehmigung durchsetzen kann, gewerkschaftliche Funktionär-Kurse in solchen Camps einzurichten“.¹⁰⁹² Einen Monat später teilte Rosenberg Hansen mit, dass er sich in York aufhalte, „wo ich in POW Camps Vorträge über Gewerkschaften halte“.¹⁰⁹³ Auch nahm er seine Tätigkeit für den Rundfunk wieder auf, für das German Workers Programme der BBC sprach er im April über Gewerkschaftsprobleme in Deutschland und im Juli in zwei Teilen über deutsche Betriebsräte.¹⁰⁹⁴ Sein sechsmonatiger Deutschlandaufenthalt hatte ihm eine recht tiefe Kenntnis der deutschen Verhältnisse verliehen.

Zwar hatte es Rosenberg bedauert, seinen Freund Hansen „mit allen solchen kleinen Mätzchen zu behelligen“, doch machte sich dieser sogleich an die Arbeit. So beantragte er beim Wohnungsausschuss der Stadt Bielefeld entsprechenden Wohnraum: neben einem Zimmer für sich, das ihm bislang provisorisch überlassen worden sei, auch eine Zwei-Zimmer-Wohnung für Rosenberg und seine Frau, die im Sekretariat mitarbeiten werde.¹⁰⁹⁵ Anfang Juli wandte sich Hansen wiederum an

¹⁰⁹¹ Rosenberg an Hansen (persönlich), 16.6.1946, ebd., Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 2, Bl. 260 f.

¹⁰⁹² Rosenberg an Gottfurcht, 15.5.1946, ebd., Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 36.

¹⁰⁹³ Rosenberg an Hansen, 13.7.1946, ebd., Bestand Nachlass Hansen, Kasten 23. – Zur Umerziehung der POW siehe *Faulk*, jedoch ohne Hinweis auf gewerkschaftliche Themen der in den Lagern gehaltenen Vorträge.

¹⁰⁹⁴ Schriftliche Mitteilung der BBC, Written Archive Centre, Reading, 14.1.2002. Danach sprach Rosenberg am 25.4.1946 über „Trade Union Problems in Germany“ und am 11. und 18.7.1946 über „Factory Councils in Germany“. Sendemanuskripte sind nicht erhalten.

¹⁰⁹⁵ Hansen an Wohnungsausschuss Bielefeld, 27.6.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 2, Bl. 201.

Rosenberg, um ihm auf dessen Fragen zu antworten und ihn über den augenblicklichen Stand der Vorbereitungen zu informieren. Er zerstreute Rosenbergs Bedenken, nicht ausreichend mit Menschen zu tun zu bekommen, er werde „sehr viel in Kontakt kommen mit deutschen Gewerkschaftsgruppen, deutschen Behörden und englischen Besatzungsstellen“. Hinsichtlich der Höhe seines Gehalts konnte Hansen seinen Freund beruhigen, von einem Nettogehalt von 350 RM müsse er rund 60 bis 80 RM für Miete, etwa 40 RM für die Ernährungsrationen und noch geringe Summen für Fahrtkosten, Heizung, Strom und Kulturelles abziehen. Den Rest könne er zur Sparkasse bringen oder auf den schwarzen Markt, wo ein Pfund Butter 160 bis 180 RM und eine Zigarette sechs RM koste. Im Übrigen seien 500 RM ein Spitzengehalt, ein gut bezahlter Facharbeiter verdiene etwa 40 bis 50 RM wöchentlich. Rosenbergs Wohnungswünsche könnten „mit grosser Wahrscheinlichkeit“ erfüllt werden, es könne jedoch sein, dass er sich vorübergehend mit einer Notlösung zufriedengeben und für kurze Zeit zu Hans Jahn ziehen müsse, der ein großes Haus habe. Fürsorglich in Anbetracht der schwierigen Beschaffung wichtiger Güter setzte Hansen – Rosenberg offiziell siezend – hinzu: „Ich glaube, es wuerde fuer Ihre Frau sogar ganz gut sein, wenn sie fuer einige Wochen in die Obhut einer Hausfrau kaeme, die mit den Verhaeltnissen besser vertraut ist.“¹⁰⁹⁶

Wiederum sandte Hansen, der vor nunmehr etwa zehn Tagen von Köln nach Bielefeld gekommen war, seinem Freund auch einen persönlichen Beibrief, in dem er ihm verschiedene technische Hinweise über die Stromversorgung und Ratschläge gab, er solle wichtige Ersatzteile gleich mitbringen. Auf keinen Fall dürfe er seine Schreibmaschine vergessen, aber auch an dünnes Durchschlagpapier und Umschläge sollte er denken, außerdem an Bettwäsche, Handtücher, Geschirr und anderes mehr. Mit Komplikationen der Übersiedlung sei nicht zu rechnen, er, Hansen, sei kürzlich im Hauptquartier der britischen Militäradministration gewesen, wo eine Liste mit Rosenbergs Namen läge, mit dem Vermerk „U.W.“ – urgently wanted, dringend gesucht. Er gab ihm auch eine Adresse, an die er wöchentlich ein Paket schicken könne, doch empfahl er ihm dringend, sich regelmäßig Lebensmittelpakete auf einem offiziellen Weg zu organisieren, beispielsweise über das Schweizer Arbeiterhilfswerk, das einen „Collier Suisse“-Versand unter der Leitung René Bertholets ins Leben gerufen habe. Rosenberg könne über Walter Fliess Adresse und Telefonnummer des Schweizers erfahren. Ein Paket dieser Organisation koste gewöhnlich 20 Schweizer Franken, und Rosenberg könne es vermutlich zum Selbstkostenpreis beziehen, doch durch die Überschüsse würden Freipakete für bedürftige Sozialdemo-

¹⁰⁹⁶ Hansen an Rosenberg (offiziell), 6.7.1946, ebd., Bl. 263 f.

kraten und Gewerkschafter finanziert. Hansen gab Rosenberg auch den Tipp, sein Häuschen nicht zu verkaufen, stattdessen aus der Vermietung regelmäßige Einnahmen zu erzielen, um daraus seine Pakete zu finanzieren.¹⁰⁹⁷

Walter Fliess, geboren 1901, war seit den 1920er Jahre einer der führenden Funktionäre des ISK. 1933 war er zunächst in die Niederlande geflohen, Anfang 1934 weiter nach Großbritannien. Mit seiner Frau Jenny betrieb er in London eine vegetarische Gaststätte. Rosenberg kannte ihn von ihrer gemeinsamen Tätigkeit für die Landesgruppe und die Union, wo Fliess vor allem wirtschaftspolitische Fragestellungen bearbeitete.¹⁰⁹⁸ Auch René Bertholet war Rosenberg kein Unbekannter. Der 1907 geborene Schweizer hatte sich seit 1933 an der illegalen Arbeit des ISK in Deutschland beteiligt. Nach Verhaftung und Zuchthaus ging er nach Paris, wo er die ISK-Arbeit leitete. Nach der deutschen Besetzung Frankreichs 1940 schloss er sich der Resistance an und hielt dabei unter anderem Verbindungen zu Willi Eichler und dem britischen Geheimdienst. Nach 1945 repräsentierte er das Schweizer Arbeiterhilfswerk in Deutschland.¹⁰⁹⁹

Rosenberg, der nach Erhalt des Briefes aus Bielefeld umgehend mit Walter Fliess und dem Schweizer Arbeiterhilfswerk Kontakt aufgenommen hatte, antwortete sogleich: „René kenne ich gut von Wiesbaden + werde versuchen, mit ihm ein Arrangement zu treffen – ich könnte *hier* bei Fliess Geld für diese Zwecke lassen.“ Doch Hansens Ratschlag, aus der Vermietung seines Hauses die Pakete zu finanzieren, kam für ihn nicht in Frage, er wolle „hier keine Verpflichtungen mehr haben“, da die Vermietung doch nur Probleme mit sich brächte. Er wolle versuchen, Büromaterial und Papier über den TUC herüberzuschicken. Auch kümmere er sich um eine geeignete Bürokräft – die Anstellung seiner Frau zog er augenscheinlich nicht ernsthaft in Erwägung, die Angabe gegenüber den Behörden diene wohl eher der Beschleunigung des Einreiseverfahrens. Stattdessen schlug er seine Cousine vor, die sehr gut Englisch und auch Spanisch und Französisch spräche. Sie wolle auch nach Deutschland zurück, sei aber zur Zeit in Bolivien. Rosenberg hoffte auch, in Deutschland einen Wagen zu bekommen, deshalb lerne er „hier auf Anraten unserer Freunde Autofahren“.¹¹⁰⁰

¹⁰⁹⁷ Hansen an Rosenberg (persönlich), 6.7.1946, ebd., Bl. 263 f.

¹⁰⁹⁸ Röder/Strauss I 181. Fliess arbeitete 1947 bis 1948 für die britische Militärverwaltung in Minden, anschließend für die bizonale Wirtschaftskontrollkommission in Frankfurt am Main. Fliess, der 1947 die britische Staatsangehörigkeit angenommen hatte, kehrte anschließend nach Großbritannien zurück.

¹⁰⁹⁹ Eiber (1998) CXXVIII. Bertholet initiierte später Siedlungsprojekte in Brasilien. Er starb 1962.

¹¹⁰⁰ Rosenberg an Hansen, 13.7.1946, ebd., Bestand Nachlass Hansen, Kasten 23.

Unterdessen blieb auch Gottfurcht in London nicht untätig. Ein Großteil des Schriftverkehrs mit den britischen Behörden lag zentral in seiner Hand. Nachdem er Mitte Juli mit Rosenberg noch einige Einzelheiten besprochen und ihm den Ratschlag gegeben hatte, wegen der Mitnahme seiner Bücher und dergleichen für Berufszwecke einen schriftlichen Antrag zu stellen, sandte er Ende Juli die Rosenberg und seine Frau betreffenden Papiere – Ausweise, Certifications of Registration, Anträge auf Bekleidungskupons und auf die Mitnahme zusätzlichen Gepäcks – an das zuständige Ministerium. Die Ausstellung zweier Certificates of Identity, die zur Ausreise nach Deutschland berechtigten, sei bereits vor einiger Zeit beantragt worden.¹¹⁰¹

Zehn Tage später konnte Rosenberg bereits nach Bielefeld melden, dass einige wichtige Formalitäten erledigt seien, doch er und seine Frau seien „von all den Vorbereitungen, Formularen und Formalitäten ganz durchgedreht“. Bald jedoch sei alles vorbei und „wir können endlich etwas praktisches arbeiten, das hoffentlich Sinn und Erfolg hat“. Sein Haus habe er verkauft, die Military Permits für die Reise könne er in den nächsten Tagen abholen, der Transport von Frachtgut sei „eben im Prinzip genehmigt“ und werde arrangiert. Er werde voraussichtlich zwischen dem 10. und 20. September in Deutschland eintreffen, von London aus gehe es zunächst nach Harwich, dann mit dem Schiff nach Hoek van Holland und von dort mit einem britischen Militärzug nach Osnabrück, wo man eine Genehmigung für die Weiterreise bekäme. Rosenberg plante, „sehr viele Bücher“, „wenn moeglich meine ganze Bibliothek“, mitzubringen. Darum sei es sehr umständlich, wenn er erst ein Provisorium beziehen und dann mit all den Sachen ein zweites Mal umziehen solle. Und noch einmal wiederholte er seine Bitte, eine Wohnung mit zweieinhalb Zimmern zu bekommen, um Freunde aus England empfangen zu können, aber auch mit deutschen Kollegen Besprechungen abhalten zu können, eine Wohnung, die „für sich abgeschlossen ist“.¹¹⁰² Offenkundig plagte ihn der Gedanke, seine Wohnung mit anderen teilen zu müssen.

Ein letztes Mal wandte sich Rosenberg Anfang September an Hansen, um ihm Einzelheiten der Reise mitzuteilen. Er und seine Frau würden am Freitag, den 20. September, abends mit großem Handgepäck in London abfahren, am folgenden Morgen in Hoek von Holland eintreffen, um dort mit dem Military Leave Train weiter nach Osnabrück zu fahren, wo sie am Abend des gleichen Tages ankommen würden. In

1101 Hervorhebung im Original.
Gottfurcht an Rosenberg, 12.7.1946, ebd., Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 36; Gottfurcht an [?; vermutlich eine britische Behörde], 23.7.1946, ebd.

1102 Rosenberg an Hansen, 3.8.1946, ebd., Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 2, Bl. 264.

Osnabrück, so hoffte er, könne Hansen ihn mit dem Wagen abholen. Zwei große Kisten, darunter eine mit Büchern und Dokumenten, die bereits die Vorzensur passiert habe und versiegelt sei, werde er nach Hamburg schicken. Dann müsse er weitersehen, wie er sie von dort nach Bielefeld bekäme. Kürzlich habe er bei Jenny Fliess einen Brief von Ingrid Sieder gelesen, einer kaufmännischen Angestellten, die dem ISK angehört, seit 1939 im Londoner Exil gelebt hatte und nun als Mitarbeiterin des gewerkschaftlichen Zonensekretariats in Bielefeld arbeitete. Rosenberg fühlte sich durch den Brief „über Alles unterrichtet, soweit man sich ueber staendig aendernde Dinge unterrichtet halten kann“. Sein Haus hatte er inzwischen verkauft und geräumt, er und Margot wohnten vorübergehend im Londoner Norden im Ortsteil East Finchley bei Nelly Janovsky, einer österreichischen Sozialistin, die sich seit 1939 in London aufhielt.¹¹⁰³ Zwar konnte Hansen seinen Kollegen nicht selbst in Osnabrück abholen, da er wegen einiger wichtiger Besprechungen mit Böckler und anderen mehrere Tage in Köln zu tun habe,¹¹⁰⁴ doch erreichten die Rosenbergs pünktlich am 21. September abends ihr neues Bielefelder Domizil. Die Kosten für die Überfahrt und den Versand der Kisten hatten sie selbst zahlen müssen.¹¹⁰⁵

Wenige Tage nach Rosenbergs Rückkehr nach Deutschland konnte Gottfurcht in einem Rundschreiben der sich in Auflösung befindlichen Landesgruppe vermelden, „die Rückwanderung nach Deutschland ist in den letzten Wochen in wesentlich größerem Umfang durchgeführt worden; es kann heute erfreulicherweise festgestellt werden, daß ein beachtlicher Teil unserer Mitglieder bereits abgereist ist oder sich auf die bald bevorstehende Abreise vorbereitet.“¹¹⁰⁶

Der Briefwechsel zwischen Hansen und Rosenberg offenbart das Bild eines 43-jährigen Mannes, der sich seiner selbst und seiner Qualifikationen ebenso bewusst war wie deren Wertschätzung durch Dritte. Der aufgrunddessen Forderungen an seine künftigen Arbeitgeber stellen konnte, die ihn nicht einmal kannten. Der Bedingungen und Ansprüche an seinen Lebensstandard stellte, zwar wortreich klausuliert, doch durch häufige Wiederholung umso wirkungsreicher vorgetragen. Hinter sei-

¹¹⁰³ Rosenberg an Hansen, 8.9.1946, ebd., Bl. 265. Ein in diesem Schreiben erwähnter Brief Hansens an Rosenberg ließ sich nicht finden. – Ob die derzeitigen Eigentümer dieses Hauses, ein Ehepaar Jones, auch die Käufer waren, ließ sich nicht feststellen. Vgl. Schreiben des Archivs der Central Library, Bromley, vom 19.12.2001. Ein Anschreiben an das Ehepaar Jones blieb unbeantwortet.

¹¹⁰⁴ Hansen an Rosenberg, 20.9.1946, ebd., Bl. 266 f. Hansen sandte das Schreiben bereits an Rosenbergs Bielefelder Adresse.

¹¹⁰⁵ *Krauss (1998)* 1165.

¹¹⁰⁶ Rundschreiben an die Mitglieder der Landesgruppe, Ende Sept. 1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Hans-Gottfurcht-Akten (vormals Archiv Gerhard Beier), Kasten 1.

nen vehement vorgetragenen Forderungen verbarg sich jedoch nicht allein Rosenbergs gewachsenes Selbstbewusstsein. Es war auch die Angst, ein zweites Mal alles zu verlieren, seinen mühsam erworbenen Lebensstandard, sein Haus, seine bekannte Umgebung und seine englischen Freunde und Nachbarn wieder aufgeben zu müssen und einzutauschen gegen die schiere Ungewissheit. Hatte er sich aber einmal zur Rückkehr entschieden und seine britischen Aufenthaltspapiere abgegeben, so konnte er nicht mehr zurück, sollte er in Deutschland nicht Fuß fassen können.¹¹⁰⁷ Die Entscheidung zur Rückkehr war unwiderruflich.

Was war es, das Rosenberg später, in den 1960er und 1970er Jahren, dazu bewog, all das zu leugnen und stattdessen sein Licht in den Schatten des großen Böckler zu stellen, der ihn gerufen habe? Waren es womöglich das Gefühl, erneut zu emigrieren, und, damit verbunden, die Angst, den bescheidenen Wohlstand, den er sich inzwischen erworben hatte, nun wieder zu verlieren? Hatte er nicht gezögert, in das Land derer zurückzukehren, die ihn zur Flucht veranlasst und viele Familienangehörigen in den Tod getrieben hatten? Sicher wird er sich, wie Herbert Weichmann, gefragt haben, „ob ich ein Idealist oder Wahnsinniger bin“, „wie ich auf die Menschen reagieren werde, denn ich habe ja schließlich doch Dinge erlebt, die man nicht vergessen kann“. Und sicher wird auch Rosenberg die Rückkehr „große menschliche Kraft und viel Überwindung“ gekostet haben.¹¹⁰⁸ Er schildert von all dem nichts, und doch wird es ihn nicht unberührt gelassen haben. Psychologisch erklärbar ist sein Verhalten allemal: Er lehnt sich an Böckler und dessen unbestrittene Autorität an, ja, dadurch, dass er behauptet, von diesem gerufen worden zu sein, leitet er seine eigene Autorität von derjenigen des im Lande Gebliebenen ab. Das Zögern, im Exilland zu bleiben oder zurückzukehren, wird unterdrückt durch die Selbstsuggestion: Komm´ zurück, hier wirst Du gebraucht!

Gegenüber der Zeitschrift „Deutsche Post“, dem Mitgliedermagazin der Deutschen Postgewerkschaft, erklärte er 1962 auf die Frage „Warum sind Sie zurückgekehrt?“: „Mein ganzes Denken und Tun war aus allen diesen Gründen darauf gerichtet, mit Gleichgesinnten mich auf den Tag vorzubereiten, wo wir wieder in unserer Heimat Recht und Gerechtigkeit verwirklichen konnten. Als dieser Tag kam, war es selbstverständlich, daß ich dorthin zurückkehrte, wo ich am besten meinen Idealen dienen konnte: nach Deutschland und in die freie, demokratische Gewerkschaftsbewegung. Es war keine schwere Entscheidung, die ich zu treffen hatte. Trotz allem Elend, das ich vorfand, war es seit 1933 ...

¹¹⁰⁷ Vgl. *Lehmann (1997)* 55; *Krauss (1993)* 323; *dies. (1998)* 1163; *Jochmann* 20.
¹¹⁰⁸ Zitiert nach ebd. 20.

Der schönste Tag meines Lebens

..., als ich wieder in Deutschland arbeiten konnte.“¹¹⁰⁹ Rosenberg ließ später nicht nur unerwähnt, selbstbewusst und nachdrücklich seine Forderungen und Ansprüche an eine Anstellung in Deutschland vertreten zu haben, sondern beschwor gar das Bild des selbstgenügsamen, das Leid des deutschen Volkes teilenden „Volksgenossen“ herauf, der zwar nicht die Bombennächte, so aber doch wenigstens den Hunger der Nachkriegsjahre mit ihnen geteilt habe. Die britische Militäradministration habe ihm, so ließ er in den 1960er Jahren wissen, das Angebot unterbreitet, „ein beschlagnahmtes Haus zu beziehen und ihn gesondert mit Lebensmitteln zu versorgen. Rosenberg lehnte das ab. Er wollte nicht mehr und nichts anderes als seine Landsleute. Er bezog eine Vier-Zimmerwohnung, in der schon zwei Familien lebten, mit seiner Frau ein einzelnes Zimmer, in dem nur ein Bett stand. Dort hungerten sie genauso wie ihre Mitbewohner.“¹¹¹⁰ Und Schuster dramatisiert noch weiter: „Vergünstigungen, die ihm die Engländer anboten, lehnte er entschieden ab. Er wollte nicht im Kreise seiner Kollegen und Freunde Vorteile haben. So teilte er sich in Bielefeld mit zwei weiteren Familien eine Zweizimmerwohnung, d. h. seine Frau und er bezogen ein Zimmer, in dem nur ein Bett stand.“¹¹¹¹ Ja, was denn nun?

Hans Gottfurcht hatte von seiner Reise im Frühjahr 1946 eindeutige Informationen mitgebracht. Alle deutschen Stellen, mit denen er sprach, machten ihn darauf aufmerksam, dass einige Maßnahmen unerlässlich seien, „wenn die Rückkehrer als Bereicherung und nicht als Belastung angesehen werden sollen“. Ihnen ging es keineswegs um Verhaltensmaßregeln, im Gegenteil, es ging ihnen ausschließlich um die materielle Ausstattung der Flüchtlinge mit Gegenständen des täglichen Bedarfs. Es müsse gewährleistet sein, dass die Militärbehörden ihnen Wohnraum zuwiesen, dass sie ihnen erlaubte, Hausrat, Einrichtungsgegenstände, Möbel, Kleider, Wäsche und vieles andere mehr aus ihren Gastländern mit nach Deutschland zu bringen. Auch sollten sie ihre Bibliotheken und gesammelten Archivmaterialien mitbringen dürfen. Die wohl wichtigste Bedingung stellte Gottfurcht ans Ende seiner Auflistung: Da die Rückkehrer nicht von den Nahrungsrationen leben könnten, zugleich aber kaum eine Chance hätten, sich zusätzliche Quellen in Deutschland zu erschließen, da diese bereits überlaufen seien, solle der „Versand von Lebensmitteln aus dem Ausland in großzügiger Weise organisiert und zugelassen“ werden. Diese Lebensmittelhilfe solle für alle gelten, die wert-

¹¹⁰⁹ Rosenberg (1962) 666.

¹¹¹⁰ Akademie Kontakte der Kontinente 10.

¹¹¹¹ Schuster 40.

volle Wiederaufbauarbeit leisteten.¹¹¹²

Tatsächlich sanken die auf Bezugsschein erhältlichen Lebensmittelrationen seit dem Frühjahr 1946 rapide. Mitte 1946 erhielt jeder Bewohner in der US-amerikanischen Zone Lebensmittel mit einem physiologischen Brennwert von 1330 Kilokalorien, in der sowjetischen von 1083, in der britischen von 1050 und in der französischen Besatzungszone von rund 900 Kilokalorien.¹¹¹³ Der Manchester Guardian merkte an, dass die Ration in der britischen Zone praktisch nicht viel mehr bedeute als zwei Scheiben Brot, etwas Margarine, einen Löffel Milchsuppe und zwei kleine Kartoffeln.¹¹¹⁴ Ohne Unterstützung von außen hätten viele nicht vor dem Verhungern bewahrt werden können. Es waren zumeist private Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände in den europäischen Nachbarländern und in Nordamerika, die in dieser Situation durch umfangreiche Hilfslieferungen einsprangen. Dazu gehörte auch die Schweizer Arbeiterhilfe, über die zahlreiche Gewerkschafter und Sozialdemokraten versorgt wurden. Im Dezember 1946 erscheint der Name Rosenberg auf einer Liste von Empfängern so genannter Care-Pakete, neben 49 weiteren Gewerkschaftern aus der britischen Zone, unter ihnen auch Böckler, Böhm, Hansen und Karl.¹¹¹⁵

Seine Wohnung wurde Rosenberg vom Wohnungsamt der Stadt Bielefeld zugewiesen. Hansen, der über beste Kontakte zu den Militärbehörden verfügte, hatte zwar nach eigener Aussage alles versucht, eine größere Wohnung für seinen Kollegen zu bekommen, doch offenbar ohne Erfolg. Hansen hoffe, ließ er ihn unmittelbar vor Rosenbergs Ankunft wissen, „die Herreise ist ohne Schwierigkeiten erfolgt und auch Deine Wohnverhältnisse sind so, dass es jedenfalls für den Übergang einigermaßen Deinen Wünschen entspricht. Ich habe mich sehr bemüht, mehr für Dich zu erreichen, das ist mir aber leider nicht möglich gewesen.“¹¹¹⁶ Das war angesichts der Situation im Wohnungswesen auch kaum anders zu erwarten. Rund ein Viertel der Bielefelder Wohnungen waren zerstört oder sehr stark beschädigt. Damit lag Bielefeld etwa im Reichsdurchschnitt, stand jedoch weit besser da als andere deutsche Großstädte und auch als der nordrhein-westfälische Durchschnitt, der bei einem Drittel lag. Mag Bielefeld auch besser dagestanden haben als andere Städte, der jedem Bewohner zur Verfügung stehende Wohn-

¹¹¹² Hans Gottfurcht, Bericht über Deutschlandreise, 6.3.–30.4.1946, ebd., Bestand Hans-Gottfurcht-Akten (vormals Archiv Gerhard Beier), Akte OSS/Berichte über Deutschlandreisen, Kap. VIII, Bl. 5 f.

¹¹¹³ *Kleßmann* 47 f.

¹¹¹⁴ Zitiert nach ebd. 48.

¹¹¹⁵ Liste ohne Titel, 4.12.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 62, Bl. 143 f.

¹¹¹⁶ Hansen an Rosenberg, 20.9.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 2, Bl. 266.

raum war im Vergleich zur Vorkriegszeit dennoch drastisch gesunken.¹¹¹⁷ Rosenberg und seine Frau mussten daher zunächst mit einem möblierten Zimmer in der Stapenhorststraße 133 vorlieb nehmen, aber trotz weiterer Suche gelang es ihnen auch in den folgenden siebzehn Monaten bis zu ihrem erneuten Umzug nach Frankfurt am Main nicht, eine größere, abschließbare Wohnung zu finden. Im Frühjahr 1947 verneinte Rosenberg gegenüber der Stadtverwaltung die Fragen „Ist der Raum ausreichend?“ und „Ist die Wohnung zusagend?“. Die Wohnung sei „zu klein“, er benötige stattdessen „3 Räume“.¹¹¹⁸ Und tatsächlich nutzte Rosenberg sein Zimmer wie auch spätere Wohnungen als Treffpunkte für gewerkschaftspolitische Gespräche: So erinnerte er sich Anfang der 1960er Jahre daran, „als Hans Böckler oft mit Freunden in unserer ersten Wohnung in Frankfurt zusammensaß und mit uns über den Sinn der Gewerkschaften diskutierte“.¹¹¹⁹

Unterdessen machten sich die Rosenbergs daran, Einrichtungsgegenstände, aber auch Waren des täglichen Bedarfs zu beschaffen. Hansen ließ er bei Grit Risler von der Schweizer Arbeiterhilfe anfragen, ob sie sich ein Paket mit Haushaltsgegenständen für ihn zuschicken lassen könne.¹¹²⁰ Außerdem versah er manche Freunde und Kollegen mit umfangreichen Listen mit Dingen, die sie für ihn organisieren sollten. So sollte Walter Auerbach, der inzwischen für das Zentralamt für Arbeit in Lemgo tätig war, ihm „zwei rotgepolsterte Sitzgelegenheiten“ beschaffen. Das war jedoch leichter gesagt als getan. „Wir haben Deine Liste, halten die Augen offen und informieren Dich, sobald wir ueber Teilerfolge berichten koennen. Hoffentlich recht bald. Du bist Dir aber wohl darueber klar, dass man heute nur den Gegenstand, aber nicht Farbe oder Form beliebig auswählen kann. Aber die Leute haben hier Geschmack.“¹¹²¹ Und im Juni 1947 wandte sich Rosenberg an Hans vom Hoff in der Düsseldorfer Zentrale des kurz zuvor gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes für die britische Zone, um ihn um Mithilfe bei der Beschaffung einer Wohnung in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt zu bitten, da das gewerkschaftliche Zonensekretariat vor der Auflösung stand. Er erinnerte seinen Kollegen zugleich an ein Versprechen: „Vor einigen Monaten sagtest Du mir zu, dass Du mir Möbel beschaffen kannst. Vor einigen Wochen sagtest Du «sie werden

¹¹¹⁷ *Kleißmann* 52, 354; *Brunn* 178 f.

¹¹¹⁸ Fragebogen der Stadt Bielefeld, ausgefüllt von Ludwig Rosenberg am 16.4.1947, Stadtarchiv Bielefeld, Amt für Wiedergutmachung, B 166.

¹¹¹⁹ *Feiden*.

¹¹²⁰ Hansen an Risler, 6.11.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Hansen, Kasten 19.

¹¹²¹ Auerbach an Rosenberg, 28.11.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Auerbach, Mappe 80, ders. an dens., 25.12.1946, ebd., ders. an dens., 14.2.1947, ebd.

schon gehobelt». Ich bitte Dich, doch bei Deiner Anwesenheit zu Hause die Sache nochmals zu bedenken, denn ich habe doch gar keine Möbel. – So gern und so begeistert ich auch Gewerkschaftsarbeit tue – nebenbei bin ich auch noch ein Mensch und verheiratet und muss schliesslich auch an diese Dinge denken.“¹¹²² Rosenberg blieb, obschon er zwischenzeitlich für den Bundesvorstand in Düsseldorf tätig sein sollte, bis zum Februar 1948 in Bielefeld wohnen, ehe er seine Stelle als Sekretär des Gewerkschaftsrates der Bizone in Frankfurt am Main antrat.

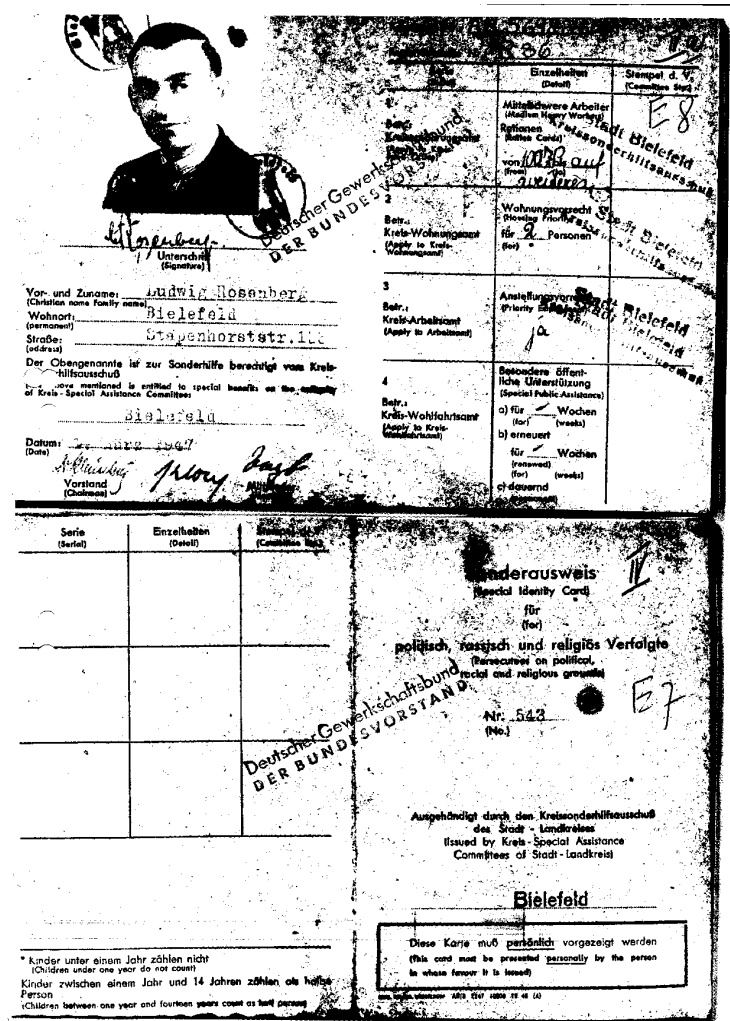


Abbildung 36: Faksimile des Sonderausweises für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte, Bielefeld 1947

Neben Lebensmitteln und Einrichtungsgegenständen galt es, ein drittes Feld mühsam zu beackern, das der Behörden und Institutionen. Hansen hatte seinem Kollegen in Aussicht gestellt, dass Ingrid Sieder, ihrerseits erst jüngst aus dem Londoner Exil zurückgekehrt, ihm bei der Erledigung der Formalitäten behilflich sein könne.¹¹²³ Allgemein erwiesen sich

1122 Rosenberg an vom Hoff, 12.6.1947, DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 386, Bl. 264.
 1123 Hansen an Rosenberg, 20.9.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ,

solche Kontakte zu bereits Remigrierten als hilfreich, die zahlreichen bürokratischen Hürden zu bewältigen.¹¹²⁴ Ohne solche Schwierigkeiten trat Rosenberg bereits wenige Wochen nach seiner Rückkehr wieder formell der Sozialdemokratischen Partei und einer deutschen Gewerkschaft bei.¹¹²⁵ Sodann mussten sich Rosenberg und seine Frau beim Einwohnermeldeamt der Stadt Bielefeld anmelden und ihre Lebensmittel- und sonstigen Bezugskarten beantragen. Einige Formalitäten waren ihnen bereits im Vorfeld abgenommen worden: Hansen hatte die Wohnung besorgt, was wiederum eine Bedingung für die Ausstellung der Zuzugsgenehmigung darstellte. Die Erteilung der Arbeitsgenehmigung wurde in Anbetracht der Unterstützung seitens der Militärbehörden zur bloßen Formsache.¹¹²⁶ Auch seine Wiedereinbürgerung – 1941 war ihm die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen worden – war bereits von den Militärbehörden in London veranlasst worden.¹¹²⁷ So blieb ihm denn auch die demütigende und würdelose Prozedur erspart, vor deutschen Behörden „ein Ersuchen auf Wiedergutmachung“ der „geraubten Staatsbürgerschaft“ stellen zu müssen. Und nicht ohne Respekt schilderte Rosenberg noch fast drei Jahrzehnte später – in einer Rezension zu Hans Georg Lehmanns Buch „In Acht und Bann“, der Darstellung des politischen Exils, der NS-Ausbürgerung und der Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts – die vergeblichen Bemühungen des Schriftstellers Erich Maria Remarque, der es nicht über sich brachte, einen solchen Antrag auf Wiedereinbürgerung zu stellen.¹¹²⁸

5/DGAC 2, Bl. 266.

¹¹²⁴ *Krauss (1998)* 1165.

¹¹²⁵ Im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Kasten 22, findet sich ein Mitgliedsbuch der SPD Groß-Frankfurt, ausgestellt 1949, das als Eintrittsdatum den November 1946 angibt. En gleicher Stelle findet sich auch ein Mitgliedsbuch des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Industrieverband Öffentliche Betriebe und Verwaltungen und des Personen- und Warenverkehrs, ausgestellt am 1.10.1946. 1948 wurde er in Frankfurt am Main Mitglied der Vorläuferorganisation der Gewerkschaft ÖTV und trat 1950 zur Gewerkschaft HBV über.

¹¹²⁶ Vgl. *Krauss (1998)* 1165; dies. (1993) 329.

¹¹²⁷ Die formelle Ausbürgerung 1941 wurde ihm zumindest im Nachhinein bekannt. Seine Wiedereinbürgerung „geschah automatisch“. Fragebogen Ludwig Rosenbergs, undatiert [etwa 1975], Institut für Zeitgeschichte, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bl. 7. Daher verfügt auch weder das Stadtarchiv Bielefeld noch das Nordrhein-Westfälische Staatsarchiv Detmold, das sowohl die Akten der für Bielefeld seinerzeit zuständigen Bezirksregierung Minden als auch das landesweite Personenstandsarchiv beherbergt, über entsprechende Unterlagen. Schreiben des Stadtarchivs Bielefeld vom 12.11.2001; elektronische Mitteilung des Nordrhein-westfälischen Staatsarchivs Detmold vom 14.1.2002. Auch finden sich in den Entschädigungsakten bei der Bezirksregierung Düsseldorf keinerlei entsprechende Hinweise. Dasselbe gilt für die Unterlagen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn. Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 30.4.1999.

¹¹²⁸ *Rosenberg (1976a)*. – Die Wiederverleihung der deutschen Staatsbürgerschaft oblag zunächst den Alliierten, die die Ausbürgerungen als Unrecht und damit

In manchen Städten verweigerten die Behörden den zurückkehrenden Flüchtlingen die Ausstellung von Lebensmittelkarten, da diese nicht über eine ordentliche Abmeldung einer anderen Stelle verfügten. Zwar ist nichts darüber bekannt, dass sich auch Rosenberg solcherart Schikanen ausgesetzt sah, doch zog sich etwa die Ausstellung eines „Sonderausweises für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte“ des Kreissonderhilfsausschusses der Stadt Bielefeld bis zum März 1947 hin. Dieser Ausweis berechnete Rosenberg zum Erhalt von „Rationen für mittelschwere Arbeit“, gewährte ihm einen Vorrang bei der Anstellung und sicherte ihm ein Wohnungsvorrecht für zwei Personen. Besondere öffentliche Unterstützung machte er hingegen nicht geltend.¹¹²⁹ Wenig später, am 16. April 1947, stellte Rosenberg bei der Stadtverwaltung auch einen Antrag auf Wiedergutmachung. Dazu musste er einen zweiseitigen Fragebogen ausfüllen, der ihn nach erlittenen Verhaftungen und Verfolgungen seitens der Nazis fragte, nach zurückgehaltenen körperlichen, psychischen und wirtschaftlichen Schäden, aber auch nach den derzeitigen Verhältnissen, seinen Finanzen, seinen Arbeits- und Wohnungsverhältnissen. Das Formular fragte auch nach der Religion und bestimmte ausdrücklich: „bei Juden und Halbjuden ist die gegenwärtige Religion anzugeben“. Rosenberg gab an, jüdisch zu sein, handschriftlich setzte der Beamte „Glaubensjude“ hinzu. Ob dies auf Rosenbergs eigene Veranlassung geschah, lässt sich schwerlich feststellen. Doch auch bei seiner Anmeldung hatte er sich als jüdisch eintragen lassen. Und der Antrag auf Entschädigung sah auch ausdrücklich die Rubrik „Diss.“ für Dissident vor.¹¹³⁰ Möglicherweise glaubte Rosenberg, seine Ansprüche auf Entschädigung auf diese Weise leichter geltend zu machen. Manches wiederum spricht dafür, dass der bearbeitende Beamte auch eigenmächtig handelte, denn Rosenberg gab zwei Zeugen an, die für ihn bürgen könnten; der Beamte notierte: Werner Hansen und Erich Eulenhauer [sic!] vom SPD-Parteivorstand.¹¹³¹

Weshalb wies Rosenberg später so entschieden von sich, an Vergünsti-

nichtig betrachteten, ging jedoch schon vor 1949 stillschweigend auf die Länder über. Das Grundgesetz sah schließlich in Artikel 116 Absatz 2 für alle jene, die zwischen 1933 und 1945 aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen ausgebürgert worden waren, die Wiedereinbürgerung auf Antrag vor. Rechtlich galten sie damit als nicht ausgebürgert. In der Praxis erwies sich das Verfahren jedoch als weit schwieriger: Eine restriktive Auslegung der Gesetzesnorm zu Lasten der Antragsteller wurde durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes erst 1968 beendet. *Lehmann (1991)* 94 ff.

¹¹²⁹ Sonderausweis für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte, Nr. 543, ausgehändigt durch den Kreissonderhilfsausschuß der Stadt Bielefeld, ausgestellt für Ludwig Rosenberg am 1.3.1947, Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg, Bl. 7 f.

¹¹³⁰ Fragebogen der Stadt Bielefeld, ausgefüllt von Ludwig Rosenberg am 16.4.1947, Stadtarchiv Bielefeld, Amt für Wiedergutmachung, B 166; Schreiben des Stadtarchivs Bielefeld vom 29.1.2001.

¹¹³¹ In einem anderen Bielefelder Formular hieß es gar Ollander. Ebd.

gungen teilgehabt zu haben? Warum stellte er stattdessen die Behauptung auf, wie alle anderen gehungert zu haben? Es waren zweifellos seine Erfahrungen in den Jahren nach dem Krieg, die ihn dazu bewogen hatten, sein Mitleiden mit den Deutschen zu behaupten. Das Unverständnis und der Hass, der ihm als „Emigranten“ entgegengeschlagen waren, die dreiste Unterstellung, er habe die leidensreiche Zeit des Kriegs in der Sommerfrische verbracht, gar an der Zerstörung Deutschlands mitgewirkt. Das Motiv seines Handelns wird deutlicher, wenn man sich sein Verhältnis zur deutschen Nation vergegenwärtigt. 1962 erläuterte er in einer Umfrage: „Es hat mir niemand meine Staatsangehörigkeit und gewiß nicht mein Deutschtum «verliehen» – also konnte es mir auch keiner nehmen. Ich blieb in der Emigration das, was ich war – Deutscher, in guten und in bösen Tagen, und ich wußte, daß die braunen Horden, die den deutschen Namen beschmutzten, nicht Deutschland sind, auch wenn sie vorgaben, für ganz Deutschland zu sprechen.“¹¹³² „Deutscher, in guten und in bösen Tagen“ – dahinter verbirgt sich die Verteidigung gegen den Vorwurf, er habe sich als „Emigrant“ der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes entzogen, die sich in dem gemeinsamen Erleben von Bombennächten und massenhaftem Tod geformt habe. Dabei verschweigend, dass er selbst durchaus kärgliche und verzichtreiche Jahre und manche Bombennächte während des „Blitz“ und der V1- und V2-Einschläge im Sommer 1944 hinter sich gebracht hatte. Der Schriftsteller Oskar Maria Graf, selbst Rückkehrer, münzte die bösertige Unterstellung in die zynische Formel von den „Hitlerfrischlern“ um.¹¹³³

Im Dienste der Gewerkschaften

Vergünstigungen erhielten auch die Mitglieder des Zonenausschusses und des Zonensekretariats der Gewerkschaften in der britischen Zone. So konnte Rosenberg nach einer Besprechung mit General Bishop den Mitgliedern des Zonenvorstands und den Bezirksleitungen am 2. November 1946 mitteilen, dass ihnen bestimmte Vergünstigungen und Erleichterungen zu gewähren seien, darunter die Anschaffung von Dienstwagen, die Zuteilung von Benzin und Bereifung und der Gebrauch der Wagen an Sonntagen. Darüber hinaus erhielten einige der Gewerkschaftsführer auch das Recht, Militärzüge zu benutzen, unter ihnen Böckler, Böhm, Jahn, Hansen, Karl, Spliedt, Dörr, Potthoff und Rosenberg.¹¹³⁴ Wie anders hätte sich auch deren Arbeit bewältigen lassen?

¹¹³² Rosenberg (1962) 666.

¹¹³³ Zitiert nach Krauss (1997) 151.

¹¹³⁴ Rosenberg an die Mitglieder des Zonenvorstands und der Bezirksleitungen, 2.11.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 6, Bl. 66–68.

Angesichts der Zerstörungen von Straßen und Schienen und der Überfüllung der vorhandenen Züge wäre ansonsten an die Abhaltung regionaler Konferenzen kaum zu denken gewesen. Jede überörtliche Arbeit setzte aber voraus, dass eine gewisse Infrastruktur gegeben war. Somit erleichterte die Zuteilung von Dienstwagen und Benzin seitens der Militärbehörden den Aufbau einer zonalen Gewerkschaftsbewegung. Schon dieses Beispiel verdeutlicht, dass Rosenberg in seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht dort weitermachen konnte, wo er 1933 aufgehört hatte.¹¹³⁵

Zunächst waren die grundlegendsten Dinge einer geregelten Arbeit zu organisieren. So berichtete Hansen denn auch wenig Erfreuliches auf eine Anfrage von Werner Fliess in London, wie „es Dir und den vielen Londoner Mitarbeitern, die jetzt in Bielefeld gelandet sind“, ginge: „Sie sitzen alle hier im Buero und zittern sich warm. Bisher ist es uns naemlich noch nicht gelungen, einen Ofen oder Heizung fuer unser Buero zu bekommen.“¹¹³⁶ Der hereinbrechende Winter, einer der kältesten des Jahrhunderts, ließ da nichts Gutes erwarten. Darüber hinaus war die Büroorganisation kaum über ihre Anfänge hinausgekommen. Zwar wurde das Bielefelder Sekretariat bereits im Juni 1946 eröffnet, doch noch immer waren die verschiedenen Abteilungen nicht besetzt. Zugleich erweiterten sich seine Aufgaben ständig, sodass an den Ausbau zu einem Bundessekretariat gedacht wurde.¹¹³⁷ Rosenberg, der sich noch von London aus für eine Abteilung hatte entscheiden sollen, die er zu leiten hätte, kam das gelegen, konnte er doch fortan sein Steckenpferd Wirtschaftspolitik reiten. Allerdings musste er zunächst gleich mehrere Abteilungen übernehmen: Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, gewerkschaftliches Bildungswesen und darüber hinaus auch den Bereich Organisationsaufgaben. Hansen erklärte es ihm gegenüber damit, „weil das Sekretariat noch nicht so weit aufgebaut ist, dass die verschiedenen Abteilungen personell aufgeteilt sind. Das Sekretariat geht gerade durch seine Geburtswehen, mit all seinen Schmerzen und Schwierigkeiten, aber auch allen interessanten Perspektiven und Aufgaben, die sich daraus ergeben, dass man etwas Neues formen kann.“¹¹³⁸

Und diese Möglichkeit, daran mitzuwirken, wie etwas Neues entstand, war es, die auch Rosenberg augenscheinlich faszinierte an seiner neuen

¹¹³⁵ Vgl. Herbert Weichmann an Otto Braun, 29.4.1945, in *Schicksale deutscher Emigranten* 56. Weichmann schrieb: „Keiner von den politischen Fluechtlingen wird im Triumph zurueckkehren und anfangen koennen, wo er aufgehoert hat.“

¹¹³⁶ Fliess an Hansen, 6.10.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Hansen, Kasten 19; Hansen an Fliess, 19.10.1946, ebd.

¹¹³⁷ Vgl. Rosenberg an Walter Weizel, 21.10.1946, ebd., Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 5, Bl. 105; danach stand der Ausbau in wenigen Wochen bevor.

¹¹³⁸ Hansen an Rosenberg (offiziell), 6.7.1946, ebd., 5/DGAC 2, Bl. 263 f.

Tätigkeit, der er sich „mit ganzer Leidenschaft widmete“.¹¹³⁹ Hansen, der sich in Köln aufhielt, als Rosenberg zurückkehrte, hatte seinem Kollegen bereits eine Liste mit Tagungen und Besprechungen zurückgelassen, auf die dieser sich mit Unterstützung Ingrid Sieders vorbereiten sollte.¹¹⁴⁰ Sofort machte sich Rosenberg auch daran, geeignete Abteilungsleiter zu gewinnen, so schrieb er seinen früheren Mentor Professor Herschel an, ob er die Abteilung Arbeitsrecht übernehmen wolle. Die auf ihn zukommende Arbeit nannte er eine „dankenswerte Aufgabe“, und er werde „sicherlich eine ganze Reihe früherer Bekannter hier wiederfinden“.¹¹⁴¹ Herschels Reaktion ist nicht überliefert, im Januar 1947 jedenfalls war er für das Zentralamt für Arbeit in Lemgo, später für das Verbindungsbüro des Internationalen Arbeitsamtes in Frankfurt am Main tätig. Rosenberg wandte sich auch an Walter Weizel, Professor in Bonn, bat ihn, ihm geeignete Personen, die für die Leitung der Abteilungen Sozialpolitik, Arbeitsrecht und Bildungswesen in Frage kämen, sowie jüngere Kräfte für die zweite Reihe zu nennen, und führte aus: „überhaupt sollen, wo immer möglich, aufgeschlossene jüngere Fachleute den Vorzug haben. Wo natürlich die Erfahrung bei Älteren (für die Leitung) überwiegt, werden diese wohl in Frage kommen.“¹¹⁴²

Es galt, sich ständig in neue Programme, Entwürfe und Ausarbeitungen einzuarbeiten, die von dritter Seite an ihn herangetragen wurden. Zugleich wurde er schon früh mit der Ausarbeitung eigener Materialien beauftragt. Rosenbergs Abteilung für Wirtschaftspolitik stand ein Wirtschaftspolitischer Ausschuss zur Seite, dem neben Rosenberg unter anderem Erich Potthoff, Heinrich Sträter, Albert Martmöller und Franz Rosenbruch angehörten. Rosenberg eröffnete die erste Sitzung des Ausschusses am 8. und 9. November 1946 in Brackwede bei Bielefeld und schlug die Wahl eines Vorsitzenden vor. Für sich selbst lehnte er diese Position ab, da er die wirtschaftspolitische Abteilung im Zonensekretariat leite und jemanden von außerhalb für die Position wolle. Gewählt wurde schließlich Potthoff. Rosenberg hingegen übernahm, wie es das Protokoll vermerkt, die „fachmäßige Bearbeitung aller den wirtschaftspolitischen Ausschuss betreffenden Fragen“. Der Ausschuss befasste sich unter anderem mit Problemen der Sozialisierung, der „Entnazisierung“, der Demontage, aber auch der Mitwirkung der Gewerkschaften in der Zweizonenverwaltung, die zum 1. Januar 1947 gebildet worden war. Da hierbei Kompetenzschwierigkeiten zwischen den

¹¹³⁹ *Akademie Kontakte der Kontinente* 10.

¹¹⁴⁰ Hansen an Rosenberg 20.9.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 2, Bl. 266 f.; ders. an dens., 21.9.1946, ebd., Bl. 268.

¹¹⁴¹ Rosenberg an Herschel, 19.10.1946, ebd., 5/DGAC 5, Bl. 91. – Rosenberg siezte ihn, redete ihn jedoch recht informell mit „Lieber Herr Professor Herschel“ an.

¹¹⁴² Rosenberg an Walter Weizel, 21.10.1946, ebd., Bl. 105.

Gewerkschaften und den politischen Parteien befürchtet wurden, einigte sich der Ausschuss auf die pragmatische Formel: „den Parteien, was der Parteien Aufgaben sind, den Gewerkschaften, was der Gewerkschaften Aufgaben sind“. Unter den letzteren wurde verstanden, „die politische Demokratie durch Demokratie in der Wirtschaft (Wirtschaftsdemokratie) zu verwirklichen und zu sichern“. Die Klärung der Frage, welche Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten den Gewerkschaften und den Parteien zustanden, verlange, so der Ausschuss, „nach einer Klärung des Begriffes «Wirtschaftsdemokratie», die sich keineswegs in dem Begriff der Demokratie im einzelnen Betriebe erschöpfen darf“. Daraufhin beauftragte der Ausschuss Rosenberg und Potthoff damit, Material für eine Sondersitzung des Ausschusses zum Thema Wirtschaftsdemokratie vorzubereiten. Potthoff hatte derweil die Aufgabe übernommen, sich mit Fragen der Demokratie im Betrieb zu beschäftigen.¹¹⁴³

Und bereits auf der nächsten Sitzung fünf Wochen später am selben Ort konnte Rosenberg den Ausschussmitgliedern ein elfseitiges Papier mit dem Titel „Wirtschaftsdemokratie. Vorschläge zum Aufbau einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung und ihrer Stellung zu den Behörden“ vorlegen, das ausführlich diskutiert wurde und bereits im Januar 1947 unverändert in den Druck ging.¹¹⁴⁴ Da sich das Wesen der Wirtschaft grundsätzlich von dem des politischen Sektors unterscheidet, müsse eine Synthese gefunden werden „zwischen den notwendigen politisch-parlamentarischen und den erforderlichen selbstverwaltungsmäßig zu schaffenden Zuständigkeiten“. So wie die Selbstverwaltungsorgane der demokratischen Wirtschaft ihren Platz in der Exekutive finden müssten, so müssten die Parlamente die Richtlinien der Wirtschaftspolitik festlegen. Daraus ergebe sich ein „System von doppelter Kontrolle und einheitlicher Lenkung für die Wirtschaft“. Eine wesentliche Rolle spielen darin die Kammern, die von den Kommunen bis hinauf auf die Reichsebene gebildet und aus den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften paritätisch besetzt werden sollten. Sie hätten die Aufgabe, nicht mehr nur das Unternehmertum, sondern alle in der Wirtschaft tätigen, von ihr abhängigen Menschen zu vertreten. „Es handelt sich nicht mehr um Berufs- und Standesinteressen, es geht nicht mehr um «Interessengruppen», sondern um eine demokratische Wirtschaftspolitik, um die Eingliederung jedes Wirtschaftszweiges allerorts in den grossen Plan, in

¹¹⁴³ Bericht über die Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Gewerkschaften in der Britischen Zone am 8. und 9. November 1946 in Brackwede bei Bielefeld, Protokollant Rosenberg, ebd., 5/DGAC 000005, Bl. 180–183

¹¹⁴⁴ Rosenberg, Wirtschaftsdemokratie. Vorschläge zum Aufbau einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung und ihrer Stellung zu den Behörden, Dezember 1946, ebd., Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 25; *Rosenberg (1947c)*. Zwar erschien letzteres Papier ohne Verfasserangabe, jedoch stimmt es wortgleich mit Rosenbergs Vorlage überein.

dessen Mittelpunkt nicht das Interesse einer Gruppe, eines Wirtschaftszweiges, ja nicht einmal entscheidend das Interesse der Wirtschaft als Ding an sich mehr steht – sondern der Mensch – das Volk. Nicht Wirtschaft um der Wirtschaft – sondern Wirtschaft um des Menschen willen.“¹¹⁴⁵

Ausgiebig diskutierte der Ausschuss Rosenbergs Vorlage, die er den Mitgliedern nebst einigen Gästen, darunter solchen vom Zentralamt für Wirtschaft in Minden, in einem Referat noch einmal nahebrachte, und begrüßte sie einhellig. Die Vorlage solle bei weiteren Besprechungen zur Klärung einiger Detailfragen sowie bei der Klärung der Frage, wie die Gewerkschaften an den Industrie- und Handelskammern beteiligt werden sollten, als Grundlage dienen.¹¹⁴⁶ Auch auf seiner nächsten Sitzung behandelte der Ausschuss das Thema Wirtschaftsdemokratie und orientierte sich dabei an Rosenbergs Ausarbeitungen.¹¹⁴⁷ Zwischen November 1946 und Mai 1947 tagte der Ausschuss insgesamt sieben Mal, bis seine Aufgabe dem neu gegründeten Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften in Köln übertragen wurden und Böckler die Leitung dieser Aufgaben im Bundesvorstand übernahm. Zudem war beabsichtigt, auf bizonaler Ebene die Ausschüsse neu zu bilden.

Dennoch beschloss der Ausschuss, weiterhin zu tagen. Als Gründe wurden genannt: „die besonders gute Zusammenarbeit und die Notwendigkeit, einen Ausschuß zu haben, der sich mit den im hiesigen Industriegebiet besonders dringenden Fragen befaßt“.¹¹⁴⁸ Doch verlief die Übergabe der Tätigkeit nicht reibungslos. Einen von Rosenberg und dem Ausschuss zuletzt noch erarbeiteten Gesetzentwurf für die Errichtung von Wirtschaftskammern habe der Bundesvorstand – so Rosenberg mahnend – noch immer nicht beantwortet. Erläuternd fügte er hinzu: „Es ist mir bekannt, daß sowohl im VAW [Verwaltungsamt für Wirtschaft] als auch bei den Parteien auf diese klare B[undesvorstands-]Vorlage gewartet wird, da man außer allgemeinen Erklärungen bisher

¹¹⁴⁵ Ebd. 3 ff. – Rosenbergs Vorstellungen vom Neuaufbau deckten sich grundsätzlich mit denen von Viktor Agartz aus dem Jahre 1946, als dieser das Zentralamt für Wirtschaft in Minden leitete. Vgl. *Koolen* 90. Inwieweit sich Rosenberg Elemente der Agartz'schen Theorie zunutze machte, lässt sich nicht feststellen. Agartz war jedenfalls bei den Beratungen des wirtschaftspolitischen Ausschusses nicht zugegen, jedoch einige seiner Mitarbeiter.

¹¹⁴⁶ Bericht über die 2. Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses am 13./14.12.1946 in Brackwede, 2.1.1947, DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 230, Bl. 14–16.

¹¹⁴⁷ Bericht über die 3. Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses am 17./18.1.1947 in Bremen, ebd., Bl. 12. Rosenbergs Entwurf liegt der Akte nicht bei.

¹¹⁴⁸ Rosenberg an DGB-Bundesvorstand, 27.5.1947, ebd., 5/DGAC 386, Bl. 240; Rosenberg an Böckler, 4.6.1947, ebd. 246–248.

keine detaillierte Vorlage von dem hat, was die Gewerkschaften sich wirklich unter Wirtschaftskammern vorstellen, und da befürchtet wird, daß die in unserer Broschüre «Wirtschaftl[iche] Selbstverwaltung» dargelegten Gedanken in den verschiedenen Landtagen in verschiedener Form Gesetz werden könnten (es schweben bereits solche Arbeiten in Hamburg, Bremen und anscheinend in Schleswig-Holstein). Es erscheint also dringend notwendig, daß der Öffentlichkeit schnellstens eine solche Vorlage von uns übergeben wird.“ Folglich drängte Rosenberg auf Veröffentlichung der Vorlage.¹¹⁴⁹

Ein weiteres Mal sollte er sich 1948, nun bereits in seiner Funktion als Sekretär des Gewerkschaftsrates der Vereinigten Zonen in Frankfurt am Main, programmatisch zum Thema Wirtschaftsdemokratie äußern. Seine im Kölner Bund-Verlag der Gewerkschaften erschienene Broschüre mit dem Titel „Vom Wirtschaftsuntertan zum Wirtschaftsbürger“ stellte er unter das Motto George D. H. Coles, eines der führenden Fabians: „Die Massen sind nicht Sklaven, weil sie arm sind, sondern arm, weil sie Sklaven sind.“ Die Broschüre zeugte von Anleihen an Naphtali Rössiger und die Fabians und eigenen Erwägungen gleichermaßen. Noch einmal benannte er den „Gegensatz zwischen vom Volk bestimmter Politik und einer diesem demokratischen Prinzip nicht unterworfenen Wirtschaft“. Dieser Konflikt müsse auf Dauer zu Gunsten der einen oder der anderen Seite entschieden werden. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie sah er wesentlich hierin begründet: „Die Weimarer Republik, die politisch die freieste Verfassung der Welt schuf, die aber nicht im Stande war, die Schlüsselstellungen der Wirtschaft zu erobern, ging letzten Endes an dieser ihrer Unfähigkeit zu Grunde. Eine autokratisch regierte Wirtschaft machte die politischen Absichten des Volkes und seines Staates zunichte, sobald sie ihrer eigenen Politik nicht entsprachen. Ohne Rücksicht auf das Gesamtinteresse und die politischen Ziele des Staates wurde diese Politik nach eigenen wirtschaftlichen[,] aber durchaus nicht immer volkswirtschaftlichen Regeln geführt. Als schließlich die Gefahr bestand, daß die durch diesen Zwiespalt geförderte soziale Not im Wege revolutionärer Entwicklungen zu einer politischen Eroberung der Wirtschaft hätte führen können, griff man zum Mittel des Staatsstreiches, um von Seiten der Wirtschaft die Entscheidung zu erzwingen, die man weder parlamentarisch noch sonst auf friedlichem Wege erreichen konnte. Daß später die Geister, die man rief, nach Gesetzen handelten, die stärker waren als jene, die glaubten[,] ihre Meister sein zu können, ist eine Fehlkonstruktion bei der Durchführung

¹¹⁴⁹ Rosenberg an Böckler, 13.6.1947, ebd., Bl. 266.

eines sonst logischen Vorhabens.“¹¹⁵⁰

Rosenberg widersprach der in der politischen Linken landläufigen Ansicht, dass der Sozialismus der natürliche Erbe des Kapitalismus sei. In der Sowjetunion sei an die Stelle des Privatkapitalismus der Staatskapitalismus getreten, aber auch in den großen Wirtschaftsunternehmen kapitalistischer Staaten sei eine „Entpersönlichung“ der Leitung der Betriebe zu beobachten. Unter Rückgriff auf den US-Volkswirtschaftler James Burnham und dessen 1941 erstmals erschienenenes Werk „Das Regime der Manager“¹¹⁵¹ glaubte Rosenberg eine „Diktatur der Fachleute“ zu erkennen, die über die eigentlichen Kapitalisten, die Geldgeber, dominierten. Im Unterschied aber zu Rudolf Hilferding, der in seiner Theorie des „Organisierten Kapitalismus“ Jahrzehnte zuvor bereits ähnliche Prozesse erkannte und zu Vorstufen einer sozialistischen Wirtschaftsordnung erklärte, hielt Rosenberg die Annahme, dass die Herrschaft der Manager zwangsläufig zu einer sozialistischen Wirtschaft führen werde, für falsch. Im Gegenteil, er erkannte große Gefahren für das Bestehen und das wirksame Funktionieren der Demokratie darin, „daß letzten Endes das Schicksal der Menschen von technischen Sachverständigen bestimmt wird und nicht von den Völkern selbst“. Auf mittlere Sicht laufe diese Entwicklung darauf hinaus, dass Staat und Wirtschaft, politische und wirtschaftliche Bürokratie die Herrschaft des Volkes immer weiter beschnitten und sich schließlich die Herrschaft über das Volk unter einander aufteilten. Dadurch entwickle sich der einzelne Mensch immer mehr zu einem Wirtschaftsuntertanen.¹¹⁵²

Die Beschränkung demokratischer Regeln und Freiheiten allein auf den politischen Sektor reiche nicht aus, die „Frage nach der Verwirklichung der Demokratisierung der Wirtschaft [steht] im Vordergrund der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe“. „Politische Rechte“, führte Rosenberg weiter aus, „bedeuten nichts, wenn sie praktisch nicht wirksam werden können. Sie können sich nicht voll auswirken, solange das Leben der Menschen, die politisch frei handeln wollen, wirtschaftlich Bedingungen unterliegt, auf die sie praktisch nur geringen Einfluß haben. Wenn das Entscheidende von Kräften bestimmt wird, die sich dem Einfluß des Willens der politisch handelnden Menschen entziehen, wenn tatsächlich die Wirklichkeit neben dem Plan eigene Wege geht – wird politische Demokratie weitgehend illusorisch.“ Ziel einer wirksamen Gegenbewegung sei nicht die Gewaltlösung des Staatskapitalismus, sondern die längerfristige Wandlung, „die mit der wirtschaftlichen Mündig-

¹¹⁵⁰ Rosenberg (1948) 3 ff.

¹¹⁵¹ Burnham. Das Original erschien 1941 in den USA unter dem Titel „The Managerial Revolution“, eine deutsche Übersetzung 1948.

¹¹⁵² Rosenberg (1948) 6 ff.

keitserklärung der Mehrheit des Volkes die Demokratie, das heißt die Volksherrschaft, verwirklicht und im echten Sinne des Wortes eine revolutionäre Konsequenz aus den Proklamationen der Grundrechte des Menschen für unsere Zeit zieht".¹¹⁵³ Mitbestimmung und wirtschaftliche Selbstverwaltung – den Kern des Konzeptes sollte also auch hier ein ausgeklügeltes Kammernsystem bilden – seien die geeignetsten Wege zur Erreichung einer demokratischen Wirtschaftsordnung, erläuterte Rosenberg, nicht ohne vor totalitären wie vor undemokratisch korporatistischen Lösungen eindringlich zu warnen. Jedoch dürfe die Wirtschaftsdemokratie nicht vor dem Betriebstor halt machen, denn „Wirtschaftsuntertanen – und das ist jeder Einzelne in seinem Betriebe und nicht in der Wirtschaft allein – müssen zu Wirtschaftsbürgern werden, wenn die Demokratisierung der Wirtschaft einen Sinn haben soll.“ Demokratie stellt in Rosenbergs Augen keine Regierungsform, sondern – im Sinne des US-amerikanischen Philosophen John Dewey – einen Lebensstil dar, der alle Bezirke des menschlichen Daseins erfassen und mit demokratischem Geist füllen müsse.¹¹⁵⁴ Aufgrund dieser Verknüpfung wirtschaftsdemokratischer und individueller politischer Bürgerlichkeit ist auch Paul Noltes Einschätzung nur bedingt zuzustimmen, wonach sich Rosenbergs Konzept lediglich an die wirtschaftsdemokratischen Programmatik der Weimarer Republik anlehne, ohne die rechtliche Emanzipation und die staatsbürgerliche Partizipation einzubeziehen. Für Nolte ist Rosenbergs Konzept dasjenige, das „[a]m deutlichsten und vermutlich auch am einflußreichsten, nimmt man die Vielzahl der direkten und indirekten Bezugnahmen zum Maßstab“, die „semantische Verbürgerlichung des Arbeiters“ betreibe und den „sich zu politischer Mündigkeit aufschwingenden Proletarier der Weimarer Republik“ anspreche.¹¹⁵⁵

Rosenberg handelte im Sinne seines Programms konsequent, als er dem Bundesvorstand den Vorschlag unterbreitete, gegen die Demontage bestimmter Unternehmen nicht nur zu protestieren, sondern zugleich die Forderung nach ihrer Vergesellschaftung vorzutragen. Mit der Ablehnung seines Vorschlags kam der Widerstand der Gewerkschaften gegen die Demontage letztlich allein den Eigentümern der Unternehmen zugute.¹¹⁵⁶ Konnte Rosenberg in Fragen der Wirtschaftsdemokratie zwar die gewerkschaftliche Programmatik entscheidend mitbestimmen, so wurden ihm doch hinsichtlich der tatsächlichen Umsetzung Fesseln angelegt. An anderer Stelle warnte Rosenberg vor den unabsehbaren Folgen unkontrollierbarer Arbeitskämpfe. Schon im Ok-

1153 Ebd. 16 f.

1154 Ebd. 26, 29.

1155 Nolte 357 f., 361.

1156 Uellenberg-van Dawen 109 f.; vgl. auch Mielke 71 f.

tober 1946 hatte Hansen gegenüber Walter Fliess seine Befürchtungen angesichts der ungewissen Ernährungslage geäußert: „Wir sind ueberhaupt sehr besorgt, was in der britischen Zone in den naechsten Monaten sich ereignen wird. Zwar haben wir jetzt das Versprechen der Erhoehung der Rationen erhalten, aber gleichzeitig kommen von allen Seiten die Nachrichten, dass die vorhandenen Lebensmittelvorraete nicht ausreichen, um diese Erhoehung tatsaechlich durchfuehren zu koennen.“¹¹⁵⁷ Im Februar 1947, als bereits absehbar war, dass die Rationen im kommenden Monat noch einmal gekürzt werden sollten, diskutierte der wirtschaftspolitische Ausschuss über die kommende Entwicklung. Allgemein, so berichtete Rosenberg in einem vertraulichen Brief an den Bundesvorstand, erwarteten die Ausschussmitglieder wilde Streiks und Arbeitsniederlegungen, die von den Gewerkschaften unter Kontrolle gehalten werden müssten. Doch sei es notwendig, „dem Ausland durch unmissverständliche Handlungen den Ernst der Lage klar zu machen“. Der Ausschuss bitte daher den Zonenvorstand, einen kontrollierten zehn- oder 24-stündigen Proteststreik für den Fall weiterer Lebensmittelverschlechterungen zu erwägen. Auf Rosenbergs Initiative habe sich der Ausschuss jedoch zu folgendem Vorschlag entschlossen: Zunächst solle, um der britischen Arbeiterregierung „nicht noch zusätzlich politische Schwierigkeiten zu bereiten“, der TUC über die Ernährungslage informiert werden, der wiederum auf die Labour-Regierung Einfluss nehmen solle.¹¹⁵⁸ Rosenberg versuchte mithin, die Situation noch dadurch zu entschärfen, dass er den befürchteten Streiks durch Verhandlung und eine einvernehmliche Lösung mit der Militärverwaltung vorgreifen wollte, um der peinlichen Kalamität auszuweichen, als Gewerkschafter einer Labour-Regierung Schaden zuzufügen.

1948 sah die Situation anders aus. Seit der Währungsreform am 20. Juni waren die Preise stark gestiegen, während die Arbeitnehmereinkünfte noch immer einem in die NS-Zeit zurückreichenden Lohnstopp unterworfen waren. Ein von den Gewerkschaften für den 12. November geplanter Generalstreik, der aufgrund alliierter Intervention zur „Demonstration des gewerkschaftlichen Willens“ umgenannt werden musste, richtete sich in erster Linie gegen die Preistreiberei und die mangelnde Kontrolle der Preisgestaltung, darüber hinaus forderte er die Überführung der Grundstoffindustrien und Kreditinstitute in Gemeineigentum, die Demokratisierung der Wirtschaft, die „gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung“ und schließlich die Inkraftsetzung der Länder-

¹¹⁵⁷ Hansen an Fliess, 19.10.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Hansen, Kasten 19.

¹¹⁵⁸ Rosenberg an den Zonenvorstand der Gewerkschaften, 19.2.1947, ebd., Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 67, Bl. 46.

gesetze zu Vergesellschaftung und Wirtschaftsdemokratie. Verfasser des Anfang November vorgelegten Aufrufs waren Tarnow und vor allem Rosenberg,¹¹⁵⁹ dessen Schrift „Vom Wirtschaftsuntertan zum Wirtschaftsbürger“ wenige Tage zuvor erschienen war. Offiziell richtete sich der Streik an die Alliierten, doch in erster Linie sollte er den deutschen Unternehmern und dem Handel zur Warnung dienen.

Was war es nun, das Rosenberg für seine Tätigkeit als Sekretär der Gewerkschaften der britischen Zone, später auch der Bizone, geeignet erscheinen ließ? Er selbst führte später dazu aus: „Ich habe dann diese Kontakte mit dem Kollegen Hansen zu den englischen Behörden gehabt. Dabei hat uns beiden geholfen, daß wir also verstanden, wie man mit Engländern spricht, denn man muß ja die Mentalität der Menschen kennen, und haben auf diese Weise sehr viel dazu beitragen können, Schwierigkeiten, die zwischen der Besatzungsbehörde und den Gewerkschaften zunächst selbstverständlich durch Mißtrauen und Angst bestanden, auszuräumen.“¹¹⁶⁰ Rosenberg brauchte, wie andere Gewerkschaftsführer auch, nicht eine Nazi-Vergangenheit durch besonders katzbuckliges Verhalten auszugleichen. Hinzu traten seine unbeeindruckte Art und seine hervorragenden Englischkenntnisse.

Gerhard Beier schilderte in seinem Porträt Rosenbergs eine Begebenheit aus dessen Tätigkeit für den bizonalen Gewerkschaftsrat in Frankfurt am Main, wonach Rosenberg ohne weitere Unterstützung von Seiten der Gewerkschaften mit General Lucius D. Clay, dem US-Militärgouverneur in Deutschland, zu verhandeln hatte. Clay verlangte von Rosenberg eine Stellungnahme des DGB für den Wirtschaftsrat, das bizonale Quasi-Parlament. Nachdem sich Rosenberg geweigert hatte, fragte der General befehlend: „Who is the Commander?“ Rosenberg, der sich nicht einschüchtern ließ, antwortete, entweder werde echt verhandelt oder Clay müsse ihn einsperren lassen, ein amerikanisches Gefängnis fürchte er jedoch nicht. Schließlich forderte er Clay auf, sich in seine Lage zu versetzen – ohne Uniform und Besatzungsautorität. Daraufhin Clay: „Have a cigarette ...“¹¹⁶¹ Das ließ sich der Kettenraucher Rosenberg sicher nicht zweimal sagen.

Ob wahre Begebenheit oder erdichtete Anekdote – die Episode fügt sich nahtlos in die Schilderung ein, die die US-Militärs nach dem Demon-

¹¹⁵⁹ So jedenfalls *Beier (1975)* 41.

¹¹⁶⁰ *SFB-Rundfunkinterview (1969)* 5.

¹¹⁶¹ *Beier (1982b)* 154. – Rosenberg schildert die Begebenheit auch an anderer Stelle mit ähnlichen Worten, ohne dass der Zusammenhang deutlich wird. *SWF-Rundfunkinterview (1973)* 17; vgl. auch *Akademie Kontakte der Kontinente* 11. Auf Clay wiederum scheint sie weit weniger Eindruck gemacht zu haben, in seinen Erinnerungen an seine Zeit in Deutschland findet sich kein Wort zu Rosenberg. *Clay*.

strations- und Generalstreik der deutschen Gewerkschaften vom 12. November 1948 von Rosenberg gewannen. Er galt ihnen als ein zäher Verhandlungspartner, ja in Clays Augen sei er gar ein überzeugter Sozialist, der versuche, die US-Amerikaner von ihren Positionen, die sich gegen sozialistische Maßnahmen richteten, abzubringen. Und Robert D. Murphy, politischer Berater des Militärgouverneurs Eisenhower, fügte hinzu, Rosenberg greife das freie Unternehmertum an jedem Winkel an.¹¹⁶² Offenbar verstand es Rosenberg, mit den Besatzungsbehörden auf Augenhöhe zu verhandeln und diese dadurch in Erstaunen zu versetzen.

Das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der konservativ ausgerichteten britischen Militärverwaltung, die die Gewerkschaftsbildung zunächst eher erschwerte denn förderte, gestaltete sich zu keinem Zeitpunkt konfliktfrei. In Rosenbergs Erinnerung gab es „eigentlich ununterbrochen Reibungen mit den Alliierten“. Vor allem lokale Kommandanten hätten zuvörderst ein Interesse daran gezeigt, „daß der Laden funktioniert“.¹¹⁶³ Doch konnten die Gewerkschaften, und hier insbesondere die zurückgekehrten Exulanten unter ihnen, dem entgegen wirken, indem sie ihre Verbindungen zu den alliierten Regierungen nutzten: „Wenn das nämlich hier nicht mehr weiterlief mit den Engländern oder den Amerikanern, dann hat man das eben über London und über Washington versucht und hat dort unsere Freunde und Menschen, die uns verständnisvoll gegenüberstanden, nicht wahr, in Bewegung gesetzt, um diesen Unsinn in den einen oder anderen Taten manchmal zu verhindern oder abzuwenden, zum Beispiel in der Demontage.“¹¹⁶⁴ Und in der Tat gelang es Gewerkschaftern wie Hans Gottfurcht, die in ihren Zufluchtsländern verblieben oder in internationale Gremien in anderen Ländern gewechselt waren, hochrangige Einflussarbeit zu leisten.¹¹⁶⁵ Eine andere Möglichkeit der Einflussnahme bestand darin, diejenigen in der Militärverwaltung anzusprechen, die die deutschen Gewerkschafter aus dem Exil kannten, die selbst Gewerkschafter waren oder gar naturalisierte Briten deutscher Herkunft, die „manche verrückten Ideen irgendwelcher «Nur-Offiziere» abmildern und in das rechte Maß bringen konnten“.¹¹⁶⁶

Aber auch zu manchen dieser Offiziere entwickelte Rosenberg freundschaftliche Beziehungen, so zu Frank Kenny, drei Jahre älter als dieser, bis 1945 stellvertretender Arbeitsamtsdirektor im englischen Hull, seit

¹¹⁶² Staff Meeting, Frankfurt am Main, 8.1.1949, National Archives, Washington, D.C., Kopie im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 12.

¹¹⁶³ *SWF-Rundfunkinterview (1973)* 14.

¹¹⁶⁴ *Gespräch mit Ludwig Rosenberg (1974)* 39.

¹¹⁶⁵ Siehe dazu *Röder (1998)* 27.

¹¹⁶⁶ *SFB-Rundfunkinterview (1969)* 5.

August 1945 in Deutschland mit der Aufgabe betraut, die deutschen Gewerkschaften in der Provinz Nordrhein wiederherzustellen, seit November 1945 im Hauptquartier der Manpower Division in Lemgo, wo er mit der gleichen Aufgabe für Britische Zone betraut war. Kenny arbeitete dabei eng mit Böckler und seinen Mitarbeitern zusammen und half auch bei der Freigabe der von den Nazis geraubten Gewerkschaftsvermögen und bei dem Wiederanschluss an die internationalen Gewerkschaftsverbände.¹¹⁶⁷ In einem Brief an Heinz Oskar Vetter, seinen Nachfolger im Amt des DGB-Vorsitzenden, erinnerte Rosenberg an Kennys bevorstehenden 70. Geburtstag und erläuterte, in der Absicht, dessen Wirken von gewerkschaftlicher Seite gebührend geehrt zu wissen: „Ich weiß nicht, ob Dir aus früherer Zeit Frank Kenny bekannt ist. Aber er ist ein sehr enger Freund von Hans Böckler gewesen und hat in der Zeit nach dem Kriege als Berater für Gewerkschaftsfragen beim Britischen Hohen Kommissar Robertson sowie nachher als Sozialattaché bei der Britischen Botschaft wirklich außerordentlich vieles getan, um den deutschen Gewerkschaftern, insbesondere hier im Ruhrgebiet, zu helfen. Ich selbst kann im Augenblick gar nicht all die Einzelheiten aufzählen, in denen er sich gegen die Absichten der Militärverwaltung in unserem Interesse und im Interesse der deutschen Ruhrwirtschaft durchgesetzt hat.“¹¹⁶⁸

Und als Kenny, der später nach seiner Zeit als Sozialattaché der britischen Botschaft in Bad Godesberg wohnen blieb, wo er schließlich 1973 verstarb, sich bei Rosenberg darüber beklagte, dass der britische Gewerkschafter John Price die Meinung vertreten habe, Struktur und Konstruktion der deutschen Gewerkschaften nach 1945 stammten von dem britischen Industriellen Sir Paul Chambers, stimmte Rosenberg Kenny zu und erinnerte daran, beides ginge auf die Vorstellungen der deutschen Gewerkschafter innerhalb Deutschlands und im Exil, vor allem der englischen und schwedischen, zurück. Und fuhr fort: „Inwieweit die britische Militär-Regierung oder auch die US-Militär-Regierung darauf Einfluß zu nehmen suchte, weißt Du selbst, und Du weißt auch, daß im Grunde genommen besonders die britische Militär-Regierung wesentlich durch Deine Mitarbeit und Dein Verständnis keine grundsätzlichen Schwierigkeiten für diese Struktur und Konstruktion machte. Das alles brauche ich Dir gar nicht zu erzählen, denn Du hast es ja selbst erlebt. Ich weiß also wirklich nicht, wie Price auf die seltsame Idee kommt, aus-

¹¹⁶⁷ Ansprache Rosenbergs bei der Trauerfeier für Frank Kenny am 10.8.1973, AdsD, Bestand FES, NL Rosenberg, Ordner 96.

¹¹⁶⁸ Rosenberg an Vetter, 19.12.1969, ebd., Ordner 47. Ähnliche Briefe sandte Rosenberg auch an Arbeitsminister Walter Arendt („denn er ist einer unserer zuverlässigsten Freunde in bösen und schweren Tagen gewesen“) und Bundeskanzler Willy Brandt. Ebd.

gerechnet Herrn Chambers diese Dinge «anzulasten».¹¹⁶⁹



Abbildung 37: Als DGB-Funktionär am Mikrofon um 1950

Rosenbergs Tätigkeit für das gewerkschaftliche Zonensekretariat endete, kaum dass sie begonnen hatte, im Frühjahr 1947. Mit der offiziellen Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die britische Besatzungszone auf der Bielefelder Konferenz vom 22. bis 25. April 1947 verlor das Sekretariat seine Funktionen, soweit sie der institutionellen Vorbereitung eines Bundessekretariats dienten und über eine reine Verbindungsstelle zu den britischen Militärbehörden hinausgingen. Der Bundesvorstand siedelte sich in Düsseldorf an. Rosenberg hatte erwartet, wie er in einem Brief an Böckler vom April 1947 – wenige Tage vor dem Bielefelder Kongress – darlegte, dass auch ihm eine angemessene Stelle im Rheinland angeboten werde. Stattdessen habe Böckler durch Hansen anfragen lassen, „ob ich bereit waere, die Leitung einer Stelle zu übernehmen, deren Aufgabe die Verbindung der Gewerkschaften mit

¹¹⁶⁹ Kenny an Rosenberg, 4.12.1971, ebd.; Rosenberg an Kenny, 8.12.1971, ebd.

der Militaerregierung sein solle“. Rosenberg zeigte sich zutiefst enttäuscht von diesem Angebot, nannte es ein „totes Gleis“, „denn ich glaube, dass in den wenigen Monaten meiner Taetigkeit hier ich bewiesen habe, dass ich unter denkbar ungünstigen Arbeitsverhaeltnissen etwas leisten konnte“, und lehnte ab. Er hätte die Stelle jedoch angenommen, wenn man sich nicht auf die Verbindung mit der Militärregierung beschränkt hätte, sondern „eine Art Internationales Sekretariat“ hätte schaffen wollen, sodass die Aufgabe „in die tatsaechlich gestaltende Gewerkschaftsarbeit“ eingebettet sei. „Waere eine solche Anfrage an mich gerichtet worden, so haette ich wohl zustimmend darauf reagieren koennen, denn ich wüsste, dass ich diese Aufgabe zur Zufriedenheit erfüllen koennte[,] und das nicht nur durch den Zufall meiner Sprachkenntnisse, die ja schliesslich sehr nützlich sind, aber noch keine gewerkschaftliche Qualifikation darstellen.“

Er habe, so Rosenberg weiter, angefüllt von Selbstbewusstsein wie Enttäuschung gleichermaßen, angenommen, „dass man mir in der zukünftigen wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundes eine angemessene Stellung antragen würde“. Diesen Anspruch glaubte er aus seiner über 20-jährigen gewerkschaftlichen Erfahrung ableiten zu können. Bislang habe er es immer abgelehnt, daraus Forderungen abzuleiten, „haette ich das tun wollen, so haette ich mich s[einer] Z[ei]t zu entscheiden gehabt, als ich mich entschloss, nach Deutschland zurückzukehren“. Er sei keineswegs neidisch auf andere, wenn sie gute Positionen bekämen, doch möchte er nicht auf ein „totes Gleis“ abgeschoben werden. Er hoffe, so schloss er, beim Bundeskongress Gelegenheit zu finden, mit Böckler – „Wir haben noch nicht Gelegenheit gehabt, uns in engerer persoenlicher und ausserdienstlicher Form kennen zu lernen.“ – über seine weitere Verwendung sprechen zu können.¹¹⁷⁰

Trotz dieses deutlich gehaltenen Briefes blieb Rosenberg zunächst in Bielefeld. Das Zonensekretariat, das schon zuvor seinen Sitz von der Herforder Straße 45 in die Kaiserstraße 75/77 verlagert hatte, wurde zum 10. Juni 1947 aufgelöst, die Möbel ins Rheinland verbracht. Hansen war inzwischen auf den Posten des Vorsitzenden des nordrhein-westfälischen Landesbezirks des DGB gewechselt. Noch einmal forderte Rosenberg den Bundesvorstand auf, seine Position zu klären, da „ich nicht endlos zwischen zwei Stühlen und zwei Städten sitzen will“. Zwar sollte Rosenberg ab Mitte Juli in Düsseldorf tätig werden, doch ließ sich dort augenscheinlich keine Wohnung für ihn finden.¹¹⁷¹ So blieb er mit sei-

¹¹⁷⁰ Rosenberg an Böckler, undatiert [ca. 17.4.1947], DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 386, Bl. 90.

¹¹⁷¹ Vgl. Rosenberg an vom Hoff, 12.6.1947, ebd., Bl. 264. – Am 25.6.1947 teilte Rosenberg dem Hauptpostamt Bielefeld mit, das Zonensekretariat sei nach Düs-

ner Frau in Bielefeld wohnen. Ende Juni teilte Böckler ihm mit, er könne nicht – wie beabsichtigt – zur WEA-Sommerschule nach England fahren, er müsse stattdessen Böhm während dessen Urlaub in seinem Dezernat Presse und Rundfunk vertreten. Aus der Verlegenheitslösung wurde bald eine neue Stellung, am 14. August beschloss der Bundesvorstand, ihn mit der Abteilung Presse und Rundfunk zu beauftragen, die wenig später um den Bereich Werbung ergänzt wurde.¹¹⁷² Ging es zunächst um den, wie Böckler es nannte, „Ausbau eines gewerkschaftlichen Teiles am Nordwestdeutschen Rundfunk“, so kümmerte er sich alsbald auch um die Werbung für die Konsumgenossenschaften und anderes mehr. Noch im Januar 1948 war Rosenberg für die Abteilung tätig.¹¹⁷³ Zugleich kümmerte er sich weiterhin, womöglich im Rahmen der ihm von Böckler seinerzeit angetragenen Stelle, um die Verbindungen zu den Militärbehörden.¹¹⁷⁴

Bald jedoch sollte sich für Rosenberg ein neues, ihm eher gemäßes Tätigkeitsfeld eröffnen. Denn schon im September 1946, noch vor seiner Rückkehr nach Deutschland, hatten die Gewerkschaften der britischen und der US-amerikanischen Besatzungszone damit begonnen, über die Bildung eines gemeinsamen Sekretariats zu verhandeln. Wenige Wochen zuvor, im August 1946 hatten sich die Militärgouverneure beider Zonen, Clay und Robertson, auf die Rahmenbedingungen einer wirtschaftlichen Vereinigung der beiden Zonen verständigt. Hansen nahm am 18. September 1946 an einer Sitzung des Zonenausschusses der Gewerkschaften der US-Besatzungszone teil und berichtete anschließend darüber, dass die süddeutschen Kollegen, „sehr interessiert daran [sind], diese regelmäßigeren, engere Zusammenarbeit zustande zu bringen“.¹¹⁷⁵ Von den ersten Planungen sollte noch mehr als ein Jahr bis zu deren Umsetzung vergehen. Im März 1947, die Bizone war bereits zum 1. Januar in Kraft getreten, befürworteten Gewerkschafter aus beiden Zonen die Errichtung eines gemeinsamen Büros, kamen jedoch zu keinem Ergebnis.¹¹⁷⁶ Noch im August 1947 lehnte der Bundesvorstand der britischen Zone den bizonalen Zusammenschluss der beiden Gewerkschaftsbünde ab, da er „fürs erste nicht möglich und verfrüht“ sei,

seldorf verzogen, er selbst werde aber „für einige Zeit in Bielefeld bleiben“, die an ihn gerichteten Schreiben sollen deshalb an seine Privatadresse Stapenhorststraße 133 weitergeleitet werden. Ebd., Bl. 303.

¹¹⁷² Böckler an Rosenberg, 24.6.1947, ebd., Bl. 300; Protokoll der 3. Bundesvorstandssitzung, 14.8.1947, ebd., 5/DGAC 13, Bl. 9 f.

¹¹⁷³ Rosenberg an Großeinkaufsgenossenschaft Hamburg, 15.10.1947, ebd., 5/DGAC 204, Bl. 46; ders. an Remmele, Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften in Planung, Hamburg, 14.1.1948, ebd., 5/DGAC 205, Bl. 38.

¹¹⁷⁴ Siehe dazu verschiedene Belege in ebd., 5/DGAC 62.

¹¹⁷⁵ Hansen an Mitglieder des Zonenvorstandes und des Zonenausschusses, 24.9.1946, in: *Quellen zur Geschichte* VI 801, Dokument 257.

¹¹⁷⁶ Niederschrift zur Sitzung der Vertreter der Gewerkschaften der britischen und US-Zone in Frankfurt am Main, 13.3.1947, in: Ebd. 806–810, Dokument 261.

doch erneuerte er seine Zustimmung zur „Schaffung eines bizonalen Sekretariats zur Aufrechterhaltung der notwendigen Verbindungen“.¹¹⁷⁷ Doch erst im November 1947 beschloss der inzwischen gebildete Gewerkschaftsrat der Vereinigten Zonen die Errichtung eines bizonalen Sekretariats und bestimmte: „Die Kollegen Tarnow und Rosenberg sind als Sekretäre im kollegialen Sinne angestellt. Sie zeichnen Eingaben und wichtige Schriftstücke gemeinsam. Wenn zwischen ihnen kein Einverständnis erzielt werden kann, entscheidet der Gewerkschaftsrat, wenn sich nicht die vier Vorstände der Bünde vorher einigten.“¹¹⁷⁸

Auf Fritz Tarnow, den früheren Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Vorstandsmitglied des ADGB bis 1933 und Leiter der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften seit 1938, war das britische Exil nicht gut zu sprechen gewesen, doch konnten die Londoner in den Gewerkschaften der britischen Zone nicht verhindern,¹¹⁷⁹ dass die Vertreter der Gewerkschaften der US-Zone ihn in das neue Sekretariat entsandten. Ein Jahr zuvor noch, im November 1946, hatte Tarnow über Mittelsmänner – die Hamburger Franz Spliedt und Wilhelm Dörr – vergeblich versucht, mit der Leitung des zum Bundessekretariat zu erweiternden Zonensekretariats in Bielefeld beauftragt zu werden. In der Zonenvorstandssitzung vom 29. und 30. November 1946 trat Böckler sogleich diesem Ansinnen entschieden entgegen und betonte ausdrücklich, dass er seine Entscheidung nicht von Tarnows Verhalten im Exil und dessen Stellungnahme zur DAF abhängig mache, wohl aber von der Überlegung, der bereits zu beobachtenden Überalterung der Gewerkschaftsangestellten noch Vorschub leisten zu wollen. Der 66-jährige Tarnow war jedoch noch fünf Jahre jünger als Böckler selbst. Zudem brachte Böckler ein Argument vor, das schon gegen Rosenberg vorgebracht worden war, dass nämlich „vermieden werden [solle], der Bewegung Menschen aufzupropfen, die sich nicht durch die Teilnahme an der jetzigen Aufbauarbeit erneut das Vertrauen in der praktischen Arbeit erworben haben“. Was bei Rosenberg noch zu seiner vorübergehenden Degradierung in die zweite Reihe geführt hatte, schlug nun gegenüber Tarnow in offene Ablehnung um, wobei die Vorwürfe gegen dessen Unkenntnis als „Emigrant“ ebenso wie gegen dessen Alter lediglich als Mittel zum Zweck dienten, Tarnows unliebsamen Einfluss auf die deutschen Gewerkschaften gering zu halten. Ungeachtet Böcklers heftiger Kritik trug Dörr anschließend vor, „daß er von

¹¹⁷⁷ Protokoll der 2. Sitzung des Bundesvorstandes und Beirates am 28./29.8.1947 in Nienburg, DGB-Archiv im AdSD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 12, Bl. 20–22.

¹¹⁷⁸ Protokoll der 1. Tagung des Gewerkschaftsrates der Vereinten Zonen in Frankfurt am Main, 6.11.1947, ebd., 5/DGAC 447, o. Pag.

¹¹⁷⁹ Nach *Eiber (1998)* CLV stellten die zurückgekehrten Mitglieder der Landesgruppe den personellen Kern der neuen Gewerkschaften und nahmen in den Westzonen entscheidenden Einfluss auf deren Ausbau und Prägung.

dem Kollegen Tarnow beauftragt worden sei, zu erklären, daß dieser nur in das Sekretariat hineingehen werde, wenn er als Generalsekretär eingestellt würde“. Hatte Rosenberg gewisse Forderungen und Ansprüche angemeldet, ohne seine Zusage zur Rückkehr nach Deutschland davon abhängig zu machen, so trat Tarnow nun offen arrogant auf. Böckler trat Tarnows ultimativer Forderung entgegen, indem er schlicht erklärte, „dass das jetzige Zonensekretariat nicht als Bundessekretariat betrachtet werden darf“. ¹¹⁸⁰

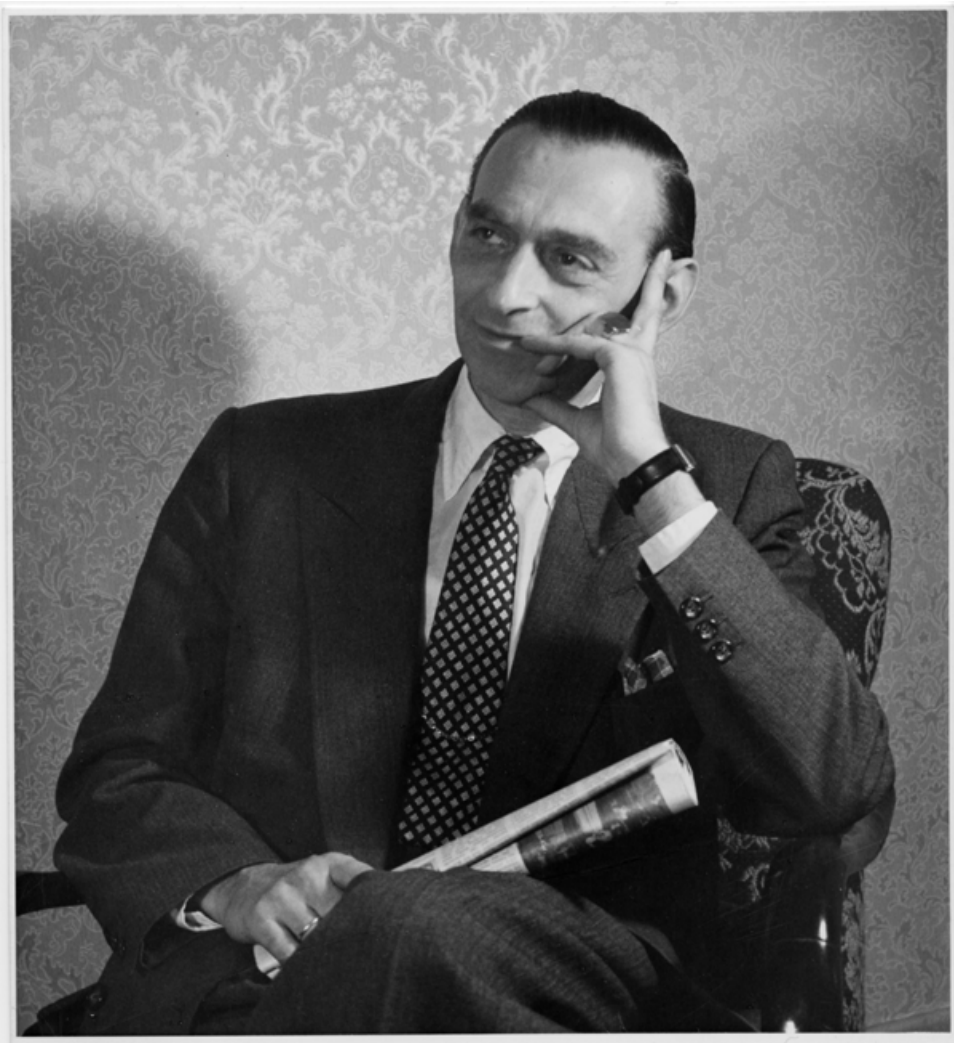


Abbildung 38: Rosenberg Anfang der 1950er Jahre, in der Hand ein Exemplar des Pariser Kuriers

Von November 1947 an musste Rosenberg jedoch mit Tarnow fast zwei Jahre lang notgedrungen zusammenarbeiten. Im Februar 1948 zogen er und seine Frau nach Frankfurt am Main. Im Laufe der kommenden Jahre erarbeitete er sich unbestritten den Ruf, neben Hansen der engste

¹¹⁸⁰ Protokoll der Sitzung des Zonenvorstandes in Hamburg, 29./30.11.1946, in: *Quellen zur Geschichte VI* 407–410, Dokument 112.

Mitarbeiter Böcklers zu sein.¹¹⁸¹ Es waren Rosenberg und Hansen, über die Böckler seine Kontakte zum TUC aufrecht erhielt. Und während Böckler in Bezug auf die Umsetzung seiner wirtschaftlichen Neuordnungspläne auf die britische Regierung setzte, so orientierte sich Tarnow an den USA.¹¹⁸² Doch verstand Rosenberg es durchaus, auch seinerseits Beziehungen über den Atlantik zu pflegen, so dolmetschte er 1948 anlässlich des Zusammentreffens einer AFL-Delegation mit Willi Richter, und es war zweifellos auch ihm zu verdanken, dass die US-Gewerkschafter einen überaus positiven Eindruck erwarben.¹¹⁸³

Mit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Oktober 1949 begann Rosenbergs 20-jährige Mitgliedschaft im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. In den ersten Jahren aufgrund seiner Sprachkenntnisse und seiner guten internationalen Kontakte mit der Leitung der Auslandsabteilung betraut,¹¹⁸⁴ wo er sich unter anderem für die Neuorganisation des Auswärtigen Dienstes, die Schaffung von Sozialreferentenstellen in den Botschaften und deren anteilige Besetzung durch die Gewerkschaften engagierte, leitete er zwischen 1954 und 1962 die wirtschaftspolitische Abteilung. Zwischen 1960 und 1962 stand er daneben dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Gemeinschaften als Präsident vor. Nachdem er bereits 1959 zum stellvertretenden DGB-Vorsitzenden gewählt worden war, bestimmten ihn die Delegierten des Hannoveraner Bundeskongresses 1962 zum Nachfolger Willi Richters im Vorsitz des Dachverbandes der deutschen Gewerkschaften. Rosenberg hatte – wie Erich Ollenhauer in der SPD – niemals einen Anspruch auf den Gewerkschaftsvorsitz geltend gemacht, musste sich nicht gegen Mitbewerber durchsetzen, sondern wuchs wie von selbst in das Amt hinein.¹¹⁸⁵

1181 *Miller (1976)* 169 f.; *Beier (1981b)* 406.

1182 Ebd. 406.

1183 Ders. (1981a) 387.

1184 So soll er den deutschen Botschafter in London, Schlange-Schöningen, nachhaltig bei der Normalisierung der deutsch-britischen Beziehungen unterstützt haben. *Akademie Kontakte der Kontinente* 11.

1185 Vgl. *Sebacher-Brandt* 229.



Abbildung 39: Porträt Ludwig Rosenbergs aus den 1960er Jahren

Zu den Erfolgen seiner Amtszeit zählen – nach langwieriger Überzeugungsarbeit auf beiden Seiten – die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik, die Schaffung eines Gremiums zur Erstellung einer gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung und die Vorbereitungen zur gesetzlichen Ausweitung der Mitbestimmung, während andererseits die Möglichkeiten des DGB zugunsten der Einzelgewerkschaften unter dem Mantel finanzieller Sparmaßnahmen massiv eingeschränkt wurden. Nach seinem Ausscheiden als Vorsitzender 1969 betätigte er sich hauptsächlich als freier Journalist, Redner auf zahlreichen – nicht nur gewerkschaftlichen – Versammlungen und Kongressen sowie als Mitglied mehrerer beratender Kommissionen, unter anderem der Kommission zur Reform des Auswärtigen Dienstes und der Wehrstrukturreformkommission der Bundesregierung, des Gewerkschaftsrates der SPD und der deutsch-israelischen Fritz-Naphtali-Stiftung.

Aktenstudium in einem Berliner Archiv

Rosenbergs Rückkehr nach Deutschland blieb überschattet von der nagenden Ungewissheit, was mit seiner Mutter und seinem Onkel geschehen war. Hoffnungen, dass sie die Shoah überlebt haben könnten, dürfte er kaum noch gehegt haben. Im Gegenteil, den Exulanten standen während des Kriegs zwar nur wenige verlässliche Berichte aus Deutschland zur Verfügung, doch Gerüchte über Massenerschießungen an Juden in den eroberten Ostgebieten erreichten schon früh das Exil. Mit dem Vorrücken der Roten Armee um die Jahreswende 1942/1943 erstarrten die Gerüchte zur Gewissheit,¹¹⁸⁶ und als im Juli 1944 in Ostpolen Majdanek befreit wurde, stand das System der Vernichtungslager deutlich vor Augen. Kaum ein jüdischer Exulant rechnete daher noch damit, seine Angehörigen lebend vorzufinden. Der deutsch-jüdische Kommunist Josef Schleifstein, der die Shoah wie Rosenberg in London überlebte, beschrieb die Situation mit den Worten: „Ich musste von vornherein annehmen, daß Mutter und Bruder deportiert waren und ich sie nicht mehr wiedersehen würde. Bei meiner Frau war es ja so: der Vater war Jude, die Mutter aber nicht. Es war eine sogenannte Mischehe. Da rechneten wir eigentlich auch nicht mehr damit, daß sie in Köln noch überlebt haben konnten. Dann war es ein Wunder, das wir uns nie vorgestellt hätten, als wir die ersten Rote Kreuz-Meldungen von der Schweiz her hörten und wir die Eltern meiner Frau auf den Überlebendenlisten in Köln fanden. [...] Aber da waren wir völlig überrascht. Wir hätten es nie für möglich gehalten. Vorher schon war uns also klar, wenn einer überlebt haben sollte, ist das wie ein Wunder. Insofern muß es uns 1944 schon deutlich gewesen sein: es ist ein System der restlosen Ausrottung.“¹¹⁸⁷

Rosenberg dachte ähnlich, auch er konnte sich keine Hoffnungen auf ein Wiedersehen machen, zumal seine Angehörigen weder in so ge-

¹¹⁸⁶ Die Union veröffentlichte am 18.12.1942 unter dem Titel „Gerechte Strafe für die Naziverbrechen an den Juden. Eine Kundgebung deutscher Sozialisten in England“ eine Erklärung, in der sie „die Empfindungen des Schmerzes, der Abscheu und der Erbitterung über den beispiellos grausamen und unfassbar unmenschlichen Vernichtungsfeldzug des Hitler-Regimes gegen die Juden in allen von Hitlerdeutschland okkupierten Ländern Europas“ zum Ausdruck brachte. Sie erneuerte zugleich ihr „Bekenntnis zu dem fundamentalen Prinzip sozialistischer Anschauungen, dass jeder Mensch, welcher Rasse oder Farbe er angehören mag, das gleiche Recht auf persönliche Freiheit, auf soziale Sicherheit und auf politische Mitbestimmung haben muss“. DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Gottfurcht, Kasten 21.

¹¹⁸⁷ *Schleifstein* 70. – Schleifstein gehörte zu jenen, die während des Kriegs mit Hilfe der von Rosenberg geführten Abteilung des britischen Arbeitsministeriums umgeschult worden waren. Nach einem Kursus im Elektroschweißen arbeitete er zunächst in einer kleinen Fabrik in Greenwich als Schweißer, bis er in einem großen Flugzeugmotorenwerk eine Anstellung als „Kontrollleur von Werkstücken und von Luft- und Wasserdruckmessungen“ fand. Ebd. 57.

nannten privilegierten Mischehen gelebt noch im Sinne der Nürnberger Rassegesetze als Halbjuden gegolten hatten. 1946, wenige Tage nach seiner Rückkehr aus dem britischen Exil, schrieb er, inzwischen Sekretär im Gewerkschaftlichen Zonensekretariat in Bielefeld, an seinen früheren Düsseldorfer Lehrer und Mentor Professor Wilhelm Herschel. Bevor er ihm sein Anliegen, ihn zur Mitarbeit im Sekretariat zu gewinnen, schilderte, deutete er ihm sein Schicksal während des „tausendjährigen Elends“ an, verzichtete jedoch darauf, ihm zu berichten, „was sich in dieser Zeit alles an privaten Dingen und privatem Unglück für mich abgespielt hat – das würde aus diesem Briefe ein wenig unterhaltsames Buch machen“.¹¹⁸⁸ Als Rosenberg in einem Berliner Amt Jahre später eine Akte in Händen hielt, die das Berlin-Brandenburger Oberfinanzpräsidium über seine Mutter und seinen Onkel angelegt hatte, fand seine qualvolle Sorge ein Ende: Vierzehn Familienangehörige, darunter seine Mutter und sein Onkel, waren dem nationalsozialistischen Völkermord zum Opfer gefallen.¹¹⁸⁹ Die Akte bot detaillierten Einblick in die letzten Wochen im Leben seiner Angehörigen und die Monate danach, „ein gespenstiger Anblick und schreckliches Symbol einer perfektionierten Vernichtung, die nicht der Willkür, sondern einem eiskalten Plan entsprach“.¹¹⁹⁰

Das erste Kapitel im Buch der Verfolgung hatte Rosenberg noch selbst miterlebt. Es spielte sich um den 1. April des Jahres 1933 ab. Mit diesem Tag begann eine lange, un stetig verlaufende Odyssee des Leidens. Mit dem so genannten Judenboykott vom 1. April 1933 wurden neben Einzelhandelsgeschäften und Arztpraxen auch jüdische Anwaltskanzleien boykottiert. Das lief wohlgeordnet und immer nach demselben Schema ab: „Einheitlich bedruckte Schilder und Spruchbänder mit den vorgeschriebenen Parolen wurden durch uniformierte Posten vor jüdischen Läden, Arztpraxen und Anwaltskanzleien aufgestellt. Lastwagen mit Sprechchören von SA- und Stahlhelm-Männern fuhren durch die Straßen und forderten die Bevölkerung auf, nicht bei Juden zu kaufen.“¹¹⁹¹ Auch über die Berliner Straße in Charlottenburg, an der Benno Leysers Anwaltskanzlei lag, hieß in der Nachtausgabe der Berliner Illustrierten vom selben Tag: „[...] der Boykott ist durchgeführt.“¹¹⁹² Neben den Klienten der Kanzlei wurden auch die Kunden der Kajot-Niederlassung und der Filiale von Loeser & Wolff im Wohnhaus Benno Leysers am Be-

¹¹⁸⁸ Rosenberg an Herschel, 19.10.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand DGB BBZ, 5/DGAC 5, Bl. 91.

¹¹⁸⁹ *Wer ist wer in Düsseldorf?*

¹¹⁹⁰ *Akademie Kontakte der Kontinente* 10. – Zwar ist die Bemerkung in der Broschüre nicht als Zitat Rosenbergs gekennzeichnet, doch kann diese Einschätzung der Akte und ihres Umfeldes allein auf dessen Schilderung fußen.

¹¹⁹¹ *Barkai (1997b)* 195.

¹¹⁹² Zitiert nach *Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg* 33.

treten der Läden gehindert. Der Boykott war Auftakt und Rechtfertigung antijüdischer Maßnahmen zugleich, der „gerechte Volkszorn“ wolle die Macht der Juden zurückgedrängt wissen, die Regierung sei gezwungen zu handeln.¹¹⁹³

Andere Maßnahmen waren dem Boykott bereits vorausgegangen. Mit Erlass vom 31. März 1933 wurde allen jüdischen Rechtsanwälten pauschal die Zulassung entzogen, lediglich dreißig sollten wieder zugelassen werden.¹¹⁹⁴ Wie wenig koordiniert die Maßnahmen der NS-Behörden waren, zeigte sich daran, dass erst im Anschluss an deren Verkündung die Art und Weise ihrer Umsetzung näher definiert und zahlreiche Ausnahmekriterien erlassen werden mussten. Da von den 3400 Rechtsanwälten, die beim Berliner Kammergericht zugelassen waren, nach Lesart des Nationalsozialismus 1835 Juden waren, wäre die Justiz, infolge der „nationalen Revolution“ mit zahlreichen juristischen Problemfällen überhäuft, vollkommen überlastet worden. Nicht zuletzt deshalb konnten nach den Ausführungsbestimmungen vom 25. April Frontkämpfer des Weltkriegs, Angehörige von im Krieg Gefallenen und Altfälle, die vor dem 1. August 1914 bereits zugelassen waren, bis zum 4. Mai die Wiedenzulassung beantragen, sofern sie ohne Unterbrechung als Anwalt tätig waren und sich nicht „kommunistisch“ betätigt hatten, was freilich nach Belieben ausgedeutet werden konnte. Auf diese Weise erlangten 1168 jüdische Anwälte ihre Wiedenzulassung,¹¹⁹⁵ unter ihnen auch Benno Leyser, der damit zugleich ein Bekenntnis zur neuen Regierung und ihren Gesetzen ablegen musste.¹¹⁹⁶ Die Prozedur der Wiedenzulassung zog sich über mehrere Monate hin. Im Juli vermeldete das „Justiz-Ministerial-Blatt“, das Verlautbarungsorgan des preußischen Justizministers, die Entlassung Leyzers aus dem Notariat, gemeinsam mit rund 100 weiteren jüdischen Notaren.¹¹⁹⁷ Die Kanzlei Leyzers, die vor 1933 noch zwischen 30000 und 40000 RM erwirtschaftet

¹¹⁹³ Vgl. *Barkai (1997b)* 195.

¹¹⁹⁴ *Ladwig-Winters* 37.

¹¹⁹⁵ Ebd. 41; siehe auch *Justiz-Ministerial-Blatt* 95 (1933), Nr. 18 vom 25.4.1933, 127 f.

¹¹⁹⁶ Leyser stellte ein entsprechendes Gesuch am 2.5.1933. Kammergericht Berlin an Justizministerium, 5.5.1933, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, I. HA Rep. 84a, Akte 20363, Bl. 104. Das Gesuch selbst ist hingegen nicht überliefert.

¹¹⁹⁷ Ebd. 95 (1933), Nr. 32 vom 7.7.1933, 208. – Als Rechtsgrundlage wird das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 genannt. Unklar bleibt, ob Leyser durch die Wiedenzulassung als Rechtsanwalt auch in das Amt des Notars erneut eingesetzt wurde, bis zur endgültigen Entlassung im Jahre 1935. Die *Deutsche Justiz* jedenfalls vermeldet seinen Namen nicht unter der Rubrik Personalnachrichten. Auch im *Berliner Adreßbuch* von 1934 ist er ohne den Zusatz „Notar“ eingetragen, doch können die Einträge im Adressbuch nicht in jedem Fall als zuverlässig gelten. Die Rechtsanwaltskammer Berlin verfügt laut Schreiben vom 14.2.2001 über keinerlei Unterlagen über Benno Leyser.

haben soll,¹¹⁹⁸ büßte damit ihre wichtigste Einnahmequelle ein. Der wirtschaftliche Abstieg lässt sich nicht im einzelnen nachzeichnen, doch sollten Leyser und seiner Schwester nach fünfeinhalb Jahren nur noch ihre Ersparnisse verbleiben.

Zwar wurden den jüdischen Rechtsanwälten noch im selben Jahr einige Vertretungsverbote auferlegt, die ihren Wirkungsraum und auch ihre Verdienstmöglichkeiten einschränkten, doch schien sich die politische Lage zunächst wieder zu beruhigen. Vielen Juden erschienen die Jahre 1934 bis 1937 als „Schonzeit“, freilich eine trügerische Hoffnung. Der wirtschaftliche Boykott und die gesellschaftliche Diskreditierung vollzogen sich zumeist schleichend. Für die Betroffenen waren sie zwar keineswegs zu übersehen, dennoch herrschte die Tendenz vor, die Konsequenzen abwartend zu verdrängen.¹¹⁹⁹ Nach dem vorübergehenden Entzug der Anwaltskonzession wurde mit dem Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 den 1210 jüdischen Notaren das Amt des Notariats endgültig entzogen.¹²⁰⁰ Damit war den Kanzleien ein weiterer bedeutsamer Teil ihrer Einnahmen genommen. Durch diese schrittweise Einschränkung der Betätigung verschlechterte sich die materielle Lage der jüdischen Anwälte mehr und mehr, sodass sich viele von ihnen gezwungen sahen, ihre Kanzlei in die Wohnung zu verlegen. Bis die Behörden ein fast vollständiges Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte aussprachen, indem sie ihre Zulassung mit Wirkung vom 30. November 1938 endgültig kassierten und nur noch wenige so genannte Konsulenten weiter arbeiten ließen,¹²⁰¹ hatten viele Rechtsanwälte längst aufgegeben.¹²⁰² Benno Leyser, dem das Notariat bereits 1933 entzogen worden war, wurde nun auch aus dem Verzeichnis der beim Kammergericht Berlin zugelassenen Rechtsanwälte gelöscht, als Konsulent wurde er nicht mehr tätig.¹²⁰³ Bis zuletzt hatte er es jedoch

¹¹⁹⁸ Präsidium der Rechtsanwaltskammer Berlin an Rechtsanwalt Kroll, 3.12.1956.

¹¹⁹⁹ *Barkai* (1997b) 200.

¹²⁰⁰ *Krach* 384 f. – Die Angaben über die Anzahl der jüdischen Rechtsanwälte und Notare schwanken erheblich, da die NS-Behörden zunächst noch uneinheitliche Definitionskriterien anlegten. Laut *Juden in Deutschland* 33 waren 1933 in Berlin 1879 von 3890 Anwälten (= 48 Prozent) und 1210 von 2149 Notaren (= 56 Prozent) Juden.

¹²⁰¹ Nach *Göppinger* 96 f. waren im Kammergerichtsbezirk Berlin 49 jüdische Konsulenten zugelassen. Sie durften keine Robe tragen, mussten Schriftsätze neben ihrer Unterschrift auch mit ihrer „Judenummer“ zeichnen und einen Teil ihrer – ohnehin relativ geringen – Einnahmen an eine Ausgleichsstelle abführen, aus der ausgeschiedene Rechtsanwälte unterstützt wurden. Jüdischen Anwälten blieb fortan verwehrt, sich Rechtsanwalt zu nennen. *Krach* 371 f.

¹²⁰² Ebd. 354. – Nach einem Bericht der „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ von 1937 war ein „erheblicher Teil“ selbst der noch aktiven Rechtsanwälte „notleidend“ geworden, „da sich ihre Praxis dem Nullpunkt nähert“. Zitiert nach ebd.

¹²⁰³ *Deutsche Justiz* 100 (1938), Nr. 51/52 vom 23.12.1938, 2018. *Ladwig-Winters* 166 konnte in ihrem Verzeichnis der Berliner jüdischen Rechtsanwälte lediglich vermelden, dass Leyser 1936 noch als Anwalt gearbeitet habe.

vermocht, seine Kanzlei in eigenen Räumen zu unterhalten.

Im August 1938 gab Hedwig Rosenberg, Leysers Schwester, ihre Wohnung in der Kaiser-Friedrich-Straße auf und zog zu ihrem Bruder an den Wilhelmsplatz,¹²⁰⁴ der inzwischen den Namen des Lieblingskomponisten Hitlers, Richard Wagner, erhalten hatte. Ob sie sich in ihrer eigenen Wohnung nicht mehr sicher fühlte, oder ob sie aus materiellen Gründen gezwungen war, ihre Wohnung aufzugeben, lässt sich nicht feststellen. Manches spricht dafür, dass beide Geschwister noch immer über relativ große Vermögenswerte verfügen konnten. Dafür sprechen auch die regelmäßigen Besuche der Mutter bei ihrem Sohn in London, solange dies noch möglich war. Allein diese Tatsache, dass sie und ihr Bruder das Geld für die Reise aufbringen konnten, spricht beredt für einen noch immer verbliebenen Wohlstand der Familie.

Das zweite Kapitel im Buch der Verfolgung begann 1938 mit den zunächst für das annektierte Österreich geltenden Maßnahmen zur Schikanierung und Ausplünderung¹²⁰⁵ der dortigen Juden und fand seinen vorläufigen Höhepunkt in der so genannten Reichskristallnacht, einem gezielt gesteuerten Judenpogrom. In diesem Jahr sollte sich die Lage der Juden in Deutschland dramatisch verschärfen. Von nun hagelte es ständig Sonderregelungen, die ihre Bewegungsfreiheit auf fast allen Lebensgebieten zunehmend einschränkten und die Basis ihrer wirtschaftlichen Existenz mehr und mehr schmälerten.¹²⁰⁶ Am 17. August 1938 verfügten die Behörden, dass alle Juden ohne einen eindeutig jüdischen Vornamen den Zwangsvornamen Sara oder Israel annehmen müssen. Am 5. Oktober 1938 wurden die Reisepässe jüdischer Bürger mit einem deutlich sichtbaren „J“ gekennzeichnet,¹²⁰⁷ eine Maßnahme, die auf Drängen der Schweizer Behörden eingeführt wurde, um die jüdische Zuwanderung zu steuern respektive zu unterbinden. Bis Ende 1938 wurden Juden verpflichtet, eine Kennkarte, die so genannte Judenkarte, mit sich zu führen.

Da das Haus, in dem die Geschwister wohnten, in jüdischem Besitz war, ein so genanntes Judenhaus also, blieb es ihnen erspart, sich eine neue Unterkunft zu suchen, als den Juden am 30. April 1939 untersagt wurde, „arische“ Häuser zu bewohnen. Ende Juli 1940 wurde ihnen der Telefonanschluss behördlicherseits gekündigt, ab Dezember 1941 war es darüber hinaus untersagt, öffentliche Telefone zu benutzen. Ab dem 1. September desselben Jahres mussten sie einen „Judenstern“ deutlich

¹²⁰⁴ Vermögenserklärung Hedwig Rosenbergs, 28.12.1942, Bl. 12–19.

¹²⁰⁵ Die in der früheren Literatur übliche Verwendung euphemistischer Begriffe soll hier nach Möglichkeit ausdrücklich vermieden werden, vgl. auch *Mohr* 10.

¹²⁰⁶ Vgl. *Barkai* (1997b) 200.

¹²⁰⁷ *Broszat/Frei* 246.

sichtbar auf ihrer Kleidung tragen, ab März 1942 mussten gar die von Juden bewohnten Wohnungen gekennzeichnet werden. Bereits ab März 1941 wurden alle Juden zwischen 15 und 65 Jahren zum Arbeits-einsatz herangezogen, sofern sie nicht längst dazu verpflichtet worden waren,¹²⁰⁸ unter ihnen augenscheinlich auch Hedwig Rosenberg und ihr Bruder Benno Leyser, obschon dieser seit seiner Kindheit halbseitig gelähmt war. Beide galten den Behörden jedenfalls als „arbeits-fähig“.¹²⁰⁹

Durchaus denkbar ist es, dass der Leidensdruck der beiden bis in das Jahr 1938 noch nicht so stark angewachsen war, dass sie sich zum Ge-hen entschlossen hätten. Ein plötzlicher Entzug ihrer Einkommensmög-lichkeiten hätte sie womöglich weit früher zur Auswanderung veran-lasst. Doch auch für diesen Fall wäre ein beachtlicher Teil des Vermö-gens dem Reich zugefallen, denn bereits mit der Vierten Notverord-nung der Regierung Brüning vom 8. Dezember 1931 wurde eine Reichsfluchtsteuer in Höhe von 20 Prozent auf Vermögen über 20000 Reichsmark erhoben.¹²¹⁰ Später stieg der Steuersatz auf 25 Prozent auf Vermögen über 50000 Reichsmark. Die Reichsfluchtsteuer sollte ur-sprünglich dem Zweck dienen, die Kapitalflucht ins Ausland zu verhin-dern. Sie wurde nicht als Strafe, sondern als finanzieller Ausgleich für zukünftige Steuerausfälle verstanden.¹²¹¹ Mit Ausgang des Jahres 1938 verschärfte sich die Lage erheblich, für die im Rahmen der so genann-ten Reichskristallnacht begangenen Sachschäden an jüdischem Eigen-tum hatten die deutschen Juden perfiderweise selbst aufzukommen, im Rahmen dieser „Sühneleistung“ wurde auf jüdische Vermögen eine Sonderabgabe in Höhe von 20, später 25 Prozent erhoben.¹²¹² Darüber hinaus musste Leyser als Sicherheit für die Reichsfluchtsteuer einen Teil seiner Wertpapiere im Gegenwert von rund 11000 RM dem Finanzamt Charlottenburg-Nord verpfänden.¹²¹³

Dennoch flohen zwischen 1933 und 1941 etwa 270000 Juden vor dem nationalsozialistischen Terrorregime, also etwa die Hälfte der deutschen Juden, etwa 30000 von ihnen fielen den Nazi-Häschern auf ihren Eroberungsfeldzügen erneut in die Hände. Überproportional häufig wanderten jüngere, vor allem männliche Juden aus, aber auch die weniger as-

¹²⁰⁸ Ebd. 267.

¹²⁰⁹ Laut schriftlicher Mitteilung des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde vom 13.7.1999 galten beide nach den Angaben in den Listen für den 26. Transport zur Deportation nach Auschwitz als „arbeitsfähig“. Über tatsächlich geleistete Zwangsarbeit in Berlin ist nichts bekannt.

¹²¹⁰ *Broszat/Frei* 190.

¹²¹¹ *Mohr* 10.

¹²¹² *Barkai (1997b)* 217.

¹²¹³ Finanzamt Charlottenburg-Nord an Oberfinanzpräsidium, Vermögensverwer-tungsstelle, 20.3.1944, Landesarchiv Berlin, OFP-Akte Benno Leyser.

similierten, denen der Bruch mit der deutschen Kultur weniger schwer fiel. Dadurch verschob sich die demografische Zusammensetzung des deutschen Judentums erheblich, ältere und weibliche Juden waren im Jahre 1939 deutlich in der Überzahl.¹²¹⁴ Unter den Zurückbleibenden waren oftmals jene, die nicht über geeignete Fähigkeiten verfügten oder schlicht zu alt waren, um in der Fremde neu anfangen zu wollen, die sich noch immer Illusionen über den Charakter der nationalsozialistischen Judenverfolgung hingaben oder denen die Ausreise nicht mehr rechtzeitig gelang, bevor ihnen die letzten Fluchtmöglichkeiten 1941 genommen wurden.



Abbildung 40: Ort der Verschleppung – Gedenkstein an der Großen Hamburger Straße in Berlin-Mitte (Aufnahme 1999)

¹²¹⁴ Barkai (1997d) 226 ff.

Das letzte Kapitel im Buch der Verfolgung begann im Herbst 1942.¹²¹⁵ Gegen Ende des Jahres erhielten Benno Leyser und Hedwig Rosenberg eine Benachrichtigung der Jüdischen Gemeinde, die sie über die bevorstehende „Auswanderung in den Osten“ in Kenntnis setzte. Die Berliner Jüdische Gemeinde musste seit Oktober 1941 nach Vorgaben der Gestapo Transportlisten der zur Deportation „in den Osten“ bestimmten Juden aufstellen. Bis Ende des Jahres 1942 waren bereits 25 Transporte mit zusammen fast 21000 Menschen in die Ghettos und Vernichtungslager in den besetzten Gebieten Mittel- und Osteuropas abgegangen.¹²¹⁶ Vermutlich ahnten die Geschwister, was auf sie zukommen würde. Ein letztes Mal war Hedwig Leyser mit den Schwiegereltern ihres Sohnes zusammengetroffen, die den beiden Juden „bis weit in die Kriegsjahre hinein [...] geholfen und sie zu schützen versucht“ hätten.¹²¹⁷ Ein alter Perserteppich fand den Weg in deren Wohnung.¹²¹⁸ Womöglich hatten die Mützelburgs den beiden noch den Rat gegeben, der Aufforderung zur Deportation in den Osten nicht nachzukommen, stattdessen unterzutauchen und sich zu verstecken. Doch den Mut und die Kraft dazu hatten zumeist nur die Jüngeren und Unverheirateten. Aus dieser Gruppe freilich überlebten viele die Shoah.¹²¹⁹ Benno Leyser und seine Schwester wählten diesen ungewissen Weg nicht. Hedwig Rosenberg verzichtete auch darauf zu beantragen, in das so genannte Altersghetto Theresienstadt eingewiesen zu werden, worauf sie als 65-Jährige einen Anspruch hätte geltend machen können.¹²²⁰ Vielleicht zog sie es vor, so lange wie möglich bei ihrem Bruder zu bleiben.

Stattdessen begaben sie sich gemeinsam in die Sammelstelle der zur Deportation bestimmten Berliner Juden, die die Gestapo im ehemaligen jüdischen Altersheim in der Großen Hamburger Straße 36 in Berlin-Mitte eingerichtet hatte.¹²²¹ Hier in der Sammelstelle wurde ihnen am 28. Dezember ein Formular, ein 16-seitiger Vordruck der Finanzbehörden, und ein Bleistift ausgehändigt. In dieser so genannten Vermögenserklärung mussten sie, wie alle zu Deportierenden, detailliert Auskunft

¹²¹⁵ Die Beschreibung fußt auf den Akten des Oberfinanzpräsidium Brandenburg in Berlin, die nach den Jahren der nationalsozialistischen Terrorherrschaft zunächst in der Verfügung der Sondervermögens- und Bauabteilung der Oberfinanzdirektion Berlin standen und seit 1989 im Landesarchiv Berlin liegen. Landesarchiv Berlin, OFP-Akte Benno Leyser; vgl. dazu *Friedenberger* 678.

¹²¹⁶ *Ball-Kaduri* 202.

¹²¹⁷ *Akademie Kontakte der Kontinente* 10.

¹²¹⁸ *Feiden*. – Der Teppich lag später im Wohnzimmer in Rosenbergs Haus in (Ratingen-) Hösel.

¹²¹⁹ *Laqueur* 79 f. – Tatsächlich trafen manche Juden die Entscheidung, in den Untergrund zu gehen, erst auf Anraten nichtjüdischer Freunde. Ebd. 80.

¹²²⁰ *Ball-Kaduri* 206.

¹²²¹ Die weitere Darstellung der Vorgänge im Sammellager und der anschließenden Ausplünderung des Vermögens stützt sich auf die Akte Benno Leyser des Oberfinanzpräsidiums Berlin-Brandenburg. Landesarchiv Berlin, OFP-Akte Benno Leyser. – Zum Verfahren in den Sammellagern siehe *Offenburg* 222 f.

über ihre verbliebene Habe geben, über ihre Bankkonten und Wertpapierdepots, ihre Liegenschaften und Kunstgegenstände, ihr Mobiliar und ihre Wäsche. Die Formulare wurden wieder eingesammelt – und mit ihnen die Bleistifte. Hedwig Leyser füllte ihre Vermögenserklärung nicht selbst aus, gemäß der Anweisung der Behörde überließ sie es ihrem Bruder. Wie den meisten Juden trat den beiden nur die Gestapo entgegen, von den Behörden, die sich mit ihnen oftmals noch monatelang beschäftigten, ahnten sie nichts, auch nichts davon, dass sich der Staat ihr Vermögen längst angeeignet hatte.¹²²² Schon am 1. Oktober 1942 hatte die Staatspolizeileitstelle Berlin der Gestapo verfügt, dass das gesamte Vermögen des Juden Benno „Israel“ Leyser aufgrund diverser Verordnungen und Gesetze „zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen“ worden sei. Eine gleichlautende Verfügung vom selben Tag hatte auch Hedwig „Sara“ Rosenbergs verbliebenes Vermögen beschlagnahmt. Den Betroffenen wurden die Verfügungen erst am 11. Januar 1943 zugestellt.

Einen Tag später, am 12. Januar 1943, wurden die Geschwister, die 15 Tage in den überfüllten Räumen der Sammelstelle zugebracht hatten, zusammen mit Hunderten anderen Berliner Juden auf Lastkraftwagen unter der Aufsicht der Gestapo zum Anhalter Bahnhof verbracht. Einen Koffer durfte jeder von ihnen mitnehmen, außerdem Decken und Verpflegung für 14 Tage. Am Bahnhof mussten sie einen Zug besteigen, der – ohne Wissen der Verschleppten – die Reichshauptstadt mit dem Ziel Auschwitz verließ. Nur drei der 1196 Juden des 26. Transportes überlebten das Kriegsende. Hedwig Rosenberg und Benno Leyser, an 478. und 479. Stelle der Liste, gehörten nicht dazu, sie gelten seitdem als verschollen.¹²²³ Mit ihrer Ermordung wurden die Aktendeckel jedoch keineswegs geschlossen. Im Gegenteil, während die meisten Deportierten 96 Stunden nach ihrem Abtransport nicht mehr am Leben waren,¹²²⁴ nahm sich die zuständige Behörde, die Vermögensverwertungsstelle beim Oberfinanzpräsidium Berlin-Brandenburg, Zeit für die gewissenhafte Aufteilung des Vermögens, das sie sich angeeignet hatte. Sie setzte einen regen Briefverkehr zwischen diversen Behörden, Institutionen und Einzelpersonen in Gang, der erst nach rund anderthalb Jahren ein Ende finden sollte. Die Finanzbehörden waren angesichts

¹²²² Bertz 386.

¹²²³ *Gedenkbuch Berlin* 775, 1051; *Gedenkbuch Koblenz* I 882, II 1221; Grundliste laut schriftlicher Mitteilung des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde vom 13.7.1999. – Nach *Ladwig-Winters* 66 f. war das Todesrisiko der bis 1941 in Berlin verbliebenen Anwälte sehr hoch, da sie „alt, häufig krank oder kriegsverehrt“ waren, dem bürgerlichen Mittelstand angehörten und an körperliche Arbeit kaum gewöhnt waren; nur wenige überlebten die Deportation. Von 1785 namentlich ermittelten Berliner jüdischen Anwälten kamen 271 „im Osten“ ums Leben.

¹²²⁴ *Offenburg* 223.

der Vielzahl der Deportationen völlig überlastet, wollten jedoch auch nicht den geringsten Vermögenswert der Verschleppten ungenutzt verfallen lassen.¹²²⁵

Trotz eines durch den Bombenkrieg hervorgebrachten Mangels an Wohnraum waren inzwischen fünf Monate vergangen, als sich am 27. Mai 1943 eine illustre Schar vor der leerstehenden Wohnung Benno Leysers einfand: ein Beamter der Reichsfinanzverwaltung, ein Beauftragter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, ein Vertreter der Oberfinanzdirektion, ein Beauftragter der Hausverwaltung, ein Gestapo-Vertreter und der zuständige Blockwart waren zugegen und wachten – „mit einer absurden Mischung aus Alltag und Legalismus, die in der Geschichte von Tötung und Beraubung ihresgleichen sucht“¹²²⁶ – darüber, dass alles ordnungsgemäß ablaufe. Anhand von Straßenlisten abtransportierter Juden nahmen sie sich Wohnung für Wohnung vor. Obergerichtsvollzieher Schramm aus Berlin-Waidmannslust brach das Siegel, das die Gestapo an der Wohnungstür angebracht hatte, und weil kein Schlüssel vorhanden war,¹²²⁷ brach ein Tischler, der den Tross begleitete, die Tür auf. Das dauerte jedoch, da die Tür „mehrfach durch Patentschlösser gesichert“ war, wie der Gerichtsvollzieher später, am 18. Juli 1943, dem Hauptwirtschaftsamt der Stadt berichtete. Benno Leysers hatte offenbar in großer Angst vor Überfällen seitens aufgeputschter Nazi-Schergen gelebt. Doch der Tod war wohlgeordnet erschienen. Ein gleichfalls anwesender freiberuflicher Schätzer machte sich sogleich an die Arbeit und taxierte das Inventar der Wohnung. In einen Vordruck „Inventar und Bewertung“ trug Schramm einen Betrag von gut 1000 Reichsmark ein, unter den Einrichtungsgegenständen befanden sich eine „Waschtoilette aus Marmor 80,-“, ein „Geldschrank m. Schlüssel 30,-“, ein „Nußbaumspeisezimmer (Büffett, Vitrine, Ausziehtisch) 345,-“ ein „Oelbild im Goldrahmen, Wolf im Schnee, 10,-“. Einem Möbelhändler, der die Gegenstände abholte, überließ er das gesamte Mobiliar mit dem üblichen Rabatt von 20 Prozent.¹²²⁸ Erst im Anschluss an die Räumung konnte die Wohnung vom Planungsamt der Stadt Berlin mit Ausgebombten belegt werden.

Die Vermögensverwertungsstelle hatte sich damit den Gegenwert des Mobiliars und des Inventars der Wohnung angeeignet. Darüber hinaus

¹²²⁵ Vgl. *Bertz* 380.

¹²²⁶ *Offenburg* 223. – Dort finden sich auch weitere Hinweise zum Prozedere der Inbesitznahme jüdischen Wohneigentums (224).

¹²²⁷ Die Juden waren angewiesen worden, vor ihrer Deportation die Schlüssel ihrer Wohnung beim Hauswart zu hinterlegen, (*Bertz* 378), doch augenscheinlich hielten sich nur wenige daran.

¹²²⁸ Die an der Wohnungsausplünderung beteiligten Möbelhändler hatten die Wohngebiete unter sich aufgeteilt. Vgl. ebd. 380.

galt es, weitere Außenstände einzutreiben, doch musste die Behörde auch Ansprüche Dritter befriedigen. Auf einem vorgedruckten Formular zur „Meldung über evakuierte Juden“ meldete beispielsweise die Bewag, die Berliner Wasser AG, am 12. Juli 1943 eine Restforderung an Leyser in Höhe von 8,01 Reichsmark an, und die Gasag, das Berliner Gasversorgungsunternehmen, überwies am 31. Juli 1943 ein Guthaben Leysers in Höhe von 4,50 Reichsmark an das Oberfinanzdirektorium. Beide Unternehmen verbuchten die Beträge „als dem Reich verfallen erklärte Vermögenswerte“. „In der Annahme, daß die versicherten Gegenstände dem Reich verfallen sind“, und in dem Wissen, dass „das Vermögen solcher Juden, die am 27. November 1941 ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande hatten oder später dort genommen haben und die infolgedessen die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten, dem Reich verfallen“ war, forderte die Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Berlin die Zahlung der Versicherungsprämie in Höhe von 11,15 Reichsmark für das Jahr 1943. In ihrem Schreiben vom 9. März 1943 heißt es, Leyser sei „unbekannt verzogen“, dennoch wusste die Versicherung sehr genau, wohin sie sich zur Begleichung ihrer Forderung zu wenden hatte. Auch die Vermieterin der Wohnung, die Loeser'sche Erbgemeinschaft, forderte Monat für Monat seit Beginn des Jahres 1943 ausstehende Mietzahlungen von 123,50 Reichsmark ein, selbst die Kosten der Tischlerarbeiten für die Reparatur der aufgebrochenen Wohnungstür in Höhe von 19 Reichsmark ließ sie sich ersetzen.¹²²⁹ Alle beteiligten Firmen und Organisationen wussten trotz ihrer euphemistischen Wortwahl über das Schicksal der Juden offenkundig sehr wohl Bescheid. Die so genannte „Vermögensverwaltung“ spielte sich in aller Öffentlichkeit ab.¹²³⁰

Nach der Räumung der Wohnung Leysers machte sich die Oberfinanzdirektion daran, seine Konten und Wertpapierdepots zu plündern. Eine aktive Rolle spielte dabei die Dresdner Bank.¹²³¹ Unweit seiner Wohnung, in der Depositenkasse 40 des ehemals im jüdischen Besitz befindlichen Geldinstituts an der Berliner Straße, hatte Benno Leyser seine Wertpapiere deponiert.¹²³² Nach seinen Angaben sollte ihr Wert rund

1229 Vermieter, wollten sie die ausstehenden Mietzahlungen eintreiben, mussten eine gewisse Hartnäckigkeit gegenüber der Behörde an den Tag legen. Um jedoch unter der nichtjüdischen Bevölkerung keinen Unmut aufkommen zu lassen, gab die Oberfinanzdirektion in solchen Fällen oftmals nach. Ebd. 380 f.

1230

Vgl. ebd. 385.

1231

Die Dresdner Bank AG in Frankfurt am Main verfügt laut schriftlicher Mitteilung vom 23.8.1999 „über einige wenige Unterlagen“, die jedoch nicht über die OFP-Akten in Berlin hinausgingen. Darüber hinaus hebt die Bank hervor, mit der früheren Dresdner Bank nicht identisch zu sein.

1232

Ob Leyser darüber hinaus über weitere Konten verfügt hatte, ließ sich nicht feststellen. In den Aufstellungen so genannter nachrichtenloser Konten, die Schweizer Banken in den vergangenen Jahren in Zeitungen und im Internet veröffentlicht haben, findet sich kein Hinweis auf ihn oder seine Schwester.

14000 Reichsmark betragen haben. Hinzu kamen rund 600 Reichsmark Geldguthaben. Am 27. August 1943 forderte das Oberfinanzpräsidium die Dresdner Bank auf, das Konto abzuschließen und eine Aufstellung der Wertpapiere zu schicken. Zugleich ordnete es an: „Verfügungen über das Depot dürfen ohne mein Einverständnis nicht mehr getroffen werden.“ Das Depot, das 1940 noch ein Vermögen von fast 29000 Reichsmark umfasst hatte und inzwischen auf einen Bruchteil abgeschmolzen war, verfiel schließlich dem Reich. Die Dresdner Bank beeilte sich, alle Anfragen und Auflagen der Behörden zu erfüllen,¹²³³ so sandte sie bereits vierzehn Tage später die geforderte „Aufstellung des bei uns ruhenden Depots nach dem Stande vom 15.9.1943 zur gefl. Bedienung“. Der Aufforderung, das Konto aufzulösen und das Guthaben samt aller eingelösten inzwischen fällig gewordenen Zinsscheine zu überweisen, kam sie drei Tage später nach. Die übrigen Wertpapiere übersandte die Dresdner Bank bereitwillig an die Wertpapierabteilung der Deutschen Reichsbank.¹²³⁴

Nach monatelangem Kompetenzgerangel zwischen dem Oberfinanzpräsidium und dem Finanzamt Charlottenburg-Nord über die Frage, ob auf den Gegenwert der für die Reichsfluchtsteuer verpfändeten Wertpapiere noch eine Vermögenssteuer von 112 Reichsmark zu entrichten sei, konnte die Vermögensverwertungsstelle den Vorgang der Plünderung der Leyser'schen Hinterlassenschaft abschließen. Für jede ihrer Handlung hatte sich die Behörde auf entsprechende Gesetze und Verordnungen berufen können. Ordnungsgemäß wurde die Akte Leyser am 25. September 1944, mehr als anderthalb Jahre nach dessen Ermordung, geschlossen.

Nach der Lektüre schloss auch Ludwig Rosenberg die Akte seines Onkels. Doch kann ein deutscher Jude, auch wenn er sich noch so weit von seinen Wurzeln entfernt haben mag, mit dem Wissen um die Shoah weiterleben, als sei nichts geschehen? Rosenberg wusste, dass ihm, wäre er nicht rechtzeitig geflohen, zweifellos ein ähnliches Schicksal widerfahren wäre. Der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, der dem Warschauer Ghetto entfliehen konnte und sich für die restliche Dauer des

¹²³³ Da die Banken bereits auf eine reibungslose Zusammenarbeit mit der Gestapo zurückblicken konnten, führten die Versuche der Finanzbehörden, an die Konten ermordeter Juden zu gelangen, zunächst zu Schwierigkeiten, doch hatte sich inzwischen ein Verfahren eingespielt. Die Gestapo agierte bei der Aneignung jüdischer Vermögenswerte wesentlich erfolgreicher als das Reichsfinanzministerium, als dessen ausführendes Organ die Oberfinanzdirektion auftrat, indem sie nach eigenem Belieben über die Konten der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland verfügte. Vgl. Bertz 374 ff.

¹²³⁴ In anderen Fällen verkauften die Banken geraubte Wertpapiere und ähnliches an die Preußische Staatsbank (Seehandlung), den Erlös überwiesen sie anschließend dem Oberfinanzpräsidium. Ebd. 377.

Kriegs in Polen versteckt hielt, gibt kurz und bündig zur Antwort: „Wer zufällig verschont wurde, während man die Seinen gemordet hat, kann nicht in Frieden mit sich selber leben.“¹²³⁵ Die Frage „Warum durften gerade wir überleben?“¹²³⁶ belastete jeden Davongekommenen, unabhängig davon, ob er in einem Konzentrationslager, versteckt im Untergrund oder im sicheren Ausland überleben konnte. Der Psychoanalytiker William G. Niederland, selbst Exulant, der sich in New York City über Jahrzehnte hinweg mit Opfern der Shoah beschäftigt hat, nennt dies das „Überlebenden-Syndrom“ oder die Überlebensschuld, die sich tief in die Seele der Überlebenden eingebrannt habe und ihn seelisch am stärksten belaste. Wie sehr der Einzelne psychische Störungen davongetragen habe, stünde in einem ursächlichen Zusammenhang „mit der Schwere der durchstandenen Verfolgungserlebnisse, ferner mit Dauer und Zeitpunkt, zu dem sie einsetzten“.¹²³⁷

Rosenberg war der Ächtung, dem „Kollektivschicksal der deutschen Juden“ unter dem Nationalsozialismus,¹²³⁸ das für ihn in erster Linie soziale Deklassierung und Verlust seiner materiellen Existenzgrundlage bedeutet hatte, frühzeitig entflohen. Er hatte sich keinen Illusionen über den Charakter des neuen Regimes hingegeben und daher nicht einmal versucht, sich der unmittelbaren physischen Gewalt durch ein vorübergehendes Untertauchen zu entziehen. Vermutlich hatte diese Entschiedenheit des Bruchs mit seiner bisherigen Existenz auch dazu beigetragen, dass er im Exilland nur wenig unter Depressionen – seien es nun Entwurzelungs- oder Umstellungsdepressionen – zu leiden hatte. Der bittere und zynisch anmutende Tonfall seiner „Sinnsprüche und Ratschläge für die Deutsche Emigration“ spricht jedoch dafür, dass auch Rosenberg nicht frei von depressiven Stimmungen blieb. Allgemein aber gilt, dass Exulanten oft umso besser Fuß fassen konnten, je jünger, intelligenter, tatkräftiger und praktisch vielseitiger sie waren. Aber mit dem Ausbleiben der Nachrichten aus Deutschland ab etwa 1938/1939 und vor allem mit dem Einsetzen der Gerüchte über die Shoah, die sich bald schon zur Gewissheit verdichteten, traten auch Depressionen wieder verstärkt auf.¹²³⁹

Überlebensschuld verspürte Rosenberg vor allem dann, wenn ihm die vergeblichen Versuche vor Augen standen, seine Mutter zum Bleiben in Großbritannien zu überreden. Mit seinen Vorwürfen stand Rosenberg nicht allein; Norbert Elias gestand in einem Interview annähernd 50

1235 *Reich-Ranicki* 303.

1236 Ebd. 312.

1237 *Niederland* 231 ff.

1238 *Venzlaff* 98.

1239 Ebd. 100.

Jahre später: „Bis heute werfe ich es mir vor, dass ich nicht die Überzeugungskraft hatte. [...] Ich erinnere mich noch ganz genau [...]. Darüber werde ich natürlich nie hinwegkommen. Darüber werde ich nie hinwegkommen [...].“¹²⁴⁰ Der an sich selbst gerichtete Vorwurf, dass es nur größerer Anstrengungen bedurft hätte, um die Angehörigen vor dem sicheren Tod zu bewahren, verfolgte die Exulanten Zeit ihres Lebens. Unter großem Energieaufwand versuchten sie, so Niederland, „jegliche Erinnerung daran aus ihrem Gedächtnis zu verbannen – zu meist vergeblich“.¹²⁴¹ Hinzu trat eine sekundäre Traumatisierung, dass es vor allem in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich war, über die Erlebnisse und Erfahrungen der Shoah selbst Freunden gegenüber berichten zu können. Lediglich in einem kleinen Kreis von zurückgekehrten Exulanten konnte Rosenberg davon erzählen, sonst blieb er in seinem Schmerz allein. Die Hetze seitens der „Deutschen National- und Soldaten-Zeitung“, die der neonazistischen NPD nahestand und den DGB-Vorsitzenden Mitte der 1960er Jahre in diffamierender Absicht offen als Juden bezeichnet hatte, ließ den Damm brechen und ermöglichte es damit ihm – paradoxerweise –, davon zu berichten. Dazu beigetragen hatte auch Rosenbergs öffentlichkeitswirksame Unterstützung für den Staat Israel und sein mutiges Eintreten gegen die NPD. Und 1967, mehr als zwei Jahrzehnte nach der Shoah fand er endlich Worte, als er gegenüber Helmut Reuther von der Akademie Kontakte der Kontinente in St. Augustin bei Bonn verhältnismäßig freimütig von seiner jüdischen Herkunft, seiner Flucht und dem Schicksal seiner Angehörigen berichtete.

In den ersten Jahren nach seiner Rückkehr stürzte er sich in die Arbeit als Gewerkschaftssekretär, nebenher schrieb er Artikel für die Bielefelder Freie Presse und die Gewerkschaftspresse, kümmerte sich um seinen Hausstand und korrespondierte mit Freunden in aller Welt. Alles das hielt ihn davon ab, über das Geschehene nachdenken zu müssen. Doch immer wieder zwangen ihn die Ereignisse, sich damit zu befassen. Es drängte ihn, sich Gewissheit über das Schicksal seiner Verwandten zu verschaffen, und dabei stieß er schließlich auf die erwähnte Akte des Oberfinanzpräsidiums Berlin-Brandenburg.¹²⁴² Auch das Ausfüllen der Entschädigungsanträge, die er und seine Frau an die deutschen Behörden richten mussten, wollten sie Ansprüche auf Wiedergutmachung geltend machen, zwangen ihn erneut dazu. Den ersten Antrag stellte er

¹²⁴⁰ Voss 69.

¹²⁴¹ Niederland 12.

¹²⁴² Ob und wann er sich zu diesem Zweck an den Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes in Bad Arolsen wandte, ließ sich aufgrund der langen Bearbeitungsdauer dort noch nicht feststellen. Schreiben des Internationalen Suchdienstes vom 8.2.2001 und 4.3.2002.

im April 1947 in Bielefeld.¹²⁴³ Über seine Entscheidung ist nichts bekannt.¹²⁴⁴ Rosenberg verfolgte beständig die Debatten um die Entschädigung der Naziopfer, wenige Wochen nach Inkrafttreten des Bundesentschädigungsgesetzes zum 1. Oktober 1953 bereits beauftragte er seinen Rechtsanwalt Otto Kunze, beim zuständigen Amt für Wiedergutmachung bei der Stadt Düsseldorf einen entsprechenden Antrag zu stellen.¹²⁴⁵

Mit dem Ausfüllen des Antragsformulars allein war es jedoch nicht getan. Es mussten zahlreiche Belege, Verdienstnachweise und Zeugnisse beigebracht werden. Aufgrund der geänderten Gesetzeslage meldete Rosenberg 1956 auch in Berlin Entschädigungsansprüche für den „Schaden an Freiheit“ an, den seine Mutter und sein Onkel zu erleiden hatten.¹²⁴⁶ Und im gleichen Jahr meldete auch seine Frau ihren Anspruch auf die so genannte Rückkehrersoforthilfe an.¹²⁴⁷ Zwar konnte der beauftragte Rechtsanwalt den größten Teil des Schriftverkehrs mit den Behörden allein verantworten, doch immer wieder wurde es nötig, Rosenberg in den aktuellen Stand der Entscheidungsfindung einzubeziehen und das weitere Vorgehen mit ihm zu besprechen. Zügig konnten die Anträge Rosenbergs und seiner Frau auf Rückwanderersoforthilfe entschieden werden, im November 1956 und im Mai 1957 erhielten beide den pauschalierten Betrag von je 6000 DM. Diese Summe stand allen ehemals Verfolgten zu, wenn sie sich in der Bundesrepublik niedergelassen hatten.¹²⁴⁸ Darüber hinaus erhielt Rosenberg im April 1957 die Summe von 9600 DM als Entschädigung für seinen erlittenen Berufsschaden, ein knappes Jahr später noch einmal 4608 DM für densel-

1243 Augenscheinlich noch nicht auf Grundlage eines Gesetzes, denn die Rückerstattung entzogener Vermögensgegenstände wurde für die britische Zone erst mit der Allgemeinen Verfügung Nr. 10 vom 20.10.1947 und dann noch einmal mit dem Rückerstattungsgesetz Nr. 59 vom 12.5.1949 geregelt. *Eck 19 f.* Zur weiteren Entwicklung der Rechtslage siehe ebd.; *Schwarz, W.; Heßdörfer.*

1244 Mit Rosenbergs Umzug nach Frankfurt am Main schickte das Bielefelder Amt für Wiedergutmachung seine Rosenberg betreffenden Unterlagen ebenfalls dorthin. Am 28. April 1951 meldete die Frankfurter Stadtverwaltung nach Bielefeld, sie habe die Akten bereits am 27. Februar 1950 an die Wiedergutmachungsstelle in Düsseldorf, Rosenbergs neuen Wohnort, gesandt. Fragebogen der Stadt Bielefeld, ausgefüllt von Ludwig Rosenberg am 16.4.1947, Stadtarchiv Bielefeld, Amt für Wiedergutmachung, B 166; Stadtverwaltung Frankfurt am Main an Amt für Wiedergutmachung Bielefeld, 28.4.1951, ebd.

1245 Antrag auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18.9.1953, ausgefüllt von Ludwig Rosenberg am 14.12.1953, Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg, Bl. 1, 9. Die Düsseldorfer Unterlagen nehmen ihren Ausgang 1953, ohne auf zuvor angelegte Akten Bezug zu nehmen. Es heißt gar ausdrücklich, Rosenberg habe zuvor keinen Antrag auf Entschädigung gestellt.

1246 Landesverwaltungsamt Berlin, Entschädigungsakten Benno Leyser und Hedwig Rosenberg.

1247 Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Margarete Rosenberg.

1248 Auch Willy Brandt erhielt diesen Betrag 1957. *Lehmann (1976) 239.*

ben Schaden. Zunächst hatte die Entschädigungsbehörde das Einkommen eines Beamten des gehobenen Dienstes als Vergleichsmaßstab herangezogen, aufgrund des Protestes seitens des Rechtsanwaltes und weiterer vorgelegter Zeugnisse über den Werdegang bis 1933 wurde sein tatsächliches Einkommen der Exiljahre mit den Bezügen eines Beamten im höheren Dienst verrechnet.¹²⁴⁹ Die Differenz wurde pauschal auf ein Fünftel abgewertet. Seinen Anspruch auf Ersatz seiner 1933 bei einer Haussuchung seitens der Gestapo beschlagnahmten Bücher und Schriftstücke, für er den Wert von rund 2000 RM veranschlagte, ließ Rosenberg zugleich mit der Erhöhung seiner Berufsschadensentschädigung fallen.

Reg. 934

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:
(Eingangsstempel)

Eingang:
19. DEZ. 1953
Amf 26
Anl. _____ in Marken.
Abt. G

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!
Nicht Zutreffendes streichen!

Z. K. 71143

mit 6 Anlagen
Nr. 3797
Empfangsbestätigung erteilt am 24. Dez. 1953

Antrag
auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 16. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: ROSENBERG
Vorname: Ludwig Düsseldorf
Geburtsort und -ort (Kreis, Land): Berlin-Charlottenburg Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land):
29. Juni 1903 Feldstraße 15
(Straße und Haus-Nr.)
Familienstand: ~~XXX / vvvv~~ / ~~XXX / XXX~~ keine
Anzahl der Kinder: _____ Alter der Kinder: _____
Staatsangehörigkeit: frühere: Deutsch jetzige: Deutsch

2. Beruf: kaufm. Angestellter
Ehemaliger Beruf: _____
Jetzige berufliche Tätigkeit: Gewerkschaftssekretär

3. Sind Sie selbst verfolgt worden?
Wenn ja: ja / ~~nein~~
Wegen Ihrer politischen Überzeugung und aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / ~~nein~~
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten: _____

II. Verfolgte(r)
(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I. 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I. 4] ableitet)

entfällt

1. Name: _____
Vorname: _____
Geburtsort und -ort (Kreis, Land): _____
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land): _____
(Straße und Haus-Nr.)
gestorben am: _____
in (Kreis, Land): _____
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung: _____
Staatsangehörigkeit: frühere: _____ letzte: _____

2. Beruf: _____
Ehemaliger Beruf: _____
Letzte berufliche Tätigkeit: _____

3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

Abbildung 41: Faksimilie des Antrags auf Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz (1953)

1249 Ein Entscheidungsentwurf der Behörde vom 26.3.1957 sah zunächst die Entschädigung in Anlehnung an die Laufbahn eines höheren Beamten vor, dies wurde jedoch anschließend per Hand abgeändert. Rosenberg wählte die einmalige Kapitalentschädigung anstelle einer lebenslangen Berufsschadensrente, ob- schon letztere für ihn günstiger ausgefallen wäre. – Zum Berufsschaden vgl. Schwarz, W. 45.

Konnten die Düsseldorfer Akten recht bald geschlossen werden, zog sich die Berliner Entscheidung hin.¹²⁵⁰ Der von Rosenberg beauftragte Berliner Rechtsanwalt Siegfried Kroll legte der Behörde eine Deportationsbescheinigung für Benno Leyser und seine Schwester Hedwig Rosenberg vor, darüber hinaus bestätigte die Jüdische Gemeinde, dass beide den „Judenstern“ hatten tragen müssen. Die Rechtsanwaltskammer Berlin taxierte Leyser's Kanzleiumsatz. Rosenberg selbst musste notariell erklären, dass er von Onkel und Mutter „kein Lebenszeichen“ vernommen hatte, dass ihm über deren Tod „zuverlässige Daten“ „nicht bekannt“ seien, dass „sämtliche Nachforschungen, die ich nach Kriegsende nach ihrem Verbleib angestellt habe, [...] erfolglos verlaufen“ waren, schließlich dass er beide bisher nicht für tot erklären ließ. Entschädigungsbehörde und Rechtsanwalt einigten sich im April 1962 auf einen Vergleich, wonach alle Ansprüche auf Ersatz des „Schadens im beruflichen Fortkommen einschließlich eines etwaigen Darlehensanspruchs“ für die Wertpapiere, die Leyser seinerzeit für die Reichsfluchtsteuer hatte verpfänden müssen, mit der einmaligen Zahlung der Summe von 20000 DM abgegolten seien. Für den „Schaden an Freiheit“, den seine Mutter erleiden musste, erhielt er im Juli 1959 die Summe von 6450 DM.

Gemeinsam erhielten die Rosenbergs somit eine Summe von 52658 DM als Entschädigung für ihre Vertreibung aus Deutschland und die Auslöschung seiner Vorfahren. Wie sie diesen Betrag verwandten, ist nicht bekannt. Willy Brandt jedenfalls spendete den größeren Teil seiner Entschädigung an eine karitative Einrichtung.¹²⁵¹ Tatsache ist, dass die Rosenbergs zu diesem Zeitpunkt auf das Geld nicht mehr angewiesen waren, längst hatten sie sich einen ihnen gemäßen Lebensstandard wieder aneignen können. Sie verzichteten auch auf die Geltendmachung weiterer Ansprüche nach dem Bundesentschädigungs-Schlussgesetz von 1965. Das Prozedere der Antragstellung belastete den psychischen Zustand der ehemals Verfolgten. Und auf die Entscheidungen nach deutschem Recht, das Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung in Geldsummen ausdrückte, konnte man kaum anders als mit Bitterkeit reagieren.

Versuchte Rosenberg, der vermeintlichen Schuld, überlebt zu haben, dadurch zu entgehen, dass er, der sich vollständig vom Judentum abgewandt hatte, sich nun doch wieder, gerade wegen der Shoah, als Jude definierte? Zwar führte ihn das Einwohnermeldeamt in Bielefeld

¹²⁵⁰ Die Darstellung stützt sich auf die Entschädigungsakten Benno Leyser und Hedwig Rosenberg beim Landesverwaltungsamt Berlin.

¹²⁵¹ *Lehmann (1976) 239.*

als jüdisch,¹²⁵² doch lässt dies nicht mit Gewissheit auf Rosenbergs Selbstdefinition schließen. Und obschon in Bielefeld schon wenige Jahre nach der Shoah eine Jüdische Gemeinde bestand,¹²⁵³ wurde er weder hier noch nachher in Frankfurt am Main oder in Düsseldorf Mitglied.¹²⁵⁴ Ohnehin hatte sich deren Charakter vollständig verändert, die meisten ihrer Mitglieder waren nunmehr Überlebende der Ghettos und Lager aus Osteuropa. Nur rund ein Zehntel ihrer Mitglieder waren zurückgekehrte deutsche Juden, zumeist alte und solche, denen der Neuanfang in der Fremde nicht gelungen war. Somit standen die Gemeinden kaum noch in einer Kontinuität mit dem deutschen Judentum vor der Shoah.¹²⁵⁵ Das Gefühl, anders zu sein als die anderen, die in den Lagern und Ghettos der Nazis gesessen oder sich versteckt gehalten hatten, zeichnete viele ehemalige Exulanten. Doch auch sie blieben, wenn auch in einem geringeren Maße, gezeichnet von der Vergangenheit.¹²⁵⁶

Als hochgradig assimilierter und mit einer Nichtjüdin verheirateter Jude wäre Rosenberg dort ein Fremdkörper geblieben.¹²⁵⁷ So begann er auch nicht, sich als Jude zu redefinieren. Dennoch unterhielt er Kontakte zu Repräsentanten des deutschen Judentums wie dem Verleger Karl Marx,¹²⁵⁸ las jüdische Blätter, schrieb von Zeit zu Zeit Artikel für sie und sprach auf Veranstaltungen, mit denen die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit die seit Ende der 1940er Jahre alljährlich stattfindende Woche der Brüderlichkeit einläutete. Rosenberg wandte sich jedoch auch nicht dem politisch motivierten Judentum in Form des

¹²⁵² Stadtarchiv Bielefeld, Einwohnermeldekartei. – Es ist jedoch durchaus möglich, dass es sich dabei um die eigenmächtige Entscheidung eines städtischen Beamten handelte. An seinem letzten Wohnort in Hösel, später Ratingen-Hösel, jedenfalls waren Rosenberg und seine Frau seit 1962 als „v.d.“, als verschieden denkend, also konfessionslos, gemeldet. Stadtarchiv Ratingen, Einwohnermeldekartei, Meldekarten Ludwig und Margarete Rosenberg.

¹²⁵³ *Guttman* 266.

¹²⁵⁴ Schriftliche Mitteilungen der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf vom 7.2.2001 und der Jüdischen Gemeinde Frankfurt vom 21.2.2001. – Zu den inneren Verhältnissen der „Juden deutscher Herkunft“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit siehe Geis; für die 1970er Jahre, allerdings auf schwachem methodischen Boden und mit entsprechenden Ergebnissen, *Kuschnier*.

¹²⁵⁵ Vgl. *Schoeps* (1990) 97 f.; *Richarz* (1988) 18 f.

¹²⁵⁶ *Leiser* 11, 72.

¹²⁵⁷ Obschon er als solcher ein ausgesprochen typischer Vertreter der zurückkehrenden deutschen Juden war. Vgl. *Heenen-Wolff* 7.

¹²⁵⁸ Marx, geboren 1897 in Saarlouis, während des Nationalsozialismus im britischen Exil, spielte als Herausgeber der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ eine entscheidende Rolle bei der Entstehung eines neuen jüdischen Pressewesens im Nachkriegsdeutschland. Als Nichtzionist wurde er zum Vorsitzenden der Zionistischen Organisation in Deutschland gewählt. *Brenner* (1995) 89, 179 ff.; *Guttman* 269; *Geis* 29. – Ein überaus persönlich gehaltenen Briefwechsel zwischen Marx und Rosenberg und der Schriftwechsel zur Vorbereitung eines Beitrags für eine Festschrift zu Marx' 60. Geburtstag findet sich im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 8, 13, 16.

Zionismus zu. So schrieb er 1970 angesichts von palästinensischen Terrorakten in Israel an Jakob Moneta, den Chefredakteur der „metall“, der Mitgliederzeitung der IG Metall: „Meine Anschauungen zum Zionismus kennst Du: Ich bin kein Zionist und habe das in Israel offen und deutlich so gesagt, daß es sogar dort in den Zeitungen stand. Aber ich bin froh, daß Juden, die als nationale Gruppe in einem eigenen Staat leben wollen, das nach zweitausend Jahren tun können. Für die anderen wie mir zum Beispiel ist es dann freie Entscheidung, daß sie die volle Assimilation mit allen Konsequenzen wählen können – das erste Mal wirklich aus eigener freier Entscheidung.“¹²⁵⁹ Selten nur findet sich eine solche Selbstbeschreibung Rosenbergs als Jude, angesichts seiner Abwendung von der Religion und der Gemeinde Jahrzehnte zuvor.



Abbildung 42: Margot Rosenberg (vorn rechts) 1968 auf Israel-Urlaub in Nazareth

Jedoch zeigt das Zitat Rosenbergs Interesse an den Vorgängen in Israel deutlich auf. Häufig reiste er seit den frühen 1950er Jahren dienstlich und privat dorthin. Er trug damit zusammen mit Willy Richter, Otto Brenner und Walter Hesselbach erheblich dazu bei, das Eis auf israelischer Seite zu brechen, denn bis weit in die 1960er Jahre hinein lehnten es die Führer des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadruth vehement ab, mit ihren deutschen Kollegen offizielle Kontakte aufzunehmen.¹²⁶⁰ Der erste Besuch Aaron Beckers, des Histadruth-Generalsekre-

¹²⁵⁹ Rosenberg an Jakob Moneta, Frankfurt am Main, 10.3.1970, ebd., Ordner 65.

¹²⁶⁰ Siehe dazu *Schulte* 233 ff.; *Ben-Meir* 142 f.; *Wolffsohn (1988b)* 124; *Hepperle* 91.

tärs, 1969 in Deutschland wäre ohne die intensive Vorarbeit Rosenbergs undenkbar geblieben.¹²⁶¹

Letztlich darf man auch Rosenbergs unermüdlichen Einsatz für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel nicht gering veranschlagen, auch wenn er sich kaum in den Akten niederschlägt, auch wenn der CDU-Parlamentarier Kurt Birrenbach, der 1965 als Sonderbotschafter Bundeskanzler Erhards die Verhandlungen führte und Rosenberg unter anderem aus den Aufsichtsräten der Deutschen Edelstahlwerke Krefeld und der August-Thyssen-Hütte sowie dem Monnet-Komitee kannte, in seinen Erinnerungen Rosenbergs Wirken ebenso unerwähnt lässt wie Rainer Barzel, der als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU den Austausch der Botschafter auch gegen Widerstand in den Reihen der christlich-liberalen Koalition durchzusetzen verstand.¹²⁶²

Rosenberg war es, der, soeben von einem Israel-Aufenthalt und einem Besuch bei Premierministerin Golda Meir zurückgekehrt, im Oktober 1964 die Initiative ergriffen und – gegen erhebliches Sperrfeuer seitens der „Deutschen National- und Soldatenzeitung“ und anderer nationalsozialistischer Traditionsverbände¹²⁶³ – eine Plakataktion samt Unterschriftensammlung des DGB gestartet hatte, mit der demonstrativ für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen geworben werden sollte. In einer Erklärung des DGB hieß es: „Die Bundesrepublik sollte vielmehr durch die unverzügliche Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel vor der Weltöffentlichkeit bekunden, daß sie bereit ist, auch damit altes Unrecht gutzumachen.“¹²⁶⁴ Damit traf der DGB das Hauptmotiv aller Bestrebungen der Bundesregierung gegenüber Israel, aber auch gegenüber den deutschen Juden auf den Kopf. Ob Wiedergutmachung, Waffenlieferungen oder Botschafteraustausch – immer ging es aus deutscher Sicht in erster Linie um die Wiedererlangung internationaler Reputation des westdeutschen Teilstaates.¹²⁶⁵ Dazu haben der DGB und mit ihm Brückenbauer Rosenberg nicht unerheblich beigetra-

¹²⁶¹ Shlomo Shafir, Herausgeber von Geshet, des World Jewish Congress Hebrew Journal, nennt Rosenbergs Rolle beim Aufbau der Beziehungen zwischen dem DGB und der deutschen Gewerkschaftsbewegung einerseits und der Histadruth und Israel andererseits „überragend“. Schreiben Shlomo Shafirs, Ramat Hasharon, vom 12.3.2002.

¹²⁶² *Birrenbach; Barzel*; vgl. dazu *Wolffsohn (1988a)* 97.

¹²⁶³ Vgl. den Artikel in der Kölnischen Rundschau vom 22.12.1964 unter dem Titel „Rosenberg: Hallstein-Doktrin kein Dogma“, der unter anderem die gegen Rosenberg gerichtete Hetze zum Thema nahm.

¹²⁶⁴ Zitiert nach *Schulte* 234. – Zeitgleich schrieb Rosenberg mehrere Zeitungsartikel zum Thema, unter anderem: Israel und wir, in: *Welt der Arbeit* vom 6.11.1964, der auch als Sonderdruck erschien. Darin sprach sich Rosenberg auch vehement für die Abschaffung der Verjährungsfrist bei NS-Morden aus.

¹²⁶⁵ Vgl. *Schoeps (1990)* 106 f.

gen.



ROSENBERG: „Bei mir gibt's nichts zurück. Ich gebe dein Geld lieber zur Sanierung von Israels Wirtschaft, für die Kampagne gegen die NATIONAL-ZEITUNG und so weiter aus.“

Abbildung 43: Stein des Anstoßes – Faksimile einer Hetzkarikatur der „Deutschen National- und Soldaten-Zeitung“ (1967)

Rosenberg gewann sehr früh schon, unmittelbar in der Entstehungszeit Israels, ein höchst affektives Verhältnis zum jüdischen Staat. Israel gewann für ihn wie für viele andere Juden auch zu einer Art Ersatzidentität, zu einer psychischen Stütze. Bei allen Gegensätzen innerhalb des äußerst heterogenen Judentums in Deutschlands wurde der Bezug auf Israel wie auf die Shoah zu einem einigenden Band.¹²⁶⁶ Das Wirken für die Opfer des Nationalsozialismus und der Shoah ließ den Überlebenden ihre vermeintliche Schuld erträglicher werden. So setzte sich Rosenberg in den 1960er Jahren in einem Briefwechsel mit Walter Auerbach, inzwischen Staatssekretär im niedersächsischen Sozialministerium, für die Abgeltung bislang nicht durch die Wiedergutmachungszahlungen

¹²⁶⁶ Ebd. 103; Richarz (1988) 26; Diner 253.

gedeckter Leistungen der Kupat Holim, der der Histadruth angeschlossenen Krankenkasse, für schwerkranke Überlebende der Shoah ein.¹²⁶⁷

Und in ihrem 1971 aufgesetzten Erbvertrag bestimmten die Rosenbergs, dass die Hälfte ihrer Hinterlassenschaft der Fritz-Naphtali-Stiftung in Tel Aviv zukommen solle, die die Gelder „zur Förderung junger Israelis in der Berufsausbildung als Angestellte und Facharbeiter“ verwenden solle.¹²⁶⁸ Die erst kurz zuvor gegründete Stiftung trug den Namen just jenes Mannes, der in den 1920er Jahren für den ADGB das Programm zur Erlangung der Wirtschaftsdemokratie verfasst hatte, dann vor den Nazis nach Palästina geflohen und schließlich Minister in Israel geworden war. „Der Zufall, dass wir entronnen sind“, so fasste der Philosoph Max Horkheimer ebenso knapp wie treffend zusammen, verstärke die „Einheit mir denen, die unter unsagbaren Qualen gestorben sind“.¹²⁶⁹

Als Emigrant in Deutschland

Trotz der Vernichtung seiner Familie kehrte Rosenberg nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus in das zerstörte Deutschland zurück – ohne Ressentiments, wie es in den biografischen Porträts einhellig heißt.¹²⁷⁰ Wie auch die anderen zurückgekehrten Flüchtlinge hegte er große Erwartungen in die Möglichkeiten einer dauerhaften Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch in seine durch die Katastrophe des Nationalsozialismus geläuterten daheimgebliebenen Landsleute. Seine optimistische Analyse der „skeptischen Generation“ gab dieser Hoffnung Ausdruck, mittels einer demokratischen und humanistischen Bildung das seitens der Nazis angerichtete politisch-moralische Vakuum mit dem Geist einer neuen Gesellschaft auffüllen zu können.

Doch bald schon mussten die Remigranten feststellen, dass ihnen neben einigen positiven Erfahrungen schroffe Ablehnung seitens der meisten Deutschen entgegenschlug, ja dass bald schon andere Ressentiments wirksam wurden.¹²⁷¹ Ihnen, den „Emigranten“, wurde vorge-

¹²⁶⁷ Der Briefwechsel reicht vom 20.10.1964 bis zum 3.3.1965. DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Auerbach, Mappe 80.

¹²⁶⁸ Erbvertrag der Eheleute Rosenberg, 16.12.1971, Amtsgericht Ratingen, Nachlassakten Rosenberg. – Die andere Hälfte fiel der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn zu.

¹²⁶⁹ Zitiert nach *Diner* 257.

¹²⁷⁰ Siehe u. a. *Flessberg* 2.

¹²⁷¹ *Krauss (1998)* 1166.

halten, sich in der Stunde der Not aus der deutschen Nation herausgestohlen zu haben, feige die Schicksalsgemeinschaft der Bombenkriegsopfer verlassen zu haben, desertiert zu sein. Diese Ablehnungsmuster entstammten der nationalsozialistischen Propaganda und wurden nach Kriegsende nahtlos in das Arsenal der Auseinandersetzungen übernommen.¹²⁷² Dem zumal als jüdisch und links stigmatisierten Exil wurde das Recht abgesprochen, im Namen der deutschen Nation sprechen zu dürfen, dazu sei allein die „innere Emigration“ berechtigt, die Deutschen, die im Lande unter den Nazis gelitten hätten.¹²⁷³ Indem sich die Daheimgebliebenen zu Opfern stilisierten, verleugneten sie zugleich ihre Verantwortung für das Entstehen des Nationalsozialismus. Im selben Atemzug jedoch wiesen sie – paradoxerweise – den Rückkehrern die Aufgabe zu, sie zu rehabilitieren.¹²⁷⁴

Remigranten zeigten sich überaus empfänglich für unterschwellige Stimmungen in der Bevölkerung, sie waren allgemein in einem hohen Maße persönlich und familiär verwundbar¹²⁷⁵ und daher sensibilisiert. Viele von ihnen zeigten sich dementsprechend enttäuscht von dem politischen und moralischen Zustand Deutschlands. Sie waren gezwungen, ihre Illusionen über das andere Deutschland, die ihnen im Exil das Weiterleben erleichtert hatten, abzulegen. Sie lernten schnell, dass sie sich mit großem Geschick verhalten mussten.¹²⁷⁶ Selbst die Parteien und Organisationen der politischen Linken empfahlen ihren zurückkehrenden Mitgliedern, „mit größter Bescheidenheit“ aufzutreten, denn auch von Freunden wurde ihnen vorgehalten, sie hätten sich in der Fremde ausgeruht.¹²⁷⁷ So verweist der Historiker Sven Papcke die Darstellung der SPD aus dem Oktober 1945, es gäbe „keine Animosität gegen die politische Emigration“ in das Reich der Legende. Es habe sich eher um eine Beschwörungsformel gehandelt denn um die Beschreibung der Wirklichkeit. Jedoch verweist beispielsweise Susanne Miller darauf, dass es in der SPD keine prinzipiellen Differenzen zwischen Emigranten und Nicht-Emigranten, hingegen einen großen Anteil an Emigranten in Führungspositionen gegeben habe. Die Konflikte seien da-

¹²⁷² Foitzik (1988) 270; ders. (1991) 105.

¹²⁷³ Papcke 20; *Rückkehr aus dem Exil* 1158. – Der Begriff der „inneren Emigration“ geht zurück auf den Schriftsteller Frank Thieß, der ihn bereits im August 1945 gegen die „Emigranten“ ins Feld führte. Er beteiligte sich damit an einer Debatte um die Rückkehr Thomas Manns, die er zwar befürwortete, doch nicht ohne das Exil zu schmähen. Mantzke 24.

¹²⁷⁴ Vgl. Krauss (1993) 321; Foitzik (1991) 106.

¹²⁷⁵ Grinberg/Grinberg 216. – Geis 302 konstatiert gar bei den Juden im Nachkriegsdeutschland „ein feineres Gespür dafür, dass Entschuldigung der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, seiner Täter und Sympathisanten etwas mit Sympathie und mindestens partieller Identifizierung mit der nationalsozialistischen Ideologie zu tun habe“.

¹²⁷⁶ Vgl. Foitzik (1988) 264.

¹²⁷⁷ Ders. (1991) 106.

gegen nach einem anderen Muster verlaufen.¹²⁷⁸

Das Verhalten der meisten Daheimgebliebenen bot Anlass zu Enttäuschung und Verbitterung seitens der zurückgekehrten Flüchtlinge. Dazu zählten nicht zuletzt jene Versuche aus dem durch den Nationalsozialismus vollends desavouierten Bürgertum, vorgetragen vor allem von ehemaligen Anhängern der Nazis, die sich nun als geläuterte Demokraten gaben. Rosenberg hatte erlebt, wie ein Staat mit demokratischem Regelwerk, jedoch ohne Demokraten – oder richtiger: mit zu wenigen, zu schwachen Verteidigern der Demokratie – in seinen Grundfesten erschüttert und in kürzester Zeit in ein offen terroristisches Regime mit Massenanhang verwandelt werden konnte. Daher blieb ihm die bloße Beteuerung, ein Demokrat zu sein, sich an die demokratischen Spielregeln zu halten, fortan suspekt. Ja, er sah das Missverhältnis, dass sich jene, die sich nicht mit den Nazis gemein gemacht hatten, im Nachkriegsdeutschland von manchen belehren lassen mussten, die wenige Jahre zuvor noch „Sieg Heil!“ geschrien hatten. Er nannte sie polemisch, jedoch treffend, „Patentdemokraten“.¹²⁷⁹

Seine hier deutlich spürbare Verbitterung über solche früheren Nazis zeigte sich schon ein Jahr nach seiner Rückkehr nach Deutschland. In einigen seiner ersten Zeitungsartikel für die deutsche Presse schilderte er seine Erfahrungen mit der Aufarbeitung des Geschehenen, die Reaktionen, die er erhielt, wenn er „den Nazis ihre Schandtaten und ihre Gesinnungslosigkeit“ vorhielt. Man müsse Toleranz üben, dürfe keinen Hass predigen und kein Unheil stiften, hieß es da: „Man fragt sich nun, ist es die Aufgabe demokratischer Toleranz, den Uebeltäter zu schonen – seine Gefühle nicht zu verletzen – seine Besserung und Bekehrung als gegeben anzunehmen, wenn er uns täglich das Gegenteil beweist? Ist es demokratisch, allen denen gegenüber tolerant zu sein, die Anstand mit Schwäche, Entgegenkommen mit Feigheit und Rücksicht mit Dummheit gleichstellen? Ist Demokratie ein Gesellschaftsspiel oder eine lebendige Lebensform? Muß man nicht überall – ob in den Reihen der Gegner oder der Freunde – gegen alles Front machen, was dieser Lebensform gefährlich werden kann? Darf man das nur bei seinen Freunden oder ist es einem Demokraten auch erlaubt, seine Gegner zu kritisieren? Darf er sich dadurch von dieser seiner Pflicht abschrecken lassen, weil ihn irgendwer deshalb hassen könnte – darf er sich mit Unrecht und Uebel, wo immer es sein ekelhaftes Antlitz erhebt, abfinden – darf er tolerant gegen das Böse sein? Darauf antworten – klar und un-

¹²⁷⁸ Papcke 18; Miller (1976) 168 ff.

¹²⁷⁹ So beispielsweise in seinem Referat „Die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft“, ohne Datum [1954], AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 16.

zweideutig antworten – ohne Schönrednerei und ohne allgemeines Moralisieren ist ein Gebot, dem sich keiner entziehen darf, der Demokratie ernst und heilig nimmt.“¹²⁸⁰ Und in einem etwa zeitgleich entstandenen Gedicht hieß es:¹²⁸¹

Die Neu-Demokraten

Wo kommen nur die vielen Demokraten her,
Die heute uns belehren?
Wo haben sie das Wissen, die Erfahrung her,
Mit der sie uns bekehren?

Noch gestern war'n sie Nazis und sie schrieen „Heil“ –
Demokratie war schaendlich –
Und heute sind ploetzlich ganz das Gegenteil
Und kommen uns sittlich-ländlich.

Sie sehen hinter jedem Busche die Gefahr,
Die sie selbst einmal waren,
Und sind der Freiheitsflamme Hüter am Altar
In seltsam bunten Scharen.

Es ist zum Lachen, wenn mit Pathos und Gewalt
Sie demokratisch lallen –
Gesinnungsritter von der traurigen Gestalt
Aus Adolfs Neu-Walhallen.

Wir hab'n das aller schon einmal gehoert –
Die Platte ist verdorben.
Die Armen, die Ihr einst mit diesem Lied betoert,
Die sind durch Euch gestorben.

Enttäuschung und Verbitterung als Reaktion auf Ressentiments und Ablehnung führten zu einer spürbaren Ernüchterung der Rückkehrer. Ohnehin waren die Debatten über die NS-Vergangenheit ins Leere gelaufen, sobald die Westdeutschen aus Staatsgründung und Wirtschaftswunder neues Selbstbewusstsein ziehen konnten.¹²⁸² Daher beschränkten sich die Rückkehrer pragmatisch auf Sachfragen und unterließen es, politische Grundsatzdebatten über den Nationalsozialismus und seine Aufarbeitung zu initiieren, konnten die gegen sie wirkenden Ressentiments doch allzu leicht abgerufen werden. Auf beiden Seiten führte dies somit zu einer Tabuisierung des Exils – wie auch des Widerstands. Die ehemaligen Flüchtlinge ließen sich hineinziehen in den Wunsch der Daheimgebliebenen, die Vergangenheit des Nationalsozialismus zu verdrängen, oder – wie Willy Brandt es treffend ausgedrückt hat – in die „Verschwörung des Schweigens“.¹²⁸³ Die Rückkehrer, in ih-

¹²⁸⁰ *Rosenberg (1947a)*. Siehe auch den ähnlich argumentierenden Artikel ders. (1947c).

¹²⁸¹ Ludwig Rosenberg, *Die Neu-Demokraten*, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102.

¹²⁸² *Krohn* 15.

¹²⁸³ Zitiert nach *Papcke* 21.

rem Wunsch, dazuzugehören, sich zu assimilieren, verschwiegen ihrerseits die Bedingungen, unter denen sie ins Exil gegangen und unter denen sie dort gelebt hatten. Doch verloren sie zugleich ihren Anspruch, in ihrem Handeln und Denken eine moralische Autorität darzustellen.¹²⁸⁴ Die Phase der Tabuisierung des Exils, die in den 1950er Jahren begann, löste die polemische Phase der ersten Nachkriegsjahre ab.¹²⁸⁵

„Emigrant“ wurde zu einem durchweg negativ konnotierten Begriff.¹²⁸⁶ Neben den beschriebenen, teils eher subtilen Formen ihrer Ablehnung, nach denen sie als Besserwisser und Moralisten beschimpft wurden, entlud sich von Zeit zu Zeit ein spürbarer „Volkszorn“ über sie, da sie als Helfershelfer der Alliierten galten und somit für Demontage, Entmilitarisierung und Entnazifizierung mitverantwortlich schienen. Eine neue, der Dolchstoßlegende nach dem Ersten Weltkrieg verwandte Sündenbock-Ideologie war entstanden, die dem Exil allen Ärger zuschob.¹²⁸⁷ Gegen „Emigranten“ gerichtete Vorwürfe ließen sich damit auch trefflich politisch instrumentalisieren. So führte im Zuge des beginnenden Kalten Kriegs die SED eine Kampagne gegen die zurückgekehrten Sozialdemokraten in den Westzonen. Ausgerechnet Karl-Eduard von Schnitzler, selbst im Londoner Exil gewesen, begann Anfang 1948 im Berliner Rundfunk den ersten offenen Hetzangriff, zunächst gegen die „Geheimagenten um Dr. Schumacher“, sodass alsbald auch in der Bundesrepublik die Begriffe „Emigrant“ und „Agent“ gleichgesetzt wurden.¹²⁸⁸ Rosenberg blieb von solchen Angriffen aus dem Umfeld der SED nicht verschont. Die „B[erliner] Z[eitung] am Abend“ nannte ihn Anfang der 1950er Jahre im Zusammenhang mit der Remilitarisierung der Bundesrepublik einen „Wallstreet-Agenten und Kriegshetzer“.¹²⁸⁹

¹²⁸⁴ Vgl. Krauss (1997) 157.

¹²⁸⁵ Ebd. 154.

¹²⁸⁶ Lehmann (1997) 52.

¹²⁸⁷ Papcke 13, 20; Krauss (1997) 155. – Eine umfangreichere Darstellung der Argumentationsmuster der Exilrezeption findet sich ebd. 156 ff., Krauss unterscheidet „Fragen von Antikommunismus und Antisemitismus“, die „nationale Argumentation“, die „Schuldfrage“ und die „Integrationsideologie“.

¹²⁸⁸ Foitzik (1988) 269. – Die Kampagne richtete sich wenig später auch gegen die aus den westlichen Exilländern in die sowjetische Besatzungszone zurückgekehrten Kommunisten.

¹²⁸⁹ Zitiert nach dem Artikel: Männer, die sie hassen. Porträts deutscher Gewerkschaftsführer: Ludwig Rosenberg, in: Telegraf (Berlin-West), Wochenspiegel Nr. 24 vom Juni 1954. – Im gleichen Jahr richtete auch die westdeutsche kommunistische Presse einen diffamierenden Angriff gegen Rosenberg, als die Volksstimme (Nr. 70 vom 24.3.1954) aus Stuttgart titelte: „Rosenberg-Mythos in der DGB-Führung. Schwabenstreich eines jungen Gewerkschafters enthüllt: Hitlers «Mein Kampf» ist theoretische Grundlage der rechten DGB-Führer“. Angeblich habe ein junger Gewerkschafter Hitlers Aussagen zu den Gewerkschaften aus „Mein Kampf“ leicht paraphrasiert als eigene Meinung an Rosenberg gesandt,

Bereits 1949 hatte Fritz Heine von einer gezielten „Anti-Emigrations-Kampagne“ gesprochen.¹²⁹⁰ In der frühen Bundesrepublik hingegen spielte die „Emigration“ als Politikum kaum eine Rolle. Das änderte sich erst im November 1960, als Willy Brandt seine Kandidatur um die Kanzlerschaft bekanntgab. Im Zusammenhang mit den sich zuspitzenden polemischen Beschuldigungen gegen Brandt wurde sein Parteifreund Fritz Erler deutlicher, als er im Deutschen Bundestag das Wort von der „Emigrantenhetze“ prägte.¹²⁹¹ Der Emigrantenvorwurf war längst zu einer Waffe im Kampf gegen unliebsame Konkurrenz geworden, Jan Foitzik sieht in ihr denn auch zurecht einen „spezifische[n] Ausdruck der politischen Elitenkonkurrenz“, einen „Indikator für die Bedeutung der politischen Remigration in der Entwicklung der Bundesrepublik“.¹²⁹²

Rosenberg, der sich Mitte der 1960er Jahre heftigen Angriffen der rechtsextremen „Deutschen National- und Soldatenzeitung“ ausgesetzt sah,¹²⁹³ äußerte sich noch Mitte der 1970er Jahre in seiner bereits erwähnten Rezension zu Hans Georg Lehmanns „In Acht und Bann“ zu den Angriffen gegen die zurückgekehrten Flüchtlinge: „Heute nach dreißig Jahren mag das ganz verschwunden sein. Ob es nicht gelegentlich doch wieder aufleben mag, ist leider nicht mit einem klaren Nein zu beantworten. Wo es opportun erscheinen könnte, einen politischen Gegner oder selbst einen Konkurrenten zu diffamieren, mag es unter bestimmten Umständen auch noch jetzt als «geeignetes» Mittel mindestens der Flüsterparolen denkbar sein. Das ist um so mehr erschreckend, als in unserem Lande politische Emigranten, die der kommunistischen Diktatur entronnen sind, wie Helden gefeiert werden.“¹²⁹⁴ Ob Rosenberg selbst innerhalb des DGB solchen Angriffen ausgesetzt war oder ob er vom Hörensagen spricht, lässt sich nicht feststellen. Doch unschwer lässt sich die Enttäuschung eines politisch denkenden Menschen erkennen, der sich spätestens seit den 1940er Jahren streng an der Totalitarismustheorie ausrichtete, nach deren landläufiger Auslegung Hitler-Diktatur und DDR-Regime gleichzusetzen seien, und der sich

der sie wiederum zustimmend kommentiert habe. Ansonsten legte das Ministerium für Staatssicherheit der DDR kaum ein Auge auf Rosenberg, es sammelte einzelne Presseartikel – ausschließlich aus „Die Welt“ und „Neues Deutschland“ – und allgemeine Informationen, die es jedem „Who’s who?“ hätte entnehmen können. Ob der Staatssicherheitsdienst hingegen über Wilhelm Gronau, seinen Agenten im DGB-Bundesvorstand, intimere Kenntnisse erlangte, ließ sich in den rekonstruierten und zugänglichen Akten der so genannten „Gauck-Behörde“ in Berlin nicht feststellen. Schreiben des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vom 31.1.2001.

1290 Foitzik (1988) 269.

1291 Mantzke 24 ff.

1292 Foitzik (1988) 270.

1293 Vgl. dazu auch Mantzke 27. – Die NZ stand nach Mantzke in „vorderster Front [...] bei dieser Hetze“.

1294 Rosenberg (1976a).

angesichts der Glorifizierung der SED-Gegner in der Bundesrepublik als Hitlerflüchtling zurückgesetzt fühlte.¹²⁹⁵



Abbildung 44: Porträt Rosenbergs aus den 1950er Jahren

Mitte der 1960er Jahre ließen die Angriffe auf „Emigranten“ nach, zugleich verlor der Begriff „Ex-Nazi“ seine Bedeutung in der politischen Auseinandersetzung, als mit der Großen Koalition 1966 ein „Ex-Nazi“ Bundeskanzler und ein „Emigrant“ Vizekanzler und Außenminister wurden.¹²⁹⁶ Nach und nach setzte die dritte Phase der Exilrezeption ein, die der Aufarbeitung,¹²⁹⁷ insbesondere die Studentenbewegung entdeckte das andere Deutschland wieder, freilich ohne dessen Exponenten zur Kenntnis zu nehmen, von wenigen Ausnahmen der intellektuellen Elite abgesehen. Und erst jetzt wurden Widerstand und Exil tatsächlich zu einem Traditionsbestand der Sozialdemokratie und der Gewerk-

¹²⁹⁵ Nimmt man an, wofür einiges spricht, dass Rosenberg den Terror des Nationalsozialismus nicht auf eine Stufe mit dem DDR-Unrechtsregime gestellt wissen wollte, so wäre sein Gefühl der Zurücksetzung umso stärker gewesen.

¹²⁹⁶ Foitzik (1991) 107.

¹²⁹⁷ Krauss (1997) 154 f.

schaften,¹²⁹⁸ obschon Männer wie Rosenberg auch lange vorher den Widerstand – jedoch vorrangig in seiner Verengung auf den 20. Juli 1944 – gewürdigt hatten. 1964 beispielsweise, im Jahr seiner Offensive für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, sprach Rosenberg wenigstens bei drei Gelegenheiten über Widerstand, Verfolgung und Krieg: zunächst mit General Wolf Graf von Baudissin, Kommandeur des NATO-Defense-Collège in Paris, zum 20. Jahrestag des 20. Juli 1944 in der Bonner Beethovenhalle, dann zum 1. September, dem 25. Jahrestag des Kriegsbeginns, in Hamburg, und schließlich mit dem Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel in der KZ-Gedenkstätte Dachau zum Gedenken an das Novemberpogrom am 9. November 1938.¹²⁹⁹

Rosenberg folgte im Großen und Ganzen den Phasen der Rezeption des Exils. Bis in die Mitte der 1960er Jahre beteiligte er sich aufgrund schmerzhafter Erfahrungen am Verschweigen des Exils. Er tat dies in dem Wunsch dazuzugehören. War es Ausdruck dieses Wunsches, als er Anfang der 1950er Jahre seine Cousine Irmgard und ihren Mann James J. Manasse davon überzeugte, nach Deutschland zurückzukehren?¹³⁰⁰ Hatte er sich tatsächlich eingelebt? Seine Verbitterung über die politisch-moralischen Zustände in der Bundesrepublik wurde ab und an in seinen Reden spürbar. Und in vereinzelter Lyrik, so dichtete er 1951 ein Vorwort zu Robert Gilberts Gedichtband „Vorsicht! Gedichte!“:¹³⁰¹

Jeleitwort

Ja – die tausend Jahre sind vorbei,
Und der Gröfaz hat ins J rass jebissen,
Und der Jupp mit seiner Schreierei
Hält die Schnauze und hat längst versch[lissen].

¹²⁹⁸ Krohn 15; *Angster* (1997) 122.

¹²⁹⁹ Siehe dazu diverse Materialien in den Teilnachlässen Rosenbergs, zum 20. Juli u. a DGB-Archiv, Bestand Nachlass Rosenberg, Kasten 6, 12, Personalordner 3, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 8; zum 1. September und zum 9. November ebd.

¹³⁰⁰ James J. und Irmgard Manasse geb. Rosenberg unterzeichneten am 4.11.1977 eine Todesanzeige für Rosenberg in der „Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung“. Darin heißt es: „Er war der letzte Träger unseres Namens!“ Im Kondolenzschreiben vom 2.11.1977 schrieb Irmgard Manasse, „dass es Luty [Ludwig Rosenberg] war, der uns 1952 im Dezember nach Deutschland zurückholte, und wir haben es auch nicht bedauert, wieder hier zu leben“. AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Sonstiges.

¹³⁰¹ Ludwig Rosenberg, Jeleitwort zu „Vorsicht Gedichte“ von Robert Gilbert, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102. Die erste Auflage erschien nachweislich ohne „Jeleitwort“. Ob es hingegen in einer späteren Auflage gedruckt wurde, ließ sich bibliografisch nicht nachweisen. – Robert Gilbert, eigentlich Robert David Winterfeld, wurde 1899 in Berlin geboren. Als Komponist und Textdichter schrieb er zahlreiche Operetten, Musicals und Filmmusiken. 1933 floh er vor den Nazis und kehrte 1949 aus dem US-amerikanischen Exil zurück. 1953 ging er in die Schweiz, wo er 1978 verstarb. *Deutsche Biographische Enzyklopädie* IV 7.

Ooch der BDM is jarnich mehr.
Heute sagt man zu de Maiden „Honey“.
Looft se mit'n Dirndkleid daher,
Hat se doch 'ne Meise unterm Pony.

Mensch, wat war'n se alle wunderbar –
Wenn Du heute siehst die alten Recken –
Alle wissen nischt, wat damals war,
Alle sind se doof bis zum Verrecken.

Keener will et heut jewesen sein,
Jeder war man nur so'n kleenst Würschtchen.
Und se wissen nischt, sind engelsrein –
Und wat war'n se damals ? – Fürschtchen !

Wenn Du an die Zeit von damals denkst
Und Du jlaubst, det alles is vajessen,
Und Du meenst, det Frollein Clio pennt,
Biste doof und haste falsch jemessen.

Dieset Buch zeicht, wie se damals war'n,
Mit Humor – in't Knopploch eene Träne –
Als se Adolf kühn in't Oog sahn –
Und dann nachher machten alle Beene.

Ja, so sind se – Helden uf Befehl,
Mit Radau, Jebrüll und viel Jestank.
Und jeht dann die janze Sch[eiße] fehl,
sind se Helden mit'n Notausjang.

Doch bei aller Deutlichkeit, die in diesem Gedicht zu Tage tritt, für die Öffentlichkeit legte er sich eine opportuner scheinende Geschichte zu recht: 1933 sei er als Gewerkschafter und Sozialdemokrat ins Exil gegangen. Erst später fügte er hinzu, als Jude geflohen zu sein, denn dass die Juden unter den Nazis zu leiden hatten und daher besser rechtzeitig ins Exil gegangen waren, wurde von der Mehrheit der Deutschen inzwischen durchaus akzeptiert. Was er dort tat, legte er sich ebenfalls zu recht: 1940 sei er aufrecht als Deutscher in die Internierungshaft gegangen, so als hätte er dem entgehen können, wenn er ausgesagt hätte, die Deutschen zu hassen. Seine Beteiligung an der britischen Radiopropaganda, seine nachrichtendienstliche Tätigkeit für den OSS und seine Anstrengungen im Bereich der *re-education* verschwieg er ganz, ebenso seinen Aufenthalt in Deutschland im Jahre 1945. Und für die Nachkriegszeit beschwor er, von den gleichen Rationen wie alle Deutschen gelebt, in den gleichen Wohnungen gehaust zu haben, obschon ihm die Briten Besseres angeboten hätten. Mitte der 1960er Jahre hingegen, vor allem seit 1967 und mehr noch nach seiner Pensionierung zwei Jahre später – diese Zäsur lässt sich deutlich festmachen – begann er, auch öffentlich von seiner Vergangenheit im Exil zu reden, ohne jedoch wirklich frei darüber sprechen zu können.¹³⁰²

¹³⁰² Am deutlichsten sicher 1970 in seiner Rede *Leben für die Freiheit* (1970).

Man mag es als Ausdruck der Tabuisierung sehen, oder besser: als einen Ausbruchsversuch des Unterbewusstseins, wenn in regelmäßigen Abständen verschiedene renommierte Zeitungen Rosenberg mit dem Vornamen des früheren Chefredakteurs des „Völkischen Beobachters“ und Reichsleiters der NSDAP, Alfred Rosenberg, versahen. So geschehen beispielsweise in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 31. August 1955, der – damals noch SPD-eigenen – „Neuen Ruhr-Zeitung“ vom 26. Oktober 1968 und der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ vom 24. Februar 1970. In einem Leserbrief wandte sich Rosenberg an NRZ-Chefredakteur Kurt Gehrman: „Es ist bezeichnend für die Geistesverfassung der Leute, die solche Darbietungen ihres Unterbewußtseins offenbaren, wie sie noch immer vom sogenannten Gedankengut jener «großen Zeit» geprägt sind, in der sie aufgewachsen sind. Weder dem Redakteur, noch dem Setzer noch dem Umbruchredakteur – noch sonstwem ist offenbar aufgefallen, daß der Alfred längst und mit Recht nicht mehr existiert und daß der immerhin nicht ganz unbekannte Vorsitzende des DGB mit Vornamen Ludwig heißt. – Aber der Alfred läßt sie nicht verkommen und der «Mythus des 20. Jahrhunderts» geistert durch ihr Unterbewußtsein. – Wie besonders aufschlußreich für eine Zeitung, die sich als demokratisch bezeichnet und der SPD nahesteht. Wie mag es also wohl erst bei denen aussehen, die uns nicht «nahestehen»? Jemand hat einmal in solcher Verbindung gesagt: es gibt Leute, die stehen uns so nahe, daß sie uns schon im Wege stehen.“¹³⁰³

In der Regel bemerkte Rosenberg oder die Pressestelle des DGB die peinliche Verwechslung, Entschuldigungsschreiben wie die des Redakteurs E. Ortmann der „Welt der Arbeit“ stellen die Ausnahme dar. Das Manuskript sei in Ordnung gewesen, der Fehler müsse in der Druckerei gelegen haben. Die Redaktion habe „bei den verantwortlichen Herren des Druckhauses einen solchen Krach gemacht, daß wohl die Gefahr einer Wiederholung nicht besteht. Es darf eine solche Panne nicht wieder vorkommen.“ Rosenberg antwortete umgehend, er sei „Schmerz gewöhnt, und ganz besonders bin ich daran gewöhnt, daß diese Namensverwechslung bei meinen Freunden geschieht“. Doch machte er sich auch Gedanken darüber, wie solch eine Verwechslung entstehen könne: „Das ist so wie der Droschkengaul, der in den alten Trab verfällt, so wie er Militärmusik hört. Der wesentliche Unterschied ist dabei sogar, daß der Droschkengaul immerhin zu dieser Reaktion durch Musik von draußen angeregt wird. Hier aber kommt diese Reaktion aus dem Unterbewußtsein, ohne äußeren Anlaß. Das ist noch schlimmer. Also wohl

¹³⁰³ Typoskript eines Leserbriefs an die NRZ unter dem Titel „Unbewältigte Vergangenheit“, 26.10.1968, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 23.

doch ein Stück unbewältigter Vergangenheit, die viel mehr haftet[,] als wir glauben möchten. Denn gerade das, das unbeabsichtigt geschieht, wie ich hoffe, ist ja das, was einen nachdenklich macht.“ Und er schloss: „Ich könnte dazu eine Glosse selber schreiben, aber das ist mir zu dumm und überlasse das gern Euch.“¹³⁰⁴

Sven Papcke hat die dreifache „Tabu-Last“, die auf den zurückgekehrten Flüchtlingen lastete, treffend beschrieben: „*Vor dem Krieg* wurden die Exilanten [sic!] vor der Welt nicht ernst genommen, weil von den Aufnahmeländern weiterhin gute Beziehungen zu Deutschland gesucht wurden. *Während des Krieges* warnte das Exil vergeblich vor den gefährlichen Folgen der Kollektivschuldthese. *Nach dem Krieg* stießen ihre Änderungsvorschläge wieder auf den erbitterten Widerstand der Hiergebliebenen, was um so leichter schien, weil man diese Gruppe einfach mit den Besatzungsmächten in einen Topf warf.“¹³⁰⁵

Mit leeren Händen zurückgekehrt?

„Wir kommen mit leeren Händen zurück und mir graut jedesmal, wenn einer von uns, rückblickend auf die Zeit seit 1933, selbstzufrieden erklärt,

¹³⁰⁴ E. Ortmann an Rosenberg, 25.2.1970, ebd., Ordner 93; Rosenberg an E. Ortmann, 26.2.1970, ebd. – Über solche Namensverwechslungen hinaus erreichten den DGB-Bundesvorstand Mitte der 1960er Jahre zahlreiche, teils anonyme Briefe, adressiert an Alfred oder A. Rosenberg. DGB-Archiv, Bestand Nachlass Rosenberg, Kasten 4. Der DGB verweigerte gewöhnlich die Annahme solcher Briefe, für die übrigen legte er eine Akte „F“ an und versah sie teils mit dem Vermerk „Spinner“. Die meisten dieser Briefe boten eine krude Mischung aus wüstem Antisemitismus, politischer Dummheit und mangelnden Orthografiekenntnissen. So lieferte ein anonymes Schreiben am 25.4.1966 beispielsweise folgenden Ressentiment geladenen Erguss: „Herr Rosenberg Jude Vorsitzender der Gewerkschaften. Ihr wolt die Rechtsradikalen ins Auge nehmen. Ihr habt Sie gerufen denkt mal an die Gastarbeiter. Keine Wohnungen für unsere armen Leute in der Bundesrepublik Miete unerschwinglich jetzt noch lassen Sie Ihre Familien nach kommen. waß denkt Ihr Lumpen und Gauner eigentlich. Ihr habt Euch Wohnungen und ein schönes Leben von unserem Geld gemacht. Lohnforderungen und waß kommt dabei für uns Arbeiter heraus wir sinken immer tiefer ins Unglück. Ihr habt die Macht aber an die Preissenkung Denkt Ihr nicht Euer Geld reicht ja für Alles und das könnt Ihr noch nicht erleben. Wir wurden nur Belogen und Betrogen von Gewerkschaften und auch von der S.P.D. Die Schwarzen Lumpen diese Parteien ziehen uns das Fell über die Ohren diese Lumpen Bauen nur Kirchen und Verdummen die Menschheit. Im Namen vieler Arbeiter die ihm Betrieb die Wahrheit noch nicht sagen dürfen. Aber die Rechtspartei kommt die haltet Ihr nicht mehr auf die Abrechnung kommt.“ Rechtschreibung und Orthografie im Original. Die Tatsache, dass Rosenberg „seit einigen Wochen sowohl in seinem Büro wie in seiner Wohnung jeden Tag mit Briefen antisemitischen Schmutzes überhäuft wird“, verwendete die SED als Bestandteil ihrer Kampagne gegen Bundespräsident Heinrich Lübke, da sie „Ausdruck einer permanenten Geisteshaltung nicht nur bei Lübke, sondern bei der ganzen Erhard-Regierung“ sei, so Albert Norden auf Fragen der Presse. Neues Deutschland vom 26.1.1966.

¹³⁰⁵ Papcke 22. Hervorhebungen im Original.

daß «wir immerhin viel gesehen und gelernt» hätten, wobei der durch die Fremde erweiterte Horizont ein wesentliches Ausstattungsstück ist. Einen Dreck, mit Verlaub zu sagen. Es waren elf Jahre, fürchte ich, von denen wir später nicht werden sagen können, daß wir in ihnen ausreichend gelernt und Erfahrungen erarbeitet hätten.“¹³⁰⁶ Nicht alle Flüchtlinge schätzten ihr Wirken und ihre im Exil gesammelten Erfahrungen derart gering ein, wie es Fritz Heine im letzten Kriegsjahr tat. Susanne Miller, selbst im Londoner Exil gewesen, vertrat beispielsweise just die von Heine kritisierte Position, es sei dieser Erfahrungsschatz, den deutsche Arbeiterführer in den Exilländern gesammelt hätten, der ihnen „erwiesenermaßen ein großer Gewinn für ihr späteres politisches Wirken“ gewesen sei.¹³⁰⁷ Welcher Art aber waren diese Erfahrungen?

Da war zunächst das Verhalten der britischen Bevölkerung während des Kriegs, selbst unter der Drohung einer deutschen Invasion und unter dem Bombardement deutscher Flugzeuge und Raketen. Richard Friedenthal nannte die Engländer denn auch „dieses unerschütterlich gelassene Volk“, das zur Zeit, im Mai 1940, „etwas hysterisch“ sei.¹³⁰⁸ Im weiteren Verlauf des Kriegs war es den Ausländern wieder möglich, sich selbst während der Bombenabwürfe frei zu bewegen. Die von einem Teil der Presse geschürte Angst vor der fünften Kolonne, den Quislingen, war längst wieder einem zivilen Umgang mit den Fremden gewichen. Da war jedoch auch die Erfahrung einer gewissen xenophoben Grundstimmung im britischen Foreign Office, das den Fremden vor allem in den ersten Jahren nach der nationalsozialistischen Machtergreifung und in den ersten Monaten des Kriegs misstrauisch bis ablehnend gegenüberstand. Da war aber zugleich die Erfahrung der Hilfsbereitschaft der britischen Öffentlichkeit gegenüber jüdischen Flüchtlingen nach dem so genannten Anschluss Österreichs und dem Novemberpogrom 1938.

All das war auch an Rosenberg nicht spurlos vorbeigegangen. Er bewunderte seine Gastgeber, wie Dieter Schmidt in einem Geburts- tagsporträt 1963 für die gewerkschaftliche Jugendzeitung „aufwärts“ feststellte, „nicht nur, weil sie ihm Asyl gaben, sondern weil sie – nach seiner Meinung – einen von keiner Nation erreichten demokratischen Stil haben, der bis in das Leben der Familie dringt; die Demokratie wird dem Engländer gewissermaßen anezogen“. Und Rosenberg fügte in eigenen Worten hinzu: „Dem politischen Gegner wird Achtung entgegengebracht, man setzt sich mit den Problemen hart auseinander, aber unterstellt seinem Gegner nie Böswilligkeit, Kurz: in England pöbelt man

1306 Fritz Heine an Robert Groetzsch, 20.10.1944, zitiert nach *Appelius* 264 f.

1307 *Miller (1976)* 170.

1308 *Friedenthal* 52.

nicht!“¹³⁰⁹ Die britische Demokratie und die Zivilität der englischen Gesellschaft, die sich auch angesichts starker Gefährdung bewährt hatten, nahm sich Rosenberg zum Vorbild. Seine in Großbritannien gesammelten Erfahrungen schilderte er auch an anderer Stelle, so 1970 in einer Rede vor Gewerkschaftern:¹³¹⁰

„Die Jahre der Emigration waren in vieler Beziehung wichtig und interessant. Diese Zeit hat einen unbewußt geprägt und beeinflusst. Ich will nur ein paar Gedanken aufzeigen. Einer davon ist, daß man politisch verschiedener Meinung sein kann, daß man aber dem anderen bis zum Beweis des Gegenteils niemals abspricht, daß er mindestens ein so guter Engländer, ein so guter Demokrat und so anständiger Mensch ist, wie man selbst. Zum anderen, daß man Demokratie nicht betreiben kann, wenn man nur Monologe hält, sondern daß man mit den anderen reden muß und daß man sogar mit politischen Gegnern befreundet sein kann. Solche Gedanken sind für die Existenz einer Demokratie lebenswichtig. Das absolute Feindverhältnis ist der Tod einer Demokratie. Es verhindert, daß es zu einer echten gegenseitigen Achtung kommt, und es verhindert damit jede fruchtbare Diskussion. Man soll solche Formen nicht unterschätzen. Man soll auch nicht unterschätzen, daß man in England überall Witze über den einen oder anderen Abgeordneten hören kann, aber niemals über die Institution des Parlaments. Der Abgeordnete X. kann eine sehr komische Figur sein, das Parlament ist es niemals ...“, schilderte Rosenberg vor dem Hintergrund seiner Beobachtungen in den Jahren der Weimarer Republik, als der Reichstag von den Gegnern der Demokratie als Schwatzbude diffamiert worden war.

So suchte Rosenberg denn in seiner Tätigkeit für den DGB, britische Ererungenschaften auf die junge Bundesrepublik zu übertragen, wenn er beispielsweise als Leiter der Auslandsabteilung die Anstellung von Sozialreferenten an den Botschaften der Bundesrepublik nach dem Vorbild der britischen Labour Attachés anregte. Der erste Labour Attaché hatte, auf Initiative Bevins mit Zustimmung des Foreign Office, sein Amt 1942 an der britischen Botschaft in Washington angetreten. Um angesichts des wachsenden Einflusses der organisierten Arbeiterschaft und der steigenden Bedeutung von Arbeits- und sozialen Fragen in nationalen und internationalen Angelegenheiten wertvolle Arbeit in der diplomatischen Mission leisten zu können, gehörte es zu den Aufgaben des Attachés, engen Kontakt zu Regierungsstellen, Arbeitnehmer- und Ar-

¹³⁰⁹ *Schmidt* 9; ähnlich auch *Schuster* 59.

¹³¹⁰ *Rosenberg (1970b)* 25. Es handelt sich um Auszüge aus *Leben für die Freiheit (1970)*, jedoch an einigen wenigen Stellen erweitert.

beitgebervereinigungen zu halten.¹³¹¹

Der Gewerkschafter Egon Lutz, der Ende der 1960er Jahre ein von Polemik durchtränktes Porträt Rosenbergs zeichnete, erkannte zwar zu recht, dass Rosenberg der erste – und einzige – DGB-Chef war, „der seine entscheidenden Prägungen im Ausland – in der Emigration – erfuhr“, doch sah er das „Erbe seiner britischen Lehrjahre“ „in einer schwärmerischen Betrachtung der Möglichkeiten eines geeinten Europas und in der Vergötterung demokratischer Institutionen“. Und in völliger Unkenntnis seines Gegenstandes setzte er hinzu: „Aber wieder sah Rosenberg nur die Oberfläche, die demokratischen Spielregeln als solche und hob zu hymnischen Gesängen darauf an, die im Verband selbst eher Gähnkrämpfe auslösten als das Bedürfnis, dem DGB-Boß nachzueifern.“¹³¹²

Mag sein, dass die Wirkung der Rosenberg'schen Appelle an die Demokratie wenig Wirkung zeigten oder gar belächelt wurden. Davon jedoch, dass er die Einhaltung demokratischer Regeln schon mit der Demokratie gleichsetzte, kann keine Rede sein. Im Gegenteil, immer wieder mahnte er ganz im Sinne des US-amerikanischen Philosophen John Dewey an, dass die Demokratie eine Lebensform sei, die sich durch ungehinderten Gedankenaustausch aller Glieder einer Gesellschaft, durch den Austausch von Ideen in der Diskussion bis zur Fällung einer Entscheidung, die sich in der Praxis bewähren müsse, durch ein Geben und Nehmen auszeichne.¹³¹³ Um aus den zahlreichen Reden und Schriften zur Lage der deutschen Demokratie nur eine herauszugreifen, sei auf seine programmatische Rede unter dem Titel „Die Gewerkschaften im demokratischen Staat“ verwiesen, in der er das Bekenntnis der Gewerkschaften zum Staat an bestimmte Erwartungen band: „Die Gewerkschaften bekennen sich zu diesem Staat. Sie bekennen sich zu einem Staat, in dem das Volk in freien, demokratischen Wahlen sein Schicksal selbst bestimmt. Wir wissen, daß in diesem Staat noch längst nicht die Voraussetzungen genutzt werden, ihn in allen Teilen und in wichtigen Bezirken zu dem zu machen, was er sein sollte und was er sein könnte: *Ein Staat*, in dem Demokratie nicht nur Regierungs- und Verwaltungsform – sondern Lebensstil ist; *ein Staat*, in dem das demokratische Bewußtsein und die demokratische Verantwortung alle Bürger und alle Politiker erfüllt; *ein Staat*, in dem Reste unseliger Vergangenheit auf allen Seiten keinen Raum mehr finden, und in dem eine neue, ver-

¹³¹¹ Rosenberg führte 1949/1950 entsprechende Verhandlungen mit der für auswärtige Angelegenheiten zuständigen Ministerialbürokratie. Zu den britischen Labour Attachés vgl. *Ince* 159. 1960 waren 18 Labour Attachés in britischen Diensten, die für 52 Staaten zuständig waren.

¹³¹² *Lutz* 86 f.

¹³¹³ Vgl. *Schlender* 54.

antwortungsfreudige Gesellschaft mit Mut zu sich und Vertrauen in die Zukunft wirkt.“¹³¹⁴

Lutz, der sein Diktum über Rosenberg 1969 fällt, betrachtete diesen mit einer durch die Studentenbewegung getönten Brille und hatte womöglich nur dessen Verhalten während der Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze im Auge, als Rosenberg, zunächst ein vehementer Gegner, die Pläne der Großen Koalition auf der Grundlage gewerkschaftlicher Beschlüsse schließlich befürwortete. Jedoch übersah er dabei jenen Rosenberg, der sich in den frühen Jahren der Republik mit aller Kraft für die Ausgestaltung der Demokratie auf allen Ebenen der Gesellschaft, also auch und insbesondere für die Wirtschaftsdemokratie einsetzte.

Doch war es nicht die Demokratie, die Rosenberg in den Jahren des Exils kennen und schätzen lernte. Rosenberg war spätestens seit den frühen 1920er Jahren ein überzeugter Demokrat gewesen. Was er in England kennen lernte, war eine sich in einer schweren wirtschaftlichen und militärischen Krise bewährende Demokratie, waren wirksame Mechanismen, die Demokratie auch umzusetzen und zu bewahren. Vor allem der Bildungsbereich zählt hierzu. Mag sein, dass er die Möglichkeiten überschätzte, erwachsene Menschen durch Bildung zu erreichen und zu beeinflussen. Hierzu zählte auch der Bereich der Demokratisierung der gesellschaftlichen Institutionen. Hier zeigte er sich weit weniger vom Labourism oder Trade Unionism als von den Ansichten der Fabians beeinflusst, von ihrem Sozialismusverständnis und ihren Auffassungen rationaler Wirtschaftsführung und modernen Managements. Vor allem in den 1950er Jahren sollte Rosenberg Positionen vertreten, die denen des Flügels der Fabians in der Labour Party nahekommen.¹³¹⁵

Rosenberg gewann in den Jahren seines Exils wie alle Exulanten neue Erkenntnisse und Einsichten hinzu. Sie waren es vor allem, die ihn bei seinem Handeln im Nachkriegsdeutschland, bei seinem Bemühen leiteten, die deutsche und europäische Ordnung mitzugestalten.¹³¹⁶ Die

¹³¹⁴ *Rosenberg (1962)* 87. Hervorhebung im Original. – Der Artikel fußt auf der gleichnamigen Rede vor dem hessischen Landesbezirk des DGB am 2.3.1963 in Kassel, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Kasten 6. Rosenberg hielt die Rede noch des Öfteren, so auf der Bremer Bundesjugendkonferenz der ÖTV im Frühjahr 1963. AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 16. Öffentliche Aufmerksamkeit fand er mit ihr jedoch erst auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil und Bekleidung am 15.9.1963 in Hannover. Ebd.

¹³¹⁵ Doch sah Rosenberg auch – im Sinne Burnhams – die Gefahr der Managerwirtschaft, der durch wirkliche Kontrolle und Einflussnahme seitens der Gesamtheit begegnet werden könne. So in *Aufgaben der Gewerkschaften*.

¹³¹⁶ Vgl. *Jochmann* 14.

Exulanten gewannen neue Eindrücke, knüpften neue Beziehungen, die ihren Gesichtskreis erheblich erweiterten, sie erhielten neue Möglichkeiten, sich zu informieren und zu orientieren.¹³¹⁷ Besonders deutlich zeigte sich dieser Vorteil gegenüber jenen, die zwölf Jahre lang in Deutschland isoliert und verfolgt waren, die gewissermaßen intellektuell verkümmerten, während die Exulanten, jedenfalls diejenigen in den westlichen Ländern, sich in einer freiheitlich geprägten Umwelt geistig, politisch und organisatorisch auseinandersetzen konnten.¹³¹⁸

In einer solchen Umgebung war es den Exulanten aus dem Umfeld der Sozialdemokratie möglich, den Grundkonflikt des Kalten Kriegs vorwegzunehmen. Der Antifaschismus des nichtkommunistischen Exils erweiterte sich somit zu einem allgemeinen Antitotalitarismus, „mit dem die demokratischen Sozialisten intellektuell Anschluß an die Werte der westlich-demokratischen Zivilgesellschaften fanden“.¹³¹⁹ Für die Londoner Exilsozialdemokratie bedeutete die Gründung der Union und die Erarbeitung einer gemeinsamen programmatischen Grundlage den wichtigsten Schritt zur Überwindung der Spaltungen aus den Jahren der Weimarer Republik, auch wenn es sicher vereinfacht ist, ihre Erfolge – wie Fritz Heine es tat – allein darauf reduzieren zu wollen.¹³²⁰ Und es war keineswegs Wehmut, sondern zollte von einem großen Maß an Respekt und Dankbarkeit, wenn Rosenberg gegenüber der „Rheinischen Post“ kundtat: „Ich habe schließlich englische Zwangserziehung genossen.“¹³²¹

Zurückgekehrt vertraute Rosenberg auf die Veränderbarkeit des Menschen. Bildung, und hier schließt sich der Kreis, schien ihm der Schlüssel dazu zu sein. Oder vielmehr: die optimistische Hoffnung auf die positiven Auswirkungen der Bildungsanstrengungen. So erklärte er in einem Zeitschrifteninterview 1963 auf die Frage „Würden Sie wieder nach Deutschland zurückkehren?“ kurz und bündig: „Aber ja ...“ Um dann, seine Aussage ein gutes Stück zurücknehmend, fortzufahren: „Ich glaube daran, daß Menschen im Grunde weder gut noch schlecht sind, sondern daß man sie bilden muß [...]. Ich glaube an eine breitere Abwehr bei jungen Menschen, selbst bei Älteren, die heute die Vergangenheit weit schärfer von sich weisen als je zuvor.“ Er glaubte gar, dass „selbst viele Unbelehrbare inzwischen zu heimlicher Einsicht kamen“: „Am schwersten im Leben fällt es zu sagen: ich war ein Feigling.“¹³²² Und so verwundert es nicht, wenn er im Nationalsozialismus zuvörderst

1317 *Miller (1976) 170.*

1318 *Vgl. Röder (1973) 247.*

1319 *Rückkehr aus dem Exil 1160.*

1320 *Appelius 265.*

1321 *Schaffrath.*

1322 *Wer ist wer in Düsseldorf?*

ein Problem mangelnder Bildung und Zivilität erkannte, wenn dieser ihm als ein „barbarischer Rückfall in eine unvorstellbare Hysterie der Dummheit und der Grausamkeit, des Massenmordes und des primitivsten Götzenkultes“ erschien.¹³²³ Umgekehrt hielt er den Nationalsozialismus nicht einfach dadurch für überwunden, dass Hitler den Krieg verloren habe und an seine Stelle eine parlamentarisch-demokratische Staatsordnung getreten sei.¹³²⁴

Unbezweifelbar hatte Rosenberg – um in der Sprache der Soziologen zu sprechen – in den Jahren seines Exils eine Unmenge sozialen Kapitals erwerben können, Verbindungen bis in die Spitzen von Labour Party, Gewerkschaften und WEA, später auch der Regierung, knüpfen können. Und war er vor 1933 ein kleiner Gewerkschaftsfunktionär am Beginn seiner Karriereleiter gewesen, auf der er womöglich bis zur zweiten oder gar ersten Führungsebene einer Einzelgewerkschaft hätte aufsteigen können, so war er im Exil – beinahe zufällig, durch den Kriegsverlauf begünstigt – in einen Kreis hochrangiger Sozialdemokraten und Gewerkschafter gelangt, hatte mit ihnen gemeinsam die politischen und psychologischen Wirrnisse von Krieg und Exil, Vansittart und Verzweiflung, umschifft. Nach dem Krieg, nach seiner Rückkehr nach Deutschland, hielten diese Verbindungen an, wurden ihm nützlich beim Wiedereinstieg in die deutsche Gewerkschaftsbewegung, beim keineswegs unausweichlichen und zielgerichteten Aufstieg über die Etappen Bielefeld, Frankfurt am Main und Düsseldorf, schließlich beim Durchstarten innerhalb des Apparates des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Bildhaft gesprochen könnte man sagen, die Karriereleiter war länger geworden, die Sprossen standen weiter auseinander, der Aufstieg verlief schneller und höher hinauf.

Und er hielt Kontakt zu seinen ehemaligen Kollegen und Genossen aus Exulantentagen, jedoch nicht nur mit jenen, die er persönlich im Exil kennen gelernt hatte¹³²⁵ und mit denen er eine umfangreiche Korrespondenz pflegte. Weit über diesen recht engen Rahmen hinaus verband ihn offenbar vieles mit jenen, die sich dem Nationalsozialismus widersetzt oder sich ihm durch Flucht entzogen hatten. Es war dies eine tiefe emotionale Verbundenheit, eine Art Urvertrauen zu Gleichgesinnten unterschiedlichster politischer Couleur, denen er nicht wie den Daheimgebliebenen jenes grundsätzliche Misstrauen entgegenbringen musste, ob sie sich nicht beteiligt hatten an der Ausschaltung der ersten deutschen Demokratie, der Anzettelung eines Weltkrieges und der Vernichtung der europäischen Juden. Insofern lässt sich Rosenberg – trotz

¹³²³ Rosenberg (1968) 520.

¹³²⁴ BBC-Rundfunkinterview (1960) 3.

¹³²⁵ Vgl. dazu Angster (1997) 134.

aller beredten Überzeugung, immer Deutscher geblieben zu sein – auch als ein ständiger Exulant begreifen, wie ihn Theodor W. Adorno unter dem Eindruck des Exils und des Schocks von Auschwitz auszumachen meinte. „Jeder Intellektuelle in der Emigration,“ so der Philosoph bereits 1944, „ohne alle Ausnahme, ist beschädigt und tut gut daran, es selber zu erkennen, wenn er nicht hinter den dicht geschlossenen Türen seiner Selbstachtung grausam darüber belehrt werden will. Er lebt in einer Umwelt, die ihm unverständlich bleiben muß, auch wenn er sich in den Gewerkschaftsorganisationen oder dem Autoverkehr noch so gut auskennt; immerzu ist er in der Irre.“¹³²⁶

Einen Halt bot da der Kontakt zu früheren Exulanten und Widerstandskämpfern. So beispielsweise zu den Mitgliedern des „Klubs vom 3. Oktober“, einer am 3. Oktober 1924 – daher der Name – gegründeten Gruppe aus dem Linksliberalismus und der Sozialistischen Arbeiterjugend stammender Jugendlicher, die sich, angesichts des Vormarsches der Reaktion, die Demokratisierung und Republikanisierung der Weimarer Republik zum Ziel gesetzt hatten. Ihre Mitglieder stellten nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten den Kern einer von Liberalen und Sozialdemokraten geführten Widerstandsgruppe, der so genannten Robinsohn-Strassmann-Gruppe, die von 1934 bis 1942 agierte. Hans Robinsohn, der einer jüdischen Hamburger Kaufmannsfamilie entstammte und als promovierter Jurist das Familienunternehmen führte, floh 1938 ins Ausland, Strassmann, gleichfalls Jurist und Landgerichtsrat in Berlin, wurde 1942 verhaftet und bis Kriegsende ohne Prozess inhaftiert.¹³²⁷

Rosenberg kannte die Mitglieder des auch nach 1945 fortbestehenden Klubs mit wenigen Ausnahmen nicht persönlich, Strassmann suchte den Kontakt zu ihm und berichtete von den Jahrestreffen des Klubs, zu denen Mitglieder „aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus Westberlin eigens zu diesem Zweck in Frankfurt zusammentreffen“. Als Redner der Jahrestagung im Februar 1957 sollte Rosenberg zum Thema Gewerkschaften in Deutschland sprechen. Auch Walther D. Schultz, ehemals Flüchtling in London und inzwischen Journalist beim Norddeutschen Rundfunk, versuchte ihn zu überzeugen: „Ich glaube, Du würdest einen Kreis von Menschen vorfinden, der nicht nur aufge-

¹³²⁶ Adorno 44.

¹³²⁷ Sassin 29 ff.; zu den Zielen der Widerstandsgruppe siehe Benz. – Nach seiner Rückkehr nach Deutschland arbeitete Robinsohn zunächst als Versicherungsangestellter und leitete von 1960 bis 1963 die Hamburger Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus. In den 1970er Jahren stand er der Humanistischen Union vor. Er starb 1981. Röder/Strauss I 607; *Deutsche Biographische Enzyklopädie* VIII 339. Strassmann schloss sich nach Kriegsende der SPD an und arbeitete als Gewerkschaftsfunktionär und Wirtschaftspolitiker unter anderem für die Bewag in Berlin. Er starb 1958. Ebd. IX 569.

schlossen Deinen Ausführungen zuhören würde, sondern der auch fähig und willens wäre, die dort verbreiteten Gedanken in geeigneter Form bei vielen Gelegenheiten an die Menschen, die es angeht, heranzutragen.“¹³²⁸

Beiden gelang es, Rosenberg zu überzeugen, sodass dieser in einem humoristischen Anflug antwortete: „Es ist Dir immerhin gelungen – mir den besagten Samstag (gehört Vati mir!) abzuwacken, und ich muß Dir nun das «Thema» durchgeben, damit Du die Mannen des 3. Okt[ober] unter Deinem Jagdhorn am 16. Februar 1957 sammeln kannst. Freund Schultz hat mir in seinem Brief vom 27. November 1956 geschrieben, was man von mir erwartet: es ist nicht mehr und nicht weniger als die «Große Konzeption der Gewerkschaften für ihre Aufgaben in unserer Zeit». So schrieb er es nicht – aber so meinte er’s! Nun wohl: Obwohl mir der Gewerkschaftliche Kaffeesatz ausgegangen ist, aus dem ich wahrzusagen pflegte, muß ich mich denn darauf besinnen, daß wenigstens unter meinen Vorfahren einige Propheten waren. Sie hatten zwar im Allgemeinen mit diesem Metier nicht viel Glück, bemühten sich aber zumindest redlich, jene Gedanken zu entwickeln, die dann genau nicht verwirklicht wurden – obwohl man auch das hätte mit ebensolchem Eifer tun können wie das Gegenteil.“¹³²⁹ Schließlich hielt Rosenberg einen Vortrag zum Thema „Die Gewerkschaften in unserer Zeit“.

Auch zu Karl Marx, dem Herausgeber der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ und aktiven Mitglied der Jüdischen Gemeinde in Düsseldorf, und einigen Mitgliedern des Zentralrats der Juden in Deutschland hielt Rosenberg Kontakt. So wandte sich Hans Lamm, Kulturreferent des Zentralrats, an Rosenberg mit der Bitte, einen Beitrag für eine Festschrift zum 60. Geburtstag von Marx zu verfassen. Lamm schrieb: „Wir glauben, daß es eine sinnvolle Ehrung für ihn wäre, wenn sich seine Freunde und Mitarbeiter zusammenfänden, um ein festschriftartiges Sammelwerk zu schaffen, dessen Inhalt auch einen über diesen Tag hinausgehenden jüdisch-literarischen, historischen und wissenschaftlichen Beitrag leisten würde. [...] Natürlich soll aus dem Beitrag eine Beziehung zu der jüdischen Arbeit und den Interessen von Herrn Karl Marx sprechen, jedoch gestattet dies einen weiten Spielraum. Wir glauben, daß, um diese Beziehung zu veranschaulichen, Ihr Beitrag über das Thema «Die Gewerkschaften als demokratischer Faktor im Nachkriegsdeutschland» behandeln [sic!] könnte.“¹³³⁰

¹³²⁸ Strassmann an Rosenberg, 13.11.1956, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 13; Schultz an Rosenberg, 27.11.1956, ebd.

¹³²⁹ Rosenberg an Strassmann, 10.12.1956, ebd.

¹³³⁰ Lamm an Rosenberg, 4.12.1956, ebd., Ordner 16. – Rosenbergs Beitrag erschien unter demselben Titel in: Hans Lamm (Hrsg.), Vom Schicksal geschla-

Blieb der Kontakt zu Lamm noch recht formell, so verkehrte er mit Marx ausgesprochen freundschaftlich. Um einen Beitrag für seine Zeitung einzuwerben, schrieb Marx 1962 an Rosenberg, noch vor dessen Wahl zum Vorsitzenden des DGB: „Es ist wirklich eine Schande, daß wir uns so wenig sehen. Deshalb muß ich Dir schriftlich das Kompliment machen, daß ich aus allen Kreisen höre, welchen fantastischen Eindruck Du machst, sei es in der Bundesrepublik, sei es bei der EWG. Selbst Leute, die bisher Dir gegenüber zurückhaltend waren, darunter viele der anderen Parteien, sprechen mit großer Hochachtung von Dir.“¹³³¹

Man mag skeptisch einwenden, dass es sich hier in beiden Fällen, beim „Klub vom 3. Oktober“ und bei der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“, lediglich darum handelte, einen Redner oder Autoren aus der Gewerkschaftsbewegung für einen öffentlichen Auftritt oder eine öffentliche Stellungnahme zu engagieren. Doch sollte dabei nicht die Tatsache aus den Augen verloren werden, dass Rosenberg in diesem Zeitraum noch nicht das Amt des Vorsitzenden, 1957 noch nicht einmal das des stellvertretenden Vorsitzenden bekleidete. Nicht Willi Richter, der gleichfalls über gute Kontakte zu Israel verfügte und von 1956 bis 1962 Vorsitzender des DGB war, wurde angesprochen, sondern Rosenberg. Dazu trug sicher dessen eloquenter und umgänglicher Stil bei, jedoch gewiss auch die Tatsache, dass sich die Anfragenden mit Rosenberg auf einer anderen Ebene einig wussten, dass sie ihm jenes Urvertrauen entgegenbrachten, das aus dem gemeinsamen Erleben des Exils und dem Schock von Auschwitz resultierte.

Doch noch ein anderes Motiv trat hinzu und überlagerte das erste. Wirft man einen Blick auf die Geburtsjahrgänge der Personen in Rosenbergs persönlichem Umfeld, so fällt auf, dass der größte Teil von ihnen der durch die Jahre 1918 bis 1923 politisch geprägten Nachkriegsgeneration angehörte, ein großer Teil gar den Kernjahrgängen zwischen 1897 und 1905. Dazu zählten die 1897 geborenen Karl Marx, Ernst Strassmann, Hans Robinsohn und Richard Broh, die 1901 geborenen Walter Fliess und Erich Ollenhauer, der 1904 geborene Werner Klatt sowie die 1905 geborenen Werner Hansen und Walter Auerbach. Hinzu traten der 1896 gebürtige Hans Gottfurcht und Jack Bilbo, Jahrgang 1907. Der deutlich ältere Kurt Hiller, geboren 1885, und der jüngere Walter D. Schultz, Jahrgang 1910, blieben Ausnahmen, standen jedoch ohnehin am Rande. Sie alle – mit Ausnahme der letzten beiden – bildeten nicht nur einen Generationszusammenhang, sondern eine Generationsein-

¹³³¹ gen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Marx, 1957. Marx an Rosenberg, 2.7.1962, ebd., Ordner 8. – Rosenberg verfasste einen Beitrag unter dem Titel „Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Wiedergutmachung“, ursprünglich hatte es geheißen: „[...] und Israel“.

heit, die zwischen 1918 und 1923 in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zur Republik fand, ihre Bedrohung durch die politische Rechte erkannte und aktiv für sie eintrat. Diese Generation wurde unter der Erfahrung des Exils und des Schocks von Auschwitz geprägt. Um einem Missverständnis vorzubeugen: Anhand der Büronachlässe mit ihren gelegentlichen privaten Einsprengseln lässt sich ein Freundeskreis nicht exakt rekonstruieren. Doch lässt sich feststellen, dass sich Rosenbergs Beziehungen in diesem, seiner späteren gewerkschaftlichen Tätigkeit eher fern stehenden Kreis auffallend freundschaftlicher und selbstverständlicher gestalteten als etwa im Kreis der nichtexulierten Kollegen aus dem Bundesvorstand wie Hans vom Hoff, geboren 1899, oder Willi Richter, geboren 1893.



Abbildung 45: Rosenberg im Gespräch mit Otto Brenner und Ehefrau Margot (1956)

Es bleibt jedoch zweifelhaft, ob sich dieses Beziehungsgeflecht aus ehemaligen Exulanten als Netzwerk, sei es auch informell, bezeichnen lässt.¹³³² Eher trifft die Bezeichnung auf jenen engeren Kreis aus Gewerkschaftskollegen und Parteigenossen aus dem Exil wie Auerbach, Gottfurcht und Hansen zu. Diese Kontakte gründeten nur zu einem kleineren Teil auf dienstlichen Beziehungen, und sie waren deutlich intensiver und näher als zu nichtexulierten Kollegen. In einem Geburtstagsartikel für Hans Gottfurcht brachte Rosenberg diese Beziehung auf den Punkt: „Sie alle [die Mitglieder der Landesgruppe] waren in jenen Tagen zu einem Kreis von Freunden zusammengewachsen, die das gemein-

¹³³² Vgl. Röder (1998) 27.

same Ziel vereinte – auch wenn sie nicht immer in allem völlig einig waren. Die Toleranz und die gegenseitige Achtung, die erprobte Zuverlässigkeit in schweren Stunden, das gemeinsame Nachdenken und die bittere Erfahrung schloß sie zusammen und bewährte sich als stärkste Bindung über den Tag hinaus.“¹³³³ Es war eine Gemeinschaft, die sich unter dem Druck der Verfolgung und der Flucht herausgebildet hatte. Und an anderer Stelle entfuhr es ihm: „Ich kann nur sagen, daß ich selten, vielleicht niemals so zuverlässige Freunde gefunden habe wie damals in England ...“¹³³⁴

Rosenberg hatte mit Hilfe der von Hansen und Gottfurcht geknüpften Kontakte in der deutschen Gewerkschaftsbewegung wieder Fuß fassen können, die Kontakte unter Exulanten hatten eine Art „informelles Netzwerk“ entstehen lassen, das ihm auch später dienlich werden sollte. Doch gehörte Rosenberg augenscheinlich zu keinem Zeitpunkt dem beinahe formellen Charakter tragenden „Zehnerkreis“ an, in dem zehn ehemals exulierte sowie daheimgebliebene Gewerkschafter und Sozialdemokraten, unter ihnen Otto Brenner und Werner Hansen, unter Führung von Siegfried Neumann, des Sekretärs des Betriebsgruppenreferats beim SPD-Parteivorstand, die Politik der Gewerkschaften zu beeinflussen suchten.¹³³⁵ Mit den Zielen des Zehnerkreises, auf die Personalpolitik einzuwirken, vor allem um die Kommunisten aus den Führungspositionen der Gewerkschaften herauszudrängen, und die Programmatik im Sinne eines gewerkschaftlichen Maximalprogramms zu lenken,¹³³⁶ stimmte Rosenberg jedoch augenscheinlich überein. Auch läßt sich sein Wechsel vom außenpolitischen Referat des DGB zur wirtschaftspolitischen Abteilung 1954 und die damit verbundene Ausschaltung von Viktor Agartz aus dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB als Resultat der Arbeit des „Zehnerkreises“ interpretieren. Doch fehlen dazu Belege. Im Gegenteil, zunächst plante der „Zehnerkreis“, Hansen in diese Position zu bringen, jedoch wandte Hans Jahn, der dem Kreis nicht angehörte, in einer Personaldebatte im Bundesvorstand ein, „daß es sich hierbei ja um einen ISK-Mann handle“.¹³³⁷

Die Rückkehrer, so die einhellige Meinung der noch jungen Remigrationsforschung, hatten zwar nur wenig zum Kampf gegen den Nationalsozialismus beitragen können, hatten während des Kriegs kaum Einfluss auf die Entscheidungen alliierter Regierungen gewinnen können,

¹³³³ Rosenberg (1976c).

¹³³⁴ Ders. (1970b) 24.

¹³³⁵ Zum Zehnerkreis Angster (1998).

¹³³⁶ Ebd. 38.

¹³³⁷ Hermann Beermann an Neumann, 3.8.1954, in: *Quellen zur Geschichte XI* 588, Dokument 73. Beermann gehörte dem Zehnerkreis an.

hatten jedoch in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nach dem Krieg eine wichtige, wenn auch nicht unumstrittene Rolle spielen können – man denke nur an den hohen Anteil von Remigranten in den Vorständen beider Organisationen. Doch blieben die von ihnen gesetzten Impulse zur Modernisierung der Nachkriegsgesellschaft in Westdeutschland zunächst weitgehend unbeachtet und konnten sich erst langfristig und indirekt durchsetzen.¹³³⁸ Im Gegenteil, die „Emigrantenhetze“ lässt sich gar ohne Übertreibung als „Ablehnung der von den Rückkehrern ausgehenden Modernisierungsimpulse werten“,¹³³⁹ waren doch die Remigranten wesentliche Träger des Gedankens der ideellen Westbindung.

Für die späte Wirksamkeit dieser Impulse stehen vor allem das Godesberger Programm der SPD von 1959 und das 1963 revidierte Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. In letzteres, „gewerkschaftliches Gegenstück“ (Helga Grebing) des ersten, flossen unzweifelhaft Rosenbergs Auffassungen einer Integration der Arbeiterschaft in das kapitalistische Wirtschaftssystem und in die parlamentarische Demokratie maßgeblich ein. Schon das Aktionsprogramm des DGB von 1955 war von den Mitgliedern des Zehnerkreises initiiert worden, mit dem zwar die wirtschaftspolitischen Grundsätze des Münchner Programms von 1949 formell bestätigt wurden, zugleich jedoch eine Reihe von Nahzielen erhoben wurden, darunter die Verwirklichung der Fünftagewoche bei vollem Lohnausgleich und des Achtstundentages, die Sicherung der Mitbestimmung durch gesetzliche Maßnahmen, verbesserter Arbeitsschutz, die Erhöhung des Lebensstandards durch Lohnanhebungen und anderes mehr.

Sollte damit die Brücke „zwischen den allgemeinen Grundsätzen und der täglichen Praxis der Gewerkschaften“ geschlagen werden,¹³⁴⁰ so trug Rosenberg als Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung dem DGB-Bundeskongress 1959 in Stuttgart in seiner Rede „Wirtschaftspolitik als Aufgabe“ sein Konzept eines Weges „zwischen totaler Planwirtschaft und hemmungsloser Marktwirtschaft“ vor. In einer hemmungslosen Kapitalkonzentration, die „eine neue Art des krassesten Liberalismus“ hervorbringe, erkannte er denn auch – im Sinne Burnhams – „ausgesprochen dirigistische Züge“. Weiter führte Rosenberg aus: „Es gibt kein Patentrezept zur Lösung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Probleme, wir müssen uns von Dogmen freimachen. Das Privateigentum ist weder gut noch böse. Die Gewerkschaften sehen ihre Auf-

¹³³⁸ Mantzke 24; Papcke 22; *Rückkehr aus dem Exil* 1160; Krohn 9; Miller (1976) 169.

¹³³⁹ Angster (1997) 112.

¹³⁴⁰ Grebing 174.

gabe nicht in der Schaffung einer Gesellschaft, in der niemand mehr über Eigentum verfügt, sondern darin, daß alle aus dem gemeinsam erarbeiteten Sozialprodukt wirkliches Eigentum erwerben können.“¹³⁴¹

Mit der Zustimmung zu diesen, das kapitalistische Wirtschaftssystem akzeptierenden Aussagen war der Weg frei für eine Überarbeitung des Münchner Programms, das noch nach zentraler Planung, Wirtschaftsführung und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien verlangt hatte. Und so beschloss der 5. Bundeskongress des DGB 1959, die wirtschaftspolitischen Grundsätze zu überarbeiten und dem nächsten Bundeskongress vorzulegen. Die einsetzende Debatte mündete schließlich in das Düsseldorfer Grundsatzprogramm von 1963, mit dem sich die Gewerkschaften als festen Bestandteil der demokratischen Gesellschaft und der politischen Ordnung der Bundesrepublik definierten.

Anfang der 1950er Jahre gehörte Rosenberg dem deutschen Exekutivkomitee des „Kongresses für kulturelle Freiheit“ an, einer linksliberalen Intellektuellenvereinigung, die neben der Fortschrittsorientierung ein antitotalitärer Konsens einte. Die deutsche Gruppierung der ansonsten in Westeuropa und in den USA verankerten Bewegung vertrat neben liberalen Freiheitstheorien eine kosmopolitische und pragmatische Grundhaltung. Neben Rosenberg gehörten dem Führungsgremium unter anderem die Politiker Willy Brandt und Carlo Schmid, die Intendanten Adolf Grimme und Fritz Eberhard, die Publizisten Eugen Kogon und Rudolf Pechel, der Philosoph Theodor W. Adorno, der Philologe Bruno Snell, der Maler Georg Meistermann sowie die Schriftsteller Stefan Andres, Rudolf Hagelstange, Theodor Plivier und Margarethe Buber-Neumann an. Die meisten von ihnen waren ehemalige Exulanten oder aktiv am Widerstand beteiligt gewesen. Auf ihren jeweiligen Berufsfeldern setzten sie sich aktiv für die ideelle Westorientierung ein. Sie wandten sich gegen „die explosive Mischung aus Nationalismus, Idealismus und hegelianischer Staatsvergottung“¹³⁴² und gegen den Einfluss des SPD-Vorsitzenden Schumacher und dessen nationalistischer und antikapitalistischer Nachwirkung.¹³⁴³ Gegenüber Walter Auerbach äußerte sich Rosenberg denn auch deutlich abschätzig über Schumacher, er teile die Kritik Herbert Morrisons, inzwischen Führer der Mehrheitsfraktion im britischen Unterhaus, – obschon er sie „natürlich nicht taktvoll“ vorgetragen habe – an von Schumacher initiierten Beschlüssen

¹³⁴¹ Ludwig Rosenberg, Wirtschaftspolitik als Aufgabe, Rede vor dem 5. Bundeskongress des DGB in Stuttgart, 11.9.1959, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 5.

¹³⁴² *Hochgeschwender* 8.

¹³⁴³ *Doering-Manteuffel* 27 f. – Der DGB-Bundesvorstand soll Rosenberg den offiziellen Kontakt zum Kongress untersagt haben, doch blieb er ihm weiterhin locker verbunden. *Hochgeschwender* 323 f.

der SPD: „Ich weiß nicht, was sich Kurt S[chumacher] davon verspricht – will er die Gewerkschaften kaputt schlagen oder glaubt er im Ernst, auf diese Weise Konrad [Adenauer] loszuwerden!?“ „Nun,“ schloss Rosenberg sein Schreiben an Auerbach, „wir werden noch manchen Schmerz mit unseren Freunden erleben – aber das scheint ja unser Schicksal zu sein.“¹³⁴⁴ Rosenberg war sich also von vornherein bewusst, dass sein Streben nach einer modernisierten Gewerkschaftsbewegung den Protest gewichtiger Gruppierungen im eigenen Lager hervorrufen müsse.

Auch andere Beiträge Rosenbergs zur Modernisierung der deutschen Gewerkschaften liefen auf deren Verwestlichung hinaus, vor allem aber auf die Übernahme keynesianischer Theoreme in die gewerkschaftliche Theorie und Praxis. Rosenberg lässt sich insofern als einer der Protagonisten des traditionskritischen und reformorientierten Flügels im DGB begreifen,¹³⁴⁵ was ihm umso leichter gefallen sein dürfte, als er niemals der sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtung der Weimarer Republik angehört hatte und ihren milieuhaften und mentalen Verwurzelungen nicht erliegen konnte. Und wenn er die seiner Meinung nach überholungsbedürftigen wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepte des DGB zu reformieren trachtete, so nahm er Bezug auf westlich-individualistische Freiheitsbegriffe und zielte auf eine keynesianisch begründete Neubewertung der Mechanismen der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. Damit bewegte er den DGB dazu, Abschied von weltanschaulichen Grundlagen zu nehmen, die er als totalisierend empfand und in denen der Staat nach hegelianisch-marxistischer Deutung einer Vergötterung anheim fiel.¹³⁴⁶

Für ihn standen hingegen Werte wie Zivilcourage überaus hoch im Kurs. 1964 kamen ihm Meldungen über die schikanöse Behandlung junger Gewerkschafter bei der Bundeswehr zu Ohren, danach stellten antisemitische Äußerungen von Seiten der Ausbilder keine Ausnahme dar, so hieß es beispielsweise: „Im Biwak beim Manöver – Zurufe der Leutnants untereinander: «Gib mal ein paar Juden rüber, das Feuer ist am ausgehen.»“¹³⁴⁷ Bereits im April nahm Rosenberg in einer Ansprache auf einer gewerkschaftlichen Tagung dazu Stellung: „Vor einiger Zeit haben sich junge Gewerkschaftsmitglieder getroffen, um mit unseren Funktionären ihre Erfahrungen über ihre abgeleistete Militärdienst-

¹³⁴⁴ Rosenberg an Auerbach, 27.5.1951, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Auerbach, Mappe 80. – Rosenberg verfolgte die englische Presse aufmerksam.

¹³⁴⁵ *Hochgeschwender* 385.

¹³⁴⁶ Ebd.

¹³⁴⁷ Bericht über eine Tagung des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg mit gewerkschaftlichen Jugendfunktionären, die zur Zeit ihren Wehrdienst ableisten, bzw. bereits bei der Bundeswehr abgeleistet haben, 21.2.1964, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Personalordner 5.

zeit auszutauschen. Es sind dabei eine Fülle von Vorfällen berichtet worden, die mit vollem Recht zu geharnischten Beschwerden gegen Vorgesetzte in der Bundeswehr Anlaß geben müßten. Dem Geschäftsführenden Bundesvorstand wurde darüber Bericht erstattet und wir wollten natürlich bei den Parteien und dem Minister deshalb vorstellig werden. Auf unsere Rückfrage, ob die betreffenden Kollegen, die *nicht* mehr aktiv in der Bundeswehr sind, bereit seien, Ross und Reiter zu nennen, und ihre Aussagen persönlich zu bestätigen, haben alle sich geweigert, das zu tun. Sie fürchteten, bei evtl. Reserveübungen dafür büßen zu müssen. Liebe Kollegen! Wie leicht ist es, Artikel über Mißstände in der Bundeswehr zu schreiben, allgemeine Beschwerden zu erheben und anonyme Briefe zu schreiben. Wie unmöglich ist es, Rechte zu sichern, wenn man sich scheut, sein verfassungsmäßiges Recht wahrzunehmen. [...] Diese Kollegen verlangen von uns den Mut, den in diesem Fall nur sie selbst – allerdings dann mit unserer Hilfe – aufbringen müßten. [...] Das, was hier einige junge Kollegen praktizieren, ist ein Beweis dafür, daß es uns noch nicht gelungen ist, die Mehrzahl unserer Mitglieder zu wirklich bewußten und selbstbewußten Staatsbürgern zu erziehen. Sie erwarten, daß sie alles das nicht zu tun brauchen, was sie von uns so energisch verlangen. Sie sind sehr radikal und stark, solange sie in der Anonymität sind.“¹³⁴⁸

Nicht nur stellte er hohe Anforderungen an die Zivilcourage der Arbeiter in der Demokratie, ohne deren gesellschaftliche und familiäre Herkunft in seine Überlegungen einzubeziehen. Auch auf die gewerkschaftliche Rhetorik bezog sich Rosenbergs Modernisierungswillen. 1957 äußerte er sich in einer Rede vor einem nichtgewerkschaftlichen Publikum zum traditionellen, aber inzwischen veralteten Vokabular der Arbeiterbewegung: „Eine Bewegung aber – wenn sie eine lebendige Tradition hat – trennt sich schwer von Begriffen, die einmal am Anfang ihres Weges gestanden haben. Und gerade im Sprachgebrauch leben solche Begriffe noch unverändert fort, wenn sich längst die Tatsachen, die sie bezeichnen sollen, gewandelt haben. Der Begriff des Proletariers besteht auch heute noch gelegentlich im Sprachgebrauch, wenn auch der, der damit angesprochen werden soll – und *einst stolz auf diese Bezeichnung war* – in den meisten Fällen sich beleidigt fühlen würde. Der Begriff des Klassenkampfes besteht oft noch in seiner alten Form weiter – obwohl die gesamte Arbeiterbewegung längst nicht mehr klassenkämpferisch ist – da die ursprünglich gültige Scheidung in Klassen

¹³⁴⁸ Vortrag anlässlich der Arbeitstagung der Wahlangestellten des DGB vom 2.–4.4.1964 in Köln, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 11. Hervorhebung im Original. – In ähnlicher Weise äußerte sich Rosenberg auch in der DGB-Jugendzeitschrift „aufwärts“ vom 15.8.1964, 2, unter dem Titel „Zivilcourage“.

durch die Wirksamkeit der Gewerkschaften weitgehend in eine Scheidung von Gruppen mit sehr verschwimmenden Grenzen gemildert wurde. Ich bin mir dessen bewußt, daß diese Feststellung in ihrer Richtigkeit von vielen meiner Freunde angezweifelt – oder gar leidenschaftlich verneint wird – aber weder der heilige Zorn noch die leicht zu konstruierenden Beweise können an der Tatsache etwas ändern, daß man hier bewußt Worte umzudeuten versucht, die auch dann noch nichts daran ändern werden, daß die Tatbestände, die einstmals mit diesen Begriffen verbunden waren, eben heute nicht mehr in dem ursprünglichen Sinne vorliegen.“¹³⁴⁹

Rosenberg, der kein „gelernter Sozialdemokrat“ war, nicht in einem sozialdemokratischen Elternhaus, im sozialdemokratischen Milieu aufgewachsen war, wandte sich gegen die Begrifflichkeiten der marxistischen Dogmatik, von denen die Sozialdemokratie wie die Gewerkschaften durchzogen waren. Ebenso lehnte er es ab, die Wirklichkeit in den Strukturen des Klassenkampfes und des Kollektivs wahrzunehmen, sondern setzte eine vom Einzelnen her gedachte pluralistische Gesellschaftsordnung dagegen, wie er sie – nicht zuletzt – im Exil in Großbritannien kennen gelernt hatte. Zweifellos trug er eine wichtige Rolle bei deren unermüdlicher Vermittlung innerhalb der Gewerkschaften.

¹³⁴⁹ Typoskript der Rundfunkrede „Die Aufgaben der Gewerkschaften“, Hessischer Rundfunk, 1.5.1957, ebd. Hervorhebung im Original. – Die Rede vor dem „Klub vom 3. Oktober“ vom 16.2.1957 diente wenig später, am 1.5.1957, als Grundlage einer Rundfunkansprache für den Hessischen Rundfunk und den Süddeutschen Rundfunk. Ebd., Ordner 16.

8 Ein verlorener Sohn des Bürgertums?

Im letzten Abschnitt seines Lebens – im Vorjahr war er aus dem Amt des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes geschieden und pensioniert worden – legte Ludwig Rosenberg Rechenschaft über sein Leben ab. Vor Betriebsräten und jungen Gewerkschaftern der Deutschen Edelstahlwerke, deren stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender er jahrelang gewesen war, erzählte er erstmals 1970 öffentlich ausführlich von seiner Kindheit und Jugend, von seinem vergeblichen Kampf um die erste deutsche Demokratie, von Vertreibung und Rückkehr. Und abschließend zog er sein persönliches Resümee:¹³⁵⁰

„Das ist die kurze Geschichte eines Lebens, das nur bis zum 11. Lebensjahre sogenannte normale Zustände gekannt hat. Ein Leben, das Kaiserreich, Weimarer Republik, Hitler-Diktatur und Bundesrepublik durchlaufen hat. Ein Leben, das Kriege, Revolutionen, Niederlagen, Teilungen und Flucht und Emigration und Rückkehr in ununterbrochener Folge kennt. Ein Leben, das die Ermordung der Mutter, der nächsten Verwandten und der Freunde hinnehmen muß – Dinge, die einem wenig helfen, wenn man in die Zukunft blickt.

Was ist denn nun wohl der Sinn, den man einem solchen Leben geben kann – was die Lehre – was die Aufgabe? Wäre es nicht verständlich, wenn man sich nach all dem abwenden würde, verzweifeln würde an den Menschen, jede Hoffnung aufgeben würde? Wäre es nicht verständlich, wenn man sagen würde: Laßt mich in Ruhe, ich will nur noch für mich und die Meinen leben – was kümmert mich alles andere, wozu wieder und immer wieder jenem Glauben nachlaufen, daß es Sinn hat für die Menschen, für ihr Recht, für ihr Glück, für ihre Freiheit zu arbeiten?

Hast Du immer noch nicht erkannt, wie sie heute jubeln und morgen kreuzigen? Wie sie heute Rot und morgen Braun sind, wie sie heute verbrennen, was sie gestern angebetet haben? Wer war es denn, der in brauner SA-Uniform auf Demokraten losprügelte, mordete und brandschatzte – waren das wirklich nur die Söhne der Kapitalisten, der Spießbürger und gar des Adels, waren es nicht die braunen Horden vom Wedding, mit denen Du Dich als Reichsbannermann herumgeschlagen hast? Hast Du immer noch nicht genug? Was soll denn noch geschehen? Wo waren Deine Freunde[,] als Du sie suchtest – wo waren die aufrechten Demokraten[,] als man sie brauchte? Wo waren die klassenbe-

¹³⁵⁰ *Leben für die Freiheit* (1970) 21 ff.

wußten Proletarier, als am 1. Mai 1933 und an allen folgenden 1. Mais [sic!] Hitler sie zur Possenschau aufrief? Hast Du immer noch nicht genug?

Es muß ein erbärmlicher Dummkopf sein, der sich diese Fragen und viele mehr niemals gestellt hat. Und es muß schon ein komischer Heiliger sein, dem sie nicht viel Schmerz und viel Herzweh bereitet haben. Warum also dann stehe ich hier – ich wie tausende und abertausende meiner Freunde und Kameraden? Warum gebe ich immer noch und immer wieder nicht auf? Warum genügt mir nicht das beschauliche Leben des Bürgers, der nur an sich und seine Familie denkt, der sich immer anpaßt, der immer auf der Seite derer steht, die immer gerade dran sind – der immer die gerade herrschende Meinung hat – der nie aneckt und der sich dabei doch so klug vorkommt? Warum?“

Rosenberg suchte selbst nach der Antwort auf die Frage nach dem Warum. Weil er ein Ideal verfolge, eine Gesinnung habe, weil es ihm nicht „gleichgültig ist, wie es den anderen ergeht“. Weil er Unrecht und Unfreiheit, Krieg und Not nicht für Gottesstrafe, sondern für Menschenwerk hielt, das durch den Menschen auch verhindert werden könne. Und weil „alle Enttäuschungen, Rückschläge in die finsterste Barbarei“ ihn nur bestärken könnten „in dem Bewußtsein, wie notwendig, wie unaufschiebbar, wie unentrinnbar es ist, immer wieder und immer erneut den Kampf aufzunehmen gegen das Böse und Selbstsüchtige, das Feige und Erbärmliche und gegen die groteske Dummheit, die unser aller Fluch ist“.¹³⁵¹ Ohne diesen Glauben an das Gute sei der Mensch nur ein Wesen, von dem Goethe im Faust sage, „daß Gott ihm Vernunft gab nur, um tierischer als jedes Tier zu sein“. Er, Rosenberg, könne sich nicht damit abfinden, er revoltiere dagegen, „das als Sinn des Lebens hinzunehmen“. „Ich kann nicht und ich will nicht in dem Bewußtsein vegetieren, daß wirkliche Freiheit ein unerfüllbarer Traum, daß Selbstbestimmung und Menschenwürde nur eine Sache für Sonntagsreden und für den 1. Mai sein sollen. Ich will mein Teil dazu tun, daß sie Wirklichkeit werden – jeden Tag, jede Stunde, für jeden Menschen. Ich weiß, daß der Weg weit ist. Ich weiß, daß ich und viele nach mir diesen Tag nicht erleben werden. Aber ich weiß, daß auf diesem langen Wege Fortschritt möglich ist, und wenn er noch so mühsam und noch so schwer zu schaffen ist. Und ich will mein Teil dazu tun. Trotz aller Erfahrungen und Enttäuschungen – trotz alledem. Keine Wunder erhoffe ich mir, aber meine Pflicht will ich tun, denn sonst hat das Leben keinen Sinn. Das ist meine Antwort, wenn man mich fragt:

¹³⁵¹ Ebd. 26 ff.

Warum?“¹³⁵²

Der Glaube an ein großes Ziel, Idealismus und Pflichtbewusstsein, so scheint es, halfen Rosenberg über die bitteren Erfahrungen seines Lebens hinweg. Inwieweit hatte sich Ludwig Rosenberg, der Gewerkschafter, von seinem bürgerlichen Herkunftsmilieu entfernt, ließ er sich noch dem deutschen Bürgertum zurechnen? Ging er ihm von der Stange, war er einer jener „verlorenen Söhne des Bürgertums“, die sich in der politischen Arena nach links wandten und von ihrem Herkunftsmilieu demonstrativ absetzten?¹³⁵³ Liegt es doch nahe, dies bei einem Bürgersohn anzunehmen, der sich der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften anschloss. Doch lässt sich Bürgerlichkeit, einmal erworben und übergestreift wie eine zweite Natur, so einfach ablegen?

Um einer Antwort näher zu kommen, erscheint ein Exkurs in die neuere Forschung zum Bürgertum hilfreich, die seit den 1980er Jahren eine Hochkonjunktur erfährt. Der Begriff des „Bürgertums“ gehört sicher – wie bereits 1972 der Historiker Heinrich August Winkler treffend feststellte – „zu den vieldeutigsten im Vokabular der Sozialgeschichte und Soziologie“.¹³⁵⁴ Das Bürgertum des 19. Jahrhunderts wies, wie Thomas Nipperdey zeigen konnte, vier Gemeinsamkeiten auf: Erstens zeichnete es sich dadurch aus, dass die Bürger eine wenigstens auskömmliche und gesicherte Lebenslage erwerben und sich von harter, körperlicher Arbeit abheben konnten, was sich, um ihren Status zu demonstrieren, in der Beschäftigung eines Dienstmädchens niederschlug. Zweitens verband die Bürger ein gemeinsames Wertesystem, „das auf Leistung, Erfolg, auf Fleiß und Arbeit, auf Pflicht und «Beruf», auf rationaler Lebensführung gegründet war, auf Individualität und Selbstverantwortung, Innenleitung und selbständigem Urteil, auf Skepsis gegenüber Traditionen und Autorität“. Drittens beruhte die Zugehörigkeit zum Bürgertum auf einem gemeinsamen Lebensstil auf Grundlage der Bildung, auf einer „Kultur von Werten und Normen, eine[r] Lebensform aus Erziehung, Stil und Symbolen“. Viertens teilten sie politische Glaubensüberzeugungen, zunächst den Liberalismus, später dann einen imperialen Nationalismus.¹³⁵⁵

Nun lässt sich zweifelsfrei feststellen, dass Rosenbergs Vorfahren wie er selbst – mit Ausnahme der ersten Jahre des Exils – eine gesicherte Lebenslage aufwiesen, sich von körperlicher Arbeit weitgehend absetzen

¹³⁵² Ebd. 32 ff.

¹³⁵³ *Preuß.*

¹³⁵⁴ Winkler verfasste den nicht namentlich gekennzeichneten Artikel „Bürgertum“ für die 9. Auflage von Meyers Enzyklopädischem Lexikon; hier zitiert nach *Siegrist* 561.

¹³⁵⁵ *Nipperdey* 393 f.

konnten, wie sie ohnehin innerhalb weniger Generationen aus unterbürgerlichen Schichten von Händlern zu Kaufleuten, später gar – nun Teil des Bildungsbürgertums – zu Ärzten und Rechtsanwälten aufsteigen konnten. Auch beschäftigten sie zumeist Personal, seine Großeltern allemal, sicherlich sein Onkel, auch seine Eltern, jedenfalls bis zur Inflation. Für ihn selbst kam dies nicht mehr in Frage, zunächst aus finanziellen, später wohl auch aus Statusgründen: Ein Gewerkschafter beschäftigt kein Personal im eigenen Haushalt. Was die politischen Überzeugungen betrifft, so blieben seine Vorfahren dem Linksliberalismus treu, konvertierten nicht zu Nationalkonservativen oder Deutschnationalen, sondern liebäugelten partiell gar mit der Sozialdemokratie. Nicht vollständig, aber doch sicher weitgehend lässt sich dies mit ihrer Zugehörigkeit zum Judentum begründen, mit der wieder prekärer werdenden Lage der deutschen Juden vor allem im Ersten Weltkrieg und in den Jahren danach. Rosenberg selbst wechselte 1923, im Jahr der bis dahin schwersten Krise der Weimarer Republik und bestärkt durch den wirtschaftlichen Niedergang seiner Familie, unter dem Eindruck wirtschaftlicher, sozialer und politischer Verwerfungen in der deutschen Gesellschaft zur Sozialdemokratie.

Was schließlich Lebensstil und Wertesystem betrifft, so stimmt Nipperdeys Merkmalskatalog weitgehend mit dem seines Historikerkollegen Jürgen Kocka überein, der in den 1980er Jahren eine idealtypische Beschreibung des Bürgertums im 19. Jahrhundert und seiner gemeinsamen Deutungsmuster und Wertungen, seiner Mentalität und Kultur vorlegte, die inzwischen von der Bürgertumsforschung weitgehend akzeptiert wird.¹³⁵⁶ Kocka beschrieb damit das Bürgertum aus einer kulturgeschichtlichen Perspektive, denn in seiner Kultur und seiner Lebensführung grenze sich das Bürgertum sowohl von anderen gesellschaftlichen Schichten ab, wie sie umgekehrt seinem Zusammenhalt dienten.¹³⁵⁷ Zu diesen Merkmalen der deutschen Bürgerlichkeit zählt zunächst eine „besondere Hochachtung vor individueller Leistung“. Aus seinen erbrachten Leistungen leitet es wiederum Ansprüche ab, wirtschaftlich belohnt und sozial hoch angesehen zu werden und politischen Einfluss ausüben zu können. Das Bürgertum stand regelmäßiger Arbeit überaus positiv gegenüber und neigte zu rationaler und methodischer Lebensführung, es strebte danach, sowohl seine individuellen als auch seine gemeinsamen Aufgaben – letztere in Vereinen, Assoziationen, Genossenschaften oder selbstverwalteten Körperschaften – selbstständig zu gestalten, anstatt sie dem Staat zu überlassen.

¹³⁵⁶ Vgl. *Reitmayer* 68.

¹³⁵⁷ *Kocka (1987)* 43 f., ebenso in ders. (1988) 27 f.

Das Verständnis seiner selbst und der Welt leitete das Bürgertum von seiner Bildung ab, sie diene der Fähigkeit zur Konversation gleichermaßen wie dem Umgang miteinander wie der Abgrenzung von anderen, etwa durch den Gebrauch von Zitaten. Das Bürgertum verband ein enges Verhältnis zu Kunst, Literatur und Musik sowie der Respekt vor der Wissenschaft. Ein weiteres Kennzeichen des Bürgertums lag in seinem besonderen Verhältnis zur Familie, das sich im Gegensatz zur Wirtschaft und der Politik nicht durch Zweckhaftigkeit und Konkurrenz auszeichnete. Die Familie wurde hingegen als Selbstzweck begriffen, gründete auf emotionalen Beziehungen und stellte somit einen „Innenraum der Privatheit im Unterschied zur Öffentlichkeit“, der freilich erst durch Dienstboten freigesetzt werden konnte. Hinzu treten die liberalen Tugenden: die Fähigkeit, Konflikte auszutragen und Kompromisse zu schließen, die Skepsis gegenüber Autoritäten und die Liebe zur Freiheit. Und schließlich sei auf die symbolischen Formen verwiesen – Tischsitten, Kleidung, Konventionen, Titel und eine verfeinerte Lebensart –, die für die Identität des Bürgertums und ihre Abgrenzung eine große Rolle spielten.

Legt man diesen Merkmalskatalog Kockas als Maßstab an die Person Ludwig Rosenbergs an, so lässt sich die Frage nach seiner Bürgerlichkeit leichter beantworten: Hochachtung vor individueller Leistung zeigte er unbestritten. So leitete er beispielsweise 1947, als seine Tätigkeit im Gewerkschaftlichen Zonensekretariat auslief, aus seiner persönlich erbrachten Leistung in der Gewerkschaftsbewegung einen Anspruch auf eine entsprechende, seinen Leistungen und seinen Fähigkeiten gemäße Anstellung im Funktionsapparat ab, statt sich mit einer ihm zugewiesenen Position abzugeben. Und auch seine weit über dem Facharbeiterdurchschnitt liegende Entlohnung in seiner Bielefelder Zeit wies er keineswegs ab, sondern akzeptierte sie – „wenigstens zunächst“. Sein Selbstbewusstsein wuchs mit seiner Positionierung in der gewerkschaftlichen Hierarchie. Während er den Gewerkschaften politischen Einfluss sichern wollte, lehnte er ihn jedoch für sich persönlich ab. Dem Drängen der SPD-Parteiführer Erich Ollenhauer und Herbert Wehner, ihn 1957 als Kandidaten für die Wahlen zum Deutschen Bundestag aufzustellen, gab er – trotz Aussicht auf einen Ministerrang im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsiegs – nicht nach, um Loyalitätskonflikte zwischen seiner gewerkschaftlichen Funktion und seinem politischen Mandat von vornherein zu vermeiden, jedoch auch aus Furcht vor dem Wiederaufleben antisemitischer Kampagnen.¹³⁵⁸ Im Frühjahr 1964 erwogen Mitglieder der FDP-Führung unter Führung Wolfgang

¹³⁵⁸ *Beier (1983b)* 153. Mehrere der Vorgänger und Nachfolger Rosenbergs im Amt des DGB-Vorsitzenden saßen jedoch für die SPD im Deutschen Bundestag.

Mischnicks, das Verhältnis der Partei zu den Arbeitnehmern und zu den Gewerkschaften zu verbessern und daher Rosenberg als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten aufzustellen. Jedoch ging die FDP-Spitze unter Erich Mende auf Distanz zu Mischnicks Plänen.¹³⁵⁹ Im Falle seiner Wahl hätte Rosenberg, dem die Pläne nach dem Gespräch eines DGB-Funktionärs mit der Bundesgeschäftsstelle der FDP unterbreitet wurden,¹³⁶⁰ selbstverständlich seine Gewerkschaftsämter aufgeben müssen. Im September 1968, als infolge der Niederschlagung des Prager Frühlings und der Verhärtung in den Ost-West-Auseinandersetzungen die Aussichten des bereits nominierten sozialdemokratischen Bundesjustizministers Gustav Heinemann auf seine Wahl zum Bundespräsidenten sanken, wurde Rosenberg, der im Frühjahr des folgenden Jahres pensioniert werden sollte, noch einmal, nun von einigen maßgeblichen sozialdemokratischen Politikern, vorgeschlagen.¹³⁶¹ Wie Rosenberg sich zu den Plänen stellte, ist nicht überliefert, reiften sie doch niemals soweit heran, dass er sich hätte entscheiden müssen. Jedoch erscheint es nicht abwegig anzunehmen, dass er sich zu einer Kandidatur bereit erklärt hätte, war ihm doch, schenkt man Egon Lutz Glauben, immer schon der „Anzug DGB [...] um eine Nummer zu klein“.¹³⁶²

Inwieweit Rosenberg regelmäßiger Arbeit sowie rationaler und methodischer Lebensführung zugetan war, lässt sich nur indirekt erschließen. So schildert Kurt Hirche, bis 1954 Leiter der Hauptabteilung Wirtschaftspolitik im DGB-Bundesvorstand, in seinen Erinnerungen den Tag, als Rosenberg seine Geschäfte übernahm: Als erstes habe der Frühaufsteher Rosenberg alle Mitarbeiter gebeten, „pünktlich um 8.30 Uhr im Büro zu sein“, zitiert Hirche eine Anweisung seines neuen Vorgesetzten. Er, Rosenberg, wolle sich bemühen, „ebenso pünktlich um 17.00 Uhr [...] die Arbeit zu beenden, so daß ich mit Recht erwarten darf, daß alle Mitarbeiter auch morgens rechtzeitig ihre Arbeit beginnen“. Die Arbeitszeit solle nur in dringenden Fällen überschritten werden, was ihm zuvor zu melden sei. Hirche, der sich von Rosenberg übervorteilt und zurückgesetzt sah, berichtete außerdem, dass von allen Korrespondenzen „für mich [Rosenberg] ein Extra-Durchschlag anzufertigen und in meinem Vorzimmer abzugeben“ sei.¹³⁶³

Auch die Bevorzugung selbstverwalteter Organisationen gegenüber dem Staat lässt sich ins Rosenbergs Reden und Schriften deutlich

¹³⁵⁹ Ludwig Rosenberg Bundespräsident, in: parlamentarisch-politischer presse-dienst vom 26.6.1964.

¹³⁶⁰ Aktenvermerk Vornewegs [?] vom 3.4.1964, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Kasten 9.

¹³⁶¹ Rosenbergs Chance?, in: Neue Bildpost vom 8.9.1968.

¹³⁶² Lutz 90.

¹³⁶³ Hirche 257.

nachweisen, etwa wenn er Wirtschaftskammern das Wort redet, oder wenn er 1949 in einem Vortrag über „Die Aufgaben der Gewerkschaften“ vor der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft stichpunkthaft fragt: „Staatsbürokratie oder Selbstverwaltung? Warum Selbstverwaltung? Bedeutet das den «Ständestaat»?“, um schließlich eine verneinende Antwort zu geben.¹³⁶⁴ Am klarsten jedoch äußerte er sich Ende 1963 in Baden-Baden in seiner Rede auf der Hauptversammlung des Hartmannbundes, des Interessenverbandes der niedergelassenen Ärzte, zu den „Aufgaben der freien Verbände im demokratischen Staat“, denen er – im Gegensatz zu Zwangsorganisationen – eine unentbehrliche Rolle beimaß: „Meine Interessen kann nur vertreten, wen ich aus freiem Entschluss damit beauftrage. Ich kann schließlich nicht gezwungen werden, jemandem diesen Auftrag zu erteilen. [...] Kein Zwang kann erreichen, was der Wille schafft. Und es ist deshalb kaum überraschend, dass die freien und freiwilligen Organisationen an Dynamik und Aktivität den Zwangsorganisationen zweifellos weit überlegen sind. [...] In ihnen finden sich jene Bürger zusammen, die für ihre eigenen Angelegenheiten selbst Lösungen zu finden suchen, die bereit sind, dem Staat und seinen Institutionen mit Rat und Tat zur Verfügung zu stehen[,] und die keine Mühe scheuen, sich das Wissen und die Erfahrungen zu vermitteln, die diesen Rat beachtenswert macht.“ Damit sah er die freien Verbände, zu denen er auch die Gewerkschaften rechnete, freilich nicht in Gegnerschaft zum Staat, sondern als „Bausteine der staatlichen und gesellschaftlichen Existenz der Demokratie“.¹³⁶⁵

Deutlicher noch lässt sich Rosenbergs Verhältnis zur Bildung beschreiben, etwa wenn er – gepaart mit Hochachtung vor geleisteter Arbeit – die Anstrengungen eines Bildungsaufsteigers anerkannte: „Ich bewundere ehrlich und aufrichtig Leute wie zum Beispiel Leute wie Otto Brenner, der [...] in erbärmlichsten Verhältnissen groß geworden ist und sich durch eigene Bildung, nicht durch das Glück, das ich hatte, daß meine Eltern mich auf ein Gymnasium schicken konnten, sondern durch eigene Anstrengungen auf ein Niveau bringen konnte, daß er geistig sich durchaus mit jedem anderen messen konnte. Das bewundere ich, und ich habe immer bedauert, daß diese Leute immer noch mit diesem blödsinnigen Minderwertigkeitskomplex herumlaufen, den sie gar nicht nötig haben, im Gegenteil.“¹³⁶⁶ Letzteres lag freilich weniger am Ausmaß der erworbenen Bildung, sondern an der nur schwer erlernbaren, weil in frühester Kindheit habituell angeeigneten „lässig-ungezwungene[n] Haltung“¹³⁶⁷ des typischen Bürgers, die dieser nicht zuletzt zur

¹³⁶⁴ *Aufgaben der Gewerkschaften.*

¹³⁶⁵ *Aufgaben der freien Verbände im demokratischen Staat* 8, 13 f.

¹³⁶⁶ *Gespräch mit Ludwig Rosenberg (1974)* 36.

¹³⁶⁷ *Reichardt* 81.

Abgrenzung von Personen aus niederen Schichten einzusetzen pflegte.

Rosenbergs Konversationsfähigkeit ist verschiedentlich erwähnt worden, ihren besonderen Niederschlag fand sie in dem Begriff des „neuen Stils“, der mit Rosenbergs Übernahme des DGB-Vorsitzes in das Verhältnis zwischen den sozialen Akteuren, den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, eingezogen sei. Der Begriff nahm seinen Ausgang schon vor Rosenbergs Amtsantritt, war jedoch immer auf seine Person gemünzt. Hans-Constantin Paulssen, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber, sprach gleichfalls von einem „neuen Stil“, den Rosenberg im Verkehr mit Regierungsstellen und Sozialpartnern eingeführt habe.¹³⁶⁸ Den „neuen Stil“, der auch erstmals einen weniger verkrampften Umgang des DGB mit den gewerkschaftsfernen Freien Demokraten ermöglichte,¹³⁶⁹ mag man auch als einen spät wirksam gewordenen Modernisierungsimpuls ansehen, entsprach es doch durchaus britischen Gewohnheiten, sich auch mit dem politischen Gegner auszutauschen. Binnen weniger Wochen wurde der „neue Stil“ zu einem geflügelten Wort, sodass Rosenbergs Amtsvorgänger Willi Richter – im Anschluss an eine private Zusammenkunft der Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB samt Ehepartnern – bereits im Dezember 1962 in Oberursel scherzen konnte: „Es würde sicher die Zusammenarbeit fördern, wenn Du diesen «neuen Stil» alljährlich, evtl. zum Frühjahr, wenn es im Taunus noch schöner ist, wiederholen könntest.“¹³⁷⁰ Rosenberg hatte das Treffen erstmals arrangiert, selbst die ranghöchsten DGB-Funktionäre hatten zuvor offenbar einen eher frostigen und unpersönlichen Umgang miteinander gepflegt.

Rosenbergs recht umfassende Bildung wurde bereits in den Zeugnissen über seine Tätigkeit im GDA lobend hervorgehoben, sie ermöglichte es ihm, in Regierungs- und Wirtschaftskreisen ebenso ungezwungen aufzutreten, wie ihm eine von Dünkeln freie Haltung die Konversation mit Arbeitern und Angestellten ermöglichte. Deutlich wird dies an einer geradezu seitenverkehrt angewandten Praxis der Distinktion durch Bildung: Während der typische Bürger etwa Zitate einsetzte, um sich von Nichtbürgern oder Ungebildeten abzusetzen, nutzte Rosen-

¹³⁶⁸ *Seering* 792.

¹³⁶⁹ Im März 1962 besuchte der Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion unter Erich Mende mit seinem Stellvertreter und Bundesvertriebenenminister Wolfgang Mischnick und Bundestagsvizepräsident Thomas Dehler auf Rosenbergs Einladung den DGB-Bundesvorstand, um über sozial- und wirtschaftspolitische Fragen zu debattieren. Nur ein Jahr zuvor hatte Rosenberg noch in einem Brief an den Chefredakteur der „Welt der Arbeit“, Richard Becker, ganz unverblümt von den „dummen Angriffen von Mende gegen den DGB“ gesprochen und ihm einen Artikel unter dem Titel „Für wen spricht Herr Mende?“ geschickt. Rosenberg an Becker, 10.3.1962, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 7.

¹³⁷⁰ Richter an Rosenberg, 9.12.1962, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Kasten 4.

berg Zitate häufig dazu, sich von bestimmten Fraktionen innerhalb des Bürgertums, vor allem von deutschnational Gesinnten, abzugrenzen, indem er ausgiebig Heine, Börne, Tucholsky und Kästner, aber auch Goethe anführte. Damit demonstrierte er sowohl seine Bildung, wie er umgekehrt seine liberale Gesinnung offenbarte.

Zu Kunst, Literatur und Musik, um ein weiteres Merkmal der Bürgerlichkeit anzusprechen, pflegte Rosenberg in der Tat ein enges Verhältnis, das ihn etwa mit Hans Gottfurcht verband, wenn sie gemeinsam mit ihren Partnerinnen im Londoner Exil Theateraufführungen besuchten. Rosenbergs eigene literarische Ergüsse mögen dem kritischen Blick eines Germanisten kaum standhalten, doch zeigt sich in ihnen der Dilettant – freilich im ursprünglichen Sinne, als eines Kulturbürgers, eines „Liebhabers von Kunst und Wissenschaft“, der „Meister- und Kenner-schaft entgegengesetzt“.¹³⁷¹ Sein Verhältnis zur Familie war keineswegs durch Zweckhaftigkeit und Konkurrenz geprägt, sondern beruhte vielmehr auf emotionalen Bindungen, sowohl zu seiner Herkunftsfamilie – weit weniger hingegen zur weitläufigen Verwandtschaft – als auch zu seiner Ehefrau. Letzteres war freilich zum Zeitpunkt seiner Eheschließung schon längst nichts Ungewöhnliches mehr.

Als letztes seien die liberalen Tugenden abgeglichen. Trotz seines jovialen Umgangs wurde Rosenberg die Fähigkeit, Konflikte auszutragen und hart zu verhandeln, nicht abgesprochen. Dem zuvor bereits zitierten Beispiel der Unterredung mit General Clay sei ein weiteres hinzugesellt: Bundeskanzler Adenauer, der nach Rosenbergs Erzählung ärgerlich darüber gewesen sei, dass „Hitler so viele Gewerkschafter und Sozialdemokraten ins Ausland gejagt hatte, die sich nun so vorzüglich auskannten und sogar fremde Sprachen beherrschten“, habe ihm in einem Gespräch mitgeteilt, dass einer der Koalitionspartner der CDU, die FDP, der Anstellung eines bestimmten Sozialattachés nicht zustimmen wollen. Er bekäme sonst Probleme mit der FDP. Worauf Rosenberg dem Kanzler geantwortet habe, er könne ja stattdessen Ärger mit dem DGB bekommen. Adenauer sei aufgestanden und habe geantwortet: „Rosenberg, dat haben Se jut gemacht. Se kriejen Ihren Mann.“¹³⁷² In der Öffentlichkeit der 1960er Jahre stand Rosenberg, nunmehr als Vorsitzender des DGB, jedoch mehr noch für seine Fähigkeit, Kompromisse zu schließen. Was keineswegs überall einer Zustimmung gleichkam. Im Gegenteil, Rosenberg sah sich heftigen Anfein-

¹³⁷¹ So der Artikel „Dilettant“ in der Allgemeinen deutschen Real-Encycloplädie für die gebildeten Stände, Bd. 3, Leipzig 1819, 194 f., zitiert nach *Schulz* 35.

¹³⁷² Die Anekdote findet sich bei *Beier* (1982b) 156.

dungen ausgesetzt, er sei ein Kompromissler.¹³⁷³

In einem Interview mit Otto Witt für die Stuttgarter Zeitung erläuterte Rosenberg 1963, was er unter einem Kompromiss verstand: „Gegensätze, die sich aus dem Arbeitsverhältnis zur Unternehmensleitung ergeben, werden immer bestehen. Sie zu vertuschen oder zu leugnen, hieße, die Wirklichkeit verkennen. Es kommt darauf an, beide Seiten dazu zu erziehen, daß sie diesen Konflikt in einer Form austragen, die auf dem Wege des Kompromisses versucht, beiden Teilen so weit als möglich gerecht zu werden. Dieser Aufgabe dienen unsere Bestrebungen nach einem ständigen Gespräch mit den Arbeitgebern, nach einer entsprechenden Vermittlung wirtschaftlicher Erkenntnisse an die Arbeitnehmer und nach einer vernünftigen Zusammenarbeit. Es ist aber genauso notwendig, daß von der anderen Seite eine entsprechende Bereitschaft und das Verständnis für die Interessen der Arbeitnehmerschaft im Betrieb gegeben sind.“¹³⁷⁴ Einen Kompromiss zu schließen, bedeutete für ihn also nicht, im Sinne eines falsch verstandenen Idealismus einem Konflikt aus dem Wege zu gehen, sondern ihn einer beiderseits befriedigenden Lösung zuzuführen. Der Kompromiss – so äußerte er in einem anderen Kontext – sei „in demokratischen Ländern das Übliche, in Deutschland aber bisher offenbar noch immer anrüchig“.¹³⁷⁵ In einem ähnlichen Sinne äußerte sich jüngst auch der israelischen Linken nahestehende Schriftsteller Amos Oz in einem Interview: „Ich weiß, dass das Wort Kompromiss in Europa und speziell in Deutschland einen schlechten Ruf hat, vor allem unter jungen deutschen Idealisten. Sie glauben, dass der Kompromiss unehrlich ist, ein Mangel an Integrität, sie halten ihn für opportunistisch. In meinem Vokabular aber ist das Wort Kompromiss gleichbedeutend mit Leben. Das Gegenteil von Kompromiss sind nicht Integrität und Idealismus, sondern Fanatismus und Tod.“¹³⁷⁶

Wenn Georg Leber jedoch meinte, er, Rosenberg, habe die Begabung einer Henne, „die auf rohen Eiern tanzen kann, ohne sie zu zerbrechen“,¹³⁷⁷ so zielte er damit in erster Linie auf Rosenbergs Tätigkeit im Amt des DGB-Vorsitzenden, der die unterschiedlichen Interessen und Ansichten der Führer der Einzelgewerkschaften erfolgreich austariert habe. Doch lässt sich gerade dieses Verhalten auch anders lesen: Rosenberg sah sich in seiner Rolle als Moderator nach einer Phase an-

¹³⁷³ Beispielsweise von *Lutz* 88 f.

¹³⁷⁴ Gewerkschaft und Arbeitsmoral, Interview mit Ludwig Rosenberg, Stuttgarter Zeitung Nr. 180 vom 7.8.1963.

¹³⁷⁵ Knäpper und Schrotten, Werkszeitschrift der Rheinischen Kalksandsteinwerke Wülfrath (1964), Heft 10, 5.

¹³⁷⁶ *Tragedia dell'arte*.

¹³⁷⁷ Zitiert nach *Beier* (1982b) 152.

fänglichen Elans schließlich gescheitert an den divergierenden Interessenlagen der Einzelgewerkschaften. Frustriert über seinen mangelnden Einfluss inmitten machtlüsterner Gewerkschaftsvorsitzender und allein gelassen mit seinem Plan, dem DGB ein klar definiertes Aufgabenfeld zur alleinigen Bearbeitung zu überlassen und ihm die dafür notwendigen Mittel bereit zu stellen, wandte er sich mehr und mehr vom gewerkschaftlichen Kärnnergeschäft ab und seinen privaten Vorlieben wie dem Journalismus zu. Zwar hatte er zeitlebens für Zeitungen und Zeitschriften geschrieben, doch verstärkte er nun seine journalistischen Aktivitäten. Man mag dies als Eskapismus ansehen. In der 1970 unter seinem Nachfolger Vetter in Angriff genommenen DGB-Reform sah er denn auch konsequent als „eine klare Schwächung des DGB und besonders der Stellung des Vorsitzenden und des G[eschäftsführenden]B[undes]-V[orstands] – also genau das Gegenteil von dem, was die Reform tun sollte“. Es werde, so schrieb er Vetter, „planmäßig ein immer stärkeres Übergewicht der großen Organisationen in allen Organen des DGB geschaffen, das dazu führt, daß sie direkt nicht nur die Politik sondern auch die Funktionäre des DGB durch ihre Funktionäre besetzen“.¹³⁷⁸

Was Rosenbergs Skepsis gegenüber Autoritäten betrifft, so kam seine „nonkormistische Unbekümmertheit“¹³⁷⁹ bereits zur Sprache. Auch auf seine Freiheitsliebe braucht an dieser Stelle nicht noch einmal eingegangen zu werden. Über die Beherrschung der symbolischen Formen, seine Tischsitten, die Verfeinerung seiner Lebensart lässt sich nichts aussagen. Ansonsten zeigte er sich stets elegant gekleidet und legte eine selbstverständliche Lässigkeit demonstrativ an den Tag, etwa wenn er sich, halb auf dem Schreibtisch sitzend, porträtieren ließ. Titel hingegen blieben ihm nebensächlich: Irrtümlich von Lord Harlech, dem Vorsitzenden des British Council, einer pro-europäischen Vereinigung in Großbritannien, als Doktor titulierte, machte er ihn postwendend auf den Irrtum aufmerksam, da er nicht Titel führen wolle, die ihm nicht zuständen.¹³⁸⁰ Sein ihm anlässlich seines 60. Geburtstags 1963 verliehenes Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland hingegen nahm er – im Unterschied zu manch anderem Sozialdemokraten und Gewerkschafter – an und trug es fürderhin bei öffentlichen Anlässen. Als zehn Jahre später auch sein Nachfolger geehrt wurde, schrieb er ihm: „Ich weiß zwar, daß wir alle nicht besonders scharf auf Orden und Ehrenzeichen sind, habe mich aber immer, im Gegensatz zu manchen älteren Kollegen, dafür eingesetzt, daß wir solche offiziellen Ehrungen annehmen,

¹³⁷⁸ Rosenberg an Vetter, 5.1.1970, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 49.

¹³⁷⁹ *Akademie Kontakte der Kontinente* 14.

¹³⁸⁰ Rosenberg an Ernest Wistrich, Direktor des British Council, 19.3.1973, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 50.

weil ich der Meinung bin, daß es ein Unterschied ist, ob man eine Auszeichnung dieses Staates, der uns gehört und zu dem wir gehören, annimmt oder einen Orden, wie er früher von Monarchen verliehen wurde.“¹³⁸¹



Abbildung 46: Auf dem Schreibtisch – Selbststilisierung Anfang der 1950er Jahre

Ist der Merkmalskatalog des deutschen Bürgertums nun mit der Person Rosenbergs abgeglichen, so stellt sich die Frage nach dem Resümee. Es scheint unzweifelhaft, Rosenberg und seine Herkunftsfamilie sowohl seiner Lebenslage, seinem Wertesystem, vor allem aber seines Lebensstils wegen dem Bürgertum zuzurechnen. Diese Tatsache mag wenig

¹³⁸¹ Rosenberg an Vetter, 23.2.1973, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 49. – Rosenbergs Auszeichnung findet sich ebd., Sonstiges.

überraschen, angesichts der enormen Ausweitung der bürgerlichen Lebensweise, ihres Sogs auf unterbürgerliche Schichten. Nicht zuletzt auch Rosenbergs Vorfahren, aus dem nordhessischen Landjudentum wie dem Posener Kleinstadtjudentum stammend, waren diesem Sog erlegen und hatten sich verbürgerlicht. Ist Rosenberg, eher als mit dem Aufstieg einer Bürgerfamilie mit ihrem Scheitern vertraut und in seinem Bildungsaufstieg zunächst enorm behindert, somit bloß noch ein typischer Vertreter des verbürgerlichten Proletariers respektive Kleinbürgers? Gegen eine solche Sichtweise spricht jedoch manches: Denn während im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bereits der Künstler im Bürger zurückgedrängt wurde und nunmehr Bürgerlichkeit fast ausschließlich über Arbeitsethos und Berufsverständnis definiert wurden,¹³⁸² hielten Rosenbergs Eltern ihren Sohn noch immer dazu an, die Kultur nicht nur pro forma wertzuschätzen, sondern ließen ihn künstlerisch dilettieren, ließen gar zu, dass er über einen kurzen Zeitraum hinweg ernsthaft erwägen konnte, sich dauerhaft künstlerisch zu betätigen. Nun war es im Bürgertum keineswegs ungewöhnlich, dem männlichen Nachwuchs in einer verlängerten Jugendphase gewisse Freiräume zu gewähren. Doch seine Ausprägung der Merkmale bürgerlicher Lebensweise, sein – auch autodidaktisch verfasstes – Bildungsstreben, seine früh schon deutlich werdende Aufstiegsorientierung, aber auch seine starke Bereitschaft, sich anzupassen, all das spricht für eine spezifisch jüdische Bürgerlichkeit. Eine Bürgerlichkeit, die manche inzwischen zur Ideologie geronnenen Merkmale deutscher Bürgerlichkeit, wie Freiheitsliebe und Autoritäts skepsis, allzugern gegen die Einordnung in eine Volksgemeinschaft und die Ausgrenzung potenzieller Konkurrenten bis hin zu deren physischer Vernichtung einzutauschen bereit war.¹³⁸³ Insofern kann, überspitzt formuliert, davon gesprochen werden, dass die deutschen Juden tatsächlich die letzten Träger deutscher Bürgerlichkeit waren, dass sie wie nur wenige nichtjüdische Bürgerliche bereit waren, ihre Lebensweise gegen alle Anfeindungen und Verächtlichmachungen zu verteidigen. Rosenberg bildet insofern ein durch den Zufall des Überlebens im Exil geretteter Spross deutsch-jüdischer Bürgerlichkeit, über

¹³⁸² Vgl. *Schulz* 51.

¹³⁸³ So schreibt Volker *Ulrich* in einer Rezension der Biografie Albert Speers aus der Feder Joachim Fests: „Jugendlicher «Idealismus» und moralische Indifferenz, technische Begabung und intellektuelle Verwilderung, Arbeitswut und das Denken in reinen Effizienzkriterien verbanden sich bei ihm [Speer] wie bei manch anderem bürgerlichen Diener des Regimes zu einem hochgefährlichen Gemisch, das, einmal freigesetzt, alle zivilisatorischen Normen sprengt.“ Und Peter Suhrkamp beschrieb schon 1932 die Generation der fast 30-Jährigen „als die Unruhigsten, Unklarsten, Abenteuerlichsten in der bürgerlichen Welt“, sie zeichne ein Mangel an Humanität, Achtungslosigkeit gegen das Menschliche aus, sie seien die schärfsten Gegner des Liberalismus, ihre Intellektualität sei skeptisch bis destruktiv. Zitiert nach *Herbert* 45. Rosenberg, der relativ früh schon Verantwortung übernehmen musste und zu diesem Zeitpunkt 29 Jahre alt war, kann er damit jedenfalls nicht gemeint haben.

das nationalsozialistische Terrorregime hinweg, das schließlich auch an den Grundfesten des Bürgertums rüttelte. Er hatte die im deutschen Judentum tradierten Werte und Normen, Verhaltensweisen und politischen Orientierungen verinnerlicht, die sich – wenn auch mit Abstrichen – in der generationellen Abfolge seiner Familie verfolgen lassen.¹³⁸⁴

Was Rosenberg hingegen von einem typischen Vertreter des deutschen Bürgertums deutlich schied, war der Mangel distinktiven, auf Abgrenzung nach unten hin zielenden Verhaltens. Denn nur durch Distinktion war es dem seiner ständischen Privilegien und formaler Schranken verlustig gegangene Bürgertum noch weiterhin möglich, sich seine exklusive Stellung in der Gesellschaft zu bewahren.¹³⁸⁵ Man wird Rosenbergs Habitus sicher in vielerlei Hinsicht – wenn nicht in seinen Absichten, so doch in seinen Wirkungen – als distinktiv einschätzen können, doch verfocht er, eindeutig nachweisbar, das Ziel, die Bürgergesellschaft auszudehnen, möglicherweise als Konsequenz aus der Erkenntnis, dass es der Weimarer Republik an Demokraten und vor allem an entschiedenen Verfechtern der Demokratie gemangelt habe, vielleicht auch aus einem sozialreformerischen Geist gegenüber der Arbeiterschaft heraus. Diesem Zweck diene zunächst die Bildung, die in Rosenbergs Denken immer einen erheblichen Stellenwert einnahm. Man denke nur an die Intention, die Deutschen nach 1945 umerziehen, zu Demokraten und Bürgern erziehen zu wollen, was mit dem Versuch korrespondierte, die Deutschen während des Kriegs mittels Rundfunkpropaganda zum Aufstand bewegen zu wollen. Eine der nötigen Voraussetzungen war für ihn Bildung, die die Arbeitnehmer „erst zu vollwertigen Staatsbürgern macht, die im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben nicht nur Rechte haben, sondern auch die Pflicht, mitzudenken, mitzureden und die Gesellschaft mitzugestalten“.¹³⁸⁶

¹³⁸⁴ Vgl. *Kraus* 9.

¹³⁸⁵ *Kaschuba (1988)* 18.

¹³⁸⁶ *Akademie Kontakte der Kontinente* 12.



Abbildung 47: Bei einem Empfang für britische Parlamentarier der Labour Party 1954

Daneben sollte die Sozialpolitik dem Ziel der Ausweitung der Bürgergesellschaft dienen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer trachteten die Gewerkschaften seiner Meinung nach in dem Sinne zu verbessern, dass die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen zur Entstehung neuer bürgerlicher Kultur gegeben sind. In einer Rede zur Eröffnung des neuen Hauses der Ruhrfestspiele in Recklinghausen drückte er es so aus: „Das wahre Menschentum als letzter Sinn des Lebens ist tiefste Wurzel allen Tuns, das die Gewerkschaften schuf, das sie seit Anbeginn vorwärtstreibt, das sie bewegt, das sie erst zur Bewegung macht. Nicht Regelung der Arbeitsbedingungen, nicht höherer Lohn und soziale Sicherheit sind das Ziel – wahres Menschentum ist das Ziel –, das andere ist nichts als Voraussetzung dafür, Mensch

zu sein.“¹³⁸⁷ Weniger prosaisch, in der Sprache der Sozialgeschichte ausgedrückt, heißt das: Zeit und Muße, ein deutlich über das Existenzminimum hinausgehendes Einkommen, die Sicherheit und Planbarkeit des Lebens, die Freisetzung vor allem der Mutter und der Kinder von harter Erwerbsarbeit, ermöglichen erst die Weitergabe kultureller Werte und das Entstehen der bürgerlichen Kultur.¹³⁸⁸



Abbildung 48: Margot Rosenberg (sitzend) beim Diplomatenempfang des DGB in Recklinghausen 1951

Rosenbergs jüdische Herkunft, liberal, säkular und bürgerlich geprägt,

¹³⁸⁷ Ludwig Rosenberg, Ansprache zur Eröffnung des Hauses der Ruhrfestspiele in Recklinghausen, 11.6.1965, zitiert nach *Schuster* 63.

¹³⁸⁸ *Kocka* (1988) 31.

schärfte ihm letztlich den Blick für das in der gegebenen Situation Machbare, das Realistische, sicherlich reformistisch, niemals auf eine Revolution vertrauend.¹³⁸⁹ Doch zugleich stets auch die Perspektive auf ein gleichberechtigtes Dasein der Arbeitnehmer nicht vergessend, so wie das Judentum des 19. Jahrhunderts zunehmend selbstbewusst die Beendigung seiner Hintanstellung in der gesellschaftlichen Hierarchie verfochten hatte. Es bleibt jedoch die Frage, ob sich Rosenbergs Biografie auf dem Hintergrund der deutsch-jüdischen Geschichte schreiben lässt – wie es hier weitgehend geschehen ist –, ob eine solche Sichtweise seiner Person gerecht werden kann. Sicher verstand sich Rosenberg im Gegensatz zu seinen Vorfahren nicht mehr als Jude, nicht mehr der jüdischen Minderheit zugehörig, doch lässt sich sein Handeln, sein Einsatz für die Demokratie, für die Überwindung des Nationalsozialismus, für die Schaffung von Bedingungen, die der Unterminierung der Demokratie zuvorkommen sollen, in diesem Sinne lesen, als Ausfluss der prekären Existenz der deutschen Juden zu Anfang des 20. Jahrhunderts.

In einem Geburtstagsartikel für Hans Gottfurcht, Konfuzius zitierend, führte Rosenberg drei Wege auf, klug zu werden, „erstens durch Nachdenken, das ist der edelste, zweitens durch Nachahmen, das ist der leichteste, und drittens durch Erfahrung, das ist der bitterste“. Gottfurcht habe stets versucht, den ersten Weg zu beschreiten. Den zweiten hingegen habe er nicht sonderlich geschätzt. Doch der dritte sei ihm leider nicht erspart geblieben, „wie vielen seiner Generation“,¹³⁹⁰ so auch Rosenberg selbst. Doch um einem Missverständnis vorzubeugen: Nichts spricht dafür, dass sich Rosenberg, der „Jude“, der „Emigrant“, der „Intellektuelle“, als Opfer betrachtete, trotz aller Erlebnisse und Erfahrungen, trotz Verfolgung und Vertreibung, trotz Exil und Shoah, trotz der Diffamierungen in der Nachkriegszeit. Trotz mancher auf ihn zielenden Vorwürfe, wie Rosenberg der DGB einen Juden zu seinem Vorsitzenden machen könne. Trotz allem sah er sich – im Gegenteil – als handelndes Subjekt, als ein Mitgestalter der zweiten deutschen Demokratie. Ein Anzug, der ihm keineswegs zu groß war. Wenn man dagegen dies außer acht lässt und sich stattdessen darauf beschränkt zu fragen, ob er denn in seinem Amt als DGB-Vorsitzender erfolgreich agieren konnte, so erhält man allzu schnell und nicht zu Unrecht eine ernüchternde Antwort: Scheitern in Sachen DGB-Reform, der Notstandsge-

¹³⁸⁹ Obschon er in der Rückschau deutlich machte, dass er 1945 nach dem Sieg über Hitler, wenn nicht gar diesen Sieg erst hervorbringend, eine Revolution in Deutschland erwartet hatte. Doch der ohnmächtige Zusammenbruch, der sich stattdessen ereignet habe, „war ja keine wirkliche Volksbewegung“. *Gespräch mit Ludwig Rosenberg (1974)* 10.

¹³⁹⁰ *Rosenberg (1976c)*.

setzung, der Konzentrierten Aktion. Die klimatischen Veränderungen der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen, der „neue Stil“, verblasen da schnell. Und in der Erinnerung der Bevölkerung, der er sich oftmals in den Medien, weit über den engen Rahmen der Gewerkschaftspresse hinaus, in den Zeitungen und Zeitschriften, in Rundfunk und Fernsehen, präsentiert hatte, machte er bald schon dem beinahe doppelt so lang amtierenden Vetter Platz.



Abbildung 49: Rosenberg spricht, Kennedy lauscht (1962)

Alles in allem war Rosenberg in vielerlei Hinsicht untypisch: als Gewerkschafter mit kaufmännisch-bürgerlicher Vergangenheit; als Bürgersohn, dem die Inflation und die Krise der Demokratie einen Strich durch die Rechnung zogen; als Dissident, den die Religion seiner Vorfahren – einmal abgelegt – wieder einholte; als Emigrant, der sich zunächst fernab des politischen Exils niederließ; als Vorsitzender ohne Anbindung an eine mächtige Einzelgewerkschaft, die seine Hausmacht hätte stärken können; als Bürger „kein Mann der Masse“¹³⁹¹. Rosenberg starb kinderlos – von der Öffentlichkeit beinahe unbeachtet mitten im Deutschen Herbst – am 23. Oktober 1977 in Düsseldorf an einem Herzinfarkt. Die Trauerfeier fand, in Anwesenheit des Altbundeskanzlers Willy Brandt und des DGB-Vizevorsitzenden Gerd Muhr, im Düsseldorfer Ro-

¹³⁹¹ Beier (1982b) 152.

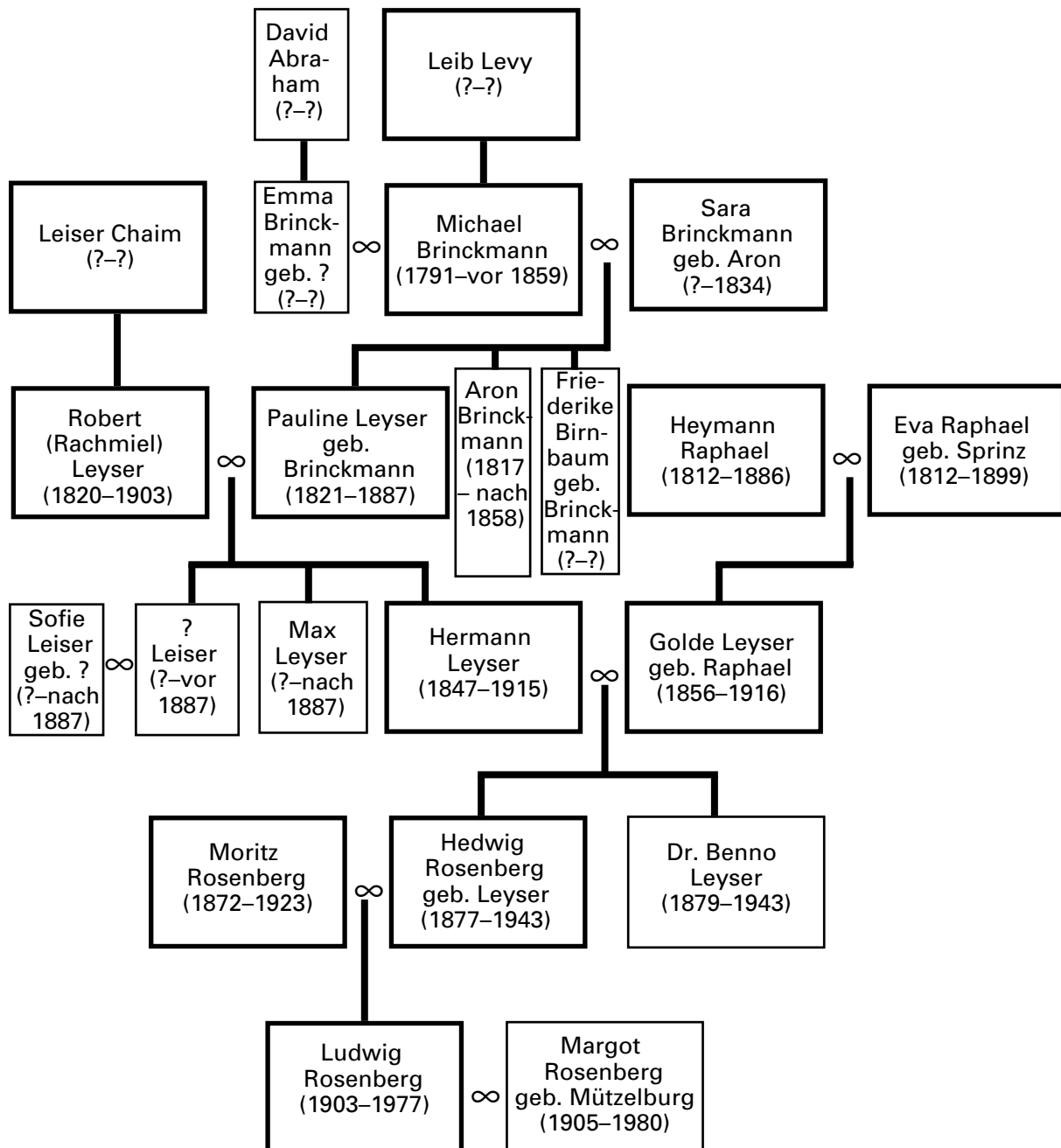
bert-Schumann-Saal statt, seinem Wunsch gemäß wurden alle Kranz- und Blumenspenden anschließend am Mahnmal für die Verfolgten des Nationalsozialismus auf dem Düsseldorfer Nordfriedhof niedergelegt.¹³⁹² Rosenbergs Witwe starb zweieinhalb Jahre später, am 28. Februar 1980, in Ratingen. Beide liegen auf dem Kommunalfriedhof in Hösel begraben, nur wenige 100 Meter von ihrem letzten Wohnsitz entfernt. Ludwig Rosenbergs Vermächtnis an seine Nachwelt lässt sich wohl am treffendsten in einem Mahnruf Ciceros zusammenfassen, den er selbst an das Ende einer Rede vor Gewerkschaftern in der Dortmunder Westfalenhalle gestellt hatte, in der er die Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft gegeißelt hatte: „Sorgt dafür, daß die Republik keinen Schaden leide!“¹³⁹³

¹³⁹² DGB-Nachrichtendienst Nr. 279/77 vom 24.10.1977.

¹³⁹³ Zitiert nach Walter Kannengießer, DGB-Rosenberg zitiert Cicero. Keine Kampfstimmung unter den 23000 Gewerkschaftlern in der Dortmunder Westfalenhalle, in: Ruhr-Nachrichten vom 23.11.1958.

Anhang

I Stammbaum Ludwig Rosenbergs



Grafik 1: Stammbaum Ludwig Rosenbergs
(fett umrandet die direkten Vorfahren, dünn umrandet angeheiratete Verwandte)

II Abbildungsnachweis

7, 14, 22, 26, 40	privat
8	<i>Pharus-Plan Berlin</i>
9, 11, 12, 13	Heimatismuseum Charlottenburg
10	Landesbildstelle Berlin
23	<i>V. Bundestag</i>
35, 36, 41	Bezirksregierung Düsseldorf, Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg, Bl. 1, 5–8
43	DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Personalordner 4
alle übrigen	AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 102, Kästen 13, 14

Alle Reproduktionen wurden angefertigt von Udo Hennenhöfer, BDG, Witten.

III Systematik des Nachlasses Ludwig Rosenberg

III.1 Teilnachlass im DGB-Archiv im AdsD, Bonn

Kasten	1	Korrespondenz, Aufsatzmanuskripte, Redemanuskripte, Memoranden von Rosenberg und Dritten (1951–1963)
Kasten	2	Korrespondenz, Redemanuskripte, Berichte von Rosenberg und Dritten (1960–1966)
Kasten	3	Korrespondenz, Vortragsmanuskripte, Berichte, Zeitungsausschnitte, Zeitschriften von Rosenberg und Dritten (1959–1965)
Kasten	4	Korrespondenz, Redemanuskripte von Rosenberg und Dritten (1961–1965)
Kasten	5	Korrespondenz, Redemanuskripte, Berichte, Zeitungsausschnitte von Rosenberg und Dritten (1919–1920, 1949–1970)
Kasten	6	Zeitungsausschnitte, Aufsatzmanuskripte, Redemanuskripte, Rundfunkmanuskripte von Rosenberg und Dritten (1963–1969)
Kasten	7	Berichte, Korrespondenz von Rosenberg und Dritten (1963–1966)
Kasten	8	Vortragsmanuskripte, Redemanuskripte von Rosenberg und Dritten (1961–1966)
Kasten	9	Zeitungsausschnitte, Berichte, Korrespondenz, Redemanuskripte von Rosenberg und Dritten (1955–1966)
Kasten	10/1, 10/2	Korrespondenz, Zeitungsausschnitte von Rosenberg und Dritten (1949–1968)
Kasten	11	Berichte, Zeitungsausschnitte und Korrespondenz von Rosenberg und Dritten (1965–1969)
Kasten	12	Korrespondenz, Zeitungsausschnitte von Rosenberg und Dritten (1963–1968)
Kasten	13	Korrespondenz von Rosenberg und Dritten (1968)
LRAD	1–2	zwei Akten
Personalordner	1	Zeitungsausschnitte, Redemanuskripte, Korrespondenz von Rosenberg und Dritten (1948–1959)
Personalordner	2	Zeitungsausschnitte, Redemanuskripte, Korrespondenz von Rosenberg und Dritten (1960–1962)
Personalordner	3	Zeitungsausschnitte, Redemanuskripte, Korrespondenz von Rosenberg und Dritten (1963–1966)
Personalordner	4	Zeitungsausschnitte, Redemanuskripte, Korrespondenz von Rosenberg und Dritten (1967–1973)
Personalordner	5	Zeitungsausschnitte, Redemanuskripte, Korrespondenz von Rosenberg und Dritten (1973–1977)

III.2 Teilnachlass im AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Der Teilnachlass Rosenberg in der Friedrich-Ebert-Stiftung ist nicht verzeichnet. Die nachfolgende Systematik will dem nicht vorausgreifen, sie bleibt vorläufig und dient stattdessen der Orientierung des Lesers.

Ordner	1	Ia, Ib, Ic, Id (1948–1967)
Ordner	2	IIa (1950–1967)
Ordner	3	IIb, IIc (1949–1966)
Ordner	4	IIIa Wirtschaftspolitik 1–34 (1948–1959)
Ordner	5	IIIa Wirtschaftspolitik 35–55 (1959–1967)

Ordner	6	IIIb Lohn-Preis, Sozialpartner, IIIc Sozialpolitik, IV Mitbestimmung, V Vermögensbildung (1948–1967)
Ordner	7	Vla Probleme des technischen Fortschritts, VIb Konzentration wirtschaftlicher Macht, VIIa staatsbürgerliche Bildung, staatsbürgerlicher Verpflichtung, VIIb Stellung zu Parteien und Parlament, VIIc Neo-Faschismus (1949–1968)
Ordner	8	VIII Personengruppen, XI Ost-West-Fragen, XII Frieden, Aufrüstung, Widerstand (1947–1967)
Ordner	9	IX Mai-Reden, X Festvorträge (1955–1968)
Ordner	10	IX Mai-Reden, X Festvorträge (1949–1965)
Ordner	11	XIII Verschiedenes, XIV Kultur, Bildung, XV Die Funktionäre, XVI Eröffnungsansprachen, Gewerkschaftstage, Jubiläen (1962–1967)
Ordner	12	1 Artikel 1947 bis 1951, 2 Artikel, Rundfunkreden vom 1.1.1952 bis 31.12.1955 sowie Beilage (1947–1955)
Ordner	13	3 Artikel, Rundfunkreden vom 1.1.1956 bis 15.11.1957, 4 Artikel, Rederate 15.11.1957 bis 31.12.1958 (1956–1958)
Ordner	14	5 Artikel, Referate vom 1.1.1959 bis Ende 1959 (1959–1960)
Ordner	15	6 Artikel, Referate 1960 (1959–1960)
Ordner	16	7 Artikel, Referate von 1.1.1961 bis Mai 1961 (1949–1961)
Ordner	17	8 Artikel, Referate von Juni 1961 bis März 1962, 9 Artikel, Referate von November 1962 bis 31.8.1962 (1960–1964)
Ordner	18	10 Referate, Artikel ab 1.9.1963, 11 Artikel, Referate ab 1.1.1964 bis 30.6.1964 (1962–1964)
Ordner	19	12 Artikel, Referate ab 1.7.1964, 13 Artikel, Referate ab 1.2.1965 bis 31.12.1965 (1964–1966)
Ordner	20	14 Artikel, Referate ab 1.1.1966 bis Sept. 1966, 15 Artikel, Referate ab Okt. 1966 (1966–1967)
Ordner	21	16 Artikel, Referate ab 20.4.1967, 17 (1) Reden ab 27.9.1967 bis 17.3.1968 (1966–1968)
Ordner	22	17 (2) Reden ab 17.9.1967 bis 17.3.1968 (1967–1968)
Ordner	23	18 Reden ab 1.5.1968 bis Oktober 1968 (1967–1968)
Ordner	24	19 Reden von November 1968 bis März 1969 (1968–1969)
Ordner	25	20 „Kongreß“ 1969 (1969–1970)
Ordner	26	Atlantisches Institut und Atlantica e.V. (1971–1976)
Ordner	27	Belegexemplare I (1969–1974)
Ordner	28	Belegexemplare II (1974–1977)
Ordner	29	Bundesregierung (1969–1977)
Ordner	30	ohne Beschriftung, Inhalt: Wehrstrukturkommission der Bundesregierung (1970–1975)
Ordner	31	Der Bürger und sein Staat (1975)
Ordner	32	Deutsche UNESCO-Kommission (1971–1977)
Ordner	33	Internationale Konferenz Tel Aviv (1971–1976)
Ordner	34	Einheitsgewerkschaft 1. Fassung (1977)
Ordner	35	Einheitsgewerkschaft 2. Fassung (1977)
Ordner	36	Beitritt Englands zur EWG (Vortrag London Februar 1971) und Deutsch-Britische Stiftung (1970–1973)
Ordner	37	Enzyklopädie der Arbeit/ Fortbildung israelischer Facharbeiter in deutschen Betrieben (1969–1972)
Ordner	38	Geschäftsführendes Präsidium Europa-Union/ Kommission „Ausländische Arbeitnehmer“ (1973–1977)
Ordner	39	Europa-Union – Protokolle (1969–1977)
Ordner	40	Europa-Union Deutschland (1969–1973)
Ordner	41	unbeschriftet (1972/1973)
Ordner	42	Der Weg zur Einheitsgewerkschaft von L. Rosenberg und B. Tacke

	(1977)	
Ordner	43	Econ/ „Sinn und Aufgabe der Gewerkschaft“ (1973–1977)
Ordner	44	Deutscher Rat der Europäischen Bewegung und Mouvement Euro- peen (1969–1977)
Ordner	45	Arbeitskreis Europäische Integration beim Verbindungsbüro der Europäischen Gemeinschaften (1969–1977)
Ordner	46	Akademie der Wissenschaften (1970–1977)
Ordner	47	Allgemeines I-K (1969–1977)
Ordner	48	Gewerkschaften (1969–1977)
Ordner	49	DGB-Bundesvorstand (1969–1977)
Ordner	50	Deutscher Rat der Europäischen Bewegung (1969–1973)
Ordner	51	Deutscher Rat der Europäischen Bewegung/Tätigkeitsberichte (1970–1975)
Ordner	52	Monnet-Komitee/Allgemein und Beiträge (1968–1977)
Ordner	53	Monnet-Komitee/Berichte, Entschlüsse und Erklärungen (1969–1973)
Ordner	54	Europa-Union III (1974–1977)
Ordner	55	Europa-Union II (1971–1974)
Ordner	56	Europäischer Bund freier Gewerkschaften (1969–1976)
Ordner	57	Sinn und Aufgabe der Gewerkschaften (1974)
Ordner	58	Mitgliederwerbung DGB/EU (1973–1975)
Ordner	59	Inter Nationes (1972–1977)
Ordner	60	Arbeitskreis SPD „Lahnstein“ und SPD (1970–1977)
Ordner	61	Deutsch-Israelische Gesellschaft (1969–1977)
Ordner	62	Gewerkschaften in der EWG (1975)
Ordner	63	ohne Beschriftung (1973)
Ordner	64	Einigungsstelle bei der FESSt (1973–1974)
Ordner	65	Israel + Freunde des Israel-Aufbaues (1969–1975)
Ordner	66	Forschungsinstitut für Gesellschaftspolitik (Prof. Weisser) (1970– 1977)
Ordner	67	9. Ordentl. HBV-Gewerkschaftstag (1976)
Ordner	68	10. Ordentlicher Bundeskongreß des DGB (1975)
Ordner	69	Artikel/Reden (1931 und 1965–1967)
Ordner	70	12. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall (1977)
Ordner	71	DGB-Landesbezirke, -Kreise, WWI (1969–1977)
Ordner	72	Gewerkschaftsrat der SPD/ Beirat für Arbeitnehmerfragen beim Vorstand der SPD (1969–1976)
Ordner	73	Reden und Artikel bis 17.2.1970 (1968–1970)
Ordner	74	Reden u. Artikel vom 26.9.1970 bis 8.1.1971 (1969–1971)
Ordner	75	Reden und Artikel vom 4.3.1972 bis 16.1.1973 (1969–1973)
Ordner	76	Reden und Artikel vom 18.2.1970 bis 15.9.1970 (1969–1970)
Ordner	77	Reden und Artikel vom 9.1.1971 bis Sept. 1971 (1970–1971)
Ordner	78	Reden und Artikel vom 2.10.1971 bis 3.3.1972 (1971–1972)
Ordner	79	Reden und Artikel vom 28.11.1973 bis zum 11.8.1974 (1973–1974)
Ordner	80	Reden und Artikel vom 12.8.1974 bis zum 5.2.1976 (1974–1976)
Ordner	81	Reden und Artikel vom 6.2.1976 bis Dez. 1976 (1976)
Ordner	82	Reden und Artikel von Jan. 1977 bis Sept. 1977 (1976–1977)
Ordner	83	Reden und Artikel vom Okt. 1977 bis ... (1977)
Ordner	84	Dr. Grunwald, FESSt + Allgemeines FESSt + Kuratorium FESSt (1969– 1977)
Ordner	85	Auswahl-Ausschuß der Studienförderung der FESSt (1971–1977)
Ordner	86	Friedrich-Ebert-Stiftung/ Europa-Untersuchung (1969–1970)

Ordner	87	Referate Ludwig Rosenberg 1961 bis Herbst 1962 (1961–1962)
Ordner	88	Jugendsozialwerk (1970–1977)
Ordner	89	Kommentare zur Zeit (Bund-Verlag) (1976)
Ordner	90	ohne Beschriftung (1975)
Ordner	91	Presse, Rundfunk, Fernsehen/ Korrespondenz Richard Becker (1969–1977)
Ordner	92	Vermögensbildung (1972–1973)
Ordner	93	Seniorenrat beim SPD-Parteivorstand (1974–1977)
Ordner	94	Buch „Gewerkschaften. Ordnungsfaktor oder Gegenmacht?“ von Eberhard Schmidt (1970)
Ordner	95	Reden ab April 1969 (1969–1970)
Ordner	96	Reden und Artikel vom 17.1. bis 27.11.1973 (1973)
Ordner	97	GEWOS „Gastarbeiter“ (1973–1975)
Ordner	98	GEWOS Arbeitsgruppe Obdachlose (1970–1976)
Ordner	99	Kommentare zur Zeit, Bund-Verlag (1975–1977)
Ordner	100	„Der Bürger und sein Staat“ (1975–1976)
Ordner	101	Beileidstelegramme, Nachrufe (1977)
Ordner	102	beschriftet 70. Geburtstag
Kästen	1–3	Terminkalender von 1953 bis 1960
Kasten	4	Gewerkschaften (1976–1977)
Kasten	5	Gewerkschaften, DGB (1974–1977)
Kasten	6	Diskussion über politische Grundwerte (1972–1973)
Kasten	7	Internationale Gewerkschaftsentwicklung, Iran-Reise (1957–1974)
Kasten	8	Ehrendenken (1957–1972)
Kasten	9	Tagungsunterlagen, Der Bürger zu seinem Staat, Aphorismen-Buch Econ (1953–1973)
Kasten	10	Fotoalben 1963, 1968 (1963–1968)
Kasten	11	Bilder, Fotos von Walter Scheel, Medaillen aus Israel (1965–1975)
Kasten	12	Fotoalbum 1965 (1965)
Kasten	13	Fotos Genf 1955, Fotos mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Präsidenten etc.) (1951–1975)
Kasten	14	Fotos von L. Rosenberg, Gästebuch 1963 (1963–1977)
Kasten	15	Artikel über Bücher von L. R., Gästebuch 1963 (1963–1973)
Kasten	16	Fotoalbum 1964, Fotoalbum 1947 (1947–1964)
Kasten	17	Artikel und Zitate, Fotos nach 1969 (1956–1977)
Kasten	18	Freiherr-vom-Stein-Preis (1977)
Kasten	19	L. R. in Israel, Rede F. X. Ortoli, Montanmitbestimmung, Rationalisierung, Mitteilungsblätter (1966)
Kasten	20	Lebensdaten, Anschriften, Liste über Veröffentlichungen von L. R., Verein „Kinder in Not“, Stiftung „Centre de Recherches“ Lausanne (1969–1977)
Kasten	21	Reden, Informationen des DGB (1946–1969)
Kasten	22	DGB-Kongreß 1962 + 1969, Rücktritt, Nachrufe, Urkunden, Mitgliedsbücher (1946–1969)
Kasten	23	Verschiedene Hefte und Broschüren (1967–1974)
Kasten	24	Artikel von L. Rosenberg (1947–1975)
Sonstiges		verschiedene einzelne Beilagen im Nachlaß, Bücher und dergleichen

IV Quellen und Literatur

IV.1 Ungedruckte Quellen

1.1 Archivalische und behördliche Unterlagen

Amtsgericht Bad Kissingen

- AZ 371/80: Akten über die Verfügung von Todes wegen der Frida Gertrud E. Mützelburg

Amtsgericht Charlottenburg, Berlin

- Handelsregister
- AZ IV 2219/1915: Nachlassakte Leyser

Amtsgericht Ratingen

- AZ 14 VI 66/80: Akten über die Verfügung von Todes wegen der Eheleute Rosenberg Ludwig und Margarete geb. Mützelburg

Archiv der sozialen Demokratie, FES-Archiv, Bonn

- Nachlass Ludwig Rosenberg
- SPD-Parteivorstand in der Emigration (Sopade)

Bezirksregierung Düsseldorf, Abt. Wiedergutmachung (vormals Landesrentenamts)

- AZ 71163: Entschädigungsakte Ludwig Rosenberg
- AZ 72905: Entschädigungsakte Margarete Rosenberg

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde

- Bestand DY 30: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
- Bestand DY 34: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin

Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Berlin

- Personalakte Ludwig Rosenberg

DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

- DGB BBZ (Britische Besatzungszone)
- Hans-Gottfurcht-Akten (vormals Archiv Gerhard Beier)
- Nachlass Walter Auerbach
- Nachlass Hans Gottfurcht
- Nachlass Werner Hansen
- Nachlass Ludwig Rosenberg

Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, Landeskirchliches Archiv, Berlin

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin

- Akten 20221–23: Notare im Bezirk des Kammergerichts mit Amtssitz in Berlin, 1922–27
- Akte 20232: Sammelberichte über die Ernennung von Notaren in Groß-Berlin 1924–25
- Akte 20363: Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bezgl. Rechtsanwälte und Notare, 1933
- Akte 20435: Rechtsanwälte beim Landgericht Berlin III, 1906–10

Heimattmuseum Charlottenburg, Berlin

Institut für Zeitgeschichte, München

- Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933

Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam

- Bestand 79: Archiv Julius Braunthal
- Bestand 336/5 und 6: Nachlass Carl Herz

Jüdische Gemeinde zu Berlin

- Friedhof Berlin-Weißensee

Landesarchiv Berlin

- Dorotheenstädtisches Realgymnasium, A Rep. 020-06, 29, Bd. 8: Zeugnisse über die Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst, 1915–1927
- Einwohnermeldekartei
- Jüdisches Personenstandsregister, A Rep. 120

- Oberfinanzpräsidium Berlin-Brandenburg, A Rep. 092 Nr. 23113 [Benno Leyser]
- Schulakten Schiller-Realgymnasium Charlottenburg

Landesverwaltungsamt Berlin, Entschädigungsbehörde

- Reg.-Nr. 301436: Entschädigungsakte Dr. Benno Leyser
- Reg.-Nr. 301435: Entschädigungsakte Hedwig Rosenberg geb. Leyser

Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

- Bestand Regierung Düsseldorf, Gewerbliches Schulwesen (Fach- und Berufsschulwesen G21/11), Akte 38638: Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung Düsseldorf, 14/B, 1924–27

Stadtarchiv Bielefeld

- Amt für Wiedergutmachung, B 166
- Einwohnermeldekartei

Stadtarchiv Brandenburg

Stadtarchiv Düsseldorf

- Akte 17487: Wirtschaftsschule
- Akte 17494: Wirtschaftsschule, Kuratorium und Arbeitsausschuss
- Einwohnermeldekartei

Stadtarchiv Frankfurt am Main

Stadtarchiv Krefeld

- Einwohnermeldekartei

Stadtarchiv Ratingen

- Einwohnermeldekartei

Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“

Universitätsarchiv Humboldt-Universität Berlin

Universitätsarchiv Rostock

- Promotionsakten Benno Leyser

1.2 Benutzte Rundfunk-, Fernseh- und sonstige Interviews mit und Porträts von Ludwig Rosenberg

British Broadcasting Corporation, Fernsehinterview vom 18.3.1973, Interviewer Kenneth Harris, Typoskript, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 91

British Broadcasting Corporation, Rundfunkinterview vom 7.1.1960, Radio Link „Anti-Semitism in Germany“, Interviewer Robert McKenzie, Typoskript, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 14

Deutsche Welle, Rundfunkporträt vom 29.6.1973, Autor Karl Zawadsky, Ein Intellektueller an der Spitze der Arbeiterschaft. Zum 70. Geburtstag Ludwig Rosenbergs, Typoskript, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Sonstiges

Gespräch mit Ludwig Rosenberg, früherem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, am 11.2.1974 in Düsseldorf, Teilnehmer Schultheiß, Dieter Schuster, Golombeck, Puvogel, Erich Potthoff, Goyke, DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 10.1 und 10.2.

Sender Freies Berlin, Rundfunkinterview vom 19.3.1969, Interviewer Alfred Joachim Fischer, Typoskript, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 73

Südwestfunk, Rundfunkinterview vom 4.2.1973, Interviewer Peter Wien, Typoskript, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 27

1.3 Benutzte Vorträge Ludwig Rosenbergs

Ein Leben für die Freiheit, Vortrag anlässlich der Betriebsräte-Arbeitstagung der Deutschen Edelstahlwerke am 9.5.1970 in Duisburg-Wedau (und auf dem Jugendgewerkschaftstag der DEW am 14.11.1970 in Krefeld), AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 74

Die Aufgaben der Gewerkschaften, Vortrag vor der Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft, Frankfurt am Main, 28.9.1949, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 12

Die Aufgaben der freien Verbände im demokratischen Staat, Rede auf der Hauptversammlung des Hartmannbundes in Baden-Baden, 30.11.1963, AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Ordner 18,

IV.2 Gedruckte Quellen

2.1 Benutzte Schriften Ludwig Rosenbergs

Antwort auf die Weihnachtsumfrage der Deutschen Postgewerkschaft 1962, in Deutsche Post 14 (1962), Heft 24, 666

Das Café an der Gedächtniskirche, in: Der Kuckuck. Satirische Monatsschrift für Beamtenpolitik, Beilage zur Zeitschrift Deutsche Beamten-Warte 1 (1926), Nr. 2

Das nennen sie nun „Demokratie“!, in: Freie Presse (Bielefeld) vom 25.10.1947a

Der Aristokrat als Revolutionär. Ferdinand Lassalle war doch anders, in: Deutsche Zeitung/Christ und Welt, Nr. 39 vom 25.9.1970a, 44 (Rezension zu Shlomo Na'aman, Lassalle, Hannover 1970)

Der Ungeist wirkt bis in unsere Zeit. Emigrantenschicksal am Beispiel Willy Brandt, in: Welt der Arbeit vom 5.11.1976a (Rezension zu Hans Georg Lehmann, In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts, München 1976)

Die Gewerkschaften im demokratischen Staat, in: Solidarität. Monatsschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit 13 (1963), Heft 5, 83–87

Entscheidungen für morgen. Gewerkschaftspolitik heute, Düsseldorf 1969

Erleben, Erkennen und Erfahrungen aus 4 Jahrzehnten, in: Mitteilungsblatt (Werkszeitschrift der Deutschen Edelstahlwerke Krefeld) vom 26.6.1970b, 23–25

Genieße die Zeitgenossen. Aphorismen über die Welt um uns, mit Illustrationen von H. E. Köhler, Düsseldorf u. a. 1972

Ich hab am Rhein ein blondes Mädchen (Foxtrot), Text von Lutz Rosenberg, Musik von G. P. Erven, Arrang. Hartwig v. Platen, Rondo Schlager, Berlin 1929

Kommentare zur Zeit, Köln 1976b

Moritz. Aus den Chronikblättern eines Affendaseins, in: Illustrierte Charlottenburger Zeitung 1921

Seht sie euch an, die Helden mit Notausgang!, in: Freie Presse (Bielefeld) vom 13.9.1947b

Sinn und Aufgabe der Gewerkschaften. Tradition und Zukunft, Düsseldorf u. a. 1973

Verhaftung und Gestapokeller konnten ihn nicht brechen. Ein Mann mit einem Traum, aber kein Träumer – Hans Gottfurcht wird 80, in: Welt der Arbeit Nr. 6 vom 6.2.1976c

Vom Wirtschaftsuntertan zum Wirtschaftsbürger, Köln 1948

Vor hundert Jahren. Gründung der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker), in: Gewerkschaftliche Monatshefte 19 (1968), Heft 9, 513–521

Vorwort, in: Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel (1928), mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner, Frankfurt am Main 1966, 5–9

Wirtschaftsdemokratie. Vorschlag zum Aufbau einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung, hrsg. vom Gewerkschaftlichen Zonensekretariat (Brit. Besatzungszone), Abtl. Wirtschaftspolitik, Bielefeld 1947c

Zum Thema „Aufbau“, in: Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung, hrsg. von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (London), 1 (1941), Heft 4, 6–8

2.2 Zeitgenössische Periodika

Clarion 1 (1934), Heft 2 (24.3.1934) – Heft 16 (30.6.1934)

Daily Herald (London) 1933–1945

Der GDA-Führer 3 (1931), Heft 2

Der Kuckuck. Satirische Monatsschrift für Beamtenpolitik, Beilage zur Zeitschrift Deutsche Beamten-Warte 1 (1926), Nr. 2

Deutsche Justiz. Rechtspflege und Rechtspolitik (Berlin) 95 (1933) – 100 (1938)

Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung, hrsg. von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (London) 1 (1941), Heft 1–9

Düsseldorfer Stadt-Anzeiger 1931–1932

GDA-Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten 14 (1933), Heft 5 (5.5.1933)
Generalanzeiger für den Niederrhein 1931
Illustrierte Charlottenburger Zeitung 1921
Jüdische Familien-Forschung (Berlin) 1 (1925) – 7 (1931)
Justiz-Ministerial-Blatt für die preußische Gesetzgebung und Rechtspflege [seit Nr. 40 vom 21.9.1933 Preußische Justiz, seit Nr. 47 vom 9.11.1933 Deutsche Justiz] (Berlin), 95 (1933)
Krefelder Zeitung 1931
News-Chronicle (London) 1933–1945
The Highway. Jubilee 1903–1953 Issue, ed. by the Workers' Educational Association, London, 44 (1953), Heft 4
Weekly Illustrated (London) 1934
Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden (Berlin) 1 (1905) – 3 (1907)

2.3 Zeitgenössisches Schrifttum

Adreßbuch der Stadt Krefeld-Ürdingen a. Rh., Krefeld 1931/32
Allgemeiner Wohnungsanzeiger für Berlin und dessen nächste Umgebungen, mit Einschluß von Charlottenburg, auf die Jahre 1834, 1843, 1880 und 1914, Berlin 1834 ff.
Arbeitsvermittlung von Ausländern, in: Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung, hrsg. von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (London), 1 (1941), Heft 7, 13
Arbeitsvermittlung, in: Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung, hrsg. von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (London), 1 (1941), Heft 8, 4
Ausbildung und Umschulung für kriegswichtige Arbeit, in: Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung, hrsg. von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (London), 1 (1941), Heft 2, 6 f.
Bergmann, Eugen von, Zur Geschichte der Entwicklung deutscher, polnischer und jüdischer Bevölkerung in der Provinz Posen seit 1824 (Beiträge zur Geschichte der Bevölkerung in Deutschland seit dem Anfange dieses Jahrhunderts, hrsg. von Friedrich Julius Neumann, Bd. 1), Tübingen 1883
Berliner Adreß-Bücher für die Jahre 1876–1943, unter Benutzung amtlicher Quellen, Berlin 1876 ff.
Berliner Handelsregister 59 (1923) – 67 (1931)
Büscher, Hermann, Giftgas! Und wir? Die Welt der Giftgase. Wesen und Wirkung, Hilfe und Heilung, 2., völlig umgearb. Aufl. 1937, Leipzig 1937
Charlottenburger Statistik, Ergänzungsheft 2: Zwanzig Pläne von Charlottenburg. Bevölkerungs- und Wohnungsverhältnisse der Stadt graphisch darstellend, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Charlottenburg, Charlottenburg 1903, unpag.
Citrine, Walter, Zum Geleit, in: Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung, hrsg. von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (London), 1 (1941), Heft 1, 2
Czellitzer, Arthur, Mischehen in Berlin, in: Jüdische Familien-Forschung 4 (1928), Heft 16, 82–92
Derkow, Willi, Aufbau, in: Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung, hrsg. von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (London), 1 (1941), Heft 6, 8–10
Die Juden in Deutschland, hrsg. vom Institut zum Studium der Judenfrage, 7. Aufl., München 1938
Die jüdische Bevölkerung in Charlottenburg, in: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden (Berlin) 3 (1907), Heft 5, 78 f.
Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung. Programmvorschläge für einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund, London 1945
Düsseldorfer Adreßbücher für die Jahre 1930–1962/63, Düsseldorf 1930 ff.
Eschelbacher, Klara, Die ostjüdische Einwanderungsbevölkerung der Stadt Berlin, Dissertation, Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin 1920
Gebhardts Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 3: Vom Abschluss der deutschen Bundesakte (1815) bis zum Ende des Weltkriegs, völlig neu bearb. hrsg. von Aloys Meister, 6. Aufl., Stuttgart u. a. 1923

- Gollancz, Victor, *Shall our Children Live or Die? A Reply to Lord Vansittart on the German Problem*, London 1942
- Gottfurcht, Hans, *Aufbau*, in: *Die Arbeit. Gewerkschafts-Zeitung*, hrsg. von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien (London), 1 (1941), Heft 3, 2 f.
- Grandke, Hans, *Berliner Kleiderkonfektion*, in: *Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich*, Bd. 2: *Die Hausindustrie der Frauen in Berlin* (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 85), Leipzig 1899, 129–389
- Grünbeck, Max, *Die Presse Grossbritanniens. Ihr geistiger und wirtschaftlicher Aufbau*, 2 Bde., Leipzig 1936
- Gundlach, Wilhelm, *Geschichte der Stadt Charlottenburg*, Bd. 1: *Darstellung*, Bd. 2: *Urkunden und Erläuterungen*, Berlin 1905
- Haffner, Sebastian, *Germany: Jekyll & Hyde. 1939 – Deutschland von innen betrachtet* (engl. 1940), Berlin 1996
- Hanff, Hugo, *Die Entwicklung der Berliner Herrenwäsche-Industrie*, Vortrag gehalten in der Aula der Handels-Hochschule Berlin, hrsg. von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin, Siebente Reihe, Berlin 1914
- Hiller, Kurt, *Die Rundbriefe des Freiheitsbundes deutscher Sozialisten*, London 1939–1947, hrsg. von Harald Lützenkirchen, Fürth 1991
- Hofmeister *Handbuch der Musikliteratur*, Alphabetischer Teil, 17 (1924–1928), Leipzig 1929; 18 (1929–1933), Leipzig 1934
- Horwitz, L., *Familiennamen aus Westpreußen*, in: *Jüdische Familien-Forschung* 1 (1925), Heft 3, 58–61
- Hubatsch, Oskar, *Das Charlottenburger Realgymnasium in dem ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens*, Beilage zum Jahresbericht 1911, Charlottenburg 1911
- Ince, Godfrey, *The Ministry of Labour and National Service* (The New Whitehall Series), London 1960
- Jahres-Verzeichnis der an den Deutschen Universitäten erschienenen Schriften*, XIX, 15. August 1903 bis 14. August 1904, Berlin 1904
- Kajot, *Kleidung für jeden Beruf*, Katalog der Firma Kohnen und Jöring. Fabrik für Berufs- und Arbeitskleidung, Berlin N 65, Reinickendorfer Str. 65–66, Berlin o. J. [1930]
- Kaufmann, K[arl] J[osef], *Geschichte der Stadt Rosenberg in Westpreußen*, Rosenberg Wpr. 1937
- Kern, Erich, *Verrat an Deutschland. Spione und Saboteure gegen das eigene Vaterland*, 4. Aufl., Pr. Oldendorf 1972
- Kronthal, Arthur, *Die Naturalisation und die Berufe der Juden in der Provinz Posen vor 100 Jahren*, in: *Jüdische Familien-Forschung* 7 (1931), Heft 26, 365–369, und Heft 27, 383–389
- Kurtzig, Heinrich, *Der Beruf der Juden im Großherzogtum Posen vor 100 Jahren*, in: *Jüdische Familien-Forschung* 7 (1931), Heft 25, 334–338
- Lafitte, François, *The Internment of Aliens*, Harmondsworth u. a. 1940
- Laubert, Manfred, *Die letzten städtischen Privilegien de non tolerandis judaeis in der Provinz Posen*, in: *Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen* 21 (1906), 145–158
- Lewin, Louis, *Geschichte der Juden in Inowrazlaw*, in: *Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen* 15 (1900), 43–94
- Leyser, Benno, *Die rechtliche Natur der Vormerkung des Bürgerlichen Gesetzbuches* (zugleich Dissertation, Universität Rostock 1904), Berlin 1904
- Meyer-Erlach, Georg, *Die 60 häufigsten jüdischen Familiennamen*, in: *Jüdische Familien-Forschung* 8 (1932), Heft 32, 501–503
- Ministry of Labour and National Service, *Report for the Years 1930–1946*, London 1947
- Naphtali, Fritz, *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel* (1928), mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner, Frankfurt am Main 1966
- Neumann, Gustav, *Geographisches Lexikon des Deutschen Reichs*, mit Ravensteins Spezialatlas von Deutschland, vielen Stadtplänen, statistischen Karten, Tabellen und mehreren Hundert Abbildungen deutscher Staaten- und Städtewappen, Leipzig 1883
- Pahl, Franz, *Geschichte des Schiller-Realgymnasiums zu Berlin-Charlottenburg* 1886–

- 1936, in: 50 Jahre Schiller-Realgymnasium Berlin-Charlottenburg 1886–1936, Berlin 1936, 5–54
- Pharus-Plan Berlin mit Vororten. Große Ausgabe, Berlin 1902
- Preuss, Friedrich, Geschichte des Königlichen Progymnasiums zu Neumark Westpr. von seiner Entstehung bis auf die Gegenwart, Beilage zum XX. Jahresbericht über das Königliche Progymnasium zu Neumark Westpr., Neumark 1893
- Preußische Statistik, hrsg. vom Königlich Preußischen Statistischen Landesamte in Berlin, Bd. 193: Statistik der preußischen Landesuniversitäten für das Studienjahr Ostern 1902/03, Berlin 1905
- Rock, Christa Maria/Hans Brückner (Hrsg.), Judentum und Musik. Mit dem ABC jüdischer und nichtarischer Musikbegriffener, 2., verb. und erw. Aufl., München 1936
- Rössiger, Max, Der werdende Wirtschaftsbürger. Betrachtungen und Forderungen (Schriftenreihe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, GDA, Nr. 45), Berlin 1928
- Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung Düsseldorf, 9. Lehrgang 1930/31, unpag., o. O. u. J.
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Charlottenburg, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Charlottenburg, 1 (1912)
- Stempel, Theo/Herbert Gerigk, Lexikon der Juden in der Musik. Mit einem Titelverzeichnis jüdischer Werke, zusammengestellt im Auftrag der Reichsleitung der NSDAP. auf Grund behördlicher, parteiamtlich geprüfter Unterlagen (Veröffentlichungen des Instituts der NSDAP. zur Erforschung der Judenfrage, Frankfurt am Main, Bd. 2), Berlin 1940
- Stocks, Mary, The Workers' Educational Association. The First Fifty Years, London 1953
- The Naturalized Jews of the Grand Duchy of Posen in 1834 and 1835. An Alphabetical List of Jews Naturalized in the Grand Duchy of Posen in 1834 and 1835 as published in Verzeichniss sämmtlicher naturalisierten Israeliten im Grossherzogthum Posen by Isidor Hirschberg in Bromberg in 1836, compiled by Edward David Luft (Brown Studies on Jews and Their Societies, Program in Judaic Studies, Brown University, No 4), Atlanta (Ga.) 1987
- Trade Union Education. A Report from a Working Party, set up by the Workers' Educational Association, London 1953
- Über die Häufigkeit einiger jüdischer Namen, in: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden (Berlin) 1 (1905), Heft 10, 14 f.
- Unsere Weihnachtsumfrage, „Warum sind Sie zurückgekehrt?“, in: Deutsche Post 14 (1962), Heft 24, 655–666
- V. Bundestag und V. Deutscher Angestelltentag München 1930 (Schriftenreihe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten GDA), Berlin 1930
- Verzeichnis der wahlfähigen Mitglieder der jüdischen Gemeinde zu Berlin im Jahre 1886 ff., Berlin 1886 ff.
- Wilamowitz-Möllendorf, Hugo von, Statistische Beschreibung des Kreises Inowrazlaw. Im Anschluß an die allgemeine Volkszählung vom 3. December 1867, Inowrazlaw 1870

2.4 Biografien, Memoiren, Erinnerungen, Porträts, literarische Verarbeitungen

- Adorno, Theodor W., Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Reprint der Originalausgabe von 1951, Frankfurt am Main 2001
- Akademie Kontakte der Kontinente (Hrsg.), Ludwig Rosenberg. Menschen unserer Zeit, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Kirche, Wirtschaft und der Politik, Zürich 1967, unpag.
- Alexander, Thomas, Carl Severing – ein Demokrat und Sozialist in Weimar, Bd. 1, Frankfurt am Main 1996
- Appelius, Stefan, Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht, Essen 1999
- Bacher, Gabi, Der „leidende“ Kollege. Warum Ludwig Rosenberg viel reist, in: Welt am Sonntag Nr. 36 vom 5.9.1976
- Beier, Gerhard, Hans Gottfurcht. Arbeiterdiplomate aus der Angestelltenbewegung, in: Ders., Schulter an Schulter, Schritt für Schritt. Lebensläufe deutscher Gewerkschafter

von August Bebel bis Theodor Thomas, Köln 1983a, 73–78
 ders., Ludwig Rosenberg. Der Weltmann in der Mitte, in: Ders., Schulter an Schulter, Schritt für Schritt. Lebensläufe deutscher Gewerkschafter von August Bebel bis Theodor Thomas, Köln 1983b, 151–156
 ders., Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978
 Bendix, Reinhard, Von Berlin nach Berkeley. Deutsch-jüdische Identitäten, Frankfurt am Main 1990
 Bilbo, Jack (i. e. Hugo Baruch), Rebell aus Leidenschaft. Abenteurer, Maler, Philosoph, o. O. 1963
 Borsdorf, Ulrich, Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln 1982
 Brecht, Bertold, Die Gedichte von Bertold Brecht in einem Band, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1984
 Bullock, Alan, The Life and Times of Ernest Bevin, Bd. 2: Minister of Labour, London u. a. 1967
 Burgess, Simon, Stafford Cripps. A Political Life, London 1999
 Canetti, Elias, Masse und Macht (1960), Frankfurt am Main u. a. 1988
 Clay, Lucius D., Entscheidung in Deutschland, Frankfurt am Main 1950
 Cloppenburg, Christa, Memoiren schreibt er nicht. Ludwig Rosenberg: Hösels prominenter Bürger, in: Rheinische Post Nr. 196 vom 26.8.1969
 Cooke, Colin, The Life of Richard Stafford Cripps, London 1957
 Deutsche Biographische Enzyklopädie, hrsg. von Walter Killy und Rudolf Vierhaus, Band 6, München 1997
 Deutsche Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten, bearb. von Georg Wenzel, Hamburg u. a. 1929
 Donoughue, Bernard/G. W. Jones, Herbert Morrison. Portrait of a Politician, London 1973
 Ein Berliner wurde DGB-Vorsitzender. Ludwig Rosenberg übernahm das Steuer, in: Freies Wort. Revue der Arbeit (Berlin), 13 (1962), Nr. 11, 10
 Elias, Norbert, Mozart. Zur Soziologie eines Genies, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1993
 ders., Notizen zum Lebenslauf, in: Norbert Elias über sich selbst, Frankfurt am Main 1990, 107–197
 Evans, Trevor, Bevin, Berlin 1947
 ders., Wanderungen und Wandlungen, in: Hermann Kesten (Hrsg.), Ich lebe nicht in der Bundesrepublik, München 1964, 49–54
 Feiden, Max Karl, Elastisch sein und anpassen. Mit Ludwig Rosenberg führt ein Angestellter den DGB, in: Ruhr-Nachrichten vom 14.9.1963
 Flessberg, Ruth, Ludwig Rosenberg – Mittler zwischen Tradition und Fortschritt. Gesellschaftskritische tour d'horizon mit dem DGB-Vorsitzenden, in: Inter Nationes Exklusiv vom 15.2.1969
 Friedenthal, Richard, Die Welt in der Nußschale, München 1956
 Glaeser, Ernst, Jahrgang 1902 (1928), Bonn 1947
 Gumpert, Martin, Hölle im Paradies. Selbstdarstellung eines Arztes, Stockholm 1939
 Herbert, Ulrich, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996
 Hiller, Kurt, Leben gegen die Zeit, Bd. 1: Logos, Reinbek 1969
 ders., Rote Ritter. Erlebnisse mit deutschen Kommunisten, Gelsenkirchen o. J. (1950)
 Hirche, Kurt, Immer in Bewegung. Lebenswelt eines deutschen Sozialisten, Bd. 3: Am Webstuhl der Zeit, Marburg 1995
 Höfer, Werner, Aktionsprogramm oder Vision? Gespräch mit Ludwig Rosenberg (Zeitungsausschnitt einer Tageszeitung ohne Nennung des Namens der Zeitung vom 2.4.1965 in DGB-Archiv im AdsD, Bestand Nachlass Rosenberg, Personalordner 3)
 Kalbitz, Rainer, Die Ära Otto Brenner in der IG Metall (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 77), Frankfurt am Main 2001
 Kershaw, Ian, Hitler, Bd. 1: 1889–1936, Bd. 2: 1936–1945, Stuttgart 1998 ff.

Kesten, Hermann, Erich Kästner, in: Erich Kästner. Gesammelte Schriften, Bd. 1: Gedichte, Frankfurt am Main u. a. 1965, 5–31

Kiesinger, Kurt Georg, Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958, hrsg. von Reinhard Schmoeckel, Stuttgart 1989

Korthaase, Werner, Siegfried Aufhäuser (1884–1969). Der Organisator der „Kopfarbeiter“, in: Peter Lösche u. a. (Hrsg.), Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, 15–37

Kraus, Elisabeth, Die Familie Mosse. Deutsch-jüdisches Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert, München 1999

Kuczynski, Jürgen, Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, Berlin u. a. 1973

Lemmer, Ernst, Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt am Main 1968

Ludwig Rosenberg wird 65, in: Informationsdienst Gewerkschaftspresse Nr. 11 vom 6.6.1968

Lutz, Egon, Düsseldorfer Rethor. Ludwig Rosenberg, in: Ders., Werner Mühlbradt, Der Zwang zur Sozialpartnerschaft. Hintergründe der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgebern, Darmstadt 1969, 85–91

Morgenstern, Christian, Werke und Briefe. Kommentierte Ausgabe, Bd. 3: Humoristische Lyrik, hrsg. von Maurice Cureau, Stuttgart 1990

Morrison, Herbert, An Autobiography by Lord Morrison of Lambeth, London 1960

Petersen, Carol, Elias Canetti (Köpfe des 20. Jahrhunderts, Bd. 114), Berlin 1990

Pflanze, Otto, Bismarck, 2 Bde., München 1997 f.

Pragnell, Anthony, Sir Robert Robert Fraser, in: The Dictionary of National Biography, 1981–1985, hrsg. von Lord Blake und C. S. Nicholls, Oxford 1990, 150 f.

Reich-Ranicki, Marcel, Mein Leben, Stuttgart 2000

Riess, Curt, Weltbühne Berlin. Der Film, das Kabarett, der Bubikopf – Blitzlichter aus der „unzensurierten“ Reichshauptstadt, in: Rudolf Pörtner (Hrsg.), Alltag in der Weimarer Republik. Kindheit und Jugend in unruhiger Zeit, München 1993, 30–54

Röder, Werner/Herbert A. Strauss, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, Bd. 2, Teil 1: A–K. The Arts, Sciences, and Literature, München u. a. 1980 ff.

Schäfer, Michael, Heinrich Imbusch. Christlicher Gewerkschaftsführer und Widerstandskämpfer, München 1990

Schaffrath, Josef, DGB-Chef mit neuen Stil. Der Vorsitzende schreibt Aphorismen. Ludwig Rosenberg 60 Jahre alt, in: Rheinische Post (Düsseldorf) vom 28.6.1963

Scheugenpflug, Otto, Johann Sassenbach. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung nach Aufzeichnungen Sassenbachs, Hannover u. a. 1959

Schleifstein, Josef, Der Intellektuelle in der Partei. Gespräche (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 62), Marburg 1987

Schmidt, Dieter, Besuch bei Ludwig Rosenberg, in: Aufwärts (1963), Nr. 6, 8–9

Schneider, Michael, Rudolf Wissell (1869–1962), in: Vierteljahresschrift für Sozialrecht 6 (1978), Heft 1/2, 165–182

Schuster, Dieter, Ludwig Rosenberg. Ein Porträt (Persönlichkeiten der Gegenwart, Heft 11), Freudenstadt 1969

Schwarz, Hanns-A., Leo Arons. Politiker zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 51 (2000), Heft 5, 285–296

Seebacher-Brandt, Brigitte, Ollenhauer. Biedermann und Patriot, Berlin 1984

Seering, Ruth, „Wir sind Europa“. Ein Gespräch mit Ludwig Rosenberg, dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Düsseldorfer Hefte 9 (1964), Heft 16 (16.–31.8.1964), 792–797

Sender, Toni, Autobiographie einer deutschen Rebellin, hrsg. und eingel. von Gisela Brinker-Gabler, Frankfurt am Main 1981

Soukup, Uwe, Ich bin nun mal ein Deutscher: Sebastian Haffner. Eine Biographie, Berlin 2001

Stampfer, Friedrich, Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer ergänzt durch andere Überlieferungen, hrsg. im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien von Erich Matthias, Düsseldorf 1968
 Stiftung F.V.S. zu Hamburg, Verleihung des Freiherr-vom-Stein-Preises 1977 an Ludwig Rosenberg, Hösel bei Düsseldorf, Berlin 1977

Sudermann, Hermann, Die Ehre. Schauspiel in vier Akten (1890), Stuttgart u. a. 1925

Ufermann, Paul, Alwin Brandes. Leben und Wirken eines deutschen Gewerkschaftsführers, Berlin 1949

Vernon, Betty D., Ellen Wilkinson 1891–1947, London 1982

Voss, A.J. Heerma van/A. van Stolk, Biographisches Interview mit Norbert Elias, in: Norbert Elias über sich selbst, Frankfurt am Main 1990, 7–106

Wagenbach, Klaus, Franz Kafka mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten (rowohlts monographien, Bd. 91), Reinbek 1991

ders., Franz Kafka. Eine Biographie seiner Jugend 1883–1912, Bern 1958

Was machen sie heute? Ludwig Rosenberg, in: Capital, Heft 6, 1976, 80

Wassermann, Jakob, Mein Weg als Deutscher und Jude (1921), hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Rudolf Wolff, Reprint Berlin 1987

Weiler, Peter, Ernest Bevin, Manchester u. a. 1993

Wer ist wer in Düsseldorf? Eine lautlose Revolution, in: Revue (Düsseldorf) vom 10.11.1963

Williams, Francis, Ernest Bevin. Portrait of A Great Englishman, London 1952

Witt, Otto, Ein Mann der Praxis und der Diplomatie. Mit Ludwig Rosenberg haben die Gewerkschaften einen unorthodoxen Kopf zum Ersten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, in: Stuttgarter Zeitung vom 11.9.1959

Zweig, Stefan, Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers, Frankfurt am Main 1947

2.5 Darstellungen und Abhandlungen

125 Jahre Berliner Konfektion, Text von Werner Dopp, Berlin 1962

Adelman, Paul, The Rise of the Labour Party 1880–1945, 2. Aufl., London u. a. 1986

Alexander, Gabriel, Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Berlin zwischen 1871 und 1945, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. XX: Sozialgeschichte der Juden in Deutschland. Festschrift zum 75. Geburtstag von Jacob Toury, 287–314

Angster, Julia, Der Zehnerkreis, in: Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse 18 (1998), Heft 1, 26–47

ders., Wertewandel in den Gewerkschaften. Zur Rolle gewerkschaftlicher Remigranten in der Bundesrepublik der 1950er Jahre, in: Claus-Dieter Krohn, Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, 111–138

Aschkewitz, Max, Zur Geschichte der Juden in Westpreußen (Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas, hrsg. vom Johann Gottfried Herder-Institut, Bd. 81), Marburg (Lahn) 1967

Asmuss, Burkhard/Andreas Nachama, Zur Geschichte der Juden in Berlin und das Jüdische Gemeindezentrum in Charlottenburg, in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Von der Residenz zur City. 275 Jahre Charlottenburg, Berlin 1980, 165–228

Ball-Kaduri, Kurt Jakob, Berlin wird judenfrei. Die Juden in Berlin in den Jahren 1942/1943, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 22 (1973), 196–241

Barkai, Avraham, Bevölkerungsrückgang und wirtschaftliche Stagnation, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. IV: Aufbruch und Zerstörung 1918–1945, München 1997a, 37–49

ders., Etappen der Ausgrenzung und Verfolgung bis 1939, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. IV: Aufbruch und Zerstörung 1918–1945,

München 1997b, 193–224

ders., Jüdisches Leben in seiner Umwelt, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. IV: Aufbruch und Zerstörung 1918–1945, München 1997c, 50–73

ders., Jüdisches Leben unter der Verfolgung, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. IV: Aufbruch und Zerstörung 1918–1945, München 1997d, 225–248

ders., Politische Orientierungen und Krisenbewußtsein, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. IV: Aufbruch und Zerstörung 1918–1945, München 1997e, 102–124

Barzel, Rainer, Auf dem Drahtseil, München u. a. 1978

Becker, Heinz/Richard D. Green, Berlin, in: The New Grove Dictionary of Music and Musicians, hrsg. von Stanley Sadie, Bd. 2, London u. a. 1980, 565–578

Beier, Gerhard, Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948. Im Zusammenhang der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands, Frankfurt am Main u. a. 1975

ders., Probleme der Gründung und des Aufbaus westdeutscher Gewerkschaften unter dem Primat der Außenpolitik, in: ders., Geschichte und Gewerkschaft. Politisch-historische Beiträge zur Geschichte sozialer Bewegungen (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 24), Köln 1981a, 357–389

ders., Volksstaat und Sozialstaat. Der Gründungskongreß in München 1949 und Hans Böcklers Beitrag über die Stellung der Gewerkschaften in Gesellschaft und Staat, in: ders., Geschichte und Gewerkschaft. Politisch-historische Beiträge zur Geschichte sozialer Bewegungen (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 24), Köln 1981b, 390–427

Beier, Rosmarie, Frauenarbeit und Frauenalltag im Deutschen Kaiserreich. Heimarbeiterinnen in der Berliner Bekleidungsindustrie 1880–1914, Frankfurt am Main u. a. 1983

Ben-Meir, Dov, Histadrut. Die israelische Gewerkschaft, hrsg. von Werner Plum, 2., überarb. und akt. Aufl., Bonn 1986

Benz, Wolfgang, Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahre 1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), Heft 3, 437–471

Bertz, Inka, „Ein Karteiblatt für jeden abgeschobenen Juden erleichtert die Übersicht! Zur Praxis der „Entjudung“ der Vermögen bei den Berliner Finanzbehörden, in: Dorothea Kolland (Hrsg.), Zehn Brüder waren wir gewesen ... Spuren jüdischen Lebens in Berlin-Neukölln, Berlin 1988, 372–386

Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg (Hrsg.), „Schon damals fingen viele an zu schweigen ...“ Quellensammlung zur Geschichte Charlottenburgs von 1933–1945, Berlin 1986

Birrenbach, Kurt, Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik, Düsseldorf u. a. 1984

Blasius, Dirk, Psychohistorie und Sozialgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), 383–403

Borsdorf, Ulrich, Deutsche Gewerkschaftsführer – biographische Muster, in: Ders. u. a. (Hrsg.), Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter, Köln 1977, 11–41

ders., Ein Dokument gewerkschaftlicher Programmatik in der Emigration. Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 27 (1976), Heft 11, 677–696

ders./Hans O. Hemmer/Martin Martiny (Hrsg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien, mit einem Vorwort von Heinz Oskar Vetter, Köln 1977

ders./Lutz Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Neuausgabe, Weinheim 1995

Bosch, Michael, Zur Einführung, in: Ders. (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur in der Ge-

- schichte. Historische Bestandsaufnahme und didaktische Implikationen, Düsseldorf 1977, 7–9
- Bourdieu, Pierre, Der Habitus als Vermittlung zwischen Struktur und Praxis, in: Ders., Zur Soziologie der symbolischen Formen, Frankfurt am Main 1970, 125–158
- ders., Die biographische Illusion, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 3 (1990), Heft 1, 75–81
- ders., Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, 10. Auflage, Frankfurt am Main 1998
- ders., Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt am Main 1987
- Bouvier, Beatrix, Einleitung, in: Die deutsche politische Emigration 1933–45. Katalog zur Ausstellung, hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1972, V–XXIV
- Brenner, Michael, Jüdische Kultur in der Weimarer Republik, München 2000
- ders., Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945–1950, München 1995
- ders., Vom Untertanen zum Bürger, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. II: Emanzipation und Akkulturation 1780–1871, München 1996a, 260–284
- ders., Zwischen Revolution und rechtlicher Gleichstellung, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. II: Emanzipation und Akkulturation 1780–1871, München 1996b, 287–325
- Broszat, Martin/Norbert Frei (Hrsg.), Das Dritte Reich im Überblick. Chronik, Ereignisse, Zusammenhänge, 5. Aufl., München u. a. 1996
- Brunn, Gerhard, Die Zeit der Krisen 1914–1955, in: Detlef Briesen u. a., Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte Rheinlands und Westfalens (Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Bd. 9), Köln u. a. 1995, 129–201
- Budde, Gunilla-Friederike, Auf dem Weg ins Bürgerleben. Kindheit und Erziehung in deutschen und englischen Bürgerfamilien 1840–1914 (Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte, Bd. 6), Göttingen 1994
- Burnham, James, Das Regime der Manager, Stuttgart 1948
- Burridge, Trevor D., British Labour and Hitler's War, London 1976
- Carsten, Francis L., Deutsche Emigranten in Großbritannien 1933–1945, in: Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 14), Stuttgart 1983, 138–154
- Chappell, Connery, Island of Barbed Wire. Internment on the Isle of Man in World War Two, London u. a. 1986
- Clegg, Hugh Armstrong, A History of British Trade Unions Since 1889, Vol. III: 1934–1951, Oxford 1994
- Cloer, Ernst/Dorle Klika/Michael Seyfarth-Stubenrauch, Versuch zu einer pädagogischen-biographischen historischen Sozialisations- und Bildungsforschung. Kindsein in Arbeiter- und Bürgerfamilien des Wilhelminischen Reiches, in: Christa Berg (Hrsg.), Kinderwelten, Frankfurt am Main 1991, 68–100
- Cole, Margaret, The Story of Fabian Socialism, Stanford/Ca. 1969
- Collins London Street Atlas, London 2000
- Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, hrsg. von Hartmut Titze, Band I: Hochschulen, 1. Teil: Das Hochschulstudium in Preußen und Deutschland 1820–1944, Göttingen 1987, 2. Teil: Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830–1945, Göttingen 1995
- Die Judenbürgerbücher der Stadt Berlin 1809–1851. Mit Ergänzungen für die Jahre 1791–1809, bearb. und eingel. von Jacob Jacobson (Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 4, Quellenwerke Bd. 1), Berlin 1962
- Diner, Dan, Negative Symbiose – Deutsche und Juden nach Auschwitz, in: Micha Brumlik u. a. (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main 1988, 243–257

- Dippel, John V. H., Die große Illusion. Warum deutsche Juden ihre Heimat nicht verlassen wollten, München 2001
- Doering-Manteuffel, Anselm, Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1993), 1–34
- Eck, Christina, Die Wiedergutmachung zwischen 1945 und 1989 und die Regelung der Ansprüche von Verfolgten des Nationalsozialismus in § 1 Absatz 6 VermG, Dissertation, Ludwig-Maximilians-Universität München 1996
- Eckert, Manfred, Die schulpolitische Instrumentalisierung des Bildungsbegriffs. Zum Abgrenzungsstreit zwischen Realschule und Gymnasium im 19. Jahrhundert (zugleich Dissertation, Ruhr-Universität Bochum 1981), Frankfurt am Main 1984
- Eiber, Ludwig, Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ 1941–1946 und ihre Mitglieder, Protokolle, Erklärungen, Materialien (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 19), Bonn 1998
- ders., Verschwiegene Bündnispartner. Die Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien und die britischen Nachrichtendienste, in: Exilforschung 15 (1997), 66–87
- Eisenberg, Christiane, Basisdemokratie und Funktionärherrschaft. Zur Kritik von Robert Michels' Organisationsanalyse der deutschen Arbeiterbewegung, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der deutschen Arbeiterbewegung (Bochum), Heft 9 (1989), 8–30
- Engelberg, Ernst/Hans Schleier, Zu Geschichte und Theorie der historischen Biographie, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 38 (1990), Heft 3, 195–217
- Entartete Musik. Dokumentation und Kommentar zur Düsseldorfer Ausstellung von 1938, hrsg. von Albrecht Dümmling und Peter Girth, 3., überarb. und erw. Aufl., Düsseldorf 1993
- Erbe, Michael, Aspekte der Verkehrs- und Verkehrsplanungsgeschichte Charlottenburgs im 19. und 20. Jahrhundert, in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Von der Residenz zur City. 275 Jahre Charlottenburg, Berlin 1980a, 229–261
- ders., Von der Kleinstadt zur Großstadt. Zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Charlottenburgs zwischen 1880 und 1920, in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Von der Residenz zur City. 275 Jahre Charlottenburg, Berlin 1980b, 287–315
- Etzold, Alfred u. a., Jüdische Friedhöfe in Berlin, Berlin 1987
- Faulk, Henry, Die deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien. Re-education (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. XI/2), München 1970
- Fehrs, Jörg H., „... daß sie sich mit Stolz Juden nennen“. Die Erziehung jüdischer Kinder in Ost- und Westpreußen im 19. Jahrhundert, in: Michael Brocke, Margret Heitmann, Harald Lordick (Hrsg.), Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen (Netiva. Wege deutsch-jüdischer Geschichte und Kultur, Studien des Salomon Ludwig Steinheim-Instituts, Bd. 2), Hildesheim u. a. 2000, 239–280
- Fichter, Michael, Einheit und Organisation. Der Deutsche Gewerkschaftsbund im Aufbau 1945 bis 1949 (Gewerkschaften in Deutschland, Schriftenreihe des DGB-Bildungswerkes, Bd. 4), Köln 1990
- Fischer, Wolfram/Martin Kohli, Biographieforschung, in: Wolfgang Voges (Hrsg.), Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung, Opladen 1987, 25–49
- Fleck, Hans-Georg, Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868–1914 (zugleich Dissertation, Universität zu Köln; Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 56), Köln 1994
- Fogt, Helmut, Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell (zugleich Dissertation, Ludwig-Maximilians-Universität München 1980; Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Bd. 32), Opladen 1982
- Foitzik, Jan, Die Rückkehr aus dem Exil und das politisch-kulturelle Umfeld der Reintegration sozialdemokratischer Emigranten in Westdeutschland, in: Die Erfahrung der Fremde. Kolloquium des Schwerpunktprogramms „Exilforschung“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Forschungsbericht, hrsg. von Manfred Briegel und Wolfgang Frühwald, Weinheim 1988a, 255–270
- ders., Politische Probleme der Remigration, in: Exilforschung 9 (1991), 104–114
- ders., Revolution und Demokratie. Zu den Sofort- und Übergangsplanungen der sozialdemokratischen Exils für Deutschland 1943–1945, in: Internationale wissenschaftliche

- Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 24 (1988b), Heft 3, 308–342
- ders., Wiederaufbau der Gewerkschaften. Zur Denkschrift des Council for a Democratic Germany, in: Ursula Langkau-Alex, Thomas M. Ruprecht (Hrsg.), Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945, Aufsätze und Dokumente, Frankfurt am Main u. a. 1995, 75–90
- Fox, John P., German and Austrian Jews in Britain's Armed Forces and British and German Citizenship Policies 1939–1945, in: Leo Baeck Institute Year Book 37 (1992), 415–459
- ders., German and Austrian-Jewish Volunteers in Britain's Armed Forces, 1939–1945, in: Leo Baeck Institute Year Book 40 (1995), 21–50
- Friedenberger, Martin, Das Berliner Finanzamt Moabit-West und die Enteignung der Emigranten des Dritten Reichs 1933–1942, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), Heft 8, 677–694
- Fritsch, Werner, Republikanischer Reichsbund (RRB), in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), hrsg. von Dieter Fricke u. a., Bd. 4, Köln 1986, 97–101
- Füllenbach, Elias H./Renate Vollmer, Europäische Immigranten in Großbritannien 1933–1950. Internationale Konferenz am 7. und 8. Dezember 2000 im German Historical Institute London, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), Heft 5, 446–449
- Gay, Peter, In Deutschland zu Hause ... Die Juden der Weimarer Zeit, in: Arnold Pauker (Hrsg.), Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933–1943 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 45), Tübingen 1986, 31–43
- Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hrsg. vom Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Berlin 1995
- Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, hrsg. vom Bundesarchiv Koblenz, Frankfurt am Main 1986
- Geis, Jael, Übrig sein – Leben „danach“. Juden deutscher Herkunft in der britischen und amerikanischen Zone Deutschlands 1945–1949, Berlin u. a. 2000
- Geis, Manfred, Politik aus dem Exil. Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland, in: Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933–1945. Grundlagen und Materialien, mit Beiträgen von Manfred Geis u. a., Bonn 1982, 525–647
- Geschichte der Universität Rostock 1419–1969. Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahrfeier der Universität, hrsg. von der Forschungsgruppe Universitätsgeschichte unter der Leitung von Günter Heidorn u. a., 2 Bde., Berlin 1969
- Gestrich, Andreas, Einleitung. Sozialhistorische Biographieforschung, in: Ders u. a. (Hrsg.), Biographie – sozialgeschichtlich, Göttingen, 1988, 5–28
- ders., Geschichte der Familie im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte, hrsg. von Lothar Gall, Bd. 50), München 1999
- Gillman, Peter/Leni Gillman, „Collar the Lot!“ How Britain interned and expelled its wartime refugees, London u. a. 1980
- Glees, Anthony, Das deutsche politische Exil in London 1939–1945, in: Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 14), Stuttgart 1983, 62–79
- ders., Exile Politics during the Second World War. The German Social Democrats in Britain, Oxford 1982
- Goldhagen, Daniel Jonah, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996
- Göppinger, Horst, Juristen jüdischer Abstammung im „Dritten Reich“. Entrechtung und Verfolgung, 2., völlig Neubearb. Aufl., München 1990
- Gottlieb, Amy Zahl, Men of Vision. Anglo-Jewry's Aid to Victims of the Nazi Regime 1933–1945, London 1998
- Götz von Olenhusen, Irmtraud, Jugendreich, Gottesreich, Deutsches Reich. Junge Ge-

- neration, Religion und Politik 1928–1933 (Edition Archiv der deutschen Jugendbewegung, hrsg. von Winfried Mogge, Bd. 2), Köln 1987
- Grab, Walter, Sozialpropheten und Sündenböcke. Juden in der deutschen Arbeiterbewegung 1840 bis 1933, in: Julius H. Schoeps (Hrsg.), Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland (Studien zur Geistesgeschichte, Bd. 11), Stuttgart u. a. 1989, 357–378
- Grasmann, Peter, Sozialdemokraten gegen Hitler 1933–1945 (Geschichte und Staat, Bd. 196/197), München u. a. 1976
- Grebing, Helga, Gewerkschaften: Bewegung oder Dienstleistungsorganisation – 1955 – 1965, in: Hans-Otto Hemmer, Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, 149–182
- Greiffenhagen, Martin, Politische Generationen, in: Erwachsenenbildung (1990), Heft 2, 59–64
- Greiser, Gerd, Exilpublizistik in Großbritannien, in: Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933–1945, hrsg. von Hanno Hardt u. a. (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 30), München u. a. 1979, 223–253
- Grenville, Anthony, Were the Refugees to Be Repatriated in 1945?, in: AJR-Journal. Extracts from December 2001 Issue, www.ajr.org.uk/currentjournal.htm#article06 (13.12.2001)
- Grewe, Hartmut/Horst-Udo Niedenhoff/Manfred Wilke, Funktionärskarrieren im DGB. Zum Generationswechsel an der Spitze der DGB-Gewerkschaften (Forschungsbericht, Konrad-Adenauer-Stiftung, Bd. 67), Melle 1988
- Grinberg, León/Rebeca Grinberg, Psycholanalyse der Migration und des Exils, München u. a. 1990
- Grossmann, Kurt R., Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945, Frankfurt am Main 1969
- Guttman, Micha, Jüdische Geschichte in Nordrhein-Westfalen, in: Michael Zimmermann (Hrsg.), Die Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen (Schriftenreihe zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens, Bd. 11), Köln u. a. 1998, 260–310
- Haalck, Jörgen, Geschichte der juristischen Fakultät der Universität Rostock, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 17 (1968), Heft 5/6, 591–620
- Halberstadt, Gerhard, Die Angestellten und ihre Gewerkschaft. Stationen einer bewegten Geschichte, Freiburg i. Br. 1991
- Heenen-Wolff, Susann, Im Land der Täter. Gespräche mit überlebenden Juden, Frankfurt am Main 1994
- Hein, Dieter, Bürgerliches Künstlertum. Zum Verhältnis von Künstlern und Bürgern auf dem Weg in die Moderne, in: Ders., Andreas Schulz (Hrsg.), Bürgerkultur im 19. Jahrhundert. Bildung, Kunst und Lebenswelt, München 1996, 102–117
- Henke, Klaus-Dietmar, Die amerikanische Besetzung Deutschlands (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 27), München 1995
- Hepp, Michael (Hrsg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, 3 Bde., München u. a. 1985 ff.
- Hepperle, Sabine, Israel. Ein Länderprofil, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, o. O. [Bonn] 1994
- Hermand, Jost, Juden in der Kultur der Weimarer Republik, in: Walter Grab, Julius H. Schoeps (Hrsg.), Juden in der Weimarer Republik (Studien zur Geistesgeschichte, hrsg. von Julius H. Schoeps, Bd. 6), Stuttgart u. a. 1986, 9–37
- Herrmann, Ulrich, Das Konzept der „Generation“. Ein Forschungs- und Erklärungsansatz für die Erziehungs- und Bildungssoziologie und die Historische Sozialisationsforschung, in: Neue Sammlung. Vierteljahres-Zeitschrift für Erziehung und Gesellschaft 27 (1987), Heft 3, 364–377
- ders., Historische Sozialisationsforschung, in: Handbuch der Sozialisationsforschung, hrsg. von Klaus Hurrelmann und Dieter Ulich, 5., neu ausgestattete Aufl., Weinheim u. a. 1998, 231–250
- Herzig, Arno, Judentum und Emanzipation in Westfalen, Münster 1973

- Heßdörfer, Karl, Die finanzielle Dimension, in: in: Ludolf Herbst, Constantin Goschler (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1989, 55–59
- Hochgeschwender, Michael, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 1), München 1998
- Hürten, Heinz, Bürgerkriege in der Republik. Die Kämpfe um die innere Ordnung von Weimar 1918–1920, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 251), 2., durchgeseh. Aufl., Bonn 1987, 81–94
- Jaraus, Konrad H., Deutsche Studenten 1800–1970, Frankfurt am Main 1984
- ders., Universität und Hochschule, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. IV: 1870–1918. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, hrsg. von Christa Berg, München 1991, 313–345
- Jersch-Wenzel, Stefi, Bevölkerungsentwicklung und Berufsstruktur, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. II: Emanzipation und Akkulturation 1780–1871, München 1996a, 57–95
- dies., Stefi, Rechtslage und Emanzipation, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. II: Emanzipation und Akkulturation 1780–1871, München 1996b, 15–56
- dies., Stefi, Zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in der Provinz Posen im 19. Jahrhundert, in: Gotthold Rhode (Hrsg.), Juden in Ostmitteleuropa von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 3), Marburg/Lahn 1989, 73–84
- Jochmann, Werner, Deutschland nach Hitler. Deutsche Demokraten im Exil und ihr Ringen um die Zukunft des Landes, in: Schicksale deutscher Emigranten. Auf der Suche nach den Quellen. Arbeitsergebnisse der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, hrsg. von der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, München u. a. 1993, 14–23
- Jüdische Trauungen in Berlin 1759–1813. Mit Ergänzungen für die Jahre 1723 bis 1759, bearb. und hrsg. von Jacob Jacobson (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 28, Quellenwerke Bd. 4), Berlin 1968
- Kampe, Norbert, Studenten und „Judenfrage“ im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 76), Göttingen 1988
- Kaplan, Marion A., Jüdisches Bürgertum. Frau, Familie und Identität im Kaiserreich, Hamburg 1997
- Kaschuba, Wolfgang, Deutsche Bürgerlichkeit nach 1800. Kultur als symbolische Praxis, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Bd. 3, München 1988, 9–44
- ders., Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 5), München 1990
- Kemlein, Sophia, Die Posener Juden 1815–1848. Entwicklungsprozesse einer polnischen Judenheit unter preußischer Herrschaft (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas, Bd. 3), Hamburg 1997
- Kleider machen Frauen, Broschüren zur Ausstellung über Frauen in der Charlottenburger Modeindustrie nach 1945, 7.11.1990 bis 13.1.1991, Heimatmuseum Charlottenburg, Berlin o. J. (1990)
- Kleißmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 298), 5., überarb. und erw. Aufl., Bonn 1991
- Klika, Dorle, Erziehung und Sozialisation im Bürgertum des wilhelminischen Kaiserreichs. Eine pädagogisch-biographische Untersuchung zur Sozialgeschichte der Kindheit (zugleich Dissertation, Universität Hildesheim 1988), Frankfurt am Main u. a. 1990
- Kocka, Jürgen, Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten, in: Ders. (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Bd. 1, München 1988, 11–76

- ders., Bürgertum und Bürgerlichkeit als Probleme der deutschen Geschichte vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert, in: Ders. (Hrsg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, 21–63
- Koolen, Bernhard, Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption von Viktor Agartz zur Neuordnung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Köln 1979
- Koszyk, Kurt, The Press in the British Zone of Germany, in: Nicholas Pronay, Keith Wilson (Hrsg.), The Political re-education of Germany and her allies after World War II, London u. a. 1985, 107–138
- Krabbe, Wolfgang, Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918–1933), Opladen 1995
- Krach, Tillmann, Jüdische Rechtsanwälte in Preußen. Über die Bedeutung der freien Advokatur und ihre Zerstörung durch den Nationalsozialismus, München 1991
- Kraul, Margret, Bildung und Bürgerlichkeit, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Bd. 3, München 1988, 45–73
- Krauss, Marita, Das „Emigrantensyndrom“. Emigranten aus Hitlerdeutschland und ihre mühsame Annäherung an die ehemalige Heimat, in: Georg Jenal (Hrsg.), Gegenwart in Vergangenheit. Beiträge zur Kultur und Geschichte der Neueren und Neusten Zeit, Festgabe für Friedrich Prinz zu seinem 65. Geburtstag, München 1993, 319–334
- dies., Die Rückkehr der „Hitlerfrischler“. Die Rezeption von Exil und Remigration in Deutschland als Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklung nach 1945, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 48 (1997), Heft 3, 151–160
- dies., Rückkehr aus dem Exil und seine Rezeptionsgeschichte. Westliche Besatzungszonen und Bundesrepublik Deutschland, in: Claus-Dieter Krohn u. a. (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 1161–1171
- Krengel, Jochen, Das Wachstum der Berliner Bekleidungsindustrie vor dem Ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands (Berlin) 27 (1978), 206–237
- Krohn, Claus-Dieter, Einleitung. Remigranten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, in: ders., Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, 7–21
- Ladwig-Winters, Simone, Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, Berlin 1998
- Laqueur, Walter, Geboren in Deutschland. Der Exodus der jüdischen Jugend nach 1933, Berlin u. a. 2000
- Lehmann, Hans Georg, In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts, München 1976
- ders., Rückkehr nach Deutschland? Motive, Hindernisse und Wege von Emigranten, in: Claus-Dieter Krohn, Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, 39–70
- ders., Wiedereinbürgerung, Rehabilitation und Wiedergutmachung nach 1945. Zur Staatsangehörigkeit ausgebürgerter Emigranten und Remigranten, in: Exilforschung 9 (1991), 90–103
- Kuschner, Doris, Die jüdische Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse, Dissertation, Universität zu Köln, Köln 1977
- Leighton-Langer, Peter, X steht für unbekannt. Deutsche und Österreicher in den britischen Streitkräften im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1999
- Leiser, Erwin, Leben nach dem Überleben. Dem Holocaust entronnen – Begegnungen und Schicksale, Königstein/Ts. 1982
- Lerch, Edith/Renate Mühlbauer-Hülshoff, Aufwachsen zwischen Sedantag und 1. Mai. Politische Indoktrination von Kindern im Kaiserreich, in: Christa Berg (Hrsg.), Kinderwelten, Frankfurt am Main 1991, 155–186
- Lowenstein, Steven M., Das religiöse Leben, in: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. III: Umstrittene Integration 1871–1918, München 1997, 101–122
- ders., Jewish Residential Concentration in Post-Emancipation Germany, in: Leo Baeck Institute Year Book 28 (1983), 471–495

- ders., The Rural Community and the Urbanization of German Jewry, in: Central European History 13 (1980), Heft 3, 218–236
- Maas, Lieselotte, Handbuch der deutschen Exilpresse 1933–1945, hrsg. von Eberhard Lämmert, Bd. 1: Bibliographie A–K, München u. a. 1976
- Maimann, Helene, Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938–1945 (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs, Bd. 62), Wien 1975
- Mantzke, Martin, Emigration und Emigranten als Politikum in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse 3 (1983), 24–30
- Matthias, Erich, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933–1938, Stuttgart 1952
- Mauch, Christof, Schattenkrieg gegen Hitler. Das Dritte Reich im Visier der amerikanischen Geheimdienste 1941–1945, Stuttgart 1999
- ders., Subversive Kriegführung gegen das NS-Regime. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Kalkül des amerikanischen Geheimdienstes OSS, in: Jürgen Heideking, Christof Mauch, Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1993, 51–89
- Maurer, Trude, Die Entwicklung der jüdischen Minderheit in Deutschland (1780–1933). Neuere Forschungen und offene Fragen (Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, 4. Sonderheft), Tübingen 1992
- dies., Die Juden in der Weimarer Republik, in: Dirk Blasius, Dan Diner (Hrsg.), Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt am Main 1991, 102–120
- Mechow, Max, Die Ost- und Westpreußen in Berlin. Ein Beitrag zur Bevölkerungsgeschichte der Stadt (Berlinische Reminiszenzen, Nr. 48), Berlin 1975
- Melcher, Peter, Weissensee. Ein Friedhof als Spiegelbild jüdischer Geschichte in Berlin, Berlin 1986
- Meyer, Michael A., Jüdische Gemeinden im Übergang, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. II: Emanzipation und Akkulturation 1780–1871, München 1996a, 96–134
- ders., Jüdische Identität in den Jahrzehnten nach 1848, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. II: Emanzipation und Akkulturation 1780–1871, München 1996b, 326–355
- Mielke, Siegfried, Die Neugründung der Gewerkschaften in den westlichen Besatzungszonen – 1945 bis 1949, in: Hans-Otto Hemmer, Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, 19–83
- ders./Peter Rütters, Die Deutsche Arbeitsfront (DAF): Modell für den gewerkschaftlichen Wiederaufbau? Diskussion in der Emigration und in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, München u. a. 1995, 675–708
- Miller, Susanne, Deutsche Arbeiterführer in der Emigration, in: Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 5), Frankfurt am Main u. a. 1976, 165–170
- dies., Rahmenbedingungen für das politische Wirken im Exil, in: Manfred Geis u. a., Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933–1945. Grundlagen und Materialien, Bonn 1982, 451–524
- Mogge, Wilfried, Wandervogel, Freideutsche Jugend und Bünde. Zum Jugendbild der bürgerlichen Jugendbewegung, in: Thomas Koebner u. a. (Hrsg.), „Mit uns zieht die neue Zeit.“ Der Mythos Jugend, Frankfurt am Main 1985, 174–198
- Mohr, Gundi, Die fiskalische Ausbeutung der Juden im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Rolle der Finanzverwaltung 1933–1945, hrsg. vom Dezernat für Kultur und Freizeit, Institut für Stadtgeschichte, der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1996
- Mommsen, Hans, Generationskonflikt und Jugendrevolte in der Weimarer Republik, in:

- Thomas Koebner u. a. (Hrsg.), „Mit uns zieht die neue Zeit.“ Der Mythos Jugend, Frankfurt am Main 1985, 50–67
- Muchitsch, Wolfgang, Mit Spaten, Waffen und Worten. Die Einbindung österreichischer Flüchtlinge in die britischen Kriegsanstrengungen 1939–1945, Wien u. a. 1992
- Neugebauer, Wolfgang, Schule und Stadtentwicklung. Zweieinhalb Jahrhunderte Schulwirklichkeit in der Residenz- und Großstadt Charlottenburg, in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Von der Residenz zur City. 275 Jahre Charlottenburg, Berlin 1980, 103–143
- Niederland, William G., Folgen der Verfolgung: Das Überlebenden-Syndrom. Seelenmord, Frankfurt am Main 1980
- Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983
- Nolte, Paul, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000
- Oelkers, Jürgen, Biographik – Überlegungen zu einer unschuldigen Gattung, in: Neue politische Literatur 19 (1974), Heft 3, 296–309
- Offenberg, Mario, Die Vernichtung von Menschen und die Verwaltung ihrer Sachen: Legal und korrekt, in: Ders. (Hrsg.), Adass Jisroel, die jüdische Gemeinde in Berlin (1869–1942). Vernichtet und Vergessen, Berlin 1986, 222–225
- Oppenheimer, Max, Aufgaben und Tätigkeit der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Ein Beitrag zur Vorbereitung der Einheitsgewerkschaft, in: Exilforschung 5 (1987), 241–256
- Östreich, Cornelia, „Des rauhen Winters ungeachtet ...“ Die Auswanderung Posener Juden nach Amerika im 19. Jahrhundert (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas, Bd. 4), Hamburg 1997
- Pannemann, Ralf, Jüdisches Leben in Charlottenburg, hrsg. vom Bezirksamt Charlottenburg, Abt. Volksbildung/Heimatismuseum, Berlin o. J., unpag.
- Papcke, Sven, Exil und Remigration als öffentliches Ärgernis. Zur Soziologie eines Tabus, in: Exilforschung 9 (1991), 9–24
- Paucker, Arnold, Jewish Self-Defence, in: Ders. u. a. (Hrsg.), Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 45), Tübingen 1986, 55–65
- ders., The Jewish Defense against Antisemitism in Germany, 1893–1933, in: Jehuda Reinharz (Hrsg.), Living with Antisemitism. Modern Jewish Responses, Hanover (N.H.) u. a. 1987, 104–132
- Paul, Hans-Holger, Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung. Für die zehn westdeutschen Länder und West-Berlin, im Auftrag des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, München u. a. 1993
- Pelling, Henry, A Short History of the Labour Party, 8. Aufl., London u. a. 1985
- Peukert, Detlev J. K., Die Lage der Arbeiter und der gewerkschaftliche Widerstand im Dritten Reich, in: Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, hrsg. von Ulrich Borsdorf, Köln 1987, 447–498
- ders., Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987
- Preuß, Reinhard, Verlorene Söhne des Bürgertums. Linke Strömungen in der deutschen Jugendbewegung 1913–1919, mit einem Nachwort von Michael Th. Greven (Edition Archiv der deutschen Jugendbewegung, Bd. 8), Köln 1991
- Priamus, Heinz-Jürgen, Angestellte und Demokratie. Die nationalliberale Angestelltenbewegung in der Weimarer Republik (zugleich Dissertation, Ruhr-Universität Bochum 1978; Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien, Bd. 20), Stuttgart 1979
- Pulzer, Peter, Der Erste Weltkrieg, in: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. III: Umstrittene Integration 1871–1918, München 1997a, 356–380
- ders., Die Wiederkehr des alten Hasses, in: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. III: Umstrittene Integration 1871–1918, München 1997b, 193–248
- ders., Rechtliche Gleichstellung und öffentliches Leben, in: Deutsch-Jüdische Ge-

- schichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. III: Umstrittene Integration 1871–1918, München 1997c, 151–192
- Pütter, Conrad, Deutsche Emigranten und britische Propaganda. Zur Tätigkeit deutscher Emigranten bei britischen Geheimsendern, in: Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 14), Stuttgart 1983, 106–137
- ders., Rundfunk gegen das „Dritte Reich“. Deutschsprachige Rundfunkaktivitäten im Exil 1933–1945, ein Handbuch (Rundfunkstudien, Bd. 3), München u. a. 1986
- Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Hermann Weber u. a., Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933, bearb. von Peter Jahn, Köln 1988
- Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Hermann Weber u. a., Bd. 5: Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933–1945, bearb. von Siegfried Mielke und Matthias Frese, Köln 1999
- Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Hermann Weber u. a., Bd. 6: Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften, bearb. von Siegfried Mielke, Köln 1987
- Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Hermann Weber u. a., Bd. 7: Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945–1949, bearb. von Siegfried Mielke, Köln 1991
- Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Hermann Weber u. a., Bd. 8: Die Gewerkschaften und die Angestelltenfrage 1945–1949, bearb. von Siegfried Mielke, Köln 1989
- Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Hermann Weber u. a., Bd. 11: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949 bis 1956, bearb. von Josef Kaiser, Köln 1996
- Radebold, Hartmut, Abwesende Väter. Folgen der Kriegskindheit in Psychoanalysen, unter Mitarbeit von Hildegard Radebold, Göttingen 2000
- Reichardt, Sven, Bourdieu für Historiker? Ein kultursoziologisches Angebot an die Sozialgeschichte, in: Thomas Mergel, Thomas Welskopp (Hrsg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, 71–93
- Reitmayer, Morten, „Bürgerlichkeit“ als Habitus. Zur Lebensweise deutscher Großbankiers im Kaiserreich, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), Heft 1, 66–93
- Reulecke, Jürgen, Im Schatten der Meißnerformel. Lebenslauf und Geschichte der Jahrhundertgeneration, in: Wilfried Mogge, Jürgen Reulecke, Hoher Meißner 1913. Der Erste freideutsche Jugendtag in Dokumenten, Deutungen und Bildern, Köln 1988, 11–32
- Richarz, Monika (Hrsg.), Berufliche und soziale Struktur, in: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. III: Umstrittene Integration 1871–1918, München 1997, 39–68
- dies., Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung, in: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. III: Umstrittene Integration 1871–1918, München 1997, 13–38
- dies., Einführung, in: dies. (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich (Jüdisches Leben in Deutschland, Bd. 2; Veröffentlichungen des Leo Baeck Instituts), Stuttgart 1979
- dies., Frauen in Familie und Öffentlichkeit, in: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit, hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, Bd. III: Umstrittene Integration 1871–1918, München 1997, 69–100
- dies., Juden in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945, in: Micha Brumlik u. a. (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main 1988, 13–30
- dies., Jüdisches Leben in Deutschland, Bd. I: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780–1871, Stuttgart 1976, Bd. II: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich,

Stuttgart 1979

Röckelein, Hedwig (Hrsg.), Biographie als Geschichte, Tübingen 1993

Röder, Werner, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, 2., verb. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1973

ders., Die politische Emigration, in: Claus-Dieter Krohn u. a. (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 16–30

Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 34), Düsseldorf 1966

Rosenthal, Gabriele, Entpolitisierung des „Dritten Reiches“ bei drei Generationen, in: Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), Kultur und Gesellschaft. Gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen Zürich 1988, Zürich 1989, 28–31

Rückkehr aus dem Exil und seine Rezeptionsgeschichte. Einleitung, in: Claus-Dieter Krohn u. a. (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 1157–1160

Sassin, Horst R., Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 30), Hamburg 1993

Schafheitlin, Stefan, Gewerkschaften in Exil und Widerstand 1939–1945, mit einer Einführung von Ulrich Borsdorf (ergebnisse, Heft 6), Hamburg 1979

Scharrer, Manfred, Anpassung bis zum bitteren Ende. Die freien Gewerkschaften 1933, in: ders. (Hrsg.), Kampflose Kapitulation, Reinbek bei Hamburg 1984, 73–120

Schicksale deutscher Emigranten. Auf der Suche nach den Quellen, Arbeitsergebnisse der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, hrsg. von der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, München u. a. 1993

Scheiger, Brigitte, Juden in Berlin, in: Stefi Jersch-Wenzel, Barbara John (Hrsg.), Von Zuwanderern zu Einheimischen. Hugenotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin, Berlin 1990, 153–488

Schlender, Otto, Reeducation – ein politisch-pädagogisches Prinzip im Widerstreit der Gruppen, Bern u. a. 1975

Schneider, Michael, Gewerkschafter, in: Claus-Dieter Krohn u. a. (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 543–551

Schoeps, Julius H., Die Last der Geschichte. Zur Geschichte der Juden in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders., Leiden an Deutschland. Vom antisemitischen Wahn und der Last der Erinnerung, München u. a. 1990, 96–113

ders., Erwähltheit und Leiden. Ein neuer Versuch über die Schwierigkeit, Jude zu sein, in: Die Zeit Nr. 13 vom 23.3.2000 (Rezension zu Arthur Hertzberg, Wer ist Jude? Wesen und Prägung eines Volkes, München 2000)

ders., Vorwort, in: Ders. (Hrsg.), Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland (Studien zur Geistesgeschichte, Bd. 11), Stuttgart u. a. 1989, 7–12

Schornstheimer, Michael, Bombenstimmung und Katzenjammer. Vergangenheitsbewältigung: Quick und Stern in den 50er Jahren, Köln 1989

Schulz, Andreas, Der Künstler im Bürger. Dilettanten im 19. Jahrhundert, in: Dieter Hein, Andreas Schulz (Hrsg.), Bürgerkultur im 19. Jahrhundert. Bildung, Kunst und Lebenswelt, München 1996, 34–52

Schulze, Hagen, Die Biographie in der „Krise der Geschichtswissenschaft“, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 29 (1978), Heft 8, 508–518

ders., Kleine Deutsche Geschichte. Mit Bildern aus dem Deutschen Historischen Museum, München 1996

Schütte, Dieter, Charlottenburg (Geschichte der Berliner Verwaltungsbezirke, hrsg. von Wolfgang Ribbe, Bd. 1), Berlin 1988

Schulte, Dieter, Eine Partnerschaft, die sich bewährt. Deutsch-israelische Gewerkschaftsbeziehungen, in: Heiner Lichtenstein, Otto R. Romberg (Hrsg.), Fünfzig Jahre Israel. Vision und Wirklichkeit (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung,

Bd. 353), Bonn 1998, 233–238

Schwabe, Klaus, Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930, : Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 251), 2., durchgeseh. Aufl., Bonn 1987, 95–133

Schwarz, Walter, Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland. Ein Überblick, in: Ludolf Herbst, Constantin Goschler (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1989, 33–54

Schwingel, Markus, Bourdieu zur Einführung, Hamburg 1995

Seyfert, Michael, „His Majesty’s Most Loyal Internees: Die Internierung und Deportation deutscher und österreichischer Flüchtlinge als „enemy aliens“. Historische, kulturelle und literarische Aspekte, in: Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 14), Stuttgart 1983, 155–182

Sherman, Ari J., Island Refuge. Britain and Refugees from the Third Reich 1933–1939, Berkeley u. a. 1973

Sieder, Reinhard, Sozialgeschichte auf dem Weg zu einer historischen Kulturwissenschaft?, in: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994), Heft 3, 445–468

Siegrist, Hannes, Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorien „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegsperiode, in: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994), Heft 4, 549–583

Söllner, Alfons (Hrsg.), Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Analysen politischer Emigranten im amerikanischen Geheimdienst, Bd. 1: 1943–1945, Frankfurt am Main 1982

Steege, Rudolf, Die Synagogen-Gemeinden, in: Heimatbuch für den Kreis Neumark in Westpreußen, bis 1941 Kreis Löbau (Westpr.), Remscheid 1979, 351 f.

Steininger, Rolf, England und die deutsche Gewerkschaftsbewegung 1945/46, in: Archiv für Sozialgeschichte 18 (1978), 41–118

Stent, Ronald, A Battered Page? The Internment of His Majesty’s „most loyal enemy aliens“, London 1980

Strauss, Herbert A., Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I), in: Leo Baeck Institute Year Book 25 (1980), 313–361

ders., Zur sozialen und organisatorischen Akkulturation deutsch-jüdischer Einwanderer der NS-Zeit in den USA, in: Wolfgang Frühwald, Wolfgang Schieder (Hrsg.), Leben im Exil. Probleme der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933–1945 (Historische Perspektiven, Bd. 18), Hamburg 1981, 235–259

Strickhausen, Waltraud, Großbritannien, in: Claus-Dieter Krohn u. a. (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 251–270

Tenfelde, Klaus, Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 11. Juni 1997, hrsg. vom Historischen Forschungszentrum des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung (Gesprächskreis Geschichte, Heft 19), Bonn 1998

Tent, James F., Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-Occupied Germany, Chicago u. a. 1982

Tillmann, Klaus-Jürgen, Sozialisationstheorien. Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institution und Subjektwerdung, Reinbek 1989

Toury, Jacob, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Stiefkind der Republik. Zur Gründungsgeschichte republikanischer Wehren, in: Ders., Deutschlands Stiefkinder. Ausgewählte Aufsätze zur deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, hrsg. von Dan Diner, Bd. 18), Gerlingen 1997, 11–92

ders., Die Sprache als Problem der jüdischen Einordnung im deutschen Kulturraum, in: Walter Grab (Hrsg.), Gegenseitige Einflüsse deutscher und jüdischer Kultur von der Epoche der Aufklärung bis zur Weimarer Republik (Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 4), Tel Aviv 1986, 75–96

ders., Gab es ein Krisenbewußtsein unter den Juden während der „Guten Jahre“ der Weimarer Republik, 1924–29?, in: Ders., Deutschlands Stiefkinder. Ausgewählte Aufsätze zur deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte (Schriftenreihe des Instituts für

- Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, hrsg. von Dan Diner, Bd. 18), Gerlingen 1997, 191–214
- ders., Jüdische Aspekte der Reichsbannergründung, in: Ders., Deutschlands Stiefkinder. Ausgewählte Aufsätze zur deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv, hrsg. von Dan Diner, Bd. 18), Gerlingen 1997, 93–113
- Tragedia dell'arte. Im Gespräch der israelische Schriftsteller Amos Oz über die Familie als grenzübergreifendes Phänomen, den palästinensisch-israelischen Konflikt und die Normalität am Rande eines Vulkans, in: Freitag Nr. 7 vom 8.2.2002
- Treibel, Annette, Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart, 3., verb. Aufl., Opladen 1995
- Turner, R. Steven, Universitäten, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. III: 1800–1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, hrsg. von Karl-Ernst Jeismann und Peter Lundgren, München 1987, 221–249
- Uellenberg, Wolfgang, Die Auseinandersetzung sozialdemokratischer Jugendorganisationen mit dem Nationalsozialismus, hrsg. vom Bundesvorstand der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken (zugleich Dissertation, Universität zu Köln 1980; Schriftenreihe des Archivs der Arbeiterjugendbewegung, Nr. 4/81), Bonn 1981
- Uellenberg-van Dawen, Wolfgang, Gewerkschaften in Deutschland von 1848 bis heute. Ein Überblick, München u. a. 1996
- Ullrich, Volker, Die Speer-Legende. Hitlers Liebling und Joachim Fest – eine Beziehung besonderer Art und eine Biografie, in: Die Zeit Nr. 39 vom 23.9.1999 (Rezension zu Joachim Fest, Speer. Eine Biographie, Berlin 1999)
- Venzlaff, Ulrich, Erlebnishintergrund und Dynamik seelischer Verfolgungsschäden, in: Helmut Paul u. a. (Hrsg.), Psychische Spätschäden nach politischer Verfolgung (Bibliotheca „Vita Humana“, Bd. 2), Basel u. a. 1963, 95–109
- Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Studienausgabe, 5., revid. Aufl., besorgt von Johannes Winckelmann, Tübingen 1956
- Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 3 Bände, München 1987 ff.
- ders., Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Psychoanalyse (1969), in: Ders. (Hrsg.), Geschichte und Psychoanalyse, Köln 1971, 9–30
- Wesel, Uwe, Doch ein kolossaler Kerl, dieser Hitler! Wie Münchens Justiz 1924 einen rechtsradikalen Terroristen hofierte – und ihm damit den Weg an die Macht ebnete, in: Die Zeit Nr. 19 vom 3.5.2001
- Westphal, Uwe, Berliner Konfektion und Mode. Die Zerstörung einer Tradition 1836–1939 (Stätten der Geschichte Berlins, Bd. 14), Berlin 1986
- Winkler, Heinrich August, Klassenbewegung oder Volkspartei? Zur Programmdiskussion in der Weimarer Sozialdemokratie 1920–1925, in: Geschichte und Gesellschaft 8 (1982), Heft 1, 9–54
- ders., Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993
- Witjes, Claus Winfried, Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen, Berlin 1976
- Wittig, Peter, Der englische Weg zum Sozialismus. Die Fabier und ihre Bedeutung für die Labour Party und die englische Politik (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 43), Berlin 1982
- Wolffsohn, Michael, Die deutsch-israelischen Beziehungen, in: Micha Brumlik u. a. (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main 1988a, 88–107
- ders., Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen, München u. a. 1988b
- Zinnecker, Jürgen, Straßensozialisation. Versuch, einen unterschätzten Lernort zu thematisieren, in: Zeitschrift für Pädagogik 25 (1979), Heft 4, 727–746
- ders., Vom Straßenkind zum verhäuslichten Kind. Kindheitsgeschichte im Prozeß der Zivilisation, in: Imbke Behnken (Hrsg.), Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozeß der Zivilisation. Konfigurationen städtischer Lebensweise zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Opladen 1990, 142–162